

Bürgerkriege erzählen

SABINA FERHADBEGOVIĆ ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Imre-Kertész-Kolleg »Europas Osten im 20. Jahrhundert« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

BRIGITTE WEIFFEN ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz.

Sabina Ferhadbegović, Brigitte Weiffen (Hg.)

Bürgerkriege erzählen

Zum Verlauf unziviler Konflikte

Konstanz University Press

Gefördert mit Mitteln des im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder eingerichteten Exzellenzclusters der Universität Konstanz *Kulturelle Grundlagen von Integration*.

Umschlagabbildung:

A defaced photograph found by a Bosnian family when they returned to their home in a Sarajevo suburb. © Ron Haviv

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Dies betrifft auch die Vervielfältigung und Übertragung einzelner Textabschnitte, Zeichnungen oder Bilder durch alle Verfahren wie Speicherung und Übertragung auf Papier, Transparente, Filme, Bänder, Platten und andere Medien, soweit es nicht §§ 53 und 54 UrhG ausdrücklich gestatten.

© 2011 Konstanz University Press, Konstanz
(Konstanz University Press ist ein Imprint der
Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG,
Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

www.fink.de | www.k-up.de

Einbandgestaltung: Eddy Decembrino, Konstanz
Printed in Germany.
Herstellung: Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn

ISBN 978-3-86253-012-0

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung

Zum Phänomen der Bürgerkriege 9

SABINA FERHADBEGOVIĆ und BRIGITTE WEIFFEN

Wie Bürgerkriege erzählt werden

Feldtheoretische Überlegungen zur Konfliktsemantik 35

ALBRECHT KOSCHORKE

Abgeschlagene Hände und herausquellendes Gedärm

Das hässliche Antlitz der römischen Bürgerkriege und seine politischen Kontexte 55

ULRICH GOTTER

Bürgerkrieg, Staatenkrieg und die »amerikanische Erfahrung«

bei Thomas Hobbes 71

PHILIP MANOW

Die unvergessenen Feinde

Deutsch-Amerikaner zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg 91

STEFAN ZAHLMANN

Eingebettete Bilder

Photographie im Amerikanischen und Spanischen Bürgerkrieg 113

BERND STIEGLER

Gewalt und Erzählung

Zur Legitimierung bewaffneter Gruppen 153

ALEX VEIT und KLAUS SCHLICHTE

Krieg und Alltag in Serbien

Kulturwissenschaftliche Aspekte zum Verständnis der Kriege auf dem Balkan 177

DANIEL ŠUBER

6 Inhalt

Postapokalypse im Land der »guten Bosnier«
Kulturkritik als Quelle des kulturellen Rassismus 201
DAVOR BEGANOVIĆ

Die Ambivalenz religiöser Integration
Zur erzeugten Relevanz von Glaubensunterschieden in
bewaffneten Konflikten 225
ALEXANDER DE JUAN und ANDREAS HASENCLEVER

Grenzerfahrungen in Zwischenwelten
Ethno-politische Schließung und ethno-kulturelle Separation in
prekären Post-Konflikt-Gesellschaften 249
MARCEL M. BAUMANN

Gewollte Unwissenheit
Wenn Friedensorganisationen lernen, Politiker aber nicht 271
WOLFGANG SEIBEL

Narration und Transition
Vom Umgang mit der Vergangenheit in Wahrheitskommissionen 289
SUSANNE BUCKLEY-ZISTEL

Vergessen oder Erinnern?
Wege aus einer gemeinsamen Gewaltgeschichte 303
ALEIDA ASSMANN

Unzivile Kriege
Plädoyer für eine andere Kulturtheorie gewaltförmiger Dauerkonflikte 321
ETHEL MATALA DE MAZZA

Abbildungsnachweise 345

Über die Autorinnen und Autoren 349

Index 353

Vorwort

Die Wurzeln des vorliegenden Bandes reichen in das Jahr 2007 zurück. Vom 29. bis 30. November 2007 fand unter dem Titel »Bürgerkriege. Gewalt. Trauma. Intervention« die öffentliche Auftaktveranstaltung des Konstanzer Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration« statt. Der Cluster ist ein interdisziplinärer Verbund für kulturwissenschaftliche Forschung und ging aus einem bundesweiten Förderwettbewerb im Rahmen der Exzellenzinitiative hervor. In ihm arbeiten Historiker, Soziologen, Philosophen, Literatur-, Politik- und Rechtswissenschaftler zusammen. Das Thema der Tagung war programmatisch gewählt, da der unscharfe und polarisierende Begriff des Bürgerkriegs die Möglichkeit bot, alle wissenschaftlichen Disziplinen des Clusters zu Wort kommen zu lassen.

In Nachbearbeitung der Konferenzergebnisse entstand die Idee, statt eines schlichten Konferenzbandes ein Buch zu publizieren, in dem Bürgerkriege aus kulturwissenschaftlicher Perspektive beleuchtet werden. In Rücksprache mit dem Vorstand des Exzellenzclusters arbeiteten wir ein Konzept für eine synthetisierende und zugleich illustrierende Darstellung kulturwissenschaftlicher Zugriffsweisen auf das Phänomen der Bürgerkriege aus, das eine der zentralen Fragestellungen des Exzellenzclusters in den Mittelpunkt rückt, nämlich wie kulturelle Sinnmuster einerseits Struktur- und Grenzstabilisierungen bewirken und unter welchen Umständen sie andererseits an Grenzüberschreitungen und Transformationsprozessen beteiligt sind. Somit versucht der Band, entlang von Schlüsselbegriffen wie »Interpretation und Repräsentation«, »Identität und Erinnerung«, »Erleben, Erzählen, Erinnern«, »Integration und Desintegration« oder »Exzess, Alltag, Aufbruch, Grenze« die Sichtweise der Kulturwissenschaften zu präzisieren.

Das Buch schließt insofern an die Auftaktveranstaltung an, als es mehrere der dort vertretenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit ihren damaligen, größtenteils stark überarbeiteten Beiträgen einbezieht. Darüber hinaus fragten wir gezielt Autorinnen und Autoren an, die in Konstanz und an anderen Standorten in Deutschland aus einem kulturwissenschaftlichen Blickwinkel zum Thema »Bürgerkriege« forschen.

Ohne die fördernden Rahmenbedingungen, die uns ein großer Forschungsverbund wie der Exzellenzcluster bot, wäre solch ein Projekt schwerlich möglich gewesen. Unser Dank gebührt den Mitgliedern des Vorstandes, der das Vorhaben angeregt und unterstützt hat, sowie dem Wissenschaftlichen Geschäftsführer des Clusters, Christopher Möllmann, der uns bei der Entwicklung des Konzepts für den Band stets mit Vorschlägen und konstruktiver Kritik zur Seite stand. Andreas Hasenclever und Ethel Matala de Mazza verdanken wir hilfreiche Rückmeldungen zu unserem Einleitungskapitel. An die Autorinnen und Autoren geht der Dank

nicht nur für ihre spannenden Beiträge, sondern auch dafür, dass sie jeweils einen anderen Beitrag gelesen und kommentiert haben.

Lisa Ernsting danken wir für ihre Mitarbeit bei der Erstellung der ersten druckfertigen Fassung. Eine große Hilfe bei der Bilderbeschaffung war Alexander Müller. Als unschätzbar wertvoll erwies sich zudem die professionelle Unterstützung seitens des Verlages in Gestalt von Alexander Schmitz und Simone Warta, die mit nimmermüdem Engagement den Entstehungsprozess des Manuskripts begleiteten.

Konstanz und Jena, im Dezember 2010

Sabina Ferhadbegović

Brigitte Weiffen

Einleitung

Zum Phänomen der Bürgerkriege

SABINA FERHADBEGOVIĆ und BRIGITTE WEIFFEN

Als die bosniakische Familie in ihr Haus zurückkehrte, aus dem sie während der Belagerung von Sarajevo vertrieben worden war, war ein altes Photo das Einzige, was sie vorfand. Die Serben, die während des Krieges das Haus besetzt und bewohnt hatten, nahmen bei ihrem Rückzug alles Andere mit. Das Zurücklassen des alten Photos hatte aber nichts mit Sentimentalität zu tun. Auf dem Bild sind die Gesichter der Familienmitglieder fein säuberlich zerkratzt und ihre Körper aufgespießt. Die Botschaft des Photos, das über den Photographen Ron Haviv den Weg in die Öffentlichkeit und auch auf unser Titelbild fand, ist auf den ersten Blick eindeutig. Doch gleichzeitig zitiert es Erinnerungen, die ohne seine Kontextualisierung nicht zu verstehen wären. Die durchstochenen Körper sind eine Anspielung auf das Kosovo-Narrativ, dessen Wiederbelebung die jugoslawischen Auflösungskriege wirkungsvoll begleitet hat: Das Photo vermittelt der Familie nicht nur, was man ihr wünscht, sondern auch warum. In dem letzten Akt, der an die materielle Plünderung anschloss, wurde die Familie ihrer Identität beraubt, von serbischen Soldaten auf gesichtslose, durchspießte muslimische Körper reduziert und ausgelöscht.

Ist das Photo also als ein Symbol der »ewigen Feindschaft« zwischen den Bosniaken und den Serben, den Muslimen und den Christen zu deuten? Wir sagen nein: Es symbolisiert vielmehr die Wirkungskraft von Narrativen, ihre Funktionalisierung und ihre Abrufbarkeit aus dem kollektiven Gedächtnis (Assmann 2006). Um solche Prozesse der Identitätskonstruktion, der Integration sowie der Desintegration und Grenzstabilisierung mittels Narrativen geht es in diesem Buch. Bürgerkriege verändern Menschen und sie verändern die Gesellschaft. Sie erschüttern die Grundlagen des sozialen Miteinanders. Gleichzeitig wirken sie aber auch als Katalysatoren neuer sozialer, politischer und kulturell bedingter Zugehörigkeiten. Bürgerkriege verstehen wir demnach als soziale Prozesse.

Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten eine Fülle an wissenschaftlichen Arbeiten über Bürgerkriege vorgelegt wurde – was nicht überrascht, stieg doch die Anzahl der Bürgerkriege nach dem Ende des Kalten Krieges sprunghaft an – fällt auf, dass der Schwerpunkt eher auf Fallstudien und der Ursachenforschung als auf Kriegsverlauf, Kriegsfolgen oder Konfliktlösung liegt und interdisziplinäre oder kulturwissenschaftliche Studien rar bleiben. Um die Dynamik des Bürgerkriegs als sozialer Prozess nachzuvollziehen, fokussiert dieser Band auf die Schnittstellen zwischen dem Imaginären und der Identität, zwischen Ideologie und Zugehörigkeit.

Die folgenden Abschnitte geben zunächst einen Überblick über die aktuellen, teils kontroversen Diskussionen und die vorwiegend den Sozialwissenschaften entstammenden Forschungsergebnisse. Ausgehend davon zeigen wir die Notwendigkeit einer kulturwissenschaftlichen Perspektive auf das Phänomen der Bürgerkriege auf, erläutern das diesem Band zugrunde liegende Konzept und geben einen Überblick über die in ihm enthaltenen Beiträge.

1. Bürgerkrieg, innerstaatliche Kriege, neue Kriege – Ab- und Eingrenzungen

Bürgerkriege stellen derart vielschichtige und empirisch schwer erfassbare Prozessabläufe dar, dass eine eindeutige begriffliche Klärung bis heute ausgeblieben ist (Waldmann 1995; 1998). Während Stathis Kalyvas von einer breiten Definition ausgeht – »When domestic political conflict takes the form of military confrontation or armed combat we speak of civil war.« (Kalyvas 2007: 416) – ist die ältere Definition von Small und Singer dezidiert. Demnach ist ein Bürgerkrieg »any armed conflict that involves (a) military action internal to the metropole, (b) the active participation of the national government, and (c) effective resistance by both sides.« (Small/Singer 1982: 210). Bereits an diesen zwei Zitaten lässt sich erkennen, wie problematisch eine Kategorisierung des Ereignisses »Bürgerkrieg« ist, und entlang welcher Linien die aktuellen sozialwissenschaftlich geprägten Diskussionen verlaufen. Die Frage ist, in welcher Hinsicht sich der Bürgerkrieg von anderen Formen innerstaatlicher Gewaltanwendung unterscheidet, wo wir die Grenze zwischen innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Kriegen ziehen, und ob wir, wie Small und Singer, von einer Staats- und Regierungsbezogenheit von Bürgerkriegen ausgehen sollen. Zudem sind beide Definitionen zu ungenau für eine quantitative Datensammlung, weil sie keine Angaben über den Beginn, das Ende oder Kampfpausen beinhalten. Eine ausführlichere, operationale Definition mit einem Kriterienkatalog bietet Nicholas Sambanis an und benennt Indikatoren, die es uns ermöglichen, einen Bürgerkrieg eindeutiger zu bestimmen: Ein bewaffneter Konflikt sollte als Bürgerkrieg klassifiziert werden, wenn alle folgenden Kriterien zutreffen (Sambanis 2004: 829–831):

- Krieg innerhalb des Territoriums eines international anerkannten Staates;
- Parteien sind politisch und militärisch organisiert;
- Regierung ist als Kombattant involviert;
- lokale Vertretung von Aufständischen und lokale Rekrutierung ihrer Anhänger;
- mindestens 500 Tote im ersten Konfliktjahr bzw. 1.000 Tote in drei Jahren;
- dauerhafte Gewalt;
- effektiver Widerstand der schwächeren Partei;
- nach dem Friedensabkommen markieren sechs friedliche Monate das Kriegsende;

- der Rebellensieg bzw. sechs friedliche Monate nach dem Sieg der Regierung markieren das Ende;
- zwei friedliche Jahre nach dem Waffenstillstand markieren das Ende;
- ein neuer Bürgerkrieg entsteht nur im Falle neuer Kriegsparteien und neuer Streitthemen.

Die Frage, ob ein bewaffneter Konflikt als Bürgerkrieg charakterisiert wird, bedeutet für die Beteiligten mehr als eine semantische Verschiebung und ist mit klaren völkerrechtlich verbindlichen Grundsätzen verknüpft. Die Genfer Konventionen und ihre zwei Zusatzprotokolle enthalten Regeln für den Schutz von Nicht-Kombattanten, deren Missachtung unter bestimmten Umständen strafrechtlich verfolgt werden kann (Falk 1971; Partsch 1981; Alley 2004). Das humanitäre Völkerrecht setzt nicht nur Regeln der Kriegführung fest: es definiert auch Fragen der Legitimität ausländischer Beteiligung mit allen Konsequenzen für die jeweilige Rechtsprechung. Interessant ist, dass das zweite Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen den Fachbegriff »nicht-internationaler bewaffneter Konflikt« prägte und Abstand vom Bürgerkriegsbegriff nahm. Durch die sprachliche Konkretisierung entledigte man sich für den Text des Abkommens eines symbolisch beladenen Wortes. Der Bürgerkriegsbegriff funktioniert nämlich auch als Narrativ, dessen Verwendung den beteiligten Parteien zur Konstruktion von Legitimität und Identität verhelfen kann, wie Alex Veit und Klaus Schlichte in diesem Buch darlegen (vgl. auch Kalyvas 2007: 416). Doch dazu später mehr.

Angesichts dieser offensichtlichen Varietät des Phänomens, der unterschiedlichen Zugänge und Konsequenzen, die bei Bürgerkriegen mitgedacht werden müssen, herrscht bis heute keine Einigkeit. Neuere sozialwissenschaftliche Untersuchungen machen – im Unterschied zu den staatsbezogenen Ansätzen – auf den schwindenden Einfluss des Staates aufmerksam (Waldmann 2002: 368). In diesem Kontext ist eine Vielzahl von Studien entstanden, die jenseits des bipolaren Begriffspaares »Staatenkrieg – Bürgerkrieg« argumentieren und von »neuen Kriegen«, »kleinen Kriegen«, »asymmetrischen Kriegen« oder »unkonventionellen Kriegen« handeln (Daase 1999; Kaldor 1999; Münkler 2003; Mueller 2004). Insbesondere das Narrativ von »neuen Kriegen«, geprägt von Mary Kaldor und aufgegriffen von Herfried Münkler, hat zahlreiche Diskussionen um den Gestaltwandel des Krieges nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nach sich gezogen (Heupel/Zangl 2004; Benz 2009).¹ Die Studien fokussieren auf den Charakter der »neuen Kriege«, die eher durch ökonomische Kalküle als durch ideologische oder identitätsbezogene Gewaltmotive charakterisiert seien. Das staatliche Machtmonopol werde demnach durch eine Privatisierung der Gewaltakteure unterminiert und der Krieg – oft seitens unabhängiger »warlords« – kriminalisiert und kommerzialisiert (Waldmann

¹ Siehe dazu auch das Themenheft zu den »neuen Kriegen« der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 46/2009.

1998: 30 f.; Singer 2004). Dieser Entwicklung liegt nach Kaldor ein Zusammenbruch der staatlichen legitimen Ordnung zugrunde, d.h. die Unfähigkeit des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu garantieren.

Neben der Privatisierung thematisieren Münkler und Waldmann noch zwei andere Prozesse, die mit dem neuen Typus kriegerischer Konflikte einhergehen: die Asymmetrisierung und die Autonomisierung der Kriegführung. Damit bezeichnen sie die Entwicklung, dass die Staaten zunehmend die politische Kontrolle über ihr Territorium verlieren und kriminelle Banden, Guerillaverbände oder Terroristen die Gewaltinitiative übernehmen. Ein weiteres Merkmal, das die Vertreter der These vom Gestaltwandel des Bürgerkrieges hervorheben, ist die Brutalisierung der Gewaltstrategien. Bewusst grenzen sowohl Münkler als auch Kaldor die »neuen Kriege« von klassischen Bürgerkriegen ab, was Heupel und Zangl zur Untersuchung anregte, ob sich aus der Zeit des Kalten Krieges datierende Bürgerkriege nach 1990 in ihrer Form grundlegend gewandelt hätten, was sie bejahen (Heupel/Zangl 2004).

Demgegenüber kritisiert Stathis Kalyvas den Begriff des »neuen Krieges« sowie die scharfe Trennung zwischen »alten« und »neuen« Kriegen (Kalyvas 2001).² Er wirft den Autoren vor, sie gäben die Informationen über laufende Kriege lückenhaft und verzerrt wieder und missachteten historische Studien über die alten Kriege. Seiner Meinung nach beruhe die Diskussion um die Interpretation neuer Bürgerkriege viel stärker auf der Auflösung geltender konzeptueller Kategorien nach dem Kalten Krieg. Deswegen plädiert er für eine neue Kategorisierung, basierend auf analytischer und empirischer Forschung, und rät von plakativer und zugespitzter Trennung zwischen »neu« und »alt«, »Groll« und »Gier«, oder »kontrollierter« und »zügelloser« Gewalt ab. Vielmehr schlägt er vor:

»research on civil wars must be grounded in sustained, systematic, and long-term observation or ethnographic reconstruction at the mass level coupled with archival research. [...] Highly visible information, such as elite discourses or widely advertised atrocities, can be outwardly misleading and is less significant than hard-to-collect evidence about crucial but undertheorized and underresearched aspects of civil wars...« (Ebd.: 118)

Ähnlich argumentiert Klaus Schlichte, wenn er die weiterhin binäre Codierung des globalen Kriegsgeschehens kritisiert (Schlichte 2006). Die Unterscheidung in »alte« und »neue« Kriege ersetze das alte Analyseraster des Ost-West-Konflikts durch analoge Vereinfachungen und verstelle den Blick auf lange historische Linien und kulturelle Kontexte, so Schlichte. Zudem betont er die Risiken, die eine Verschmelzung unterschiedlicher Phänomene wie des transnationalen Terrorismus,

² Auch andere Kriegsforscher haben die These von »neuen Kriegen« kritisiert (siehe Kahl/Teusch 2004; Chojnacki 2004).

des Zerfalls von Staaten und der »neuen Kriege« zu einem »sicherheitspolitischen Gesamtkomplex« (ebd.: 126) in sich berge, nämlich die Konstruktion einer neuen Legitimationsgrundlage für Interventionismus jeglicher Art, oft verbunden mit einer neokolonialen Attitüde des Westens.

In ihrer Analyse der »neuen Kriege« betont Sibylle Tönnies, dieser Topos solle in erster Linie der 68er-Generation helfen, über ihre revidierte Meinung zur prinzipiellen Bejahung des Gewaltmonopols hinwegzutäuschen (Tönnies 2009: 28). Nach Tönnies ist der Begriff der »neuen Kriege« gerade deshalb so erfolgreich, weil er das erfüllt, wovor Schlichte gewarnt hatte. Er legitimiere die neue Haltung gegenüber zentralisierter Gewalt und rechtfertige die Aufweichung des im Völkerrecht verankerten Angriffskriegsverbots. Das Narrativ verbreite Angst – zu Recht, findet Tönnies, denn nur die Wahrheit über die Brutalität des *status naturalis* werde helfen, ein legitimes Welt-Gewaltmonopol aufzubauen.

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, wie wichtig Kriegs- und Bürgerkriegsnarrative für die Durchsetzung gesellschaftlicher Ordnung sind.³ Aber trotz dieser auch kontrovers geführten Diskussionen werden die Fragen, wie Bürgerkriege zu unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlichen Wissenskulturen (Knorr Cetina 2002: 11) von verschiedenen Forscherinnen und Forschern analytisch erfasst wurden bzw. welche Vorstellungen vom Bürgerkrieg sich durchgesetzt haben und auf welchen Narrativen diese Vorstellungen basierten und basieren, kaum oder gar nicht angesprochen. Eine historische Theorienbildung zum Phänomen des Bürgerkriegs fehlt ebenso wie Studien, die aus wissenschaftshistorischer Perspektive das Besondere von Bürgerkriegskonstellationen und -dynamiken in Abgrenzung zum zwischenstaatlichen Krieg herausarbeiten. In zahlreichen Abhandlungen zum Krieg – auch in dem aus dem Tübinger Sonderforschungsbereich »Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit« hervorgegangenen Sammelband zur Kriegstypologie – fehlt ein eigener Aufsatz zum Bürgerkrieg.⁴ In der Regel unterscheiden Historiker nicht zwischen Kriegen und Bürgerkriegen. Wenn überhaupt werden Bürgerkriege als Sonderformen von Kriegen behandelt, wie in globalen Darstellungen zum 19. Jahrhundert von Jürgen Osterhammel (2009) oder Christopher A. Bayly (2006).

Worauf beruhen aber unsere Vorstellungen vom Bürgerkrieg, insbesondere unsere ethischen Wertungen? Gern werden Bürgerkriege wegen der angeblich exzessiven Gewaltanwendung als besonders grausam dargestellt (Herberg-Rothe 2003: 36). In seiner Skizze des politischen Denkens zum Begriffspaar »Staatenkrieg – Bürgerkrieg« verweist Herfried Münkler auf Thukydides und Sallust, auf ihre Beschreibungen des Bürgerkrieges als »Endpunkt des moralischen Verfalls«, und spinnt einen roten Faden zu Hobbes und seiner Definition des Bürgerkriegs als

³ Zur Funktion kultureller Gründungserzählungen siehe Koschorke (2007).

⁴ Für diese Hinweise bedanken wir uns bei Prof. Dr. Michael Hochgeschwender. Siehe Beyrau/Hochgeschwender/Langewiesche (2007).

Krieg aller gegen alle (Münkler 2005: 10 f.). Während dem Staatenkrieg schöpferisches Potential zugesprochen wird, werden Bürgerkriege über die Jahrhunderte mit Chaos und Zerstörung assoziiert. Nach Münkler veränderte sich die ausschließlich negativ besetzte Vorstellung vom Bürgerkrieg, als Bürgerkriege insbesondere von der politischen Linken im 19. und 20. Jahrhundert zur »Begleiterscheinung revolutionärer Beschleunigung« stilisiert wurden (ebd.: 11). Gleichzeitig nutzte insbesondere die Rechte die in der Bevölkerung verankerte Angst vor einem Bürgerkrieg als Legitimation autoritärer Regime.

Die Diskussion um die »neuen Kriege« hat gezeigt, dass die bekannte »Erzählung der Angst« (Lipschutz 1999) kaum an Aktualität verloren hat. Wissenschaftler stellt dies vor die Herausforderung, zu untersuchen, welche Konsequenzen sich aus dieser Codierung des Bürgerkriegsbegriffs für die Herstellung sozialer Ordnung ergeben und welche Bedeutung Bürgerkriegen im Prozess der Konstituierung politischer Gemeinschaften zukommt. Einzelne – wenn auch rare – komparative Studien widmen sich diesen Fragen (Casanova 2000; Botz 2007; Kalyvas 2008; Kuhner 2009). Dabei erweisen sich für Forscher nicht nur Vergleiche unterschiedlicher Nach-Bürgerkriegsgesellschaften als besonders fruchtbar, sondern auch Vergleiche von Vergangenheitsdiskursen nach Bürgerkriegen, Kriegen, Revolutionen und Diktaturen (Marcowitz/Paravicini 2009; Marx 2007).

2. *Die (sozialwissenschaftliche) Bürgerkriegsforschung – der »State of the Art«*

2.1 Konfliktursachen

Der Schwerpunkt empirischer Studien zu den Ursachen von Bürgerkriegen, die überwiegend aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich kommen,⁵ liegt auf ökonomischen Gründen, kultureller Identität (vor allem ethnischen Spannungen), oder Institutionen, d.h. einem schwachen Staat. Ihre Basis bilden in der Regel statistische Makrodaten, die quantitativ ausgewertet werden. Die meisten dieser Studien suchen nach Determinanten, die das Risiko eines Bürgerkrieges erhöhen – mit dem Ziel, drohende Bürgerkriege möglichst früh zu erkennen und präventiv einzudämmen. Eingebürgert haben sich folgende Variablen: wirtschaftliche Entwicklung, natürliche Ressourcen, Kindersterblichkeit, geographische Lage, ethnische Heterogenität, Friedensperioden, politische Unterdrückung usw.⁶

⁵ Die schiere Anzahl an Veröffentlichungen macht eine Übersicht fast unmöglich. Einen Überblick bieten: Brown (1997); Collier et al. (2003); Bussmann/Hasenclever/Schneider (2009); Dixon (2009).

⁶ Siehe auch die Variablen der ersten Datenbank zur Erforschung der Kriege, *Correlates of War* (COW): <http://www.correlatesofwar.org/> (letzter Zugriff: 28.7.2010); das *Uppsala Conflict Data*

Ökonomische Motive

Eine Reihe von empirischen Studien thematisiert den Zusammenhang zwischen Ressourcenreichtum oder -armut und dem Bürgerkriegsrisiko (Collier/Hoeffler 1998; 2003). Vielen von ihnen gelten der Mangel an natürlichen Ressourcen, ein anhaltendes Bevölkerungswachstum und der daraus resultierende Versorgungsnotstand als Kriterien für mögliche anhaltende Verteilungskämpfe.⁷ Andere argumentieren, dass gerade ein Reichtum an natürlichen Ressourcen und eine große Diaspora das Bürgerkriegsrisiko erhöhen, weil beide Faktoren die Finanzierung einer Rebellion erleichtern (Collier/Hoeffler 1998; de Soysa/Neumayer 2007). Ziel dieser Studien ist es, die Bedeutung natürlicher Ressourcen für die Gestaltung bewaffneter Konflikte herauszufinden und zu belegen, welche Ressourcen in welcher Weise Konflikte befördern (Ross 2004; Gleditsch 2005). Am bekanntesten ist Paul Colliers und Anke Hoefflers These von Habgier als Motiv innerstaatlicher Kriege: Nicht die Sorge um das Wohl der Gesellschaft, sondern das persönliche Bereicherungsinteresse sei danach die Motivation für den Kriegeausbruch. Die Forschungsergebnisse sind stark widersprüchlich und auf unterschiedliche Berechnungsmethoden, Variablen und Bewertungen zurückzuführen. Doch selbst eine Spezifizierung von Indikatoren – so z.B. in natürliche Ressourcen, die erbeutet oder nicht erbeutet werden können – führt nicht zu beweiskräftigen Ergebnissen (Ross 2004; Lujala/Gleditsch/Gilmore 2005).

Dass das materielle Interesse in vielen Bürgerkriegen eine Rolle spielt, wird von der anwachsenden Literatur zu »Kriegsökonomien« bestätigt. Wenn aber der Bürgerkrieg als ein komplexes soziales Phänomen definiert wird, dann darf die Betonung der ökonomischen Dimension des Bürgerkrieges nicht zur Ausblendung seiner politischen und symbolischen Dimensionen führen. Hier sollte sich das Augenmerk der Forscher stärker auf die Mikroebene und die lokale Geschichte richten.

Kulturelle und ethnische Identität

Die Zerfallsprozesse Jugoslawiens und der Sowjetunion brachten einen Zuwachs an Veröffentlichungen zu den Fragen der Ethnizität und ihrer Bedeutung im Bürgerkrieg mit sich. Entstanden sind zahlreiche Studien, in denen der hohen ethnischen Heterogenität eines Staates eine enorme Bedeutung als Auslöser des Bürgerkrieges, für den Verlauf des Konflikts und für seine Beendigung beigemessen wird (Fearon 2004). Nach Chaim Kaufmann führen ethnische Spaltungen zu ethni-

Project: <http://www.pcr.uu.se/database/> (letzter Zugriff: 28.7.2010) sowie die Datenbank des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung KOSIMO: <http://hiik.de/de/kosimo/index.html> (letzter Zugriff: 28.7.2010).

⁷ Eine Kritik an der Methodik dieser Studien und einen guten Überblick bietet Gleditsch (1998).

schen Bürgerkriegen, während ideologische Differenzen in Revolutionen münden (Kaufmann 1996a; 1996b; 1998). Andere Autoren stellen weitere kulturelle Konfliktursachen neben Ethnizität in den Vordergrund, etwa religiöse und sprachliche Fragmentierung.⁸ Kultur wird dabei nach einem verbreiteten Verständnis des Wortes als Tradition aufgefasst; eine vorgängige Gemeinschaft von Sprache, Religion, Erziehung usw. als »Bedeutungsgewebe, das zur Hervorbringung und Wahrung der Identität eines Kollektivs verstanden wird« (Croissant et al. 2009: 23). Diese Auslegung des Kulturbegriffs ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Überhöhung kultureller Faktoren kann dazu führen, dass andere Analyseebenen ausgeblendet werden. Auch wird der Bezug auf Kultur leicht politisch instrumentalisierbar, wenn die Kultur darauf verpflichtet wird, mittels Bereitstellung eines feststehenden »Sinnvorrats«⁹ sozialen Konsens zu gewährleisten. Eine Kulturalisierung von Konflikten nach diesem Muster resultiert oft in ihrer kulturalistischen Deutung, was wir von Huntington und seiner aus der Kulturkreislehre stammenden Theorie kennen.¹⁰

Je nach Modell werden der ethnischen Komponente unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben. Nach einem Erklärungsmuster fordern ethnisch motivierte Sezessionisten den Staat heraus, indem sie versuchen, die Kontrolle über das von ihnen bewohnte Territorium zu erlangen (Gurr/Pitsch 2002: 287–312). Auch wird der Kampf um die Staatsmacht im Zentrum als Motivation für den Gewaltausbruch angeführt. So deutet Andreas Wimmer die ethnisch-nationalen Konflikte auf dem Balkan, im Kaukasus, in Südostasien und Westafrika als eine neue Welle von Nationalstaatgründungen und Demokratisierungen (Wimmer 1997; 2002). Nach dem Modell des »Sicherheitsdilemmas« verursacht das Fehlen einer Staatsmacht eine anarchische Situation, die ethnische Konflikte fördert (Posen 1993). Andere Forscher interpretieren ethnische Konflikte als Nebeneffekte von historischen Makroprozessen (Mann 2005), oder erweitern ihre Indikatoren um geographisch definierte Variablen und bewerten die Bedeutung ethnisch begründeter transnationaler Verbindungen von Akteuren neu. Cederman und seine Koautoren konzentrieren sich zum Beispiel auf das dyadische Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie und berücksichtigen neben ethnischen Faktoren auch die geographische Lage (Cederman/Girardin/Gleditsch 2007). Nach ihren Untersuchungen steigt das Bürgerkriegsrisiko, wenn mehrere ethno-nationalistische Gruppen dasselbe Territorium für sich beanspruchen und ihre Erfolgchancen gut sind.

⁸ Am prominentesten sicherlich Huntington (1996); für neuere Ansätze vgl. Hasenclever/De Juan (2007); Croissant et al. (2009); vgl. auch den Beitrag von Alexander De Juan und Andreas Hasenclever in diesem Band.

⁹ Siehe den Antrag auf die Einrichtung des Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration«: 31.

¹⁰ Siehe dazu den Beitrag von Albrecht Koschorke in diesem Band.

Schwierigkeiten ergeben sich – wie bei den ökonomisch basierten Studien – in der Bestimmung von Indikatoren. Kritisiert wird die Benutzung des ELF (*ethnolinguistic fractionalisation index*) als Messgrundlage aufgrund seiner Missverständlichkeit (Fearon/Kasara/Laitin 2007) und die Überbetonung ethnischer Fragmentierung, insbesondere nachdem Fearon und Laitin (2003) belegt haben, dass ethnisch heterogene Staaten – verglichen mit anderen, wirtschaftlich ähnlich entwickelten Staaten – kein höheres Bürgerkriegsrisiko aufweisen.

Durch die Ergebnisse von Studien zur Bürgerkriegsökonomie herausgefordert, die behaupten, dass die Ethnizität keinen Einfluss auf den Bürgerkriegsausbruch habe, entwickeln die Anhänger der These von ethnisch motivierten Bürgerkriegen neue Indikatoren und verändern ihre Modelle.¹¹ Es fällt jedoch auf, dass in den meisten Studien die Rolle der Ethnizität tendenziell überbewertet und ihr konstruierter Charakter selten hinterfragt wird.¹² Auch hier greift das Argument, dass der dynamische Bürgerkriegsverlauf oft Zugehörigkeiten produziert und die ethnischen Konflikte als Ergebnis und nicht als Konfliktursache zu interpretieren sind.

Institutionen und »der schwache Staat«

Vielen Autoren gilt ein schwacher Staat – definiert u.a. über die Höhe des Brutto-sozialprodukts oder seine Fähigkeit, das effektive Monopol für die Ausübung physischer Gewalt durchzusetzen – als Ursache für ein höheres Bürgerkriegsrisiko (Waldmann 1995; Fearon/Laitin 2003). Demnach können sowohl Missstände als auch Gier die Bereitschaft lokaler Akteure zum Bürgerkriegseintritt motivieren, aber erst ein schwacher Staat bietet ihnen die Gelegenheit, ihr Vorhaben zu realisieren (Jung/Schlichte/Siegelberg 2003). Denn in institutionell und wirtschaftlich leistungsfähigen Staaten nehmen oppositionelle Gruppen im Vergleich zur Regierung eine inferiore Stellung ein, was ihre Chancen auf eine erfolgreiche Sezession schmälert (Buhaug 2006). Entsprechend stark müssen ihr Engagement und ihre Opferbereitschaft ausfallen, um die Überlegenheit eines funktionsfähigen Staates auszugleichen (Waldmann 2002: 375). Mit der Stabilität eines Systems argumentieren auch Forscher vom norwegischen *International Peace Research Institute*, Oslo (PRIO): Regime im Übergang von der Autokratie zur Demokratie weisen ein stärkeres Bürgerkriegsrisiko auf als gefestigte Demokratien oder Autokratien (Hegre et al. 2001).

Schwache Staaten eröffnen gewaltkompetenten Akteuren erhebliche Spielräume: Kontroll- und Legitimationsdefizite des Staates werden ausgenutzt, staatliche Institutionen und Autorität unterwandert, Parallelstrukturen aufgebaut

¹¹ So wurden in den letzten Jahren diverse neue Indizes ethnischer Fraktionalisierung entwickelt. Vgl. z.B. Alesina et al. (2003); Fearon (2003); Montalvo/Reynal-Querol (2005).

¹² Eine Ausnahme bildet Kreuzer/Weiberg (2007); vgl. zu diesem Problem auch Kalyvas (2007: 420).

(Schneckener 2005: 28). Insbesondere jene Gesellschaften, die starke innere Spannungen und soziale Zerklüftungen aufweisen, sind unter den Bedingungen »fragiler Staatlichkeit« anfällig für Aufstände und gewaltsame Konflikte (Waldmann 1995: 347).

Doch ist – wie von Schlichte und Kalyvas bemängelt – der empirische Beweis für die These, der »schwache Staat« sei eine Entstehungsbedingung für den Bürgerkrieg, ausgeblieben. Abgesehen davon sind die Indikatoren für die Bestimmung eines »schwachen Staates« selbst stark umstritten. Vorsicht ist zudem geboten, wenn die These bemüht wird, um der Forderung nach einem »starken Staat« Legitimität zu verleihen. In diesem Kontext wäre eine Erforschung aktueller Diskurse zur Verschmelzung von Theorien zu den »neuen« Kriegen, der »fragilen Staatlichkeit« und dem »internationalen Terrorismus« von Interesse. Dabei sollte besondere Aufmerksamkeit dem Argument gelten, »schwache Staaten« bedrohten die globale Sicherheit und seien ein Hort des Terrorismus, womit die Dringlichkeit einer Intervention (als Demokratieexport) in eben diesen Staaten legitimiert wird (Rotberg 2002; Schneckener 2005; Goldsmith 2008).

Zusammengefasst lassen sich die bisherigen Ergebnisse der quantifizierenden Bürgerkriegsursachenforschung auf die folgende Formel bringen:

»Countries with low, stagnant, and unequally distributed per capita incomes that have remained dependent on primary commodities for their exports face dangerously high risks of prolonged conflict. In the absence of economic development neither good political institutions, nor ethnic and religious homogeneity, nor high military spending provide significant defenses against largescale violence. Once a country has stumbled into conflict powerful forces – the conflict trap – tend to lock it into a syndrome of further conflict.« (Collier et al. 2003: 53 f.)

Unterschiedliche Forscher haben jedoch wiederholt auf die Grenzen dieser Vorgehensweise verwiesen (Schlichte 2006; Kalyvas 2007: 418 f.). Sie kritisieren das methodische Vorgehen, auch weil die benutzten Variablen einen großen Interpretationsspielraum lassen und die theoretische Spezifizierung oft fehlt, das Ausbleiben einer verbindlichen Klärung des Bürgerkriegsbegriffs, die Fokussierung auf die Situation vor dem Konfliktausbruch und die nachträgliche Konstruktion von Master-Narrativen, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Situation im Bürgerkrieg.

2.2 Konfliktverlauf

Anders als die Suche nach Ursachen ist eine systematische und vergleichende Analyse des Konfliktverlaufs im Bürgerkrieg bis jetzt ausgeblieben. Einzelne Studien, wie Kalyvas' *The Logic of Violence in Civil War* (2006) oder Schlichtes *In The Shadow of Violence* (2009), widmen sich unterschiedlichen Phasen des Kriegsverlaufs

oder dem Prozess der Konfliktgenese in verschiedenen Ländern.¹³ Jedoch gibt es kaum umfassende Untersuchungen zur Bedeutung einzelner Faktoren für den Verlauf des Bürgerkrieges oder Untersuchungen prozessualer Abläufe und Strukturveränderungen während des Bürgerkrieges.¹⁴ Das lässt sich mit erschwerten Bedingungen für Recherchen vor Ort erklären, die für eine empirische Untermauerung der Ergebnisse unabdingbar wären.

Einige Untersuchungen widmen sich der Funktionsweise von Gewaltmärkten und Gewaltökonomien und weisen auf Verselbständigungsprozesse von Gewalt hin. Sie sind im Zusammenhang mit der Debatte um die »neuen Kriege« entstanden und analysieren die These von der Neuartigkeit dieser Gewaltökonomien (Elwert 1997; Schlichte 2003; Heupel 2009). Elwert prägte den Begriff der Gewaltmärkte und definierte sie als soziale Räume, in denen Gewalt »als effizientes Mittel marktwirtschaftlichen Erwerbsstrebens« (Elwert 1997: 32) eingesetzt wird. Schlichte beschreibt Kriegsökonomie als »einen sozialen Raum, in dem die Verteilung und Aneignung von Ressourcen gewaltgesteuert verläuft.« (Schlichte 2003: 8) Diese Ansätze fokussieren nicht auf die Kriegsursachen, sondern darauf, wie im Bürgerkrieg soziale Zusammenhänge zerbrechen und sich neu konstituieren. Eine ähnliche Strategie mit einem anderen Fokus verfolgen sozialpsychologische Untersuchungen zum Konfliktethos und der Entstehung und Verfestigung von Feindbildern im Verlauf eines Konflikts. Hier sind in erster Linie die Arbeiten von Daniel Bar-Tal zu nennen (Bar-Tal 2007; Oren/Bar-Tal/David 2004; Bar-Tal 2010).¹⁵

Gerade weil Bürgerkriege durch ihre endogene Dynamik gekennzeichnet sind, müssen wir mehr darüber wissen, was im Bürgerkrieg passiert. In seinem einleitenden Beitrag zu einem *Special Issue* des *Journal of Peace Research* zum Konfliktverlauf erläutert Håvard Hegre (2004), wie bestimmte Faktoren, die beim Konfliktausbruch nicht relevant waren, im Verlauf des Konflikts an Bedeutung gewinnen und gegebenenfalls die Chance einer Beendigung beeinflussen können. Wie sich Bürgerkriege entwickeln, welchen Effekt die Gleichzeitigkeit von moderner und traditioneller Kriegführung auf die Ausübung von Gewalt hat, wie die Gewaltpraktiken zu deuten sind, wie sich die Kriegserfahrung auf den Wandel der Identität aus-

¹³ Als Beispiele jüngster Aktivitäten sei verwiesen auf das Projekt »Disaggregating Civil Wars« der ETH Zürich und des *Center for the Study of Civil War* in Oslo http://privatewww.essex.ac.uk/%7Eksg/essex_grow.html (letzter Zugriff: 28.7.2010) und auf einzelne Projekte des *Center for the Study of Civil War* in Oslo <http://www.prio.no/CSCW/Research-and-Publications/> (letzter Zugriff: 28.7.2010).

¹⁴ Als Ausnahmen wären z.B. die von Klaus Schlichte geleitete Nachwuchsgruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« (http://www.ipw.ovgu.de/forschung/inhalt/projekte_konferenzen/mikropolitik/projektbeschreibung.html, letzter Zugriff: 28.7.2010) und die Arbeit des Hamburger Instituts für Sozialforschung zu Theorien der Gewalt (<http://www.his-online.de/forschung/theoriegeschichte-der-gewalt.html>, letzter Zugriff: 28.7.2010) zu nennen. Vgl. auch die jüngst erschienene Studie von Elisabeth J. Wood (2008).

¹⁵ Siehe dazu auch den Beitrag von Marcel Baumann in diesem Band.

wirkt, kurz gefasst, wie Gesellschaften unter den Bedingungen des Bürgerkrieges funktionieren, stellt ein noch kaum exploriertes Forschungsfeld dar. Von Bedeutung wäre im Zusammenhang mit der Frage, welche Wirkungen Bürgerkriege auf ihre Umwelt entfalten, auch eine Untersuchung der Repräsentation von Bürgerkriegen im Kriegsverlauf selbst.

2.3 Konfliktbeendigung

Die Triebfeder für die Entstehung zahlreicher Untersuchungen zur Beendigung von Bürgerkriegen war der Wunsch nach einer Verhandlungslösung. Schließlich konnten, so Barbara F. Walter, zwischen 1940 und 1990 55 Prozent aller zwischenstaatlichen Kriege und nur 20 Prozent aller Bürgerkriege am Verhandlungstisch beendet werden (Walter 1997: 335). Entsprechend wollen die meisten Untersuchungen herausfinden, warum die Bürgerkriegsparteien selten in der Lage sind, erfolgreich zu verhandeln und welchen Beitrag die internationale Gemeinschaft zur Beendigung dieser Konflikte leisten kann.

Um zu erklären, warum Bürgerkriege unterschiedlich lange dauern, hat Fearon vorgeschlagen, zwischen fünf Typen von Bürgerkriegen zu differenzieren (Fearon 2004). Nach seiner Analyse gäbe es drei Typen des kurzen sowie einen, in zwei Untertypen gegliederten, Typ des langen Bürgerkriegs:

1. Kurze Bürgerkriege
 - a) Staatsstriche oder Revolutionen
 - b) Dekolonisierungskriege
 - c) Kriege nach dem Fall des Kommunismus
2. Lange Bürgerkriege: periphere Aufstände in Verbindung mit Guerillakrieg
 - a) Kriege zwischen ethnischen Minderheiten und staatlich unterstützten Vertretern der dominierenden ethnischen Gruppe
 - b) Kriege, bei denen die Rebellen den Zugang zu natürlichen Ressourcen besitzen

Fearons Typologie wurde mit anderen Vorschlägen begegnet, etwa der Unterscheidung in ethnische und nicht-ethnische, irregulär oder konventionell geführte Bürgerkriege. Allen gemeinsam ist das Bemühen um eine Identifikation derjenigen Faktoren, die eine Konsensfindung und stabile Friedensbildung verhindern. Zusammengefasst wird mit folgenden empirischen Befunden die Dauer von Bürgerkriegen erklärt: Art des Konflikts, Armut, Ungleichheit, Bevölkerungsgröße, Entstehen von Gewaltmärkten sowie Waffenhandel und -vorrat, Anzahl von Konfliktparteien und externen Interessen, geographische Lage (Elwert 1997; Hegre 2004; Collier/Hoeffler/Söderbom 2004; DeRouen/Sobek 2004).

Der bekannteste Ansatz zur Konfliktlösung ist das Drei-Stufen-Modell von Barbara F. Walter, wonach die Kriegskosten, Pattsituationen und innenpolitische Institutionen ausschlaggebend für die Aufnahme von Verhandlungen seien (Walter 2002). Im zweiten Schritt werde ein Abkommen ausgehandelt, bei dem der Vermittlung eine große Bedeutung zukommt. Auch bei dessen Durchsetzung spielen laut Walter die Garantiemächte eine wichtige Rolle. Ihr Resümee – die Beendigung des Bürgerkrieges nicht den Kombattanten selbst zu überlassen – ist ein Plädoyer für die Einmischung und Interventionen der internationalen Gemeinschaft, das zahlreiche Fragen aufwirft, die allerdings von den empirischen Studien zur Beendigung von Bürgerkriegen nicht erörtert werden.

Darüber hinaus existiert inzwischen eine beachtenswerte Literatur zur Friedenskonsolidierung nach Bürgerkriegen, wobei vor allem internationale Friedensmissionen Gegenstand der Analyse sind (Doyle/Sambanis 2006; Paris 2004; Caplan 2005). Ebenso hat sich die Forschung mit dem gesellschaftlichen Wiederaufbau, insbesondere der juristischen Aufarbeitung von Verbrechen und Prozessen der Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung nach Bürgerkriegen, befasst (Mani 2002; Stover/Weinstein 2004; Mendeloff 2004; Kerr/Mobekk 2007; Buckley-Zistel 2009).¹⁶

3. Bürgerkriege aus kulturwissenschaftlicher Perspektive – Konturierung eines neuen Forschungsfeldes

Anders als »Gewalt« oder »Krieg« ist der Bürgerkrieg bislang äußerst selten ein Thema interdisziplinärer geistes- oder kulturwissenschaftlicher Forschung (von Treskow/Buschmann/Bandau 2005b; von Treskow 2005a: 214). Zwar liegen Studien zu Einzelereignissen wie dem Amerikanischen oder Spanischen Bürgerkrieg vor, vergleichende und systematische Arbeiten bleiben, wie in Abschnitt I. dargelegt, dagegen rar. In Sammelbänden über Krieg oder Gewalt finden sich vereinzelt Veröffentlichungen zum Thema »Bürgerkrieg«, die neue Ergebnisse liefern und zur weiteren kulturwissenschaftlichen Forschung einladen (Gestrich 1996; Schneider 1999; Carl et al. 2004; Kortüm 2006; Kenkmann/Zimmer 2005; Brock/Koschik 2002; Dabag/Kapust/Waldenfels 2000; Danien 2006; Tyradellis/Wolf 2007; Beyrau/Hochgeschwender/Langewiesche 2007; Borissova/Frank/Kraft 2009). Zwar nahm Wolfgang Sofsky bereits vor einigen Jahren in seiner Essaysammlung »Traktat über die Gewalt« die paradoxen Wechselwirkungen von Kultur – verstanden als »Inbegriff all der Mittel und Formen, mit denen der Mensch seinem Leben Gestalt und Ausdruck, Ordnung und Substanz gibt« (Sofsky 1996: 212) – und verschiedenen Formen von Gewalt in den Blick, was in Deutschland zu kontroversen Diskussionen führte (von Trotha/Schwab-Trapp 1996: 56–64; Baberowski 2008). Doch

¹⁶ Siehe dazu auch die Beiträge von Susanne Buckley-Zistel und Aleida Assmann in diesem Band.

fehlen bis heute Studien, die aus kulturwissenschaftlicher Perspektive das Besondere von Bürgerkriegskonstellationen und -dynamiken analysieren, etwa in Abgrenzung zum zwischenstaatlichen Krieg. Erst in jüngster Zeit zeigt sich allmählich das Interesse an einer vergleichenden und interdisziplinären Erforschung des Themas.¹⁷ Vor allem die Literaturwissenschaft hat Bürgerkriege als neues Forschungsfeld für sich entdeckt.¹⁸

Im Anschluss an diese kurze Standortvermessung wird im Folgenden das Thema im Bereich der Kulturwissenschaften situiert. Dabei verstehen wir das Phänomen der Bürgerkriege als Herausforderung für eine disziplinübergreifende Betrachtung. Wenn wir davon ausgehen, dass Aufbau, Stabilität und Erschütterung sozialer Ordnungszusammenhänge erheblich durch kulturelle Faktoren bedingt sind, kann eine kulturwissenschaftliche Analyse von Bürgerkriegen den Blick dafür schärfen, wie Gesellschaften zusammengehalten werden, unter welchen Bedingungen und Umständen soziale Ordnungen zerfallen und wieder gebildet werden. Denn obwohl Bürgerkriege durch vielschichtige und empirisch schwer fassbare Prozessabläufe gekennzeichnet sind und eine eindeutige Klärung des Bürgerkriegsbegriffs bislang fehlt, zeichnen sich diese Konflikte zumindest durch ein gemeinsames Merkmal aus: die große räumliche, soziopolitische und kulturelle Nähe der Konfliktparteien.¹⁹ Aus diesem Grund ist in Bürgerkriegen die Konstruktion kultureller Identität und Differenz von immenser Bedeutung.

Im Unterschied zur stark durch quantitative Herangehensweisen geprägten Ursachenforschung, deren Haupterträge oben dargestellt wurden, nimmt der vorliegende Band den Prozesscharakter von Bürgerkriegen in den Blick, indem die Autorinnen und Autoren analysieren, welche Auswirkungen sich im Verlauf eines Bür-

¹⁷ Darauf deuten folgende Tagungen hin: »Kunst, Kultur und Bürgerkrieg. Formen kultureller Auseinandersetzung mit Bürgerkriegsgewalt im 20. Jahrhundert« vom 18.–19.6.2004, organisiert vom Institut für Romanistik der Universität Potsdam; »Der Spanische Bürgerkrieg im Zeitalter des Totalen Krieges«, 13.–14.7.2006, organisiert vom Historischen Seminar der Universität München in Zusammenarbeit mit dem Instituto Cervantes (http://www.cervantes-muenchen.de/de/02_kultur/archiv/02_2006/ guerraCivilCongreso.htm; letzter Zugriff: 28.7.2010); »Nach-Bürgerkriege. Österreich, Spanien und Griechenland im Vergleich« am 15.06.2007, organisiert von der historisch-kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien in Zusammenarbeit mit dem Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, der Balkankommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Gesellschaft für Neugriechische Studien; »Communities in Conflict: Civil Wars and their Legacies«, 4.–5.9.2009, organisiert von der Swansea School of Humanities in Zusammenarbeit mit dem German Historical Institute London.

¹⁸ Für einen guten Überblick siehe von Treskow (2005a); erste Studien finden sich in von Treskow/ Buschmann/Bandau (2005a); Bandau/Buschmann/von Treskow (2008); Lützel (2009).

¹⁹ Vgl. von Treskow (2005b); dieser Aspekt wurde auch von Stathis Kalyvas in einem Vortrag bei der öffentlichen Auftaktveranstaltung »Bürgerkriege. Gewalt. Trauma. Intervention« des Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration« an der Universität Konstanz, 29.–30.11.2007, hervorgehoben: <http://exc16.de/cms/buergerkriege-vortraege.html> (letzter Zugriff: 28.7.2010).

gerkrieges auf die betroffenen Gesellschaften ergeben und wie die Beendigung und Verarbeitung von Bürgerkriegen und der damit verbundenen Kriegs- und Gewalt-handlungen vonstatten geht. Von zentraler Bedeutung ist die Erkenntnis, dass Bürgerkriegsgesellschaften nicht eindeutig als im Frieden oder im Krieg befindlich eingruppiert werden können, sondern sich in einem Kontinuum zwischen Krieg und Frieden bewegen (vgl. Richards 2005; Buckley-Zistel 2006; Baumann 2008). Im Sinne des Forschungsprogramms des Konstanzer Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration« soll der Bürgerkrieg als Prozess sozialer Integration und Desintegration verstanden werden, um zu untersuchen, »wie kulturelle Sinnmuster Struktur- und Grenzstabilisierung bewirken und unter welchen Umständen sie [...] an Grenzüberschreitungen beteiligt sind« (Antrag auf Einrichtung eines Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration«: 107).

Krieg begreifen wir dabei nicht als Ausnahmezustand, sondern als eine mögliche Form sozialer Interaktion. Bürgerkriegsereignisse und ihre Ursachen können nicht losgelöst von ihrem sozialen Kontext betrachtet werden. Bürgerkriege brechen nicht automatisch aus, wenn bestimmte soziale, politische oder ökonomische Bedingungen vorhanden sind, sondern sie werden von Akteuren mit bestimmten Motiven und Zielen organisiert. Insofern kann eine generalisierende, quantifizierende Konfliktursachenforschung lediglich Hintergrundbedingungen aufzeigen, die kriegerische Konflikte wahrscheinlich werden lassen, nicht jedoch das Ausbrechen eines bestimmten Konfliktes zu einem bestimmten Zeitpunkt erklären. Eine Annäherung aus kulturwissenschaftlicher Perspektive ermöglicht es, Ursachen mit der Dynamik zu kombinieren, um das Phänomen analytisch zu erfassen. Das Augenmerk liegt dabei auf kulturellen Vorbedingungen jeglicher Handlungsweisen und darauf, welche Deutungen kulturelle Medien vor, im Verlauf und nach einem Konflikt liefern, welche Rolle sie bei der Sinnproduktion und der Herstellung kultureller und sozialer Identifikation und Differenz einnehmen und wie sie in Konflikte und Machtkonstellationen involviert sind.

Ziel dieses Buches ist es nicht, eine umfassende oder neue Definition des Begriffs »Bürgerkrieg« zu entwickeln. Vielmehr soll der kulturwissenschaftliche Blick auf das Phänomen ein neues Forschungsfeld konturieren, dabei aufzeigen, wie Bürgerkriege lokale Identitäten, Zugehörigkeiten und Institutionen durchschneiden und die Logik hinter Prozessen der Kulturalisierung aufdecken. Dass im Bürgerkrieg ehemals geschlossene Handlungssphären aufgeschlossen und neu aufgelöst und viele Zonen von Unbestimmtheit hervorgehoben werden, exponiert diesen Gegenstand zudem für das weiter reichende Anliegen, aus der empirischen Forschung heraus einen Beitrag zur Präzisierung des Kulturbegriffs zu leisten.

Anstelle eines Containermodells von Kultur, das einen Plural erlaubt, propagieren wir in diesem Band ein Verständnis von Kultur als »eine Art universales Kommunikationsmedium, in dem soziale Akteure sich auf die Relativität ihrer wechselseitigen Lebens- und Erfahrungsformen ansprechen können – bei gleichzeitiger Unverfügbarkeit von deren jeweiligen Beständen« (ebd.: 30). Kultur ist demnach

»die Zone des konflikthaften Austauschs zwischen den Diskursphären – jener Zwischenraum, aus dem heraus sich die unterschiedlichen Rationalitäten überhaupt erst entfalten, in dem sie aufeinander treffen, sich mischen, verstärkend überlagern oder wechselseitig entkräften. Die entscheidenden Prozesse laufen hier nicht nach Maßgabe festgelegter Codierungen ab, weil eben diese Codes selbst auf dem Spiel stehen und in ihrer Anlage wie in ihrem Geltungsradius erst Gegenstand von Aushandlungen sind« (ebd.: 33 f.).

Demgegenüber gehen viele Strömungen der Bürgerkriegsforschung von einem statischen Kulturbegriff aus, der Kultur als Reservoir von Traditionen, Wissensbeständen und Verhaltensweisen versteht und auf die Untersuchung von kulturspezifischen Merkmalen, kulturellen Unterschieden und kulturellen Grenzen abhebt. Forschungspraktisch führt dieses Konzept, das Kultur als vorgegebene Kategorie versteht, oft zu Problemen, da sich die Frage stellt, wo die Grenzen zwischen Kulturen verlaufen. In unserer Publikation ist diese Frage offen formuliert, auch weil sich am Beispiel der Bürgerkriege aufgrund ihrer Unberechenbarkeit die Schwierigkeiten von Containermodellen von Kultur manifestieren.

Diese Prämissen liegen der Konzeption des vorliegenden Buches zugrunde, das gleichzeitig unterschiedliche Ansätze von Autorinnen und Autoren, die in Konstanz und anderen Standorten an dieser Thematik forschen, zusammenbringt. Ihre Beiträge orientieren sich an einer Reihe von Leitfragen:

1. *Stabilisierung von Identitäten als Grenzstabilisierung*: Wie werden kulturelle Differenzen identifiziert und konstruiert und wie werden sie herangezogen, um Desintegrationsprozesse zu legitimieren? Inwieweit fungieren sie tatsächlich als Identitätsstifter, und wie funktioniert ihre Instrumentalisierung? Welche Praktiken der Identitätsstiftung werden sichtbar?
2. *Infragestellung von Identitäten als Grenzüberschreitung*: Gerade angesichts der räumlichen, soziopolitischen und kulturellen Nähe der Konfliktparteien erscheint die Entstehung und Ausübung von Gewalt in Bürgerkriegen als besonders verabscheuungswürdig. Welche Mechanismen führen dazu, dass die Regeln des sozialen Zusammenlebens außer Kraft gesetzt werden?
3. *Mediale Wahrnehmung und Verarbeitung von Bürgerkriegen*: Welche Deutungen liefern die Massenmedien und Medien wie bildende und darstellende Kunst, Musik und Literatur vor, im Verlauf und nach einem Konflikt? Welche Rolle spielen sie bei der Sinnproduktion und bei der Herstellung kultureller und sozialer Identifikation und Differenz, und wie sind sie in Konflikte und Machtkonstellationen involviert? Mit welchen diskursiven und symbolischen Strategien werden gesellschaftliche Machtverhältnisse repräsentiert? Welche hierarchischen Ordnungsmuster strukturieren die diskursiven und symbolischen Deutungen, wie lösen die neuen Konstruktionen die alten ab – wie werden sie hegemonial?

4. *Instrumentalisierung der Vergangenheit*: Wie verlaufen Prozesse der Homogenisierung (oder auch weiterer Spaltung) der Gedächtnislandschaft? Entscheiden sich Nachbürgerkriegsgesellschaften für das »gewählte Trauma« oder die »gewählte Amnesie« als Methode der Vergangenheitsbewältigung? Wird die Erinnerung an den Bürgerkrieg mobilisiert, um Gewalt und politische Aktionen zu rechtfertigen oder um eine neue Ordnung zu schaffen?

Nicht alle diese Fragen finden eine Antwort. Ausgehend vom dargelegten Forschungsstand und dem identifizierten Desiderat einer kulturwissenschaftlichen Perspektive auf den Bürgerkrieg werden in den Beiträgen verschiedene Aspekte des Themas miteinander verknüpft und interdisziplinäre Schnittstellen aufgezeigt. Alle Beiträge kreisen eng um die Frage, wie kulturelle Sinnmuster im Vorfeld, während und nach dem Bürgerkrieg Struktur- und Grenzstabilisierungen und Grenzüberschreitungen – auch zu verstehen als Prozesse der Integration und Desintegration – bewirken. Im Zentrum unseres Interesses stehen dabei die narrativen Strategien, mit welchen Bürgerkriege legitimiert, erklärt, bewältigt und dargestellt werden. Ausgehend von Albrecht Koschorkes programmatischem Beitrag, der eine erzähltheoretische Perspektive auf das Phänomen der Bürgerkriege entwirft, zieht sich die implizite oder explizite Thematisierung der Rolle von Narrativen in fast allen Beiträgen als roter Faden durch den Band. Erst narrative Konstruktionen strukturieren und verleihen dem »Ereignis Krieg« (Frank 2009: 9) einen Sinn; nach Drew Gilpin Faust: »War imposes an orderly narrative on what without its definition of purpose and structure would be simply violence.« (Gilpin Faust 2004: 383). Der Bürgerkrieg als der Hobbes'sche Krieg aller gegen alle – ein Konstrukt, mit dem sich Philip Manow in seinem Beitrag kritisch auseinandersetzt – war Bestandteil sämtlicher intellektueller Konstruktionen vom Ursprung des modernen Staates. Seine Eindämmung galt als erster Schritt zur Herstellung gesellschaftlicher Ordnung. Die Assoziation von Bürgerkriegen mit Schrecken, mit entgrenzter Gewalt im Sinne von Heinrich Popitz (1992), ist in diesem Kontext als Teil einer Erzählung der Angst zu verstehen.

Mit Narrativen werden Feindschaften konstruiert, Gewalt begründet, Bürgerkriege aufgearbeitet. Narrative fungieren als Modi der Aktualisierung greifbarer Traditionsbestände. Vor allem die Beiträge von Ulrich Gotter, Bernd Stiegler und Philip Manow, aber auch die Texte von Stefan Zahlmann und Davor Beganović behandeln daher das Moment der Darstellung des Bürgerkriegs und der mit dem Bürgerkrieg assoziierten Grenzziehungen mittels verschiedener Medien. Sie untersuchen, wie die Entstehung von Bürgerkriegsnarrativen vonstatten geht, wie die Bilder vom Bürgerkrieg als Bestandteil der organisatorischen Disziplinierung von Gesellschaft und als Instrument der Identitätspolitik benutzt werden – wie aus den Beiträgen von Bernd Stiegler und Stefan Zahlmann hervorgeht – und durch welche Modi der Kulturalisierung Differenzen konstruiert und herangezogen werden, um

Desintegrationsprozesse zu legitimieren. Marcel Baumann thematisiert in seinem Beitrag, wie die kulturelle Erinnerung mobilisiert wird, um Gewalt und politische Aktionen zu rechtfertigen bzw. eine neue Ordnung zu schaffen. Ulrich Gotter zeigt auf, wie Narrative in Abhängigkeit vom politischen Kontext sowohl zur Legitimierung der neuen Machthaber nach dem Bürgerkrieg als auch zu ihrer Diffamierung als Profiteure des Blutvergießens eingesetzt werden können.

Die Beiträge von Alex Veit und Klaus Schlichte, Daniel Šuber, Davor Beganović sowie Andreas Hasenclever und Alexander De Juan behandeln Dynamiken vom Frieden in Richtung Krieg auf dem oben erwähnten Kontinuum zwischen beiden Zuständen und schildern damit vor allem das Moment des Erlebens von Bürgerkriegen. Sie hinterfragen Kriegsursachen und beschreiben und deuten Mechanismen der Struktur- und Grenzstabilisierung bzw. der Grenzüberschreitungen im Vor- und Verlauf eines Bürgerkrieges. Während sich in zwischenstaatlichen Kriegen Ausbruch und Beendigung durch formale Kriegs-, Waffenstillstands- und Kapitulationserklärungen genau identifizieren lassen, beginnen Bürgerkriege oft schleichend oder mit einzelnen, punktuellen und lokal eingegrenzten Gewaltexzessen. Diesen Prozess hin zu einem »Umsturz der Werte« beschreibt Daniel Šuber in seinem Beitrag. Die Konstituierung, De- und Rekonstituierung von Parteien und Koalitionen stellt ein typisches Phänomen im Verlauf von Bürgerkriegen dar. Alex Veit und Klaus Schlichte weisen in ihrem Beitrag darauf hin, dass auch nichtstaatliche Rebellengruppen politische Akteure sind und befassen sich mit den Strategien der Legitimierung bewaffneter Gruppen. Inwieweit konfliktrelevante kulturelle Merkmale wie die Religion als Identitätsstifter im Prozess der Konstituierung von Konfliktparteien fungieren und welche Praktiken der Identitätsstiftung dabei sichtbar werden, thematisieren Alexander De Juan und Andreas Hasenclever in ihrem Beitrag. Aufgrund der Vielfalt und Wandelbarkeit der involvierten Akteure ist bei Verhandlungen zwischen den Gewaltparteien mit dem Ziel der Konfliktbeilegung oft unklar, ob legitime Vertreter aller Parteien mit am Tisch sitzen oder ob nicht einbezogene (Unter-)Gruppierungen die Gewalt fortsetzen werden. Auch nach dem Ende der Kampfhandlungen existiert der innergesellschaftliche Konflikt latent fort – wie Davor Beganović in seinem Beitrag darlegt –, und oftmals ist es nur eine Frage der Zeit, bis es zu einer erneuten Eskalation kommt.

Die Beiträge von Marcel Baumann, Wolfgang Seibel, Susanne Buckley-Zistel und Aleida Assmann richten den Blick schwerpunktmäßig auf Dynamiken vom Krieg in Richtung Frieden und thematisieren damit das Moment des Bewältigens. In diesem Kontext sind Institutionen bzw. Organisationen, die innerhalb von Gesellschaften oder auf internationaler Ebene existieren, und ihre Methoden der Konfliktlösung von zentraler Bedeutung. Es stellt sich die Frage, welche (religiösen, moralischen) Vorstellungen sie entwickelt oder adaptiert haben, um Interessen und Gegensätze auszutragen und Konflikte zu entschärfen bzw. einen Bürgerkrieg zu beenden und weitere Auseinandersetzungen zu vermeiden. Wolfgang Seibel untersucht in diesem Zusammenhang die Rolle der Vereinten Nationen, während sich

Susanne Buckley-Zistel mit Wahrheitskommissionen befasst, die immer häufiger nach Bürgerkriegen als Mechanismus der Vergangenheitsaufarbeitung und Versöhnung eingesetzt werden. Von welcher enormen Bedeutung der Umgang mit der Vergangenheit für Nachbürgerkriegsgesellschaften ist, verdeutlicht Aleida Assmann in ihrem Beitrag. Die Erinnerung an die Gräueltaten kann stets neue Zerwürfnisse auslösen und den oft fragilen Frieden gefährden. Im Rahmen zahlreicher internationaler Missionen zur Friedenskonsolidierung wird deswegen als Mittel zur Festigung des Friedens nach innerstaatlichen Konflikten das Konzept der Versöhnung propagiert. Das westliche Verständnis von Versöhnung ist tief in der jüdisch-christlichen Vorstellungswelt verankert und orientiert sich an zentralen Begriffen wie »Vergebung«, »Wiedergutmachung« und »Bestrafung«.

Es ist offensichtlich, dass sich die in den Beiträgen zum Tragen kommenden Dimensionen von Darstellen, Erleben und Bewältigen überschneiden und in vielen von ihnen weitere Facetten wie Erklären und Legitimieren aufscheinen. Angesichts zahlreicher Verflechtungen und fließender Übergänge zwischen den unterschiedlichen Dimensionen sowie des übergreifenden Forschungsinteresses an der Funktion von Narrativen verzichten wir bewusst auf eine Zuordnung einzelner Texte zu Themenblöcken. Eine grobe Anordnung lässt sich dennoch erkennen: Wir beginnen mit historischen Zugriffen, thematisieren den Ausbruch und Verlauf von Bürgerkriegen anhand aktueller Beispiele und schließen mit Mechanismen der Konfliktlösung und Vergangenheitsbewältigung.

Darüber hinaus wirft der Band die weiterreichende Frage nach dem spezifisch kulturwissenschaftlichen Beitrag zur Bürgerkriegsforschung auf. Eine kulturwissenschaftliche Perspektive kann nur dann präzisiert werden, wenn sie an ihre Grenzen geht und diese auslotet. Exemplarisch lässt sich dies am Begriffspaar »Erzählen vs. Erleben« zeigen. »Erleben« erscheint als eine mentale Kategorie, die den Fokus auf Repräsentationen in den Kulturwissenschaften sprengt. Aber gerade indem man sich im Grenzbereich des zeichenhaft und/oder symbolhaft Fassbaren bewegt, kommt die Eigenart des Repräsentierens womöglich umso besser in den Blick. Durch »Erleben vs. Erzählen« wird eine wichtige Grenze angesprochen, die das narrativ noch Einholbare und Organisierbare auf der einen Seite von dem nicht immer in gleicher Weise artikulationsfähigen Erleben auf der anderen trennt. Mit möglichen kulturwissenschaftlichen Herangehensweisen an das Bürgerkriegsphänomen und den Konsequenzen dieser neuen Perspektive für den Kulturbegriff befasst sich, die Beiträge des Bandes resümierend und reflektierend, das Schlusskapitel von Ethel Matala de Mazza.

Literatur

- Alesina, Alberto et al. (2003): »Fractionalization«. In: *Journal of Economic Growth* 8 (2), S. 155–194.
- Alley, Roderic (2004): *Internal conflict and the international community. Wars without end?* Burlington: Ashgate.
- Assmann, Aleida (2006): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, München: C.H. Beck.
- Baberowski, Jörg (2008): »Gewalt verstehen«. In: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 5 (1), <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Baberowski-1-2008> (letzter Zugriff: 15.10.2010).
- Bandau, Anja/Buschmann, Albrecht/von Treskow, Isabella (Hg.) (2008): *Literaturen des Bürgerkrieges*. Berlin: Trafo.
- Bar-Tal, Daniel (2007): »Sociopsychological foundations of intractable conflicts«. In: *American Behavioral Scientist*, 50 (11), S. 1430–1453.
- (2010): »Culture of Conflict: Evolvement, Institutionalization and Consequences«. In: Ralf Schwarzer, Peter A. Frensch (Hg.): *Personality, Human Development, and Culture: International Perspectives on Psychological Science* Vol. 2. New York: Psychology Press, S.183–198.
- Baumann, Marcel M. (2008): *Zwischenwelten: Weder Krieg noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konflikttransformation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bayly, Christopher A. (2006): *Die Geburt der modernen Welt. Eine Globalgeschichte 1780–1914*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Benz, Sophia 2009: »Neue Kriege und Konflikte? Zum Vorkommen und zur Natur privater Kampfhandlungen«. In: Margit Bussmann, Andreas Hasenclever, Gerald Schneider (Hg.): *Identität, Institutionen und Ökonomie. Ursachen innenpolitischer Gewalt*. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 43. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 335–361.
- Beyrau, Dietrich/Hochgeschwender, Michael/Langewiesche, Dieter (Hg.) (2007): *Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Paderborn: Schöningh.
- Borissova, Natalia/Frank, Susi/Kraft, Andreas (Hg.) (2009): *Zwischen Apokalypse und Alltag. Kriegsnarrative des 20. und 21. Jahrhunderts*. Bielefeld: transcript.
- Borz, Gerhard (2007): »Amnestie und Amnesie«. In: *Die Presse*, 29. Juni 2007, <http://diepresse.com/home/spectrum/zeichenderzeit/313952/> (letzter Zugriff: 28.7.2010).
- Brock, Bazon/Koschik, Gerlinde (2002): *Krieg und Kunst*. München: Fink.
- Brown, Michael E. (1997): »The Causes of Internal Conflict: An Overview«. In: Michael E. Brown (Hg.): *Nationalism and Ethnic Conflict: An International Security Reader*. Cambridge (MA): MIT Press, S. 3–25.
- Buckley-Zistel, Susanne (2006): »In-Between War and Peace: Identities, Boundaries and Change after Violent Conflict«. In: *Millennium – Journal of International Studies* 35 (1), S. 3–21.
- (2009): »Frieden und Gerechtigkeit nach gewaltsamen Konflikten«. In: *Politik und Zeitgeschichte* 8, S. 22–27.
- Buhaug, Halvard (2006): »Relative Capability and Rebel Objective in Civil War«. In: *Journal of Peace Research* 43, S. 691–708.
- Bussmann, Margit/Hasenclever, Andreas/Schneider, Gerald (Hg.) (2009): *Identität, Institutionen und Ökonomie. Ursachen innenpolitischer Gewalt*. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 43. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Caplan, Richard (2005): *International Governance of War-Torn Territories. Rule and Reconstruction*. Oxford: Oxford University Press.
- Carl, Horst et al. (Hg.) (2004): *Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen*. Berlin: Akademie Verlag.

- Casanova, Julián (2000): »Civil Wars, Revolutions and Counterrevolutions in Finland, Spain, and Greece (1918–1949): A Comparative Analysis«. In: *International Journal of Politics, Culture, and Society* 13 (3), S. 515–537.
- Cederman, Lars-Erik/Girardin, Luc/Gleditsch, Kristian Skrede (2007): »Ethno-Nationalist Triads: Assessing the Influence of Kin Groups on Civil Wars«. Paper prepared for presentation at the Annual Convention of the American Political Science Association August 30–September 2, 2007. Chicago.
- Chojnacki, Sven (2004): »Wandel der Kriegsformen? Ein kritischer Literaturbericht.« In: *Leviathan* 32 (3), S. 402–424.
- Collier, Paul et al. (2003): *Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy*. Washington D.C.: World Bank.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (1998): »On Economic Causes of Civil War«. In: *Oxford Economic Papers* 50 (4), S. 563–573.
- (2003): »Über die Ökonomischen Ursachen von Bürgerkriegen«. In: Hans-Jörg Albrecht, Horst Entorf (Hg.): *Kriminalität, Ökonomie und Europäischer Sozialstaat*. Heidelberg: Physica Verlag, S. 241–270.
- /Söderbom, Mans (2004): »On the Duration of Civil War«. In: *Journal of Peace Research* 41 (3), S. 253–273.
- Croissant, Aurel et al. (2009): *Kulturelle Konflikte seit 1945. Die kulturellen Dimensionen des globalen Konfliktgeschehens*. Baden-Baden: Nomos.
- Daase, Christopher (1999): *Kleine Kriege – Große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert*. Baden-Baden: Nomos.
- Dabag, Mihran/Kapust, Antje/Waldenfels, Bernhard (Hg.) (2000): *Gewalt. Strukturen, Formen, Repräsentationen*. München: Fink.
- Danien, Ute (Hg.) (2006): *Augenzeugen. Kriegsberichterstattung vom 18. zum 21. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- DeRouen jr, Karl R./Sobek, David (2004): »The Dynamics of Civil War Duration and Outcome«. In: *Journal of Peace Research* 41 (3), S. 303–320.
- Dixon, Jeffrey (2009): »What Causes Civil Wars? Integrating Quantitative Research Findings«. *International Studies Review* 11 (4), S. 707–735.
- Doyle, Michael W./Sambanis, Nicholas (2006): *Making War and Building Peace. United Nations Peace Operations*. Princeton: Princeton University Press.
- Elwert, Georg (1997): »Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität von Gewalt«. In: Trutz von Trotha (Hg.): *Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Sonderheft 37. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 86–101.
- Falk, Richard A. (Hg.) (1971): *The international law of civil war*. Baltimore u.a.: American Society of International Law.
- Fearon, James D. (2003): »Ethnic and Cultural Diversity by Country«. In: *Journal of Economic Growth* 8 (2), S. 195–222.
- (2004): »Why do some civil wars last so much longer than others?« In: *Journal of Peace Research* 41 (3), S. 275–301.
- /Kasara, Kimuli/Laitin, David (2007): »Ethnic Minority Rule and Civil War Onset«. In: *American Political Science Review* 101 (1), S. 187–193.
- /Laitin David D. (2003): »Ethnicity, Insurgency, and Civil War«. In: *American Political Science Review* 97 (1), S. 75–90.
- Frank, Susi (2009): »Einleitung: Kriegsnarrative«. In: Natalia Borissova, Susi Frank, Andreas Kraft (Hg.): *Zwischen Apokalypse und Alltag. Kriegsnarrative des 20. und 21. Jahrhunderts*. Bielefeld: Transcript, S. 7–39.
- Gestrich, Andreas (Hg.) (1996): *Gewalt im Krieg. Ausübung, Erfahrung und Verweigerung von Gewalt in Kriegen des 20. Jahrhunderts*. Münster/Hamburg: Lit.

- Gilpin Faust, Drew (2004): »We Should Grow Too Fond of It: Why We Love the Civil War?« In: *Civil War History* 50 (4), S. 368–383.
- Gleditsch, Nils Petter (1998): »Armed Conflict and the Environment: A Critique of the Literature«. In: *Journal of Peace Research* 35 (3), S. 381–400.
- (2005): »Resources, the Environment and Conflict«, in: Asadi Bagher (Hg.): *Proceedings of the International Conference on »Environment, Peace, and the Dialogue of Civilizations and Cultures, Tehran, 9-10 May*. Teheran: Department of Environment, S. 135–153.
- Goldsmith, Arthur A. (2008): »Making the World Safe for Partial Democracy? Questioning the Premises of Democracy Promotion«. In: *International Security* 33 (2), S. 120–147.
- Gurr, Ted/Pitsch, Anne (2002): »Ethnopolitische Konflikte und separatistische Gewalt«. In: Wilhelm Heitmeyer, John Hagan (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 287–312.
- Hasenclever, Andreas/De Juan, Alexander (2007): »Der Einfluss religiöser Traditionen auf politische Konflikte: Empirische Befunde und theoretische Perspektiven«. In: *Friedens-Warte* 82 (2-3), S. 19–48.
- Hayner, Priscilla (2001): *Unspeakable Truths. Confronting State Terror and Atrocity*. New York, London: Routledge.
- Hegre, Håvard (2004): »The Duration and Termination of Civil War«. In: *Journal of Peace Research* 41 (3), S. 243–252.
- et al. (2001): »Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816–1992«. In: *American Political Science Review* 95 (1), S. 33–48.
- Herberg-Rothe, Andreas (2003): *Der Krieg. Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Heupel, Monika (2009): »Die Gewaltökonomien der ›Neuen Kriege‹«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46, S. 9–14.
- /Zangl, Bernhard (2004): »Von ›alten‹ und ›neuen‹ Kriegen – Zum Gestaltwandel kriegerischer Gewalt«. In: *Politische Vierteljahresschrift* 45 (3), S. 346–369.
- Huntington, Samuel P. (1996): *Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. München, Wien: Europaverlag.
- Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens (Hg.) (2003): *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945–2002)*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kahl, Martin/Teusch, Ulrich (2004): »Sind die ›neuen Kriege‹ wirklich neu?« In: *Leviathan* 32 (3), S. 382–401.
- Kaldor, Mary (1999): *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Cambridge: Polity Press.
- Kalyvas, Stathis (2001): »New and Old Civil Wars: A Valid Distinction?« In: *World Politics* 54 (1), S. 99–118.
- (2006): *The Logic of Violence in Civil War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (2007): »Civil wars«. In: Carles Boix, Susan Stokes (Hg.): *The Oxford Handbook of Comparative Politics*. New York: Oxford University Press, S. 416–434.
- (2008): »How not to compare civil wars«. In: Martin Baumeister, Stefanie Schüler-Springorum (Hg.): »If you tolerate this...« *The Spanish Civil War in the Age of Total War*. Frankfurt am Main: Campus, S. 247–266.
- Kaufmann, Chaim (1996a): »Intervention in Ethnic and Ideological Civil Wars: Why One Can Be Done and the Other Can't«. In: *Security Studies* 6 (1), S. 62–100.
- (1996b): »Possible and Impossible Solutions to Ethnic Civil Wars«. In: *International Security* 20 (4), S. 136–175.
- (1998): »When All Else Fails: Ethnic Population Transfers and Partitions in the Twentieth Century«. In: *International Security* 23 (2), S. 120–156.

- Kenkmann, Alfons/Zimmer, Hasko (Hg.) (2005): *Nach Kriegen und Diktaturen. Umgang mit Vergangenheit als internationales Problem – Bilanzen und Perspektiven für das 21. Jahrhundert*. Essen: Klartext Verlag.
- Kerr, Rachel/Mobekk, Eirin (2007): *Peace and Justice: Seeking Accountability After War*. Cambridge: Polity Press.
- Knorr Cetina, Karin (2002): *Wissenskulturen. Ein Vergleich naturwissenschaftlicher Wissensformen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kortüm, Hans Henning (Hg.) (2006): *Transcultural Wars from the Middle Ages to the 21st Century*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Koschorke, Albrecht (2007): »Zur Logik kultureller Gründungserzählungen«. In: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 2, S. 5–12.
- Kreuzer, Peter/Weiberg, Mirjam (2007): *Zwischen Bürgerkrieg und friedlicher Koexistenz. Interethnische Konfliktbearbeitung in den Philippinen, Sri Lanka und Malaysia*. Bielefeld: transcript.
- Kuhnert, Matthias (2009): »Tagungsbericht. Communities in Conflict: Civil Wars and their Legacies«. 4.–5.9.2009, Swansea (UK), In: *H-Soz-u-Kult*, 8.12.2009, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2877> (letzter Zugriff: 28.7.2010).
- Lipschutz, Ronnie D. (1999): »Terror in the suites: Narratives of fear and the political economy of danger«. In: *Global Society* 13 (4), S. 411–439.
- Lützel, Paul Michael (2009): *Bürgerkrieg global. Menschenrechtsethos und deutschsprachiger Gegenwartsroman*. München: Fink.
- Lujala, Päivi/Gleditsch, Nils Petter/Gilmore, Elisabeth (2005): »A Diamond Curse? Civil War and a Lootable Resource«. In: *Journal of Conflict Resolution* 49 (4), S. 538–562.
- Mani, Rama (2002): *Beyond Retribution. Seeking Justice in the Shadows of War*. Oxford: Polity Press.
- Mann, Michael (2005): *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Marcowitz, Reiner/Paravicini, Werner (Hg.) (2009): *Vergeben und Vergessen? Vergangenheitsdiskurse nach Besatzung, Bürgerkrieg und Revolution*. Pariser Historische Studien, Bd. 94. München: Oldenbourg.
- Marx, Christoph (Hg.) (2007): *Bilder nach dem Sturm. Wahrheitskommissionen und historische Identitätsstiftung zwischen Staat und Zivilgesellschaft*. Münster: Lit.
- Mendeloff, David (2004): »Truth-Seeking, Truth-Telling, and Postconflict Peacebuilding: Curb the Enthusiasm?« In: *International Studies Review* 6 (3), S. 355–380.
- Montalvo, José G./Reynal-Querol, Marta (2005): »Ethnic Polarization, Potential Conflict, and Civil Wars«. In: *American Economic Review* 95 (3), S. 796–816.
- Mueller, John (2004): *The Remnants of War*. Ithaca: Cornell University Press.
- Münkler, Herfried (2003): *Die neuen Kriege*. Reinbek: Rowohlt.
- (2005): »Geleitwort«. In: Isabella von Treskow, Albrecht Buschmann, Anja Bandau (Hg.): *Bürgerkrieg. Erfahrung und Repräsentation*. Berlin: Trafo, S. 7–12.
- Olson Lounsbury, Marie/Pearson, Frederic (2009): *Civil Wars. Internal Struggles, Global Consequences*. Toronto: University of Toronto Press.
- Oren, Neta/Bar-Tal, Daniel/David, Ohad (2004): »Conflict, identity and ethos; The Israeli-Palestinian case«. In: Yueh-Ting Lee et al. (Hg.): *The Psychology of Ethnic and Cultural Conflict*. Westport: Praeger, S. 133–154.
- Osterhammel, Jürgen (2009): *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*. München: C.H. Beck.
- Paris, Roland (2004): *At Wars End. Building Peace after Civil Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Partsch, Karl Josef (1981): »Humanität im Bürgerkrieg«. In: Ingo von Münch (Hg.): *Staatsrecht–Völkerrecht–Europarecht. Festschrift für Hans-Jürgen Schlochauer zum 75. Geburtstag am 28. März 1981*. Berlin: De Gruyter.

- Popitz, Heinrich (1992): *Phänomene der Macht*. 2. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Posen, Barry R. (1993): »Security Dilemma and Ethnic Conflict«. In: *Survival* 35, S. 27–47.
- Richards, Paul (Hg.) (2005): *No Peace No War. An Anthropology of Contemporary Armed Conflicts*. Oxford: James Currey.
- Ross, Michael L. (2004): »What Do We Know about Natural Resources and Civil War?« In: *Journal of Peace Research* 41, S. 337–356.
- Rorberg, Robert (2002): »The New Nature of Nation-State Failure«. In: *The Washington Quarterly* 25 (3), S. 85–96.
- Sambanis, Nicholas (2004): »What is civil war? Conceptual and empirical complexities of an operational definition«. In: *Journal of Conflict Resolution* 48, S. 814–858.
- Schlichte, Klaus (2003): »Profiteure und Verlierer von Bürgerkriegen: Die soziale Ökonomie der Gewalt«. In: Werner Ruf (Hg.): *Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*. Opladen: Leske+Budrich, S. 124–143.
- (2006): »Neue Kriege oder alte Thesen? Wirklichkeit und Repräsentation kriegerischer Gewalt in der Politikwissenschaft«. In: Anna Geis (Hg.): *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*. Baden-Baden: Nomos, S. 111–132.
- (2009): *In The Shadow of Violence. The Politics of Armed Groups*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Schneckener, Ulrich (2005): »Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28-29, S. 26–31.
- Schneider, Thomas F. (Hg.) (1999): *Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des »modernen« Krieges in Literatur, Theater, Photographie und Film*. 3 Bde. Osnabrück: Universitätsverlag Rasch.
- Singer, Peter W. (2004): *Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry*. Ithaca: Cornell University Press.
- Small, Melvin/Singer, J. David (1982): *Resort to Arms: International and civil war, 1816–1989*. Beverly Hills: Sage.
- Sofsky, Wolfgang (1996). *Traktat über die Gewalt*. Frankfurt: S. Fischer.
- de Soysa, Indra/Neumayer, Eric (2007): »Resource Wealth and the Risk of Civil War Onset: Results from a New Dataset on Natural Resource Rents, 1970–99«. In: *Conflict Management and Peace Science* 24, S. 201–218.
- Stover, Eric/Weinstein, Harvey (Hg.) (2004): *My Neighbour, my Enemy. Justice and Community in the Aftermath of Mass Atrocities*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tönnies, Sibylle (2009): »Die »Neuen Kriege« und der alte Hobbes«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46, S. 27–32.
- von Treskow, Isabella (2005a): »Bürgerkriege als Thema der Kunst- und Kulturwissenschaft. Zur Entwicklung eines neuen Forschungsfeldes«. In: *Cahiers d'Histoire des Littératures Romanes / Romani-sche Zeitschrift für Literaturgeschichte* 29 (1-2), S. 211–232.
- (2005b): »Gewalt und Nähe. Zur Erforschung des Bürgerkriegs – das Beispiel der italienischen Erinnerungsliteratur zur guerra civile 1943–1945«. In: Isabella von Treskow, Albrecht Buschmann, Anja Bandau (Hg.): *Bürgerkrieg. Erfahrung und Repräsentation*. Berlin: Trafo, S. 19–51.
- /Buschmann, Albrecht/Bandau, Anja (Hg.) (2005a): *Bürgerkrieg. Erfahrung und Repräsentation*. Berlin: Trafo.
- /Buschmann, Albrecht/Bandau, Anja (2005b): »Einleitung«. In: Dies. (Hg.): *Bürgerkrieg. Erfahrung und Repräsentation*. Berlin: Trafo, S. 13–18.
- von Trotha, Trutz/Schwab-Trapp, Michael (1996): Besprechung von Wolfgang Sofsky, Traktat über die Gewalt, in: *Mittelweg* 36 6, S. 56–64.
- Tyradellis, Daniel/Wolf, Burkhardt (Hg.) (2007): *Die Szene der Gewalt. Bilder, Codes und Materialitäten*. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Waldmann, Peter (1995): »Gesellschaften im Bürgerkrieg. Zur Eigendynamik entfesselter Gewalt«. In: *Zeitschrift für Politik* 42 (4), S. 343–368.

- (1998): »Bürgerkrieg – Annäherung an einen schwer fassbaren Begriff«. In: Heinrich-W. Krumwiede/Peter Waldmann (Hg.): *Bürgerkriege: Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*. Baden-Baden: Nomos, S. 15–36.
- (2002): »Bürgerkriege«. In: Wilhelm Heitmeyer, John Hagan (Hg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 368–389.
- Walter, Barbara F. (1997): »The Critical Barrier to Civil War Settlement«. In: *International Organization* 51 (3), S. 335–364.
- (2002): *Committing to Peace: The Successful Settlement of Civil Wars*. Princeton: Princeton University Press.
- Wimmer, Andreas (1997): »Who Owns the State? Understanding Ethnic Conflict in Post-Colonial Societies«. In: *Nations und Nationalism* 3 (4), S. 631–665.
- (2002): *Nationalist Exclusion and Ethnic Conflict. Shadows of Modernity*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wood, Elisabeth Jean (2008): »The Social Processes of Civil War: The Wartime Transformation of Social Networks«. In: *Annual Review of Political Science* 11, S. 539–561.

Wie Bürgerkriege erzählt werden Feldtheoretische Überlegungen zur Konfliktsemantik

ALBRECHT KOSCHORKE

1.

Im März 2007 kam ein *Time Magazine* mit dem Titel ›Sunnis vs. Shi'ites. Why They Hate Each Other‹ heraus. Darin war von der wachsenden Gewalt zwischen den religiösen Gruppen, von der Eskalation des wechselseitigen Terrors, von zunehmendem Hass und von der Trennung der Wohngebiete die Rede. Wo man sich noch zwei Jahre vorher gegenseitig geholfen hatte, in gemischten Ehen und Freundschaften lebte, wurden nun nach und nach alle Bindungen gekappt. Der Artikel berichtet von der Fassungslosigkeit, mit der die Betroffenen die wachsende Intoleranz ihrer Nachbarn, ihrer Freunde, ja sogar ihrer eigenen Kinder registrierten.

Diese Art der Erzählung ist in Bürgerkriegsszenarien oft zu vernehmen. Sie handelt davon, wie auf eine für die Beteiligten selbst schwer erklärliche Weise Risse zwischen Gruppen entstehen, die neben- und miteinander gelebt und sich teilweise sogar ineinander aufgelöst hatten, und die in einem Prozess wechselseitiger Radikalisierung überhaupt erst lernen müssen, worin ihre ›eigentliche‹ und von den anderen distinkte Identität besteht. Diese Gruppen erfahren, dass sich bisher unmaßgebliche oder schlummernde Unterschiede nun in angebliche kulturelle Bruchlinien verwandeln, die quer durch bestehende Partnerschaften, Familien, Dörfer, Städte, Landstriche oder ganze Staaten verlaufen.

Der *Time*-Artikel ist hier offenbar auf praktische Nutzenanwendung bedacht. Ein eingerücktes Schaubild soll Hinweise geben, »How to Tell Sunnis and Shi'ites Apart« (*Time*, 12. März 2007: 16). Sechs Möglichkeiten der Erkennung werden geboten, von Namen bis zu Autokennzeichen. Der Verfasser warnt aber selbst davor, sich auf die angegebenen Merkmale zu verlassen. Er schreibt gleichsam in der Präambel seiner Differenzierungslehre:

»Iraq's Sunnis and Shi'ites have a great deal in common: ethnicity, language, cuisine and apparel. The ways in which they differ are subtle and vary from region to region. There are some unwritten rules that govern how each sect practices its faith, names its children and decorates its homes. But differentiation is not an exact science, and mistaken identity is commonplace.« (Ebd.)

Mit einem so schwankenden Fundament des Konflikts gab sich aber die *Time*-Redaktion nicht zufrieden. Deshalb ergänzte sie die Reportage aus dem Alltag des Bürgerkriegs durch einen großen historischen Aufriss. Die Wut der verfeindeten Nachbarn, heißt es, »has much deeper and older roots«. Dann folgt die bekannte Geschichte: von der Spaltung des jungen Islam nach Mohammeds Tod, der Tötung von dessen Großneffen Hussein ibn Ali bei Kerbela 680 n.Chr. mitsamt seiner tapferen Schar und von dem Märtyrerkult, der seither die schiitische Glaubensrichtung auszeichnet. Nach den Linien dieser Spaltung wird die islamische Welt kartographiert – so als ob es sich um eine Front handeln würde, die das politische und kulturelle Feld des gesamten Nahen Ostens seit Jahrhunderten beherrscht und an der sich die Akteure seit jeher orientiert hätten.

2.

In diesen beiden Erzählweisen spiegeln sich zwei zutiefst widersprüchliche Konfliktmodelle, die trotzdem auf merkwürdige Art nebeneinander bestehen und offenbar optional eingesetzt werden können.

Modell 1	Modell 2
Ausgangspunkt: kollektive Identitäten	Ausgangspunkt: Vielfalt von Differenzen
Problem: Differenz als Konflikt-generator	Problem: <i>Verhärtung</i> von Differenzen zu konträren Identitäten
›Naturwüchsigkeit‹ von Identität	Durchsetzung einer hegemonialen Konfliktsemantik
Plausibilität des Konflikts	Implausibilität des Konflikts
ethnische, kulturelle, religiöse etc. Unvereinbarkeit als <i>Motiv</i> von Konflikten	<i>nachträgliche</i> Motivierung des Konflikts durch ethnische etc. Faktoren
<i>Passivität</i> des kulturellen Gedächtnisses: Vergangenheit determiniert Gegenwart	<i>Aktivität</i> des kulturellen Gedächtnisses: Gegenwart schafft sich Vergangenheiten
Macht der Tradition	<i>invention of tradition</i>
›Kampf der Kulturen‹	Wie wurde ›Kultur‹ als Herrensignifikant von Konflikten verwendbar?

Für das erste Modell liefert in der populären politischen Philosophie Samuel P. Huntingtons *clash of civilizations* die Blaupause: Es geht von Kulturen im Sinn von kollektiven Identitäten aus, die Gemeinsamkeit und Gemeinschaft im Innern durch Abgrenzung nach außen erzeugen; es platziert Konflikte vorrangig an den Außengrenzen solcher kollektiver Identitäten, an den Bruchlinien zwischen ihnen; es sieht diese kollektiven Identitäten in langen historischen Entwicklungen verankert, wobei es vor allem *endogene* kulturelle Prozesse betont. Nach diesem Modell gibt es bestimmte, aus einer langen Geschichte erwachsene, kulturspezifische Merkmale, die es evident machen, wer zusammengehört und wer nicht zusammengehört. Pauschal gesagt, ist hier Differenz das Problem, nicht Identität; und am besten geht man damit um, wenn man andere Identitäten so lässt, wie sie historisch, ethnisch und/oder religiös-kulturell determiniert sind und ein tolerantes und friedliches Auskommen mit ihnen sucht (Huntington 1997).

Das zweite Modell lässt sich unter anderem mit dem Namen Amartya Sen verbinden, der bekanntlich eine Erwiderung auf Huntington verfasst hat (Sen 2007). Es ist bis zu einem gewissen Grad die Umkehrung des ersten. Danach bestehen Gesellschaften zunächst einmal aus Myriaden von kleinen Unterschieden – Abweichungen, Besonderheiten, Partikularitäten –, die an und für sich nicht besonders bedeutungsvoll sind. Statt der großen Weltkarte mit ihren Kulturblöcken, die über Zugehörigkeit und Identität entscheiden, müsste man hier viele mikrodifferenzielle Karten aufeinanderlegen, je nach Perspektive oder Systemreferenz. Dieses Modell ist also plural und geht davon aus, dass jeder von uns eine plurale Identität hat, in vielen Beziehungen steht, die ihn teilweise definieren oder ihm doch Spielräume lassen, dass wir unterschiedliche Rollen einnehmen können, dass wir wandlungsfähige Wesen sind etc. Für dieses Modell ist nicht Differenz das Problem – alles ist Differenz, jedes Leben eine Serie von tausendfachen Unterscheidungen –, sondern die *Verhärtung* von Differenzen zu konträren Identitäten. Was in Modell 1 als quasi natürlicher Vorgang erscheint, ist nach Modell 2 unwahrscheinlich und erklärungsbedürftig: dass die vielen mikrodifferenziellen Gewebeschichten plötzlich entlang einer Linie zu reißen beginnen – dass *eine* unter den vielen umlaufenden oder möglichen Differenzsemantiken so etwas wie einen ›Herrensignifikanten‹ errichtet, der nach und nach alle Unterscheidungsenergien auf sich zieht. Modell 2 zufolge ist das ein *struktureller* Vorgang, der nicht in erster Linie inhaltlich oder ideologisch motiviert ist. Im Gegenteil, das Zerreißen des sozialen Bandes wird erst *nachträglich* durch religiöse, ethnische, kulturelle etc. Unvereinbarkeit motiviert, weil der Riss selbst als ein Attraktor für alle aggressiven Bestrebungen dient, weil er das Spiel von Gewalt und Gegengewalt bis zu einem gewissen Grad übersichtlich macht und organisiert, bis schließlich ein gemischtes Zusammenleben, wie es vorher bestand, unmöglich scheint.

Wie man einen Bürgerkrieg erzählt, hängt davon ab, wie man ihn erklärt und umgekehrt. Es bezeichnet den Gegensatz zwischen den beiden Modellen, wie sie das Verhältnis zwischen der Gegenwart und der Vorgeschichte des Konflikts

bestimmen. In Modell 1 steuert die Vergangenheit das gegenwärtige Handeln und Denken der Akteure; sie prägt ihnen die Zugehörigkeiten und Feindschaften auf, und die einzige Variable besteht darin, ob und in welchem Maß die Vorgeschichte sich der Gegenwart bemächtigt. Auch in Modell 2 gehört es zur erfolgreichen Einrichtung einer hegemonialen Differenz, sie mit der nötigen Anciennität und historischen Tiefe auszustatten. Aber dies erscheint als ein nachträglicher, mehr noch: als ein *rückwirkender* Vorgang. Hier determiniert nicht die Geschichte die Gegenwart, sondern es sind umgekehrt die aktuellen Konfliktkonstellationen, die aus dem Fundus der Historie eine Vorgeschichte hervorziehen oder erfinden – Mythen ethnischer, nationaler, kultureller, religiöser Herkunft und Identität, die zugleich als mythische Begründung für Feindschaften dienen. Das kulturelle Gedächtnis wird im zweiten Modell also nicht in seiner passiven, sondern in seiner aktiven Rolle in Anspruch genommen – als *Überschreibung* der Vergangenheit unter den Vorzeichen zeitgenössischer Konfliktsemantiken.

»Nobody asked us if we were Shi'ite or Sunni«, so erinnert sich ein Bewohner von Bagdad an die Zeit vor der amerikanischen Invasion. »And we never thought to ask each other. I have friends I didn't know [they] were Shi'ite until quite recently.« Und der Artikel fährt fort: »Among the urban educated classes, it was considered unsophisticated and politically incorrect to ask people their sect.« (Time, 12. März 2007: 20) Hier gab es also gar keine »prägende Macht der Vergangenheit« mehr, sie musste mit Gewalt ins Bewusstsein gerufen oder vielmehr neu erzeugt werden. Die Beziehung Vergangenheit–Gegenwart verläuft in der entgegengesetzten Richtung: nicht von einer prägenden Vergangenheit zu einer dadurch determinierten Konfliktlage in der Gegenwart, sondern von einem Konflikt heute *zurück* in eine Vergangenheit, die nach den Vorgaben des Konflikts akzentuiert, aktiviert, erfunden wird. Das Stichwort heißt hier: *invention of tradition* (vgl. Hobsbawm/Ranger 1983) – und genau darin besteht das Geschäft so genannter »Traditionalisten«.

3.

Die Erzählweisen vom Krieg, oder allgemeiner: von gewaltförmigen Konflikten, sind nicht einfach sprachliche Repräsentationen von etwas, das außerhalb von ihnen besteht und auf die eine oder andere Weise aufgefasst werden kann. Vielmehr dienen sie gewissermaßen als Formatierungsvorlagen, mit denen sich sowohl die Beteiligten selbst als auch die Außenstehenden den Konflikt begrifflich zu machen versuchen und wonach sie ihr Handeln ausrichten. Sie beschreiben also nicht nur, was geschieht, sondern intervenieren in das Geschehen, indem sie ihm ein Deutungsschema und *cognitive mapping* aufprägen. Es ist deshalb keine harmlose Frage, was und wie erzählt wird und welche Erzählweise sich auf dem jeweiligen Deutungsmarkt durchzusetzen versteht. Von Huntingtons Thesen wissen wir,

dass sie von Ethnonationalisten etwa in Indien dankbar rezipiert wurden, deren Ideologie bestärkten und dementsprechend einen Mechanismus der *self-fulfilling prophecy* in Gang setzten (vgl. Sen 2007: 61). So wird eine akademische Diagnose zum Drehbuch für die weitere Eskalation. Solche Rückkopplungseffekte gibt es überall, selbst wo nur die besten Absichten herrschen. Diplomatische Demarchen, die Entscheidung über militärische Intervention und nicht zuletzt die tägliche humanitäre Hilfe vor Ort orientieren sich an den vorherrschenden Konflikt Narrativen. Und genau dasselbe tun die Konflikte auch: Sie reagieren auf ihre Außendefinition und passen sich ihrerseits den ›Formatierungsvorlagen‹ an. Der Konflikt modelliert die Erzählung und die Erzählung modelliert den Konflikt. Deshalb ist die Erzähltheorie, so wie sie hier verstanden sein soll, eine *politische Wissenschaft*.

In die Zirkelbeziehung zwischen Erzählung und Konflikt sind allerdings zusätzliche Variablen einzutragen, wenn daraus ein tragfähiges heuristisches Modell abgeleitet werden soll. Ob eine bestimmte Erzählversion sich gegen die Vielzahl möglicher und konkurrierender Narrative durchsetzt oder nicht, hängt von mehreren Kriterien ab. Einige davon betreffen den Charakter der Erzählung als solcher: Sie muss an aktivierbare soziale Wahrnehmungen und kulturelle Gedächtnisbestände anknüpfen und ihnen eine Evidenz leihen, die für sich selbst zu sprechen scheint. Eine wichtige Vorentscheidung betrifft dabei den *Erzählanfang*, der das gegenwärtig Gemachte, die erzählte Welt, von einer diffusen, narrativ ungeordneten Prähistorie trennt und auf diese Weise immer auch schon das Problem definiert, auf das die Erzählung antwortet. Besonders in Bürgerkriegserzählungen ist die Wahl des Anfangs folgenreich, weil von dem jeweils festgelegten Beginn an gleichsam der Zähler des Unrechts mitläuft, das einer Konfliktpartei zugefügt wurde und das ihre Gegenwehr legitimiert.¹ Denn nur, was Teil der erzählten Welt ist, lässt sich in eine

¹ Alex Veit bin ich für folgenden Kommentar zu dem vorliegenden Beitrag dankbar (E-Mail, November 2009): »Die Suche nach Konfliktursachen [...] ist auch so schwierig und oft fruchtlos, weil der Konfliktbeginn immer künstlich gesetzt wird. Bei Bürgerkriegen wird oft sogar ein Datum für den Beginn des Konflikts genannt. Dies scheint eher unbefriedigend. In der Regel lassen sich Konflikte lange vor ihrer Gewaltsam-Werdung beobachten. [...].

Ein Beispiel: Wo setzen wir Beginn und Ursache der Konflikte in Ruanda? Im vorkolonialen politischen System, das in einem (vermutlich) sehr langen Prozess immer wieder unterschiedliche Definitionen von Hutu und Tutsi hervorbrachte, die (vermutlich) immer konfliktreich waren, weil dadurch Privilegien und Rechte definiert wurden? Ende des 19. Jahrhunderts, als beginnende Kolonisierung und ein ›Tutsi-Putsch‹ in der Oberschicht zusammenfielen? Um 1920, als ein Passsystem eingeführt wurde, das vorher fluktuierende Identitäten festschrieb? 1959, als der Hutu-Tutsi-Konflikt zum ersten Mal im 20. Jahrhundert gewaltsam ausgetragen wurde? 1990, als die RPF den Bürgerkrieg begann? 1994, als der Genozid in Interahamwe und Regierung organisiert wurde? Hier wird vielleicht klar, dass Ursachen immer in Prozessen zu suchen sind [...]. Es ließe sich im Falle Ruandas auch von einem einzigen langen Konflikt sprechen, wie dies ja auch gerne getan wird (›Seit Jahrhunderten bekämpfen sich Hutu und Tutsi...‹) Aber dieser Konflikt verändert immer wieder sein Aussehen, und kann und muss deshalb analytisch differenziert werden. Mal betrifft er einzelne Segmente der Gesellschaft (die Oberschicht), mal alle (Genozid), mal ist er mehr

Gesamtrechnung von Schuld und Rache einbeziehen, wie sie in solchen Fällen aufgestellt wird. Grundsätzlicher noch entscheidet sich mit der Wahl des Anfangs, ob ein Konflikt überhaupt als Bürgerkrieg wahrgenommen und dargestellt wird: ob man dem Streit der Parteien erzählerisch eine ethnische oder politische Einheit vorschaltet, die es glaubhaft macht, den Krieg zu einem *inneren* Krieg, einem Bruderkrieg zu erklären.

Neben solche immanenten Kriterien tritt die Frage, wie sich – potentiell oder faktisch – ein Narrativ im Machtraum einer Gesellschaft positioniert. Welche kollektiven Akteure bringt es ins Spiel, welche Organisationen können daraus ihre *raison d'être* gewinnen oder erneuern und vor allem: Über welche Medien und Institutionen vermag es sich auszubreiten und gesellschaftliche Breitenwirkung zu erlangen? Findet es den Weg in die staatlich sanktionierten Lehrpläne und Schulbücher oder vervielfältigt es sich über gegen- bzw. subkulturelle Kanäle? Das hängt wiederum mit der Frage zusammen, welche Statusgruppen sich einer bestimmten Erzählung annehmen, damit ihr Schicksal verbinden und sie mit der nötigen existentiellen Schwere ausstatten.²

Bis zu einem gewissen Grad sind Narrative mit semantischen *Investitionen* vergleichbar, bei denen hohe Opportunitätskosten anfallen können. Das gilt für den Kampf zwischen den Parteien ebenso wie für das Kalkül, das sie im Hinblick auf die Außenwahrnehmung ihres Konflikts anstellen müssen. So lässt sich auch die zu beobachtende Abhängigkeit lokaler Konfliktdefinitionen von geopolitischen Rahmenbedingungen erklären. In den vergangenen Jahrzehnten hat man mehrfach einen Wechsel in der vorherrschenden Konfliktsemantik feststellen können. Die Blockbildung des Kalten Krieges ließ Konflikte vorrangig als weltanschauliche Kämpfe bzw. Klassenkämpfe erscheinen. Das Ende des Kolonialismus brachte in der Dritten Welt eine Welle von Nationalismen hervor, die sich häufig mit Sozialismen amalgamierten; nun erschien es als kollektive Aufgabe, kolonialen Kunstgebilden eine nationale Seele einzuhauchen. Seit den 1980er Jahren hat sich dieser Nationalismus zusehends ethnisiert, oder anders ausgedrückt findet ethnische Diskriminierung besondere internationale Resonanz – mit der Folge, dass sich dem auch die Narrative der Betroffenen anpassen, sei es, um das eigene Handeln zu legitimieren, sei es, um Massenmedien und Hilfsorganisationen auf sich aufmerksam zu machen.

Die 1990er Jahre schließlich setzten die Wiederkehr des Religiösen und den Bedeutungszuwachs von Kultur auf die internationale Agenda. Dies wird von Kulturwissenschaftlern gern mit einer merkwürdigen Befriedigung konstatiert. Aber

oder weniger gewaltfrei (Pässe), mal gewaltsam, mal wird Tutsi so, mal anders definiert. ›Kultur spielt dabei selbstverständlich immer eine Rolle, denn immer begleiten Diskurse diese Konflikte, sie erklären, treiben voran, begrenzen, deeskalieren usw.‹

² Genaueres hierzu in meinem Vortrag ›Liminalität und Prekariat‹, Konferenzpapier, Konstanzer Tagung ›Prekäre Figuren – Politische Umbrüche‹, Konstanz, 26.11.2009 (unpubliziert).

die eigentliche Frage ist nicht: Wie verschaffen wir religiösen bzw. kulturellen Faktoren in Bürgerkriegsszenarien die ihnen zukommende Geltung, sondern: Wie ist es gelungen, »Religion« und »Kultur« als Herrensingularen von Konfliktsemantiken zu etablieren, und welche Folgen hat das?

In all diesen hier nur cursorisch aufgelisteten Fällen muss man die Wechselwirkung zwischen international jeweils begünstigten Konfliktdefinitionen und den Selbst-Erzählungen der lokalen Konfliktakteure stets mit einberechnen. Wer seinen Konflikt »falsch« erzählt, wer sich als Opfer »falsch« definiert, kann sich von überlebenswichtigen Ressourcen abschneiden. Er passt dann nicht in diplomatische, massenmediale und humanitäre Schablonen. Das kann zu dem paradoxen Phänomen führen, dass Opfererzählungen die Opfer allererst hervorbringen, von denen sie erzählen. Für die Akteure in Bürgerkriegsgebieten bedeutet dies, dass sie zusätzlich zu dem Durcheinander, als das ihnen der tägliche Terror auf den Straßen gewöhnlich erscheint, auch noch das Gemenge der auswärtigen Konfliktdefinitionen im Blick haben müssen – dass ihre Existenz also doppelt auf dem Spiel steht, physisch *und* diskursiv.

4.

Es ergibt sich hier ein sehr grundsätzliches und folgenreiches Problem, nämlich die Frage nach der *Wechselbeziehung zwischen Kultur und Konflikt*. Wenn wir Huntington folgen (oder entsprechenden Modellen, die sonst allenthalben kursieren), dann entspringen Konflikte vor allem aus der Differenz zwischen kollektiven Identitäten. »Kultur« kommt bei Huntington als Inbegriff solcher Identitäten ins Spiel; sie ist sozusagen immer schon da und bestimmt dadurch die Grenzlinien, an denen sich das Konfliktpotential sammelt. Das hat aber die Konsequenz, dass ein solcher Ansatz die kulturellen Einteilungen der Welt letztlich nur objektsprachlich behandeln kann und die *Aktivität* dieser Einteilung selbst gar nicht in den Blick bekommt. Doch die Frage ist ja nicht nur: In welche Kulturblöcke lässt sich (wenn überhaupt!) die Welt untergliedern? Sondern auch und vor allem: Wie kommen die kulturellen Distinktionen zustande, nach denen wir solche Grenzen ziehen? Nach welchen Regeln werden Zuschreibungen von Identität und Alterität vorgenommen? In welchem kulturellen Feld oder welchen kulturellen Feldern spielen sie sich ab?

»Kultur« ist hier auf zwei Ebenen wirksam: auf der Ebene der zugeschriebenen Merkmale der einen oder anderen Kultur – und auf der Ebene dieser klassifikatorischen Tätigkeit selbst. Auch Huntingtons Lehre beschreibt die Welt nicht etwa aus einer neutralen Vogelperspektive, sondern ist ihrerseits in kulturelle Traditionen eingebettet – in seiner Eigenschaft als weißer Amerikaner; als Angehöriger einer gebildeten westlichen Elite, der noch von einer Allianz USA/Europa her denkt; als Adept der Kulturkreislehre, die über Oswald Spengler tief in deutschen Denktradi-

tionen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts verankert ist etc. Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass der Beobachter kultureller Phänomene immer selbst in dem Feld steht, das er beobachtet und niemals ›reine‹ Aussagen treffen kann.

In den Sozialwissenschaften wird eine für unsere Zwecke nützliche Unterscheidung zwischen drei Typen von Theoretikern im Hinblick auf die Rolle von Kultur bzw. Religion in sozialen Konflikten getroffen (vgl. zum Folgenden Hasenclever/Rittberger 2000):

- a) *Primordialisten*, die kulturell-religiöse Differenzen für eine Ursache von gewalttätigen Spannungen halten;
- b) *Instrumentalisten*, die zwar zugeben, dass kulturell-religiöse Gegensätze Konflikte vertiefen können und zu ihrer Rechtfertigung benutzt werden können, solche Konflikte aber nie oder selten dadurch verursacht sehen;
- c) und schließlich *Konstruktivisten*, die wie die Instrumentalisten davon ausgehen, dass Konflikte eigentlich andere als kulturell-religiöse Ursachen haben, dabei jedoch geltend machen, dass kulturelle Kategorien eine wichtige *kognitive Funktion* für die Akteure haben und insofern ihr Konfliktverhalten beeinflussen.

Was die primordialistische Position angeht, so erfreut sie sich zwar in den Massenmedien und bei den Fundamentalisten jeder Couleur selbst des größten Zuspruchs, hält aber einer genaueren Analyse nicht stand. Eine stringente Widerlegung findet sich in dem Buch *Wie Feindbilder entstehen* (2006) des Afrika-Ethnologen Günther Schlee. Unter der Kapitelüberschrift ›Warum wir eine neue Konflikttheorie brauchen‹ falsifiziert Schlee Punkt für Punkt alle Annahmen, die sich in dem beliebten Allerweltsausdruck ›ethnischer Konflikt‹ verbergen. Vor allem Jugoslawien gilt ihm als ein Musterbeispiel dafür, dass man empirisch keinen Zusammenhang zwischen dem Grad ethnischer Differenz und der Konfliktneigung zwischen den betreffenden Ethnien feststellen kann. Im Gegenteil:

»Fälle, in denen ein niedriges Unterschiedsniveau mit einer hohen Konfliktintensität zusammenfällt, finden sich oft. Man ist fast versucht, eine negative Korrelation zwischen Kultur- und Sprachunterschied einerseits und Gewaltniveau andererseits zu postulieren.« (Schlee 2006: 11)

Einen umgekehrten Fall liefert Somalia, ein »Staat mit einer kulturell, sprachlich und religiös einheitlichen Bevölkerung, der oft als einziger ›National‹-Staat Afrikas bezeichnet wurde«, der aber im Bürgerkrieg versinkt: »Kulturelle Homogenität ist also noch lange kein Garant für friedliches Zusammenleben.« (Ebd.: 11 f.) Und so geht es weiter, Beispiel für Beispiel, bis am Ende von der Theorie der ethnischen Ursache von Konflikten nichts empirisch Erhältbares übrigbleibt. Das hindert indessen diese Theorie nicht, wirksam zu sein, weil sie nämlich in einem zirkulären Prozess die Tatsachen hervorbringt, die sie als vorhanden beschreibt. Sie wird also

bis zu einem gewissen Grad ›wahr‹, aber nur als Effekt ihrer eigenen Wirksamkeit:

»Die populäre Theorie [...] führt also immer wieder zur Festschreibung von ethnischen Identitäten, und das sind genau die Identitäten, die sie selbst als konfliktträchtig betrachtet; denn dieser Theorie zufolge ist Ethnizität ja Konflikursache und nicht eine Verlaufsform von Konflikten.« (Ebd.: 17)

Rechnet man diese Rückkopplungen zwischen Theorie und Selbstmodellierung von Konflikten heraus, scheidet ethnische Differenz als Konflikursache aus. Im Ergebnis listet Schlee einigermäßen formalistisch drei »Möglichkeiten der Kombination von Ethnizität mit Feindseligkeit« auf: »Es gibt [...] Ethnizität als Instrument feindseliger Mobilisierung, es gibt Integration durch Ethnizität, und es gibt das unbequeme Nebeneinander, die bloße Koexistenz verschiedener Ethnien.« (Ebd.: 21) Aber keine dieser Möglichkeiten ist privilegiert oder stellt so etwas wie eine natürliche Verbindung her. Das hat zur Folge, dass die hier behandelten Unterschiede für sich allein, als bloße Merkmale genommen, im Hinblick auf mögliche Konflikte indifferent sind:

»Auf jeden Fall können wir Theorien zurückweisen, die ethnische oder kulturelle Unterschiede als solche verteufeln oder lobpreisen. Diese Unterschiede sind nur das Rohmaterial politischer Rhetorik.« (Ebd.: 21 f.)

Wir müssen hier noch einen weiteren Begriff ins Spiel bringen, der in der ethnologischen Literatur von Bedeutung ist, und zwar den der *cross cutting ties*. Damit ist gemeint, dass sich verschiedene soziale Taxonomien überschneiden können: Ein kenianischer oder äthiopischer Hirtennomade kann z.B. einem Clan angehören, der aus Angehörigen unterschiedlicher Ethnien auf beiden Seiten der Staatsgrenze besteht und insofern bestehende klassifikatorische Trennungen überschreitet. Auf diese Weise kommt es zu Überlappungen und Schnittmengen, die, so würde man meinen, den Effekt von Grenzen in anderen Zuordnungssystemen relativieren. Entsprechend wurden *cross cutting ties* in der ethnologischen Literatur »fast ausschließlich als Faktoren der sozialen Kohäsion diskutiert«. Verfechter einer solchen Sichtweise, schreibt Schlee, leiten

»die Tatsache, dass ein gewisses Maß von internem Frieden in einer Gesellschaft überhaupt möglich ist, von ebendiesen *cross-cutting ties* her. In dieser Theorie sind also *cross-cutting ties* geradezu die Basis der Gesellschaft. Durch die Tatsache, dass wir multiple Kriterien für das Etablieren von sozialen Gruppen und Kategorien verwenden und dass diese einander überlappen können, müssen wir immer darauf gefasst sein, dass unsere Gegenüber in dem einen Kontext unsere Gegner, in einem anderen Kontext unsere Verbündeten sein können. Es ist dieses Bewusstsein, das uns daran

hindert, Konflikte bis zu einem Niveau zu eskalieren, auf dem sie zum Verfall jeder Form von Gesellschaft führen würden.« (Schlee 2006: 58)

Schlee wendet gegen diese Theorie der sozialen Kohäsion und Konfliktdeeskalation durch *cross-cutting ties* ein, »dass es vorteilhaft für Akteure und Gruppen von Akteuren ist, Mittel der Inklusion und der Exklusion gleichzeitig in ihrem Werkzeugkasten zu haben« (ebd.), dass also Inklusionsinstrumente aktiviert oder auch deaktiviert werden können. In seinen eigenen Worten:

»Statt Identität und Differenz nach bestimmten Kriterien, das heißt der Abwesenheit oder dem Vorhandensein gemeinsamer Markierungen, für sich genommen als Faktoren zu betrachten, die Feindseligkeit oder Kohäsion generieren, sollte man sie als Rohmaterial für die politische Rhetorik betrachten, das selektiv zum Zwecke der Inklusion oder Exklusion verwendet werden kann.« (Ebd.)

Hier erscheint die Formulierung zum zweiten Mal, dass Identitätsmarker nichts als »Rohmaterial für die politische Rhetorik« seien, mit denen, so würde man folgern, diese Rhetorik verfahren kann, wie sie will. Der einzige Zugewinn, den die Hirtennomaden an der Wasserstelle in Schlees Beispiel durch ihre *cross-cutting ties* haben, besteht darin, dass sie über Handlungsalternativen verfügen: Sie können sich mit den anderen Hirten solidarisieren und sie als Brüder ansprechen oder auch nicht. Aber daraus ergibt sich nur soziale Elastizität, kein soziales Band. Entsprechend illusionslos geht Schlee mit der ja auch in unserem Alltagsbewusstsein verbreiteten Hoffnung um, dass die Herstellung von interkulturellen Bindungen oder *cross-cutting ties* anderer Art zwischen Bevölkerungsgruppen die soziale Bindekraft erhöht und insofern ein wirksames Mittel ist, Konflikten vorzubeugen:

»Was den Zusammenhang von *cross-cutting ties* und Eskalation bzw. Deeskalation anlangt, müssen wir also eine Art Nullhypothese in Betracht ziehen, nämlich, dass es keinerlei Beziehung zwischen dem Vorhandensein von *cross-cutting ties* und der Frequenz oder Intensität von Konflikten zwischen den Gruppen, die solche Beziehungen aufweisen, gibt.« (Schlee 2006: 60)

Das ist, gemessen an dem multikulturellen Pathos der vergangenen Jahre oder an den konkreten Bemühungen der Integrationspolitik in unserem Land und andernorts, ein einigermaßen niederschmetternder Befund. Und es setzt auch der Hoffnung Grenzen, dass die Einsicht in unsere multiple Identität (man denke an Amartya Sens Replik auf Huntington) uns langfristig dazu bringen wird, vorgeblich aus ethnischen oder kulturellen Differenzen erwachsende Konflikte zu schlichten oder zu meiden.

5.

In der Typologie von Konflikttheorien, die eben kurz vorgestellt wurde, würde man Günther Schlee als Instrumentalisten einstufen. Das deutet aber zugleich auf einen Mangel seines Modells – und zwar weil es das Problem nur auslagert, nicht löst. Wenn Hirtengruppen an der Wasserstelle wahlweise auf Identität oder Differenz setzen können, wenn sie Abwesenheit oder Vorhandensein gemeinsamer Markierungen als »Rohmaterial für die politische Rhetorik betrachten, das selektiv zum Zwecke der Inklusion oder Exklusion verwendet werden kann«, dann entscheiden lediglich Winkelzüge im Kampf um knappe Ressourcen darüber, wie Gesellschaften sich auf ihre kollektive Struktur und Verfasstheit beziehen.

Aber die Tatsache eines (mehr oder minder schwachen) sozialen Bandes etwa zwischen entfernten Verwandten wird nicht dadurch hinfällig, dass man sie vorübergehend ignorieren kann. Und je stärker die taxonomische Nähe ist, desto folgenreicher ist es – das kann man zumindest als Faustregel behaupten –, die dadurch gebotene Gruppensolidarität aufzukündigen. Es gibt also sehr wohl symbolische Regulierungen, auch wenn sie nicht immer beherzigt werden. Wer nur auf die pragmatischen Erfordernisse bestimmter Konfliktsituationen achtet, neigt dazu, die Macht dieser symbolischen Regulierungen zu unterschätzen.

Denn auch die Akteure in gewaltsamen Konflikten orientieren sich an kulturellen Semantiken; ohne solche Semantiken wäre das soziale Feld überhaupt nicht intelligibel, es gäbe keine unterscheidbaren Gruppenzugehörigkeiten und folglich auch keine Grenzziehungen, an die sich Polarisierungsenergien anheften könnten. Wenn wir also wissen wollen, wie Gesellschaften sich integrieren (und wo solche Integrationen versagen), können wir nicht von den Semantiken und Repräsentationen absehen, mit deren Hilfe sie sich beschreiben und erkennbar machen.

In der vorgeführten Typologie müsste man demzufolge für die dritte, die »konstruktivistische« Position votieren. In ein Forschungsprogramm gekleidet lautet sie: Als unmittelbare *Ursache* gesellschaftlicher Konflikte und Desintegrationsprozesse kommen kulturelle bzw. religiöse Faktoren nicht in Betracht. Doch ist »Kultur« deshalb nicht einfach eine bloß vorgeschobene und uneigentlich verwendete Kategorie, die manipulativ zu machtpolitischen Zwecken eingesetzt wird. Allerdings muss sich dies mit einer angemessenen Reflexion über den Anteil kultureller Vorgänge an sozialen Konflikten verbinden. Es geht nicht darum, Kulturen oder anders definierte soziale Entitäten als vorgängige Einheiten gegeneinander auszuspielen; vielmehr muss gefragt werden, wie solche Entitäten zustande kommen, wie es ihnen gelingt, Leitdifferenzen zu etablieren, die andere Differenzen in den Hintergrund drängen und dadurch dem unendlichen differenziellen Gefüge, das Gesellschaften sind, harte Innen/Außen-Konturen aufprägen.

Es gibt ja im sozialen Raum eine große Zahl von potentiellen Differenzierungen, die sich keineswegs decken, sondern sich teils verstärken, teils schwächen, sich vielfältig überlagern, kreuzen, zuwiderlaufen usw. Im Prinzip sind solche Merkmale

unendlich kombinierbar. Also ist es entscheidend, welche Differenzen *aktiviert* oder akzentuiert werden (z.B. Rassemerkmale) und welche insignifikant, sozial inaktiv bleiben (z.B. Links- versus Rechtshändigkeit in den meisten Kulturen). Wie kommt es, dass Mikrodifferenzen, die in unendlichen Mengen bestehen und deshalb für sich genommen kaum Strukturierungsleistungen erbringen, sich auf einer nächsten Stufe sozusagen unter Meso-Differenzen versammeln und eingruppieren, die bestimmte Unterschiede hervorheben und andere aus dem Feld der sozialen Wahrnehmung rücken, bis daraus schließlich großformatige Wir/Sie-, Eigen/Fremd-, Inklusion/Exklusion-Blockbildungen werden?

Wann und warum werden welche sozialen Differenzierungen aktiv? Das sind die entscheidenden Fragen, wenn wir uns mit der Genese von Konflikten befassen. Das Problem ist nicht das Vorhandensein von Differenzen, denn unser Universum ist, zeichentheoretisch gesehen, aus Differenzen gemacht und nichts anderem. Sondern das Problem scheint zu sein, dass bestimmte Unterscheidungen in bestimmten sozialen Prozessen mit der Macht bewehrt werden, die anderen zu ›verschlucken‹ – mit dem doppelten Effekt, dass sie Homogenisierung im Innern und Alterisierung nach außen erzwingen. Wenn wir von dem Immer-schon-Vorhandensein von Differenz bzw. Dissens her denken und Gesellschaften als Ketten von (begrenzten) *Dissentierungen* ansehen, dann ist die jeweilige Ausprägung von Konfliktlinien kein natürliches, sondern ein unwahrscheinliches, jedenfalls erklärungsbedürftiges Phänomen.

Notwendig ist deshalb die Ausarbeitung eines letztlich formalen Erklärungsmodells. Dessen Ausgangspunkt sind nicht substanzielle Einheiten (der ›christliche Westen‹, der Islam etc.), sondern sozusagen Teppiche von kleinen, vielfältig ineinander verwobenen Unterschieden. Und dann passiert etwas – was? –, wodurch dieser Teppich an bestimmten Stellen plötzlich immer größere Risse bekommt. Warum gerade an diesen, warum nicht an anderen? Inwieweit sind kulturelle Semantiken verantwortlich dafür, dass der Teppich gerade an dieser Stelle reißt? Man darf sich die Erklärung dafür nicht von den Konfliktparteien geben lassen (Amselfeld, Martyrium des Hussein ibn Ali)! Denn sobald einmal eine Trennlinie entstanden ist, wirkt sie wie ein Attraktor für die im Konflikt mobilisierbaren Energien, und zwar sowohl auf militärischer als auch auf ideologischer Ebene. Anders gesagt: Seinen *inhaltlichen* Grund gewinnt ein Konflikt nach diesem Modell sozusagen erst im Nachhinein. Spannungslagen erscheinen zunächst einmal nur als eine Art magnetisches Beben, das die Polarisierungsenergien im sozialen Feld erhöht; womit noch nicht gesagt ist, welche Differenzsemantik bzw. welche Ideologie von der Polarisierung am meisten profitiert. Über diese Frage wird jedenfalls nicht auf der Ebene sozialer Merkmale, sondern im Widerstreit zwischen konkurrierenden Definitionsmächten und den von ihnen in Anschlag gebrachten Semantiken entschieden.

6.

Im Hinblick auf die Frage, welche Rolle Kultur in Konflikten spielt, führt der hier verfolgte Ansatz zu einem paradoxen Befund. Einerseits nämlich wird man einsehen müssen, dass so etwas wie »kulturelle Differenz« keine vorgängige Gegebenheit ist und folglich auch nicht als *Ursache* für Konflikte herhalten kann. Ähnliches gilt für die Rede von ethnischer Differenz oder von religiösen Unterschieden, die angeblich den Beweggrund für feindseliges Verhalten und Gewaltanwendung bilden. Solche Differenzsemantiken stützen sich nicht einfach auf vorgegebene Merkmale, sondern greifen in das soziale Feld ein, insofern sie die Merkmale, auf die sie angeblich aufbauen, allererst erzeugen bzw. mit Signifikanz ausstatten. Der Kulturbegriff wäre demnach nicht mehr als eine in den letzten Jahrzehnten gängig gewordene Münze, um Differenzen zu akzentuieren, Grenzziehungen zu rechtfertigen und In- bzw. Exklusion herzustellen. Wenn »Kultur« also nur von bestimmten Konfliktparteien instrumentalisiert wird, dann kann sie schwerlich als Erklärungsfundus für die Konflikte herhalten. Wir müssen uns dann nach anderen Konfliktmodellen umsehen – und das heißt mit Blick auf die relevanten akademischen Disziplinen, unseren Blick von den Kulturwissenschaften weg auf die Sozialwissenschaften richten –, um zu begreifen, was die wirklichen, nicht die vorgeschobenen Gründe für soziale Desintegrationsprozesse sind.

Andererseits sollte deutlich geworden sein, dass Konflikte sich in einem semantisch immer schon strukturierten, gerasterten Feld abspielen. Das betrifft die Selbst- und Fremddefinition der beteiligten Konfliktparteien und damit den Verlauf der Konfliktlinie selbst, der sich in einem Prozess sozialer Polarisierung abzeichnet; die Legitimationsquellen, von denen die Beteiligten Gebrauch machen; die historischen Bezüge, mit denen sie ihre Ansprüche untermauern; die Missionen, in deren Dienst sie ihren Kampf zu stellen vorgeben; die Bezüge, die zwischen unterschiedlichen Ebenen (lokal, national, global) hergestellt werden – wovon wiederum abhängt, welche Allianzen gebildet, welche auswärtigen Mächte ins Spiel gebracht, welche Geld- und Ressourcenströme wohin geleitet werden. Die jeweils dominanten globalen Freund/Feind-Schemata liefern die Vorlagen, nach denen lokale Krisenherde sich, jedenfalls bis zu einem gewissen Grad, ausrichten – was bedeutet, dass Begriffe mit einem je eigenen kulturgeschichtlichen Entstehungshintergrund aktiv in die Rasterung des sozialen Feldes eingreifen. Dann ist »Kultur« nicht nur »Rohmaterial für die politische Rhetorik«, sondern konditioniert die Art und Weise, wie diese überhaupt ausgeübt und wirksam gemacht werden kann.

Zu solchen kulturellen Dispositionen gehört im Übrigen auch die Frage, in welcher Systemreferenz ein Konflikt wahrgenommen wird und worin die entsprechenden Maßnahmen zu seiner Eskalierung oder Schlichtung bestehen. Konfliktsemantiken sind außerordentlich volatil; sie können eine Vielzahl von sozialen Feldern und operativen Skalierungen durchwandern und dabei ganz unterschiedliche Energien zur Differenzbildung aufnehmen. So mag ein Konflikt sich zunächst öko-

nomisch ausprägen – etwa durch Spannungen, die sich auf Ressourcenknappheit zurückführen lassen –, aber sich im Verlauf seiner Entwicklung als Rivalität zwischen Religionen artikulieren. Er mag anfangs militärisch bedingt sein, aber dazu führen, dass sich an eine militärische Auseinandersetzung ökonomische Kalküle heften, so dass der Konflikt als Wirtschaftskonflikt erscheint usw.

Das sei kurz an zwei hypothetischen Beispielen erläutert. Beispiel 1: Nehmen wir als Ausgangsszenario eine Überbevölkerungskrise in einer ariden Region Afrikas an. Sie könnte z.B. durch gut gemeinte Entwicklungshilfemaßnahmen und verbesserte medizinische Versorgung ausgelöst sein – auf Grund internationaler politischer Direktiven, die auf lokaler Ebene unvorhergesehene Krisen auslösen. Die entstehende Wasserknappheit führt zu wachsenden Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Wirtschaftsformen – sagen wir, Hirtennomaden und Landbaubetreiber. Insoweit handelt es sich um einen wirtschaftlich motivierten Konflikt. Nun sind beide Gruppen zwar über vielfältige Tausch- und Heiratsbeziehungen miteinander verwoben (*cross-cutting ties*). Der Kampf um eine knappe Ressource aber treibt zur Polarisierung, d.h. zur Aktivierung vorhandener oder erfundener Differenzen. Dadurch geraten Individuen an den Übergängen zwischen den Bevölkerungsgruppen (etwa in gemischten Clans) unter wachsenden Stress – Identitätsstress, der Übergänge und Austauschbeziehungen zwischen den Antagonisten erschwert. Überhaupt entsteht so eine Situation, in der nach Semantiken der Nichtzusammengehörigkeit Ausschau gehalten wird. Das wiederum hängt von der Einwirkung überregionaler ›Formatierungsvorlagen‹ ab. Das herrschende Dispositiv ist derzeit das ethnische Dispositiv. Entsprechend werden die unterschiedlichen Berufsgruppen sich nach und nach ethnisch definieren. Es kann sein, dass es nun zu Gewalttätigkeiten kommt, nicht *weil* beide Gruppen so klar distinkt sind, sondern *obwohl* sie es nicht sind – um soziale Trennschärfe herzustellen und Privilegiensysteme zu etablieren, die sich nur auf Mitglieder der ›eigenen‹ Gruppe beziehen. Man stelle sich weiter vor, dass womöglich die eine Gruppe mehrheitlich der Religion x, die andere der Religion y angehört: Dann liegt es nahe, dass der Konflikt auch eine religiöse Aufladung erfährt. Umgehend ist man damit in einer ganz anderen Matrix, die nichts mehr mit Wasserlöchern in Wüstenregionen, sondern mit einem globalen Konflikt zwischen Religionen zu tun hat und als solcher in die Mühlen der Weltpolitik gerät.³

Beispiel 2 ließe sich genau andersherum konstruieren. Begeben wir uns in das Milieu religiöser Eiferer im England des 17. Jahrhunderts. Zwischen Theologen bricht dort ein Disput aus, der die Deutung einer Bibelstelle zum Anlass hat. Beide Seiten in diesem zunächst akademischen Streit suchen nach Verbündeten. Nehmen wir an, die eine Deutung ließe sich eher mit traditionell amtskirchlichen Positionen in Einklang bringen, die andere durch einen anti-institutionellen, volkskirchlichen Impuls verstärken. So schreiben sich soziale Markierungen in das religiöse

³ Ein strukturell ähnliches Szenario beschreibt Richard Rottenburg (2002).

Feld ein. Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie auf diesem Weg die Matrix einer Debatte entsteht, in der nun auch politische Optionen diskutiert werden – sagen wir, zwischen Anglikanern und Levellers. Und wenn die Frontlinien eine signifikante Ungleichverteilung zwischen Angehörigen bestimmter Berufe – etwa Magistrate einerseits, Händler andererseits – einbeziehen, sind wir schnell bei einer ökonomischen Aufladung der betreffenden Konfrontation. So legt sich von Eskalationsstufe zu Eskalationsstufe ein neuer Motivationsring um den ursprünglich vielleicht ganz unbedeutenden Auslöser des Konflikts.

Man muss für solche Zusammenhänge ein hinreichend kompliziertes Phasen- bzw. Schichtenmodell entwerfen. Je nachdem, welche Differenzen aktiviert werden, kann ein Theologenstreit zu einer tiefen ökonomischen Spaltung ausufern oder umgekehrt ein Kampf um örtliche Ressourcen ins Kraftfeld einer fundamentalistisch-religiösen Konfrontation geraten. An ein erstes Motiv (oder häufiger noch: ein Bündel heterogener Motive mit geringer Reichweite) knüpfen sich sekundäre und tertiäre Motivationen, die den Konflikt in jeweils andere Größenordnungen und soziale Kraftfelder katapultieren. In dieser Hinsicht ähneln Konflikte auf verblüffende Weise gesellschaftlichen Institutionen, die auch über ihren ursprünglichen Entstehungszusammenhang hinaus fortbestehen, weil sie wie soziale Attraktoren nachträgliche Motivierungen an sich ziehen. Ist erst einmal eine soziale Struktur geschaffen – sei es in institutioneller Form oder als pure Konfliktlinie –, konfigurieren sich die im Feld vorhandenen Energien entsprechend und lagern sich parasitäre Effekte an, die für den Fortbestand dieser sozialen Struktur sorgen.

7.

Halten wir das Ergebnis der bisherigen Überlegungen fest, um dann noch einen Schritt weiterzugehen. In der vorliegenden Problemskizze ist es in sehr allgemeiner Form um die Frage gegangen, aufgrund welcher Mechanismen innerhalb von Gesellschaften kulturelle Differenzlinien entstehen. Die Antwort lautet, dass man kulturelle Differenzen nicht als *Ursachen*, schon gar nicht als alleinige Ursachen von sozialen Spannungen ansehen darf. Solche Spannungslagen *aktivieren* (kulturelle bzw. kulturbedingte) Semantiken der Unterscheidung und Trennung, und es hängt von vielen Faktoren ab, welche dieser Semantiken sich schließlich durchsetzen. Die jeweils zum Zuge kommenden Differenzsemantiken beruhen nicht auf naturgegebenen Identitäten, sondern schaffen solche identitären Abgrenzungen allererst und wirken insofern tatsächlich auf Konflikte ein. Eine kulturalistische Betrachtungsweise ist nur fruchtbar, wenn sie den Blick auf die *Kartierung sozialer Konfliktfelder* richtet, auf das *cognitive mapping* von Spannungslagen, und dabei auf Rückkopplungseffekte zwischen sozialen Spannungen und semantischen Beschreibungen aufmerksam macht.

Was bedeutet es vor diesem Hintergrund, dass »Kultur« inklusive Religion sich – allerdings zumeist im Verbund mit ethnischen bzw. ethnonationalistischen Klassifikationsweisen – in unserer Gegenwart zu einem dominanten Identifikations- und Unterscheidungsprinzip entwickelt hat, das ältere Differenzsemantiken (etwa rassistischer Art oder im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu Berufsgruppen bzw. sozialen Klassen) weitgehend in den Hintergrund gedrängt hat? Wie ist »Kultur« selbst zu einem semantischen Konfliktgenerator geworden – zu einem Herrensichtigen, um den herum sich mehr oder minder unübersichtliche Spannungslagen zu Freund/Feind-Unterscheidungen herauskristalisieren?

Auf diese Frage, die jeden Kulturwissenschaftler umtreiben muss, lassen sich aus dem zuvor Gesagten einige zumindest provisorische Antworten ableiten. Wer die ›eigene Kultur‹ als Identitätsmarker verwendet, führt – ganz ähnlich wie bei den Kategorien »Volk« oder »Nation« – stillschweigend die Vorstellung eines Plurals von Kulturen mit und gibt dadurch zu erkennen, dass er ein Konzept von *regionaler Reichweite* verfißt, selbst wenn er die eigenen kulturellen Werte absolut setzt. Dieses Verständnis von »Kultur«, das seit den 1980er Jahren das Seine tut, um die in vielen Weltgegenden aufflackernden Konflikte semantisch anzuheizen, ist von einem mehr oder minder artikulierten *Anti-Universalismus* getragen, der deutlich von dem älteren, elitär-normativen Gebrauch des Wortes in der Oberschichten- oder Gebildetenkommunikation absticht. Das legt den Schluss nahe, dass die konfliktbereite Selbstidentifikation durch »Kultur« eine Reaktion auf die Zumutungen von universalistischen Weltanschauungen bildet, wie sie ja in der Tat, ob in ihrer sozialistischen oder freiheitlich-kapitalistischen Variante, die Weltpolitik zwischen 1945 und 1989 beherrscht haben. Sich auf die ›eigene Kultur‹ zu berufen, heißt dann, ein Gegennarrativ gegen die empfundene Hegemonie einer säkularen (oder sich säkular glaubenden), urbanen, traditionsfeindlichen, pervasiven Moderne und den von ihr ausgeübten Assimilierungsdruck aufzurufen (ausführlicher dazu: Koschorke 2009b).

Politischer »Kulturalismus« – falls man diesen Begriff hier verwenden kann – stellt insofern eine defensive Strategie dar, die ihre Protagonisten an der (inneren oder äußeren) Peripherie der Moderne platziert. Er liefert damit die Matrix für eine Auseinandersetzung an zwei Schauplätzen zugleich: einerseits mit der ›fremden Kultur‹ des Nachbarn, die den gleichen Anspruch erhebt, und andererseits mit der diskursiven und lebensweltlichen Normativität der globalisierten Moderne. Letztere inkarniert sich in dem Feindbild des liberalen, kosmopolitischen, in seiner Weltsicht toleranten und in den sexuellen Praktiken permissiven Städtebewohners, das den Zorn von Fundamentalisten aller Couleur auf sich zieht.

Universalistische Semantiken teilen mit den Gegennarrativen, die sie an der Peripherie ihres Geltungsbereichs provozieren, die Eigenschaft, dass beide von entgegengesetzten Enden her eine *asymmetrische Beziehung* gestalten. Was den Hegemon angeht, der im Namen des Allgemeinen – im modernen Fall: des Fortschritts, der Demokratie, der Menschenrechte – spricht, so wird er sich weigern, seinen

Widerpart als gleichrangig anzuerkennen. Er wird in die herrschende Semantik *Reziprozitätsblockaden* einbauen und gegenläufigen Strömungen nicht nur ihre Berechtigung, sondern geradezu ihre *Rationalität* streitig machen. Ein solcher universalistischer Geltungsanspruch scheint generell nur eine abhängige Variable faktischer Machtungleichheit zu sein; er gedeiht besonders gut im Schutz von Imperien, angefangen vom Imperium Romanum über die europäischen Kolonialreiche bis hin zum *American Empire*.

Der Widersacher an der Peripherie, dem ein Platz *innerhalb* der normativen Ordnung des Imperiums verweigert wird, muss darauf mit einer entsprechenden Gegenerzählung reagieren. Er sieht sich dazu gezwungen, zur Beglaubigung seines Handelns semantische Ressourcen in Anspruch zu nehmen, die nicht schon vom Hegemon erfolgreich vereinnahmt worden sind. Er wird der Macht des Allgemeinen das Recht des Besonderen entgegenhalten und sich dabei typischerweise auf lokale bzw. regionale Sitten, Rechte und Glaubensformen berufen. Zumindest in der Moderne ist deshalb die Berufung auf Autochthonie eine wichtige Widerstandsquelle geworden. Dabei muss mit dem Effekt gerechnet werden, dass die antihegemonialen Strebungen sich ihren semantischen Ort oft *ex negativo* von der hegemonialen Ordnung zuweisen lassen. Im Widerspiel zwischen Selbst- und Fremdefinition richten sie sich im Raum der Auslassungen, Selbstzweifel, Utopien, in den Barbarismen, Romantizismen, Exotismen und Orientalismen des herrschenden Diskurses, und das heißt des Diskurses der Herrschenden, ein. Ob sie wollen oder nicht, sie bleiben abhängig von der überlegenen semantischen Formation, die sie bekämpfen.

»Selbstkulturalisierung« ist unter diesen Umständen womöglich nur ein Reversbild fremder Projektionen. Wem lange genug eingeredet wird, er sei nicht in der weltumspannenden Rationalität der Moderne angekommen, hafte in archaischen Traditionen, habe nicht wie die Europäer einen Prozess der Aufklärung und Säkularisierung durchlaufen, dem bieten sich am Ende solche Fremdzuschreibungen als Material für eine imaginäre Gegenidentität an – spätestens dann, wenn die Segnungen der Moderne ausbleiben und der Zugang zu ihren Ressourcen und Institutionen verwehrt ist. Reinhard Schulze hat so die Genese des islamischen Fundamentalismus beschrieben. »Zum einen«, schreibt er mit Blick auf die Epoche des Kolonialismus,

»war Europa nicht willens oder nicht in der Lage, die islamische Welt genauso säkularisiert zu sehen wie sich selbst. Tatsächlich endete der Horizont der Wahrnehmung des Säkularismus an den durch die europäische Identität gestifteten Grenzen. Zum anderen beschrieb Europa, auch um seine eigene Unvergleichlichkeit zu erhalten, die islamischen (aber auch andere) Welten stets mit den Mitteln der Diachronie [...]. Das Typische der kolonialen Situation war, daß diese europäische Interpretation der islamischen Geschichte als Teil des europäischen Diskurses in der islamischen Welt institutionalisiert und rezipiert worden ist. Dies kann als die eigentliche Geburts-

stunde des sogenannten islamischen Fundamentalismus angesehen werden.« (Schulze 2002: 14 f.)

Vergleichbare Prozesse spielen sich in anderen imperialen Randzonen ab. Wenn man sie mit der Beobachtung kombiniert, dass »Räume, die in den Grenzregionen von Imperien liegen«, als Misch- und »Pufferzonen« in erhöhtem Maß Schauplätze exzessiver politischer Gewalt bilden (Sémelin 2007: 134),⁴ dann zeigt sich modellhaft, zu welchen unkontrollierbaren Eskalationen es im Wechselspiel von Zentrum und Peripherie kommen kann – sowohl machtpolitisch als auch ideologisch. Welche Ideologien dabei eine Rolle spielen, lässt sich fast spieltheoretisch aus den vorhandenen Verhaltensoptionen ableiten. Denn auf ihre Marginalisierung, häufig Kriminalisierung durch den Universalismus des Hegemons werden die peripheren Akteure typischerweise reagieren, indem sie ihrem Handeln eine gewissermaßen exterritoriale ideologische Rechtfertigung unterlegen. Wenn ihnen in dieser Welt kein Platz eingeräumt wird, müssen sie sich auf eine außerweltliche, d.h. außerhalb der Reichweite der hegemonialen Semantik liegende Legitimationsquelle berufen. Es liegt nahe, dies auf dem Weg einer *sakralen* Selbstautorisierung zu tun.

Auch auf diese Weise ließe sich also, sehr verkürzt, die Genese militanter Fundamentalismen beschreiben. Akzeptiert man dieses Beschreibungsmodell, dann erübrigt sich die Rede von einer einseitig religiös-kulturell *motivierten* Gewalt. Die Bezugnahme auf Religion erscheint dann nicht als Ursache, sondern als *Effekt* eines Kampfes zwischen zwei Gegnern, die sowohl militärisch als auch im Hinblick auf die Dimension der *soft power* extrem ungleichgewichtig sind (vgl. Münkler 2005: 204 f.).⁵ Zum Mittel der Heiligkeit greift, wer keine anderen Mittel mehr hat und in jeder innerweltlichen Form von Eskalation notwendig verlieren müsste. Hier bietet sich sogar für Ideologien wie diejenige des Jihad ein erzähltheoretischer Ansatzpunkt. Er besteht ausdrücklich nicht darin, den militanten Islamismus, der im 20. Jahrhundert aufkam, in einen *grand récit* jahrhundertalter Gläubigkeit

⁴ Sémelin verweist auf eine Forschergruppe um Omer Bartov, die eine Verdichtung politischer Gewalttätigkeit in einer »so genannten *borderlands region*« dokumentiert, »die sich vom Baltikum und Mitteleuropa über Südosteuropa bis nach Kleinasien erstreckt« – in der Einflusszone unterschiedlicher Großreiche und zudem „von einer Vielzahl ethnischer, religiöser und nationaler Gruppen bevölkert« (ebd.).

⁵ Münkler identifiziert einen neuen Typus von Bürgerkriegen, der nicht mehr um materielle Ressourcen, sondern »um die kulturelle Identität der Menschen geht« (204). Was von den »antiimperialen Akteuren [...] dabei hauptsächlich abgelehnt und bekämpft wird, ist die aus den imperialen Zentren in die Peripherie diffundierende weiche Macht [...]. Tatsächlich nimmt *soft power* einen wesentlich größeren Einfluss auf die Lebensweise von Gesellschaften als *hard power*: Letztere tangiert nur die Machtverhältnisse, erstere verändert die Identität. Fundamentalismus in seinen unterschiedlichen Spielarten ist vor allem Widerstand gegen die weiche Macht eines imperialen Zentrums.« (205)

oder der Wiederkehr der Religion einzutragen. Es würde im Gegenteil darum gehen, ihn als ein sehr modernes, um nicht zu sagen: postmodernes Konglomerat der auf dem Markt erhältlichen Sinnstiftungsangebote zu interpretieren – und zwar derjenigen Angebote, die sich erstens zur Polarisierung und zweitens zur Erzeugung einer phantasmatischen Andersartigkeit eignen.

Ein besonderes Problem liegt darin, dass die in Nachahmung oder Abwendung von hegemonialen Vorbildern erzeugten Selbstdefinitionen auch das Verhaltens- und Deutungsrepertoire *zwischen* peripheren Konfliktakteuren bestimmen. Bekanntlich haben viele innerstaatliche Kriege in der Dritten Welt ihre Wurzel in einer doppelten und widersprüchlichen Hinterlassenschaft des Kolonialismus: einerseits der Abgrenzung von Einflussphären und Verwaltungseinheiten mit dem sprichwörtlichen Lineal, ohne Rücksicht auf ethnische, sprachliche oder religiöse Gegebenheiten, und andererseits in dem Leitbild eines Nationalstaats, der sich auf die (imaginäre) Einheit des Staatsvolkes stützt. Auch religiös gerechtfertigter Terror wendet sich, wie das Beispiel des Irak zeigt, nicht mehr nur gegen den Besatzer und Hegemon, sondern wird zum Kampfmittel im Bürgerkrieg. So können die ›Formationsvorlagen‹ der Konfliktsemantik sich von ihrem Entstehungssinn verselbständigen und ihr Destruktionspotential bei fortschreitendem Staatszerfall auf fast beliebige Opfer richten.

8.

Wie die vorangegangene Diskussion zeigt, hat die Behauptung, ein Konflikt sei durch kulturelle oder religiöse Unterschiede verursacht, keinerlei analytischen Wert. Wohl aber hat sie unter Umständen gravierende praktische Folgen. Sie lenkt den Blick von sozialen und politischen Faktoren fort, verfestigt die Unversöhnlichkeit der Akteure und erhöht ihre Einsätze bis zu dem Punkt, an dem sie innerweltlich nicht mehr verrechenbar sind. Den Kulturwissenschaften stellt sich die paradoxe Aufgabe, dieser Überschätzung ihres Kernbegriffs entgegenzuwirken. Der Politik bleibt aufgegeben, politische Probleme mit politischen Mitteln, d.h. mit den Mitteln des Aushandelns und des Ausgleichs, zu lösen. Und die Gesellschaft als ganze muss sich der Herausforderung stellen, auch das Tun radikaler Akteure nicht zu mystifizieren, sondern als Teil eines Wechselspiels der Kräfte und Deutungen lesbar zu halten.

Literatur

- Hasenclever, Andreas/Rittberger, Volker (2000): »Does Religion Make a Difference? Theoretical Approaches to the Impact of Faith on Political Conflict«. In: *Millennium. Journal of International Studies* 29, S. 641–674.
- Hobsbawm, Eric J./Ranger, Terence (Hg.) (1983): *The Invention of Tradition*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Huntington, Samuel P. (1997): *Der Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*. 6. Aufl., München, Wien: Europa-Verlag.
- Koschorke, Albrecht (2009a): Liminalität und Prekariat, Konferenzpapier, Konstanzer Tagung ›Prekäre Figuren – Politische Umbrüche«, Konstanz, 26.11.2009 (unpubliziert).
- (2009b): Statement zum Thema ›Hegemoniale Semantiken und radikale Gegennarrative«, Arbeitspapier des Konstanzer Kulturwissenschaftlichen Kollegs, 22.1.2009, <http://www.exc16.de/cms/fileadmin/all/downloads/veranstaltungen2009/Koschorke-Heg-Semantiken-090122.pdf>, (letzter Zugriff: 13.7.2010).
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. 2. Aufl., Berlin: Rowohlt.
- Rottenburg, Richard (2002): »Das Inferno am Gazellenfluß: Ein afrikanisches Problem oder ein ›schwarzes Loch‹ der Weltgesellschaft«. In: *Leviathan* 3, S. 3–33.
- Schlee, Günther (2006): *Wie Feindbilder entstehen. Eine Theorie religiöser und ethnischer Konflikte*. München: Beck.
- Schulze, Reinhard (2002): *Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert*. München: Beck.
- Sémelin, Jacques (2007): *Säubern und Vernichten. Die politische Dimension von Massakern und Völkermorden*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Sen, Amartya (2007): *Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*. München: Beck. Time-Magazine, 12. März 2007.

Abgeschlagene Hände und herausquellendes Gedärm Das hässliche Antlitz der römischen Bürgerkriege und seine politischen Kontexte

ULRICH GOTTER

Vom Tod des jüngeren Cato hören wir entschieden mehr Details, als ein schöngestirnter Humanismus über seinen Helden gemeinhin erzählen will. Das Setting seines Endes war ein klassisches Bürgerkriegstableau: Anfang April 46 v. Chr. hatten Caesars kampferprobte Legionen die Armee der Republik in einer blutigen Schlacht bei Thapsus in Nordafrika besiegt. Die Sieger marschierten daraufhin auf das wichtige Nachschubzentrum Utica, wo Cato kommandierte. Bereits Caesars Annäherung sorgte allerdings für eine so dramatische Erosion der Kampfmoral in der Stadt, dass an Widerstand nicht mehr zu denken war (vgl. Gelzer 1960: 247–248). Nachdem Cato vielen seiner Gesinnungsgenossen zur Flucht verholfen hatte, zog er sich mit einem Schwert in sein Zimmer zurück. Er sei, heißt es, darauf in einen so tiefen Schlaf gefallen, dass ihn die Wachen geräuschvoll schnarchen hörten (Plut. Cato Min. 70, 2). Was dann geschehen sein soll, berichtet der griechische Biograph Plutarch in aller Ausführlichkeit:

»Schon krächten die Hähne, als Catos Freigelassener Butas die Nachricht brachte, daß im Hafen alles ruhig und stille sei, [die Flucht der Gefährten also gelungen wäre]. Cato befahl ihm daher, die Tür zu verschließen, und legte sich wieder aufs Bett, als wenn er noch für den Rest der Nacht schlafen wollte. Kaum aber war Butas hinausgegangen, als er das Schwert zog und es sich unter der Brust in den Leib stieß. Weil aber seine verletzte Hand dem Stoß nicht den gehörigen Nachdruck geben konnte, starb er nicht gleich auf der Stelle, sondern fiel im Totenkampf vom Bett und verursachte durch das Umwerfen eines daneben stehenden geometrischen Tisches ein starkes Poltern, daß die Bedienten laut aufschrien und Catos Sohn mit den Freunden sogleich hereinstürzten. Man fand Cato in seinem Blute liegen und die meisten Eingeweide zum Leibe heraushängen; er lebte jedoch noch und sah sich um. Dieser Anblick versetzte alle in die größte Bestürzung, der Arzt aber trat hinzu und versuchte die Eingeweide, die unverletzt geblieben waren, wieder an ihren Ort zu bringen und die Wunde zuzunähen. Darüber erholte sich Cato wieder, und als er zur Besinnung kam, stieß er den Arzt von sich, öffnete mit seinen Händen die Wunde, zerriß die Eingeweide und starb.« (Plut. Cato Min. 70, 4–6)¹

¹ Übersetzung: Kaltwasser/Floerke/mod. Gotter; siehe dazu auch Zadorojnyi (2007).

Diese Szene ist zwar unappetitlich, aber nicht außergewöhnlich oder gar beispiellos. Im Gegenteil: Sie repräsentiert meines Erachtens wesentliche Bausteine eines Narrativs,² das ich als spezifisch für das Erzählen von den römischen Bürgerkriegen des 1. Jahrhunderts v. Chr. ansehen möchte. Dieses Narrativ zeichnet sich bereits auf den ersten Blick durch die Massierung von Szenen extremer Brutalität aus, durch die Liebe zum grausamen Detail und durch die Anreicherung des erzählten Geschehens mit bisweilen hyperbolisch ausgestaltetem Blutvergießen. Fast alle Aggregatzustände des politischen Handelns konnten auf diese Weise aufgeladen werden: das Gemetzel auf dem Schlachtfeld ebenso wie die Verfolgung politischer Gegner, der anarchische Mord wie der spektakuläre Suizid. Der Erfolg des Narrativs machte dabei vor Gattungsgrenzen nicht halt: Geschichten und Szenen dieser Art finden sich nicht nur im traditionell und strukturell gewalttätigen Epos, sondern auch in Reden, in der biographischen Literatur und in Geschichtswerken. Bemerkenswert ist schließlich die stabile Relevanz des Narrativs. Noch im ausgehenden 2. bzw. im beginnenden 3. Jahrhundert n. Chr., also 200 bis 300 Jahre nach dem Bürgerkriegsgeschehen, war die Aktualität des Themas offenbar derart ungebrochen, dass die Epoche der römischen Bürgerkriege in den historiographischen Werken einen konkurrenzlos breiten Raum einnahm.³ Dabei sind nicht nur die militärischen Großereignisse, sondern insbesondere Geschichten von Verfolgung, Ächtung, Hinrichtungen und schimpflichem Tod prominent, die mit Akribie und in geradezu epischer Breite rezipiert werden: Wir hören von verworfenen Frauen und geldgierigen Sklaven, von rachsüchtigen Feinden und falschen Freunden, von zerhackten Körpern und auf Pfähle gepflanzten Köpfen. Erklärungsbedürftig ist diese Persistenz insbesondere, da sich das Erinnerungsbiotop seit der frühen Kaiserzeit sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene signifikant verändert haben sollte: Zu Beginn des 3. Jahrhunderts n. Chr. war die untergegangene Republik nur noch ein weit entfernter und wenig konkreter Schemen,⁴ und auch die Familien, die die Traumata ihrer Ahnen in partikularem Gedenken halten können, waren zu dieser Zeit ausnahmslos seit mehr als hundert Jahren ausgestorben (siehe dazu Hopkins 1983).

Um die Grammatik der römischen Rede über den Bürgerkrieg besser zu verstehen, werde ich zunächst Morphologie und Funktion der brutalen Bürgerkriegserzählungen betrachten und mich dann in einem zweiten Abschnitt den Gründen

² Mit dem Begriff des Narrativs möchte ich betonen, dass es mir hier nicht um die Faktizität von Bürgerkriegsgeschehen geht, das den Erzählungen als Bestätigung oder Falsifikation gegenüberzustellen wäre, sondern um die Funktionalität einer spezifischen Erzählweise.

³ So hat Appian den römischen Bürgerkriegen als Epoche vier Bücher gewidmet. Und selbst in diesem Rahmen nehmen die Proskriptionserzählungen (vor allem diejenigen der Jahre 43/42) noch breiten Raum ein (App. 4, 6–51; siehe auch Cass. Dio 47, 3–17).

⁴ Über die anämische Verbindung der Aristokratie der römischen Kaiserzeit zur klassischen Republik bereits programmatisch Tacitus (hist. 1, 1, 1).

für die stabile Relevanz des Themas in der römischen Erinnerungskultur der frühen Kaiserzeit annähern.

1. Die Semantik des Scheußlichen

Die anerkannt eindrucklichste Manifestation des Scheußlichen in der Darstellung des antiken Bürgerkriegs ist das Versepos des römischen Dichters Lukan, geschrieben wohl in den frühen 60er Jahren n. Chr. (zur Datierung vgl. Ahl 1976: 333–353). In seinem Werk, wahrscheinlich mit dem Titel *Pharsalia* (zum Titel vgl. ebd.: 326–332), bildet die Schlacht von Pharsalos (48 v. Chr.) die Klimax des Bürgerkriegs zwischen Caesar und Pompeius, als »furchtbarer Tag, der Roms Geschick wandte und die ganze Vergangenheit aufwog« (Lucan. 7, 425–426). Lukan, der Krieg weder in seiner externen noch in seiner internen Form erlebt hat,⁵ stellt seinen Lesern den Bruderkampf in Bildern vor Augen, deren Grausamkeit aufs Äußerste gesteigert ist. Schon die Annäherung der Protagonisten an die finale Schlacht gerät dem Dichter zum Horrortrip: Er blendet auf grausame Hinrichtungen aus früheren Bürgerkriegen zurück (Lucan. 2, 99–232),⁶ beschreibt – übrigens kontrafaktisch (siehe Gelzer 1960: 179–199)⁷ – Caesars Krieg in Italien und Gallien als großflächige Menschenvernichtung (Lucan. 2, 439–445) und lässt das Ganze in einer Seeschlacht kulminieren, die, wie er programmatisch anmerkt, »das Schauspiel zahlreicher seltsamer Todesarten auf dem Meer« (Lucan. 3, 634) bot. Ihr Pendant zu Lande, das Aufeinandertreffen der beiderseits römischen Verbände in der Ebene von Pharsalos im 7. Buch hält schließlich, was dieser Vorspann verspricht. Das Geschehen dort schildert Lukan nicht als Schlacht, sondern als bestialisches Morden, bestimmt von der überdrehten Ästhetik eines *splattermovie*.⁸ In seiner Choreographie werden menschliche Gestalten besinnungslos niedergemäht, färben die Erde rot, Gliedmaßen und abgeschlagene Köpfe fliegen durch die Luft. Das liest sich dann ungefähr so:

⁵ Geboren wurde Lukan 39 n. Chr., verbrachte seine Jugend in Rom, nah am Hof durch seinen Onkel Seneca, bekleidete 59 die Quästur und wurde 61 als sehr junger Mann Augur. 65 wurde er im Rahmen der so genannten »Pisonischen Verschwörung« zum Suizid gezwungen (zu den biographischen Details vgl. Ahl 1976: 17–61).

⁶ Die Tötung und Zerstückelung des Marius-Sohnes (2, 173–193) bildet dabei in Sachen expliziter Grausamkeit einen einsamen Höhepunkt.

⁷ Zur Differenz zwischen Erzählung und Geschehen vgl. Leigh (1997: 52–63); Masters (1992: 13–25); siehe auch Gall (2005: 107), die auf Lukans Dramatisierung des Blutvergießens unter den sich verbrüdernden Truppen von Caesar und Petreius hinweist.

⁸ Zu Lukans Ästhetik und der Bedeutung des zerstörten Körpers siehe etwa Fuhrmann (1968), Metger (1970), Most (1992), Masters (1992) und Bartsch (1997: 10–47) mit einer guten Zusammenfassung der jüngeren Forschungspositionen.

»Wenn eine Welt untergeht, schämt man sich, Tränen über zahllose Tote zu vergießen, das Schicksal jedes einzelnen zu verfolgen und zu fragen, durch wessen Herz der todbringende Stahl fuhr, wer auf seine eigenen, zu Boden quellenden Eingeweide trat, wer, mit dem Gesicht zum Feind, das Schwert, das ihm im Schlund steckte, mit dem letzten Lebenshauch ausstieß, wer erschlagen zusammenbrach und wer aufrecht stehen blieb, während seine Glieder abfielen, wem das Geschoß durch die Brust ging, wen eine Lanze an den Boden nagelte, wessen Blut aus den Adern schießend durch die Luft spritzte und die Rüstung seines Gegners traf, wer eines Bruders Brust durchhieb, um die Leiche, die er erkannte, zu plündern, ihr den Kopf abschlug und ihn weit durch die Luft warf, wer das Antlitz seines Vaters verstümmelte, um durch übertriebene Wut den Umstehenden zu beweisen, daß der Erschlagene nicht sein Vater sei. Doch das Sterben Einzelner ist keine Klage wert, und uns fehlt die Zeit, den oder jenen zu betrauern« (Lucan. 7, 617–631).

An dieser und anderen Passagen lässt sich zumindest auf der Oberfläche leicht erkennen, wie das Gewaltnarrativ bei Lukan funktionierte. Die ungeheure Brutalität der Bilder wird meines Erachtens vor allem durch zwei Techniken erreicht: zum einen durch die konsequente Überschreitung von Darstellungstabus, zum anderen durch den sorgfältig durchkomponierten Überschuss an grausigen Details, gewissermaßen durch einen Hyperrealismus des Schrecklichen. Wo die Tabugrenzen bei Kampfdarstellungen lagen, zeigen am deutlichsten die Bildniskonventionen, wie sie sich an den erhaltenen Denkmälern spiegeln. Bei aller gewohnten Drastik der Tötungsvarianten in der bildenden Kunst war dort doch vieles, was Lukans Text so plastisch macht, nicht oder nur in absoluten Ausnahmefällen erwünscht. Dazu gehören etwa das Austreten von Waffen auf der anderen Seite des Körpers, das Herausquellen der Innereien, das Sichtbarwerden des Hirns und alle möglichen Formen von Verstümmelung. Ästhetisch verfügbar waren Darstellungen dieser Art in der bildenden Kunst grundsätzlich schon (vgl. Pirson 2009: 236–238),⁹ sodass der regelhafte Nichteinsatz nur als intentional gedeutet werden kann. Für Lukan sind diese Transgressionen des Darstellbaren allerdings gerade ein elementarer Baustein seines Narrativs. Zwar sind nahezu alle Bausteine dieser Ästhetik des Schrecklichen schon vor ihm nachweisbar, nicht aber ihre Massierung (Fuhrmann 1968: 31–57; Most 1992: 391–400). Bemerkenswert ist vor allem der konkurrenzlos hohe Anteil der letal wirkenden Amputationen, die in Lukans Text etwa für ein Drittel aller im Kampf auftretenden Todesfälle verantwortlich sind (Most 1992: 398). Mit der regelhaften Verstümmelung tritt der Tod dem Leser buchstäblich immer wieder als ein In-Stücke-Gehauenwerden unter die Augen.

Für die Wirkung, die Lukan erzielt, ist allerdings nicht nur die enorme Quantität hässlichen Sterbens entscheidend, sondern vor allem das Aufladen des Einzelfal-

⁹ Leider sind thematische Studien über kulturgebundene Tabuzonen bei Kampfdarstellungen und deren Durchbrechung derzeit Mangelware.

les durch überdrehte, ja nahezu groteske Details. So zum Beispiel, wenn in der Seeschlacht im 3. Buch ein Kämpfer von seinem Schiff aus die Reling des gegnerischen ergreift und ihm dabei die rechte Hand abgeschlagen wird, die dann, wie Lukan schreibt, einen Moment lang die Reling mit derselben Kraft festhält, mit der sie vorher zugepackt hat, bevor sie endlich steif wird und abfällt (Lucan. 3, 604–625). Oder wenn der Dichter schildert, dass ein kretischer Bogenschütze einen Pfeil auf einen Mann Caesars abgeschossen habe, der in dessen linkes Auge eingedrungen sei. Darauf habe der Getroffene, so Lukan, den steckenden Pfeil unerschüttert mit dem daranhängenden Auge herausgerissen, mit der lästigen Eisenspitze zusammen auch die Nervenstränge entfernt und das Geschoß samt dem eigenen Auge mit Füßen getreten (Lucan. 6, 214–219). Schilderungen dieser Art statten den *basso continuo* des Todes mit markanten pathetischen Akzenten aus.

Doch worauf zielte diese opulent orchestrierte Symphonie des Scheußlichen? Auf diese Frage hat die Forschung verschiedene Antworten gegeben. Nicht recht befriedigend ist die literarisch-immanente Deutung, die die entgrenzten Bilder Lukans auf einen allgemeinen Zeitstil des 1. Jahrhunderts zurückführen will (so aber Fuhrmann 1968: 41–57).¹⁰ Dagegen lässt sich einwenden, dass in Sachen Brutalität Bürgerkriegsschilderungen bereits seit dem 1. Jahrhundert vor Christus die zeitgleichen Berichte über externe Kriege markant in den Schatten stellten. Und auch die Gegenprobe sticht: So spielt Lukans Zeitgenosse Silius Italicus, der über die römischen Kriege gegen Karthago schrieb, deutlich zurückhaltender auf der Klaviatur des Hässlichen (Fuhrmann 1968: 58–59).

Genauso wenig überzeugend ist die Position, dass Bürgerkriege in den literarischen Genres eben deswegen grausamer dargestellt wurden als äußere Kriege, weil sie grausamer waren. Ein solcher Erklärungsversuch scheidet schlichtweg an dem, was wir über die externe römische Kriegsführung wissen. Dass es nach der stark formalisierten Kriegserklärung im Prinzip kein *ius in bello* mehr gab,¹¹ ist bezeichnend für die Einstellung gegenüber den Geschlagenen. Die Pardonierung war grundsätzlich eine Gnade, kein Ergebnis, auf das man rechnen konnte; und wenn Leben geschont wurde, dann wohl zumeist nur in Hinblick auf konkurrierende ökonomische Interessen. Eine Standardoption nach der Einnahme feindlicher Städte war die Tötung aller Männer und der Verkauf der Frauen und Kinder in die Sklaverei (vgl. Volkmann 1990). Dass in kritischen Situationen durchaus Schlimmeres an der Tagesordnung war, zeigt bereits der Blick auf Caesars Gallischen Krieg, auf Vorgänge also, die in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu den großen Bürgerkriegen der 40er Jahre standen. Nach der langwierigen Belagerung von Avaricum im Jahre 52 v. Chr. etwa machten Caesars Soldaten die gesamte überlebende

¹⁰ Zur Forschungsdiskussion über die Neigung zur Grausamkeit in der »Silbernen Latinität« vgl. Most (1992: 400–408).

¹¹ Vgl. Helm (1957: 19–25); Brand (1968); Dahlheim (1968: 11–19) zur Bedingungslosigkeit der *editio*.

Einwohnerschaft, angeblich um die 40.000 Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, nieder (Caes. bell. Gall. 7, 28). Und ein Jahr später, nach der Einnahme von Uxellodunum, ordnete Caesar selbst an, dass allen männlichen Überlebenden, die Waffen geführt hatten, beide Hände abzuhauen seien. Da die Amputation als Stigmatisierung dienen sollte, muss noch auf dem Schlachtfeld für das Stillen des Blutes, wohl mit kochendem Öl, gesorgt worden sein.¹² Szenen wie diese, die, wenn man sie sich plastisch vorstellt, aufs Äußerste schockieren, finden in der römischen Literatur allerdings keinen narrativen Niederschlag. Nahezu der einzige, von dem wir über externe Kriegsgräueltat im Detail hören, ist bezeichnenderweise ein Nicht-Römer: Flavius Josephus, Teilnehmer am jüdischen Krieg von 66–70 n. Chr., erst auf jüdischer, dann auf römischer Seite. Unter seiner Feder wurde auch der auswärtige Krieg Roms zu dem, was er war: eine von äußerster Grausamkeit getränkte Angelegenheit.¹³ Ansonsten aber bleiben bei den römischen bzw. imperialen Autoren die Akte extremer Brutalität gegen Nicht-Römer unter der narrativen Oberfläche.

Weshalb das so ist, und weshalb es für den Bürgerkrieg anders ist, sagt Lukan eigentlich selbst: Bevor das Blutvergießen des Bürgerkriegs in seinem Werk beginnt, grenzt er entschlossen den guten äußeren vom schlimmen inneren Krieg ab, indem er die Kombattanten *to be* ausrufen lässt: »Wir beten ja nicht für Frieden, Götter! Bringt fremde Völker in Wut! Stachelt die Städte der Barbaren auf [...]. Macht uns allen Völkern zu Feinden, doch wendet den Bürgerkrieg von uns ab« (Lucan. 2, 45–65). Und im 6. Buch kommentiert er die fast übermenschlichen Leistungen eines Soldaten folgendermaßen: »Er war zu jeder Untat bereit und wusste nicht, dass in einem Bürgerkrieg Heldenmut ein schweres Verbrechen ist« (Lucan. 6, 147–148).

Damit demonstriert Lukan nicht nur, dass seine Schilderung des Widerlichen nicht etwa einem pazifistischen Impetus oder wenigstens der Erkenntnis entspringt, dass Krieg als solcher furchtbar und sinnlos ist, sondern er liefert auch eine Erklärung für seine Ästhetik des Schreckens. Das Pathos, das Mit-Leiden, das sein Blick auf die grausig Verstümmelten und Verreckenden repetitiv erweckt, ist nur im Biotop eines Bürgerkriegs wirklich funktional.¹⁴ Denn nur in diesem Kontext können Römer sterben, ohne dass ihr Tod von den mächtigen Bildern des Heroismus überlagert wird. Nicht jede Gewaltanwendung ist also pathosbildend, sondern nur diejenige, die dem römischen Leser Opfer als Opfer erscheinen lässt. Für siegreiche

¹² Caes. bell. Gall. 8, 44,1: »Daher glaubte er [Caesar], er müsse die übrigen durch eine exemplarisch harte Bestrafung der Einwohner abschrecken. Er ließ deshalb allen, die Waffen getragen hatten, die Hände abhauen, schenkte ihnen aber das Leben, um die Strafe für ihre Schlechtigkeit augenfälliger zu machen« (Übersetzung: Deißmann-Merten).

¹³ Das gilt grundsätzlich für seine Kriegsdarstellung im *Jüdischen Krieg* und in besonderem Maße für die Schilderung der Belagerung von Jerusalem (Joseph. bell. 5).

¹⁴ Masters (1992: 39–42) hat Lukans Poetik der Verstümmelung auf allen Ebenen als Metapher für den Bürgerkrieg selbst gedeutet.

römische Feldzüge hatte die pathetische Aufladung von Krieg daher nur eine sehr eingeschränkte Funktion: Denn in einem ordentlichen römischen Krieg ist der Tod der Feinde ganz unperspektivisch gut, und die Erzählung ist hier viel zu sehr vom Sieg und seinen Trägern okkupiert. Allenfalls der tote Römer ließ sich pathosbildend inszenieren, doch verhindert der Heldentod im Dienste des römischen Endsieges eine konsequente Tragik (Fuhrmann 1968: 59–60). Diese Pathos-Mechanik gibt den Blick auf die kulturelle Konstruktion des römischen Bürgerkriegs frei. Die exzessive Gewaltdarstellung thematisiert das normative Desaster des Bürgerkriegs, Schrecken und Pathos schärfen die Linie zwischen akzeptierter und nicht akzeptierter Gewalt ein. Bürgerkriege mochten zwar nicht grausamer als externe Kriege gewesen sein, mussten aber grausamer erscheinen. Die Brutalität des Narrativs markiert die Dimension der politischen Illegitimität¹⁵, die der Bürgerkrieg in der römischen Vorstellung hatte.

Eine Konstruktion des Bürgerkriegs, die die interne Auseinandersetzung als gänzlich illegitim, ja pervers versteht, ist nicht voraussetzungslos: Sie beruht auf der rituellen Organisation und Legitimation des römischen Krieges. Und in der Tat ist die römische Welt begrifflich wie praxeologisch tatsächlich binär in *domi*, das friedliche Innen, und *militiae*, das kriegsträchtige Außen, geschieden. Diese Linie wurde kontinuierlich durch rituelle Vollzüge markiert (vgl. Rüpke 1995: 220–229). Nur unter diesen Umständen konnte es legitime Sieger geben, die Anspruch auf den Triumph als Dividende ihres militärischen Erfolgs erheben konnten. *Bellum* war ein regelhaftes und in sich abgesichertes Verfahren (Rüpke 1990: 235–249). Vor diesem Hintergrund wird das *bellum civile* zum begrifflichen Ungetüm, dessen Monstrosität in der Kombination von *bellum* und *civile* liegt. Die Konsequenzen einer solchen Perversion sind aus römischer Perspektive einschneidend. Im Grunde ist jedes Töten im Bürgerkrieg ein Unrecht gegen göttliches und menschliches Recht, für das es nur unzureichende Rechtfertigungen gibt. Folgerichtig ist im Diskurs der Bürgerkriegskonstellation grundsätzlich immer der Andere am Desaster schuld (vgl. Gotter 2000: 338–339), und der Sieger muss partout versuchen, sich auf Kosten des Geschlagenen rein zu waschen. Als einen entsprechenden Gestus muss man wohl den gern kolportierten Ausspruch Caesars werten, als er inmitten seines Stabes über das mit Römerleichen und Schwerverletzten bedeckte Schlachtfeld von Pharsalus ging. »Das wollten sie haben!«, soll er nach Ausweis eines Augenzeugen der Szene gesagt haben, »nach allen meinen großen Leistungen wäre ich, Gaius Caesar, verurteilt worden, hätte ich mir nicht bei meinem Heer Hilfe geholt« (Suet. Caes. 30, 4). Ganz auf derselben Linie lag wohl bereits sein Aufruf an die Soldaten vor der Überschreitung des Rubikons, mit ihm in den Bürgerkrieg zu

¹⁵ Siehe dazu für die Gewalt narrative im 1. nachchristlichen Jahrhundert (auch abseits der Bürgerkriegsthematik) und mit besonderer Berücksichtigung von Senecas Gewaltkonzept Rohmann (2006; 2009: 275–283).

ziehen. Hier steht das angeblich gegen die Normenwelt der republikanischen Ordnung gerichtete Unrecht seiner persönlichen Feinde im Mittelpunkt seiner Argumentation, gegen das er die letzte Zuflucht bei seinen Truppen zu suchen behauptet (Caes. bell. civ. 1, 7). Ohne die Abwälzung von Verantwortung ließ sich in Bürgerkriegen weder mit den eigenen Toten noch mit denen der anderen Seite leben. Dass der Verlierer damit notwendigerweise immer der Schuldige war, hatte im Regelfall erhebliche Konsequenzen für die Phänomenologie des Konflikts. Denn die Schuld der Anderen bewies man am besten dadurch, dass man sie für ihr ›Verbrechen‹ zur Rechenschaft zog. In diesem Licht erscheinen die Proskriptionen, das öffentliche Ausschreiben von zu tötenden Gegnern,¹⁶ weniger als persönliche Grausamkeit der jeweiligen Machthaber, denn als konsequente Interpretation einer Konstellation, die alle Seiten unter existentiellen Rechtfertigungsdruck setzte. Mit der kaltblütigen Ächtung und individualisierten Ermordung Tausender gemäß der militärischen Lage erhielt der Bürgerkrieg ein Epiphänomen, das die literarische Erinnerung ganz wesentlich bestimmt hat.

2. *Stabile Erinnerung*

Erinnerung ist nicht Akzeptanz von Tradition, sondern aktives Handeln,¹⁷ und auch kollektive Traumata brauchen, jedenfalls nach dem physischen Untergang der Traumatisierten der ersten Stunde, Agenten, die sie lebendig erhalten bzw. immer wieder neu formulieren. Unter diesen Prämissen ist die Frage berechtigt, weshalb über die ersten Jahrhunderte der vergleichsweise äußerst friedlichen Kaiserzeit die Relevanz des Bürgerkriegsnarrativs offenbar ungebrochen anhielt. Dass dergleichen nicht selbstverständlich ist, zeigt bereits ein Seitenblick nach Griechenland, die andere antike Bürgerkriegskultur, die Rom nicht nur eine ausgefeilte Phänomenologie des inneren Kriegs übermittelte (vgl. dazu umfassend Gehrke 1985), sondern auch die fundierenden analytischen und ästhetischen Texte darüber.¹⁸ Schaut man auf Athen, zeigt der dortige Umgang mit dem Bürgerkrieg vor allem eines: dass man die dissoziierende Wirkung der Erinnerung an das Blutvergießen fürchtete wie wenig sonst. Mindestens solange die Partisanen des Blutvergießens bzw. ihre nächsten Angehörigen noch lebten, galt das Erzählen vom inneren Krieg offenbar als sicherster Weg zu seiner Fortsetzung. Konsequenterweise hielt man daher das Mittel einer allgemeinen und formellen Amnestie für unzureichend und verhängte

¹⁶ Bezeichnenderweise betritt die Proskription mit dem ersten Bürgerkrieg in Rom (zwischen Marius und Sulla) die Bühne der Geschichte und wird dann im Bürgerkrieg zwischen Caesararmördern und Caesaranhängern publikumswirksam wiederholt (siehe umfassend Hinard 1985).

¹⁷ In Anlehnung an Pierre Bourdieus Verständnis von mimetischen Prozessen (vgl. etwa Wulf 2003: 181–183).

¹⁸ Am einflussreichsten war hierbei sicherlich Thukydides' Schilderung des Bürgerkriegs von Kerkyra, an die der Historiker seine Pathologie als analytischen Text anschließt: Thuk. 5, 70–84, insbes. 82.

eine allgemeine Amnesie, ein regelrechtes Erinnerungsverbot, das den Rekurs auf das Geschehene im politischen Diskurs unter Strafe stellte (siehe dazu Flaig 1991).

In Rom ist dies offensichtlich anders gewesen, sicherlich auch, weil es nach zwanzig Jahren Bürgerkrieg immerhin einen klaren Sieger gab. Doch reicht dies als Erklärung kaum aus. Angelpunkt der Analyse muss vielmehr die unauflösliche Verbindung zwischen Bürgerkrieg und politischem System der römischen Kaiserzeit sein. Denn das Zeitalter des *bellum civile* war in Rom allein schon deshalb nicht verdrängbar, weil an seinem Ende nicht die Wiederherstellung des *status quo ante* stand, mit einer vielleicht mehr oder weniger veränderten personellen Zusammensetzung der Führungsschicht, sondern die Geburt eines neuen Regimes, dessen Parameter in der Sache, wenn auch nicht in der Form, dem gesamten Normensystem der Republik ins Gesicht schlugen. Unter dieser Voraussetzung der Unvereinbarkeit war die Monarchie des Augustus und seiner Nachfolger sowohl in Realität wie in der Wahrnehmung der Zeitgenossen ohne das zwanzig Jahre andauernde anomische Morden unter Bürgern nicht vorstellbar (Gotter 1996: 260–261).

Dieses symbiotische Verhältnis war meines Erachtens dafür verantwortlich, dass der römische Bürgerkrieg zu einem Erinnerungsraum hoher Aktualisierbarkeit wurde und das brutale Narrativ der Bürgerkriege eine durchaus komplexe ambivalente Semantik entwickelte. Auf der einen Seite ließen sich die überragenden Vollmachten des neuen starken Mannes in Rom, insbesondere der faktisch alleinige Oberbefehl über das Heer, vor allem mit dem Rekurs auf den Bürgerkrieg rechtfertigen, der schließlich als Machtkampf ehrgeiziger Kommandeure mit den ihnen partikular ergebenen Truppen verstanden werden konnte (Vell. Pat. 2, 19–28; 48–55; Tac. ann. 1, 1–2). Die Vormacht eines einzelnen mochte unter diesen Umständen die beste Garantie für inneren Frieden sein, die man sich vorstellen konnte. Gleichzeitig beruhte die vom neuen Herrscher reklamierte *auctoritas*, zumal gegenüber den nicht aus den Reihen der Hocharistokratie stammenden Bürgern, zu einem ganz wesentlichen Teil auf seinem Verdienst, den Bürgerkrieg beendet zu haben. Unter dieser Flagge segelte der Prinzipat des Augustus explizit (Aug. Res gestae 34), und diese Position fand auch eine massive kultische und ästhetische Überhöhung. So inszenierte etwa Vergil den späteren Augustus als Verheißung des neuen Zeitalters und als Heiland des geschundenen Vaterlands (Verg. Aen. 6, 791–805). Statt des perhorreszierten innerrömischen Mordens versprach die unter monarchischen Vorzeichen wiederhergestellte Republik die Wiederbelebung normativ sauberer Eroberungskriege unter imperialem Signum. Das war es auch, was die intensiv propagierte *pax Augusta* eigentlich bedeutete: Krieg wieder dort zu führen, wo er semantisch hingehörte: gegen fremde Völker und zur Eroberung unruhiger Grenzgebiete (Verg. Aen. 6, 847–853; Aug. Res gestae 26–33). Aus dieser Perspektive war die Folie des brutalen Bürgerkriegs für das neue Regime unbedingt funktional. Das furchtbare und immer wieder als furchtbar re-imaginierte Menetekel des Gemetzels unter Bürgern war ein wichtiger Baustein der ansonsten durchaus fragilen Legitimität des augusteischen Staates (siehe dazu auch Feichtinger 2007: 63–73).

Es sollte sich allerdings rasch zeigen, dass dies nicht die einzig mögliche Sichtweise auf das Thema war: Gerade das Gewaltnarrativ blieb kein Monopol der Prinzipatsideologie, denn die Verbindung zwischen Bürgerkrieg und neuer Ordnung ließ sich auch ganz anders und weitaus weniger affirmativ lesen. Der Bürgerkrieg konnte durchaus plausibel als das Instrument verstanden werden, das den Untergang der alten Ordnung und die Ausrottung der traditionellen Führungsschicht allererst herbeigeführt hatte. Akzentuierte man die Sache so, waren Caesar und Augustus, zumindest gemäß der Frage nach dem *cui bono*, nicht so sehr unschuldige, von den Zeitläuften und innerweltlichen Provokateuren Getriebene, sondern in erster Linie – als Sieger – die unmittelbaren Profiteure dieses illegitimen Blutvergießens (vgl. Griffin 2003: 167–169). Die Erzählung von den individuellen Grausamkeiten des finalen Profiteurs Oktavian/Augustus – etwa bei Perusia – (Suet. Aug. 15) unterstrich den strukturellen Punkt durch konkrete Schuldzuweisungen. Die Errichtung der Monarchie auf den rauchenden Trümmern der alten Ordnung aber war ein die neue Ordnung tendenziell delegitimierendes Bild.¹⁹

Erhebliche Plausibilität gewann diese Sicht auf die römische Vergangenheit durch eine soziale Lesart der Bürgerkriege. Statt als unterschiedsloses Verhängnis und Verderben der gesamten Bürgerschaft konnte man die Gewichte auch in Richtung auf den privilegierten Untergang der herausgehobenen aristokratischen Gruppe verschieben. Lukan hat auch dieses Sinnangebot in ein drastisches Bild transformiert, wenn er auf der Walstatt von Pharsalus eine virtuelle Gedenkstätte errichtet: »Hier«, sagt er, »fand der ganze Stolz des Vaterlandes den Tod. Auf einem großen Haufen in der Ebene lagen die Leichen von Patriziern, kein einziger Plebejer unter ihnen« (Lucan. 7, 597–598). Unmittelbar zuvor hat er die Namen der Bedeutendsten unter den Gefallenen rezitiert: mit ihrem Tod lässt er die Schlacht entschieden sein (Lucan. 7, 578–585).

Diese sozial privilegierende Interpretation war nicht nur deshalb plausibel, weil auch in der Kaiserzeit der primäre Leser von Literatur, vom Epos bis zur Geschichtsschreibung, der Führungsschicht angehörte. Es gab daneben durchaus auch Ansatzpunkte in der Realität, die diese Sichtweise beglaubigten. So kann der Bürgerkrieg hinsichtlich der numerischen Opferverteilung tatsächlich eine erhebliche Differenz zum externen Krieg reklamieren (vgl. Jal 1961: 496–501). Denn während die unromantisch-effiziente römische Kriegführung normalerweise einen arbiträren Heldentod des Führungspersonals in der Schlacht nach Möglichkeit verhinderte (vgl. Kromayer/Veith 1963 [1928]: 371–372), verhielt es sich bei inneren Auseinandersetzungen ganz anders. Das betraf weniger das Kampfgeschehen selbst als die Peripherie der Schlacht. So war in Bürgerkriegskonstellationen das Überlaufen für Mannschaftsgrade und ganze Truppenteile für die Sicherheit der Deserteure durchweg unproblematisch, und die nach dem Töten verbliebenen Verbände der Bürgersoldaten wurden häufig in die Armee des Siegers übernommen und nach Kriegs-

¹⁹ Zu Lukan als Anti-Vergil vgl. Narducci (2002: 75–87); Perutelli (2004: 93–96).

ende sogar bei der Beuteverteilung berücksichtigt.²⁰ Schließlich konnte man sich weder im Krieg noch später beim Übergang vom Ausnahmezustand zu einer Zivilverfassung große Zahlen frustrierter und entrechteter Schwerträger leisten.²¹ Dieser gütige Pragmatismus fand allerdings nur selten auf das Führungspersonal Anwendung. Wer im Bürgerkrieg Entscheidungen traf, setzte sein Leben und das seiner Angehörigen und nicht zuletzt die Existenzgrundlage seiner Familie als adlige aufs Spiel. Neutralität gab es als Option eigentlich nicht – und wenn, war auch sie keine Lebensversicherung. Unter diesen Vorzeichen sorgten die Bürgerkriege in der Tat für eine enorme physische Transformation der römischen Führungsschicht. Wer aus der ersten Reihe der Elite nicht auf dem Schlachtfeld starb, beging Selbstmord. Zahlreicher noch waren die Opfer der Proskriptionslisten, die natürlich ausnahmslos die funktionale und monetäre Oberschicht betrafen. So umfassten allein die Listen des Jahres 43 v. Chr. nach ganz vorsichtiger Schätzung und penibelster Quellenkritik 300 Senatoren und Ritter (Hinard 1985: 264–269). Für die dramatische Wahrnehmung dieses Vorgangs spricht die in so mancher Überlieferung kursierende Zahl von 300 Senatoren und 2000 Rittern (Appian civ. 4, 5) ebenso wie die unendlich langen Passagen in den Geschichtswerken, in denen das Schicksal einzelner Verfolgter erzählt und zum Schaukasten für menschliche Tugend und Verworfenheit wird.

Gleichzeitig geraten damit die Sieger, die ja meist auch die Proskripture waren, in eine fast unvermeidliche moralische Schieflage.²² Brisant wurde der Punkt, wenn er expliziert wurde, d.h. wenn sich der Machthaber vom implizit schuldigen Profiteur zum angeklagten Verbrecher verwandelte. Das Medium für diesen Vorzeichenwechsel war meines Erachtens die Intensität der von ihm erzählten und ihm als intentional zugewiesenen Grausamkeit. Wiederum bringt Lukan dieses Verfahren der Erinnerungsmodellierung auf den Punkt, weil es sich bei ihm in seiner Konstruiertheit so ungeniert zu erkennen gibt. Nicht nur, dass er den Sieger von Pharsalus, Caesar, immer wieder als Verursacher des ganzen Gemetzels markiert, charakterisiert er ihn auch gegen alle anderen Evidenzen als einen Schlichter, der das Blutvergießen in jedem Aggregatzustand nicht nur genießt, sondern der beim ent-

²⁰ Intensiv untersucht für die Zeit nach Caesars Tod von Botermann (1968: insbes. 169–179).

²¹ Dies zeigt sich auch in den großzügigen Abrüstungs- und Demobilisierungsregelungen nach dem Bürgerkrieg gegen die Caesarmörder (ab 41 v. Chr.), die im Wesentlichen zulasten der Zivilbevölkerung Italiens und der Provinzen abgewickelt wurden (vgl. Kienast 1999: 42–58).

²² Ein gutes Exempel für dieses Problem ist die Debatte nach dem Abschluss des Zweiten Triumvirats, wer von den drei Männern (M. Antonius, C. Octavius, der spätere Augustus, und M. Aemilius Lepidus) der blutrünstigste gewesen sei und die besten Männer der Aristokratie auf dem Gewissen gehabt habe (siehe etwa die Diskussion bei Cass. Dio 47, 7–8). Besonders bezeichnend ist dabei der insgesamt recht erfolgreiche Versuch des finalen Siegers Augustus, sich von der Ermordung Ciceros reinzuwaschen (siehe Kienast 1999: 40). Seine Verantwortungsdelegation unterstrich er publikumswirksam dadurch, dass er unmittelbar nach dem Sieg über Antonius Ciceros Sohn ein frühes Konsulat verschaffte (30 v. Chr.).

hemmten Tötungswerk auch selbst kräftig und freudig mit Hand anlegt. Moralisch liquidiert wird er vom Dichter durch ihm zugeschriebene transgressive Akte: die Musterung der Waffen seiner Soldaten, um zu kontrollieren, ob auch jeder brav Blut an den Spitzen habe, der Hohn gegenüber Sterbenden und eine Siegesbanketttafel auf dem Schlachtfeld von Pharsalus (Lucan. 7, 557–577; 7, 786–803).²³ Bezeichnend ist, dass in Lukans Epos ausgerechnet demjenigen, der für seine *clementia* sprichwörtlich geworden ist²⁴, die gezielte Massakrierung seiner Standesgenossen vorgeworfen wird:

»Er [Caesar] verbietet ihnen auf gemeine Soldaten loszugehen und zeigt ihnen Senatoren: er weiß, wo das Blut des Reiches fließt, wo das Herzstück der Macht ist, wo Rom getroffen und die Freiheit der Welt, die heute zum letzten Mal noch aufrecht steht, zerschlagen werden kann. Senatoren mischen sich unter Ritter, und adlige Herren fallen unterm Schwert; Männer aus den Familien der Lepidi, Metelli, Corvini und Torquati, die oft die wichtigsten Ämter, die höchsten Stellungen eingenommen hatten – Pompeius nicht gerechnet – wurden gemordet«. (Lucan. 7, 578–585)

So gewollt die Verkrümmung der Evidenz in Caesars Fall ist:²⁵ sie gibt den Blick auf eine Erinnerungswerkstatt frei, für die die Grausamkeit der römischen Alleinherrscher seit Caesar ein wichtiges Ingrediens zur Sinnstiftung ist. Die Stoßrichtung des Narrativs wird umso deutlicher, wenn es statt Caesar um Augustus oder Caligula ging. In der kaiserzeitlichen Literatur finden sich zuhauf Geschichten, die Grausamkeit wirksam bezeugten, wie etwa Augustus' angebliche Antwort an einen Mann, der nach der Schlacht von Philippi kniefällig um seine Bestattung bat: »diese werde den Vögeln vergönnt sein« (Suet. Aug. 13).²⁶ Hier zeichnet sich die enorme Reichweite der literarischen Muster ab: Mit dem Bürgerkriegsnarrativ stand ein Instrument zur Verfügung, das die römische Führungsschicht nicht nur tendenziell als Opfer, sondern genauer: als Opfer gegenüber einem spezifischen

²³ Für die Kontrafaktizität dieses Bildes vgl. Lintott (1971: 489).

²⁴ Über die *clementia Caesaris* ausführlich Alföldi (1985:173–303); siehe allerdings die klugen Bemerkungen von Miriam Griffin über die zeitgenössische Terminologie und ihre jeweiligen Schöpfer (Griffin 2003: 159–163).

²⁵ Für eine intelligente und differenzierte Analyse der möglichen Ziele und Rezeptionsoptionen Lukans siehe Masters (1994: insbes. 168–172).

²⁶ Die negativsten Positionen, die in den antiken Texten zu Augustus vertreten wurden, beziehen sich auf sein Agieren als Bürgerkriegsgeneral (siehe Suet. Aug. 13–15), das in der Erinnerung mit kalten Grausamkeitsformeln wie seine berühmte Antwort auf Gnadengesuche nach der Einnahme Perusias verbunden wurde: *moriendum est* (Suet. Aug 15). Wie mächtig diese Überlieferung war, zeigt sich noch an den deutlichen Worten Senecas über Augustus' Nicht-*clementia* in *De clementia* (1, 11, 1). Der erste Princeps selbst dagegen hat, nach der langsamen Festigung seiner Herrschaft, mit aller Kraft versucht, diese gewaltsamen und delegitimierenden Narrateme aus dem öffentlichen Gedächtnis zu verdrängen. Das demilitarisierte Augustusforum (vgl. Paul Zanker 2003: 213–216) spiegelt diese strategische Erinnerungsarbeit eindrücklich wider.

Täter konfigurierte. Die memoriale Konservierung extremer Gewalt oder sogar die Brutalisierung *ex post* waren ein wichtiger Baustein zur glaubhaften Viktimisierung des römischen Adels im Verhältnis zum römischen Monarchen.

Aus der Bürgerkriegskonstellation ließen sich daher zwei Handlungstypen herausdestillieren: der grausame Tyrann und das aristokratische Opfer. Zeitübergreifend attraktiv war diese Konfiguration nun zum einen, weil die häufig ungeklärte Nachfolgefrage im römischen Kaiserhaus den Bürgerkrieg als latente Großgefahr des politischen Raumes aufscheinen ließ, die sich 68 und 193 n. Chr. dann auch blutig konkretisierte.²⁷ Zum anderen aber stellte das Bürgerkriegsnarrativ ein mächtiges Interpretationsmuster für die zeitgenössischen und offenbar unvermeidbaren Konflikte mit dem Kaiser bereit. Unter diesen Auspizien konnte die demonstrative Erinnerung an den inneren Krieg zugleich ein Medium werden, existierende Herrschaftsstrukturen infrage zu stellen bzw. zu denunzieren. Eine solche nichtaffirmative Erinnerung an den Bürgerkrieg machte sich immer wieder an bestimmten Personen fest: zuallererst natürlich an Brutus und Cassius, den Caesarmördern und Opfern der Schlacht bei Philippi. Doch wer diese beiden verherrlichte, spielte zumindest unter der sich auf Caesar zurückführenden julisch-claudischen Dynastie mit dem Feuer – wie die Hinrichtung des Historikers Cremutius Cordus zeigt (Tac. ann. 4, 34). Etwas risikoloser, aber aussagenidentisch war – und damit sind wir wieder bei unserem Ausgangspunkt – die Beschäftigung mit M. Porcius Cato, dem Selbstmörder von Utica, der starb, obwohl er nicht sterben musste, starb, weil er, wie er vor seinem Tod sagte, nicht von einem Tyrannen, also von Caesar, das Leben geschenkt bekommen wollte. Die Brisanz dieses Aktes zeigte sich bereits in der unmittelbaren Bewältigung seines Todes. Unter Caesars Alleinherrschaft erschienen mehrere biographische Elaborate, deren Botschaft so politisch und so wenig affirmativ gegenüber dem neuen Regime war, dass sich der Diktator genötigt sah, mit eigener Feder zu antworten. Bezeichnenderweise widmete Lukan der republikanischen Ikone sein 9. Buch, das mit der Sterbeszene von Utica endet (siehe dazu Ventura 2004; Seewald 2008).²⁸ Dass selbst im Reich des humanitären Kaisertums Catos strukturelle Relevanz als aktuelle politische Matrix nicht verschwunden war, beweist noch Tacitus, wenn er im ersten Bild des *Dialogus de oratoribus* einen seiner Protagonisten soeben ein Cato-Drama beendet haben lässt – ein Drama, das, vor einer Statusgruppe rezitiert, immerhin bei den höchsten Stellen

²⁷ Bezeichnenderweise schließt Tacitus in seinem Proöm zu den Historien, die er mit der Darstellung der Bürgerkriege von 68/69 n. Chr. beginnt, mit dem expliziten Rekurs auf Bürgerkriegstopoi unmittelbar an Thukydides und den römischen Bürgerkriegshistoriker Sallust an. Zentral ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Formel von der Umwertung aller Werte in der Bürgerkriegssituation (Tac. hist. 1, 2–3; siehe auch Tac. ann. 4, 33, 2–4).

²⁸ Behr (2007: 113–161) macht Cato nicht nur zum *philosopher hero* des Buches, sondern schlägt sogar vor, in ihm gewissermaßen das innertextliche *alter ego* des Erzählers zu sehen.

Anstoß erregt habe (Tac. dialog. 2–3).²⁹ Spätestens an diesem Punkt, etwa 150 Jahre nach dem Ereignis, wird deutlich, wie stabil das Bürgerkriegsnarrativ für eine (negative) Identitätsstiftung der politischen Klasse Roms geworden war. Es war ein wesentliches Element der nichtaffirmativen politischen Sprache geworden, das die Erinnerung an die Gründungskatastrophe des Kaiserreichs dauerhaft wach hielt. Zu welchem Zweck man dieses Narrativ jeweils einsetzen konnte, variierte sicherlich beträchtlich – doch war es meines Erachtens, über den Einzelfall hinaus, eines der Damoklesschwerter, die über dem prekären Konsens von Aristokratie und Princeps (siehe dazu immer noch Barghop 1994, insbes. 202–211) schwebten.

Literatur

- Ahl, Frederick M. (1976): *Lucan. An introduction*. Ithaca (NY): Cornell University Press.
- Alföldi, Andreas (1985): *Caesar in 44 v. Chr.*. Bonn: Habelt.
- Bartsch, Shadi (1997): *Ideology in Cold Blood: A Reading of Lucan's Civil War*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Barghop, Dirk (1994): *Forum der Angst. Eine historisch-anthropologische Studie zu Verhaltensmustern von Senatoren im Römischen Kaiserreich*. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- D'Alessandro Behr, Francesca (2007): *Feeling History. Lucan, Stoicism and the Poetics of Passion*. Ohio: Ohio State University Press.
- Botermann, Helga (1968): *Die Soldaten und die römische Politik in der Zeit von Caesars Tod bis zur Begründung des Zweiten Triumvirats*. München: Beck.
- Brand, C. E. (1968): *Roman Military Law*. Austin: University of Texas Press.
- Dahlheim, Werner (1968): *Struktur und Entwicklung des römischen Völkerrechts im 3. und 2. Jahrhundert v. Chr.*. München: Beck.
- Feichtinger, Barbara (2007): »Das Lied vom Krieg. Literarische Inszenierung von Krieg und Bürgerkrieg bei Vergil und Lucan«. In: Barbara Feichtinger, Helmut Seng (Hg.): *Krieg und Kultur*, Konstanz: UVK, S. 63–83.
- Flaig, Egon (1991): »Amnestie und Amnesie in der griechischen Kultur. Das vergessene Selbstopfer für den Sieg im athenischen Bürgerkrieg 403 v. Chr.«. In: *Saeculum* 42, S. 129–149.
- Fuhrmann, Manfred (1968): »Die Funktion grausiger und ekelhafter Motive in der lateinischen Dichtung«. In: Hans Robert Jauß (Hg.): *Die nicht mehr schönen Künste: Grenzphänomene des Ästhetischen*. Poetik und Hermeneutik 3. München: Fink, S. 23–66.
- Gall, Dorothee (2005), »Masse, Heere und Feldherren in Lucans Pharsalia«. In: Christine Walde (Hg.): *Lucan im 21. Jahrhundert*. Leipzig: Saur, S. 89–110.
- Gehrke, Hans-Joachim (1985): *Stasis. Untersuchungen zu den inneren Kriegen in den griechischen Staaten des 5. und 4. Jh. v. Chr.*. München: Beck.
- Gelzer, Matthias (1960): *Caesar: der Politiker und Staatsmann*. Wiesbaden: Steiner.
- Gotter, Ulrich (1996): *Der Diktator ist tot! Politik in Rom zwischen den Iden des März und der Begründung des Zweiten Triumvirats*. Stuttgart: Steiner.
- (2000): »Brutus oder: Die Nemesis des Namens«. In: Elke Stein-Hölkeskamp, Karl-Joachim Hölkeskamp (Hg.): *Große Gestalten der römischen Republik*. München: Beck, S. 328–339.

²⁹ Siehe auch den Verweis in Tacitus' *Annalen* (4, 33, 3) auf die besondere publizistische Bedeutung Caros im Rahmen der römischen politischen Diskussion.

- Griffin, Miriam (2003): »*Clementia* after Caesar: from Politics to Philosophy«. In: Francis Cairns, Elaine Fantham (Hg.): *Caesar Against Liberty? Perspectives in His Autocracy*, Cambridge: Cairns, S. 157–182.
- Helm, Johann Georg (1957): *Die Rechtsstellung der Zivilbevölkerung im Kriege in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts*. Diss. Frankfurt am Main: (o.A.).
- Hinard, François (1985): *Les proscriptions de la Rome républicaine*. Paris: Boccard.
- Hopkins, Keith (1983): *Death and Renewal*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jal, Paul (1961): »Remarques sur la cruauté à Rome pendant les guerres civiles (de Sylla à Vespasien)«. In: *Bulletin de l'Association Guillaume Budé* 20, S. 475–501.
- Kienast, Dietmar (1999): *Augustus. Princeps und Monarch*. 3. Aufl., Darmstadt: WBG.
- Kromayer, Johannes/Veith, Georg (1963) [1928]: *Heerwesen und Kriegführung der Griechen und Römer*. München: Beck.
- Leigh, Matthew (1997): *Lucan. Spectacle and Engagement*. Oxford: Clarendon Press.
- Lintott, Andrew (1971): »Lucan and the History of the Civil War«. In: *Classical Quarterly* 21, S. 480–505.
- Manzano Ventura, Victoria (2004): »La muerte de Catón en Utica: conclusión ideal de la Farsalia«. In: *Estudios clásicos* 126, S. 33–58.
- Masters, Jamie (1992): *Poetry and Civil War in Lucan's Bellum Civile*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (1994) »Deceiving the Reader: The Political Mission of Lucan's *Bellum Civile* 7«. In: Jas Elsner, Jamie Masters (Hg.): *Reflections of Nero: Culture, History, and Representation*. London: Duckworth, S. 151–177.
- Metger, Wilhelm (1970): »Kampf und Tod in Lucans Pharsalia (Auszug)«. In: Werner Rutz (Hg.): *Lucan*. Darmstadt: WBG, S. 423–438.
- Most, Glenn W. (1992): »disiecti membra poetae. The Rhetoric of Dismemberment in Neronian Poetry«. In: Ralph Hexter, Daniel Selden (Hg.), *Innovations of Antiquity*. New York, London: Routledge, S. 391–419.
- Narducci, Emanuele (2002): *Lucano. Un'epica contro l'impero. Interpretazione della Pharsalia*. Roma, Bari: Laterza.
- Perutelli, Alessandro (2004): »Dopo la battaglia: la poetica delle rovine in Lucano«. In: Paolo Esposito, Enrico M. Ariemma: *Lucano e la tradizione dell'epica latina*. Napoli: Guida, S. 85–108.
- Pirson, Felix (2009): »Zur Funktion extremer Gewalt in Kampfdarstellungen der späthellenistischen Sepulkralkunst Etruriens«. In: Martin Zimmermann (Hg.): *Extreme Formen von Gewalt in Bild und Text des Altertums*. München: Utz, S. 231–256.
- Rohmann, Dirk (2006): *Gewalt und politischer Wandel im 1. Jahrhundert n. Chr.*. München: Utz.
- (2009): »Tyrannen und Märtyrer: Seneca und das Gewaltkonzept in der Literatur des ersten Jahrhunderts n. Chr.«. In: Martin Zimmermann (Hg.): *Extreme Formen von Gewalt in Bild und Text des Altertums*. München: Utz, S. 275–294.
- Rüpke, Jörg (1990): *Domi Militiae. Die religiöse Konstruktion des Krieges in Rom*. Stuttgart: Steiner.
- (1995): »Wege zum Töten, Wege zum Ruhm. Krieg in der römischen Republik«. In: Heinrich v. Stietencron, Jörg Rüpke: *Töten im Krieg*. Freiburg, München: Alber, S. 213–240.
- Seewald, Martin (2008): *Studien zum 9. Buch von Lucans Bellum Civile*. Berlin: de Gruyter.
- Volkman, Hans (1990): *Die Massenversklavungen der Einwohner erobelter Städte in der hellenistisch-römischen Zeit*. Abh. der Mainzer Akad. der Wiss. (geistes- und sozialwiss. Klasse). 2. Aufl., Mainz, Wiesbaden: Steiner.
- Wulf, Christoph (2003): »Performative Macht und praktisches Wissen im rituellen Handeln. Bourdieu's Beitrag zur Ritualtheorie«. In: Boike Rehbein et al. (Hg.): *Pierre Bourdieus Theorie des Sozialen. Probleme und Perspektiven*. Konstanz: UVK, S. 173–186.
- Zadorojnyi, Alexei V. (2007): »Cato's Suicide in Plutarch«. In: *Classical Quarterly* 57, S. 216–230.
- Zanker, Paul (2003): *Augustus und die Macht der Bilder*. 4. Aufl., München: Beck.

Bürgerkrieg, Staatenkrieg und die »amerikanische Erfahrung« bei Thomas Hobbes*

PHILIP MANOW

1. Bürger- vs. Staatenkrieg

Das zentrale Konzept in Thomas Hobbes' politischer Philosophie ist der »Naturzustand«, ein Konzept, das erstmals in *The Elements of Law, natural and politic* Erwähnung findet. Was konkret er mit dem Naturzustand assoziiert, erläutert Hobbes genauer im *De Cive* (1642) und im *Leviathan* (1651). Er verweist vor allem auf drei konkrete Beispiele – auf das Leben der Wilden Amerikas bzw. das unserer europäischen Vorfahren in fern vergangenen Zeiten, auf den Bürgerkrieg und den Staatenkrieg. Im *Leviathan* heißt es erläuternd zum *bellum omnium contra omnes*: »it may preadventure be thought, there was never such a time, nor condition of war as this; and I believe it was never generally so, over all the world: but there are many places, where they live so now. For the savage people in many places in America [...] live at this day in that brutish manner« (Hobbes 1651: XIII, 11). Das Leben der wilden Völker Amerikas ist für Hobbes insofern exemplarisch, als es zeigt, dass ohne den bändigenden Staat das »wilde« Verhalten der Menschen unweigerlich in den Krieg aller gegen alle führt. Wir erkennen in der Betrachtung dieser Wilden also uns selbst im herrschaftslosen Zustand, d.h. im Bürgerkrieg: »it may be perceived what manner of life there would be, where there were no common power to fear; by the manner of life, which men that have formerly lived under a peaceful government, use to degenerate into, in a civil war« (ebd.).

Hobbes ergänzt diese zwei sich überblendenden Beispiele – das Leben der Wilden/der Bürgerkrieg – sogleich um ein drittes, den Staatenkrieg:

»But though there had never been any time, wherein particular men were in a condition of war one against another; yet in all times, kings, and persons of sovereign authority [...] are in continual jealousies, and in the state and posture of gladiators; having their weapons pointing, and their eyes fixed on another« (Hobbes 1651: XIII, 12).

* Der folgende Aufsatz referiert in weiten Teilen Argumente aus meinem Buch *Politische Ursprungphantasien* (Manow 2011). Ich bin Bernd Stiegler und den Herausgeberinnen für hilfreiche Anmerkungen dankbar.

Der Staatenkrieg ist also wie der Bürgerkrieg ein konkretes Beispiel für den Naturzustand, eine Situation des *perpetuall warre* oder doch zumindest der Abwesenheit des Friedens.¹ Er ist es nach Hobbes sogar eigentlich in einem zutreffenderen und allgemeingültigeren Sinne, herrscht er doch »in all times«, während der Krieg eines jeden gegen einen jeden nach Hobbes nie unumschränkt vorherrschte (»it was never generally so«).

In diesem Essay geht es mir darum, den zeitgenössischen Erfahrungshintergrund des Hobbes'schen Naturzustandkonzepts – wie er mit den Stichworten »Amerika«, »Bürgerkrieg« und »Staatenkrieg« umrissen ist – näher zu beleuchten. Die Rekonstruktion dieses Hintergrunds ist mit der These verbunden, dass zwar bei Hobbes der Staatenkrieg *aus der Überwindung* des Bürgerkriegs hervorzugehen scheint, ganz so, wie es Reinhart Koselleck zusammenfasst: »Der Naturzustand [...] herrscht [...], wenn er im Innern des Staates einmal beendet ist, nicht mehr zwischen den einzelnen Menschen, sondern nur noch zwischen den als *magni homines* verstandenen Staaten« (Koselleck 1973: 33). Aber die *theoretische Bewegung* des Thomas Hobbes ist – so meine These – eine genau gegenläufige: Es ist der Staatenkrieg, konkreter sind es die kolonialen Auseinandersetzungen über die amerikanischen Entdeckungen, vor deren Hintergrund die Hobbes'sche Naturzustandsvorstellung entworfen wird. Hier fällt die Erfahrung der amerikanischen Wilden nicht mit dem Bürgerkrieg, sondern mit dem Staatenkrieg zusammen. Es sind die allein auf ihren Vorteil ausgerichteten, »realistischen« Staaten, »which have no common power to fear«, an denen sich bei Hobbes ein Menschenbild ausbildet, das dessen grundlegende Asozialität zum Ausgangspunkt nimmt. Diesen Staaten haben die Indianer, die sich zu keinem größeren politischen Herrschaftsverband zusammenschließen, nichts entgegen zu setzen, so dass ihr Schicksal das eines *commonwealth of conquest* ist, weil die Wilden sich zur Bildung eines *commonwealth of consent* nicht in der Lage zeigen.

Hobbes befindet sich damit in einer Denkbewegung der Zeit, die Staaten wie »große Menschen« und daher auch Menschen wie »kleine Staaten« betrachtet (Tuck 1999). Diese Sichtweise reflektiert eine neue, internationale Konstellation, in der Religion keine verbindliche Regelung der Staatenbeziehungen mehr leisten kann – die Aufteilung der Neuen Welt in spanische und portugiesische Missionsgebiete durch päpstliches Edikt wird von den aufstrebenden nicht-katholischen Kolonialmächten England und Niederlande nicht anerkannt (Schmitt 1997 [1950]; Damler 2008). Ohne gemeinsam anerkannte Autorität zur Regelung ihrer Beziehungen befinden sich die modernen Staaten damit plötzlich in einer regel- und rechtlosen Situation, in der das Recht der Stärke gilt und alles erlaubt ist. Die Erhellung des

¹ »For WAR, consisteth not in battle only, or the act of fighting; but in a tract of time, wherein the will to contend by battle is sufficiently known [...] For as the nature of foul weather, lieth not in a shower or two of rain; but in an inclination thereto of many days together: so the nature of war, consisteth not in actual fighting; but in a known disposition thereto, during all the time there is no assurance to the contrary« (Hobbes 1651: XIII, 8).

hinter dem Naturzustandkonzept stehenden Komplexes »Amerika/Bürgerkrieg/Staatenkrieg« ist schließlich auch mit der These verbunden, dass sich vor dem Hintergrund der »amerikanischen Erfahrung« eine Paradoxie zeigt: Der zum Schutz des Menschen geschaffene Leviathan, das Monster, das doch angeblich zur Bändigung des Behemoths, dieses anderen Monsters, des Bürgerkriegs, in die Welt kam, wird im Staatenkrieg mehr als jede andere politische Formation vor ihm eben jene körperliche Unversehrtheit seiner Bürger opfern, deren Schutz nach Hobbes eigentlich einziger Staatszweck ist. Er wird vom schützenden zum selbst bedrohlichen Monstrum.

Methodisch folgt meine Argumentation einer von Horst Bredekamp (1999, 2001, 2002, 2003, 2007) erstmals ausgelegten Spur und rekonstruiert Hobbes' Argumentation vermittels der Analyse seiner »visuellen Strategien«. Ich nehme dabei meinen Ausgang von dem eher selten untersuchten Titelbild des neun Jahre vor dem *Leviathan* erschienenen *De Cive*, in dem genau jener Komplex aus Bürgerkrieg, Staatenkrieg und amerikanischer Entdeckung bildlich einzigartig verdichtet ist. Bei der Bildinterpretation, die immer zugleich Textexegese ist, stehen im Folgenden zudem mehrere Stiche aus den später so genannten *Grands Voyages* des Verlagshauses des Theodor de Bry im Mittelpunkt (sowie die Zeichnungen von John White, die ihnen zugrunde liegen), eine Serieneedition von meist amerikanischen Reiseberichten, deren 14 reich bebilderte Bände im Zeitraum von 1590 bis 1634 erschienen (vgl. Greve 2004). Wie zu zeigen sein wird, spricht vieles dafür, die amerikanischen Reiseberichte und ihre Bilder als eine von Hobbes' Inspirationsquellen für das *De Cive*- und damit auch für das *Leviathan*-Frontispiz zu verstehen.

2. *De Cive und de Bry*

In seiner Illustration eines gewalttätigen Naturzustandes, der mit den zivilisatorischen Effekten weltlicher Herrschaft kontrastiert wird, macht das Titelkupfer des 1642 erschienenen *De Cive*-Bandes (siehe Abb. 1) ganz explizite Anleihen bei John Whites Szenen der Calgorian Indians und bei den Stichen de Brys, die auf ihnen beruhen (siehe Tuck 1997: xxv; Hoekstra 2007: 113; Skinner 2008: 98–102; vgl. Corbett/Lightbown 1979). Dabei verdeutlichen die direkten bildlichen Zitate den hohen Stellenwert, den das amerikanische Argument innerhalb der Hobbes'schen Theoriekonstruktion besitzt.² Folglich ist auch im *De Cive* Hobbes' Argument ethnologischer Zeit, nach dem uns das Leben der Wilden Frühphasen in unserer eigenen Entwicklungsgeschichte vergegenwärtigt und das wir aus dem *Leviathan* ken-

² Hier treffen sich die Intentionen von Hobbes weitgehend mit denen de Brys: »Zieht man die Vorworte der [ersten drei] Bände [der America-Serie; P.M.] hinzu, wird deutlich, dass de Bry das Indianerbild metaphorisch einsetzt und eigentlich der eigenen Gesellschaft einen Spiegel vorhalten will« (Christadler 2004: 60). »De Bry was no doubt as interested in comparative ethnography as the artists [John White und Jacques le Moyne de Morgues] themselves.« (Hulton 1984: 17)

nen, bereits in komprimierter Form enthalten. Wir treffen es an in Formulierungen, die die Argumentation des *Leviathan* schon bis in die Wortwahl hinein vorwegnehmen. Nachdem Hobbes in Paragraph 12 des ersten Kapitels des *De Cive* bereits die uns auch aus dem *Leviathan* bekannte Formel vom »war of every man against every man« prägt, heißt es in dem unmittelbar darauf folgenden Abschnitt in Vorwegnahme der berühmten Charakterisierung des Lebens im Naturzustand als »solitary, poor, nasty, brutish and short«:

»One may easily see how incompatible perpetual *War* is with the preservation of the human race or of individual man. [...] The present century presents an example of this in the Americans. Past centuries show us nations, now civilized and flourishing, whose inhabitants then were *few, savage, short lived, poor and mean*, and lacked all the comforts and amenities of life which peace and society afford« (Hobbes 1642: I, 13; Hervorh. P.M.).

Nach herrschender Einschätzung war Hobbes »involved in preparing the visual material that accompanied many of his works« (Goldsmith 1981: 234). So ist für das *Leviathan*-Titelblatt argumentiert worden: »no one but Hobbes himself is likely to have been familiar enough with his vast manuscript, prior to publication, to have dared to reduce the nub of its argument to this confident emblem« (Brown 1978: 26). Viele weitere, gleichlautende Einschätzungen könnten angeführt werden.³ Horst Bredekamp hat deswegen in diesem Zusammenhang auch – mit Verweis auf Michael Oakeshots entsprechende, bereits früh geäußerte Einschätzung – von der »Kraft des Künstlers« Thomas Hobbes und von Hobbes' »visuellen Strategien« gesprochen (Bredekamp 1999: 7; vgl. Skinner 2008: 7, 13).

Bei dem *De Cive*-Titelblatt haben wir keine endgültige Klarheit über die letztliche Autorenschaft. In der Stichfassung hat sich »der Pariser Kupferstecher Jean Matheus als Stecher zu erkennen gegeben [...] durch das rechts unten eingetragene ›Math[eus] f[ecit]««. Ob er damit auch die Zeichnung auf dem Manuskript entworfen hat, bleibt ungewiss. Es wäre ebenfalls möglich, »dass Hobbes diese selbst geschaffen hat« (Bredekamp 1999: 144). Quentin Skinner wertet es als deutlichen Beweis für Hobbes' enge Beteiligung an der Bildgestaltung, dass das persönliche Vorabexemplar des *De Cive* für den Earl of Devonshire als Bild genau jenes Frontispiz zeigt, das als Stich dann die Buchversion begleitet: »[this] strongly suggests that Hobbes must personally have approved the iconography of the printed title-

³ »the imagery is devised with close aptness to fit Hobbes' philosophical concepts and was certainly his invention.« (Corbett/Lightbown 1979: 222) Auch Herfried Münkler konstatiert, dass das *Leviathan*-Titelkupfer »in offensichtlich enger Absprache mit Hobbes [...] geschaffen« worden sei (Münkler 2001: 41). Noel Malcolm betont generell die besondere Aufmerksamkeit, die Hobbes auf die Titelgestaltung seiner Schriften verwendete: »It is well known that he took great care over such matters, as the engraved title page of his Thucydides translation and of *De Cive* (at least, of the first edition of the latter) amply shows.« (Malcolm 2002a: 201)



Abb. 1: Das Titelbild des *De Cive* (1642)

page, and may even have assisted in designing it« (Skinner 2008: 99; vgl. Tuck 1999: 137: »the title page of *De Cive* [was ...] like the title page of *Leviathan* [...] specially drawn for him and carefully thought out.«). Damit ist die Gestaltung des *De Cive* Titelblattes vor dem Hintergrund unseres Wissens von der generell hohen

Aufmerksamkeit, die Hobbes der Titelblattgestaltung seiner Schriften widmete, auch ein deutlicher Hinweis auf Hobbes' Kenntnis des Amerika-Reiseberichtes aus der de Bry-Reihe, also auch der Zeichnungen von John White und der auf ihnen beruhenden Stiche de Brys, die in dem Titelblatt bildlich zitiert werden: »Hobbes displays a complex awareness of the visual traditions involved« (Skinner 2008: 101; siehe Tuck 1996: XXV, Skinner 2008: 101, Corbett/Lightbown 1979: 224–225; vgl. auch Malcolm 2002b: 61, Fn. 34).

Das *De Cive*-Titelkupfer präsentiert sich uns dreigeteilt in die Bereiche »Religio«, »Imperium« und »Libertas«, eine Ordnung, die ihre Entsprechung in den drei Hauptteilen des Buches findet.⁴ Das obere Drittel des Titelbildes zeigt eine Szene des Jüngsten Gerichts, bei dem auf der linken Seite Engel die vom Tode Erweckten in den Himmel führen, während auf der rechten Seite die Verdammten von Teufeln begleitet der Hölle überantwortet werden. Dieser Gegenüberstellung von Himmel und Hölle korrespondieren in dem unteren Zweidrittel des Titelbildes die – jeweils verkörpert durch auf Sockeln positionierte Statuen – Bereiche des Imperiums und der Libertas.⁵ Bei dem auf der linken Seite dargestellten Imperium handelt es sich um eine »junge und ansehnliche Verkörperung der Staatsgewalt«, sie »beherrscht das friedvolle Landleben des Mittelgrundes, dem die auf einem Hügel situierte Stadt im Hintergrund korrespondiert« (Bredenkamp 1999: 144). Die Figur der Freiheit auf der rechten Seite hingegen zeigt sich uns »as a frowning woman standing on a pedestal with a longbow in her left and an arrow in her right« (Skinner 2008: 99). Hinter ihr sehen wir keine Stadt, sondern ein mit Palisaden bewehrtes Dorf aus Rundhütten, davor spielt sich die Szene einer Menschenjagd mit Pfeilen und Keulen ab, am rechten Bildrand hinter der Libertas-Figur bereiten »zwei Kannibalen die zergliederten Reste eines Menschen über einem Feuer zu« (Bredenkamp 1999: 144). Während im Bereich der erfolgreich etablierten Staatsgewalt die Kultivierung des Landes möglich ist, wie die landwirtschaftliche Szene zur Linken zeigt, ist die Natur im Bereich der Libertas als urwüchsig, unwirtlich, als unkultiviert dargestellt. Zudem repräsentiert ein hinter dem Palisadendorf sichtbares, springendes Raubtier das »animalische Pendant« zu den im Vordergrund der rechten Bildszene dargestellten Wilden (ebd.: 145). Insgesamt zeichnet uns das *De Cive*-Titelbild das Reich der Libertas als das Reich der Wilden Amerikas, »the title page [...] depicts *Libertas* as the life of the Carolina Algonkians, a representation drawn from the famous sketches by John White in 1585« (Tuck 1997: xxv.) Dabei recurriert Hobbes »on the iconographical tradition of contrasting America and Europe as ideal female types« (Hoekstra 2007: 113), wobei die zwei Frauengestalten gemäß des Arguments von der ethnologischen Zeit uns zugleich unsere – jedoch immer präsent – Vorgeschichte anzeigen: »a native American standing

⁴ Ich orientiere mich in der folgenden Bildbeschreibung vor allem an Bredenkamp (1999: 144–146; 2007).

⁵ Bei Tuck wird die Imperium-Figur fälschlicherweise als *Dominium* bezeichnet (Tuck 1999: 137).

before scenes of savage violence symbolizes the Hobbesian state of nature« (Collins 2005: 62–63; vgl. Hodgen 1964).

Krone, Waage und Schwert als Insignien von Herrschaft, Gerechtigkeit und Macht vervollständigen unser Bild von der Imperia, die spärlich gekleidete Indianerin trägt hingegen Pfeil und Bogen. Der Pfeil der Indianerin ist dabei nach unten gerichtet, während das Schwert der Staatsgewalt nach oben zeigt. Mit dieser Ausrichtung der Waffen scheinen diese beiden Figuren einen »Vorschein« (Bredekamp 1999: 145) auf jenes Endgericht zu geben, das im oberen Bilddrittel wiedergegeben ist:

»In einer sprechenden Geste hält die Staatsgewalt die Spitze des Schwertes bis an den unteren Rand des ›Religio‹-Streifens. Durch diese Berührung zeigt das Imperium nicht nur, dass es seine Kriterien vom Himmel bezieht, sondern dass es einen Lohn in Form eines Vorscheines der in den Himmel überführten Seligen bereithält. Es repräsentiert das irdische Paradies. Die Statue der ›Libertas‹ dagegen richtet einen Pfeil mit der Spitze des Bogens nach unten, wie um einen Vorgriff auf die Qualen des Endgerichts anzuzeigen. Sie verkörpert die Hölle auf Erden« (ebd.).

In der Gegenüberstellung von Imperia und Libertas finden wir die Verbildlichung jenes Kontrastes, den Hobbes im Text prägnant zusammenfasst als Innen und Außen des Commonwealths: »outside the commonwealth is the empire of passions, war, fear, poverty, nastiness, solitude, barbarity, ignorance, savagery; within the commonwealth is the empire of reason, peace, security, wealth, splendour, society, good taste, the sciences and good-will« (Hobbes 1642: X, 1).

Genau mit der symbolischen Geste der Libertas-Figur, dem nach unten gerichteten Pfeil (wie auch mit anderen Details, etwa dem geschwungenen Bogen), zitiert die Indianerin des *De Cive*-Titelblattes aber das Titelpuffer des ersten Bandes der America-Reihe, das uns ebenfalls einen Indianer als Sockelfigur mit überlangem, nach unten gerichtetem Pfeil zeigt und gerade in diesem entscheidenden Detail von der Illustration einer Indianerfigur aus dem Text des *Briefe and True Report on the new found land of Virginia*, die hier im Titelbild wieder aufgenommen wird, abweicht (siehe Abb. 2 und 3).⁶ Zugleich reproduziert das *De Cive*-Titelbild den Hintergrund des Stiches des Indianerhäuptlings,

⁶ Es ist ein in den Editionen der amerikanischen Reiseberichte der Verleger de Bry gängiges Verfahren, die Titelbilder zu komponieren, indem die Figuren aus den Tafeln im Text in einen neuen Zusammenhang gestellt werden (Christadler 2004: 91, Endnote 21). Hier vollzieht sich ein zweistufiger Prozess der imaginativen Bearbeitung dieses Bildmaterials: Die Stiche sind bereits bisweilen sehr eigenwillige Interpretationen der Zeichnungen, auf denen sie beruhen, in ihrer spezifischen Komposition im Titelbild findet man dann eine nochmalige »Überarbeitung und Editierung« dieses Materials und die Schaffung eines neuen Interpretationskontextes durch das In-Beziehung-Setzen der unterschiedlichen Bildelemente.



Abb. 2: Das Titelbild des *True report on the new found land of Virginia* (de Bry 1588)



Abb. 3: *A weroan of great Lorde of Virginia*

»while at the same time transforming it into something more sinister. Whereas de Bry had shown four figures with bows and arrows shooting at stags, Hobbes shows the no less lethal pursuit of two fellow human beings. And whereas in the de Bry's engraving we merely see a woodland behind the stags, in Hobbes's version we see a clearing in which two men squat next to a trestle on which a dismembered limb appears to be hung« (Skinner 2008: 101; vgl. Abb. 3).

Die Indianerfigur mit nach unten gerichtetem Pfeil ist nicht das einzige Zitat aus dem ersten Band der America-Reihe, das in dem *De Cive*-Titelblatt zu finden ist. Auch das rechts oben im Titelbild befindliche Palisadendorf verweist auf den Bericht Thomas Harriots und die Zeichnungen von John White. Das im *De Cive*-Frontispiz dargestellte Dorf geht zurück auf die Zeichnung von John White, das *Indian Village of Pomeiooc* (Figure 23 bzw. Plate 32; Hulton 1984: 125, 62; Hulton/Quinn 1964), auf der der entsprechende Stich XIX »The Town of Pomeiooc« im ersten Band der de Bry'schen America-Reihe basiert. Kurz: »Hobbes's general composition appears to owe much to de Bry« (Skinner 2008: 102).

3. Landnahme und Frauenraub – Thomas Hobbes und die amerikanischen Kolonien

Es ist alles andere als ein triviales Detail, ob man die Libertas-Figur des *De Cive*-Titelblatts für männlich oder weiblich hält. Bredekamp sieht in ihr einen »griesgrämige[n], alte[n], mit einem Bastrock bekleidete[n] Indianer« (Bredekamp 1999: 144). Goldsmith teilt diese Sicht: »on the lower right stands a figure labelled ›Libertas‹, an American Indian. Behind *him* are scenes of savagery, crude huts, people hunting, perhaps a rape« (Goldsmith 1981: 234; Hervorh. P.M.). Doch das erscheint bei genauerer Bildbetrachtung fraglich. Insbesondere in der gezeichneten Manuskriptfassung des *De Cive*-Titelbildes zeigt die Libertas-Figur eindeutig weibliche Züge (vgl. Hoekstra 2007: 113; Skinner 2008: 99; Collins 2005: 63, Fn. 24: »liberty and sovereignty are portrayed as female figures«). Die Gegenüberstellung der zwei Frauenfiguren vor dem Hintergrund der Bilder der amerikanischen Reiseberichte lenkt den Blick damit auf einen dahinter liegenden Diskurs über Land- und Körpernahme, Jungfräulichkeit und Besitz, Eigentum und Raub, Schutz und Schutzlosigkeit, der uns erneut auf das Hobbes'sche Ursprungsszenario und auf seine amerikanischen Quellen verweist.

Denn das *De Cive*-Titelbild mit der Indianerfigur im Vorder- und einer kannibalischen Szene im Hintergrund erinnert uns auch an jenen bekannten Stich von Amerigo Vespuccis Entdeckung Amerikas (vgl. Montrose 1993; Certeau 1975; siehe Abb. 4), der ebenfalls im Hintergrund der weiblichen Indianerfigur eine Kannibalenszene zeigt. Der Stich von der Entdeckung Amerikas als kritisches (protestantisches) Bild von der kolonialen Begierde der europäischen Eroberer zeigt eine »Inauguralszene« (Certeau 1975: 9), deren vielschichtige Bedeutung im *De Cive*-Titelbild wieder aufgenommen wird.

Der Stich zeigt uns männliche Beherrschtheit, Zivilisation und Kultur auf der einen Seite: Amerigo steht aufrecht, bekleidet, mit den Instrumenten und Insignien europäischer Zivilisiertheit und Wissenschaft, mit den Waffen und Wappen europäischer Überlegenheit ausgestattet. Der Stich kontrastiert das mit der weiblichen Natur auf der anderen Seite: America, weiblich, unbekleidet, liegend, nur mit einer Federkrone geschmückt, mit einladender Geste. Das Bild nährt die Vorstellung vom neuen Kontinent als jungfräulich, offen, verfügbar. Wie Walter Raleigh es im Ton des Staunens berichtet: »The land was never sacked, turned, nor wrought, the face of the earth hath never bene torne [...] it hath never bene entred by any armie of strength, and never conquered or possessed by any Christian Prince« (Sir Walter Raleigh, zit. n. Montrose 1993: 188). America ist ein noch jungfräuliches Land: it »is a country that hath yet her maidenhead« (ebd.).

Entdeckung, Bezeichnung und Aneignung sind in diesem Bild als identische und simultane Vorgänge angesehen. Das lateinische Bildmotto lautet: »Americen Americus rexit, & Semel vocavit inde semper excitam«. America wird durch Americus geweckt, er ruft sie und seitdem war sie immer wach. Der Eroberer ruft



Abb. 4: Vespuccis Entdeckung Amerikas – Stich nach einem Bild von Jan van der Straet

das neue Land mit seinem (!) Namen, er beansprucht das Herrenrecht der Namensgebung. Sir Walter Raleigh berichtet, dass die Einwohner ihr Land »Wingandacoa« nennen, nun aber heißt es »by her Majestie, Virginia« (zit. n. Montrose 1993: 183) zu Ehren der jungfräulichen Königin Elisabeth, doch auch mit weiterer, unmissverständlicher Konnotation. Virginia ist ein Land, das nur darauf gewartet hat, genannt und genommen zu werden, denn es ist herrenlos bzw. gehorcht nun dem, der es – mit neuem Namen – ruft. Das Bild zeigt den »tieferen Zusammenhang von Nahme und Namen« (Schmitt 1995 [1959]: 583): »also *nahm* der Mann die Frau. Die Frau *erkannte* den Mann und unterwarf sich demnach der Nahme. [...] Der Mann, der die Frau [...] nahm, gab ihr seinen Namen, die Frau nahm den Namen des Mannes« (ebd.; Hervorh. i. Orig.).

Vor der Namensgebung hatte das amerikanische Land keine eigene Geschichte, es befand sich im Zustand einer unschuldigen Bewusstseinslosigkeit, »in blameless liberty«, aus dem es erst durch die europäischen Kolonisatoren geweckt wurde. Diese Ursprungsszene zitiert offensichtlich eine andere, bekanntere, den Sündenfall und die Vertreibung aus dem Paradies, nimmt deren paradoxe Struktur auf und bietet für sie eine Lösung. »Wie kam das Böse in die Welt? Durch den Sündenfall. Was hat Adam und Eva zum Sündenfall bewogen? Die Einflüsterung der Schlange. Die Schlange indessen, Inkarnation des Bösen, war schon vor dem Sündenfall im

Paradies. Das Böse ist zugleich Folge und Grund des Sündenfalls« (Koschorke 2007: 7). Die amerikanische Wiederholung dieser Ursprungsszene kann diese Paradoxie der Sündenfallgeschichte auflösen, denn die Menschheit ist schon aus dem Paradies vertrieben, was die Indianer allerdings noch nicht wissen. Das neue Land Amerika ist sich keiner Schuld bewusst und empfindet keine Scham. De Brys Stich von Vespuccis Landnahme zeigt uns, wie hier Nacktheit neben Menschenfresserei steht, ohne dass das Skandalöse des einen oder des anderen erkannt werden würde, oder auch nur erkannt werden könnte, da Gut und Böse, Recht und Unrecht – wie im Paradies – noch gar nicht in die (Neue) Welt getreten sind. Denn »Eva und Adam [waren] vor dem Sündenfall nicht nackt, sondern weder nackt noch bekleidet, in einem Zustand gänzlich außerhalb dieser Kategorien« (Matt 2006: 82). Es sind die christlichen, die bekleideten Eroberer, die die Geschichte vom Sündenfall bereits kennen, die mit der Nachricht von ihr die Zeit, die rechten Namen, damit aber auch die Unterscheidung von Gut und Böse in das neue Land tragen. »Wer hat dir's gesagt, dass du nackt bist?« Der Stich hält den Moment fest, in dem sie – die Europäer – es ihr – America – sagen, dass sie nackt ist.

Missionierung ist zweifellos die erste und wichtigste Rechtfertigung der europäischen Eroberung Amerikas gewesen. Von protestantischer Seite konnten aber die vom Papst Spanien und Portugal zuerkannten Missionsgebiete (etwa durch das Edikt *inter caetera divinae* von 1493; vgl. Schmitt 1997 [1950]) nicht als Eigentumstitel anerkannt werden. Sowohl der Stich von Vespuccis Entdeckung Amerikas als auch das *De Cive*-Titelbild verweisen deswegen auch auf den durch die englische und niederländische Kolonisation angestoßenen Rechtsdiskurs und die ihm unterliegende koloniale Gier und Begierde (Young 1995). In diesem Rechtsdiskurs geht es um die juristische Begründung des neuen Eigentums aus protestantischer Sicht: Wem eigentlich gehört das »new found land« (Damler 2008; Schmitt 1997 [1950]), wenn päpstliche Edikte nicht von allen als verbindliche Rechtstitel anerkannt werden?

Die neue Effektivitätslehre holländischer und englischer Juristen, nach dem etwas demjenigen gehört, der von ihm effektiv Besitz ergreift, es besetzt und nutzt, es nimmt und nennt, ist dabei in der amerikanischen Reiseliteratur in ihren zynischen Linien bereits vorgezeichnet. Walter Raleigh schreibt von den Indianern, »they have more gold than they could keep«. Im Umkehrschluss heißt das: Das Eigentumsrecht der europäischen Kolonisatoren gründet sich auf dem Unvermögen der Einwohner, ihr Eigentum – Land, Gold, Frauen – effektiv zu schützen. Eigentum beruht auf seiner Umzäunung und damit effektiven Verteidigung, die die amerikanischen Wilden nicht gewährleisten können. »The wild Indian, who knows no inclosure« – wie es später bei Locke heißt (Locke 1988 [1690]: 287, § 26). Die Eroberung rechtfertigt sich damit aus sich selber, aus ihrem tatsächlichen Vollzug – der effektiven Okkupation. In einer zynischen argumentativen Operation wird die erfolgreiche Aneignung zur Begründung ihrer Rechtmäßigkeit, »die Nahme [...] verwandelt Gewalt in Recht« (Schmitt 1995 [1959]: 578, Fn. 1).

Das Land liegt brach (»the face of the earth hath never bene torne«), Americas nackter Körper wartet nur darauf, dass sich die europäischen Eroberer auf ihm einschreiben, und die Nacktheit selber legitimiert diese Besitzergreifung (Certeau 1975). Es ist dabei der angeblich eigentumslose Naturzustand, in dem die amerikanischen Ureinwohner leben, der nach dieser Lehre von der effektiven Okkupation die Besitzrechte der Europäer begründet: »there is not *meum et tuum* amongst them; so that if the whole lande should bee taken from them, there is not a man that can complaine of any particular wrong done unto him« (Robert Gray, 1609, zit. nach Tuck 1999: 123; Hervorh. i. Orig.). Befinden sich die »Wilden« ohnehin untereinander in einem Naturzustand der wechselseitig gewaltsamen Aneignung von Land, Sachen oder Menschen, kann die gewaltsame koloniale Aneignung kein Unrecht sein. In diesem kolonialen Rechtfertigungsdiskurs leitet sich Territorium von Terror ab (vgl. Damler 2008), besitzen von besetzen. Die europäischen Eroberer unterstellen eine grenzenlose mimetische Rivalität unter den Ureinwohnern, um an ihr als überlegene Partei teilzunehmen.

4. »We armed and they naked«

Diese zynische juristische Naturzustandsfiktion des europäischen Kolonialdiskurses nimmt Hobbes zum Ausgangspunkt seiner politischen Philosophie. Seine Theorie des Naturzustandes reagiert bereits auf die zeitgenössische juristische Theorie von der effektiven Okkupation, die zur Rechtfertigung der späten Kolonialnationen Holland und England formuliert wird. Und es erscheint in diesem Zusammenhang alles andere als nebensächlich, dass Hobbes von 1622 bis 1624, dem Jahr ihrer Auflösung, Teilhaber der Virginia-Company war (Malcolm 2002b), jener Gesellschaft, die 1606 zum Zwecke der kommerziellen Nutzung der amerikanischen Kolonien und zur Finanzierung weiterer Expeditionen und Siedlungen gegründet worden war. Hobbes hat nachweisbar an über dreißig Sitzungen der Virginia-Company teilgenommen und war daher mit den Verhältnissen in Übersee bestens vertraut. Es war vermutlich auch im Kontext dieser Aktivitäten im Dienste des Hauses Cavendish, dass Hobbes mit den Reiseberichten Thomas Harriots erstmals in Berührung kam (ebd.: 61, Fn. 34). Nachweisbar ist ferner Hobbes' Kenntnis der juristischen Rechtfertigung der englischen Kolonialaktivitäten, wie sie in John Seldens *Mare Clausum* (1635) entwickelt wurde, das auf Grotius' *Mare Liberum* reagierte – das selbst wiederum aus einem Rechtsgutachten entstanden war, das Hugo Grotius für die niederländische East India Trading Company verfasst hatte, eine Rechtfertigungsschrift für deren gegen die Spanier und Portugiesen gerichtete, auch gewalttätige Aktivitäten (Tuck 1999: 78–108). John Selden, vermutlich einer der Rechtsberater der Virginia Company, nahm nachweislich gemeinsam mit Thomas Hobbes an mehreren Sitzungen der Gesellschaft teil (vgl. Malcolm 2002b).

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Hobbes'sche Beschreibung des Naturzustandes, die sowohl im *De Cive* als auch im *Leviathan* mit dem Verweis auf die »Wilden Amerikas« verbunden ist, eine eher selten gewürdigte Bedeutung. Im Naturzustand – so greift Hobbes den Topos des juristischen Kolonialdiskurses auf – gibt es »keinen Besitz, kein Eigentum, kein Mein und Dein« (Hobbes 1970 [1651]: 117), so dass »alle ein Recht auf alles, die Menschen selbst nicht ausgenommen« (ebd.: 119), haben. »In the pure natural state, or before men bound themselves by any agreements with each other, every man was permitted to do anything to anybody, and to possess, use and enjoy whatever he wanted or could get« (Hobbes 1642: I, 28). Oder: »until a commonwealth is instituted, all things belong to all men and there is nothing a man can call his own that any other man cannot claim by the same right as his« (ebd.: VI, 15). Diese Darstellung des eigentumslosen Naturzustandes beschreibt im Kern die koloniale Konstellation, wie sie sich aus den neuen juristischen Rechtfertigungsschriften der aufstrebenden Kolonialmächte folgerichtig ergibt. Hobbes führt die neue Lehre von der effektiven Okkupation, die mit doppelter Stoßrichtung zur juristischen Rechtfertigung der niederländischen und englischen Expansion gegenüber den älteren Kolonialmächten Spanien und Portugal einerseits *und* gegenüber den Rechten der indigenen Bevölkerungen in den neuen Kolonien andererseits formuliert wurde, zu ihrer logischen Konsequenz: der Begründung der Souveränität auf Gewalt. Die grenzenlose Gewalt wird zum Ausgangspunkt seiner politischen Theorie.

Das *De Cive*-Titelblatt zeigt mithin an, wie sehr die politische Philosophie des Thomas Hobbes verortet ist im zeitgenössischen, durch die kolonialen Eroberungen angestoßenen Rechtsdiskurs (Damler 2008). Die Cambridge-School der politischen Ideengeschichte, die Texte der politischen Philosophie als Manifeste in konkreten zeitgenössischen Konflikten interpretieren will (vgl. etwa Skinner 2002a, 2002b), hat diesen Kontext der Hobbes'schen Argumentation jedoch bislang eigentümlich vernachlässigt. Berücksichtigt man ihn, dann zeigt sich, dass die Kolonialerfahrung in Hobbes' Werken gerade *nicht* merkwürdig abwesend ist, wie Noel Malcolm im Zusammenhang mit Hobbes' Tätigkeit für die Virginia Company geurteilt hat.⁷ Hobbes macht alles andere als wenig Gebrauch von seinen speziellen Kenntnissen. Ganz im Gegenteil, es ist, als wäre seine Naturzustandsfiktion dem zeitgenössischen Kolonialdiskurs direkt entnommen. Eine zentralere theoretische Bezugnahme auf die Eroberung Amerikas und auf die durch sie ausgelösten Konflikte zwischen Kolonisatoren und Einwohnern einerseits und zwischen den Kolonialmächten andererseits scheint schwerlich vorstellbar.

Dass der »amerikanischen Erfahrung« innerhalb des Hobbes'schen Arguments vom Naturzustand nicht marginale, sondern konstitutive Bedeutung zukommt,

⁷ »The problem of the American Indian in Hobbes' works [...] is akin to the problem of the dog that did not bark in the night: why did Hobbes make so little use of his special knowledge?« (Malcolm 2002b: 75)

hatte Carl Schmitt schon vor über fünfzig Jahren hellsichtig angemerkt (Schmitt 1997 [1950]: 64–65). Wie Schmitt zeigt, demarkiert die Neue Welt für die konkurrierenden Kolonialmächte selbst einen modernen Raum völliger Rechtsfreiheit. Demarkation ist hier ganz wörtlich zu nehmen. Die Kolonialmächte einigen sich im 17. Jahrhundert auf einen Längengrad als »amity line« – eine Linie, jenseits derer der Kampf um die Landnahme hemmungslos, regellos, allein durch das Recht des Stärkeren bestimmt wird. Sie definieren eine Zone, innerhalb derer Raub, Piraterie, Plünderungen etc. erlaubt sind. Es ist eine völkerrechtlich vereinbarte völkerrechtliche Ausnahmezone. An dieser Linie endet das Recht: »alles was ›jenseits der Linie‹ geschieht, [bleibt] überhaupt außerhalb der rechtlichen, moralischen und politischen Bewertungen, die diesseits der Linie anerkannt sind« (ebd.: 62). »Jenseits des Äquators gibt es keine Sünde«, jenseits der Freundschaftslinien herrscht der Naturzustand, diesseits das europäische Völkerrecht. Die *amity*-Linie markiert eine Grenze, jenseits derer ein Raum der tolerierten Grenzüberschreitung beginnt. Doch ist die Linie im Raum auch eine in der Zeit. Das, was die europäische von der amerikanischen Gesellschaft trennt, das, was den Raum des europäischen Völkerrechts von dem Raum jenseits der Freundschafts-Linie unterscheidet – die Rechtlosigkeit – ist dasselbe wie das, was die gegenwärtige zivilisierte Gesellschaft von ihrer vergangenen, gewalttätigen Vor- oder Urform trennt. Der Äquator ist eine Zeitlinie.

Diesen Raum der Rechtlosigkeit jenseits des Äquators nimmt Hobbes zum Ausgangspunkt seiner politischen Philosophie, in ihm ist der Naturzustand verortet: »Hobbes steht hier ganz offensichtlich nicht nur unter dem Eindruck konfessioneller Bürgerkriege in Europa, sondern auch unter dem Eindruck der Tatsache einer Neuen Welt. Er spricht vom ›Naturzustand‹ ... keineswegs im Sinne einer raumlosen Utopie. Der Naturzustand des Hobbes ist ein *Niemandland*, aber deshalb bei weitem noch *kein Nirgendwo*. Er ist lokalisierbar, und Hobbes lokalisiert ihn unter anderem auch in der Neuen Welt« (ebd.: 64–65; Hervorh. i. Orig.), in einer Zone, für die die europäischen Nationen das Recht explizit außer Kraft gesetzt haben, sowohl untereinander als auch im Verhältnis zu den amerikanischen Ureinwohnern. Es ist eine völkerrechtlich verbindlich zum völkerrechtlichen Ausnahmeraum erklärte Zone und es ist klar, was den Theoretiker der Entscheidung über den Ausnahmezustand an dieser Konstruktion fasziniert hat. Zugleich zeigt sich der Hobbes'sche Natur- als eigentlicher (moderner) Ausnahmezustand, der Menschen wie Staaten gleichermaßen betrifft, und es wird deutlich, was Schmitt an Hobbes besonders fasziniert hat.

In dieser zeitgenössischen kolonialen Debatte besetzt Hobbes nun aber eine ganz eigenständige, originelle Position, die die Unumgänglichkeit, Unvermeidlichkeit staatlicher Souveränität betont. Die »Wilden Amerikas« waren für Hobbes ein Beispiel dafür, dass ständige kriegerische Auseinandersetzungen untereinander sie wehrlos gegenüber den europäischen Eroberern machten. Ihr Zustand des *perpetuall warre* war überhaupt nur außerhalb der Staatenkonkurrenz, im Status des Noch-Nicht-Entdeckt-Seins möglich. Dies erklärt die »it was never generally so«-Ein-

schränkung: Als allgemeiner Urzustand der Menschheit ist der Bürgerkrieg bei Hobbes gerade *nicht* begriffen, denn hier ist der kleinere Herrschaftsverband (die *extended family*) immer dem größeren unterlegen. Das heißt aber: Wo ein *commonwealth of consent* nicht zustande kommt, folgt unweigerlich das *commonwealth of conquest* – dies ist die zentrale Lehre, die man aus dem Schicksal der *savage people of America* ziehen kann. In dieser Konstruktion ist die theoretische Priorität des Staatenkrieges über den Bürgerkrieg eindeutig.

Hobbes' besondere Pointe aber lautet: *Beide* Arten des *commonwealth* konstituieren jeweils legitime Souveränität, denn indem der Sieger den Verlierer am Leben lässt und indem der Verlierer aufhört zu kämpfen und das Leben wählt, begründet sich auch bei gewaltsamer Eroberung *legitime* Souveränität. Wir haben also nur die Wahl, unsere Freiheit freiwillig unter einem Souverän unserer Wahl aufzugeben oder sie an einen fremden Herrscher zu verlieren – oder zu sterben. Der Bürgerkrieg bestimmt lediglich, als wie wehrhaft in dem *perpetuall warre* der Staaten untereinander sich eine Nation behaupten kann. Insofern kann man zugespitzt sagen:

»Ob es Krieg gibt oder nicht, die Konstitution [der Souveränität] vollzieht sich immer auf dieselbe Weise. [...] Im Grunde geht es nicht darum, ob man das Messer an der Gurgel hat, ob man explizit seinen Willen ausformulieren kann oder nicht. Damit es Souveränität gibt, genügt es, dass ein bestimmter radikaler Wille gegeben ist, der auf Leben drängt, selbst wenn man den nicht ohne den Willen des anderen durchsetzen kann« (Foucault 2001: 117, 116).

Wobei Hobbes wohl nicht in Abrede stellt, dass das *commonwealth by consent* dem *by conquest* vorzuziehen sei.

Hobbes' Position zielt dabei auch auf die zeitgenössische britische Debatte zwischen König und Parlament, in der eine ganz eigene Parallele zu den amerikanischen Geschehnissen gezogen wurde. Charles I. stellt sich in den Auseinandersetzungen der Zeit in die direkte Erbschaftslinie des Normannenkönigs Wilhelm der Eroberer, begründet aus dem Hastings Eroberungsakt von 1066 sein Eigentum an England und verweist auf das gegenwärtige Kolonialgeschehen: »Die Normannen sind mit demselben Recht in England wie wir in Amerika, d.h. dank des Rechts der Kolonisierung« (siehe ebd.: 125). Die Parlamentarier hingegen wenden sich gegen das »normannische Joch«, sehen in seiner Königsherrschaft die Usurpation eines genuin angelsächsischen Königsthrons, auf dem Wilhelm ursprünglich auf die »Gesetze des Landes« vereidigt worden war. Doch für Hobbes sind dies nicht alternative Geschichtsdeutungen, sondern sie laufen aufs Gleiche hinaus: ob *by consent* oder *by conquest*, immer ist die Souveränität schon anerkannt, wenn man sich nur für das Leben entscheidet.

Bereits Richard Hakluyt, dessen Reisebericht Hobbes kannte, macht den Zusammenhang zwischen innerer Befriedung und äußerem Schutz am Beispiel der

amerikanischen Kolonien deutlich in sprechenden Kontrastierungen zwischen Eroberern und Eroberten, Europäern und Indianern, die – was etwa die Wendung von dem »continuall warre with each other« betrifft – schon unmittelbar an Hobbes erinnern: »we lordes of navigacion, and they without shippinge, we armed and they naked, and at continuall warres one with each other, we maye [...] joyne with this king or with that king there at our pleasure [...] and in the end bring them all in subjection« (Tuck 1999: 110–111). Dies ist eine recht präzise Beschreibung der englischen und niederländischen Kolonialpraxis, und insofern als Hobbes' Theorie auf diese Praxis bereits reagiert, imprägniert die Amerika-Erfahrung die mit Hobbes' Namen verbundene politische Theorie des *bellum omnium contra omnes* – die im Wesentlichen eine Theorie des Nationalstaats in der entstehenden internationalen Ordnung als einem Naturzustand zwischen den staatlichen *magni homines* ist, in dem die Wilden Amerikas nichts als Beute sind.

Die Überlegenheit des Imperium über die Libertas, wie sie uns im *De Cive*-Titelbild mit den allegorischen Figuren Europas und Amerikas mitgeteilt wird, bestätigt sich aus der Erfahrung der europäischen Eroberung Amerikas. Und insofern die Imperium-Figur eine Vorfigur der Leviathangestalt ist, auf die sie auch schon mit ihren Herrschaftsinsignien – Krone, Schwert und Waage – hinweist, zeigt sich uns in der Überlagerung der Bildbedeutungsschichten im *Leviathan*-Frontispiz auch der Schutz der Bürger nicht nur gegenüber der internen gewalttätigen Konkurrenz, gegenüber dem gewalttätigen Mitmenschen, sondern auch und vor allem gegenüber der äußeren Bedrohung. Das bezieht sich gleichermaßen auf das jederzeit bedrohte Eigentum an Land, Sachen und Personen – hier insbesondere Frauen. Denn die sexuelle Schutzlosigkeit der amerikanischen Einwohner war ein zentraler, immer wiederkehrender, geradezu obsessiver Topos in der protestantischen Betrachtung der spanischen Kolonialpraxis: »the Spaniards ... perforce doe take all things from them«, aber was das Schlimmste ist, die Indianer sind gezwungen, »for safetie of their lives, to leave their women, if a Spaniard chance but to set his eye on any of them to fancie her« (Walter Raleigh, zit. nach Montrose 1993: 194–195).

5. Zusammenfassung

Nur als »große Menschen« vermögen Gesellschaften im internationalen Naturzustand zu überleben. Die von internen Konflikten geprägten Gesellschaften hingegen, diejenigen, denen keine Staatenbildung gelingt, werden zu Opfern dieser großen Menschen. Wo sich ein *commonwealth of consent* nicht zu bilden vermag, ist das Schicksal eines *commonwealth by conquest* unausweichlich. Es geht – wie Hobbes immer wieder betont – um den Zusammenhang zwischen Befriedung nach innen und Schutz nach außen, um den Austausch zwischen »protection and obedience« (Hobbes 1970: 396). Bei Koselleck ist das so interpretiert, dass aus der

Überwindung des Bürgerkriegs die Epoche des Staatenkriegs und des Imperialismus folgt: »Mit der Beendigung des Bürgerkriegs, mit der staatlichen Konsolidierung nach innen wird der Krieg gleichsam nach außen abgedreht« (Koselleck 1973: 34). Doch in der Kompositfigur des Leviathan sehen wir eher eine Operation der theoretischen Rückübersetzung und Abfolgeumkehrung verbildlicht. Es gehört womöglich zu den visuellen Pointen des *Leviathan*-Titelbildes, dass die mächtige Kompositfigur gar nicht ihren Ursprung im individuellen Kampf eines jeden gegen jeden hat, der nur durch gesamtgesellschaftliche Kollektivkörperbildung überwunden werden kann, sondern im Kampf der *magni homines* innerhalb der internationalen Politik, die zur nationalen Vergemeinschaftung zwingt. Im *Leviathan* ist daher – so meine These – gar nicht die Bewegung vom Individuellen zum Kollektiven, sondern stattdessen eine Bewegung in genau entgegengesetzter Richtung festgehalten. Es sind die Staaten, die das Beispiel abgeben für die Personen und nicht umgekehrt, und es ist die Staatenkonkurrenz, die die Menschen in den großen Kompositkörper, den Leviathan, zwingt – ob gewaltsam oder per eigenem Beschluss ist für Hobbes unerheblich. Erst in der Kontrastierung von Innen und Außen, von dem »outside the commonwealth« als dem »empire of passions, war, fear, poverty, nastiness, solitude, barbarity, ignorance, savagery« und dem Innen als dem »empire of reason, peace, security, wealth, splendour, society, good taste, the sciences and good-will« (Hobbes 1642: X, 1) gewinnt dieses Austauschargument – Gehorsam gegen Schutz – Überzeugungskraft. Dieses »outside the commonwealth« ist im 17. Jahrhundert die europäische Staatenwelt im Kontext intensivierter kolonialer Konkurrenz.

In der internationalen Politik leben die Staaten, die – das ist das Neue an dem völkerrechtlichen Diskurs des 17. Jahrhunderts – wie Menschen angesehen werden können (Tuck 1999), im Naturzustand. Der moderne Staat wird gleichsam zum paradigmatischen Fall einer Akteurkonzeption, die sich das Individuum schließlich auch als rein zweckrational, auf Machtzugewinn kalkulierend, opportunistisch vorstellt. Es ist der moderne realistische Machtstaat, der zum paradigmatischen Fall für den modernen »liberalen Akteur« wird (ebd.: 8 f., 14 f.), es ist der Staatenkrieg, der die Folie abgibt für den Bürgerkrieg aller gegen alle, der nun – ganz gegen die empirische Evidenz der grundsätzlichen Sozialität des Menschen – zum Ausgangspunkt einer revolutionär neuen Gesellschaftstheorie wird. In der argumentativen Darlegung wird das als Abfolge Bürgerkrieg – Staatenkrieg geschildert: »For that which is the law of nature between man and man, before the constitution of commonwealth, is the law of nations between sovereign and sovereign, after« (Hobbes 2005: Part II, Chapter X). Aber die Konstruktion des Arguments – so meine These – folgt einer anderen Logik: Staatenkrieg – Bürgerkrieg. Hobbes verarbeitet in seiner Naturzustandskonzeption die amerikanische Kolonialerfahrung und hier überlagert sich der Zustand eines ständigen Krieges zwischen den Ureinwohnern mit einem permanenten Kriegszustand der europäischen Mächte untereinander anlässlich der Eroberung des neuen Kontinents.

Im Mittelpunkt der Gründungserzählungen moderner Gesellschaften steht der Bürgerkrieg. Mit der Frage »Wie ist gesellschaftliche Ordnung möglich?« stellen sie sich selbst als ganz unwahrscheinlich dar. Die Hartnäckigkeit der Fiktion von der Überwindung des Bürgerkriegs als dem Beginn der Gesellschaft mag man daran ersehen, wie unbeeindruckt sie sich zeigt von der Einsicht, dass die »Geburt des Leviathan«, des modernen Nationalstaats als institutioneller Form heutiger Gesellschaften, ein Produkt der europäischen Staatenkriege, nicht des Bürgerkriegs ist (Ertman 1997). Noch der epochale religiöse Konflikt, in dessen Schatten Hobbes seinen *Leviathan* verfasst, ist überwiegend als Staatenkrieg geführt worden. War der Staat, der im 19. und 20. Jahrhundert in einem ganz unvorstellbaren Ausmaß von seinen Bürgern verlangte, ihr Leben für ihn zu opfern, jenes Lebens, zu dessen Schutz er doch angeblich eigens gegründet war, ein Nutznießer dieses Mythos? Es gehört zur besonderen Ironie in der Genese dieses gesellschaftlichen Verständnisses vom eigenen Ursprung, dass es sich immer wieder prominent auf Hobbes und sein *bellum omnium contra omnes* beruft. Doch bei genauer Lektüre zeigt sich, dass für Hobbes der Bürgerkrieg von nachrangiger, der Staatenkrieg hingegen von vorrangiger Bedeutung ist für seine Konzeption des Naturzustandes.

Literatur

- Bredekamp, Horst (1999): *Thomas Hobbes visuelle Strategien. Der Leviathan: Urbild des modernen Staates*; Werkillustrationen und Porträts. Berlin: Akademie Verlag.
- (2001): »Ikonographie des Staates: Der Leviathan und seine neuesten Folgen«. In: *Leviathan* 29 (4), S. 19–35.
- (2003): *Thomas Hobbes Der Leviathan. Das Urbild des modernen Staates und seine Gegenbilder 1651–2001*. Berlin: Akademie Verlag.
- (2007): »Thomas Hobbes's visual strategies«. In: Patricia Springborg (Hg.): *The Cambridge Compendium to Hobbes's Leviathan*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 29–60.
- Brown, Keith (1978): »The Artist of the Leviathan Title-page«. In: *British Library Journal* 4, S. 24–36.
- Certeau, Michel de (1975): *L'écriture de l'histoire*. Paris: Gallimard.
- Christadler, Maik (2004): »Die Sammlung zur Schau gestellt: die Titelblätter der *America*-Serie«. In: Susanna Burghartz (Hg.): *Inszenierte Welten. Die west- und ostindischen Reisen der Verleger de Bry, 1590–1630*. Basel: Schwabe, S. 47–88.
- Collins, Jeffrey R. (2005): *The Allegiance of Thomas Hobbes*. Oxford: Oxford University Press.
- Corbett, Margery/Lightbown, Ronald (1979): *The Comely Frontispiece: The Emblematic Title-page in England 1550–1660*. London: Routledge & Kegan.
- Damler, Daniel (2008): *Wildes Recht: zur Pathogenese des Effektivitätsprinzips in der neuzeitlichen Eigentumslehre*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Ertman, Thomas (1997): *The Birth of the Leviathan*. New York: Cambridge University Press.
- Foucault, Michel (2001): *In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège du France 1975–1976*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goldsmith, M.M. (1981): »Picturing Hobbes's Politics? The Illustrations to *Philosophicall Rudiments*«. In: *Journal of the Warburg and Courtauld Institutes* 44, S. 232–237.
- Greve, Anna (2004): *Die Konstruktion Amerikas. Bilderpolitik in den Grands Voyages aus der Werkstatt de Bry*. Köln: Böhlau.

- Hobbes, Thomas (1970) [1651]: *Leviathan – Erster und Zweiter Teil*. Stuttgart: Reclam.
- (1996) [1651]: *Leviathan*. Oxford: Oxford University Press.
- (1997) [1642]: *On the Citizen*. Cambridge: Cambridge University Press.
- (2005) [1650]: *The Elements of Law, natural and politic*. London: Elibron.
- Hodgen, Margaret T. (1964): *Early Anthropology in the Sixteenth and Seventeenth Century*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Hoekstra, Kinch (2007): »Hobbes on the Natural Condition of Mankind«. In: Patricia Springborg (Hg.): *The Cambridge Compendium to Hobbes's Leviathan*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 109–127.
- Hulton, Paul (1984): *America 1585. The complete drawings of John White*. North Carolina: University of North Carolina Press and British Museum Publications.
- /Quinn, David Beers (Hg.) (1964): *The American Drawings of John White, 1577–1590*. London: University of North Carolina Press.
- Koschorke, Albrecht (2007): »Zur Logik kultureller Gründungserzählungen«. In: *Zeitschrift für Ideengeschichte* 2, S. 5–12.
- Koselleck, Reinhart (1973): *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Locke, John (1988) [1690]: *Two Treatises of Government*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Malcolm, Noel (2002a): *Aspects of Hobbes*. Oxford: Clarendon Press.
- (2002b): »Hobbes, Sandys, and the Virginia Company«. In: Noel Malcolm: *Aspects of Hobbes*. Oxford: Clarendon Press, S. 53–79.
- Manow, Philip (2011): *Politische Ursprungsphantasien. Der Leviathan und sein Erbe*. Konstanz: Konstanz University Press.
- von Matt, Peter (2006): *Die Intrige. Theorie und Praxis der Hinterlist*. München: dtv.
- Montrose, Louis (1993): »The Work of Gender in the Discourse of Discovery«. In: Stephen Greenblatt (Hg.): *New World Encounters*. Berkeley, Oxford: University of California Press, S. 177–217.
- Münkler, Herfried (2001): *Thomas Hobbes*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schmitt, Carl (1995) [1959]: »Nomos, Nahme, Name«. In: Ders.: *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916–1969*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 573–591.
- (1997) [1950]: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Skinner, Quentin (2002a): »Interpretation, rationality and truth«. In: Ders.: *Visions of Politics I*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 27–56.
- (2002b): »Meaning and understanding in the history of political ideas«. In: Ders.: *Visions of Politics I*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 57–89.
- (2008): *Hobbes and Republican Liberty*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tuck, Richard (1996): »Introduction«. In: Thomas Hobbes: *Leviathan*. Cambridge: Cambridge University Press, S. IX–XLV.
- (1997): »Introduction«. In: Thomas Hobbes: *On the Citizen*. Cambridge: Cambridge University Press, S. VIII–XXXVII.
- (1999): *The Rights of War and Peace. Political Thought and the International Order from Grotius to Kant*. Oxford: Oxford University Press.
- Young, Robert J.C. (1995): *Colonial Desire. Hybridity in Theory, Culture and Race*. London: Routledge.

Die unvergessenen Feinde Deutsch-Amerikaner zwischen Jahrhundertwende und Erstem Weltkrieg

STEFAN ZAHLMANN

Sein Glasauge machte es Robert Prager unmöglich, als Freiwilliger in die Kriegsmarine der USA einzutreten. Zwar bewahrte ihn dies vor einem möglichen Tod durch deutsche U-Boot-Angriffe im Nordatlantik, aber sein Verbleiben in der Heimat rettete ihm dennoch nicht das Leben. Er wurde in der Nacht vom 4. zum 5. April 1918 von einem Mob gelyncht, der taub und blind war für seine Beteuerungen der Verbundenheit mit seiner amerikanischen Heimat: Seit zwölf Jahren lebte der geborene Dresdener in den Vereinigten Staaten, doch weder sein Wunsch, amerikanischer Staatsbürger zu sein, noch die Bitte an seine Peiniger, ihn nach seiner Ermordung in eine amerikanische Flagge zu hüllen, konnten seine fanatisierten Mitbürger von der Aufrichtigkeit seiner Gesinnung überzeugen (zum Lynchmord an Robert Prager vgl. Kazal 2004: 176; Wüstenbecker 2007: 220 ff.; Luebke 1974: 3–24). Für sie war der Deutsche ein Feind der Amerikaner. Die Schlinge, die sich um seinen Hals legte, war auch unter Beteiligung anderer Deutsch-Amerikaner geknüpft worden, die durch diesen drastischen Nachweis ihrer Loyalität gegenüber der Sache der USA jeden Zweifel über ihre proamerikanische Gesinnung zerstreuen wollten. Aber war es denn eine Sache der USA, den Krieg gegen das Deutsche Reich auch auf eigenem Territorium gegen die *enemy aliens*¹ zu führen, wie die nicht naturalisierten Personen deutscher Herkunft seit April 1917 bezeichnet wurden? Auf diese Frage keine Antwort zu geben, kann auch eine Antwort sein: Obschon der Lynchmord in den USA bei gemäßigten Amerikanern nicht unkritisiert blieb und Woodrow Wilson selbst von Mitgliedern seines eigenen Kabinetts gedrängt wurde, den Mord zu verurteilen, schwieg der amerikanische Präsident vier Monate zu diesem Ereignis und veröffentlichte erst im August 1918 eine Proklamation, die Selbstjustiz gegenüber Deutsch-Amerikanern verurteilte (vgl. Wüstenbecker 2007: 223). In den dazwischen liegenden Monaten verschärfte sich die

¹ Der *Alien Enemy Act* datiert bereits aus dem Jahr 1798. Am 6. April 1917 fand die *Alien Enemy Proclamation* durch den US-Präsidenten statt, die Bürger des Deutschen Reichs und die Personen erfasste, die zwar schon ihre *first papers* erhalten hatten (was sie wie Robert Prager in die Lage versetzte, für die USA gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen), aber den Prozess ihrer Naturalisierung noch nicht abgeschlossen hatten. Zum rechtlichen Status der feindlichen Ausländer und den Maßnahmen gegen die Deutsch-Amerikaner vgl. Wüstenbecker (2007: 208–214).

seit dem Kriegseintritt der USA am 2. April des Vorjahres ohnehin schon angespannte Situation. Es ist das Verdienst Katja Wüstenbeckers, zahlreiche Übergriffe auf Deutsch-Amerikaner auflisten zu können, die neben den weniger spektakulären Schikanen gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe die Situation seit 1917 bestimmten und in der Form ihrer Austragung wahrhaft mittelalterlich wirken.² Sie verweist auf »Übergriffe in fast allen Teilen des Landes, bei denen Menschen in den folgenden Wochen und Monaten geschlagen, geteert und gefedert, angeschossen oder bis zur Besinnungslosigkeit gehängt wurden« (ebd.: 227). Solche Vorfälle traten neben die Kündigungen von Arbeitsplätzen und Wohnungen, das Verbot, bestimmte Stadtteile zu betreten, oder öffentliche Erniedrigungen von Deutschen und Deutsch-Amerikanern. Doch nicht nur Menschen, sondern auch Zeugnisse und Symbole deutscher Kultur wurden von der Gewalt des antideutschen Sturms hinweggefegt: Der Hass der Amerikaner entlud sich nach dem Kriegseintritt in aufwendig inszenierten öffentlichen Verbrennungen von Büchern in deutscher Sprache, darunter auch Bibeln, und in der Steinigung von Dackeln, die als typisch deutsche Hunderasse galten (ebd.: 270). Angesichts solch bizarrer Ausdrucksformen der Deutscheindlichkeit fällt es schwer, diese nicht ins Lächerliche zu ziehen. Aber sie sind mehr als Zeichen einer patriotischen Übermotivation der amerikanischen Bevölkerung: Gerade in ihrer Maßlosigkeit und in der durch sie deutlich werdenden Irrationalität sind sie Ausdruck einer weitgehenden Rechtsunsicherheit und Schutzlosigkeit deutscher und deutsch-amerikanischer Bürger angesichts von Mitbürgern, die keine Scheu zeigten, sich hinsichtlich des Einfallsreichtums in der Wahl ihrer Mittel und Opfer gegenseitig übertreffen zu wollen.

Das Verhalten der Regierung der USA und großer Teile der amerikanischen Bevölkerung im Ersten Weltkrieg, vor allem in der Zeit von 1917 bis 1918, gegenüber deutschen Einwanderern und Amerikanern deutscher Abstammung, wird in der geschichtswissenschaftlichen Forschung als *anti-german panic* (vgl. Kazal 2004 passim, v.a.: 171–173) oder *anti-german hysteria* (vgl. Pflieger 2006: 43) bezeichnet. Die Begriffe der Panik und Hysterie suggerieren eine psychische Ausnahmesituation auf Seiten der Amerikaner und pathologisieren die gewaltsamen Austragungsformen dieses Konflikts. Zugleich werden hierdurch die Akteure des Konflikts weitgehend von der Verantwortung für die begangenen Taten entbunden – sie waren ja lediglich irgendwie »krank«. Dass sich die USA vielmehr in einem *crusade* gegen die Deutschen innerhalb ihrer eigenen Staatsgrenzen befanden, ist eine Lesart, die der Doyen der Geschichtsschreibung der Deutsch-Amerikaner, Don Heinrich Tolzmann, als sprachliche Alternative zur Deutung der Ereignisse anbietet (vgl. Tolzmann 2000: 281). Die religiöse Konnotation des Kreuzzugs wirkt allerdings etwas hoch gegriffen, liegt doch keinerlei messianische Bewegung vor, ebenso ungeeignet wirkt der ebenfalls denkbare Begriff des Pogroms. Die Schwierigkeiten,

² Für die Staaten des Mittleren Westens mit einem hohen Anteil deutsch-amerikanischer Bevölkerung (Illinois, Missouri, Ohio, Wisconsin) vgl. Wüstenbecker (2007: 351–380).

eine angemessene Bezeichnung für die antideutschen Übergriffe zu finden, verweisen auf den problematischen Charakter des Konflikts selbst. In diesem Beitrag verwende ich zur Kennzeichnung des Charakters der Auseinandersetzungen den Begriff »antideutsche Aggression«. Hierunter verstehe ich das von der politischen Repression bis zum Lynchmord reichende Spektrum der gegen Deutsche gerichteten Maßnahmen. Auch wenn diese durchaus bürgerkriegsähnliche Formen angenommen haben,³ ist der Hintergrund für die Aufnahme dieses Beitrags in ein Buch zum Phänomen des Bürgerkriegs ein anderer: Meine zentrale These ist, dass die antideutsche Aggression ihre Wurzeln in den kulturellen Diskursen über die Kriege hat, die unter deutscher Beteiligung auf amerikanischem Boden selbst stattfanden; hierzu zählt neben dem Unabhängigkeitskrieg vor allem der Amerikanische Bürgerkrieg.

Betrachtet man die Befunde der Quellen isoliert als das, was sie in der Zeit des Ersten Weltkriegs für die Deutschen in den USA waren, wirkt das Verhalten ihrer amerikanischen Mitbürger völlig irrational und folgt in der Tat dem psychologischen Erklärungsmuster einer Hysterie oder Panik. Doch wirft man einen zweiten Blick auf die amerikanische Gesellschaft in Zeiten ihrer Kriege im 18. und 19. Jahrhundert, so gewinnt das Konzept der »Deutschen« eine ganz andere Physiognomie: Vor dem Hintergrund der Hessischen Söldner des Unabhängigkeitskrieges und der deutschen Regimenter, die unter William T. Sherman im Amerikanischen Bürgerkrieg eine Schneise der Verwüstung durch die Südstaaten schlugen, werden Deutsche als ständig kriegsbereite und gewalttätige Verbrecher erinnert. Was der böse Wolf im europäischen Volksmärchen ist, sind für die Amerikaner die »*terrible ogres*« (Tolzmann 2000: 110) aus Deutschland und ihr kehliger Kriegsgesang. Und wie noch in der Gegenwart jeder Wolf (oder »Problembär«) in deutschen Landschaften misstrauisch beäugt wird, eben weil sich das kulturelle Muster seiner Gefährlichkeit gegen jede Rationalität durchsetzen kann, so ist das Konzept des kriegerischen Deutschen, des »Hunnen«, für die amerikanische Gesellschaft 1917 ein völlig problemlos zu aktualisierendes Stereotyp. Die antideutschen Maßnahmen in den USA sind kein isoliertes Phänomen, kein psychopathologischer Ausrutscher aus einem übersteigerten Patriotismus heraus, sondern stehen in der Tradition der kulturellen Auseinandersetzungen mit Unabhängigkeitskrieg und Bürgerkrieg, mit Kriegen also, in denen Deutsche auf amerikanischem Boden gegen Amerikaner kämpften. Paradoxerweise scheint es vor allem eine Konsequenz des Bedürfnisses zu sein, das Trauma der durch die Sezession gespaltenen Nation endgültig zu überwinden, das für weite Teile der amerikanischen Bevölkerung die längst erfolgreich in die US-Gesellschaft integrierten Deutschen 1917 zu einem inneren Feind werden lässt. Vor diesem Hintergrund ist Robert Prager nicht nur

³ In den Tagen und Wochen nach dem Lynchmord an Robert Prager suchten einige Deutsch-Amerikaner Schutz durch Bewaffnung und Selbstverteidigung, andere sahen allein im Freitod einen Ausweg aus der sie bedrückenden Situation (vgl. Wüstenbecker 2007: 228, 245).

der erste deutsche Zivilist, der 1918 in den USA ermordet wird – er ist auf tragische Weise auch der letzte Gefallene des Amerikanischen Bürgerkriegs.⁴

Wie in den kulturellen Deutungen des Unabhängigkeitskriegs und des Bürgerkriegs, so übernimmt auch im Ersten Weltkrieg die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Amerikanern eine gesellschaftspolitische Funktion: Der Weltkrieg erscheint als Situation, in der das Konzept einer amerikanischen Identität als kulturelle und politische Identität definiert und gesellschaftlich in ihrem hegemonialen Anspruch durchgesetzt wird. Die amerikanische Heimatfront wird vor diesem Hintergrund zum Schauplatz eines Konflikts, der die seit der Wende zum 20. Jahrhundert immer vernehmlicher artikulierten Ansprüche der Deutsch-Amerikaner auf gesellschaftliche Anerkennung ihres ethnischen Beitrags zur amerikanischen Nation gewaltsam zurückweist. Auf den folgenden Seiten werden am Beispiel des deutschen Vereinswesens zunächst die historische Entwicklung sowie die kulturellen und sozialen Grundprinzipien des *German America* skizziert, gegen das sich 1917 die antideutsche Aggression wandte. Zum Teil werden diese Ausführungen durch Hinweise auf die amerikanischen Selbstbilder nach 1865 ergänzt, die gemeinsam mit anderen kulturellen Deutungsmustern in einem abschließenden Teil den langen Schatten des Amerikanischen Bürgerkriegs verdeutlichen sollen.

1. *Deutsche und Deutsch-Amerikaner*

Wer sind »die« Deutsch-Amerikaner, von denen in diesem Beitrag die Rede ist? Ein Handbuch für Auswanderer nach Kalifornien aus dem Jahr 1885 benennt die »Auswanderungslustigen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz« (Handbuch für Deutsche Einwanderer in Californien 1885: 3)⁵ als Adressaten der von der *Allgemeinen Deutschen Unterstützungs-Gesellschaft* in San Francisco veröffentlichten Schrift. Diese 1854 gegründete Gesellschaft steht in der Tradition der Auswandererhilfsorganisationen, die seit dem 18. Jahrhundert den aus dem deutschsprachigen Europa in die britischen Kolonien Nordamerikas bzw. in die USA einreisenden Personen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die älteste dieser Gesellschaften ist die 1764 gegründete *Deutsche Gesellschaft von Pennsylvanien*, die in Philadelphia zahllosen Einwanderern ebenso wie Not leidenden Ansässigen deutscher Abstammung Unterstützung bot. Dass zwischen der Gründung von Germantown im Jahr 1683 durch 13 Krefelder Familien unter Führung von Franz Daniel Pastorius, dem offi-

⁴ Dass die Bürger der USA im eigenen Land in einem Kriegszustand mit den Deutschen leben, wird von umsichtigeren amerikanischen Zeitgenossen zwar mit Unverständnis attestiert, aber nicht bestritten: »I do not understand that we have declared war against German citizens in this country.« (Stellungnahme der Sprecherin des Chicagoer Bürgermeisters Thompson im Sommer 1917, zit. nach Wüstenbecker 2007: 268)

⁵ Das Handbuch ergänzt diese Bevölkerungsgruppen um Personen deutscher Abstammung, die aus den östlichen Bundesstaaten nach Kalifornien einzuwandern planen.

ziellen Beginn der deutschen Einwanderung in die USA, und der Reichsgründung 1871 die Vorstellungen darüber, welche Personen als »Deutsche« gelten konnten, sowohl in Europa als auch in Nordamerika nicht immer eindeutig definiert waren, ist bei einem Blick auf die politische Weltkarte dieses Zeitraums kaum verwunderlich. Unabhängig von ihrer tatsächlichen staatsbürgerlichen Zugehörigkeit soll als Arbeitsdefinition für diesen Beitrag jede Person als »deutsch« bezeichnet werden, deren Wiege in einem Gebiet stand, das von Schleswig-Holstein bis Südtirol und vom Elsass bis Siebenbürgen reichte – und die der deutschen Sprache mächtig war. Denn eine solche »deutsche« Identität oder die Möglichkeit, eine Abstammung von dieser über zum Teil mehrere Generationen zurückzuführen, konstituierte die erste begriffliche Hälfte der Definition von *hyphenated Americans*, wie Deutsch-Amerikaner aufgrund des Bindestrichs bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts genannt wurden. Dass dieser Strich biographische Herkunft und Gegenwart verbinden, aber auch als Trennstrich zwischen einem verworfenen Gestern und einem ersehnten Morgen wirksam werden konnte, änderte nichts an den Zweifeln vieler alteingesessener Amerikaner hinsichtlich der politischen Loyalität von Mitbürgern, die durch eine solche Doppelidentität zumindest nominell dem Land ihrer Abstammung verpflichtet zu bleiben schienen.

Die historischen Veränderungen in den politischen und kulturellen Konzepten von »Deutschthum«, wie die deutsche Ethnie in Amerika und/oder die kollektiven Ausprägungsformen einer deutsch-amerikanischen Identität in zeitgenössischen Quellen vielfach zusammenfassend genannt werden, verweisen zum einen auf die mitzudenkende Komplexität bei der Verwendung dieser Begriffe,⁶ zum anderen auf die kulturellen Kämpfe innerhalb der USA selbst, die im Jahr 1914 kulminieren: Wer ist Deutsch-Amerikaner? Wie handeln Deutsch-Amerikaner? Und welchen Stellenwert erhalten die Leistungen der Deutsch-Amerikaner in der Geschichte der USA?

In deutschen Vereinen und Gesellschaften werden in den Jahren seit der Jahrhundertwende diese Fragen leidenschaftlich diskutiert. Der Einfachheit halber werden in diesem Beitrag die unterschiedlichen Formen der assoziierten Geselligkeit von Deutsch-Amerikanern an zwei Institutionen verdeutlicht werden – verdoppelt sich doch die angesprochene Komplexität der Definition des Deutschthums in einer nahezu unüberschaubaren Vielzahl von kollektiven Organisationsformen des geselligen Lebens, welche sich auf die eine oder andere Art und Weise den Belangen dieser Bevölkerungsgruppe widmen. Die bereits angesprochene *Deutsche Gesellschaft von Pennsylvanien* (DGP) und auch der *Deutsch-Amerikanische Nationalbund* (DANB) eröffnen jedoch eine repräsentative Perspektive darauf, was als

⁶ Eine »Ethnie« bezeichnet eine Personengruppe mit einem »shared feeling of peoplehood«; das Konzept der »Identität« bezeichnet eine Gesamtheit aus selbst gewählten und zugewiesenen Merkmalen, derer sich Personen bewusst sind: Eine Identität bestimmt den Platz »in the social world as well as how others view them.« (Zit. nach Kazal 2004: 3)

deutsch-amerikanische Identität zwischen den 1870er Jahren und dem Ende des Ersten Weltkriegs wahrgenommen werden konnte.

2. *Die Deutsche Gesellschaft von Pennsylvanien und der Deutsch-Amerikanische Nationalbund*

Die wirtschaftliche Not vieler Deutscher, die seit dem frühen 18. Jahrhundert in großer Zahl in die Kolonie Pennsylvania einwanderten, bewog verschiedene Vertreter der in Philadelphia ansässigen Deutschen, die Hilfe für diese Personen planmäßig zu organisieren. So sollten nicht nur die Startbedingungen für das Leben in der Neuen Welt erleichtert, sondern auch der Transport von Europa aus sicherer und angenehmer gestaltet werden. Die Annalen der zu diesem Zweck gegründeten DGP sind voll von Berichten, die sowohl die unzumutbaren Zustände auf den Schiffen als auch die Praxis der »weißen Sklaverei« kritisieren: Viele Einwanderer konnten die Kosten für die transatlantische Passage nicht aufbringen und mussten sich zum Teil jahrelang gegenüber einem in Amerika ansässigen Arbeitgeber verpflichten, der die Reise im Gegenzug finanzierte (vgl. die Beispiele bei Pflieger 2006: 12–15).

Die DGP bot Hilfe durch materiellen und juristischen Beistand und setzte bei den Reedern der Auswandererschiffe Mindeststandards für die Transportbedingungen durch. Einige Mitglieder der Gesellschaft profitierten ihrerseits auch finanziell von Einwanderern, indem sie sich mit eigenen Schiffen an dem Transportgeschäft beteiligten. Die DGP verstand sich hierbei nicht als Wohlfahrtsunternehmen, das seinen Klienten über Jahre hinweg dauerhafte Sicherheit versprach, sondern definierte die Gruppe der Hilfsbedürftigen und den Zeitraum, in dem von Einwanderern Hilfe in Anspruch genommen werden konnte, zum Teil höchst rigoros und eng: »Simply being of German birth or decent and in need of help did not necessarily make a person eligible for GSP support.« (Pflieger 2006: 11) Gegründet noch vor der Amerikanischen Revolution zeigte sich das politische Denken seiner deutschstämmigen Mitglieder nicht nur in der Unterstützung des Freiheitskampfes der Kolonien, sondern auch in der Ablehnung der Sklaverei für Weiße und Schwarze.

Die Praxis der wohlthätigen Unterstützung von deutschen Einwanderern und Deutsch-Amerikanern setzte die DGP bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts fort.⁷ Doch seit dem Jahr 1817 erweiterte sie ihre gesellschaftliche Funktion durch die Bereitstellung einer öffentlich zugänglichen Bibliothek. Mit tausenden Büchern in deutscher und englischer Sprache wurde sie zu einem *cultural broker*, der Bildung und Unterhaltung als Form der Selbsthilfe und Grundlage des gesellschaftli-

⁷ Besonderer Beliebtheit erfreute sich die weihnachtliche Bescherung für mittellose Deutsch-Amerikaner (vgl. Pflieger 2006: 61).

chen Miteinanders zwischen Deutsch-Amerikanern und ihren Nachbarn ermöglichte.

Betrachtet man die Struktur ihrer Mitglieder – nicht die der Adressaten ihrer Hilfsmaßnahmen oder gesellschaftlichen Aktivitäten – so verdankt die DGP in ihrer mehr als 240-jährigen Geschichte vor allem dem lokalen Mittelstand ihre tatkräftigsten Akteure, in deutscher Diktion also dem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum. Es sind die ambitionierten Vertreter des amerikanischen Deutschtums der ersten und zweiten Generation, meist Handwerker, Lehrer, Unternehmer, die sich in ihrer neuen Heimat wirtschaftlich, wissenschaftlich und politisch vernetzen und aufsteigen wollen. Jedoch finden sich weder Vertreter des alteingesessenen deutschen »Geldadels« von Philadelphia – etwa der Familie Rittenhouse – noch sozial schwache Angehörige der deutsch-amerikanischen Bevölkerung als engagierte Mitglieder der Gesellschaft (vgl. Pfleger 2006: 7).⁸ Damit wird auch die Funktion der DGP und vergleichbarer Institutionen für die Deutsch-Amerikaner selbst deutlich: Arrivierte Amerikaner deutscher Abstammung benötigen die Bekanntschaft mit den Mitgliedern einer solchen Gesellschaft nicht, und arme Arbeiter wenden sich an die DGP eher als Bittsteller, keineswegs immer leichten Herzens (vgl. ebd.: 23), als um einen Aufnahmeantrag als Mitglied zu stellen. Altruismus und Eigennutz gehen bei der institutionellen Hilfe für deutsche Mitbürger Hand in Hand.

Dass sich das Profil deutsch-amerikanischer Selbstbilder durch die Schwankungen und die ethnische Zusammensetzung der Einwanderungsbewegungen ebenso verändert wie durch die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in den USA selbst, zeigt sich an der Geschichte des *Deutsch-Amerikanischen Nationalbundes*, der auf vielfältige Weise personell mit dieser Gesellschaft vernetzt war. Die Gründung des DANB, der wohl einflussreichsten deutsch-amerikanischen Vereinigung vor dem Ersten Weltkrieg, markiert am 6. Oktober 1901 den institutionellen Nachvollzug einer seit der Gründung des Deutschen Reichs gesteigerten Verwissenschaftlichung der Auseinandersetzung mit deutscher Identität und Migration in den USA, die als Gegenreaktion verstanden werden kann: Denn spätestens seit den 1870er Jahren entdecken die Amerikaner sich als Nation mit einer Geschichte und einer eigenen Identität. Innerhalb eines Jahrhunderts waren sie von einer Gruppe von Kolonien zur stärksten politischen Macht auf dem Kontinent geworden und hatten sich in den Jahrzehnten nach dem Ende des Bürgerkriegs 1865 um die Stärkung der gesellschaftlichen Einheit bemüht. Die amerikanische Geschichtswissenschaft streitet bis heute heftig darüber, ob es eine Wiederherstellung einer durch den Bürgerkrieg nur unterbrochenen Einheit war oder die erstmalige Herstellung eines gesamtgesellschaftlichen Nationalgefühls. Vieles spricht für die letztere Lesart. Nicht zuletzt zeigte sich dies in der euphorischen

⁸ Nachdem 1690 Wilhelm Rittenhaus die erste Papiermühle Nordamerikas baute, zählte seine Familie zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Unternehmern der Region.

Wahrnehmung des kurzen, siegreichen Krieges gegen Spanien 1898, mit dem die USA außenpolitisch ihre Führungsrolle in der Neuen Welt und ihren Einfluss auch im Pazifik stärkten: Sie waren ein globaler Machtfaktor geworden. In zahllosen Denkmälern, Museen, Romanen, populärwissenschaftlichen Zeitschriften, historischen Gesellschaften und wissenschaftlichen Veröffentlichungen feierten die Amerikaner ihre Nation als zivilisatorisches Erfolgsmodell.

Deutsch-Amerikaner mit historischem Bewusstsein beteiligten sich an diesen Diskussionen mit kulturellen Beiträgen, in denen sie die Leistungen der deutschen Einwanderer für ihre amerikanische Heimat herausstellten. Das deutsche Vereinswesen, bereits durch die »Achtundvierziger«⁹ intellektuell und politisch differenziert, historisiert in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts das deutsche Element in der Einwanderergesellschaft der USA – und sich selbst gleich mit: In zahlreichen Festschriften zu nationalen Feiertagen und Gedenkfeiern wird die Geschichte der Deutschen in den USA auf untrennbare Weise mit der Geschichte der Vereinsdeutschen verbunden. Es gibt für die Deutsch-Amerikaner spätestens mit der Gründung des DANB zwei Konzepte amerikanischer Nationalgeschichte: Eines, das von der Mehrheit der US-Bevölkerung geteilt wird und die Funktion der Deutschen für die Nation neben die Angehörigen anderer Ethnien stellt, und eines, das den Beitrag der Deutschen positiv über den der anderen Bevölkerungsgruppen stellt und durch die Tätigkeit eigens gegründeter Vereine und Gesellschaften verbreitet werden soll. Dass die künstliche Identitätsspaltung zugunsten einer die Deutschen privilegierenden Sichtweise aufgelöst werden soll, stellt nicht das einzige Politikum dar, das sich mit den Narrativen der Deutsch-Amerikaner über ihre historischen Leistungen in der amerikanischen Vergangenheit verbindet. Der DANB sieht sich als Verband überall dort auf den Plan gerufen, wo »die Sache der Deutschen« gefährdet scheint (zu den Zielsetzungen des DANB vgl. Bosse 1922: 18.). So wird angesichts prohibitionistischer Kampagnen die deutsche Domäne schlechthin, das Biertrinken (und wirtschaftlich vor allem bedeutsam: das Bierbrauen), nicht nur zu einem gefährdeten Kulturgut, sondern auch zu einem Thema der Innenpolitik. Bei Wahlen auf lokaler, regionaler, staatlicher und nationaler Ebene ergreift der DANB regelmäßig offen Partei für die Kandidaten, deren Programm der deutschen Sache nutzt oder sie zumindest nicht gefährdet. Als Dachverband für die deutsch-amerikanischen Zentralverbände der jeweiligen amerikanischen Bundesstaaten, die wiederum als Verband für die unzähligen deutsch-amerikanischen Vereine auf regionaler und lokaler Ebene tätig sind, wird in Gestalt des DANB aus Millionen Mitgliedern deutsch-amerikanischer Turn-, Gesangs- und sonstiger Vereine auf einmal eine politisch organisierte Volkgruppe. Ein Wolf im

⁹ Die Selbstwahrnehmung dieser Gruppe von Einwanderern zeigt sich in entsprechenden Bezeichnungen und Romantisierungen in autobiographischen Selbstdarstellungen. So findet sich das Lob der politischen »Agitation« als Qualität der deutschen Auswanderer zwischen Amerikanischem Bürgerkrieg und Jahrhundertwende bei Mueller (1896: 3).

Schafspelz, ist man versucht zu sagen, ist der Tenor des DANB doch, als Bewahrer und Förderer des amerikanischen Deutschtums aufzutreten, das kaum noch durch Einwanderer aus Europa gestärkt wird, und damit angesichts steigender Einwandererzahlen aus Süd- und Osteuropa einem aus Sicht ihrer Vertreter drohenden kulturellen Verlust entgegenzuarbeiten. Doch dass sich aus der Rolle einer bedrohten Ethnie, die als gesellschaftliche Elite historisch profiliert wird, auch ein politischer Machtanspruch ableiten lässt, radikalisiert das Identitätskonzept des deutschen Amerikas. Welche Narrative für dieses Selbstbild herangezogen werden, verdeutliche ich im Folgenden anhand von zwei charakteristischen Veröffentlichungen, einer Festschrift der DGP und einer historischen Veröffentlichung des DANB.

3. *Die Geschichte der Deutschen Gesellschaft von Pennsylvanien und Das Buch der Deutschen in Amerika*

Die von Oswald Seidensticker verfasste *Geschichte der Deutschen Gesellschaft von Pennsylvanien* aus dem Jahr 1876 ist der inhaltliche Referenzpunkt für die Selbstdarstellungen der DGP auch in ihren späteren Veröffentlichungen aus den Jahren 1917, 1944 und 2006.¹⁰ Zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Republik dem amerikanischen Volk gewidmet, soll das Buch vor allem den Mitgliedern der Gesellschaft die eigene Geschichte in Erinnerung bringen, für das nächste Jahrhundert ihres Bestehens neue Freunde und Förderer werben und zugleich bei den amerikanischen Mitbürgern Sympathien für die deutsche Sache wecken. Seidensticker kündigt im Vorwort jedoch auch an, dass »Thatsachen [...] zur Sprache [kommen werden], die ein Gefühl der Scham und des Unwillens hervorrufen müssen, dagegen auch dem Bewusstsein halt geben, daß sich der Fortschritt des Jahrhunderts im Einwanderungswesen nicht minder offenbart als in anderen Erscheinungen des Culturlebens.« (Seidensticker 1876: 4) Diese Geschichte der DGP verspricht also auf 336 Seiten neben der positiven Bilanzierung der eigenen Leistungen auch die Einnahme einer selbstkritischen Perspektive. In seinem inhaltlichen Aufbau präsentiert sich das Buch dem Leser wie ein umfangreicher Rechenschaftsbericht der Vereinstätigkeit, die in die Geschichte der deutschen Einwanderung und die allgemeine politische Geschichte der Vereinigten Staaten eingebunden wird. Auf den Seiten 51 bis 57 findet sich eine Unterteilung des zeitlichen Bestehens der DGP in

¹⁰ Der Nachdruck aus dem Jahr 1917 enthält neben dem Nachdruck von Seidenstickers Text einen von Max Heinrici verfassten Teil, der die Geschichte der *German Society of Pennsylvania* von 1876 bis 1917 vorstellt; die englischsprachige Veröffentlichung von 1944 ist mit 38 Seiten extrem knapp und führt in ihrer Auswahl bedeutender Vertreter der DGP den Namen von Charles John Hexamer nicht mehr auf; Pflegers ebenfalls englischsprachiger Text von 2006 bietet die erste wissenschaftlich differenzierte Sichtweise auf die DGP und führt die Geschichte der Gesellschaft bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung fort (vgl. Seidensticker/Heinrici 1917; Pfund 1944; Pflieger 2006).

vier Perioden, die aus geschichtswissenschaftlicher Sicht besondere Beachtung verdient. Die einzelnen Perioden werden nämlich nicht nur, wie bei einer Vereinsgeschichte zu erwarten, hinsichtlich der juristischen und mitgliedertechnischen Entwicklungen festgesetzt (etwa der Anerkennung der Gemeinnützigkeit oder der Aufnahme der politisch ambitionierten 1848er), sondern auch hinsichtlich der Haltung zur deutschen Sprache. Denn trotz der Hilfe für deutsche Einwanderer und ortsansässige Deutsch-Amerikaner – und der Tatsache, die erste deutschsprachige Vereinigung auf amerikanischem Boden überhaupt zu sein – war die offizielle Verkehrssprache seit 1818 das Englische. Erst nach 1848 wurde das Deutsche wieder eingeführt und beibehalten, offizielle Aufzeichnungen wurden jedoch erst seit den 1860er Jahren durchgängig in deutscher Sprache verfasst (vgl. Pflieger 2006: 19). Diese Entwicklung verweist zum einen auf die rasche und erfolgreiche Integration der Vereinsmitglieder in eine englischsprachige Kultur, zum anderen auf den technischen Stellenwert der Sprache als Kommunikationsmedium in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und nicht als national aufgeladenes Kulturgut späterer Jahrzehnte.

Nach Darstellung der Vereinstätigkeiten (Wohltätigkeit, Rechtsbeistand und Bildung) und seiner einzelnen Organe schließt der Band mit einer Suche nach den Spuren der DGP in der amerikanischen Nationalgeschichte. Der Tenor ist verhalten stolz. Verhalten, da eine Vereinsgeschichte nach Ansicht Seidenstickers, ebenso wie die »Käferkunde oder Althertumsforschung« (Seidensticker 1876: 226), aufgrund ihres Darstellungsgebiets nur wenig Berührungspunkte mit den großen Ereignissen der politischen Geschichte bietet. Stolz hingegen zeigen sich die Ausführungen des Autors, wenn die zentrale räumliche Lage des Sitzes der Gesellschaft in Philadelphia und die gute soziale Einbindung ihrer Mitglieder in der Blütezeit der DGP auch Prominente wie Thomas Jefferson zum Nachbarn und Untermieter werden lassen (ebd.: 230). Dennoch bleibt der Duktus bei dieser und anderen Schilderungen dem der launigen Anekdote verpflichtet und rückt die Rolle der eigenen Institution in den Jahren nach 1776 in den Hintergrund: »Was nun die active Betheiligung der Deutschen von Philadelphia und Pennsylvanien am Revolutionskriege betrifft, so kommt unsere Gesellschaft als solche natürlich nicht dabei in's Spiel.« (Ebd.: 231)

Die historische Skizze stellt darüber hinaus eine Auswahl an Themen vor, die für die Geschichte der amerikanischen Nation aus heutiger Sicht eher von untergeordneter Wichtigkeit scheinen (das gelbe Fieber von 1793; das Schillerjahr; die Spendenaktionen für das »Hermann Denkmal«,¹¹ die Humboldt-Feier), die für die Deutschen in Philadelphia so bedeutsam waren, dass die DGP auf diese Entwicklungen reagierte und ihre Funktion als Hilfsorganisation zeitweilig um die eines Kulturinstituts erweiterte. Wenn der Text hingegen die weltpolitischen Zäsuren

¹¹ Die Schreibweise ist ein interessantes Zeugnis für die abweichende »Lesart« des Denkmals in den USA (Seidensticker 1876: 241).

(die Französische Revolution, die Völkerschlacht, die 1848er Revolution und den Amerikanischen Bürgerkrieg) wie mit Chronistenpflicht abarbeitet, unterstreicht er die freiheitsliebende Gesinnung der Vereinsmitglieder und die prinzipielle Monarchiefeindlichkeit von »unseren deutschen Republikanern« (Seidensticker 1876: 236). Der Tonfall ist jedoch auch hier gemäßigt und attestiert, will man die Aussagen zusammenfassen, dass die Tätigkeit der Gesellschaft durch die Ereignisse zwar kaum berührt wurde, sie aber trotzdem auf ihre Art einen Beitrag geleistet habe. Das Bemühen um Zurückhaltung bei der Darstellung der Rolle der DGP, deren gesellschaftliches Aktionspotential Seidensticker über Jahre hinweg zuweilen als »schläfrig« (ebd.: 243) bilanziert, und der Deutsch-Amerikaner Philadelphias allgemein rückt die deutsche Ethnie in ein gleichrangiges und organisch gewachsenes gutes Verhältnis zu ihren amerikanischen Nachbarn anderer Abstammung. Oswald Seidensticker verweist in seiner Darstellung jedoch an einer Stelle schon auf die Bruchlinie, die wenige Jahre später die Stellung der Deutsch-Amerikaner in der Öffentlichkeit der USA so problematisch werden lässt. Er entnimmt den Chroniken der DGP mit Verwunderung, dass keine 22 Jahre nachdem angesichts der nicht zuletzt durch den amerikanischen Republikanismus beförderten Französischen Revolution im Festsaal auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit angestoßen worden war, man nach dem militärischen Scheitern Napoleons nun »nicht weniger als vier Toaste den Monarchen [widmete], welche den Corsischen Usurpator aufs Haupt geschlagen hatten.« (Ebd.: 240) In einer Fußnote auf der gleichen Seite unterstreicht er seine skeptische Haltung: »In ganz ähnlicher Weise stachen die Toaste, die 1870 und 1871 hier ausgebracht wurden, gegen die von 1848 und 1849 ab.« Die gesonderte Stellung der Fußnote in dem graphisch auffallend homogenen Text kann geradezu als dramatischer Gefühlsausbruch in der ansonsten strikt konzilient gehaltenen Darstellung Seidenstickers gewertet werden.

Es ist in wissenschaftlichen Arbeiten nur selten üblich, die Quellen, die man analysiert, jenseits ihrer inhaltlichen Aussagen auch in ihrer optischen Erscheinungsform oder ihrer Haptik zu charakterisieren. Der *Geschichte* von Oswald Seidensticker soll jedoch im Folgenden eine Veröffentlichung des Jahres 1909 gegenübergestellt werden, *Das Buch der Deutschen in Amerika*, das nicht nur inhaltlich, sondern auch in seinem Erscheinungsbild erhebliche Unterschiede zum vorab besprochenen Werk aufweist. Seidenstickers Buch würde in keinem Bücherregal sonderlich auffallen, ist es doch im Umfang und Format wie ein normales Hardcover heutiger Tage. Das von Max Heinrici herausgegebene *Buch* hingegen muss mit einem ausladenden Folioformat, 974 Seiten Text und einem Buchblock von 12 Zoll Stärke als gewaltig bezeichnet werden. Das Papier ist von so herausragender Qualität, dass es auch einhundert Jahre nach dem Druck durch seinen hartnäckigen Glanz Reflexionen auf digitalen Reproduktionen hinterlässt. Dieser Band ist in seiner ganzen Erscheinungsweise ein Spiegel der Haltung und des Anspruchs, die mit der Veröffentlichung verbunden waren: ein Manifest der privilegierten historischen Rolle der Deutschen Nordamerikas, und zugleich ein Denkmal des *Deutsch-*

Amerikanischen Nationalbundes, zeichnet dieser doch als Sponsor des *Buchs* verantwortlich.

Die besondere Akzentuierung der Erscheinungsweise verweist jedoch auch auf eine argumentative Strategie des Textes selbst. Die Zahl der wissenschaftlich nicht belegbaren und selbst den unvoreingenommenen Leser irritierenden Aussagen ist unüberschaubar. Indem die verschiedenen Autoren des *Buchs* sich selbstreferentiell immer wieder auf diese Inhalte beziehen, scheinen diese ihre einzige Evidenz aus der unwidersprochenen Wiederholung zu gewinnen. Der optische und haptische Charakter des *Buchs* lässt sie zudem wie ein in Stein gemeißeltes und für die Ewigkeit bewahrtes Wissen erscheinen.

Charles John Hexamer, der erste Präsident des DANB, beschränkt sich nicht etwa auf die Rolle des finanziellen Förderers des *Buchs*, sondern verfasst verschiedene eigene Beiträge. In seiner Geschichte der deutschen Einwanderung auf den nordamerikanischen Kontinent lässt er diese noch vor 1492 beginnen. Ein Mann namens Tyrker sei »mit den Norwegern mehrere Jahrhunderte vor Columbus nach Amerika« (Hexamer 1909: 10) gekommen. Der Besitzanspruch der Deutschen auf ›ihr‹ Amerika, der mit dieser Entdeckung implizit einhergeht, wird nicht nur in zahllosen anderen Textstellen deutlich, sondern koppelt sich unmittelbar mit einer Kritik an der amerikanischen Geschichtsschreibung, die (für jeden Wissenschaftler nachvollziehbar) solche und andere Aussagen gar nicht oder nur kritisch zur Kenntnis nimmt. Historische Episoden, die für die deutsch-amerikanische Geschichte eine Bedeutung übernehmen, werden von Hexamer und anderen Autoren in einen doppelten »Interpretationskontrast« gesetzt: Die hierbei erkennbare Rolle der Deutschen wird nicht nur gegen die anderer Einwanderergruppen als höherwertig, sondern auch als von anderen Nationen (vor allem von Großbritannien) nicht genügend anerkannt oder gar gelehnt abgegrenzt.

Die Deutsch-Amerikaner werden in diesem Text als ein Volk vorgestellt, ohne das die amerikanische Nation nicht existieren würde, dem aber dennoch das Recht auf eine eigene Geschichte verwehrt wird. Und mit geradezu militärischer Gründlichkeit geht der DANB daran, den solchermaßen ihrer Identität beraubten Deutschen ein neues Bild ihrer selbst vorzustellen. Obwohl vergessen von der Geschichte und ignoriert von der Geschichtswissenschaft, soll der Einfluss der deutschen Volksgruppe und ihrer Vertreter über den jeder anderen Nation herausragen.

Das *Buch* beginnt mit historischen Darstellungen der deutschen Einwanderung und Besiedlung der amerikanischen Kolonien sowie der Leistung der Deutschen in den amerikanischen Kriegen, leitet dann über zum deutschen Beitrag für das Erziehungs- und Wissenschaftswesen der USA sowie den Ausprägungen der deutschen Kunst und der Rolle der deutschen Presse in der amerikanischen Gesellschaft. Hierauf folgend stellen verschiedene Beiträge die Sektoren der Volkswirtschaft vor, in denen Deutsch-Amerikaner sich als besonders erfolgreiche Wirtschaftsbürger profilieren konnten. Den Abschluss bilden Beiträge zu deutsch-amerikanischen Vereinen, Gesellschaften und Wohltätigkeitsorganisationen – eine mehr als einhundert

Seiten umfassende Geschichte des *Deutsch-Amerikanischen Nationalbundes* bildet den vorletzten Beitrag des Bandes und scheint in der Regie der Textbeiträge gleichsam den kulturellen und politischen Höhepunkt der gesellschaftlichen Entwicklung des deutschen Amerikas zu markieren.

Die oben angesprochene militärische Gründlichkeit und meine Übersicht des Inhalts sollten nicht dazu verleiten, sich trennscharf voneinander abgrenzbare Beiträge vorzustellen. So werden die christlichen Konfessionen und das Judentum sowohl beim Bildungswesen als auch in den Beiträgen zu den Vereinen vorgestellt, die Bedeutung deutscher Soldaten und Waffen in den historischen Abrissen der Kriege und in den Ausführungen zur Wirtschaftsgeschichte. Die Darstellungen bieten kaum einen systematischen oder gar theoretisch gestützten Zugang zu ihrem Thema, biographische Skizzen und die Geschichte einzelner Ereignisse wechseln einander in nicht nachvollziehbarer Weise ab. Diese fast 1000 Seiten umfassende Gemengelage aus Episode, Anekdote, Statistik, Bilddokument, Personen- und Ereignisgeschichte kann beinahe beliebig an jeder Stelle aufgeschlagen werden, ohne dass den Leser die Sorge beschleichen müsste, die fehlende Kenntnis der Inhalte vorhergehender Seiten könne seine Lesefreude trüben: Das Mantra der Beiträge ist, dass immer und überall auf amerikanischem Boden Deutsche für das Wohl ihrer neuen Heimat im Einsatz waren und noch sind, ohne bislang entsprechend dafür gewürdigt worden zu sein. Wilhelm Kaufmann listet etwa in seinem Beitrag zum Amerikanischen Bürgerkrieg vier Prototypen von Deutsch-Amerikanern auf (den Bauern, den Gelehrten, den Industriellen und den Soldaten), die als personelles Inventar mal allein, mal in Kombination quer durch die gesamte Veröffentlichung in ihrer Funktion für ihre amerikanische Heimat vorgestellt werden (vgl. Kaufmann 1909: 123). Aufgrund ihrer Leistungen werden ihnen stets ein »Ruhmeskranz« (ebd.) oder vergleichbare Auszeichnungen zugesprochen. Für den unerträglich apologetischen und selbstgefälligen Tonfall sei nur ein Beispiel gegeben: In den ersten Tagen des Amerikanischen Bürgerkrieges überwältigten Regimenter der Unionsarmee in St. Louis eine Gruppe von konföderierten Soldaten. Der Kommandant auf Unionsseite ist der Amerikaner Frank Peter Blair, die von ihm kommandierten Soldaten sind deutscher Abstammung. Die amerikanische Lesart des Ereignisses, wie sie sich in den Memoiren des Oberkommandierenden der Unionstruppen Ulysses S. Grant widerspiegelt, schreibt den Erfolg der Person Blair zu, der mit Umsicht und Entschlossenheit seine Regimenter herbeigerufen und geleitet habe. Kaufmann bietet im Anschluss an die Wiedergabe der betreffenden Textstelle¹² seine Version der Geschichte an:

¹² Kaufmann zitiert aus dem XVII. Kapitel der Memoiren von Ulysses S. Grant nach einer mir nicht zugänglichen Ausgabe. Eine mir vorliegende Ausgabe bietet eine neutralere Sichtweise der Ereignisse von St. Louis (vgl. Kaufmann 1909: 129 f.; Grant 1999: 123 f.).

»Blair rief ›*seine*‹ deutschen Regimenter herbei!! ›*Seine*‹ Regimenter! Diese Truppen waren nicht Blair's Schöpfung, sondern ausschließlich das Werk der deutschen Patrioten. Und vor wem hat denn das Rebellenlager eigentlich kapituliert? Etwa vor Herrn Blairs schönen Augen? Gewiss nicht. Sondern nur vor den 4200 *deutschen Bajonetten*. Das war's *allein*, wodurch der Sieg errungen wurde. Ohne diese deutschen Soldaten war Herr Blair eine Null.« (Kaufmann 1909: 130; Hervorh. i. Orig.)

Kaufmanns dezidiertes Urteil widerspricht dem von ihm zuvor zitierten Text jedoch nicht nur, es stellt zugleich die Glaubwürdigkeit seines Autors infrage.¹³ Grant bekleidete als populärer Kriegsheld von 1869 bis 1877 auch das Amt des Präsidenten der USA. Diese Textstelle verdeutlicht die Aggressivität, mit der im *Buch* die Lobbyarbeit gegen die amerikanischen Diskurse des Erinnerns an die eigene Vergangenheit geführt wird, da es mit der Person des ehemaligen Präsidenten ein emotional hoch aufgeladenes Denkmal des Bürgerkriegs selbst angreift. Dass Kaufmanns Text die Deutsch-Amerikaner als besonders militanten Teil der amerikanischen Bevölkerung akzentuiert, kann aus der rückschauenden Perspektive auf die Jahre des Ersten Weltkriegs nicht unbedingt als glücklichste Form der Eigenwerbung bewertet werden.

Die Diktion der wohlwollenden Festschrift, welche die *Geschichte der Deutschen Gesellschaft von Pennsylvanien* bestimmt hatte, mit erkennbaren Hinweisen auf Widersprüche und Schwächen in der Ausübung der selbst gesetzten Ziele, aber mit einer letztendlich positiven Bilanz der eigenen Arbeit, weicht im *Buch der Deutschen in Amerika* der Makellosigkeit einer fehlerbaren deutschen Überlegenheit auf allen Gebieten der kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklungen der USA. Seidenstickers Buch zeichnet die Geschichte einer Gesellschaft nach, deren Mitglieder von dem Gedanken getragen waren, sich für ihre amerikanische Heimat als nützliche Bürger zu erweisen, als amerikanische Bürger. Das *Buch* stellt die Deutschen als eigenständige Ethnie bereits im Titel heraus und suggeriert dem Leser in den Beiträgen eine kollektive Identität, die sich in zielgerichtetem Handeln niederschlägt.

Unbestritten darf man einem solchen Text keine Breitenwirkung in der amerikanischen Gesellschaft zusprechen. Selbst die Nachfrage von deutsch-amerikanischer Seite war so gering, dass es keine zweite Auflage gegeben hat. Dennoch ist dieses Buch als Fallbeispiel von nicht zu unterschätzender Bedeutung, enthält es doch wie ein Inventar alle inhaltlichen Aspekte, die dem mit der Gründung des DANB einsetzenden publizistischen Dauerfeuer auf das Zusammenleben von Deutsch-Amerikanern und Amerikanern über Jahre hinweg seine charakteristische Schärfe verliehen haben. Amerikaner, die aufrichtiges Interesse an der deutschen Sichtweise auf bestimmte kulturelle oder politische Fragen hatten, kamen kaum umhin, die im Buch zusammengefassten und von pro-deutschen Journalisten

¹³ Die Lebenserinnerungen Grants erschienen in Buchform erstmals 1885.

übernommenen Sichtweisen Hexamers zur Kenntnis zu nehmen, die auch durch ein explizit an die deutsch-amerikanische Presse gerichtetes Mitteilungsblatt in zahllosen Tageszeitungen verbreitet wurden.¹⁴ Der gebürtige Amerikaner Hexamer, Sohn des 1848 politisch verfolgten Antimonarchisten Ernst Hexamer, druckt im *Buch* stolz den Wortlaut des telegraphisch übermittelten Dankes des Deutschen Kaisers für die patriotischen Grüße des DANB ab (vgl. Der Deutsch-Amerikanische Nationalbund der Ver. Staaten von Amerika 1909: 800). Hexamer bewundert die Monarchie und betrachtet die amerikanische Republik als minderwertig; eine Assimilation der Deutschen bewertet er als kulturellen Abstieg (vgl. Keller 1979: 2). Es ist nicht zwingend davon auszugehen, dass Amerikaner diese Ausprägungen des deutschen Nationalismus ernst genommen haben. Das Recht auf Meinungs-freiheit ist ein politisches Gut, das in den USA geschützt wurde und wird. Zudem sehen einige Deutsch-Amerikaner sich selbst durchaus kritisch als etwas »brav, aber eitel und ehrsüchtig.« (Hense-Jensen/Bruncken 1902: 30) Vor diesem Hintergrund sind die führenden Mitglieder des DANB also typische Exponenten ihrer Volksgruppe. Aber in den Jahren nach 1917 wird die wohlwollende Nachsicht gegenüber Mitbürgern mit völkischen Schrullen auf eine harte Probe gestellt, nimmt der Erste Weltkrieg doch auch die Züge des Kampfes um die eigene politische Identität an – eine Demokratie kämpft gegen das Prinzip der Monarchie. Dass der DANB durch die besondere Wertschätzung, die er im Deutschen Reich erfahren hatte, anders als die DGP nicht mehr als rein amerikanische Vereinigung wahrgenommen wird, sondern nach 1914 immer stärker als internationalisierter politischer Akteur, lässt die Vorbehalte gegenüber der politischen Loyalität der Deutsch-Amerikaner weiter wachsen.

4. Exkurs: Deutscher Nationalismus in den USA

Es fällt einem deutschen Historiker leicht, an dieser Stelle ohne Halt fortzufahren und die Deutsch-Amerikaner ihrem tragischen Schicksal an der amerikanischen Heimatfront entgegen gehen zu sehen. Angesichts der Geschichte des 20. Jahrhunderts scheinen weder der deutsche Nationalismus noch seine gewaltsame Bekämpfung einer besonderen Erläuterung zu bedürfen. Ich möchte dennoch einen Moment inne halten und einen problematischen Aspekt der Motivation von Menschen wie Charles John Hexamer und anderen fanatischen Deutsch-Amerikanern skizzieren.

¹⁴ »Der Deutschamerikanische Nationalbund sieht in der gesamten deutschamerikanischen Presse sein Organ und ersucht dieselbe um grösstmögliche Verbreitung seiner Mitteilungen.« (Mitteilungen des Deutschamerikanischen Nationalbundes der Vereinigten Staaten von Amerika 1911, Titelblatt)

Diese Deutsch-Amerikaner sahen ihre Landsleute in Amerika angesichts der Einwanderer aus Ost- und Südeuropa und China als Ethnie herausgefordert. Die konkreten Veränderungen in der Nachbarschaft ihres Vereinshauses, bei der Gründung der DGP noch im Herzen der deutschen Wohn- und Arbeitsstätten, am Ende des 19. Jahrhunderts jedoch am Rande von Philadelphias *Chinatown* gelegen und die Wohnquartiere nun die Heimat sozial schwacher nichtdeutscher Einwanderer, hielten ihnen auf dem Weg zu ihren Vereinsabenden etwas vor Augen, was in ihnen Verachtung und Ekel weckte.¹⁵ Sie selbst waren mittlerweile zum *old stock*¹⁶ geworden, zu etablierten und völlig integrierten Amerikanern deutscher Abstammung. Die Armut und das Elend der Neueinwanderer erfassen sie als Schreckensbild der zukünftigen USA. Die Probleme von Einwanderern sind für sie nicht mehr ein denkbare Ausgangspunkt positiver gesellschaftlicher Entwicklungen, die sie in historischer Perspektive der Geschichte ihrer eigenen ethnischen Gruppe attestieren, sondern Zeichen des zivilisatorischen Verfalls.

Die amerikanische Nation ist für sie »mehr« als die Summe dieser Bevölkerungsgruppen, die in ihren Augen als bloßes Treibgut der europäischen Modernisierung an die Gestade der Neuen Welt gespült wurden. Als die Vereinigten Staaten sich seit den 1870er Jahren als Nation mit Geschichte begreifen und typisch amerikanische Selbstbilder entworfen werden, fühlen sie sich nicht nur als Volksgruppe unangemessen repräsentiert, sie erwarten anscheinend eine klärende Stellungnahme der amerikanischen Politiker zum zukünftigen Charakter der USA als Einwanderungsland. Die in dem *Buch* formulierten antiamerikanischen Aussagen können zwischen den Zeilen auch als Appelle gelesen werden, die sich gegen ein Establishment richten, welches sich nicht veranlasst sah, eine offene Parteinahme gegen Neueinwanderer, denen diese Deutsch-Amerikaner jeglichen positiven Beitrag zu ihrer neuen Heimat absprachen, zu ergreifen.

Ziel der führenden Mitglieder des DANB war, die geliebte amerikanische Heimat zu einem Hort eines Deutschtums und damit zu einer Nation werden zu lassen, die denen in Europa in nichts nachstand. Auch die antideutsche Aggression konnte ihnen diese Überzeugung nicht austreiben. Schon 1922 wird eine Biographie des zwei Jahre zuvor verstorbenen Hexamer veröffentlicht. Sie preist ihn uneingeschränkt als »Idealmenschen« (Bosse 1922: 115), doch sind dies allenfalls trotzige publizistische Rückzugsgefechte der zwanziger Jahre, die ungelesen vergilben.¹⁷

¹⁵ Der »*shift in population*« der Umgebung des Vereinslokals seit den 1870er Jahren wird jedoch erst 1919 und erneut im Jahr 1944 offen problematisiert (vgl. Pfund 1944: 28; Pfeleger 2006: 105 f.).

¹⁶ Zum Konzept der Transformation der Deutsch-Amerikaner zum »*old stock*« vgl. Kazal (2004: 122 f.).

¹⁷ Mir wurde in der Horner Library freundlicherweise ein Exemplar dieses Buchs geschenkt, da die Nachfrage außerhalb der Räumlichkeiten der DGP so gering war, dass bis heute genügend Exemplare der ersten und einzigen Auflage im Hause zu finden sind.

5. *Das Stereotyp des bösen Deutschen*

Zwei Konstellationen haben dem Image der Deutschen in den USA bis zum Ersten Weltkrieg negative Inhalte verliehen, die, einmal aktualisiert, den deutschen Mitbürger in den Augen der Amerikaner zu einem Feind werden ließen: zum einen die Erinnerung an die deutschen Söldner, die im Unabhängigkeitskrieg auf Seiten der Engländer gegen die amerikanischen Kolonisten kämpften; zum anderen die oft erst unmittelbar zuvor in die Nordstaaten eingewanderten Deutschen, die unter General Sherman weit im Hinterland der Konföderation einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung der Südstaaten führten.

Die legendären hessischen Soldaten, von Schiller in *Kabale und Liebe* einem deutschsprachigen Publikum als tragische Figuren vorgestellt, wurden zwischen 1776 und 1783 von Friedrich II. von Hessen-Kassel an den englischen König Georg III. »vermietet«. Mit fast 17.000 Mann stellten sie etwa ein Drittel der britischen Streitkräfte in Nordamerika. Die Hessen waren Söldner – ausgebildet für den Kampf und mit überlegenen Waffen ausgestattet. Sie gingen mit Disziplin und Entschlossenheit gegen ihre amerikanischen Feinde vor, die nicht als ernsthafte Gegner galten, und sie hofften, in einem kurzen und siegreichen Krieg die eigene militärische Karriere zu befördern. Sie konnten ihre modernen Gewehre schneller nachladen und abfeuern als die Amerikaner und waren mit ihren Bajonetten der Albtraum des einfachen Infanteristen aus den Kolonien. Dass die Deutschen mit diesen Mordwerkzeugen auch dann noch ihre amerikanischen Gegner aufspießten, wenn diese sich längst ergeben hatten, verlieh ihnen den Ruf besonderer Grausamkeit. Der Deutsche wurde in Gestalt des Hessen sogar zum Schreckgespenst des amerikanischen Kunstmärchens. Washington Irvings *Sleepy Hollow* (1837) lässt den Geist eines kopflosen, hessischen Reiters die Bürger einer kleinen Gemeinde terrorisieren. Der längst verstorbene Söldner kämpft in dieser populären Geschichte immer noch mit ungebrochenem Zorn gegen seine einstigen Feinde. Diese Unterströmung muss in der Erinnerung an den Unabhängigkeitskrieg und in der Wahrnehmung der Deutschen als militärische Gegner seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stets mitgedacht werden.

Das Ende des Amerikanischen Bürgerkriegs 1865 bedeutete keinesfalls den unmittelbaren Beginn eines gesellschaftlichen Zusammenwachsens zwischen Nord und Süd. Ganz im Gegenteil empfanden viele Südstaatler die auf den Krieg folgenden Jahre der *Reconstruction*, in denen die Staaten des Südens sich gleichsam erneut als Partner der Union bewähren mussten, als eine Phase der Erniedrigung: *War, Reconstruction and Redemption* sind die zentralen Begriffe, die etwa die Autorin Dossia Williams Moore ihren Erinnerungen voranstellte (vgl. Williams 1990). Den Zeitpunkt der »Erlösung« für den Süden erst nach dem Ende der *Reconstruction* und dem endgültigen Abzug der Unionstruppen 1877 anzusetzen, verwundert – wahre Freude über das Ende eines Bürgerkriegs sieht anders aus. Die nationale Erinnerungsarbeit an die Zeit der politischen Teilung und die Jahre des blutigen Kämp-

fens trat im späten 19. Jahrhundert in eine neue Phase ein, nachdem sie seit den 1880er Jahren zunehmend von Personen geleistet wurde, die unabhängig von ihrer Herkunft aus Nord oder Süd in der amerikanischen Gesellschaft auf den Gebieten der Politik, Kultur und Wirtschaft die Chancen der sich modernisierenden USA nutzen konnten. Es entstanden nationale Narrative, die den Bürgerkrieg fast wie ein unangenehmes Missverständnis interpretierten und dem Norden wie dem Süden hierbei gleichermaßen patriotische Gesinnung, Heldentum und Ehre zusprachen. Politiker, Intellektuelle und Künstler der Nord- wie auch der Südstaaten formten hierzu die Erinnerung an den Krieg um, die in den späten 1860er und 1870er Jahren noch ganz anders formuliert worden waren. Zentralen Figuren des Erinnerungsdiskurses, etwa Abraham Lincoln oder auch Robert E. Lee, wurden beinahe hagiographische Lebensentwürfe zugeschrieben, einst spezifisch nordstaatliche oder südstaatliche Erinnerungsmuster nun von der Seite des ehemaligen Gegners übernommen.

Eine derartig perfekte Erinnerungspraxis war auch ein wirtschaftlicher Markt. Museen, Gedenkstätten und eine nahezu unüberschaubare mediale Erinnerungskultur (neben fiktionalen, biographischen und autobiographischen Texten gab es 1915 mit D.W. Griffiths *Birth of a Nation* auch den ersten Kinofilm) boten ein einträgliches Geschäft. Die perfekt geschmierte Erinnerungsmaschine geriet jedoch immer dann ins Stottern (und tut dies oft auch noch in der Gegenwart),¹⁸ wenn etwa die zahllosen Desertionen auf Seiten der Südstaatler erklärt werden sollten – wie ist das mit den Selbstbildern von den tapferen Patrioten vereinbar? – oder eben auch offensichtliche Grausamkeiten gegenüber der zivilen Bevölkerung dargestellt werden mussten: So reiste William T. Sherman im November und Dezember 1864 nicht zufällig mit einigen Freunden durch die Südstaaten, sondern schlug dort mit seinen Soldaten eine Schneise der Verwüstung durch das Land. Sein Ziel war nicht zuletzt, durch das psychologische Moment des Schocks, das mit einem Feldzug gegen die einfache Bevölkerung so weit im Hinterland der Konföderation einherging, die Kampfkraft des Gegners zu schwächen. Gewalt gegen Zivilisten war sein bewusst eingesetztes Mittel zum Zweck. Hier und in den Partisanenkämpfen der Grenzstaaten zum Norden wurde der Krieg, der sonst zwischen regulären Truppen geführt wurde, erst zum Bürgerkrieg.

Nur durch das Vergessen dieser Ereignisse oder einen Kunstgriff war es möglich, dieses Kapitel der amerikanischen Geschichte in Übereinstimmung mit den etablierten Narrativen zu bringen. Viele autobiographische Texte erwähnen diese

¹⁸ Vgl. die Ausführungen zur Geschichte der Konföderation und ihrer geschichtswissenschaftlichen Darstellung bei Zahlmann (2009: 29–38).

Monate des Krieges deshalb auch nicht, setzen sie in ihrer Tragweite beim Leser anscheinend als bekannt voraus. Joel Chandler Harris, der Schöpfer der populären Figur des *Uncle Remus*, dessen auf den Plantagen des Südens spielende Fabeln nach 1881 zu gesamtamerikanischen Bestsellern wurden, erinnert sich in seiner Autobiographie hingegen sehr genau an das Eintreffen der Unions-Truppen auf der Plantage seiner Eltern (vgl. Harris 1892: 226). Die Soldaten, die das Herrenhaus plündern und anzuzünden drohen, sind jedoch keine Amerikaner, sondern deutsche Einwanderer. Allein ihr amerikanischer Kommandant verhindert die Zerstörung des Familienbesitzes – indem er einen der Deutschen brutal verprügelt. Auch andere Autoren erinnern an die deutschen Regimenter, die auf Seiten der Union gegen den Süden kämpften. Stärker als die Vertreter jeder anderen europäischen Einwanderergruppe dienen sie in der zuweilen biologistischen Argumentation der Südstaatler bis in die 1880er Jahre dazu, die rassische Minderwertigkeit der Nordstaaten herauszustellen (vgl. Taylor 1879: 231; Davis 1881: 344). Harris befreit das etablierte Motiv der Deutschen als Berserker in Uniform von rassetheoretischen Konnotationen und lässt die Vertreter dieser Volksgruppe vielmehr als Bedrohung einer friedlichen Einigung, damit als eigentlichen Gegner des Südens, in Erscheinung treten. Dass man in seinen Erinnerungen den Deutschen nicht etwa durch Vernunft oder Befehle, sondern nur durch körperliche Gewalt ihre Bedrohlichkeit nehmen kann, sollte nicht überinterpretiert werden, greift aber zumindest in diesem Fall der antideutschen Aggression nach 1917 vorweg. Die Konturen des Deutschen als Feind im eigenen Land werden in diesen und anderen Texten klar umrissen. In den beiden entscheidenden historischen Ereignissen der amerikanischen Geschichte – dem Unabhängigkeitskrieg, der die USA nach außen definierte und dem Bürgerkrieg, der diesen Staat von innen heraus prägte – treten Deutsche als Feindbilder in Erscheinung.

6. Resümee: *Sauerkraut wird liberty cabbage*

Nur wenige Monate vor Kriegseintritt der USA, im November 1916, unterstützte der DANB bei den Präsidentschaftswahlen offen Charles Evans Hughes, den Gegenkandidaten des amtierenden Präsidenten. In einer außerordentlich knappen Entscheidung konnte sich Woodrow Wilson jedoch seine Wiederwahl sichern. Die ursprüngliche Zulassung des Verbandes durch den amerikanischen Kongress war mit der Auflage verbunden gewesen, keinerlei politische Aktivität zu verfolgen. Dass das Präsidium des Nationalbundes durch diese Aktion gegen die Gründungsprinzipien verstoßen hatte, war selbst vielen Mitglieder des DANB ein Dorn im Auge (vgl. Pfefer 2006: 37). Die politischen Visionen Hexamers teilten sie keinesfalls unwidersprochen, der kontinuierliche Rückgang der Mitgliederzahlen in den deutsch-amerikanischen Vereinen seit Kriegsausbruch ist auch Ausdruck eines schwindenden Einflusses des Verbandes auf die deutsch-amerikanische Bevölke-

zung.¹⁹ Der DANB kam seinem offiziellen Verbot durch die Selbstaflösung am 11. April 1918 zuvor.²⁰

»Deutsch« zu sein, war für die meisten Deutsch-Amerikaner vor allem eine kulturelle Bereicherung der eigenen Identität, im Stellenwert vergleichbar mit dem Bewusstsein, ein New Yorker zu sein oder von Eltern abzustammen, die aus Ostpreußen kamen. Obwohl sie also ethnisch eigentlich »amerikanisch« fühlten und handelten, wurden sie nicht nur rechtlich durch die Bezeichnung als *enemy aliens* aus der Gruppe ihrer Mitbürger herausgelöst, es wirkten auch das Image der Deutsch-Amerikaner, das so eifrig vom DANB und vielen Zeitungen verbreitet worden war, und die im kulturellen Gedächtnis der Amerikaner tradierten Inhalte über die barbarischen Deutschen im Unabhängigkeitskrieg und Amerikanischen Bürgerkrieg. Obwohl viele Deutsch-Amerikaner hierdurch ihren amerikanischen Nachbarn offensichtlich so fremd werden konnten, dass sie von äußeren zu inneren Feinden mutierten, gelang es einigen durch das Hissen der amerikanischen Flagge, das Singen der Nationalhymne und anderer patriotischer Lieder sowie das Verfluchen des Deutschen Kaisers, das Schlimmste abzuwenden und in den Augen ihrer Mitbürger weniger bedrohlich zu wirken. Die Anglisierung des eigenen Namens und die Umbenennung deutscher Städte und Produkte markieren wie ein Senkblei den absoluten Tiefpunkt der Akzeptanz des deutschen Elements in den Vereinigten Staaten, selbst unter Deutsch-Amerikanern. Aber als das Sauerkraut ebenso wie andere deutsche Produkte von den Mitbürgern nicht mehr gekauft wurde, mundete es als amerikanisches *liberty cabbage* eben umso besser. Das Inventar der symbolischen Strafen gegen andere Nationen, hier am Beispiel der ›Unsprache‹ Deutsch, bleibt der amerikanischen Kultur immanent und wird auch im zweiten Krieg gegen den Irak wieder aktualisiert. Die Weigerung des französischen NATO-Partners, sich mit Truppen am Krieg zu beteiligen, lässt 2003 die *French fries* kurzzeitig zu *freedom fries* werden. Wer also nicht für die amerikanische Sache ist, scheint automatisch dagegen zu sein?

Die Mitglieder des DANB und anderer patriotischer Vereine in den USA sowie die Deutsch-Amerikaner, die sich außerhalb des institutionalisierten gesellschaftlichen Lebens im Sinne des Deutschen Reichs nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs politisch betätigten, haben dies in völliger Übereinstimmung mit den demo-

¹⁹ Generell sanken die Mitgliederzahlen in deutsch-amerikanischen Vereinen seit der Jahrhundertwende; eine Ausnahme bilden jedoch Vereine, die Frauen vorbehalten waren (vgl. Kazal 2004: 79 ff.; Pfefer 2006: 50).

²⁰ Das Ende des DANB war sang- und klaglos: Die entsprechende Ausgabe der hauseigenen »Mitteilungen«, nun wie alle deutschen Zeitungen in englischer Sprache, vermeldet die Selbstaflösung in der ersten Spalte unter Hinzufügung »*The details are not important.*« Die entsprechende Ausgabe, »*a few copys of this issue are printed for archive purposes only, not for circulation*«, hat keinen amerikanischen Leser mehr erreicht (vgl. Mitteilungen [ohne Nummer/Jahr], Titelblatt. Fundstelle: Joseph Horner Memorial Library, Philadelphia). Zum kriegsbedingten Wechsel der Sprache von Deutsch zu Englisch vgl. Conolly-Smith (2004: 250–252).

kratischen Prinzipien ihrer amerikanischen Heimat getan. Sie konnten dieses jedoch nur deshalb tun, weil sie amerikanische Staatsbürger waren. Unter rein politischen Gesichtspunkten war ihr erfolgreiches Bemühen um Erlangung der Staatsbürgerschaft bzw. ihre Zugehörigkeit zu der in den USA geborenen Bevölkerung ein Ausweis ihrer Integration. Dass sich vor allem die Mitglieder der DGP als besonders vorbildliche Amerikaner verstanden, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sie seit 1915 Naturalisierungskurse anboten (vgl. Pflieger 2006: 24). Denn wer, wenn nicht ein vollständig von der Kenntnis amerikanischer Lebensart durchdrungener Mensch, kann geeigneter sein, um neu eingewanderten Personen die neue Heimat, ihre Landessprache und Geschichte zu vermitteln?

Der vor diesem Hintergrund umso befremdlicher wirkende deutsche Nationalismus in den USA und die von großen Teilen der Bevölkerung akzeptierten Muster der Erinnerung an die Deutschen als Soldaten des Unabhängigkeitskriegs und des Amerikanischen Bürgerkriegs waren also die sich gegenseitig verstärkenden Momente, welche die antideutsche Stimmung nach 1917 beförderten. Doch erst das Verschmelzen dieser beiden Faktoren nach dem Kriegseintritt der USA ermöglichte die Etablierung des »Deutschtums« als bellizistisches Symbol auf dem Gebiet der amerikanischen Innenpolitik und damit die antideutsche Aggression.

Literatur

- Bosse, Georg von (1922): *Dr. Charles John Hexamer. Sein Leben und Wirken*. Philadelphia: Graf & Breuninger.
- Conolly-Smith, Peter (2004): *Translating America. An Immigrant Press Visualizes American Popular Culture. 1895–1918*. Washington: Smithsonian Books.
- Davis, Jefferson (1881): *The Rise and Fall of the Confederate Government (Vol. 1)*. New York: D. Appleton.
- »Der Deutsch-Amerikanische Nationalbund der Ver. Staaten von Amerika«. In: Max Heinrici (Hg.) (1909): *Das Buch der Deutschen in Amerika*. Philadelphia: Walther's buchdr., S. 781–882 (= Nachtrag ohne Autorennennzeichnung).
- Grant, Ulysses S. (1999) [1885]: *Personal Memoirs of Ulysses S. Grant*. New York: William S. Konecky Associates.
- »Handbuch für Deutsche Einwanderer in Californien« (1885), herausgegeben und in einzelnen Exemplaren unentgeltlich vertheilt von der Allgem. Deutschen Unterstützungs-Gesellschaft. San Francisco: J. Dammann & Co.
- Harris, Joel Chandler (1892): *On the Plantation. A Story of a Georgia Boy's Adventure During the War*. New York: Appleton.
- (1883): *Nights with Uncle Remus. Myths and Legends of the Old Plantation*. Boston: Osgood.
- (1880): *Uncle Remus, His Songs and His Sayings. The Folk-Lore of the Old Plantation*. New York: Appleton.
- Heinrici, Max (Hg.) (1909): *Das Buch der Deutschen in Amerika*. Philadelphia: Walther's buchdr.
- Hense-Jensen, Wilhelm/Bruncken, Ernest (1902): *Wisconsin's Deutsch-Amerikaner bis zum Schluß des 19. Jahrhunderts*. 2. Bde., Milwaukee: Verlag der Deutschen Gesellschaft.
- Hexamer, Charles John (1909): »Die Bedeutung der deutschen Einwanderung«. In: Max Heinrici (Hg.) (1909): *Das Buch der Deutschen in Amerika*. Philadelphia: Walther's buchdr., S. 7–18.

- Kaufmann, Wilhelm (1909): »Der deutsche Soldat im Bürgerkrieg«. In: Max Heinrici (Hg.) (1909): *Das Buch der Deutschen in Amerika*. Philadelphia: Walther's buchdr., S. 123–154.
- Kazal, Russel A. (2004): *Becoming Old Stock. The Paradox of German-American Identity*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Keller, Phyllis (1979): *States of Belonging: German-American Intellectuals and the First World War*. Cambridge: Harvard University Press.
- Luebke, Frederick C. (1974): *Bonds of Loyalty. German-Americans and World War I*. DeKalb: Northern Illinois University Press.
- »Mitteilungen des Deutschamerikanischen Nationalbundes der Vereinigten Staaten von Amerika« (1911). Inkorporiert durch Kongress-Akte (11). Philadelphia: Deutschamerikanischer Nationalbund.
- Moore, Dosa Williams (1990), *War, Reconstruction and Redemption on Red River. The Memoirs of Dosa Williams Moore*. Ruston: McGinty Publications.
- Mueller, Jakob (1896): *Aus den Erinnerungen eines Achtundvierzigers. Skizzen aus der deutsch-amerikanischen Sturm- und Drangperiode der 50er Jahre*. Cleveland: Druck von R. Schmidt Printing Co.
- Pfleger, Birte (2006): *Ethnicity Matters. A History of the German Society of Pennsylvania*. Washington, DC: German Historical Institute.
- Pfund, Harry (1944): *A History of the German Society of Pennsylvania. Founded 1764*. Philadelphia: German Society of Pennsylvania.
- Ritterhouse, Jennifer (2003): »Reading, Intimacy, and the Role of Uncle Remus in White Southern Social Memory«. In: *The Journal of Southern History* LXIX: 3, S. 585–622.
- Seidensticker, Oswald/Heinrici, Max (1917): *Erster Teil der Geschichte der Deutschen Gesellschaft von Pennsylvanien, 1764 bis 1876; Zweiter Teil der Geschichte der Deutschen Gesellschaft von Pennsylvanien 1876 bis 1917*. Philadelphia: Graf & Breuninger.
- Seidensticker, Oswald (1876): *Die Geschichte der Deutschen Gesellschaft von Pennsylvanien. Von der Zeit ihrer Gründung 1764 bis zum Jahr 1876*. Festgabe zum Jubeljahre der Republik. Philadelphia: I. Kohler.
- Taylor, Richard (1879): *Destruction and Reconstruction. Personal Experiences of the Late War*. Nashville: D. Appleton and Company.
- Tolzmann, Don Heinrich (2000): *The German-American Experience*. Amherst (NY): Prometheus Books.
- Wüstenbecker, Katja (2007): *Deutsch-Amerikaner im Ersten Weltkrieg. US-Politik und nationale Identitäten im Mittleren Westen*. Stuttgart: Steiner.
- Zahlmann, Stefan (2009): *Autobiographische Verarbeitungen gesellschaftlichen Scheiterns. Die Eliten der amerikanischen Südstaaten nach 1865 und der DDR nach 1989*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.

Eingebettete Bilder Photographie im Amerikanischen und Spanischen Bürgerkrieg

BERND STIEGLER

1. *Photographie und Bürgerkrieg*

»The truth is the best picture, the best propaganda«
Robert Capa

Wer sich mit der Geschichte der Photographie in den Bürgerkriegen des 19. und 20. Jahrhunderts beschäftigt, hat es nicht nur mit tausenden von Bildern zu tun, die meist über Datenbanken im Internet frei zugänglich sind, sondern auch mit einer komplexen Geschichte, die mehrere Schichten notwendig mit einschließt. Es geht nicht nur um die zeitgenössischen Bilder, ihre Entstehung, Deutung und Distribution, sondern auch um ihre Überlieferung, die nicht selten die Bilder in gänzlich neue Bahnen lenkt, um höchst unterschiedliche medienhistorische Kontexte und schließlich auch um die Bedeutung der Bilder für die Erinnerungskultur des jeweiligen Landes.

Wenn man weiterhin die vorliegende Literatur studiert, die im Vergleich zur abundanten historischen Literatur zu Bürgerkriegen recht knapp ausfällt, so stellt man fest, dass die Spezifität des Bürgerkriegs als Bürgerkrieg schlicht keine Rolle spielt und die Bilder eher nicht weiter zu kommentierende Varianten der Kriegsfotographie insgesamt darstellen oder aber, wie etwa bei Brady, Gardner, aber auch Capa und Seymour, in das Œuvre bedeutender Photographen integriert werden. Mit anderen Worten: Photographien von Bürgerkriegen unterscheiden sich nicht strukturell von Kriegsfotographien – zumindest was ihre Ikonographie, ihre Inszenierungsstrategien und ihre Entstehung betrifft. Sie teilen mit diesen die Schwierigkeit, Kriegs- oder Schlachtsituationen überhaupt in Bilder fassen zu können und greifen wie diese auf ähnliche Darstellungsstrategien zurück, die dann allerdings im Laufe der Zeit stark differieren.¹ Diejenigen des späten 19. Jahrhunderts unterscheiden sich signifikant von jenen der 1930er Jahre und diese wieder-

¹ »How was it possible to see photographically, in single, segmented images, and to see politically or historically, as it were, with an eye to the meaning of the transcribed scenes, their meaning within a war itself so difficult to see intelligibly?«, bringt etwa Alan Trachtenberg die Frage auf den Punkt (siehe Trachtenberg 1989: 75).

rum von denjenigen der Kriege und Bürgerkriege der letzten Jahrzehnte. Das hat nicht zuletzt mit den höchst praktischen photographietechnischen Möglichkeiten, bei denen es etwa um die Frage der Belichtungszeit geht, und der medialen Vernetzung zu tun, aber auch mit der Einbettung der Bilder in einen komplexen Kontext, der die Distribution der Bilder (denn es ist durchaus entscheidend, für welches Betrachterpublikum die Bilder angefertigt werden und in welcher Form sie erscheinen) ebenso einschließt wie die Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die Bilder als vermeintlich authentische Dokumente, die sie durchweg sein sollen, überhaupt rezipiert werden können. Was, so wäre zu fragen, sind die epistemischen wie diskursiven Voraussetzungen dafür, dass Photographien der Status zugebilligt wird, »Performative des Realen« zu sein (vgl. Stiegler 2009), als Medien visueller Authentizität gedeutet zu werden? Diese gelten für den Photographen wie für die Betrachter gleichermaßen, differieren aber im Laufe der Photographiegeschichte erheblich.

Eine andere Gemengelage ist für die Geschichte dieser Bilder, ihre Aufarbeitung und spätere Präsentation zu konstatieren. Es ist zu beobachten, dass Photographien von Bürgerkriegen ein besonderes Nachleben haben, bei dem mehr auf dem Spiel steht als eine historische Identifikation des Abgebildeten. Die Geschichte dieser Bilder ist nicht abgeschlossen, sondern erscheint notwendig offen für neue Deutungen und Aneignungen, die nicht selten von zentraler Bedeutung für die Grundüberzeugungen einer Gesellschaft sind. Es sind keine statischen oder historisch eingefrorenen Bilder, sondern solche mit einer offenen historischen Referenz. Die Geschichte dieser Bilder wird unter Bezug auf das Dargestellte fortwährend neu geschrieben – und damit eben auch die Geschichte selbst. Das ist die *diachrone* Bedeutung der Kriegsphotographien.

Weiterhin kann man beobachten, dass die bisherige Beschäftigung mit dem Gegenstand eigentümliche Wendungen nimmt, die jeweils unterschiedliche Aspekte der komplexen Bildgeschichte ausblenden. Meist dominieren photographiehistorische Fragen, Überlegungen über den Abbildcharakter von Photographien im allgemeinen bzw. über die Grenzen und Möglichkeiten dokumentarischer Photographie (vgl. hierzu grundlegend Solomon-Godeau 2003) oder schließlich, wie etwa in Susan Sontags *Das Leiden anderer betrachten* (2003), über die Wirkungskraft der Bilder, ihren emotionalen Widerhall im Betrachter.² Der Bürgerkrieg ist insbesondere in kulturwissenschaftlichen Studien oft nur die Nagelprobe einer kritischen Revision der weitreichenden Deutungen, die die Photographie im Laufe ihrer Geschichte erfahren hat und die sich nicht selten als metaphysische Ideologeme erwiesen haben. Die Analyse der Bilder aus den Bürgerkriegen verrät, so die vorliegenden Studien, mithin weniger über die Kriege als vielmehr über die Vorannahmen, die diese Aufnahmen begleitet haben: Bilder aus Bürgerkriegen werden, so könnte man formulieren, in der Forschung zum Anlass, kritisch Photographien und

² Zur Photographie des Bürgerkriegs vgl. expl. Sontag (2003: 61–66).

die sie begleitenden Einstellungen zu reflektieren – und das mit einem doppelten Fokus. Einerseits geht es um eine Kritik der Photographie und der sie begleitenden Überzeugungen, andererseits um eine über die Photographie weit hinausreichende »collective imagination« einer bestimmten Gesellschaft, die sich in den Bildern *bon gré mal gré* zeigt oder zumindest zeigen soll (Brothers 1997: 28; ähnlich auch Trachtenberg 1979). Es geht entweder photographietheoretisch oder, so Caroline Brothers unter Verweis auf die französische Theorietradition, mentalitätshistorisch weniger um das Dargestellte, als vielmehr um das, was implizit erkennbar und lesbar wird: »By moving beyond their surface contents the historian can gain special access to the collective imagination of that time« (Brothers 1997: 2). Eine solche Decodierung der Bilder zielt auf eine *synchrone* Analyse, der es weniger um das Nachleben der Photographien als vielmehr um die Bildwerdung von Vorstellungen, Überzeugungen und Grundannahmen einer spezifischen Gesellschaft in einer spezifischen Zeit geht.³ Diese Grundeinstellungen, die eine jede photographische Einstellung begleiten, sind, wie wir sehen werden, dabei durchaus plural, auch wenn sie nicht notwendigerweise an die jeweiligen Lager im Bürgerkrieg gebunden sind. Pointiert formuliert: Ob der Photograph im Amerikanischen Bürgerkrieg nun aus dem Lager der Konföderierten oder der Unionisten stammt, ist für die Art und Weise der Darstellung weniger bedeutend als eine von beiden Lagern geteilte Überzeugung, wie solche Bilder auszusehen haben, damit sie ihre Wirkung auf den Betrachter nicht verfehlen. Und weiter: Oft ist nicht die Photographie als solche, sondern ihre Einbettung in einen Publikations- oder Distributionskontext maßgeblich. Diese entscheidet über den performativen Effekt der Photographie.

Angesichts der gigantischen Materialfülle, der Vielzahl an möglichen Beispielen und auch der komplexen theoretischen Fragen muss eine notwendig knappe Darstellung der Photographie in Bürgerkriegen bruchstückhaft bleiben. Es kann um nicht mehr, aber auch um nicht weniger als um exemplarische Analysen gehen. Ich möchte im folgenden *pars pro toto* zwei Motive ausführlicher diskutieren, die auch in Susan Sontags Buch angeführt werden: Es handelt sich um zwei für die Photographiegeschichte wenig überraschende, weil kanonische Beispiele, die gleichwohl den Vorteil haben, dass sie sich in sehr unterschiedlicher Weise nicht auf ein Bild beschränken, sondern diese Teil einer Serie und zudem in höchst unterschiedliche Kontexte eingebettet sind. Ich beschränke mich dabei auch auf zwei Bürgerkriege: den amerikanischen in den 1860er und den spanischen in den 1930er Jahren. Beim Amerikanischen Bürgerkrieg konzentriere ich mich vor allem auf eine Serie von Aufnahmen Alexander Gardners, die nach der blutigen Schlacht am Antietam entstanden sind, beim spanischen auf Robert Capas berühmtes-berühmtes Bild *Falling Soldier*, wohl der Ikone des Spanischen Bürgerkriegs, das, anders als etwa Gardners Photographie der Burnside's Bridge, Teil eines kollektiven Bildgedächtnisses geworden ist.

³ Das kanonische Buch dieser Position ist Tagg (1988).

2. Der Amerikanische Bürgerkrieg: Alexander Gardner am Antietam

»The honest sunshine ›is Nature's sternest painter, yet the best«
Oliver Wendell Holmes

Der Amerikanische Bürgerkrieg ist zwar nicht der erste Krieg, der photographisch dokumentiert wurde, wohl aber der erste, bei dem dies mehr oder weniger systematisch geschah und bei dem die Photographie als regelrechtes Massenmedium eingesetzt wurde. Es finden sich bereits vereinzelt Aufnahmen des Mexikanisch-Amerikanischen Kriegs 1846–1848 und des zweiten Anglo-Burmesischen Kriegs 1852–1854; aus dem Krim-Krieg sind bereits recht zahlreiche Photographien der berühmten Photographen Roger Fenton, James Robertson und Felix Beato überliefert, die in vieler Hinsicht auch das photographische Bild und die photographische Ikonographie des Amerikanischen Bürgerkriegs prägen.⁴

Die Rolle der Photographie im Amerikanischen Bürgerkrieg beschränkt sich keineswegs auf die Dokumentation von Schlachten, des Kriegsgeschehens oder der Kriegereignisse, ja hat diese kaum zum Gegenstand. Sie ist äußerst vielfältig und vor allem anderen ein Markt. Dieser hat vier große Bereiche:⁵

Von den etwa 1500 Photographen, die unmittelbar im Bürgerkrieg tätig waren (das entspricht in etwa der Hälfte der Berufsphotographen um 1860), arbeiteten die meisten als Portraitisten: Wenn man bedenkt, dass im Verlauf des Krieges auf beiden Seiten insgesamt etwa drei Millionen Männer unter Waffen standen und – was nicht als Zeichen ihrer vermeintlichen Kriegs-, sondern eher als eines ihrer Photographiebegeisterung, die weit über den Bürgerkrieg hinaus zu konstatieren ist, zu verstehen sei – von diesen die Mehrzahl während des Kriegs ein Portrait (Ambro- und Ferrotypien sowie Carte-de-visite-Aufnahmen) von sich zu einem Preis von 1 bis 5 \$ anfertigen ließ, so wird deutlich, um welch enorme Summen es hier geht. Die *New York Tribune* berichtet etwa über die Photographen Bergstresser Brothers in ihrer Ausgabe vom 20. August 1862, dass sie »followed the army for more than a year and taken, the Lord only knows how many thousand portraits. In one day, since they came here [i.e. Fredericksburg] they took in one of their galleries, 160 odd pictures at \$ 1.00 each (on which the net profit was probably ninety-five cents).« (Zit. nach Marien 2002: 93; vgl. zum Amerikanischen Bürgerkrieg dort auch 92–100) Das Gros der im Krieg wie im Bürgerkrieg entstehenden Bilder sind Portraits – und daran hat sich bis heute wenig geändert, spielt doch etwa

⁴ Vgl. zu Roger Fenton: Gernsheim (1954); zu Beato die material- und linkreiche Wikipediaseite: http://en.wikipedia.org/wiki/Felice_Beato (letzter Zugriff: 20.9.2010) und zu James Robertson vgl. Henisch/Henisch (2002).

⁵ Ich folge den Angaben von Davis (1991, 2007) sowie Frassanito (1978).



Abb. 1: *Soldiers' Photographs Received at Dead Letter Office, 1861–65*

im Ersten und Zweiten Weltkrieg diese nahezu »private« Photographie eine entscheidende Rolle (Abb. 1).⁶

Das zweite Feld ist das der Stereophotographie, die seit Mitte der 1850er Jahre zu einem regelrechten Massenmedium wurde. Fast ein jeder Haushalt mit zumindest mittlerem Einkommen hatte einen Stereobetrachter und erwarb Einzelbilder oder meist Bilderserien, die man dann zuhause betrachten konnte.⁷ Aufgrund des stereoskopischen Effekts erschienen diese Bilder dreidimensional, hatten eine visuelle Plastizität des Dargestellten. Diese besondere Anschaulichkeit ist für die Rezeption der Bilder von besonderer Bedeutung, da sich dem Betrachter ein regelrechter Bildraum öffnete, in den er nachgerade einzutauchen meinte. Während des Bürgerkriegs wurden Tausende solcher Stereokarten vertrieben; allein Antony hatte 1865 mehr als 1100 unterschiedliche Motive auf Lager, die er unter dem Reihentitel »Photographic History: The War for the Union« vertrieb (Keith 2007: 178). Der

⁶ Im Ersten Weltkrieg etwa in Form von Postkarten, die Soldaten aufnehmen ließen und dann an ihre Familien schickten. Vgl. dazu das wohl beste Buch zur Photographie im Ersten Weltkrieg: Holzer (2007). Dort auch zahlreiche weitere Literaturhinweise.

⁷ Zur Geschichte der Stereophotographie vgl. expl. Darrah (1977).



Abb. 2: Timothy O'Sullivan, *Alfred R. Waud Sketching at Gettysburg*

Amerikanische Bürgerkrieg wurde nicht zuletzt aufgrund der massiven Verbreitung von Stereokarten als erster »living room war« beschrieben (Grover 1984).

Der dritte Bereich waren Photographien für die Berichterstattung der großen Zeitungen, wie *Harper's Weekly* oder *Frank Leslie's Illustrated Newspaper*, die allerdings auch Zeichner an die Front entsendeten, die mitunter Motiv der Photographen wurden, wie die Aufnahme O'Sullivans des Malers Alfred Waud zeigt (Abb. 2).⁸

Da seinerzeit Photographien nicht gedruckt werden konnten, sondern erst wieder in Zeichnungen bzw. Stiche übersetzt werden mussten, und zudem die Herstellung und der Transport von großformatigen Aufnahmen langwierig und kompliziert war (es handelte sich um Glasplatten, die einzeln aufwendig belichtet und entwickelt werden mussten), griffen die Zeitungen nur in relativ geringem Umfang auf Photographien zurück (Abb. 3 und 4). Mitunter dauerte es Wochen, bis die Bilder erscheinen konnten.

⁸ Vgl. zu diesem Zeichner auch http://en.wikipedia.org/wiki/Alfred_Waud (letzter Zugriff: 20.9.2010).



Abb. 3: Alexander Gardner, *Confederate Dead Gathered for Burial*, 1862



Abb. 4: Anon., *Zeichnung nach einer Photographie von Alexander Gardner*, 1862

Ein vierter, ökonomisch vergleichsweise marginaler, aber für die Rezeption kaum zu überschätzender Bereich war schließlich jener von überaus aufwendigen Alben mit Originalabzügen, die niedrige Auflagen hatten, aber spätestens im 20. Jahrhundert eine enorme Aufmerksamkeit erfuhren. Zu nennen sind hier insbesondere Alexander Gardners *Photographic Sketchbook of the War* (Washington 1866)⁹ in zwei Bänden mit 100 Abzügen, für die der seinerzeit enorme Preis von 150 \$ aufgerufen wurde (das entspricht heute in etwa 3000 \$) und von denen daher maximal 200 Exemplare angefertigt wurden, und George N. Barnards *Photographic Views of the Sherman Campaign* (New York 1866) mit 61 Aufnahmen.¹⁰ Dass beide durchaus in einem (ästhetischen wie ökonomischen) Konkurrenzverhältnis zueinander standen, zeigen das gleiche Erscheinungsjahr und die vergleichbare Erscheinungsform an.¹¹

Angesichts dieses riesigen photographischen Markts ist es überraschend, dass weite Teile des Kriegs undokumentiert blieben: So gibt es kaum ein Dutzend Aufnahmen von Schlachtszenen und schon kurz nach Beginn des Kriegs beschränken sich die Photographien zudem nahezu ausschließlich auf Aufnahmen der Unionisten. Die Photographen der Konföderierten hatten durch die Blockade der Häfen schlicht kein eigenes Material zur Verfügung und aufgrund der enorm gestiegenen Preise auch keinen Absatzmarkt mehr. Zwar wäre es durchaus möglich gewesen, Materialien zu erhalten, wenn man einen entsprechenden Preis gezahlt hätte, aber offenbar hatte sich die Photographie im Vergleich mit dem Norden als Mittel visueller Kommunikation und symbolischer Repräsentation – und das meint hier sowohl die Darstellung des Krieges als auch die Portraitaufnahmen, die Soldaten anfertigen ließen – weitaus weniger durchgesetzt. Auch hier können wir einen Konflikt von zwei unterschiedlichen Haltungen, ja Entwicklungsstufen bezüglich der technischen Modernisierung und der Modernisierungseffekte der Photographie, sprich des Einsatzes von technischen Bildern, beobachten: Der industriali-

⁹ Vgl. dazu auch eine Teilpublikation samt Dokumentation im Netz:

<http://rnc.library.cornell.edu/7milVol/volume.html#Pub>
<http://rnc.library.cornell.edu/7milVol/volume.html#Pub> (letzter Zugriff: 20.9.2010).

¹⁰ Gardners und Barnards Bücher erschienen beide als Reprint bei Dover Publications in New York. Beide sind abgebildet in: Parr/Badger (2004: 44 f.).

¹¹ Angesichts des beschränkten Rahmens dieses Aufsatzes können leider die unterschiedlichen visuellen wie publizistischen Strategien hier nicht verglichen werden, obwohl das ein überaus interessanter Gegenstand wäre. Zwei knappe Anmerkungen: Bei Gardner werden Bilder und Erläuterungen zusammen abgedruckt und zwar so, dass in der Originalausgabe die Textseite nicht links neben der Photographie, sondern vor dieser eingebunden war. Bei Barnard wurden Bilder und Texte komplett getrennt und erschienen separat. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Text-Bild-Beziehungen, die in vieler Hinsicht hier aufschlussreich sind, da oftmals auf den Bildern vom Krieg eben schlicht nichts mehr zu sehen ist. Weiterhin dominiert bei Barnard ein eigentümlicher, nahezu romantischer Zug: Ihm kam es darauf an, bestimmte Stimmungen zu erzeugen und er kopierte daher etwa Wolken in die Abzüge hinein. Fast scheint es, als fasziniere ihn die Rückverwandlung eines Kulturraums in Ruinen und Natur – denn genau diese werden breit dargestellt.

Abb. 5: *Kamerawagen*
 von Matthew Brady bei
 der zweiten Schlacht
 von Bull Run, 1862



sierte Norden verwendet massenhaft Photographien – und das von einer breiten privaten bis hin zu einer bereits gut organisierten öffentlichen Nutzung –, während der eher rurale Süden bei diesem visuellen Fortschrittsoptimismus deutlich zurückhaltender ist.

Das Fehlen von Aufnahmen der zahlreichen Kampfhandlungen hingegen hatte einen dreifachen Grund: Zum einen war dies wegen der langen Belichtungszeiten (zwischen zwanzig Sekunden und mehreren Minuten) technisch kaum möglich, zum anderen war die privilegierte Position des photographischen (wie zeichnerischen) Betrachters »an overall, distant view« (Snyder 1976: 17–22), ein »olympischer« Blick, oder, in den Worten Alan Trachtenbergs, »like the eye of eternity« (Trachtenberg 1979: XII), und schließlich operierten Gardner und Brady in den letzten Kriegsjahren fern der Front von ihren Ateliers in New York und Washington D.C. aus, von denen sie, wenn sie von einer Schlacht erfuhren, an die Front eilten. Dort trafen sie allerdings meist erst nach Ende der Schlachten ein. Beide begleiteten jedoch auch über viele Monate hinweg – wie zahllose weitere Photographen (allein die Potomac-Armee führte einen Tross von 300 Photographen mit sich) – Armeen mit einem Wagen, in dem sie eine Dunkelkammer eingerichtet hatten, um dort die belichteten Platten gleich zu entwickeln (Abb. 5).

Doch auch das benötigte enorm viel Zeit. Gardner brauchte geschlagene fünf Tage, um die siebzig Aufnahmen, die er am Antietam angefertigt hatte, zu entwi-



Abb. 6: Alexander Gardner, *Antietam Bridge*, 1862

keln (Lee/Young 2007: 24). Und George Barnard, der sich dem Marsch des Generals William T. Sherman an die Küste angeschlossen hatte, konnte dem eingeschlagenen Tempo nicht folgen und sah sich gezwungen, dem Armeetross nachzureisen und zudem einen Teil seiner Aufnahmen bei seinem zweiten Besuch derselben Orte während des Rückwegs aufzunehmen – allerdings evidenterweise in erheblichem zeitlichen Abstand zu den Kriegereignissen (Mulligan 2005: 267; zum Amerikanischen Bürgerkrieg dort auch: 258–271).

Was nahm aber nun Alexander Gardner am Antietam auf, nachdem er dort als offenkundig erster Photograph zwei Tage nach der entscheidenden Schlacht am 19. September 1862, »within hours after it was confirmed that the Confederates had withdrawn from the field« (Frassanito 1978: 52), eingetroffen war? Es entstanden, wie William A. Frassanito minutiös nachgewiesen hat, insgesamt 95 Aufnahmen, die, da kleinformatische Stereoaufnahmen später nicht mehr in großformatige Abzüge verwandelt werden konnten, für unterschiedliche Zwecke angefertigt wurden: siebenzig Photographien, die noch im September 1862 entstanden (davon 55 Stereoaufnahmen von Gardner und Gibson sowie 15 großformatige Aufnahmen,



Abb. 7: Alexander Gardner, *Burnside Bridge*, 1862

bei denen sieben von Gibson und acht von Gardner stammen) sowie 25 weitere Aufnahmen (zwölf Stereo- und 13 großformatige Photographien), die allerdings erst im Oktober angefertigt wurden. Von diesen 95 Aufnahmen entfallen allein zwanzig auf Brücken, die mitunter aus verschiedenen Perspektiven aufgenommen wurden. Diese waren ihm offenkundig wichtiger als die Spuren der Schlacht. Zwei von ihnen finden sich dann auch in seinem *Sketch Book*: die Antietam Bridge und die Burnside's Bridge (Abb. 6 und 7).

Beide erscheinen dort wie sämtliche Aufnahmen des Albums zusammen mit einem ausführlichen begleitenden Kommentar, der nicht selten das zu evozieren sucht, was eben *nicht* zu sehen ist. Es handelt sich, so Gardner, um »one of the most memorable spots in the history of war, although but little suggestive in its present sunny repose« (Gardner 1959: vor Tafel 19), oder er merkt bei der Burnside's Bridge an: »It was at this point that some of the most desperate fighting of the battle of Antietam occurred. [...] The stone wall extending from the bridge still bears evidences of the battle, and it is the only monument of many gallant men who sleep in the meadow at its side« (ebd.: vor Tafel 20). Das Präteritum



Abb. 8: Francis Bedford, *Buckland Bridge on the Webburn*, ca. 1865

ist hier zu recht gewählt, da ja in der Tat von dem »blutigsten Tag in der amerikanischen Geschichte«, wie die Schlacht am Antietam gemeinhin bezeichnet wird, nichts mehr zu sehen ist: Die Brücke wird dargestellt wie bei einer Landschaftsaufnahme Francis Frith', James Valentines oder Francis Bedfords, die – wie dann auch Gardners Aufnahme – der romantischen Tradition verpflichtet sind (Abb. 8 und 9).

Die durchaus merkwürdige Privilegierung von Brücken als Motiven der Antietam-Bilder erklärt sich durch die diesem Ort zugewiesene unsichtbare Geschichtsträchtigkeit, durch seine historische Aura, *und* durch ihre Erfüllung eines Bildprogramms, dem es weniger um Aktualität als um einen, wie es später hieß, »bildmäßigen« Charakter der Photographie ging, um die Schönheit des Bildes, die bestimmten Kategorien und Regeln zu entsprechen hatte. Die Photographie oszilliert zwischen zwei Ansprüchen: Einerseits soll sie historische Orte, »Erinnerungsorte« im Sinne von Pierre Nora, Etienne François und Hagen Schulze (vgl. François/Schulze 2001; Nora 2005), zeigen, dies aber andererseits weniger im Sinne einer Dokumentation eines präzisen historischen Augenblicks, sondern als bereits Geschichte gewordener und zugleich die Geschichte prägender Ort, mithin in Form eines trotz des Schreckens den Kompositionsregeln der Schönheit entsprechenden Bildes. Es geht nicht, wie in der Pressephotographie zu Beginn des



Abb. 9: Francis Frith (zugeschrieben), *Ivybridge*, ca. 1870

20. Jahrhunderts, um den »entscheidenden Augenblick«,¹² der beanspruchen soll, eine ganze Geschichte in dem Bild eines Moments eingefangen zu haben, sondern vielmehr um Bilder von Orten oder Motiven, die im Dargestellten Dauer evozieren sollen.

Gardners Photographien der Brücken in Antietam zeichnen sich durch eine weitere eigentümliche Ambivalenz aus. Einerseits beanspruchen sie, das der Photographie seinerzeit aufgegebene Programm, nämlich objektive, realistische Bilder naturgleich aufzuzeichnen, zu erfüllen, andererseits ist es offenkundig, dass ihnen ihr vermeintlicher Gegenstand abhanden gekommen ist: der Bürgerkrieg. Dieser kann nur benannt, aber nicht gezeigt werden. In der Vorbemerkung zu seinem Buch unternimmt Gardner jedoch eine emphatische Bestimmung der Photographie in expliziter Absetzung von der sprachlichen Beschreibung: »Verbal representations of such places, may or may not have the merit of accuracy; but photographic presentments of them will be accepted by posterity by an undoubting faith« (Gardner 1959, vor Frontispiz). Der Realitätseffekt der Photographie ist offenkundig unstrittig und zugleich unabhängig von dem dargestellten *historischen* Gesche-

¹² So der Begriff, den Henri Cartier-Bresson zu einer programmatischen Bestimmung der Ästhetik wie Aufgabe der Pressephotographie genutzt hat (vgl. dazu Cartier-Bresson 1998: 11–30).



Abb. 10: Edwin Forbes, *The Charge across the Burnside Bridge at the Battle of Antietam, September 17, 1862*

hen. Es geht nicht um historische Ereignisse, sondern vielmehr um die Darstellung historischer Orte, um ihre Verwandlung in Erinnerungsorte, um konstruierte Überzeitlichkeit. Das ist eine Aufgabe der Photographie im Bürgerkrieg.

Gardner konnte dabei zugleich auf die offenkundig inszenierte Bedeutung der Schlacht von Antietam bzw. der »Battle of Sharpsburg«, wie sie im Süden genannt wurde, zurückgreifen und verstärkte diese photographisch. Auch in der Berichterstattung ging es dezidiert um Symbolisierungsakte: Der Brücke über den Antietam Creek sollte für die Betrachter eine strategische Bedeutung zugewiesen werden, die sie de facto kaum hatte, da die weiter abgelegenen Furten über den Antietam problemlos erreichbar waren und der Fluss im September nicht sonderlich viel Wasser führte. Viele Soldaten überquerten daher den Fluss schlicht zu Fuß. Da Lincoln jedoch einen Sieg und, weit mehr, ein sichtbares Zeichen dieses Sieges benötigte, um den zaudernden europäischen Mächten eine diplomatische (oder gar militärische) Intervention zugunsten des Südens zu erschweren und der wenig kriegsbegeisterten Bevölkerung des Nordens eine positive Entwicklung des Kriegsgeschehens demonstrieren zu können, kam die Brücke als symbolische Abbeviatur gerade recht. Antietam steht daher für einen Ort und einen Sieg. Die Photographien der



Abb. 11: Anon., *Battle of Antietam*, 1862

Brücken inszenieren nachgerade diese Verkürzung, indem sie eben die Brücken in den Fokus rücken.¹³

Im Vergleich mit zwei weiteren Aufzeichnungsformen kann die eigentümliche Zwitterposition der Photographie vielleicht besser bestimmt werden. Von der Brücke über den Antietam während der Schlacht sind auch eine Reihe von zeitgenössischen Zeichnungen bzw. später erschienenen Stichen erhalten. Von Edwin Forbes stammt etwa diese Skizze vom 17. September 1862, spricht vom Tag der entscheidenden Schlacht selbst (Abb. 10).

Im Vergleich mit einem dann später publizierten Stich (Abb. 11) und einer Chromolithographie von 1887 (Abb. 12) wird deutlich, dass Forbes in seinem *Sketch Book* möglichst schnell das Geschehen in die Komposition eines Bildes zu

¹³ Diese und einige weitere Beobachtungen verdanke ich Stefan Zahlmann, der den Text ausführlich kommentiert hat. Ihm sei sehr herzlich für die wichtigen Anregungen und Präzisierungsvorschläge gedankt.



Abb. 12: Kurz und Allison, *Battle of Antietam*, 1887

übertragen suchte, für die Soldaten hingegen visuelle Kürzel einsetzte: »Abbreviation was the key: a single stick figure in the sketchpad could represent a whole corps« (Lee/Young 2007: 24). Diese visuellen Kürzel konnte er oder ein anderer Lithograph später ausbuchstabieren, ausschmücken und nach Belieben ausgestalten.

Der Phantasie waren nur die Grenzen der Gesamtkomposition gesetzt: dieser Rahmen konnte dann nach Belieben gefüllt werden. Bei Gardner und auch anderen Photographen dieser Zeit blieb es nicht selten einzig bei der Komposition: diese dominierte die Bildwirkung. Durchaus erkennbare Details spielten eine untergeordnete Rolle – und auch das ist überraschend, da in der Frühzeit der Photographie das genaue Studium der unendlichen vielen wie feinen Details der Bilder mit der Lupe visuell belegt, dass es sich um Bilder handelt, die der *Zeichnstift der Natur*, so der Titel von William Henry Fox Talbots epochalem Buch, und nicht die Hand des Menschen aufgezeichnet habe.

Die Bedeutung der Komposition zeigt auch ein weiteres Beispiel, das mehr als ein Jahrhundert später gerade dank der Details eine andere Geschichte rekonstruierbar macht als jene, deren Spuren die Photographie vermeintlich objektiv aufzeichnet. Der Authentizitätsanspruch der Photographie wurde jedenfalls seinerzeit

auch dadurch nicht in Zweifel gezogen, dass Gardner Roger Fentons Aufnahmen aus dem Krim-Krieg zum Vorbild nahm und mitunter das Vorgefundene neu arrangierte, um eine bessere Bildwirkung zu erzielen. William Frassanito hat dies etwa für die Tafel 41 des *Sketch Book* nachgewiesen (Abb. 13). Es ist mehr als nur wahrscheinlich, dass Gardner zusammen mit seinem Kollegen O'Sullivan nicht nur den Leichnam des gefallenen Soldaten um vierzig Yards verrückte, sondern auch das auf beiden Bildern zu sehende Gewehr eigens ›malerisch‹ an seine Stelle setzte. Gardner kommentiert das Bild hingegen so, als habe er diese Szene genau so vorgefunden: »The artist [...] found in a lonely place the covert of a rebel sharpshooter, and photographed the scene presented here« (Gardner 1959: vor Tafel 41). Frederic Ray bereits 1962 und dann William Frassanito in seiner akribischen Analyse und Rekonstruktion der Photographien der Schlacht von Gettysburg haben nachgewiesen, dass es sich bei dem gefallen Soldaten von Tafel 41 um denselben Soldaten handelt, der zwei Seiten vorher, nämlich auf Tafel 40 (Abb. 14) abgebildet ist (Ray 1961: 19) – nur dass er hier nicht nur an einem anderen Platz liegt (›lying as he fell when struck by the bullet«, schreibt hingegen Gardner 1959: vor Tafel 40), sondern auch sein politisches Lager ein anderes ist. Weiterhin wurde auch die Waffe nicht von Scharfschützen benutzt (Abb. 14).

Gardner stellte die beiden Bilder in seinem Album nacheinander, um zu suggerieren, dass die Scharfschützen bei den Unionisten und den Konföderierten gleichermaßen zu Tode kamen, indem er den Gefallenen bzw. hier die Gefallenen erst als Soldaten der Unionisten und dann der Konföderierten identifiziert und das wohl wissend, dass es sich um ein und denselben Soldaten handelt. Die Identität der Lager im Bürgerkrieg spielt – und das ist ein durchaus überraschender Befund, da Gardner sich selbst als »Photographer, Army of the Potomac« (Marien 2002: 98) bezeichnete – für das Bildprogramm keine entscheidende Rolle. Seiner Inszenierung geht es weniger um die Identifizierung einzelner Soldaten oder gar um ihre Verwandlung in Helden des Bürgerkriegs als vielmehr um die möglichst eindrückliche Visualisierung der Schrecken des Krieges, die Individuen zu anonymen Opfern macht. Gardner zielt auf eine Dokumentation der Schrecken des Bürgerkriegs als solcher, ungeachtet seiner politischen Überzeugungen, die er wohl mit der Potomac-Armee teilte. Seine Photographien im Bürgerkrieg versuchen nicht, mithilfe von Manipulationen die Identitätskonstruktionen der jeweiligen ideologischen wie militärischen Lager zu verschärfen, sondern im Gegenteil über die Opponenten und ihre Identitätslogik hinauszugehen:¹⁴ Es geht um das Einreißen von Identitätsdifferenzen, um – und das ist vielleicht ein weiterer metaphorischer Grund für Gardners Privilegierung von Brücken als Motiv – ihre Überbrückung. Die in den Bildern aufgezeigte historische Bedeutung, ihre pikturale Verwandlung in Erinnerungsorte, transzendiert notwendigerweise die präzise historische Refe-

¹⁴ Dies wurde als einer der wichtigsten Faktoren für die Erklärung der Entstehung von Bürgerkriegen herausgearbeitet (vgl. expl. Bussmann/Hasenclever/Schneider 2009).



Abb. 13: Alexander Gardner, *Home of a Rebel Sharpshooter*, 1863



Abb. 14: Alexander Gardner, *A Sharpshooter's last sleep*, 1863

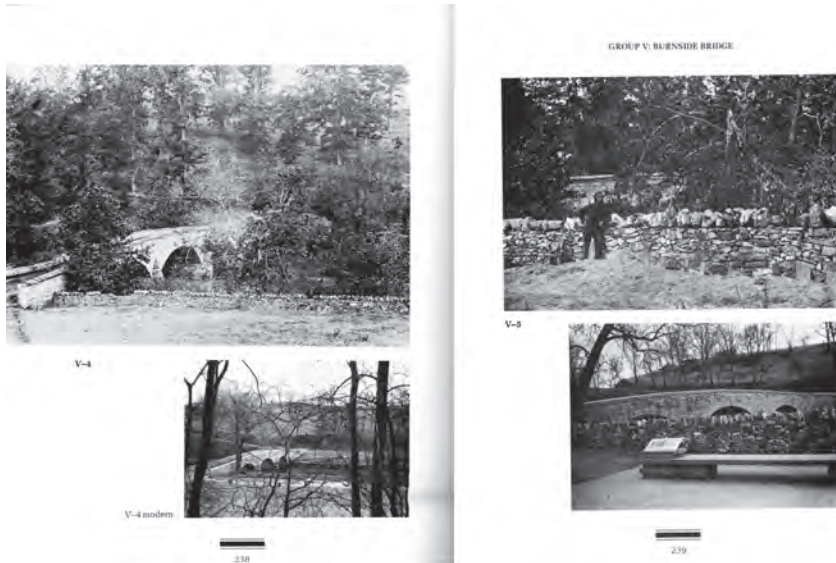


Abb. 15: *Burnside Bridge*, damals und heute, aus: William A. Frassanito, *Antietam. The Photographic Legacy of Americas Bloodiest Day*

renz. Daher auch die eigentümliche Inszenierung ein- und desselben gefallenen Soldaten erst in dem einen und dann in dem anderen Lager. Dass der begleitende Text diese Zuordnung leistet, während die Bilder sie suspendieren und das Gegenteil visuell belegen, weist die Inszenierung als Strategie aus.

Für diesen Befund spricht auch, dass die Photographen im Bürgerkrieg weitgehend unbehelligt reisen konnten: Meist folgten sie zwar einer Armee und hatten zudem nicht selten einen Brief Lincolns dabei, der ihnen freien Zugang gewährte. Wenn sie denn, was sowohl Gardner als auch Brady geschah, in die Hände der Südstaatenarmee fielen, so wurden sie zwar erst einmal verdächtig, Spione zu sein, dann aber doch wieder freigelassen. Sie galten weithin als neutrale Beobachter, nicht aber als Partisanen, Spione oder wichtige Vertreter eines Propagandafeldzuges.

William Frassanito hat mehr als einhundert Jahre nach dem Bürgerkrieg in diversen Büchern den im Vergleich mit Gardner genau umgekehrten Weg eingeschlagen, indem er einerseits dessen Aufnahmen in dem Album mit sämtlichen erhaltenen Originalnegativen verglichen hat (mithin also eine vergleichende Analyse aller Bilder vorgenommen hat), um diese dann andererseits im Vergleich mit den Orten, wie sie heute vorgefunden werden können, zu identifizieren und zu rekonstruieren. Idealerweise wird ein jedes Bild, das bei Gardner meist, wenn überhaupt, eine relativ ungenaue Ortsbezeichnung aufweist, auf dem Schlachtfeld, das

eine Größe von zwölf Quadratmeilen hatte, lokalisiert. Frassanito versucht, möglichst präzise »the immediacy of each scene as it relates to the historical record« (Frassanito 1978: 18) zu rekonstruieren und dabei auch die Anonymität der gefallenen Soldaten in Gardners Aufnahmen in individuelle Schicksale zu verwandeln, indem er die filigrane Analyse der historischen Bilder durch Portraits und Lebensläufe einzelner Soldaten unterbricht. Neben den Photographien Gardners und ihren zeitgenössischen Pendants enthält das Buch daher einen dritten Typ Bilder: Portraitaufnahmen einzelner Soldaten. Frassanito stellt den Aufnahmen Gardners und seiner Mitarbeiter zeitgenössische Photographien derselben Stätten gegenüber, die er in jahrelanger Arbeit identifiziert hat. So steht neben der Aufnahme der Burnside's Bridge Gardners eine moderne Ansicht und in einer zweiten Photographie verwandelt sich in emblematischer Weise ein an eine Mauer gelehnter Soldat in einen Gedenkstein, der heute an dieser Stelle steht (Abb. 15).

William Frassanito zieht bei seinen nachgerade detektivischen Untersuchungen auch andere Quellen zu Rate, so auch einen Bericht von Oliver Wendell Holmes. Wendell Holmes war nicht nur einer der seinerzeit bekanntesten Essayisten Amerikas, dessen Artikel meist im *Atlantic Monthly* publiziert wurden, sondern auch Mediziner, Dichter und Autor von drei wegweisenden Essays zur Photographie. In diesen finden sich die Metaphern, die die Deutung der Photographie maßgeblich bestimmen, ausbuchstabiert. Einer dieser Essays trägt den Titel »Doings of the Sunbeam« und enthält auch einen Abschnitt über die Schlacht am Antietam:

»Wir haben nun eine Photoserie vor uns, die das Schlachtfeld und dessen Umgebung nach der großen Schlacht am Antietam vom 17. September [1862] zeigt. Dieses schreckliche Mahnzeichen einer der blutigsten Schlachten des Krieges verdanken wir dem Unternehmen des Mr. Brady aus New York. Wir selbst waren am Sonntag nach dem Mittwoch, an dem die Schlacht stattfand, auf dem Schlachtfeld. Es ist jedoch nicht an uns, die Wirklichkeitstreue der Bilder zu bezeugen, die das wahrhaftige Licht in ihrer ganzen grauenhaften Wirklichkeit aufgezeichnet hat. [...] Wer wissen möchte, was Krieg ist, möge sich diese Photoserie anschauen. Diese verstümmelten Männer, achtlos zu Haufen aufgetürmt oder grässlich in langen Reihen zur Bestattung hingelegt, haben gestern noch gelebt. Geliebt von ihrem kleinen Kreis, weit weg von hier die meisten – und wie wenig umsorgt von dem erschöpften Kommando, dessen Amt es ist, sie der Erde zu übergeben! Ein Offizier mag hier und da identifiziert werden, doch was den Rest angeht – wenn es sich um Feinde handelt, werden sie gezählt, und das ist alles. »80 Rebellen liegen in dieser Grube« – so lautete eine der Grabinschriften, die wir lasen und aufzeichneten. Viele werden diese Photoserie nicht durchsehen wollen. Und viele, die sie angesehen und von diesen schrecklichen Bildern geträumt haben, werden sie in einer geheimen Schublade verschließen, damit sie niemanden entsetzt oder erschüttert, dessen Seele solch ein Anblick krank machen könnte. Diese Bilder anzuschauen war so sehr wie der Besuch auf dem Schlachtfeld, dass alle Gefühle, die damals der Anblick des grauenhaften, mit Leichen und Fetzen

übersäten Schlachtfelds auslöste, zurückkehrten, und so begruben wir die verstümmelten Überreste der Toten, die uns diese Bilder allzu lebendig vor Augen führten, in einem verborgenen Winkel unseres Arbeitszimmers. Doch die Darstellung des Krieges und der Schlachten sollte die Wahrheit vermitteln. Für einen Baron Gros oder Horace Vernet ist es gut genug, einen kaiserlichen Herrn mit erfundenen Portraits zu beliefern, auf denen sie so aussehen, wie sie gern aussehen möchten. Das ehrliche Sonnenlicht ›ist der Natur strengster Maler, aber der beste‹. Und das vermittelt uns selbst ohne die blutrote Einfärbung des letzten Bildes eine Vorstellung davon, wie abstoßend, brutal, abscheulich, häßlich dieser Zusammenstoß zweier fanatischer Mobs ist, die wir Armeen nennen. Wir glauben gern, das Ziel rechtfertige die Mittel. Doch der Anblick dieser Bilder ist ein Kommentar zur Zivilisation, den ein Wilder durchaus triumphierend seinen Missionaren entgegenhalten könnte. Aber erst solch ein Martyrium bringt uns die Erlösung.« (Holmes 1864a: 266–268; dt. 2010: 88 f.)

Oliver Wendell Holmes eilte damals nach Antietam, um dort nach seinem Sohn zu suchen, nachdem er von dessen Verwundung erfahren hatte (Frassanito 1978: 57 f.) Die Verletzung stellte sich als nicht lebensbedrohlich heraus – und Oliver Wendell Holmes jr. sollte dann später einer der wichtigsten Juristen der Staaten werden. Diese persönliche Geschichte wird hier ebenso wenig erwähnt wie seine eigenen Eindrücke, die nur zur Sprache kommen, insofern sie mit den Aufnahmen korrelierbar sind: So erwähnt er etwa ein totes Pferd, das sich auch in Gardners Album abgebildet findet. Holmes geht es um die besondere Dokumentationsqualität der Photographie, die gerade in der Extremsituation des Krieges und angesichts der schrecklichen Bilder eine besondere Macht und eine eigene performative Gewalt hat, die er rhetorisch beschwört. Dass er sich dabei auf Mathew Brady und nicht auf Alexander Gardner beruft, bedeutet allerdings nicht, dass es sich um ein anderes Konvolut von Bildern handeln würde. Brady hatte Gardners Bilder in New York ausgestellt. Gardner hatte auch lange Zeit für Brady gearbeitet. Ihm kam es anders als Gardner, der auch in seinem *Sketch Book* die Photographen, die nun für ihn arbeiteten, jeweils angibt, nicht darauf an, den Photographen namentlich zu würdigen. Auch das ist ein interessantes Phänomen, da die Photographie im Amerikanischen Bürgerkrieg eine Umbruchsituation markiert: Fortan wurden Photographien fast durchweg namentlich gekennzeichnet, vorher waren sie oft anonym oder erschienen unter dem Namen der Firma, für die die einzelnen Photographen arbeiteten. Allein Brady hatte während des Bürgerkriegs zwanzig Photographen unter Vertrag, die ihn nach eigener Schätzung 100.000 Dollar kosteten (Taft 1942). Bradys Ausstellung, auf deren Bilder Holmes sich bezieht, hatte seinerzeit eine enorme Resonanz und führte zu einer Vielzahl von Artikeln, die sich in ähnlicher Weise von der »terrible distinctness« der Bilder und insbesondere der Aufnahmen Gefallener schockiert zeigten.

In seinen weiteren Texten zur Photographie hat Oliver Wendell Holmes immer neue Bilder gefunden, um diese herausragende Bedeutung der Photographie für

die Kultur zu beschreiben: Es ist die Rede von einem »Spiegel mit einem Gedächtnis«, von »Eidola«, die eine nachgerade physische Übersetzung des Gegenstandes in das photographische Bild ermöglichen sollen, oder von »fossilisierten Schatten«. Zu Beginn des Essays »Sun-Painting and Sun-Sculpture« deutet er eine ihrerseits ebenso blutrünstige antike Geschichte photographisch um: die Häutung des Marsyas durch Apoll:

»Es gibt eine antike Fabel, die Lord Bacon in seiner *Weisheit der Alten* nicht interpretierte: die Geschichte von der Häutung des Marsyas durch Apoll. Jeder kennt wohl die anerkannte Fassung, wonach der junge Hirte Minervas Flöte fand und frech genug war, den Gott der Musik zu einem musikalischen Wettkampf herauszufordern. Er verlor natürlich. Der Sieger, so heißt es in der Geschichte weiter, band ihn an einen Baum und zog ihm bei lebendigem Leibe die Haut ab. Doch der Gott des Gesangs war auch der Gott des Lichts, und eine kurze Überlegung enthüllt die wahre Bedeutung dieser scheinbar barbarischen Geschichte. Der junge Rivale gefiel dem Apoll, weshalb er ihm vor einer eisernen Stütze (dem *Baum* der Fabel) in Positur stellte und eine *Photographie*, ein Lichtbild, von ihm aufnahm. Dieser hauchdünne Film, dieses *Häutchen* aus Licht und Schatten wurde widersinniger Weise als die *cutis*, die ungegerbte lederne Hülle des jungen Hirten interpretiert. Die Entdeckung der Photographie durch den Menschen versetzt uns nun in die Lage, den Irrtum zu korrigieren, dem jungen Mann dieses wichtige Kleidungsstück zurückzuerstatten und Apolls Charakter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Damit ist nun wieder ein Flecken weniger auf der Sonne, da der himmlische Diebstahl des Prometheus Daguerre und seiner Mitstreiter uns in die Lage versetzt hat, die alte Legende zu verstehen. Inzwischen häuten wir unsere Freunde alle paar Jahre, Monate oder Tage und lassen uns von ihnen mit Hilfe des schneidenden Sonnenstrahls häuten, der diese Arbeit bei Marsyas verrichtete. Alle Welt hat diese Häutung zu ertragen – Könige und Königinnen ebenso wie alle übrigen.« (Holmes 1864b: 166 f.; dt. 2010: 33)

Oliver Wendell Holmes verweist die Erfindung der Photographie an die Tradition der antiken Mythologie: Apoll, der Gott der Musik und des Lichts, war bereits ein Photograph und seine Häutung des Marsyas eine photographische Belichtung; er hatte ihm die Eidola, die Häutchen abgezogen und in ein Bild gebannt. Holmes, der den in den Staaten meistverkauften Stereobildbetrachter entworfen hatte (vgl. hierzu Holmes 1869: 1–9), deutet die Photographie als eine neue demokratische wie zugleich natürliche, weil die Konventionen der Kunst und Kultur transzendierende Bildsprache, deren Evidenz durch ihr Aufzeichnungsverfahren verbürgt ist: Es sind eben »Doings of the Sunbeam« und nicht bzw. allenfalls in zweiter Linie solche des Menschen. Diese historisch neue Aufzeichnungsqualität überwölbt die literarische und sprachliche Beschreibung, die sich daher, wenn sie auf Photographien zurückgreift, auf diese so beziehen kann und muss, als seien diese der Gegenstand selbst.

Angesichts dieser besonderen Bedeutung, die der Photographie zugewiesen wird, mag es durchaus überraschen, dass die zahlreichen Photographien Gardners und auch Bradys (von denen ein nicht unerheblicher Teil von Gardner stammte) eine mehr als nur wechselvolle Geschichte hatten. Auch diese ist von besonderem Interesse für die Rolle der Photographie im Bürgerkrieg, spiegelt sie doch unterschiedliche Phasen der Auseinandersetzung mit ihm. Beide versuchten früh, ihre Bilder, deren historische Bedeutung unumstritten war, an den Kongress zu verkaufen und verfassten etwa 1869 eigens eine Petition, die aber abgelehnt wurde. Erst 1875 kam es zum Ankauf der Photographien Bradys zu einem für ihn enttäuschenden Preis, der auch nicht ansatzweise seine Kosten deckte. Gardners 90.000 Glasnegative wanderten hingegen erst zu einem Berufsphotographen in Washington D.C., der diese gleich an einen Altglashändler weiterverkaufte. Dieser erkannte zwar den besonderen Rang der Bilder als historische Dokumente und versuchte diese auch zu vermarkten – doch ohne jeden Erfolg: Nach Kriegsende interessierte sich niemand mehr für die Bilder. Gardners Glasnegative erging es wie vielen anderen wichtigen Bildern des 19. Jahrhunderts: ihre photographische Schicht wurde entfernt und sie fanden aller Voraussicht nach für den Bau von Gewächshäusern weitere Verwendung. Andere Bestände, wie etwa jene der Firma E. und H.T. Anthony & Co., die auch u.a. Brady und Gardner vertrieben hatten, wurden von der Library of Congress erworben, verschwanden aber wie auch die Aufnahmen Bradys erst einmal im Dunkel der Archive und wurden erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts im großen Stil und mit massivem patriotischen Zug wiederentdeckt – nicht zuletzt in jener monumentalen zehnbändigen *Photographic History of the Civil War*, die 1912 anlässlich des fünfzigsten Jahrestages des Kriegsbeginns in New York erschien.¹⁵ Von nun an findet eine Wiederaneignung dieser Geschichte statt, zu deren wichtigsten Etappen einerseits jene detektivische Rekonstruktion von Forschern wie Frassanito und andererseits die Öffnung der Archive gehört: Der Bildbestand ist heute frei im Netz zugänglich, wird mit Erläuterungen versehen und mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten dort auch immer wieder neu präsentiert.¹⁶

Man kann also grosso modo einen dreistufigen Prozess ausmachen: Einer Phase des Vergessens und Verdrängens der Bilder folgen in erheblichem Abstand eine Wiederentdeckung des Bildbestands und dessen Erschließung im Sinne einer nationalen Geschichte, die weder auf rhetorische Emphase noch auf historische Verkürzungen verzichtet. In einer dritten Phase schließlich werden die Bilder zum

¹⁵ Sie wurde von Francis Trevelyan Miller herausgegeben und griff auf die Originaldokumente und z.T. auch die Kommentare zurück. Im Netz findet sich eine komplette Ausgabe unter: <http://fax.libs.uga.edu/E468x7xM647/phcwmnu.html> sowie <http://www.archive.org/index.php>. (letzter Zugriff: 20.9.2010)

¹⁶ Vgl. expl. den Wikipedia.com-Eintrag zu »Photography and photographers of the American Civil War« [mit zahlreichen links] sowie <http://www.nps.gov/anti/index.htm> und <http://lcweb2.loc.gov/pp/cwphtml/cwpabt.html> (letzter Zugriff: 20.9.2010).

öffentlichen Bildbestand der nationalen Archive und zum Gegenstand einer historischen Forschung. Begleitet wird diese durch einen Memorabilia-Markt, der von Modellbausätzen der Brücken in Antietam bis hin zu Trinkgläsern viele obskure wie befremdliche Produkte bereithält.¹⁷

Gardners Album hat in der Photographiegeschichte eine bedeutende Fortsetzung gefunden, die als Kommentar dieser dritten Phase gelesen werden kann: Es wäre dabei gleichermaßen unfair wie spekulativ, die Südstaatenherkunft von William Eggleston, der Nachfahre eines vermögenden Plantagenbesitzers ist, als Erklärung dafür heranzuziehen, dass er 1976 in seinem Buch *Election Eve* explizit auf Alexander Gardners *Sketch Book* zurückgriff. 1977 erschien das Album in zwei Bänden in identischem Format der Bände Gardners. Es ging zurück auf einen Auftrag der Zeitschrift *Rolling Stone*, »to photograph presidential candidate Jimmy Carter, his family, and their hometown of Plains, Georgia. Carter was away campaigning while Eggleston was there photographing, however, so none of the images show the politician.«¹⁸ Eggleston knüpft an die Tradition der dokumentarischen Photographie von der Farm Security Administration bis hin zu Robert Franks epo-

¹⁷ Vgl. hierzu expl. die folgenden Websites: <http://www.spiritgames.co.uk/figs/lithojpg/h14ac5.jpg> (Modellbausatz – und was daraus entstehen kann): <http://volunteersinparks.blogspot.com/2009/03/burnside-bridge-in-25-mm.html>. Antietam-Memorabilia im großen Stil werden vertrieben unter: <http://antietammuseum.stores.yahoo.net/angltu.html> (letzter Zugriff: 20.9.2010). Der Zeichner Waud, von dem bereits die Rede war, ist sogar – neben zahllosen weiteren Motiven – als kleine Plastikfigur erhältlich.

¹⁸ <http://russellkaye.blogspot.com/2009/03/william-eggleston-and-jimmy-carter.html> (letzter Zugriff: 20.9.2010). Vgl. auch Mazzoni (2009): »Eine andere Vitrine: Darin aufgeschlagen ein Querfolio. Die Deckel nobel marmoriert. Die Ecken und der Bund aus feinstem Leder. Die Seiten aus schwerem Büttenspapier. Darauf aufgezogen 100 technisch raffinierte Farbabzüge aus der Serie ›Election Eve‹. Ähnlich sahen die ersten mit Schwarz-Weiß-Fotografien illustrierten Bücher des 19. Jahrhunderts aus. Für die Fünfer-Auflage der zweibändigen Ausgabe von ›Election Eve‹ stand Gardners ›Photographic Sketch Book of the War‹ 1865 Pate, von dem das Museum of Modern Art ein Exemplar besitzt. Der exklusive Report des Amerikanischen Bürgerkriegs als Vorlage für ein Porträt der Heimat des Präsidentschaftskandidaten Jimmy Carters im Jahr 1976! Auf die Idee muss man erst einmal kommen. Ist das ein spezieller Südstaatenhumor? Die Bilder zeigen nichts, was auf die Wahlen hindeuten könnte. Sie zeigen parkähnliche bis öde Landschaften, eine fähnchengeschmückte Tankstelle, verlassene Veranden, ein gelbes Restaurant mit Resopaltischen, abgewetzten Plastikstühlen und plastifiziertem Blumenschmuck an der Wand. Was hat das mit Carter zu tun? Was mit den Wahlen? Was mit dem Bürgerkrieg? Und warum müssen solche Motive des Beiläufigen im Format eines Prachtwerks erscheinen? Es gibt keine tiefere Bedeutung, behauptet der Künstler. Soll sich doch jeder seinen Reim drauf machen. Eggleston hatte zuvor einen prominenten Auftrag vergeigt. Das *Rolling Stone Magazin* hatte ihn kurz nach seiner aufsehenerregenden Ausstellung im Museum of Modern Art gebeten, Aufnahmen von der Familie Carter und ihrem Heimatort Plains in Georgia zu machen. Eggleston fuhr los, traf den Wahlkämpfer nicht an und machte dann diese menschenleeren Bilder, die das Magazin nie druckte. Für Eggleston, der sich als Nachkomme von Plantagenbesitzern alles leisten konnte und nie darauf angewiesen war, Geld zu verdienen, kein Verlust. Und sein Freund Cuddy Chupp, ebenfalls Fotograf und vermögender Erbe, produzierte aus den zurückgewiesenen Bildern das opulente Tafelwerk.«



Abb. 16: William Eggleston, *Untitled*, 1976, aus: *Election Eve*



Abb. 17: »Eggleston bei Facebook.« Screenshot von www.facebook.com/pages/William-Eggleston/23981767448?v=info

chalem Band *The Americans* an, gibt ihr aber eine ganz neue Wendung: ihn interessiert das Beiläufige, Alltägliche, Randständige, die Oberfläche, unter der es brodelt, wie er es selbst einmal formulierte. Bürgerkriege und Wahlkampf sind der Hintergrund, vor dem sich ein Amerikabild abzeichnet, das deutlich macht, dass die Konflikte (nicht nur zwischen Afro-Americans und Weißen, sondern auch zwischen einer liberal-demokratisch-industrialistischen Ausrichtung und einer traditionalistisch-ruralen) keineswegs überwunden sind, nun aber eine andere Gestalt angenommen haben. Lloyd Fonvielle stellt in seinem Vorwort die Aufnahmen in die Tradition der romantischen Photographie, die auch Gardner geprägt hatte und macht in ihnen eine symbolische Bedeutung aus: Anders als Gardner, dem es auf die Verwandlung in Erinnerungsorte ankam, und auch anders als ihre zeitgleiche Erschließung in Büchern und Websites zeigt sich in jedem von Egglestons Bildern eine andere Art von Zeitlosigkeit: eine Geschichtsvergessenheit.¹⁹ Doch auch Eggleston kommt es – wie sein Facebook-Eintrag trotz der Portraitaufnahme mit einer Waffe, die zum Verwechseln jener des gefallenen Scharfschützen ähnelt, den Gardner aufgenommen hatte, zeigt – auf »demokratische Bilder« an (Abb. 16 und 17). Und das ist letztlich das Bildprogramm, das auch die Bilder Gardners trotz oder gerade wegen ihrer Grausamkeit einerseits und ihrer romantischen Verklärung andererseits umzusetzen suchen.

3. Der Spanische Bürgerkrieg: Capas »Falling Soldier«

»Wenn deine Bilder nicht gut sind, warst du nicht nah genug dran«
Robert Capa

Auch das wohl berühmteste Bild des Spanischen Bürgerkriegs, ja der Kriegsfotographie überhaupt (Richard Whelan spricht sogar von dem »bedeutendsten Kriegsphoto, das je gemacht wurde«, Whelan 2001:7), Robert Capas »Falling Soldier«, erschien 1936 bei der Erstpublikation in der französischen Zeitschrift *Vu* zusammen mit einem zweiten Bild, das seinerseits einen Gefallenen zeigt, aber merkwürdigerweise stets im Schatten des ersten stand (Abb. 18).

Wie bereits bei Gardner haben wir es mit zwei Bildern zu tun, die in komplexer Weise aufeinander bezogen sind. Wie bei Gardner hat diese Doppelkonfiguration eine entscheidende Bedeutung hinsichtlich der Frage, ob die Photographie nun gestellt ist oder nicht. Und schließlich sind diese Bilder Gardners wie Capas jenseits der Frage nach der Inszenierung paradigmatisch für die jeweilige Bildästhetik. In ihnen zeigt sich in exemplarischer Weise, welchem Anforderungsprofil die Photographien zu entsprechen hatten, damit ihnen seitens des Betrachters Authentizität

¹⁹ Auch online unter: http://www.egglestontrust.com/election_eve_intro.html (letzter Zugriff: 20.9.2010).



Abb. 18: Robert Capa, *Falling Soldier*, in der Ausgabe von *Vu* vom 23.09.1936

zugesprochen werden konnte. Während Gardner – etwas überspitzt formuliert – nicht nur überall und immer zu spät kommt und daher sämtliche Schlachten des Bürgerkriegs verpasst, was aber kein Problem ist, da seine Aufnahmen nicht auf den entscheidenden Augenblick, sondern gerade auf dessen Überführung in Dauer zielen, gilt das für Capa nicht länger: Er sucht, wohin auch immer er kommt, gleich nach der Front, um hier das aktuellste Geschehen abzufassen und einzufangen. »Endlich fanden wir die Front in der Nähe des Dorfes Santa Eulalia«, schreibt er etwa 1938 in *Death in the Making*. »Der Feind war außer Sichtweite auf der anderen Seite der Schlucht. [...] Kugeln flogen vorbei, doch der Feind blieb unsichtbar« (Whelan 2001: 79). Capa wird nicht ruhen und fortwährend in Bewegung bleiben, bis der Feind sichtbar wird, bis die Front als kriegerische Auseinandersetzung in den Blick genommen und photographiert werden kann.

Die Augenzeugenschaft der Photographie in den 1860er Jahren privilegierte den olympischen Blick und die fast durchweg räumlich distanzierte wie zugleich streng komponierte Aufnahme selbst bei jenen Aufnahmen, die gefallene Soldaten zeigten. Jene der 1930er Jahre erfordert hingegen eine doppelte Präsenz: einerseits geht es, wenn man nach der Zeitlichkeit fragt, um den »entscheidenden Augenblick«, der

andererseits auch eine räumliche, sprich physische Präsenz des Photographen als »embedded journalist« erfordert.²⁰ Capa, der auch hier pars pro toto zitiert sei, hat diese programmatische Aufgabe der räumlichen Entfernung mehrfach in pointierte Wendungen gebracht: »Wenn deine Bilder nicht gut genug sind, warst du nicht nah genug dran«, lautet die wohl meistzitierte. Augenzeugenschaft ist die *conditio sine qua non* der Glaubwürdigkeit der Bilder und die Ästhetik des entscheidenden Augenblicks, die beansprucht, in einem Bild eine ganze Geschichte einfangen zu können, ihre visuelle Umsetzungsstrategie. Dass Capas »Falling Soldier« so eine herausragende Bedeutung in der Geschichte der Kriegs- und Pressephotographie einnimmt, ist nicht zuletzt Konsequenz der Tatsache, dass er dieses Bildprogramm, das auf räumliche wie zeitliche Präsenz setzt, auf die Spitze treibt. Und dass die Frage der Authentizität bis heute noch virulent ist, hängt zutiefst mit dem Authentizitätsanspruch und der photographisch umgesetzten Augenzeugenschaft zusammen, die mit der Logik der Komposition eines Gardner nichts mehr zu tun haben.²¹

Wenn man Bilder des Spanischen Bürgerkriegs durchsieht, so fällt auf, dass viele von ihnen explizit die Perspektive der Soldaten einnehmen und zeigen, wie diese den Feind ins Visier nehmen, oder aber von diesem ins Visier genommen werden und so den Sucherblick erwidern. Während im Amerikanischen Bürgerkrieg noch eine panoramatische Perspektive dominierte, ist nun die Einschränkung des Blickfelds maßgeblicher Teil der visuellen Strategie. Man steht nicht nur auf einer Seite, sondern sieht nur diese und mit ihr. Und weiter: Während bei der Photographie des Amerikanischen Bürgerkriegs die Unschärfe mitunter unvermeidliche, aber zugleich unerwünschte Konsequenz der langen Belichtungszeiten war, taucht sie nun in der Pressephotographie als regelrechter Authentizitätsmarker auf: Wenn Capa einem seiner Bücher den halb-ironischen Titel *Slightly Out of Focus* gibt (Capa 1947), spielt er auf die piktorialistische Tradition, die Unschärfe zum ästhetischen Prinzip machte (vgl. dazu Stiegler 2006b), und ihre Bedeutung für die dokumentarische Photographie zugleich an. Was bei der einen die Abbildungsgenauigkeit der Photographie zurücknehmen und im Gegenzug den Assoziationsraum des Betrachters erweitern sollte, dient bei der anderen als Performativ des Realen. In der piktorialistischen Photographie soll die Indexikalität durch die Unschärfe zurückgenommen, bei der Presse- und Kriegsphotographie hingegen gerade unterstrichen werden. In einem seiner Bonmots führt Capa die Unschärfe der Bilder auf seine angesichts der

²⁰ Die Bedeutung dieses »embedded journalism« zeigen Publikationen, die suggerieren, dass Capa an vorderster Front einer bestimmten Schlacht die Soldaten begleitete, obwohl er nicht selten erst später im Kampfgebiet eingetroffen war und die Bilder daher keineswegs den vermeintlichen Höhepunkt der Auseinandersetzung zeigen konnten.

²¹ Das unterscheidet etwa Capa von Cartier-Bresson, der im »entscheidenden Augenblick« strenge Komposition *und* besondere Dokumentationsqualität assoziiert. Für Capa hingegen spielt die Komposition des Bildes eine nachgeordnete Rolle. Sie ist weit von den Errungenschaften der Avantgardephotographie entfernt, die wenige Jahre vorher unter dem gemeinsamen Nenner des »Neuen Sehens« eine neue Bildsprache entwickelt hatte.

Schrecken des Krieges zitternden Hände zurück. Objektive Darstellung und subjektiver Affekt, so wäre diese Anmerkung auszubuchstabieren, finden zueinander und werden gleichermaßen zur indexikalischen Bildspur. Das verwackelte Bild zeugt vom dargestellten Ereignis *und* vom Affekt des Photographen. Auch hier finden diese Charakteristika in Capas »Falling Soldier« ihre bildliche Zuspitzung: Das Bild des Gefallenen ist nicht nur unscharf und eigentümlich cadriert, sondern zugleich maximale wie grausame Konsequenz der Verdoppelung der Sucher-Perspektive, die man bei den Kriegsbildern Capas beobachten kann.

In dem Dreivierteljahrhundert, das zwischen den Aufnahmen Gardners und Capas liegt, hat sich weiterhin der Markt der Photographie ebenso stark verändert wie die Regeln der Bildästhetik. Während die Photographen des Amerikanischen Bürgerkriegs noch Unternehmer in eigener Sache waren bzw. über andere Photographen bzw. Unternehmen wie etwa Brady oder Anthony vertrieben wurden, arbeiteten die Photographen im Spanischen Bürgerkrieg entweder direkt für Zeitschriften oder für Agenten oder Agenturen, die ihre Bilder dann an mehrere Zeitschriften weiterverkauften und sich den Gewinn mit den Photographen teilten. Aufgrund des Aufkommens neuer Kameramodelle mit lichtstarken Objektiven einerseits, die nun Schnappschüsse auch in Innenräumen oder mit wenig Sonnenlicht ermöglichten, und einem neu entstehenden gigantischen Pressemarkt andererseits, der sich der Tatsache verdankte, dass Photographien nun ohne Übersetzung in andere graphische Formen (Lithographien, Holzschnitte etc.) reproduzierbar waren, wurde der Pressephotograph als Beruf überhaupt erst geboren. Zeitschriften waren fortan ohne Photographien nicht mehr zu denken. Zeitgleich hielt die Photographie auch im großen Stil Einzug in Bücher, in Formen der Gestaltung, die bildende Kunst etc. und bestimmt auch hier eine neue Bildästhetik. In den 1920er und dann insbesondere 1930er Jahren entstanden zahlreiche Artikel und selbst ganze Ratgeber über das Metier des Pressephotographen, die Absatzmöglichkeiten wie erwartbare Honorare auflisten (vgl. expl. Anon. 1932: 189 f., 220 f., 249–251, 280 f., 337 f.; Dietze 1931 sowie Stiewe 1933).

Der Spanische Bürgerkrieg war der erste Krieg, der unter diesen neuen massenmedialen Bedingungen photographisch dokumentiert wurde. Daher gab es ein riesiges Spektrum an Publikationsorganen: neben Bataillons- und Frontzeitungen (etwa POUM, »Soziale Revolution«, die von den deutschen Anarchosyndikalisten und dem Regionalkomitee Katalonien der CNT-FAI herausgegeben wurde, »El Voluntario de la Libertad«, herausgegeben von den Internationalen Brigaden etc.), Broschüren der jeweiligen Lager und Propagandaschriften, waren dies vor allem zahllose Zeitschriften der in- und ausländischen Presse und nicht zuletzt auch Buchpublikationen (wie etwa Otto Bihás *Spanien zwischen Tod und Geburt* [1937] oder Robert Capas berühmtes *Death in the Making* [1938]).²² Der spätere Publika-

²² Vgl. zur Photographie im Spanischen Bürgerkrieg neben dem bereits erwähnten Buch von Caroline Brothers auch Sigrid Schneider (1988: 49–64).

tionsort war nicht selten an die Wahl des jeweiligen Lagers im Krieg gebunden und das ungeachtet der Frage, ob es sich um eine in- oder ausländische Zeitung handelte: »Die Entscheidung, sich den Truppen der aufständischen Militärs anzuschließen oder sich bei den Verteidigern der Republik beziehungsweise den Revolutionären und Antifaschisten aufzuhalten, hing von persönlichen Überzeugungen beziehungsweise vom Arbeitgeber ab« (Schneider 1988: 50). Die Entscheidung, sich auf eine Seite zu schlagen oder den Photographen dorthin zu entsenden, zog eine weitreichende Konsequenz nach sich: Fortan wird der Photograph nur Bilder dieser Seite liefern können. Die Gegenseite taucht nur dann auf, wenn die Kampfhandlungen vorüber sind und sich eine Stadt, Armee, Gruppe etc. ergibt. Vorher bildet sie die andere, kaum sichtbare Seite der Front.

Photographien des Bürgerkriegs entstammen daher fast durchweg einem der beiden Lager, zielten aber zudem meist auf einen ausländischen Markt, der diese Lagerbildung durch die meist deutliche politische Orientierung der Zeitschriften noch verdoppelte und verstärkte. Der Bürgerkrieg wurde nicht zuletzt durch die neuen massenmedialen Bedingungen internationalisiert und zur Abbeviatur einer weltanschaulichen Kontroverse globalen Maßstabs. Die Zeitschriften versuchten dementsprechend die Spezifität des Spanischen Bürgerkriegs zugunsten einer allgemeinen politischen, sozialen oder humanitären Botschaft zu transzendieren bzw. die historische Singularität des Dargestellten zurückzunehmen, einzuschränken oder mit ihm allgemeine Werte und Überzeugungen zu kommunizieren.²³ Die Bilder des Bürgerkriegs dienten als visuelle Embleme eines gesellschaftlich-politischen Konflikts (etwa Faschismus vs. Kommunismus), der sich nicht auf Spanien beschränken lässt. Die Front findet sich in anderer Weise in jedem Land und wird dort auch gezielt gesucht.

Die vorliegenden Analysen diverser Einzelpublikationen aus unterschiedlichen Ländern unterstützen diesen Befund. Am ausführlichsten hat Caroline Brothers Zeitschriften mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen analysiert und höchst anschaulich gezeigt, wie aus »idealistic defenders« »communist fanatics« werden und wie sich höchst konkrete und zeitgebundene Aufnahmen in Bilder der historisch unspezifischen soldatischen Tugenden »altruism, courage discipline, stoicism, idealism« verwandeln (Brothers 1997: 52).²⁴ Der internationale Bildmarkt ist weniger an der möglichst präzisen Dokumentation des historischen Geschehens als an dessen Funktionalisierung zugunsten politischer Richtungen *und*

²³ Das kann, wie das Beispiel Lucien Vogels zeigt, mit dem Capa und Taro zusammenarbeiteten, auch Konsequenzen haben: Er musste im Herbst 1936 als Herausgeber von *Vu* demissionieren, weil sein Blatt dem Bürgerkrieg und insbesondere dem linken Lager eine zu große Aufmerksamkeit geschenkt hatte, was zu einer Flut von Leserbriefen der konservativen Abonnenten führte.

²⁴ Interessant waren daher Bilder mit einem zuweisbaren »Symbolgehalt« (Schneider 1988: 54), wie etwa eine Aufnahme Namuths und Reisners, die einen lachenden Bauern zeigt und dann später auf einem Plakat der Regierung zu sehen war, aber auch von John Heartfield für eine Collage der AIZ (*Arbeiter Illustrierte Zeitung*) verwendet wurde.

kulturindustriellen Verwertungszusammenhängen interessiert, erscheint doch der Krieg »als ein Thema zwischen Sport und Mode« (Schneider 1988: 51). Das hat auch Konsequenzen für die höchst konkrete Nutzung der Photographien: Arbeiten die Photographen mit Agenturen zusammen, bedeutete das nicht, dass der Publikationsort der Aufnahmen auch den politischen Überzeugungen der Photographen entsprach, geschweige denn der Photograph über die konkrete Erscheinungsweise seiner Photos zu bestimmen hätte: Der Agent Henri Daniel (Paris), der eine Zeitlang die beiden wohl wichtigsten Photographenduos im Bürgerkrieg, nämlich Gerda Taro und Robert Capa sowie Hans Namuth und Georg Reisner vertrat,²⁵ verkaufte 1936 Bilder der politisch links stehenden Namuth/Reisner an faschistische Blätter.²⁶ Und zudem hatte eine jede Zeitschrift ihre eigenen Gestalter, Autoren und Redakteure, die für die Photographien überhaupt erst den entscheidenden Kontext erzeugten. Die Photographen hatten in der Regel auf das Layout der dann publizierten Seite wenig Einfluss. Robert Capa stellte hier eine gewisse Ausnahme dar, da er früh berühmt wurde und so einen größeren Einfluss geltend machen konnte. Dass sein umstrittenes Bild »Falling Soldier« maßgeblichen Anteil daran hatte, dass Capa zu *dem* Kriegsphotographen seiner Zeit wurde, macht die wichtige strategische Bedeutung dieses Bilds deutlich: Es ermöglichte ihm später eine durch ihn kontrollierte Bildpolitik.

Wenn Photographien »Teil der Propaganda der verschiedenen Lager« (Schneider 1988: 56) waren, so hatte das meist weniger mit den aufgenommenen Bildern als mit ihren spezifischen Verwertungskontexten zu tun, deren Rolle bei der intendierten wie inszenierten Deutung der Photographien erheblich war. Erleichtert wird diese Funktionalisierung der Bilder des Bürgerkriegs dadurch, dass, wie Brothens und Schneider weitgehend übereinstimmend feststellen, die politische Einstellung der Photographen keinen entscheidenden Einfluss auf ihre Bildästhetik hatte. Gibt es eine Differenz der Bildsprache der beiden politischen Lager? »Die Antwort auf diese Frage ist ein klares Nein: prinzipielle Unterschiede in der Bildsprache sind nicht erkennbar« (Schneider 1988: 60), schreibt etwa Sigrid Schneider in wünschenswerter Deutlichkeit. Die Perspektive des Photographen mag zwar seiner politischen Einstellung folgen, doch jene des Betrachters wird erst durch die Bildunterschrift und die Einbettung der Photographien in den jeweiligen Artikel maßgeblich bestimmt. Der »embedded journalism« des Photographen, der als Garant der visuellen Authentizität dient, wird ergänzt durch eine zweite Phase einer solchen »embedded constellation«: einer eingebetteten Typophotographie, die das einzelne Bild in die Komposition einer ganzen Seite, Doppelseite oder einer länge-

²⁵ Beide arbeiteten mitunter an denselben Orten, ohne voneinander zu wissen.

²⁶ Sein Bruder hatte die Agentur PIX in New York, die ihrerseits dann als Subunternehmer auftrat und die Aufnahmen in den Staaten weiterkaufte, dabei aber bereits 50 Prozent des Erlöses einstrich, womit für die Photographen, die mit dem ersten Agenten bereits zu teilen hatten, nur noch 25 Prozent verblieben.

ren Strecke innerhalb einer Zeitschrift oder eines Buches integriert, Ergänzungen von »captions«, kommentierenden Texten, vornimmt und auch durch die typographischen Gestaltungen die Bilder zugunsten einer bestimmten Interpretation des Geschehens im Wortsinn zuschneidet, werden diese doch mitunter neu cadriert, beschnitten, neu arrangiert etc. Daher die »entscheidende Bedeutung der Bildunterschrift [...]: Worte sind in der Regel lauter als Bilder« (ebd.: 57). Gefälschte Bildunterschriften sind relativ häufig – und ohnehin verzichten viele der Photographen auf präzise Angaben. Ein Beispiel unter vielen: Ein toter Republikaner, der in *Vu* korrekt identifiziert wird, erscheint in der faschistischen Broschüre »Moskau – Henker Spaniens« als Opfer »marxistischer Blutgreuel« (ebd.) Auch bei Capa ist das Fehlen genauer Angaben ein notorisches Problem, das auch für den »Falling Soldier« zu konstatieren ist, bei dem eine erläuternde »caption« schlicht fehlt – und zudem der Negativstreifen des Originalfilms, der eine genauere Kontextualisierung ermöglichen würde, bis heute verschollen ist und auch nicht Teil des vor kurzem aufgetauchten Koffers mit Negativrollen war.

Wenn man nach einem Pendant zu Oliver Wendell Holmes sucht, der in seinen Essays den photographischen Diskurs seiner Zeit – der auch Alexander Gardners Photographien des Amerikanischen Bürgerkriegs und ihre Rezeption maßgeblich bestimmt hat – auf den Punkt gebracht hat, so bietet sich wohl Walter Benjamins »Kleine Geschichte der Photographie« aus dem Jahr 1930 an. Auch in diesem enorm zugespitzten und verdichteten Essay spielt die Bildbeschreibung oder in Benjamins Begriffen die »Beschriftung« eine zentrale Rolle, die hier in Absetzung zu zwei Theoretikern der Photographie des 19. Jahrhunderts beschrieben wird:

»Eins aber ist damals von beiden – Wiertz und Baudelaire – nicht erfaßt worden, das sind die Weisungen, die in der Authentizität der Photographie liegen. Nicht immer wird es gelingen, mit einer Reportage sie zu umgehen, deren Klischees nur die Wirkung haben, sprachliche im Betrachter sich zu assoziieren. Immer kleiner wird die Kamera, immer mehr bereit, flüchtige und geheime Bilder festzuhalten, deren Chock im Betrachter den Assoziationsmechanismus zum Stehen bringt. An dieser Stelle hat die Beschriftung einzusetzen, welche die Photographie der Literarisierung aller Lebensverhältnisse einbegreift, und ohne die alle photographische Konstruktion im Ungefähren stecken bleiben muß. Nicht umsonst hat man Aufnahmen von Atget mit denen eines Tatorts verglichen. Aber ist nicht jeder Fleck unserer Städte ein Tatort? nicht jeder ihrer Passanten ein Täter? Hat nicht der Photograph – Nachfahr der Augurn und der Haruspexe – die Schuld auf seinen Bildern aufzudecken und den Schuldigen zu bezeichnen? ›Nicht der Schrift-, sondern der Photographieunkundige wird, so hat man gesagt, der Analphabet der Zukunft sein.« Aber muß nicht weniger als ein Analphabet ein Photograph gelten, der seine eigenen Bilder nicht lesen kann? Wird die Beschriftung nicht zum wesentlichsten Bestandteil der Aufnahme werden?« (Benjamin 1972: 385)

Die Bedeutung der »photographischen Konstruktion« im Zusammenhang der Literarisierung der Lebensverhältnisse ergibt sich, so die Conclusio Benjamins am Ende seines Essays, erst durch die »caption«, die genaue Bezeichnung der Photographie. Es gilt, Photographien lesen zu lernen wie eine neue Sprache. Und ein Studium unterschiedlicher Kontexte, in denen ein- und dieselbe Aufnahme erscheint, ist bis heute ebenso wichtig wie aufschlussreich. Auch eine solche Verwandlung der Bilder durch den jeweiligen Publikationszusammenhang lässt sich am Beispiel von Capas »Falling Soldier« verdeutlichen. Die Aufnahme entstand, wie später mit relativ großer Verlässlichkeit belegt werden konnte, am 5. September 1936 und erschien dann in relativ rascher Folge an diversen Orten: zuerst in der französischen Zeitschrift *Vu* am 23. September 1936, dann 1937 in *Paris-Soir* (am 28. Juni 1937) und *Regards* (am 14. Juli 1937) sowie schließlich, nachdem Capa im Dezember 1936 einen Vertrag mit *Life* abgeschlossen hatte, auch dort am 12. Juli 1937. Das Bild wurde von *Life* nach dem Tod von Capas Lebensgefährtin und Arbeitspartnerin Gerda Taro in einem ihr gewidmeten Artikel vom 16. August 1937 ein weiteres Mal verwendet und Capa griff auch für das Frontispiz seines Buchs *Death in the Making*, das ein Jahr später erschien, darauf zurück (Abb. 19–21).

In keiner dieser Publikationen wird der Zeitpunkt noch Ort der Aufnahme oder gar der Name des Gefallenen erwähnt: Er bleibt ebenso anonym wie der Soldat in Gardners Photographie. Hier wie dort ist die Anonymität Programm und auch bei Capa haben Kriegs- bzw. Photographiehistoriker detaillierte Rekonstruktionsversuche unternommen, deren Ergebnisse im Gegensatz zu den Analysen der Bilder Gardners bis heute überaus kontrovers diskutiert werden. Die Authentizität des Bildes ist bereits in den 1970er Jahren in Zweifel gezogen worden und seitdem reißt diese Debatte nicht ab.²⁷ Auf dem Bild ist wenig mehr zu erkennen als eine überaus elementare Kriegssituation: ein Soldat, der, so scheint es, von einer Kugel getroffen wird und nach hinten fällt. Eine unscharfe Aufnahme, auf der nur ein einzelner Soldat an einem mit Gras bewachsenen Hang zu erkennen ist. Was im Krieg grausamer Alltag ist, stellt in der Geschichte der Photographie ein Novum dar: Wohl zum ersten Mal ist es vermeintlich einem Photographen gelungen, den Augenblick einzufangen, in dem ein Soldat tödlich getroffen wird: ein »entscheidender Augenblick« in der Geschichte der Photographie. Hier findet nicht nur der neue photographische Pakt seine emblematische Darstellung, sondern auch eine Metapherngeschichte ihren Ausdruck: Spätestens seit Etienne-Jules Marey in den 1880er Jahren einen photographischen Revolver baute, beginnen Kameras Bilder

²⁷ Wichtige Etappen dieser Debatte sind die folgenden Publikationen: Whelan (1985); Knightley (1989, 1975); Goldsmith (1981) – und zuletzt Susperregui (2009). Dort findet sich auch eine ausführliche Rekonstruktion der Debatte. Eine Zusammenfassung auch in: Brothers (1997: 178–185) sowie im Blog von André Gunther: <http://www.arhv.lhivic.org/index.php/2009/07/18/1033-capa-contre-google-earth> (letzter Zugriff: 20.9.2010) und Cáceres (2009).



Abb. 19: Robert Capa, *Falling Soldier*, in der Ausgabe von *Life* vom 12.07.1937

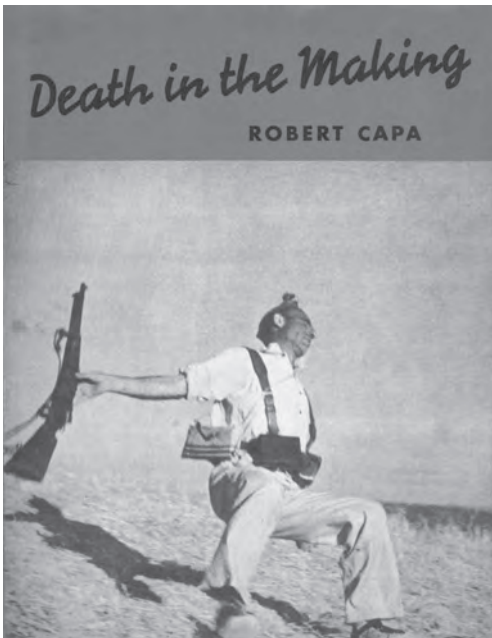


Abb. 20: Robert Capa, *Falling Soldier*, auf dem Umschlag von *Death in the Making*



Abb. 21: Robert Capa, *Falling Soldier*, in der Ausgabe von *Life* vom 16.08.1937

zu »schießen«.²⁸ Und spätestens mit Ernst Jüngers Essays zur Photographie werden die Kriegsmetaphern, mit denen die Photographie beschrieben wird, auf den Gegenstand selbst angewendet: Die Photographie sei, so Jünger, letztlich eine grausame Art zu sehen. Bis in die Gegenwart werden Kritiker von Kracauer bis Sontag den Photographen vorhalten, das Leben stillzustellen und somit abzutöten, die voyeuristische Nichteinmischung zum Programm zu erheben und der emotionalen Abstumpfung des Betrachters durch Schockphotos Vorschub zu leisten.

Capas »Falling Soldier«, dieser bis dahin unerhörte Gegenstand, bündelt, wie ich zuvor zu zeigen versucht habe, alle Ansprüche an eine authentische Dokumentarphotographie und auch all jene soeben skizzierten Elemente einer Metapherengeschichte der Photographie. So nimmt es kaum Wunder, dass die Debatte, ob das Bild nun gestellt sei, überaus heftig geführt wurde. Es steht mehr auf dem Spiel als nur die Authentizität eines Bildes: Es geht um den photographischen Pakt, den der Photograph mit dem Betrachter geschlossen hat, um die ethische Grundhaltung des Photographen und schließlich um die Aufgabe der Photographie in der modernen Bildkultur. Für die Rekonstruktionsversuche stehen nur wenige Elemente zur Verfügung: die Identität des Soldaten, der Ort und die Zeit, die Position des Bildes in einer Reihe von Aufnahmen, der Vergleich mit anderen Photographien Capas und auch Gerda Taros und schließlich die Doppelkonstellation mit dem zweiten

²⁸ Zur Metaphorik vgl. Stiegler (2006a). Dort auch weitere Literaturhinweise.

Bild, das in *Vu* zusammen mit dem ersten berühmteren erschien – sämtlich Elemente, denen wir bei den Diskussionen über Gardners Aufnahmen bereits begegnet sind. Darüber hinaus wird bei Capa sogar die Frage diskutiert, welche Kamera mit welchem Objektiv er verwendet und ob er ein Stativ benutzt hat.²⁹

Wenn man die Publikationsgeschichte der Aufnahme genauer betrachtet, so fällt auf, dass sowohl seitens der Zeitschriften als auch – zumindest zu Beginn der Debatte – der Historiker Uneinigkeit besteht, ob es sich um einen oder zwei Soldaten handelt: *Vu* geht von zwei Soldaten, *Paris-Soir* und auch Georges Soria in seinem wenig überzeugenden Buch *Robert Capa, David Seymour-Chim: Les Grandes photos de la Guerre d'Espagne* (1980) hingegen von ein und demselben Gefallenen aus. Dafür spricht wenig, da zwischen beiden Männern deutliche Unterschiede ausgemacht werden können, die vom Patronengurt über die Farbe ihrer Kleidung bis hin zur Körperhaltung, mit der beide fallen, reichen. Bei Gardner konnte über den Nachweis, dass es sich bei den beiden Scharfschützen um ein und dieselbe Person handelte, der indirekte Nachweis erbracht werden, dass das zweite Bild gestellt sein musste. Bei Capa mutet es höchst unwahrscheinlich an, dass ihm am gleichen Tag am gleichen Ort – denn der Hintergrund ist bei beiden Bildern weitgehend identisch und lässt vermuten, dass die beiden Soldaten bestenfalls wenige Meter voneinander entfernt gewesen sein können – gleich zwei Bilder eines von einer Kugel getroffenen Soldaten gelungen sein sollten. Der Gefallene auf der ersten Aufnahme wurde erst als Frederico Borell García identifiziert, was aber bereits vor einigen Jahren widerlegt werden konnte, da dieser zwar an diesem Tag ums Leben kam, nicht aber auf offenem Feld an einem Hang, sondern unter einem Baum erschossen wurde. Ähnliches gilt für den Ort: Erst wurde die Aufnahme in Cerro Muriano angesiedelt, nun aber aufgrund von Vergleichen mit anderen Capa-Photos und der geographischen Identifikation der Horizontlinie durch José Manuel Susperregui nach Espejo verlegt.³⁰ Während am ersten Ort zum Zeitpunkt der Aufnahme die Gefechte wohl zu heftig gewesen sein dürften, um gleich eine ganze Serie von Photographien zu machen, verhält es sich mit Espejo genau umgekehrt: Hier gab es seinerzeit keinerlei Kriegshandlungen. Und schließlich ist selbst die Identität des Photographen strittig: Susperregui nimmt an, dass das Photo mit einer Rolleiflex gemacht wurde, die jedoch Capas Lebensgefährtin Gerda Taro benutzte. Das würde auch erklären, warum im *Life*-Artikel nach ihrem Tod das Capa zugeschriebene Photo »Falling Soldier« abgebildet wurde – zumal Capa zu diesem Zeitpunkt wohl bereits Einfluss auf die Gestaltung nehmen konnte. Beide hatten weiterhin nicht selten nicht nur ein- und dasselbe Motiv aufgenommen,

²⁹ Vgl. etwa einen ausführlichen Artikel, der hier präzise Vorschläge macht und sich seinerseits an der minutiösen Rekonstruktionsarbeit mit zahlreichen modernen Photos beteiligt: <http://elrectanguloenlamano.blogspot.com/2009/07/robert-capa-in-cerro-muriano-and-espejo.html> (letzter Zugriff: 20.9.2010)

³⁰ Das ist eine der Schlussfolgerungen in seinem aufsehenerregenden Buch *Sombras de la fotografía*.

sondern zudem offen gelassen, von wem die Aufnahme genau stammte. Gleiches gilt im Übrigen für Namuth und Reisner, bei denen oft unentscheidbar ist, wer das Photo gemacht hat.

All das sind gewichtige Indizien dafür, dass es sich bei »Falling Soldier« um eine inszenierte Aufnahme handelt. Es wäre keineswegs das einzige gestellte Photo Capas: Das Bataillon Tschapaiew simulierte, wie Alfred Kantorowicz in seinem *Kriegstagebuch* berichtet, einen Angriff, damit Capa ihn photographieren konnte (Kantorowicz 1982: 326 ff., bereits zit. bei Schneider 1988: 55). Capa hingegen wies jede Form von Inszenierung von sich und erklärte den Bürgerkrieg zum Krieg authentischer Bilder: »In Spanien braucht man keine Tricks, um Bilder aufzunehmen. Man braucht seine Kamera [d.h. seine Motive] nicht zu stellen. Die Bilder sind da, und man nimmt sie einfach auf. Die Wahrheit ist das beste Bild, die beste Propaganda« (Robert Capa, zit. nach Whelan 2001: 8). So das Credo des »embedded journalism«, das durch eine Analyse der Rolle der Einbettungsstrategien der Photographien aus dem Spanischen Bürgerkrieg jedoch erheblich an Glaubwürdigkeit verliert.

Eine letzte Anmerkung zum Nachleben der Bilder auch hier: Während die Aufnahmen aus dem Bürgerkrieg in der dunklen Ära Francos zwar selbst für Tourismusprospekte genutzt wurden, blieb eine historische Aufarbeitung aus. Diese setzte jenseits der Auseinandersetzung mit Capa, Taro und Seymour, die lange jene mit anonymen Photographien überlagerte, erst in den letzten Jahren ein. Vorher gab es, das sei nicht verschwiegen, Recherchen einiger meist linker Gruppen, die sich allerdings auf einzelne Aktivisten konzentrierten und diese fast wie Che Guevara in Szene zu setzen versuchten. Jüngst hat das Spanische Kultusministerium im Rahmen der Initiative *Pares* eine große Zahl von anonymen und meist unidentifizierten Aufnahmen ins Netz gestellt und die Bevölkerung um Mithilfe bei der Bestimmung gebeten.³¹ Ziel ist nicht nur die Identifikation der Aufnahmen, sondern auch eine öffentliche Diskussion über den Bürgerkrieg und seine Bilder. Es steht zu befürchten, dass diese für einen Dialog zwischen Augenzeugen und der medialen Augenzeugenschaft der Photographie zu spät kommt.

Literatur

Anon. (1932): »Aus der Praxis der Illustrationsphotographie«. In: *Die Linse* 28 (7), S. 189 f., 220 f., 249–251, 280 f., 337 f.

³¹ Vgl. zum Projekt allgemein: http://einestages.spiegel.de/static/topicalbumbackground/2262/fotos_die_franco_unterdrueckte.html. Die Website findet sich unter <http://pares.mcu.es/Archivo-Rojo/inicio.do> (letzte Zugriffe: 20.9.2010).

- Benjamin, Walter (1972): »Kleine Geschichte der Photographie«. In: Ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. II. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 368–385.
- Brothers, Caroline (1997): *War and Photography. A Cultural History*. London, New York: Routledge.
- Bussmann, Margit/Hasenclever, Andreas/Schneider, Gerald (2009): »Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen und Scheinursachen innenpolitischer Gewalt«. In: Dies. (Hg.): *Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt*. Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 43. Wiesbaden: VS Verlag, S. 7–35.
- Cáceres, Javier (2009): »Im Moment der Wahrheit«. In: *Süddeutsche Zeitung*, 20. Juli.
- Capa, Robert (1947): *Slightly Out of Focus*. New York: Henry Holt & Company.
- Cartier-Bresson, Henri (1998): »Der rechte Augenblick«. In: Ders.: *Die Suche nach dem rechten Augenblick. Aufsätze und Erinnerungen*. München: Pixis, S. 11–30 (frz.: »L'instant décisif«, in: *Images à la sauvette*. Editions Verve 1952).
- Darrah, William C. (1977): *The World of the Stereographs*. Gettysburg: W.C. Darrah.
- Davis, Keith F. (1991): »A Terrible Distinctness. Photography in the Civil War Era«. In: Martha S. Sandweiss (Hg.): *Photography in Nineteenth Century America*. New York: Harry N. Abrams, S. 130–179.
- (2007): »A Terrible Distinctness«. In: Ders. (Hg.): *The Origins of American Photography. From Daguerreotype to Dry-Plate, 1839–1885*. New Haven, London: Yale University Press, S. 173–206.
- Dietze, Carl (1931): *Presse-Illustrationsphotographie. Praktische und geldliche Verwertung*. Leipzig: Friedrich Carl Dietze.
- François, Etienne/Schulze, Hagen (Hg.) (2001): *Deutsche Erinnerungsorte*, 3 Bde. München: C.H. Beck.
- Frassanito, William S. (1978): *Antietam. The Photographic Legacy of America's Bloodiest Day*. Gettysburg: Scribner.
- Gardner, Alexander (1959): *Gardner's Photographic Sketch Book of the Civil War*, Reprint. New York: Delano Greenidge Editions.
- Gernsheim, Helmut und Alison (1954): *Roger Fenton, Photographer of the Crimean War: His Photographs and His Letters from the Crimea*. London: Secker & Warburg.
- Goldsmith, Arthur (1981): »Moment of Truth«. In: *Camera Arts*, Bd. 1.2, S. 111–114.
- Grover, Jan Zita (1984): »The First Living Room War: The American Civil War and the Press«. In: *Afterimage* 11, S. 8–11.
- Henisch, B.A./Henisch, H. K. (2002): »James Robertson and his Crimean war campaign«. In: *History of photography* 26 (4), S. 258–268.
- Holzer, Anton (2001): *Die andere Front. Fotografie und Propaganda im Ersten Weltkrieg*. Darmstadt: Primus Verlag.
- Holmes, Oliver Wendell (1864a): »Doings of the Sunbeam«. In: Ders.: *Soundings from the Atlantic*. Boston: Ticknor and Fields, S. 228–281. In deutscher Übersetzung: »Was Sonnenstrahlen so bewirken«. In: Ders.: *Spiegel mit einem Gedächtnis. Essays zur Photographie*. Hg. und kommentiert von Michael C. Frank und Bernd Stiegler, München: Wilhelm Fink 2010, S. 71–96.
- (1864b): »Sun-Paintings and Sun-Sculpture, with a Stereoscopic Trip Across the Atlantic«. In: Ders.: *Soundings from the Atlantic*. Boston: Ticknor and Fields, S. 166–227. In deutscher Übersetzung: »Lichtbild und Lichtplastik. Mit einer stereoskopischen Reise über den Atlantik«, in: Ebd., S. 33–70.
- (1869): »Brief an den Philadelphia Photographer vom 25. November 1868«. In: *Philadelphia Photographer*, 6. Januar, S. 1–9. In deutscher Übersetzung: »Geschichte des »amerikanischen Stereoskops«. In: Ebd., S. 97–103.
- Kantorowicz, Alfred (1982): *Spanisches Kriegstagebuch (1938)*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Knightley, Phillip (1975): »Truth: The First Casualty of War«. In: *The Sunday Times Magazine*, 28. September, S. 14–26.

- (1989): *The First Casualty. From the Crimea to the Falklands: The War Correspondent as Hero, Propagandist and Myth-Maker*. London: Pan Books.
- Lee, Anthony W./Young, Elizabeth (2007): *On Alexander Gardner's »Photographic Sketch Book of the Civil War«*. Berkeley, Los Angeles, New York: University of California Press.
- Marinen, Mary Warner (2002): *Photography. Cultural History*. London: Laurence King Publ.
- Mazzoni, Ira (2009): »Ganz beiläufig großartig«. In: *taz*, 3. März 2009.
- Mulligan, Therese (Hg.) (2005): *Geschichte der Photographie. Von 1839 bis heute. The George Eastman House Collection*. Köln: Taschen.
- Nora, Pierre (Hg.) (2005): *Erinnerungsorte Frankreichs*. München: C.H. Beck.
- Parr, Martin/Badger, Gerry (2004): *The Photobook: A History*. Bd. 1. New York: Phaidon.
- Ray, Frederic (1961): »The Case of the Rearranged Corpse«. In: *Civil War Times*, Oktober, S. 19.
- Schneider, Sigrid (1988): »Von der Verfügbarkeit der Bilder. Fotoreportagen aus dem Spanischen Bürgerkrieg«. In: *Fotogeschichte* 8 (29), S. 49–64.
- Snyder, Joel (1976): *The Documentary Photograph as a Work of Art: American Photographs, 1860–1876*. Chicago: David and Alfred Smart Gallery, University of Chicago.
- Solomon-Godeau, Abigail (2003): »Wer spricht so? Einige Fragen zur Dokumentarfotografie«. In: Herta Wolf (Hg.): *Diskurse der Fotografie. Fotokritik am Ende des fotografischen Zeitalters*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 53–74.
- Sontag, Susan (2003): *Das Leiden anderer betrachten*. München, Wien: Hanser.
- Soria, Georges (1980): *Robert Capa, David Seymour-Chim: Les Grandes photos de la Guerre d'Espagne*. Paris: Jannink.
- Stiegler, Bernd (2006a): *Bilder der Photographie. Ein Album photographischer Metaphern*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- (2006b): *Theoriegeschichte der Photographie*. München: Fink.
- (2009): *Montagen des Realen. Photographie als Reflexionsmedium und Kulturtechnik*. München: Fink.
- Stiewe, Willy (1933): *Das Bild als Nachricht*. Berlin: Duncker.
- Susperregui, José Manuel (2009): *Sombras de la fotografía. Enigmas desvelados*. Bilbao: Universidad del País Vasco.
- Taft, Robert (1942): *Photography and the American Scene. A Social History, 1839–1889*. New York: Macmillan.
- Tagg, John (1988): *The Burden of Representation. Essays on Photographies and Histories*. Hampshire, London: Macmillan.
- Trachtenberg, Alan (1979): »Photographs as Symbolic History«. In: *The American Image. Photographs from the National Archives, 1860-1960*. New York: Pantheon Books, S. IX–XXXII.
- (1998): »Albums of war«. In: Ders.: *Reading American Photographs. Images as History. Mathew Brady to Walker Evans*. New York: Hill and Wang, S. 71–118.
- Whelan, Richard (1985): *Robert Capa. A Biography*. London: Faber.
- (2001) (Hg.): *Robert Capa. Die Sammlung*. Berlin: Phaidon.

Gewalt und Erzählung

Zur Legitimierung bewaffneter Gruppen

ALEX VEIT und KLAUS SCHLICHTE

1. Einleitung

Wie bei allen auf Herrschaft zielenden Organisationen hängt der Erfolg nicht-staatlicher bewaffneter Gruppen wesentlich davon ab, ob ihre Ziele, ihre Handlungen und ihre Strukturen als legitim wahrgenommen werden. Nicht-staatliche bewaffnete Gruppen unterscheiden sich in dieser Hinsicht von etablierten Staatsapparaten vor allem darin, dass letztere ihre Macht bereits als Herrschaft institutionalisieren konnten. Dieser schwierige Übergang von situativer Macht zu gefestigter Herrschaft steht Rebellengruppen noch bevor, und viele scheitern an dieser Aufgabe.¹ Zentral in diesem Prozess ist die Rolle der Gewalt. Die Anmaßung von Gewaltmacht hat schwerwiegende Folgen für ihr Legitimitätsstreben, denn die Gewalt selbst muss in den Augen der Gefolgschaft und von Beobachtern als gerechtfertigt erscheinen. Andernfalls schädigt sie das Ansehen der Gruppe, disqualifiziert sie als politischen Akteur und unterminiert ihre Handlungsfähigkeit. Zugleich stellt Gewaltausübung die Legitimität bewaffneter Gruppen als zukünftiger Herrschaftsorganisation aber auch erst her, denn damit stellen sie ihre Fähigkeit zu herrschaftlichem Handeln unter Beweis. Da Gewalt und Legitimität auf diese Weise untrennbar verbunden sind, stehen bewaffnete Gruppen einem Dilemma gegenüber: Politische Gewalt muss legitimiert werden. Deshalb erzählen Gruppen von ihren eigenen Zielen und der Illegitimität des jeweiligen Gegners. Die Ausübung von Gewalt produziert jedoch delegitimierende Erzählungen. Wie überwinden bewaffnete Gruppen also die delegitimierenden Effekte ihrer zentralen Tätigkeit, der Gewaltausübung?

In diesem Beitrag argumentieren wir, dass Legitimität ein wesentlicher Faktor zur Erklärung von Erfolg und Misserfolg bewaffneter Gruppen ist. Die Analyse von Prozessen der Legitimierung und Delegitimierung erlaubt es, das Schicksal von einzelnen bewaffneten Gruppen zu beleuchten, und damit auch den Verlauf von Bürgerkriegen jenseits des rein militärischen Schlagabtauschs. Unser Ansatz verweist damit auf die Zentralität von Erzählungen in Bürgerkriegen; aber auch dar-

¹ Wir folgen hier der Begrifflichkeit Max Webers (1980: 122–123), derzufolge Herrschaft eine Sonderform von Macht ist. Von anderen Formen unterscheidet sie sich durch Legitimität, den Glauben an die Berechtigung der geltenden Ordnung durch die der Herrschaft Unterworfenen.

auf, dass legitimierende Erzählungen in Bürgerkriegen an Gewaltpraktiken gebunden sind. Hierin liegt auch ein wesentlicher Grund für scheinbar unvernünftiges oder unmoralisches Verhalten dieser kollektiven Kriegersakteure, die versuchen, verschiedene Widersprüche und Dilemmata zwischen Gewaltanwendung, Gewaltkontrolle und Anerkennung in unterschiedlichen Mitglieds- und Beobachtergruppen zu versöhnen.

Dass Legitimität ein zentraler Aspekt des Erfolgs und Misserfolgs bewaffneter Gruppen ist, stellt einerseits einen Gemeinplatz dar. Praktische Theoretiker des Guerillakriegs wie Mao-Tse Tung und Ché Guevara verstanden die Affirmation der Aufstandsbewegung durch Bevölkerungen als grundlegend. Umgekehrt proklamierte der amerikanische Präsident Lyndon B. Johnson während des Vietnam-Kriegs in den 1960er Jahren einen »battle for the hearts and minds« der einheimischen Bevölkerung, um der Vietcong Sympathien und damit die Existenzgrundlage zu entziehen. Ähnlich argumentierten westliche Regierungen und Armeen während der jüngsten Anti-Guerilla-Kriege im Irak und in Afghanistan. Erfolg und Scheitern des Strebens nach Legitimität, so die Wahrnehmung, entscheiden in Bürgerkriegen wesentlich über das Kriegsglück.

Auf der anderen Seite wird bewaffneten Gruppen das Streben nach Legitimität häufig abgesprochen. Insbesondere seit dem Ende des Kalten Kriegs wird auf augenscheinlich »dünne« politische Ziele, vermeintlich rein materialistische Motive oder die gegenüber Zivilisten angewandten extremen Gewaltpraktiken vieler bewaffneter Gruppen verwiesen. Ein prominenter Teil der gegenwärtigen Kriegs- und Konfliktforschung reduziert nicht-staatliche bewaffnete Akteure auf ihre ökonomischen Praktiken und Ziele und erklärt damit auch extreme Gewaltpraktiken, die fehlende Legitimität durch Tyrannei und Furcht ersetzen sollen (Berdal/Malone 2000; Collier/Hoeffler 2004). Zwei Gegenargumente sind hierzu von zentraler Bedeutung. Zum einen stehen Legitimität und Zwang, materielle Reproduktion und politische Ziele in keinem ausschließenden Verhältnis zueinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Zum anderen suchen bewaffnete Gruppen nicht nur in Bevölkerungen nach Anerkennung, sondern in unterschiedlichen Akteursgruppen.

Diese Adressaten teilen wir in drei Gruppen. Zum ersten handelt es sich um die eigene Gefolgschaft, also Mitglieder und Anhänger der Gruppe. Zum zweiten streben bewaffnete Gruppen in vielen Fällen nach Anerkennung durch die zivile Bevölkerung, allerdings nicht immer in deren Gesamtheit. Zum dritten versuchen bewaffnete Gruppen, in der internationalen Sphäre als legitime politische Akteure anerkannt zu werden. Um auf diesen unterschiedlichen Ebenen Anerkennung zu finden, stehen verschiedene Quellen der Legitimität zur Verfügung. Wir unterscheiden in diesem Beitrag zwischen (1) Erzählungen über den Gegner und die eigene politische Vision, (2) den Prozessen der Entscheidungsfindung, der Partizipation und der personellen Zusammensetzung bewaffneter Gruppen, und (3) ihren Gewaltpraktiken. Nicht nur stehen diese Quellen der Legitimität häufig im Gegensatz zueinander, am offensichtlichsten Gewaltpraktiken und ideologische

Erzählungen, sondern zudem können diese Quellen in den verschiedenen ›Zielgruppen‹ unterschiedlich aufgefasst werden. Bewaffnete Gruppen sehen sich in ihrem Legimitätsstreben entsprechend regelmäßig vor Dilemmata gestellt. Zum einen widersprechen sich die Mittel und Quellen, die zur Verfügung stehen. Zum anderen werden in verschiedenen Arenen unterschiedliche Ansprüche gestellt.

Um diese Beobachtungen zu verdeutlichen, analysiert dieser Beitrag zunächst die Quellen der Legitimation bewaffneter Gruppen. In drei weiteren Schritten betrachten wir die Prozesse und Probleme der Legitimierung in den genannten unterschiedlichen ›Zielgruppen‹. Wir schlagen für diese Analyse eine Prozessperspektive vor, die zwischen einer Legitimierung des Kampfs und einer Legitimierung der institutionalisierten Herrschaft unterscheidet.² Wir legen dabei besonderes Augenmerk auf den Übergang von situativer Gewaltmacht zu institutionalisierter Herrschaft, ein Moment, an dem sich die Prekarität von Legitimität bewaffneter Gruppen besonders deutlich zeigt.

In diesem Beitrag erheben wir nicht den Anspruch, alle Formen von Legitimierung und Delegitimierung bewaffneter Gruppen darzustellen. Vielmehr versuchen wir zum einen, kulturelle Formen der Legitimitätsgenerierung zu analysieren. Dazu gehören Erzählungen, Ideologie und Organisationstraditionen. Zum anderen denken wir, dass die Legitimierung und Delegitimierung durch Gewalt nur mit Hilfe eines soziokulturellen Blicks auf ihre Bedingungen und Effekte verstanden werden können.³

2. Die Quellen der Legitimität

Die offensichtlichste Legitimitätsquelle bewaffneter Gruppen ist die Abgrenzung von ihren jeweiligen Gegnern. Aufstand und Kampf sind deshalb legitim, so die Eigenwerbung, weil die Gewalt- und Machtausübung des feindlichen Lagers illegitim ist. Dies lässt sich bereits am Gründungsprozess vieler bewaffneter Gruppen ablesen. Von den achtzig bewaffneten Gruppen, die in der MAG-Datenbank untersucht wurden, gingen 28 direkt oder durch personelle Kontinuität aus zivilen Oppositionsparteien hervor. 37 der achtzig späteren Anführer bewaffneter Gruppen waren zuvor in Gefängnissen inhaftiert gewesen, wie auch ein bedeutender Teil

² Diesen Gedanken verdanken wir Stefan Malthaner.

³ Dieser Beitrag basiert im Wesentlichen auf den Arbeiten der Nachwuchsgruppe Mikropolitik bewaffneter Gruppen (MAG), die von 2001 bis 2008 an der Humboldt-Universität Berlin forschte und von der Volkswagen Stiftung finanziert worden ist. Wir danken Astrid Nissen, Katrin Radtke, Jago Salmon, Daria Isachenko, Stefan Malthaner und Teresa Koloma Beck für die vielen fruchtbaren Diskussionen. Die MAG führte Feldforschungen in 14 Ländern durch, deren Ergebnisse hier teilweise eingeflossen sind. Weitere Fallbeispiele entnehmen wir der Sekundärliteratur. Die aus den Fällen generierten Thesen wurden anhand eines Datensets (im Folgenden: MAG-Datenbank) über 80 bewaffnete Gruppen überprüft. Dazu siehe auch Schlichte (2009: 35–38).

der engeren Führungsriege. Die gemeinsame Erfahrung der politischen Exklusion und Repression stellt bei vielen Rebellen Gruppen ein zentrales Gründungsmoment dar und rechtfertigt den Einsatz von Gewalt. Reagiert der Gegner auf militärische Provokationen mit arbiträrer ›blinder‹ Gegengewalt,⁴ steigert dies die Glaubwürdigkeit der Behauptung einer manichäischen Distinktion zwischen der eigenen Gruppe und dem Gegner.⁵ Nicht alle bewaffneten Gruppen entstehen jedoch aus lange währender politischer Opposition heraus. Neben ›ad hoc‹ entstandenen opportunistischen Zweckbündnissen enttäuschter und exkludierter Mitglieder einer politischen Klasse (in der Folge: Ad-hoc-Gruppen)⁶ können auch durch staatliche Gewaltdelegation entstandene Milizen (in der Folge: Spin-off-Gruppen)⁷ nicht oder nur mit stark begrenzter Glaubwürdigkeit auf moralisch-politische Defizite ihrer Gegner verweisen.

Ähnlich verhält es sich mit politischen Ideologien, der zweiten intuitiv vorausgesetzten Quelle der Legitimität. Wiederum sind Gruppen glaubwürdiger, die bereits vor Aufnahme des bewaffneten Kampfs solche Ideen verfolgten und aufgrund staatlicher Repression schließlich zu den Waffen greifen. Deren Ideologien und politische Programme können als charismatische Ideen begriffen werden. Charismatische Ideen sind Zukunftsversprechen, geeignet, das gegenwärtige Chaos und Leid des Kriegs zu transzendieren. Politische Programme bewaffneter Gruppen versprechen Erlösung. Die quasi-religiöse Außeralltäglichkeit charismatischer Ideen hilft, banale Interessen und Bedürfnisse zugunsten des großen Ganzen zu umklammern, in den Hintergrund rücken zu lassen oder zu verschleiern.⁸

Mobilisierend-legitimierende Ideen benötigen Erzähler, die in der Lage sind, symbolische Orientierung zu geben. Deshalb spielen Universitäten eine wichtige Rolle bei der programmatischen Formierung bewaffneter Gruppen, in denen spätere Rebellenführer Ideen aufnehmen, untereinander austauschen und an die Situ-

⁴ Eine häufige Reaktion bedrängter Regime und ihrer Sicherheitsapparate (vgl. Kalyvas 2006: Kapitel 6).

⁵ Es gibt sehr viele bewaffnete Gruppen, die aus einem Repressionsmechanismus heraus entstanden sind, weshalb es unmöglich ist, diese alle aufzuzählen. Zu den beschriebenen Fällen gehört die *Sudan Liberation Army* in Darfur (Prunier 2005), die maoistische Guerilla in Nepal (Ramirez 2004), die *Tigray People's Liberation Movement* in Äthiopien (Young 1997) und eine ganze Anzahl von Gruppen in Lateinamerika, wie etwa die *Frente Sandinista de Liberación Nacional* in Nicaragua und die *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* in El Salvador (vgl. McClintock 1998).

⁶ Beispiele für Ad-hoc-Gruppen sind die Rebellenorganisationen der ersten Phase des liberianischen Bürgerkrieges 1989–1997 (Ellis 1998; Reno 1998: 91–95), aber auch die *Alliance des Forces démocratiques pour la Libération du Congo* (AFDL), die 1996–1997 Kongo-Zaire eroberte, sowie deren Spaltprodukte (Tull 2005: 105–114; Veit 2010: 110–120).

⁷ Hierzu zählen etwa serbische Milizen in den Jugoslawienkriegen (Schlichte 2010), die mosambikanische RENAMO (Weissman 1996) und die sudanesischen *Popular Defence Forces* (Salmon 2008).

⁸ Mehr Details über diese diskursiven Anknüpfungen in Schlichte (2009: 107–113).

ation ihrer Länder anpassen. Unter den achtzig Gruppen der MAG-Datenbank wurden 49 von Personen mit akademischer Ausbildung angeführt, im Führungsstab traf dies auf 44 Gruppen zu. Beispielhaft zeigt sich dies an der ugandischen NRM (*National Resistance Movement*) und der sudanesischen SPLA (*Sudan People's Liberation Army*). Ugandas heutiger Präsident Yoweri Museveni studierte Politikwissenschaften an der Universität Dar-es-Salaam in Tansania. John Garang, späterer Anführer der SPLA, war dort ebenfalls eingeschrieben. Die organisatorischen Parallelen zwischen Garangs SPLA und Musevenis NRM sind Folge einer gemeinsamen intellektuellen Erfahrungswelt, die auch eine Art Studienexkursion in die von der FRELIMO (Mosambikanische Befreiungsfront) befreiten Zonen des in den 1960er Jahren noch portugiesischen Mosambik einschloss.

Der Bedarf an Intellektuellen, die Problemdefinitionen, Ideen und politische Agenden zu formulieren in der Lage sind, wird auch von stärker opportunistisch orientierten Ad-hoc-Gruppen gesehen, die kein anderes Programm als die Machtergreifung kennen. Ein illustrierender Fall ist Prince Yormie Johnson, Anführer einer Splittergruppe (INPFL) der von Charles Taylor geleiteten liberianischen NPFL (*National Patriotic Front of Liberia*). Als Johnsons Truppen den früheren Vizepräsidenten Liberias gefangen nahmen, sagte Johnson zu ihm: »You are the first bookman I have arrested. Charles Taylor has all the other book people. I am fighter, I want you to help me put some ideas together on the economic and political side of things.«⁹ Entsprechend sollten ideologische Versprechen von bewaffneten Gruppen, insbesondere von Spin-off- und Ad-hoc-Gruppen, nicht von vornherein als genuine Überzeugungen angesehen werden. Über die Befreiungsideen der RUF (*Revolutionary United Front*) in Sierra Leone etwa entspannt sich ein akademischer Streit. Der niederländische Ethnologe Paul Richards entdeckte in der RUF-Adaption des *Grünen Buchs* von Muammar Gaddafi und in improvisierten Buschschulen Wurzeln der Rebellenlegitimität. Westafrikanische Akademiker widersprachen Richards' Befund vehement. Für sie war die RUF ein von Opportunisten angeführtes, tendenziell reaktionäres »Lumpenproletariat« (Richards 1996; Abdullah 1997; Bangura 1997).

Wie genuin politische Programme sind, kann kaum belegt werden, bevor sie in die Tat umgesetzt oder aber während und nach erfolgreichem Kampf »vergessen« werden. Wie erfolgreich sie als Legitimitätsquellen sind, sollte jedoch auch danach eingeschätzt werden, an wen sie gerichtet sind, bevor sie als irrelevant abgetan werden. Prince Yormie Johnson etwa sah offenbar wenig Sinn in einer ideologischen Schulung seiner Kämpfer, aber im nationalen und internationalen Rahmen einen Bedarf an Legitimierung seiner Machtansprüche (ohne damit Erfolg zu haben). Die Buschschulen der RUF hingegen zeigten das Gegenteil an: Hier wurden Rek-

⁹ Interview mit dem liberianischen Ex-Vizepräsidenten Peter Naigow, erschienen in der Zeitschrift *West Africa* am 20. Januar 1992 (zit. nach Ellis 1999: 83).

ruten offenbar zumindest zeitweise erfolgreich eingeschworen, während das Programm national und international kaum kommuniziert wurde.

An diesen Beispielen wird auch deutlich, dass die Ideologien bewaffneter Gruppen Teil globaler Diskurse sind. Seit dem Zweiten Weltkrieg können vier große Trends unterschieden werden. In der ersten Phase, bis zum weitgehenden Abschluss der Dekolonisierung 1975, war dies die Idee der nationalstaatlichen Befreiung von Fremdherrschaft. Der zweite, sich damit überschneidende Trend von den 1950er bis in die späten 1980er Jahre wurde von sozial-emanzipatorischen und sozialrevolutionären Ideen bestimmt. Seit Ende der 1970er Jahre wiederum lassen sich zwei weitere große Befreiungserzählungen beobachten: Zum einen das Programm »Demokratie und Menschenrechte«, zum anderen verschiedene Spielarten politisierter Religion.

Diese vier Erzählungen sind häufig synkretistisch verbunden. Viele antikoloniale Aufstandsbewegungen vertraten sowohl sozialen Internationalismus als auch nationale Selbstbestimmung. Auch eine Reihe gegenwärtiger islamistischer Gruppen verbindet den Kampf für die Umma, die transnationale Gemeinschaft der Muslime, mit Erzählungen über nationale Selbstbestimmung oder Revolution.¹⁰ Auch Gruppen, die sich »Demokratie« auf die Fahne geschrieben haben, verfolgen dieses Ziel fast selbstverständlich im nationalstaatlichen Rahmen. Unter letzteren Formationen finden sich viele, die in ihrer personellen Zusammensetzung und Gewaltpraxis ethnizistische Tendenzen aufweisen, in ihrer Selbstbeschreibung aber auf bestehende oder zu gründende Nationalstaaten verweisen (etwa im Kongo – vgl. dazu Veit 2010: 110–150).

Damit stellt die Idee von Nation und Staat die wichtigste und erfolgreichste ideologische Erzählung bewaffneter Gruppen der vergangenen beinahe siebzig Jahre dar. Es scheint die Verkopplung globaler Legitimität, lokaler Anschlussfähigkeit und programmatischer Dehnbarkeit zu sein, die immer neue Variationen des nationalen Konzepts als charismatischer Idee hervorbringt. Bewaffnete Gruppen können sich als Verkörperung eines Volks darstellen, für dessen Erlösung sie stellvertretend kämpfen. Das Konzept der Befreiung im nationalen Rahmen legitimiert auch Opfer des Volks für die Erlösung vom Joch der Unterdrückung.

Neben den Erzählungen vom ungerechten Gegner und der besseren Zukunft zählen aber auch die Strukturen bewaffneter Gruppen zu den potentiellen Quellen ihrer Legitimität. Auffällig ist vor allem die Übernahme von althergebrachten gesellschaftlichen Hierarchien, die sich in bewaffneten Gruppen wiederfinden (Clapham 1998: 12). Da bewaffnete Gruppen nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum entstehen, spiegeln sie häufig ihre soziale Herkunft wider. Traditionen sind selbst der

¹⁰ Etwa die *Hizbullah* im Libanon (Malthaner 2005; Malthaner i. Ersch.) oder die *Moro Islamic Liberation Front* auf den Philippinen (McKenna 1998). Siehe auch Picard (1996, 1997) über den Libanon, Martinez (1998) zu Algerien, Larzilliere (2004: 183) über die Palästinenser, Kell (1995) zu Indonesien, und Roy (2003) allgemein zur Nutzung islamischer Symboliken.

Veränderung unterworfen, aber gerade Vereinigungen mit revolutionärem Programm und konservativer Organisationsform zeigen, wie langsam solche Veränderungen in vielen Gesellschaften stattfinden. Der Habitus der Mitglieder, ihre Sozialisierung in eingelebten Sitten, Praktiken und Hierarchien führen dazu, dass sich bewaffnete Gruppen nur schwerlich radikal anders organisieren können als ihr soziales Umfeld.¹¹

Bisweilen lässt sich auch auf engstem Raum die Fortschreibung von unterschiedlichen Hierarchietraditionen beobachten: Während des Konflikts im kongolesischen Ituri etwa bekämpften sich von 1999 bis 2004 Milizen insbesondere aus den Ethnien der Hema und Lendu. Die politische Tradition der Hema, die zentralisierte Clans bilden, spiegelte sich auch in zentralisierten bewaffneten Formationen wie der UPC wider. Die Lendu hingegen lebten bis in die Gegenwart in eher egalitären Strukturen. Entsprechend profilierten sich in der Lendu-Miliz FNI keine durchsetzungsstarken Führungspersönlichkeiten (Veit 2010: 57–76, 125–136). Die Bedeutung von Traditionen ist am deutlichsten in Gesellschaften, die keine durchgreifenden Modernisierungsprozesse durchlebt haben, und in denen staatliche Herrschaft tribal definierte lokale Intermediäre förderte.

Schwieriger ist es, die Effekte eingelebter Tradition in rapide modernisierten Gesellschaften nachzuweisen, doch ist es sicher kein Zufall, dass bewaffnete Gruppen in teilindustrialisierten Gesellschaften wie Südafrika eher den Organisationsmodellen von Gewerkschaften und Kirchen anstatt durchaus vorhandenen ethnischen Modellen folgten. Diese Beobachtung soll keine Pfadabhängigkeit suggerieren. Bewaffnete Gruppen lernen voneinander, wie die globale Diffusion kommunistischer Organisationsformen zeigt. Zudem ist der Krieg selbst ein Auslöser von sozialer, ideeller und organisationeller Evolution, in der sich bewaffnete Gruppen rapide an neue Anforderungen anpassen oder aber fragmentieren.

Neben Erzählungen und Organisationsformen zählen auch die Gewaltpraktiken bewaffneter Gruppen zu zentralen Quellen ihrer Legitimität. Bewaffnete Gruppen beanspruchen zu reglementieren, wer Gewalt wann gegen wen anwenden darf, und wer vor wessen Gewalt unter welchen Umständen geschützt wird. In dieser Hinsicht gleichen sie Staaten, die ebenfalls ein legitimes Gewaltmonopol beanspruchen. Anders als Staaten stehen bewaffnete Gruppen aber am Anfang eines Legitimationsanspruchs, können also nicht auf etablierte Erzählungen und Symbole zurückgreifen, die diesen Anspruch rechtfertigen, ihre Kämpfer reglementieren, und die Grenzen zwischen der Gemeinschaft und den Außenseitern festlegen. Häufig sind es die Gewaltpraktiken selbst, die die Grenzen der repräsentierten Gemeinschaft festigen. Diese Grenzen sind niemals total fixiert, aber es gibt immer eine Unterscheidung zwischen den Regeln, die die bewaffnete Gruppe und ihre Gefolgschaft betreffen, und solchen, die für Nicht-Mitglieder gelten.

¹¹ Die Übereinstimmung mit der »Sitte« hat auch Max Weber hervorgehoben als Voraussetzung für die Entfaltung einer legitimen Herrschaft (vgl. Weber 1985: 122).

Im Folgenden gehen wir auf Prozesse der Legitimierung und Delegitimierung ein, indem die Effektivität der Legitimitätsquellen bei unterschiedlichen Adressaten analysiert wird. Wie bereits erwähnt, unterscheiden wir drei verschiedene Adressaten, denen gegenüber bewaffnete Gruppen nach Legitimität streben. Erstens sind ihre Diskurse und Praktiken an die Mitglieder und das soziale Umfeld der Gruppe gerichtet. Das zweite Publikum, in dem durch eine Kombination aus Aktion und Rhetorik Legitimität produziert werden soll, stellen die Bevölkerungen in den Sozialräumen dar, in denen nicht-staatliche Formationen Herrschaft aufzubauen versuchen. Das dritte Publikum ist die internationale Öffentlichkeit, die vor allem aus Regierungen mächtiger Staaten besteht, die sie als politische Akteure möglichst anerkennen und unterstützen sollten.

3. Habitus, Zukunft, Disziplin: Die Legitimität interner Herrschaft

Keine politische Organisation kann ohne Legitimität zumindest innerhalb ihres Stabs und ihrer Gefolgschaft über längere Zeit stabil bleiben. In Organisationen, die Gewalt ausüben und Gewalt ausgesetzt sind, die in einem hochgradig instabilen Kontext agieren, und deren Mitglieder in der Regel Furcht, Traumata und Entbehrungen zu ertragen haben, spielt die innere Legitimität eine umso größere Rolle. Zunächst kommt es für bewaffnete Gruppen also darauf an, Herrschaftslegitimität im eigenen Lager zu institutionalisieren. Interne Herrschaft benötigt den Glauben der Organisationsmitglieder an die Rechtmäßigkeit von Entscheidungen, Entscheidungsfindungsprozessen und Aktivitäten. Die zentrifugalen Dynamiken von Krieg und Gewalt müssen ausgeglichen werden, damit die Organisation nicht fragmentiert. Mitglieder müssen immer wieder motiviert werden, unter schwierigen Umständen zu leben und gegebenenfalls sogar ihr Leben zu opfern.

Der interne Zusammenhalt einer bewaffneten Gruppe ist die Grundlage ihrer Existenz. Deshalb geht interne Legitimität grundsätzlich vor externem Ansehen, selbst wenn durch intern legitimitätsproduzierende Tätigkeiten das Ansehen der Gruppe unter Beobachtern geschädigt wird. Zugleich ist die bewaffnete Gruppe auch der erste Zusammenhang, in dem situative Macht in institutionalisierte Herrschaft verwandelt werden muss. Die inneren und äußeren Umstände – etwa Furcht vor Verrat durch die eigenen Mitstreiter, außergewöhnlich breite Distribution von Waffen und niedrige Gewalthemmungen sowie häufig extreme politische Dynamiken – sorgen dafür, dass Leiter und Stab bewaffneter Gruppen sich ihrer Position nie vollständig sicher sein können. Umso mehr müssen sie Autorität immer wieder neu produzieren.

Dementsprechend darf auch die interne Funktion von Ideologien und Erzählungen der Repression nicht unterschätzt werden. Häufig werden Ideologien nur auf ihre Außenwirkung, vor allem im Hinblick auf die ›Hearts and Minds‹ von Bevölkerungen, hin eingeschätzt. Ihre Kernfunktion liegt jedoch zunächst im internen

Bereich. Der Kern von politischen Ideologien – das Versprechen der besseren Zukunft – wird insbesondere in bewaffneten Gruppen zu einer individuellen Aussicht. Schließlich ist zu erwarten, dass diejenigen, die die bessere Zukunft erkämpft haben, in dieser verbesserten Gesellschaft eine privilegierte Stellung einnehmen können.

Einige bewaffnete Gruppen investierten große Ressourcen in die ideologische Schulung ihrer Mitglieder. Die angolische Unita etwa, obgleich häufig als ›tribalistisch‹ beschrieben, errichtete im abgelegenen Busch eine neue Stadt, um die Lebens- und Erfahrungswelten von Stab und Gefolgschaft zu kontrollieren (Beck 2009). Dass neben ›weltlichen‹ Ideologien auch spirituell-religiöse Erzählungen zum internen Zusammenhalt und zur Legitimierung von Kampf und Gewalt beitragen, zeigt sich an den für die afghanischen Taliban zentralen Madrasas und den Überschneidungen zwischen Geheimgesellschaften und bewaffneten Gruppen in Liberia (Rashid 2002: 22–26; Ellis 1995; Utas 2003: 85–118).

Die Wirkung von Erzählungen der Repression durch den ungerechten Feind und dem Versprechen einer besseren Zukunft ist einer der Gründe für die Schwierigkeiten, Bürgerkriege durch Kompromisse zu beenden. Ein Friedensschluss könnte zwar externe Legitimität produzieren, doch für viele Organisationsmitglieder gilt nur der Sieg als legitim. Mit dem – im wörtlichen Sinn – Todfeind zu verhandeln, ist oft nicht vermittelbar. Zudem verspricht die Mobilisierungsrhetorik aller bewaffneten Gruppen einen kompletten Sieg, da Verhandlungskompromisse sich nicht als charismatische Zukunftsvorstellung eignen. Die Hypothek der großen Versprechungen wächst mit jedem Opfer aus den eigenen Reihen. Das Primat interner Legitimität gilt erst dann nicht mehr, wenn sich für die Führungsebene bessere Möglichkeiten ergeben und die bewaffnete Gruppe in ihren Augen ihren Zweck erfüllt hat. Dies lässt sich ebenso im Kontext von Friedensverhandlungen beobachten, während deren es häufig zu Abspaltungen und Meutereien kommt. In der Folge werden unterschriebene Friedensverträge nicht umgesetzt, weil der Führungsstab interne Legitimität verloren hat (King 1997).

Neben Erzählungen haben, wie oben dargestellt, auch Organisationsstrukturen eine legitimierende Wirkung. Traditionelle Formen von Hierarchie, Diskurs und Entscheidungsfindung weisen viele bewaffnete Gruppen auf, da diese Normen und Handlungsmuster im Habitus der Mitglieder enthalten sind. Häufig übernehmen gerade diejenigen Personen tragende Rollen in bewaffneten Gruppen, die bereits innerhalb der Gesellschaft herausgehobene Positionen einnehmen. Ihr symbolisches, kulturelles und soziales Kapital prädestiniert sie für Führungsaufgaben in der bewaffneten Gruppe, die dadurch wiederum Legitimität in der Gefolgschaft erlangen kann. Die Macht patrimonialer »Big Men« (Médard 1992) führt aber auch oft dazu, dass das revolutionäre Programm bewaffneter Gruppen ein nie umgesetztes Versprechen bleibt.¹²

¹² Es ist eine ironische Wendung, dass trotz ihrer offiziellen Intention der sozialen Modernisierung qua revolutionärer Politik die tatsächliche Herrschaft bewaffneter Gruppen in einer Rekonstitutie-

Solche Tradition sollte aber nicht eindimensional verstanden werden. Gerade erfolgreiche Führungspersönlichkeiten zeigen, dass es in bewaffneten Gruppen unterschiedlicher Legitimitätsquellen bedarf, um dauerhaft an der Spitze zu stehen. Dementsprechend vereinen viele Anführer (in jeweils unterschiedlichen Kombinationen) aristokratische Herkunft, religiöse Ämter, akademische Bildung, kommerzielle Verbindungen sowie Kenntnisse der Kriegsführung. Solcherlei unterschiedliche Sorten symbolischen, sozialen und kulturellen Kapitals sind Indizien dafür, dass bewaffnete Gruppen oft in sich selbst heterogen sind – häufig lassen sie sich als Allianzen verschiedener gesellschaftlicher Kräfte charakterisieren – und dementsprechend unterschiedliche Legitimitätsformen zu generieren versuchen (Veit 2010: 105–145).

Doch alle Formen von Legitimitätsstiftung sind potentiell Prozessen der Erosion durch interne Konflikte ausgesetzt. Gesellschaftliche Konflikte und Bruchlinien zeichnen sich auch in bewaffneten Gruppen ab. Dies lässt sich am Beispiel der ugandischen NRM zeigen, die ursprünglich nur aus 35 Mitgliedern bestand. Nach Beginn des Guerillakriegs gewann sie schnell mehrere hundert Rekruten hinzu. Diese stellten die Repräsentationsfähigkeit der Führungsstruktur bald in Frage. Die Kommandeure, die vor allem aus dem südwestlichen Landesteil stammten, waren in den Augen der neuen und eher jungen Kämpfer aus Zentraluganda und der eingetretenen urbanen Intellektuellen nicht für ihr Führungsmonopol legitimiert. Bereits während des ersten Kriegsjahrs organisierte die Führungsebene ein Treffen, bei dem eine neue Organisationsstruktur beschlossen wurde. Der neue »National Resistance Army Council« repräsentierte nun alle Bataillone und administrativen Einheiten der Bewegung. Durch ein paralleles System von Politikommissaren, zuständig für Ausbildung und Disziplinierung, sicherte sich die Führung allerdings Kontrolle jenseits der repräsentativen Körperschaft (Schubert 2001: 287; Ngoga 1998; Weinstein 2007: 140).

Doch solche Fälle von geplantem organisatorischen Lernen sind eher außergewöhnlich. Wie in anderen Machtstrukturen ergeben sich auch und gerade in bewaffneten Gruppen Konflikte zwischen Eliten, die ihre Position behalten wollen, und dem Bedarf an Partizipationsmöglichkeiten neuer und aufstrebender Mitglieder oder Untergruppen. Sehr oft kann dieser Widerspruch nicht abgeschwächt oder aufgelöst werden, so dass verschiedene Legitimitätstypen in einer Organisation zu einer Sollbruchstelle werden können, entlang derer bewaffnete Gruppen fragmentieren. Fraktionskämpfe und Spaltungen in bewaffneten Gruppen, die häufig als rein rational motivierte Machtkämpfe gelten, lassen sich besser verstehen, wenn sie als Effekt konkurrierender Legitimitätsansprüche gelesen werden. Ein besonders häufig auftretender Fall ist dabei der Konflikt zwischen durch Tradi-

tion von Herrschaftsformen resultiert, die viele traditionelle Elemente enthält. Beispiele sind das Simbabwe von Robert Mugabe, Nicaragua nach dem Sieg der Sandinisten und Yoweri Musevenis Uganda.

tion oder lange politische Oppositionsarbeit legitimierten Anführern auf der einen, und ›Offizieren‹, die auf dem Schlachtfeld erfolgreich »Kriegerehre« gesammelt haben, auf der anderen Seite. Denn charismatische und andere Formen von Legitimität stehen sich häufig unversöhnlich gegenüber, genauso wie es kaum zwei charismatische Anführer in einer Organisation geben kann. Paradigmatisch lässt sich dies etwa an den Fraktionskämpfen und der letztendlichen Spaltung des *Mouvement des forces démocratiques de la Casamance* (MFDC) beobachten, einer kleinen sezessionistischen Bewegung, die in den 1990er Jahren im Süden Senegals operierte. Sie wurde von dem Priester, Aristokraten und zeitweise inhaftierten Oppositionspolitiker Augustin Diamacoune Senghor gegründet und geleitet. Seine Autorität wurde zu Beginn der 1990er Jahre vom Anführer des militärischen Arms, Sidi Badji, angezweifelt. Badji hatte sich für sein Amt durch seine in der französischen und senegalesischen Armee gesammelte militärische Erfahrung qualifiziert, und nach ersten erfolgreichen Scharmützeln mit der Armee versuchte er, die Führung des MFDC zu übernehmen. Sein Plan scheiterte, führte jedoch schließlich zur Abspaltung einer Gruppe. Seitdem bekämpften sich die Fraktionen mehrfach mit militärischen Mitteln.¹³

Schließlich dient auch Gewalt als Mittel der Legitimitätssteigerung. Dass Zwang Legitimität herstellen kann, klingt zunächst paradox, da Sanktion und freiwillige Unterordnung gemeinhin als Gegensätze begriffen werden. Doch selbst einer ideologisch kruden, militärisch bedrängten und ohne feste Basis agierenden Gruppierung wie der ugandischen LRA (*Lord's Resistance Army*) gelingt es seit Jahrzehnten, immer wieder treue Kämpfer heranzuziehen. Dass diese häufig als Kinder in die Gruppe entführt werden, verstärkt die Überraschung einerseits, bietet aber andererseits auch einen Schlüssel zur Erklärung: Gerade von Kindersoldaten ist bekannt, dass sie durch Gewalttaten gegenüber Dritten in die bewaffnete Gruppe initiiert werden. Auch selbst erfahrene Gewalt gehört zu solchen Initiationserfahrungen (Honwana 2006: 49–74). Damit folgen bewaffnete Gruppen dem Beispiel staatlicher Armeen, die durch Drill und Gewalt im »Boot Camp« nicht nur das Sterben und Töten lehren, sondern auch den Zusammenhalt und die Hierarchie stabilisieren. Gerade diejenigen, die durch eine solche Gewaltausbildung gegangen sind, wenden sie häufig mit großem Eifer gegenüber neuen Rekruten an: Die Organisationsmitglieder üben in einem selbsterhaltenden System gegenseitige Kontrolle aus, ohne dass die Führungsebene weiter direkt eingreifen muss (Sanborn 2003). Wiederum steht die interne Gewalt allerdings vor dem Vorbehalt der Übereinstimmung mit der »Sitte«: Wird interne Gewalt jenseits anerkannter Normen, Prozesse oder Muster ausgeübt, wirkt sie auf Dauer delegitimierend und führt zu interner Rebellion, Spaltung oder massenhafter Desertion.

¹³ Interviews durchgeführt von Klaus Schlichte, Ziguinchor und Dakar, August und September 1994.

Die Herstellung interner Herrschaftslegitimität ist ein brüchiger Prozess. Erzählungen, gesellschaftlich etablierte oder im Krieg entstehende Formen von Legitimation und Disziplinierung stabilisieren Hierarchien, mobilisieren zu immer neuen Anstrengungen und rechtfertigen Gewalterfahrung und Gewaltausübung. Dabei kommt es aber immer wieder zu Konflikten zwischen alten und neuen Machtansprüchen, alten und neu eingeführten Normen und Interaktionsmustern. Die vermutliche Mehrzahl bewaffneter Gruppen scheitert in diesen Prozessen. Andere hingegen, und dies sind die bekannteren, überleben als Organisation und sind schließlich fähig, Herrschaft über die eigene Organisation hinaus zu etablieren. Doch auch Prozesse der Institutionalisierung territorialer Macht stellen vielfältige Legitimationsanforderungen, denen wir uns nun zuwenden.

4. Basislegitimität durch Zwang: Der Beginn territorialisierter Herrschaft

Mit dem Anwachsen des Herrschaftspotentials vergrößert sich auch das Publikum. Die Suche nach Legitimität betrifft zunächst die (potentielle) Akzeptanz seitens der zivilen Bevölkerung, also etwa sozial oder ethnisch definierter Schichten, die sich durch die Gruppe vertreten sehen und ihre Machtansprüche anerkennen. In beiden Prozessen spielt gewaltsamer Zwang und Disziplinierung normalerweise eine Rolle: Die bewaffnete Gruppe maßt sich eine Macht an, die ihr nicht immer freiwillig zugestanden wird. Dieser Widerstand muss gebrochen werden, ohne den Legitimitätsanspruch völlig zu verwirken.

Die »battle for the hearts and minds« der Bevölkerung ist kein demokratischer Wettbewerb zwischen feindlichen Militärs. In Bürgerkriegen besteht für Zivilisten weder Wahlfreiheit darüber, wem sie sich zuwenden, noch, ob sie diese Wahl überhaupt treffen wollen. Ein innerer Rückzug aus dem Geschehen ist nicht möglich. Wer keine Wahl zu treffen bereit ist, muss das umkämpfte Territorium verlassen. Denn Gewalt ist die zentrale ordnungsstiftende Erfahrung des Bürgerkriegs. Rebellen wie Staatsapparate drängen sich Zivilisten gewaltsam auf. Welcher gewaltausübenden Organisation Legitimität zugeschrieben wird, ist also immer auch mit Zwang verbunden. Trotzdem kann aus diesem Zwang Legitimität resultieren. Denn die Institutionalisierung von Herrschaft durch Gewalt ist, wie Heinrich Popitz schreibt, ein Versuch der Eingrenzung und Einfriedung von Gewalt in einer sozialen Ordnung. Die Grundbedingung ist die Lösung spezifischer Fragen: Wer darf wann Gewalt nicht ausüben? Und wer wird aktiv bei der Übertretung dieses Gebots? Sind die Herrschenden also dank ihrer Gewaltmacht fähig, vor Gewalt von außen und innen zu schützen? Um diese Aufgabe der sozialen Ordnungstiftung zu erfüllen, muss eine bewaffnete Gruppe die Gewalt bei sich selbst konzentrieren und hierfür meist Zwang ausüben. Diesem Zwang wird unter Umständen Legitimität zugeschrieben (Popitz 1986: 87–89).

Durch Gewalt eine moralische Ordnung zu schaffen, die wiederum Gewalt legitimiert, ist ein komplexer Prozess, der an dieser Stelle nicht in allen Facetten dargestellt werden kann. Deshalb beschränken wir uns auf einen oftmals entscheidenden Moment im Leben einer bewaffneten Gruppe: den Beginn territorialisierter Herrschaft.

Wenn bewaffnete Gruppen ein Gebiet erobern, ist der erste Moment der gefährlichste. Weder verfügt die erobernde Gruppe über genügend Herrschaftswissen, noch kann sie sich der Akzeptanz ihrer Herrschaft sicher sein. Aus der Sicht der Bevölkerung besteht weitgehende Unsicherheit über die zu erwartende Politik der neuen Herrscher. Gewalt kann jederzeit wieder aufflammen. Nur durch Interaktionen können diese Unsicherheiten geklärt werden, bis schließlich verlässliche Interaktionsmuster entstehen. Ist dieser Prozess erfolgreich, entsteht Basislegitimität. Basislegitimität ist eine Sequenz von Schritten, die vor der Institutionalisierung von Herrschaftslegitimität im Sinne eines Glaubens an die Gültigkeit einer gegebenen Ordnung steht. Statt eines Gültigkeitsglaubens basiert sie noch sehr viel stärker auf einer stabilisierenden Toleranz der Beherrschten.¹⁴

Das erste Element der Basislegitimität ist der Eindruck der Stärke der erobernden Formation. Mit dem Verzicht auf Widerstand anerkennen die Beherrschten die überlegene Gewaltmacht der Gruppe. Durch diesen Verzicht wird die alte Ordnung bereits abgelöst, den Neuankömmlingen wird die Fähigkeit zur Institutionalisierung einer neuen Herrschaft zuerkannt. Durch gewaltsame Aggressionen der Gruppe entstandene Ressentiments sind vielleicht vorhanden, aber kommen in dieser frühen Phase häufig nicht zum Tragen. Darin liegt eine, wenn auch fragile, Chance.

Der zweite Schritt der Basislegitimität gründet auf der Fähigkeit der Gruppe, eine Ordnung tatsächlich etablieren zu können. Diese Ordnung mag prekär sein, doch stellt sie eine Verbesserung zum vorherigen Kamp fzustand dar. Die für Zivilisten unberechenbare Gewaltphase zwischen bewaffneten Organisationen ist zu Ende. Das alltägliche Leben wird wieder aufgenommen, bisweilen mit erstaunlicher Geschwindigkeit, etwa bei der Wiedereinrichtung von Märkten. Diese prekäre Ruhe kann durchaus mit gewaltsam erzwungenen Arbeitsdiensten und Abgaben einhergehen, solange die neuen Herrscher als zwar »streng, aber gerecht« erscheinen (von Trotha 1994).

Letztere Dienste und Abgaben betreffen bereits den dritten Schritt, der sich auf die organisatorische Kompetenz der bewaffneten Formation bezieht. Die neuen Gewalthaber müssen es verstehen, ihre zunächst nur situative Macht so zu nutzen, dass die Chance entsteht, »für spezifische (oder: für alle) Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden« (Weber 1980: 122). Dazu gehört etwa, öffentliche Arbeit, Steuern und Abgaben zu organisieren und durchzusetzen. Dienen diese Arbeiten und Abgaben öffentlichen Aufgaben, etwa dem Schutz vor

¹⁴ Die hier formulierten Ideen basieren auf Popitz (1992: 185–232) und von Trotha (1994).

neuen militärischen Angriffen von außen, stärken sie trotz des ausgeübten Zwangs die Basislegitimität. Die Einberufung von Gerichten zur Klärung von Zivilstreitigkeiten zwischen Nachbarn oder Kommunen zählt aber ebenfalls zum Repertoire vieler Gruppen.¹⁵ Unter denjenigen, die von diesen Aktivitäten profitieren, findet die neue Herrschaft voraussichtlich Anklang. Den zur Arbeit verpflichteten und unbeteiligten Beobachtern wird demonstriert, dass die Dinge in Bewegung sind und die neue Herrschaft nicht nur töten und zerstören, sondern auch aufbauen und investieren kann.

Der vierte Schritt – oder in diesem Fall bereits ein Effekt – ist die stillschweigende Partizipation. Jede Aktion der Beherrschten, die nicht den Herrschaftsanspruch der Rebellen konterkariert, bestätigt nicht nur stillschweigendes Einverständnis, sondern wird selbst zum Teil der neuen Ordnung. Die Menschen investieren Zeit, Arbeit und Geld in die neue Ordnung. Jedes wieder bebaute Feld, rekonstruierte Haus oder die Beteiligung an Verwaltungsaufgaben ist ein Symbol wachsender Legitimität, eine Investition in das neue Regime. Da viele dieser Aktivitäten aus der rein alltäglichen Notwendigkeit entstehen, stabilisiert sich die Basislegitimität der neuen Gruppe allein dadurch, dass Zeit vergeht. Nicht nur Eliten wie Geschäftsleute und Verwaltungsangestellte, die sich mit der neuen Herrschaft arrangieren, sondern alle, die zum Alltag übergehen, werden zu »Untermietern der Macht« (Popitz 1992: 227). Die bewaffnete Gruppe muss hierzu weder auffordern noch selbst aktiv eingreifen. Es genügt, die Rahmenbedingungen für alltägliches Leben zu schaffen und zu strukturieren.

Um allerdings eine dauerhafte Herrschaftslegitimität zu garantieren, reicht eine Basislegitimität, die weitgehend auf Gewaltmacht beruht, nicht aus. Dafür sind wiederum Erzählungen von großer Bedeutung. Kulturelle Nähe zwischen Eroberern und Zivilbevölkerung ist dabei offensichtlich von Vorteil, denn damit Erzählungen Resonanz finden und Vertrauen aufgebaut werden kann, muss ein gemeinsames Idiom gefunden werden. Solche Nähe ist aber nicht von vornherein notwendig, sondern kann auch durch gegenseitige Annäherung erreicht werden. Eine Beschreibung der ersten Taliban-Besetzung der afghanischen Provinz Nimroz in den 1990er Jahren zeigt, wie Fremdheit überwunden und Vertrauen geschaffen werden kann. Die Taliban verletzen in dieser unsicheren Frühphase nach ihrer Eroberung lokale Normen nicht, und wurden, so der Autor Abdul Rahman Pahwal, sogar in lokale Diskurse über Helden und ihre Taten eingereiht:

»In der ersten Herrschaftsperiode wurde die Eigenart der Menschen geachtet, und es gab keine Angriffe auf ihre Sitten und Bräuche. Man kann sagen, dass die Taliban die Besonderheiten der Menschen in dieser Region entweder kannten oder dass sie wenigstens von Anfang an eine gewisse Zurückhaltung übten. Die Reihen der Taliban

¹⁵ Vgl. Heywood (1989: 53) zur Unita, zur *Gerakan Aceh Merdeka* (GAM) in Indonesien vgl. Missbach (2005: 109), zur LTTE in Sri Lanka siehe Radtke (2009: 103).

setzten sich in der ersten Periode aus jungen Männern zusammen, die aus der alten Provinz Ghazna oder aus den Provinzen der Nordgebiete stammten. Die meisten von ihnen waren Büchern und Wissenschaften gegenüber durchaus aufgeschlossen. Sie lasen gern, und zu ihrer Zeit hatte die öffentliche Bibliothek der Provinz Nimroz täglich auch viele Leser aus den Kreisen der Taliban. Es schien als seien sie wirklich ›taliban-i ‘ilm‹, Studenten der Wissenschaft, und keine ›taliban-i ‘tufang‹, nämlich Studenten des Gewehrs. [...] Deshalb konnte die Ermordung einiger Taliban durch die Brüder von Abdulchaliq die tiefe Trauer der Menschen von Nimroz nicht mindern. Im Gegenteil: Die Menschen missbilligten diese Tat und sagten, dass die Mörder gegen die geschätzten Sitten und Bräuche dieser an Helden und Heldensagen so reichen Region verstoßen hätten« (Pahwal 2004: 20).

Der Mechanismus der Basislegitimität ist allerdings prekär, denn er steht am Übergang von Macht zu Herrschaft. In dieser Phase hat jede Störung gravierende Auswirkungen. Flammt etwa die militärische Auseinandersetzung mit dem Gegner wieder auf, gerät die durch Gewalt geschaffene soziale Ordnung ins Wanken, auch weil Zivilisten ihre Loyalität wieder auf den Prüfstand stellen. Zudem sehen sich die neuen Herrscher nun oft gezwungen, Normen zu verletzen, indem sie mit Zwang rekrutieren und übergroße Abgaben einfordern. Noch gefährdender ist lokale (bewaffnete) Opposition. Beginnen die neuen Herrschenden, Misstrauen und Angst gegenüber der Bevölkerung zu entwickeln, kommt es fast zwangsläufig zu blinder Gewalttätigkeit etwa gegenüber ›verdächtigen‹ jungen Männern, deren Resistenz dadurch erst herausgefordert wird. Mit jeder gewaltsamen Normverletzung wird die Etablierung von legitimer Herrschaft allerdings schwieriger: Ein Schatten legt sich über die Legitimität der bewaffneten Gruppe.

Ein Mangel an Legitimität, so scheint es, zieht wiederum mehr Gewalt gegen Zivilisten nach sich: Die Gruppe übt nicht länger ordnende Gewalt aus (also nachvollziehbare Bestrafungen), sondern setzt entgrenzte Gewalt zur Einschüchterung ganzer Landstriche ein. Unter den achtzig in der MAG-Datenbank untersuchten bewaffneten Gruppen verübten 28 Prozent Massaker und 35 Prozent systematischen Terror gegen die Zivilbevölkerung. Diese Durchschnittszahlen müssen qualifiziert werden: Unter den Gruppen, die aus einer politischen Opposition mit längerer Tradition hervorgingen, verübten der Quellenlage zufolge ›nur‹ knapp 22 Prozent Massaker, während dies für 38,5 Prozent opportunistischer Ad-hoc-Gruppen und sogar 78 Prozent der staatsnahen Spin-off-Gruppen zutrif. Betreffend der Kategorie ›systematischer Terror‹ waren diese Unterschiede zwischen ›Bona-fide‹-Rebellen und Ad-hoc-Gruppen etwas ausgeglichener (30,4 und 41 Prozent respektive), aber auch hier bemühten sich Spin-off-Gruppen mit knapp 67 Prozent verblüffend wenig um lokale Legitimität.

Zwei Hypothesen lassen sich aus diesen Zahlen schließen: Zum ersten scheint die Doktrin der ›battle for the hearts and minds‹ vielen Gruppen entweder gleichgültig zu sein, oder es gelingt ihnen nicht, die Gewaltausübung intern zu kontrol-

lieren, oder aber sie betrachten indiskriminierende Gewalt als notwendig, auch wenn dadurch ihre Legitimität untergraben wird. Zum anderen zeigt sich hier, dass Rebellen im Vergleich zu staatsnahen Gruppen versuchen, Gewaltraumata zu vermeiden. Eine erklärende Hypothese könnte sein, dass für Spin-off-Gruppen Unterstützung durch den eigenen Staat ein Ersatz für Legitimität in der Bevölkerung ist. Anti-Regime-Gruppen hingegen sind stärker auf lokale Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen. Trotzdem wenden auch relativ viele Rebellengruppen wahllos Gewalt gegen Zivilisten an. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass die Mehrheit der Rebellengruppen Unterstützung durch Drittstaaten erhält, die sie vom Imperativ der lokalen Legitimität entlastet.

5. *Legitimität in der internationalen Sphäre: Die Unwägbarkeiten der globalen Erzählungen*

Spätestens für den letzten Schritt ihrer Karriere, der Übernahme von Staatsämtern, müssen nicht-staatliche bewaffnete Gruppe auch in der internationalen Sphäre Anerkennung als politische Akteure gewinnen. Die für die meisten Gruppen unbeflussbaren politischen Großwetterlagen, die sich zudem in gelegentlich rasanter Weise verändern können, stellen dabei eine große Herausforderung dar. Diese Schwierigkeit lässt sich wiederum an der Frage der Gewalt darstellen: Gruppen, die in ihrem Land keine Gewaltmacht ausüben imstande sind, laufen Gefahr, von internationalen Akteuren nicht ernst genommen zu werden. Gruppen, die zur Ausweitung ihres Machtbereichs zu gewaltsamen Mitteln greifen, sind wiederum in Gefahr, in internationalen Medien an den Pranger gestellt zu werden und internationale Unterstützung zu verwirken.

Nicht-staatliche bewaffnete Gruppen sind Teil internationaler Politik, und internationale Beziehungen sind Teil ihrer Politiken. So ist materielle Unterstützung aus dem Ausland die häufigste Form materieller Reproduktion bewaffneter Gruppen. Von achtzig in der MAG-Datenbank untersuchten bewaffneten Gruppen erhielten 58 Formationen ausländische Staatshilfe, während sich jeweils nur um die vierzig Gruppen durch erzwungene Steuern und Abgaben, Plünderungen oder Beiträge der Bevölkerung finanzierten.¹⁶ Ebenso ist die Einbindung bewaffneter Gruppen in internationale Diskurse bereits oben deutlich geworden. Politische Programme werden von bewaffneten Gruppen in sehr seltenen Fällen vollständig selbst erdacht, sondern stellen eine lokale angepasste Adaption von international kursierenden Symbolen und Konzepten dar. Politische Programme werden entsprechend nicht nur übernommen, um in der eigenen Gruppe oder der lokalen Bevölkerung Legitimität zu generieren, sondern auch, um im Ausland Legitimität

¹⁶ Diese Zahlen sollten als genereller Trend verstanden werden, da in diesem Feld die Datenlage zu den einzelnen Gruppen relativ unbefriedigend ist.

zu erlangen, die in materieller Unterstützung und Anerkennung als politischer Akteur resultiert. Dazu müssen bewaffnete Gruppen an die jeweils vorherrschenden Erzählungen von »Demokratie«, »Befreiung« oder »Fortschritt« anknüpfen.

Vielen Gruppen gelang es vor allem im Kalten Krieg, Unterstützung durch eine der Großmächte zu erhalten. Dabei spielte Ideologie bisweilen eine untergeordnete Rolle, wie etwa im Fall der nominell maoistischen Unita in Angola, die von den USA Zuwendungen erhielt. Auch nach dem Kalten Krieg schafften es bewaffnete Gruppen über ideologische Grenzen hinweg, Unterstützung aus dem Ausland zu generieren. Die fundamentalistisch-christliche LRA in Uganda etwa unterhielt lange ein Bündnis mit dem islamischen Regime im Sudan, vor allem weil die ugandische NRM-Regierung wiederum mit der südsudanesischen SPLA enge Bande unterhielt (Prunier 2004: 359–383). Doch im Kalten Krieg waren solche kontra-ideologischen Allianzen eher die Ausnahme. Bewaffnete Gruppen suchten in der Regel Hilfe bei denjenigen Regierungen, die ähnliche politische Programme wie sie selbst verfolgten.

Seit Ende des Kalten Kriegs wurde es sehr viel schwieriger, in der internationalen Sphäre Legitimität zu erreichen. Die Idee der militanten Opposition wurde vor allem im Westen unpopulär, und bewaffnete Gruppen in westlichen Medien regelmäßig negativ dargestellt. In der so genannten »Internationalen Gemeinschaft« offiziell anerkannt zu werden, ist seitdem praktisch unmöglich. Der Beobachterstatus, den die palästinensische Befreiungsorganisation PLO seit 1974 bei den Vereinten Nationen genießt, ist eine einmalige Ausnahme geblieben. Für die internationale Staatengemeinschaft sind nicht-staatliche bewaffnete Gruppen eine Anomalie, die beseitigt werden soll. Einige bewaffnete Organisationen werden etwa von der Europäischen Union inzwischen als »terroristische Gruppen« geführt, für die spezielle Gesetze gelten. Darunter fallen die afghanischen Taliban, die Rebellen der FARC wie auch die paramilitärischen AUC in Kolumbien,¹⁷ die kurdische PKK in der Türkei und die tamilische LTTE in Sri Lanka, also Gruppen mit extrem unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung.¹⁸ Andere Rebellenvereinigungen werden pragmatischer behandelt. Vor allem in Afrika wird in international medierten Friedensverhandlungen angeboten, sich direkt an einer Regierung zu beteiligen oder in einem international überwachten demokratischen Wettbewerb als politische Parteien anzutreten. Diese Schwankungen und Inkohärenzen der internationalen Codierung von Terrorismus, Machtkonflikt oder Freiheitskampf sind schwer zu berechnen, da sie sich häufig an Großereignissen wie dem Fall der Berliner Mauer oder den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 orientieren. Auf diese Entwicklungen können bewaffnete Gruppen nur selten aktiv Einfluss nehmen.

¹⁷ *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia und Autodefensas Unidas de Colombia.*

¹⁸ Official Journal of the European Union: COUNCIL COMMON POSITION 2009/67/CFSP of 26 January 2009, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:023:0037:0042:EN:PDF> (letzter Zugriff: 19.10.2009).

Es hat im hier betrachteten Zeitraum seit 1945 wohl keine politische Großidee gegeben, die nicht im Diskurs einer bewaffneten Gruppe aufgegriffen worden wäre. Eine Geschichte der bislang wenig erforschten Globalisierung der politischen Ideen könnte das erklären. Ob es um die »Freiheit«, die »Demokratie«, die »Republik« oder den »Patriotismus« geht, alle diese Begriffe finden sich in den Namen und Programmatiken dieser Gruppen. In den Diskursen verbinden sie sich freilich mit konkreten historischen Bezügen. Der Patriotismus, auf den sich serbische Paramilitärs in den 1990er Jahren bezogen (vgl. Schlichte 2010), lud sich demnach mit anderen historischen Erzählungen auf als der Patriotismus der *National Patriotic Front of Liberia*, der vor allem in den USA das diffuse Programm der Gruppe verdecken sollte.

Die Doppelfunktion der Erzählungen, nämlich einerseits im Innenraum der kriegsbetroffenen Gesellschaften Unterstützung zu mobilisieren und andererseits einer internationalen Öffentlichkeit zu plausibilisieren, worum es geht, sorgen regelmäßig für Widersprüchlichkeiten in den Erzählungen. Am Beispiel des senegalesischen *Mouvement des forces démocratiques de la Casamance* (MFDC) wurde dies typisch erkennbar: Die Erfindung einer »Nation«, die Berufung auf einen Vertrag zwischen Frankreich und Portugal über die koloniale Zuordnung der Provinz und die traditional matrimoniale Ordnung einer ethnischen Gruppe kommen darin ebenso vor wie die Forderung nach Sozialstaatlichkeit und die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden (vgl. Schlichte 1996: Kap. 3.2; de Jong 2001).

Gegenwärtig ist es bewaffneten Gruppen nur noch möglich, sich durch die Normen der nationalen Selbstbestimmung und der Menschenrechte in der internationalen Gemeinschaft Legitimität zu verschaffen. Voraussetzung dafür ist ein entsprechend repressiver Charakter der ihnen gegenüberstehenden Regierungen. Nur wenn diesen Menschenrechtsverletzungen glaubhaft nachgewiesen werden können, besteht die Chance, dass sich internationale Unterstützung oder jedenfalls Gewährung erreichen lässt.

Das war etwa im Sezessionskrieg der UÇK gegen die restjugoslawische Regierung so. Sie hatte überdies den Vorzug, für die Interpretation des Krieges von außen einfache ethnische Unterscheidungen anbieten zu können. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem 14-Punkte-Plan Woodrow Wilsons ist die Norm der »nationalen Selbstbestimmung« akzeptiert – sie bleibt aber auf entsprechende Codierbarkeit von Konflikten angewiesen. Während diese Nationalisierung der Interpretation im Fall des Kosovo-Kriegs von allen Seiten bereitwillig betrieben wurde, war und ist es in Bezug auf den Krieg in Darfur weitaus schwieriger, von außen eine medial verwertbare binäre Interpretation zu konstruieren. Da es offenbar nicht möglich ist, die Konflikte in neopatrimonialen Staaten in der politischen und medialen Debatte angemessen aufzufassen, werden sachlich vollkommen unzutreffende Unterscheidungen zwischen »Arabern« und »Afrikanern« oder »Muslimen« und »Christen« für die Erklärung der Konflikte in der westlichen Öffentlichkeit konstruiert.

Neben diesen oft unkalkulierbaren Interpretationsspielen in der medialen und politischen Öffentlichkeit sind Art und Umfang der Gewaltsamkeit bewaffneter Gruppen Teil ihrer Legitimität und Illegitimität in der internationalen Sphäre. Viele Gruppen verwirken die Chance auf externe Unterstützung oder Tolerierung, weil ihre Gewaltpraktiken internationale Normen verletzen. Doch bewaffnete Gruppen, die keine Gewaltmacht ausüben, können zugleich nicht damit rechnen, von der internationalen Politik ernst genommen und als politischer Akteur überhaupt anerkannt zu werden. Doch kann der Einsatz von Gewalt sowohl legitimierende als auch delegitimierende Effekte nach sich ziehen. In der Demokratischen Republik Kongo etwa gelang es seit 1996 verschiedenen Gruppen, sich durch Gewalt den Weg an die zentralstaatliche Macht zu bahnen. Die erste Gruppe war von 1996 bis 1997 die AFDL unter Laurent Kabila, die das Regime von Joseph Mobutu vertrieb. Nach ihrem Einmarsch in der Hauptstadt Kinshasa wurde die neue Regierung fast umgehend international anerkannt, obwohl die Gruppe und ihre ausländischen Alliierten vermutlich große Massaker begangen hatten (Emizet 2000). Auch die bewaffneten Gruppen des zweiten Kongo-Kriegs von 1998 bis 2003 wurden als politische Akteure anerkannt. Sowohl der RCD als auch der MLC, die die neue Regierung in Kinshasa herausforderten, wurde durch international vermittelte Friedensverhandlungen der Weg in eine Transitionsregierung geebnet. Diese Regierung der Machtteilung wurde zudem durch die UN-Mission MONUC unterstützt. Beiden Gruppen war es zuvor durch militärische Gewalt gelungen, jeweils große Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Dass zumindest die RCD in ›ihrem‹ Territorium kaum Legitimität in der Bevölkerung besaß, spielte bei den Verhandlungen keine Rolle (Tull 2005; Tull/Mehler 2005). Rebellengruppen, die nur kleine Gebiete kontrollierten, wurden hingegen von der Machtteilung ausgenommen und sogar als zu neutralisierende »negative Kräfte« bezeichnet (Reyntjens 2001; Autesserre 2006: 93–96).

In Ituri im nordöstlichen Kongo zogen von den Verhandlungen ausgeschlossene kleinere Gruppen die entsprechende Lehre. Zeitgleich mit dem Abschluss der Verhandlungen in der ersten Jahreshälfte 2003 versuchten sie mit Gewalt, die von ihnen gehaltenen Gebiete zu vergrößern und so eine Beteiligung an der neuen Regierung zu erzwingen. Damit stürzten sie auch die gerade erst in Ituri stationierte UN-Blauhelmission in eine Krise. Die wenigen und schlecht ausgerüsteten Blauhelme mussten den Kämpfen und Massakern machtlos zusehen. Die Überlegung der Rebellen in Ituri, durch eine militärische Machtdemonstration Anerkennung zu erlangen, ging allerdings nicht auf: Die internationale Dynamik veränderte sich plötzlich. Denn in der internationalen Politik diskutierte man zu diesem Zeitpunkt vor allem über den anstehenden US-Einmarsch in den Irak. Die Krise in Ituri wurde in diesem Zusammenhang von den europäischen Regierungen aufgegriffen, um ihre eigene Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und einen moralischen Kontrapunkt zur US-Intervention im Irak zu setzen. Der Krieg in Ituri erhielt plötzlich prominente Aufmerksamkeit in westlichen Medien, nachdem er

zuvor jahrelang keinerlei Rolle gespielt hatte. Innerhalb weniger Wochen organisierte die Europäische Union ihre erste außerhalb Europas eingesetzte militärische Eingreiftruppe, die die Rebellen zurückdrängte. Durch diese »Operation Artemis« konnte auch der UN, die durch die Irak-Kontroverse in eine ernsthafte Krise geraten war, eine weitere fehlschlagende Friedensmission erspart werden. Die Rebellen in Ituri wurden in den folgenden Jahren mit außergewöhnlicher Entschlossenheit bekämpft. Einige ihrer Anführer avancierten zu den ersten Angeklagten vor dem Internationalen Strafgerichtshof (Veit 2010: 146–186).

6. *Schluss*

In diesem Beitrag haben wir versucht zu zeigen, dass bewaffnete Gruppen trotz ihres irregulären Charakters in gewisser Hinsicht »normale« politische Akteure sind. Sie entkommen nicht der Notwendigkeit, die Macht, die sie zunächst mit militärischen Mitteln erlangen, über Strategien der Legitimierung in Herrschaft zu verwandeln, wenn sie dauerhaft politisch wirksam werden wollen. Tatsächlich kann das Streben nach Legitimität, wenn auch in sehr unterschiedlichen Formen, bei allen empirisch näher untersuchten bewaffneten Gruppen beobachtet werden. Dass viele Beobachter diese Anstrengungen als irrelevant empfinden – etwa weil artikulierte politische Programme extrem oberflächlich scheinen – negiert diese grundsätzliche Beobachtung nicht. Zudem sind nur Gruppen, die über ein Mindestmaß an innerer und äußerer Legitimität verfügen, erfolgreich. Diesen Erfolg definieren wir als Teilhabe oder Ausübung von Macht in einem Staat oder einem staatsähnlichen Gebilde. Gruppen, die keine oder extrem wenig Legitimität genießen, scheitern hingegen an diesem Ziel. Sie lösen sich auf oder verwandeln sich in Räuberbanden, die in prekären gewaltgeladenen Balancen fortexistieren, solange sich keine wirksame Gegenmacht entfaltet.

Die Dynamik, die diese Politik der Legitimität entfaltet, ist eingebunden und getrieben von häufig widersprüchlichen Anforderungen. Denn nicht nur innerhalb der Verbände, sondern auch im sozialen Umfeld, in konkreten lokalen sozialen Räumen und schließlich in der internationalen Politik muss diese Legitimität vorhanden sein, wenn das Ziel, die Erlangung politischer Herrschaft, erreicht werden soll. Dadurch stellen sich diesen Gruppen gleichzeitig unterschiedliche Imperative.

Die Politik bewaffneter Gruppen ist insofern »normal«, als sich die gleichen Dilemmata auch anderen Akteuren stellen, die in unterschiedlichen Arenen um Anerkennung kämpfen müssen. Transnationale Unternehmen, intervenierende Staaten und selbst internationale NGO haben mit strukturell ähnlichen Anforderungen umzugehen. Dabei liegt das Kernproblem immer im Übergang von der auf unterschiedlichen Machtmitteln beruhenden Chance zu einer Institutionalisierung der politischen Position. Die Verkennung dieser widersprüchlichen Anforderungen, so haben wir argumentiert, führt zu Fehleinschätzungen des Charakters poli-

tischer Gewalt, die sich eben nicht auf barbarische Gewaltpraktiken oder das Interesse der materiellen Besserstellung reduzieren lässt.

Solche Reduktionen, die die gegenwärtige wissenschaftliche Debatte um kriegsrische Gewalt kennzeichnen, ähneln in ihrer Struktur den Fehleinschätzungen vergangener Jahrzehnte, in denen die Kriege in Afrika, Asien und Lateinamerika allein als Ausprägungen der globalen Konfliktlinie zwischen »Ost und West« interpretiert wurden. Tatsächlich handelte es sich auch damals nicht um »Stellvertreterkriege«, sondern um durch den Ost-West-Konflikt aufgeladene Konflikte um Macht und Herrschaft, die vor allem mit der lokalen Bewältigung von sozialen Verwerfungen verbunden waren (Jung/Schlichte/Siegelberg 2003).

Es ist lehrreich zu sehen, dass es vor allem ethnologisch orientierte Arbeiten waren, die dies erkannten. Christian Geffray zeigt in seiner Studie des mosambikanischen Bürgerkriegs der 1980er Jahre, dass im lokalen Bereich die international wahrgenommene ideologische Spaltung zwischen östlichem Sozialismus und westlicher Demokratie nur wenig Beachtung fand. Hier war es die oft brutale Landkollektivierung, die den Rebellen der RENAMO eine Nische für Antiregierungsmobilisierung bot. Die »kapitalistische« Programmatik der RENAMO war damit nicht im Widerspruch zu ihrer lokal vertretenen Position, wurde gegenüber den Bauern aber mit völlig anderen Worten und Werten legitimiert (Geffray 1990). Besonders erfolgreiche Rebellenführer wie Museveni und Garang etablierten programmatisch geeinte Organisationen, deren Botschaft auch in größeren Teilen der angesprochenen Bevölkerung Resonanz fand. International erlangten die Rebellenführer aber erst Anerkennung, nachdem sie sozialistischen Programmen abgeschworen hatten, ohne dass dies in der lokalen Anhängerschaft, für welche die globalen Ideologiekämpfe abstrakt blieben, größeren Widerspruch hervorgerufen hätte.

Aus solchen Nahbeobachtungen lässt sich die methodische Konsequenz ziehen, dass eine makroquantitative, rationalistische Analyse der Phänomene politischer Gewalt zwar ihre Verdienste in der Beobachtung der Verbreitung und einzelner kausaler Zusammenhänge haben kann, dass diese jedoch notwendig um kulturwissenschaftliche Interpretationen zu ergänzen ist, wenn unsere Auffassungen nicht allein auf extern an einen Gegenstand herangetragene Kategorien beschränkt bleiben soll. Bewaffnete Gruppen greifen auf Normen und Werte ihres sozialen Kontexts zurück und entwickeln Narrative der Vergangenheit und der Gegenwart, um ihre politischen Ansprüche und ihre Gewaltpraktiken zu rechtfertigen. Damit versuchen sie, eine Interpretation des Bürgerkriegs durchzusetzen. Die hermeneutische Aufgabe, diese Interpretationen ernst zu nehmen, stellt nicht in Frage, dass es Aufgabe der Wissenschaft ist, solche Erzählungen mit anderem Material abzugleichen, um eine von den Akteurserzählungen unabhängige, aber diese eben nicht ignorierende Interpretation zu entwerfen. Ohne eine solche Auseinandersetzung müssen auch alle Versuche scheitern, politische Lösungen für diese Konflikte zu entwerfen und umzusetzen.

Literatur

- Abdullah, Ibrahim (1997): »Bush Path to Destruction. The Origin and Character of the Revolutionary United Front (RUF/SL)«. In: *Africa Development* 22 (3-4), S. 45–76.
- Autesserre, Séverine (2006): *Local Violence, International Indifference: «Post-conflict settlement» in the Eastern DR Congo (2003–2005)*, Diss. New York: New York University Press.
- Bangura, Yusuf (1997): »Understanding the Political and Cultural Dynamics of the Sierra Leone War. A Critique of Paul Richards's Fighting for the Rain Forest«. In: *Africa Development* 12 (3-4), S. 117–148.
- Beck, Teresa Koloma (2009): »Staging Society: Sources of Loyalty in the Angolan UNITA«. In: *Contemporary Security Policy* 30 (2), S. 246–264.
- Berdal, Mats/Malone, David (2000): *Greed & Grievance: Economic Agendas in Civil Wars*. Boulder: Lynne Rienner.
- Clapham, Christopher (1998): »Introduction. Analysing African Insurgencies«. In: Christopher Clapham (Hg.): *African Guerrillas*. Oxford: James Currey, S. 1–18.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2004): »Greed and grievance in civil war«. In: *Oxford Economic Papers* 56 (4), S. 563–595.
- De Jong, Ferdinand (2001): *Modern Secrets. The power of locality in Casamance, Senegal*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Ellis, Stephen (1999): *The Mask of Anarchy. The destruction of Liberia and the religious dimension of an African Civil War*. London: C. Hurst & Co. Publishers.
- (1995): »Liberia 1989–1994. A Study of Ethnic and Spiritual Violence«. In: *African Affairs* 94 (375), S. 165–197.
- Emizet, Kisangani (2000): »The Massacre of Refugees in Congo: A Case of UN Peacekeeping Failure and International Law«. In: *Journal of Modern African Studies* 38 (2), S. 163–202.
- Geffray, Christian (1990): *La cause des armes au Mozambique. Anthropologie d'une guerre civile*. Paris: Karthala.
- Heywood, Linda (1989): »Unita and Ethnic Nationalism in Angola«. In: *Journal of Modern African Studies* 27 (1), S. 47–66.
- Honwana, Alcinda (2006): *Child Soldiers in Africa*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens (2003): *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945–2000)*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kalyvas, Stathis (2006): *The Logic of Violence in Civil War*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kell, Tim (1995): *The Roots of the Acehnese Rebellion, 1989–1992*. Ithaca: Cornell Modern Asia Project.
- King, Charles (1997): *Ending Civil Wars*, Adelphi Paper 308. Oxford: Oxford University Press.
- Larzilliere, Penelope (2004): *Ère jeune en Palestine. Voix et regards*. Paris: Balland.
- Malthaner, Stefan (2005): »Terroristische Bewegungen und ihre Bezugsgruppen. Anvisierte Sympathisanten und tatsächliche Unterstützer«. In: Peter Waldmann (Hg.): *Determinanten des Terrorismus*. Weilerswist: Velbrück, S. 85–137.
- (i. Ersch.): »Fighting for the Community of Believers: Dynamics of Control in the Relationship Between Militant Islamist Movements and their Constituencies«. In: Heitmeyer Wilhelm et al. (Hg.): *The Control of Violence in Modern Societies*. New York: Springer.
- Martinez, Luis (1998): *La guerre civile en Algérie*. Paris: Karthala.
- McClintock, Cynthia (1998): *Revolutionary Movements in Latin America. El Salvador's FMLN & Peru's Shining Path*. Washington, D.C.: United States Institute of Peace Press.
- McKenna, Thomas M. (1998): *Muslim Rulers and Rebels: Everyday Politics and Armed Separatism in the Southern Philippines*. Berkeley: University of California Press.
- Médard, Jean François (1992): »Le Big Man en Afrique: Esquisse d'analyse du politicien entrepreneur«. In: *Année sociologique* 42 (1), S. 167–192.

- Missbach, Antje (2005): *Freiheitskämpfer oder Geschäftemacher? Der bewaffnete Kampf der Gerakan Aceh Merdeka (GAM) unter Berücksichtigung klassischer und neuerer Guerillatheorien*. Berlin: Berlin Studies on Southeast Asia.
- Ngoga, Pascal (1998): »Uganda: The National Resistance Army«. In: Christopher Clapham (Hg.): *African Guerrillas*. Oxford: James Currey, S. 91–106.
- Pahwal, Abdul Rahman (2004): *Die Taliban im Land der Mittagssonne. Geschichten aus der afghanischen Provinz. Erinnerungen und Notizen*. Wiesbaden: Reichert.
- Picard, Elizabeth (1996): »Liban: La matrice historique«. In: François Jean, Jean-Christophe Rufin (Hg.): *Economies des guerres civiles*. Paris: Hachette, S. 62–103.
- (1997): »The Lebanese Sh'ia and Political Violence in Lebanon«. In: David Apter (Hg.): *The Legitimization of Violence*. Houndmills: Macmillan, S. 189–233.
- Popitz, Heinrich (1986): *Phänomene der Macht. Autorität, Herrschaft, Gewalt, Technik*. Tübingen: Mohr.
- (1992): *Phänomene der Macht*. 2. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Prunier, Gérard (2005): *Darfur. The ambiguous genocide*. Ithaca: Cornell University Press.
- (2004): »Rebel Movements and Proxy Warfare: Uganda, Sudan and the Congo (1986–99)«. In: *African Affairs* 103 (412), S. 359–383.
- Radtke, Katrin (2009): *Mobilisierung der Diaspora. Die moralische Ökonomie der Bürgerkriege in Sri Lanka und Eritrea*. Frankfurt am Main: Campus.
- Ramirez, Philippe (2004): »Maoism in Nepal. Towards a comparative perspective«. In: Michael Hutt (Hg.): *Himalayan »People's War«. Nepal's maoist rebellion*. London: C. Hurst & Co. Publishers, S. 225–242.
- Rashid, Ahmed (2002): *Taliban: Islam, Oil and Fundamentalism in Central Asia*. London: I.B. Tauris.
- Reno, William (1998): *Warlord Politics and African States*. Boulder: Lynne Rienner.
- Reyntjens, Filip (2001): »Briefing: the Democratic Republic of Congo, from Kabila to Kabila«. In: *African Affairs* 100 (399), S. 311–317.
- Richards, Paul (1996): *Fighting for the Rain Forest. War, Youth & Resources in Sierra Leone*. Portsmouth: Heinemann.
- Roy, Olivier (2003): *Globalized Islam. The search for a new Ummah*. New York: Columbia University Press.
- Salmon, Jago (2008): *Militia politics – the formation and organisation of irregular armed forces in Sudan (1985–2001) and Lebanon (1975–1991)*. Diss., Humboldt-Universität zu Berlin, <http://edoc.hu-berlin.de/docviews/abstract.php?id=29175> (letzter Zugriff: 29.8.2010).
- Sanborn, Joshua (2003): »The Short Course for Murder: How Soldiers and Criminals Learn to Kill«. In: Lonnie Athens (Hg.): *Violent acts and violentization: Assessing, applying, and developing Lonnie Athens' theories*. Amsterdam: JAI, S. 107–124.
- Schlichte, Klaus (1996): *Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges*. Hamburg, Münster: Lit.
- (2009): *In the Shadow of Violence: The Politics of Armed Groups*. Frankfurt am Main: Campus.
- (2010): »Na krilima patriotisma – On the Wings of Patriotism: Delegated and Spin-Off Violence in Serbia«. In: *Armed Forces and Society* 36 (2), S. 310–326.
- Schubert, Frank (2001): *War came to our place. Eine Sozialgeschichte des Krieges im Luwero-Dreieck, Uganda 1981–1986*. Diss., Universität Hannover, <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:089-5013612862> (letzter Zugriff: 29.8.2010).
- Tull, Denis (2005): *The Reconfiguration of Political Order in Africa: A Case Study of North Kivu (DR Congo)*. Hamburg: Institute of African Affairs.
- /Mehler, Andreas (2005): »The hidden costs of power-sharing: Reproducing insurgent violence in Africa«. In: *African Affairs* 104 (416), S. 375–398.
- Utas, Mats (2003): *Sweet Battlefields: Youth and the Liberian Civil War*, Diss. Uppsala: Uppsala University Dissertations in Cultural Anthropology.

- Veit, Alex (2010): *Intervention as Indirect Rule. Civil War and Statebuilding in the Democratic Republic of Congo*. Frankfurt am Main: Campus.
- von Trotha, Trutz (1994): »Streng aber gerecht« – »hart, aber tüchtig«. Über Formen von Basislegitimität und ihre Ausprägung am Beginn staatlicher Herrschaft«. In: Wilhelm J.G. Möhlig, Trutz von Trotha (Hg.): *Legitimation von Herrschaft und Recht*. Köln: Köppe, S. 69–90.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. 5. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Weinstein, Jeremy (2007): *Inside Rebellion. The politics of insurgent violence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weissman, Fabrice (1996): *Mozambique: la guerre du ventre*. In: François Jean, Jean-Christophe Rufin (Hg.): *Économie des guerres civiles*. Paris: Hachette, S. 319–342.
- Young, John (1997): *Peasant Revolution in Ethiopia. The Tigray People's Liberation Front 1975–1991*. Cambridge: Cambridge University Press.

Krieg und Alltag in Serbien

Kulturwissenschaftliche Aspekte zum Verständnis der Kriege auf dem Balkan

DANIEL ŠUBER

»If it be the common error of our time to imagine that propaganda can achieve all things and that a man can be talked into anything provided the talking is sufficiently loud and cunning, so in that period it was commonly believed that the ›voice of the people was the voice of God‹, and that the task of a leader was, as Clemenceau so scornfully expressed it, to follow that voice shrewdly. Both views go back to the same fundamental error of regarding the mob as identical with rather than as a caricature of the people.«

Hannah Arendt

»Die Sehnsucht nach eindeutigen Trennlinien und klaren Begriffen gehört zu unserem menschlichen Sein.«

Mary Douglas

1. Zum Problem von Kultur und Gewalt aus alltagssoziologischer Perspektive

»Collective violence presents a series of puzzles for which no one has yet arrived at satisfactory solutions« (Tilly 2003: 11) – mit diesen Worten charakterisierte Charles Tilly erst vor wenigen Jahren den aktuellen Forschungsstand in Bezug auf die Erforschung kollektiver Gewalt. Für die kulturwissenschaftlich orientierte Gewalt- und Kriegsforschung¹ stellt sich die hier allgemein angedeutete Problemlage in Form von Fragen wie »why do publics follow?« (Fearon/Latin 2000: 846) oder »Warum werden ganz normale Männer zu Massenmördern?« (Kochinka/Straub 1998: 96) dar.² In diesem Sinne wird in diesem Beitrag eine kulturwissenschaftlich und alltagssoziologisch orientierte Perspektive³ eingeschlagen, um über die skiz-

¹ Aktuelle Perspektiven bieten Liell/Pettenkofer (2004) sowie Inhetveen (2005).

² Konzipierungen in dieser Form finden sich bei Forschern unterschiedlichster disziplinärer Provenienz. Aus sozialpsychologischer Perspektive siehe auch Welzer (2005) und Bašić (2004). Aus geschichtswissenschaftlichem Blickwinkel siehe Sundhaussen (2001: 37).

³ Als soziologiegeschichtliche Referenz einer solchen Perspektive auf die Erklärung von Macht und Herrschaft muss hier auf Max Webers Umkehrung der traditionellen Perspektive auf die »Motive

zierten Fragen anhand eines konkreten empirischen Falls – der Entwicklung der Haltung zum Krieg in der serbischen Bevölkerung seit Ende der 1980er Jahre – Aufschluss zu erhalten. Die Periode zwischen 1987 und 1990, die ich im Folgenden als zentral zum Verständnis der Möglichkeitsbedingungen des Eintretens in den Bürgerkrieg mit verschiedenen Nachbarethnien anzeigen möchte, ist einmal als »blinder Fleck in der serbischen Geschichte« (Andjelković/Dimitrijević 2000: 138) bezeichnet worden. Nach meinem Eindruck sind die seit Miloševićs *Machtübernahme* 1987 in Gang gesetzten Mobilisierungsmaßnahmen auf der diskursiven Ebene gut beleuchtet, wobei gleichzeitig über die vermeintliche Wirkung derselben lediglich stereotypisierte und wissenschaftlich nicht beglaubigte Vorstellungen überwiegen. Diese sollen hier eingangs zumindest angetippt werden.

Ein großer Teil der wissenschaftlichen Beiträge zur Erklärung des Bürgerkriegs identifiziert – explizit oder implizit – die Bevölkerungsmeinung mit derjenigen der politischen Führung und dispensiert a priori die Aufgabe der Überprüfung dieses Zusammenhangs. Ein weiterer Teil, der immerhin die Bedeutung der Frage, wodurch die serbische Bevölkerung zu Tätern mobilisiert wurde, anerkennt, folgt einer Erklärungslogik, für die die am Fall der Erklärung der Unterstützung Hitlers seitens der deutschen Bevölkerung inaugurierte »Verführungsthese« das Modell abgibt. An Stelle der Zuwendung zu konkreten Handlungsmotiven von Alltagsakteuren begnügt man sich regelmäßig mit Beschreibungen des öffentlichen politischen Diskurses. Dabei wird häufig der Sachverhalt, dass eine ideologisch integrierte Clique aus machthungrigen Politikern und revanchistisch eingestellten Intellektuellen um Milošević seit 1987 Kontrolle über die Medien und die öffentliche Meinung gewann, für sich schon als ausreichende Erklärung der vermeintlichen Kriegsbegeisterung der serbischen Bevölkerung genommen. Dieser Erklärungslogik liegt letztlich ein primitives, uni-linear verlaufendes Modell der Wirkung öffentlich lancierter ideologischer Inhalte auf die Alltagsebene zu Grunde, das aus soziologischer Perspektive nicht haltbar ist. Ebenso einseitig, aber mit umgekehrter Ausrichtung der Wirkungspfeile, argumentiert eine Deutungsweise, die ich in Anlehnung an eine bekannte Sentenz Dubravka Ugrešić als »Marionetten-Theorie« bezeichnen möchte. Auch hier wird zwischen Produzenten und Rezipienten von kulturellen Deutungen ein Verhältnis der Gleichgerichtetheit unterstellt, wobei allerdings die politische Führung als bloßer Handlanger und Exekutor des Kollektivwillens auftritt – eben im Sinne des Ausspruchs »Tudjman war unsere Marionette« (Ugrešić).⁴ In Bezug auf Serbien hat Slobodan Inić diese Sichtweise gemünzt: »Long before the sanctions were imposed, Serbia picked Milošević as its

der Fügsamkeit« (1980: 122) und den »Legitimitätsglaube[n]« (ebd.) auf der Seite der Gefolgschaft verwiesen werden.

⁴ In Anknüpfung an diesen Ausgangspunkt erläutern etwa Buden (1997) und Terzić (2005: 197) die kulturellen Logiken der Nationalisierungsbewegungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens.

street and rallies hero and its election commitment. It picked him together with the actions which led to the sanctions« (Inić 2000).

Von einigen Fachexperten wurde der hier geschilderte Anknüpfungspunkt für eine sozialwissenschaftliche Erklärung der Kriegslogik auf dem Balkan durchaus erkannt. Stellvertretend sei hier folgende Beschreibung Bette Denichs wiedergegeben:

»As intellectual productions, ideologies do not in themselves induce political action. To explain the *transformation from idea into deed* involves the explication of symbolic processes that mediate the communication between leaders and populaces, invoking them to think, feel, and act collectively according to its premises« (Denich 1994: 369; Hervorh. D.Š.).

Häufig finden sich dennoch auch bei renommierten Autorinnen und Autoren simplizistische Formulierungen, welche diesen Zusammenhang verdecken, wie etwa in folgenden Schilderungen der Reaktion der serbischen Bevölkerung auf Miloševićs medial lancierte Nationalisierungspolitik: »The popular response to Milosević's rhetoric in Serbia was one of euphoria« (Ramet 2004: 771) oder konkreter:

»Anstatt den Weg in die Demokratie zu bekräftigen, gerieten die – durch die Ethnisierung des Politischen geprägten – ersten freien Parlamentswahlen 1990 zum Vorspiel für einen Krieg. Wer nicht für Milošević war, wurde als ›Verräter‹ gebrandmarkt. Wenn das Volk ums ›nackte Überleben‹ kämpft, hieß es, müsse man ›einig‹ bleiben. Und die Serben fielen darauf herein« (Ivanji 2008: 144).⁵

Die Kulturwissenschaften bieten nun zur Beantwortung der Frage nach der Erklärung kollektiver Gewaltprozesse ein breites Spektrum an Optionen. Auf der einen Seite steht eine potentiell kulturdeterministische Sichtweise, die in den sozialen Akteuren wie in Staatspolitikern Agenten einer »inneren Logik« einer »vor-reflexiven Ontologie« bzw. »Kosmologie« sieht. Nach diesem Erklärungsmuster hat etwa Bruce Kapferer (1988) in einer viel beachteten Studie die Gewaltbereitschaft der singhalesischen Bevölkerung Sri Lankas gegenüber den Tamilen erklärt. Auf der anderen Seite stehen solche Erklärungsansätze, die jegliche Abgängigkeit und innere Orientierung von Kriegsteilnehmern an staatlich vorgegebenen Ideologien und Weltanschauungen in Abrede stellen und hingegen zu zeigen versuchen, dass es sich selbst im Falle »kommunaler Ausschreitungen« nur um Ex-post-Konstruktionen handelt, welche die tatsächlichen, komplexen und unerreichbaren Motivlagen der Akteure nicht eigentlich einfangen. Als Modellstudie, die sich auf diese

⁵ Die Arbeiten der hier nur exemplarisch ausgewählten Autoren sollen hier nicht auf diese Verkürzungen reduziert werden – zumal Ramet auf der gleichen Seite ausführt, dass viele Serben zu Beginn der 1990er Jahre keineswegs kriegsentsusiastisch waren.

Weise dezidiert von primordialistischen Erklärungsmustern abgrenzt, kann die ethnologische Untersuchung von Paul R. Brass (1997) über kollektive Gewaltphänomene in Indien herangezogen werden, die anhand des Vergleichs von fünf Beispielen zeigen konnte, dass den öffentlich als »ethnisch motiviert« dargestellten Übergriffen bei genauerem Hinsehen diese Qualität abging und es sich eher um gruppen⁶- bzw. gangdynamische Gewaltprozesse handelte. Auch im Falle des Jugoslawienkriegs haben einige Interpreten die Logik der Konfliktaustragung auf rein persönliche Motive wie Abenteuerlust und die Aussicht auf sexuelle Erfüllung zurückgeführt (vgl. Ignatieff 1993: 318; Čolović 1994).

Der hier zugrunde gelegte und zu erprobende Erklärungsversuch der serbischen Perspektive auf den Krieg geht weder von der Hypothese aus, dass Ursachen für aktuelle Kriege auf der Basis jahrhundertealter tradiertter kultureller Codes verstanden werden können, noch davon, dass kulturfreie Erklärungsmuster, wie sie in der Typologie Reemtsmas⁷ festgehalten sind, allein hinreichend für eine angemessene sozialwissenschaftliche Erklärung sind. Vielmehr, so meine Unterstellung, muss sich eine solche stets zwischen diesen beiden Extrempositionen entfalten. Dass sich ein »faschistisches Minimum« (Griffin 1991), »Kausalmechanismen« (Tilly 2003b: xi) oder gar »Universalien« (Sofsky 1996) der Gewalt auffinden ließen, wage ich aufgrund meiner Überzeugung von der Komplexität, Fragilität und Inkonsistenz des Zustandekommens sozialer Ordnungen nicht zu glauben.⁸

In Serbien haben wir es offenkundig mit einem Fall zu tun, bei dem die fremd- und selbstbezogene Wahrnehmung der Serben auch aktuell durch ein einziges, dominantes Narrativ geprägt wird. Hier ist selbstredend das auf die »Schlacht auf dem Amselfeld« aus dem Jahre 1389 verweisende, viktimologisch konstruierte Kosovo-Narrativ gemeint, das regelmäßig angerufen wird, um Serbiens gegenwärtige Rückschrittlichkeit und Wandlungsunfähigkeit zu erfassen (siehe dazu etwa Judah 1997; Anzulović 1999; Čolović 2002). Jenseits der Frage der Angemessenheit dieser Gegenwartsdeutung muss eine sozialwissenschaftliche Perspektive den Prozess der Aktualisierung und Transmission von solchen Deutungsmustern oder – um einen moderneren Term zu bemühen – *mental maps* anschaulich machen. In diesem Sinne hat Michael Mann gegenüber Roger Griffins Beschreibung des faschistischen Systems als »politische Religion« treffend die Frage aufgeworfen:

⁶ Heute spricht man von »kommunistischer Gewalt«.

⁷ Reemtsma (2006: 13 f.) unterscheidet zwischen »lozierender«, »raptiver« und »autotelischer« Gewalt, wobei signifikant ist, dass die hierbei jeweils unterstellten Handlungskalküle (mit Ausnahme der »autotelischen« Gewalt, die zweckfrei sei) die Ebene normativer Konflikte nicht erreichen und die Reflexionskette im Fall der lozierenden Gewalt beim »Beseitigen« des Anderen, im Fall der »raptiven« Gewalt bei der bloßen Machtausübung über den Körper des Gegenübers abbricht.

⁸ Eine entsprechend dualistische Anthropologie, die davon ausgeht, dass wir Menschen gleichzeitig »doppelte Existenzen« führen – »die eine, rein individuell, hat ihre Wurzeln in unserem Organismus, die andere, soziale, ist nichts anderes als die Verlängerung der Gesellschaft« – hat Émile Durkheim (1981: 379) angedeutet.

»Wie soll aus einem ›Mythos‹ ›innerer Zusammenhalt‹ oder ›Antriebskraft‹ entstehen?« (Mann 2007: 39)

Die skizzierte Aufgabenkonstellation möchte ich in ein Ausgangsszenario übersetzen, welches ich in Anlehnung an andere Fallstudien aufnehme und das für die folgende Darstellung einen ersten Zugang geben soll. Hypothetisch gehe ich zunächst nämlich von der Möglichkeit aus, dass ein »Umsturz der Werte«⁹ im Sinne einer radikalen Aushöhlung bisher selbstverständlicher, kollektiv geteilter moralischer Orientierungen binnen eines relativ kurzfristigen Zeitraumes mit dem Resultat statthaben kann, dass gewalttätige Übergriffe auf eine nunmehr als »Volksfeind« deklarierte gesellschaftliche Gruppe, mit der man noch Monate zuvor problemlos Tür an Tür gelebt hatte, allgemein toleriert werden. Ich folge hier der Forderung etwa Mart Bax', diesen »Prozess der Barbarisierung« analytisch als »relativ autonomen Prozess«, analog zum Prozess der »Zivilisation« nach Norbert Elias, zu behandeln (Bax 2000: 189). »Barbarisierung« in diesem Sinne muss als äußerst voraussetzungsreicher und von vielen Aspekten beeinflusster Entwicklungsgang betrachtet werden. In ihrer Zusammentragung der bisherigen Forschungsergebnisse zu kollektiven Gewaltprozessen hat Birthe Kundrus kürzlich resümiert: »Wir wissen also einiges über die Herstellung der Gewaltbereitschaft, doch wissen wir lange noch nicht genug darüber, wie die Faktoren eigentlich ineinandergreifen« (Kundrus 2006: 10). Eine entsprechende Analyse verzichtet daher zugunsten der Erhellung diverser Zusammenhänge und der Produktion eines komplexen Panorambildes auf die Reduzierung kollektiver Gewaltprozesse auf irgendwelche »Logiken« oder »Grundmechanismen«. Paradigmatisch für diese Zugangsweise steht vielleicht folgende Formulierung Ervin Staubs: »Genocide arises from a pattern, or gestalt, rather than from any single source« (Staub 1989: 23). Empirische Evidenzen kann diese thematische Hinführung aus jüngsten Studien zu unterschiedlichen Beispielfällen beziehen, von denen an dieser Stelle einige wenigstens umrissen werden sollen.

2. Der Prozess der »Barbarisierung« als sozialwissenschaftliches Desiderat

Erstaunlicherweise liegen gerade auf dem vermeintlich sehr gut erforschten Gebiet der Faschismusforschung neuere Befunde und Perspektivenwechsel vor, die im Hinblick auf die geschilderte Problemstellung interessante Aufschlüsse liefern. In methodischer Hinsicht ist hierbei bemerkenswert, dass man sich nach der jahrzehntewährenden Dominanz funktionalistischer, sozialgeschichtlicher und verglei-

⁹ Ich spiele hier auf einen – zweifellos von Nietzsches Formel der »Umwertung der Werte« inspirierten – Buchtitel Max Schelers an, unter dem er 1915 die Entstehung der Moderne als Produkt einer tiefgreifenden epistemologischen Wende aufgefasst hat, die zunächst die inneren Bereiche der Episteme und der Wissenschaften und dann Schritt für Schritt alle Perspektiven der sozialen und künstlerischen Wahrnehmung verändert haben (vgl. Kiss 1997).

chender Ansätze schließlich alltagsgeschichtlichen (Broszat/Fröhlich 1987; Berlekamp/Röhr 1995) und praxeologischen (Reichardt 2004) Perspektiven zuwendet, welche die Selbstwahrnehmungen der Akteure berücksichtigen und deren Handlungen »verstehen«¹⁰ wollen. Mit dieser Perspektivierung rückt auch die Frage nach der Grundlage der vorgeblichen Zustimmung der Bevölkerung wieder ins Zentrum der Forschung und löst heftige Debatten aus.¹¹ Da an dieser Stelle eine detaillierte Diskussion nicht angebracht ist, soll hier stellvertretend als Beleg für einen kurzfristigen Barbarisierungsprozess ein Argumentationsgang einer Studie des Sozialpsychologen Harald Welzer rekonstruiert werden.

Als Erklärungsschlüssel zur Beantwortung seiner Frage, »wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden«, bringt Welzer die Geschichte eines sich seit 1933 entwickelnden »sukzessiven Umbauprozesses« (Welzer 2005: 61) der allgemeinen Gesellschaftsnorm in Anschlag. Der Erfolg dieses »radikalen Strukturwandels der Öffentlichkeit« (ebd.: 58), der die jüdische Bevölkerung als Ganze exkludierte, könne entsprechend erklären, weshalb sich die Soldaten des *Reservebataillons 45* trotz ihrer Verrichtung brutalster Massaker in der Ukraine als in normativer Hinsicht mit den nationalen Werten in Einklang stehend und als moralisch durchaus integere Personen begreifen konnten. Für unsere Fragestellung weniger interessant sind die allgemeinen sozialpsychologischen Mikromechanismen,¹² welche diesen Wertesturz zusätzlich unterstützten, als Welzers fallbezogene Schilderungen dieses Umwertungsprozesses. Zurecht wundert er sich darüber, »wie es möglich [ist], dass Veränderungen in Verhaltensnormen, die jedermann für gegeben und gültig hält, in solcher Geschwindigkeit« – an anderer Stelle konkretisiert Welzer: »in wenigen Monaten« (ebd.: 57) – »vonstatten gehen können« (ebd.: 63).¹³ Die angedeutete Antwort liegt letztlich – wie Welzer anhand der eindrücklichen (Selbst-)Beobachtung Sebastian Haffners aus dem Jahre 1933 erklärt – an der Sukzessivität und scheinbaren Beiläufigkeit, mit welcher sich die Alltagsakteure häufig unbemerkt, aber mit gravierenden Folgen an die neuen normativen Vorgaben anpassen.¹⁴ In dieser oben als »Barbarisierung« angesprochenen Dynamik sieht Welzer schließlich sogar allgemein »die zentrale Voraussetzung für die Entstehung genozidaler Prozesse« (ebd.). Bevor ich die geschilderte Konstellation an unseren

¹⁰ Michael Mann beginnt einen Aufsatz so: »Es geht mir um den Versuch, den Faschismus zu erklären, indem man die Faschisten versteht« (Mann 2007: 26).

¹¹ Vgl. hierzu allein die der neueren Faschismusforschung gewidmeten Ausgabe des *Mittelweg 36* (Reichardt 2007).

¹² Welzer (2005: 61) listet dabei die schon länger bekannten Prozesse der »inneren Distanzierung« (im Sinne Goffmans), sowie der »kollektiven« und »individuellen Gratifikation« (ebd. 73) auf.

¹³ Zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangen auch Kochinka/Straub (1997: 116) und Sémelin (2007: 12).

¹⁴ Der Schlüssel zum Verständnis der Nazi-Massaker wird also bei Welzer lange vor dasjenige Datum verlegt, an dem die Nazi-Führer wahrscheinlich die »Endlösung« beschlossen hatten (Dezember 1941).

Fall herantrage, soll der Wirkungszusammenhang von rapiden kulturellen Transformationsprozessen und alltagsmoralischen Anpassungsmechanismen auf der Basis weiterer Beispiele plausibilisiert werden.

Zunächst soll hierzu der Fall der Entwicklungsdynamik kollektiver Gewalt in Indonesien seit Ende der 1990er Jahre illustriert werden. Zur Vorgeschichte der Übergriffe der muslimischen Bevölkerung gegen Mitglieder verschiedener ethnischer und religiöser Bevölkerungsgruppen (Chinesen, Maduresen, Molukken, Christen) seit 1997 gehört zunächst eine lang andauernde Tradition politischer Gewalt. Die indonesische Zentralregierung in Jakarta hatte bis dato keinen Versuch unternommen, die Bewohner der außen liegenden Provinzen in einen übergreifenden identitären Rahmen zu integrieren und sah diese vielmehr als *minderwertig* an. Diese paternalistische Haltung des Zentrums beförderte in den Peripherien entsprechend radikalisierte Gegenbewegungen, die in ihren jahrzehntelangen Sezessionsbestrebungen häufig – wie das Beispiel der mittlerweile teilautonomen Provinz Aceh im Nordwesten Indonesiens am augenscheinlichsten belegt – auf kriegerische Mittel setzten. Der politische Raum Indonesiens ist seit der Staatsgründung 1945 regelmäßig von Gewaltwellen überschwemmt worden, unter denen die antikommunistischen Ausschreitungen von 1965, in deren Zuge ca. eine halbe Millionen Menschen ihr Leben ließen, einen grausamen Höhepunkt bildeten. Dennoch war man im Jahre 1998 zurecht überrascht darüber, dass der südasiatische Tigerstaat Ende 1997 binnen weniger Monate kollabierte. Diese Krise betraf keineswegs nur die Ökonomie (Asienkrise), sondern bedeutete vor allem eine Auflösung des politischen und sozialen Systems. Selbst das Regime des seit 1965 eisern regierenden Militärdiktators Suharto wurde von diesem Zusammenbruch weggespült. Auch wenn diese Krise einen zweifellos stimulierenden Kontext für die unmittelbar folgenden Gewaltexzesse gegenüber ethnischen Minderheiten darstellt, können letztere jedoch keinesfalls aus diesen erklärt werden – wie die Studie von Peter Kreuzer an mehreren Stellen betont (Kreuzer 2000: 1 f., 51). Die Krise bildet wohl einen Auslöser, aber nicht deren Ursache. Der Befund, den es zu erklären gilt, lautet nämlich auch in diesem Fall:

»Orte, die nur wenige Monate vorher noch als friedlich galten wie Bali oder Lombok, verwandeln sich *in wenigen Tagen* in Schauplätze von Tragödien. Die Politiker scheinen hilflos. Der islamische Klerus und die christlichen Führer schwanken zwischen Unterstützung der eigenen Seite und wiederholten Aufrufen zur Gewaltlosigkeit und Mäßigung« (ebd.: 1; Hervorh. D.Š.).

Augenscheinlich sind die indonesischen Gewaltprozesse weder mit politisch-ideologischer Verführung noch durch das entstandene gesellschaftspolitische Vakuum und auch nicht allein durch langfristige Faktoren (Religion, ethnische Zugehörigkeit) zu erklären. Auch hier erscheint es vielmehr plausibel, dass man auf der Suche nach den Ursachen der Gewalt den Weg der Erkundung psychodynamischer

Effekte auf der Alltagsebene beschreibt. Dabei wäre insbesondere der Effekt des plötzlichen und vollständigen Verlustes der kulturellen Ordnung zu berücksichtigen.

Auch im Fall der genozidalen Exzesse in Ruanda zu Beginn der 1990er Jahre hat man sehr häufig auf eine vermeintlich lange und ethnisch begründete Tradition des Hasses zwischen Hutu und Tutsi verwiesen und dabei jedoch ausgeblendet, dass die ruandische Gesellschaft »was one of the most centralized and rigidly stratified anywhere in Africa« (Lemarchand 1995: 8). Übersehen hatte man auch, dass die Unterscheidbarkeit der beiden ethnischen Gruppen überhaupt erst das Produkt einer rezenten und pseudo-wissenschaftlich begründeten Kategorisierung der Bevölkerungsgruppen seitens verantwortungsloser Politiker darstellt, die auf der Alltagsebene auch noch während des Bürgerkriegs kaum praktikabel war (vgl. Prunier 1995). Der *Erfolg* der Extermination von drei Vierteln der Tutsi folgte somit keiner sichtbaren Logik, sondern wurde – wenn man überhaupt von »Systematizität« sprechen will – nur durch einen effizienten Verwaltungsapparat und unter Verwendung vorab zusammengestellter Todeslisten ermöglicht. Entscheidend im Hinblick auf die Mobilisierung einer so genannten »Genozid-Mentalität« (Sundhaussen 1994: 419; Markusen/Mirković 1999: 58), welche auch Zivilisten zu Tätern werden ließ, war jedoch eine extensive Propaganda-Maschinerie, die von einem geplanten Genozid an den Hutu kündete, in Kombination mit dem Abschuss des Flugzeugs des moderaten Präsidenten Habyarimana, der die Exzesse unmittelbar auslöste. In jedem Fall waren es auch hier wiederum nur wenige Monate, in denen das kulturelle System, das bis dato ein friedliches Zusammenleben von Hutu und Tutsi gewährleistete, mit dem Effekt invertiert wurde, dass ein Massakrieren von Mitgliedern der jeweils anderen Bevölkerungsgruppe möglich wurde.

In den hier nur angedeuteten Fällen haben wir somit eine Konstellation vor uns, in der eine grundlegende Erschütterung des kulturellen Systems mit der Transformation der Alltagsdynamik in einem komplexen und nicht verallgemeinerbaren Zusammenhang steht. Auf das Desiderat der Modellierung eines solchen Problemkomplexes haben in den letzten Jahren Sozialwissenschaftler aus unterschiedlichen Fachrichtungen hingewiesen. Welzer beklagt etwa, dass »jede soziologische oder sozialpsychologische oder auch historische Theorie sich selbst dynamisierender sozialer Veränderungsprozesse«, welche geeignet sei, die sozialen Folgen von Systemtransformationen zu erfassen, »bislang noch fehlt« (Welzer 2005: 15). Auf sozial- und handlungstheoretische Verkürzungen hat auch Hans Joas mit der Entwicklung des Modells »kreativen Handelns« reagiert. Im Hinblick auf das Problem der Erklärung der Eigen- und Eskalationsdynamik von Gewalt fordert er, »statt sich an einem teleologischen Modell zu orientieren«, die Aufmerksamkeit auf Prozesse zu richten, »die nicht aus vorfindbaren psychischen Dispositionen oder gesellschaftlichen Problemlagen abgeleitet werden können, sondern in deren Verlauf sich Akteure selbst erst zu dem bilden, was sie für eine vielleicht entstehende soziale

Bewegung darstellen« (Joas 2000: 278; ähnlich auch Kalyvas 2006). Und schließlich sei an dieser Stelle stellvertretend noch auf eine Gruppe von Kulturwissenschaftlern verwiesen, die vor einigen Jahren die »Theorie des kulturellen Traumas« (Alexander et al. 2004) entwickelt hat, um die hier angedeutete Lücke zu schließen. Häufig missverstanden, geht es den Soziologen mit diesem Konzept keineswegs primär um die Übertragung individualpsychologischer Mechanismen auf Kollektive. Wie besonders deutlich Jeffrey C. Alexander betont, sei darin »first of all an empirical, scientific concept, suggesting new meaningful and causal relationships between previously unrelated events, structures, perceptions and actions« (ebd.: 1) zu sehen. Es beschreibt also komplexe Zusammenhänge zwischen kulturellen und sozialen Bedingungen, die – wie im Weiteren zu zeigen sein wird – auch im Hinblick auf die Erklärung kollektiver Gewalt Potential bieten. Als »traumatogenisch« (Sztompka 2004: 158 f.) lassen sich, so Piotr Sztompka, solche sozialen Prozesse verstehen, die als »plötzlich, umfassend, fundamental und unerwartet« (ebd.: 159) wahrgenommen werden. Damit wird also exakt diejenige Konstellation anvisiert, die ich in den beschriebenen Fällen als zentral im Hinblick auf die Aufklärung von Bürgerkriegsdynamiken herausgestellt habe.

Zum Abschluss der konzeptionellen Überlegungen soll nun die im Nachfolgenden auszufaltende Perspektive gegenüber einer in der Soziologie noch immer verbreiteten Auffassung des Zusammenhangs von Krieg und Alltag abgegrenzt werden. Letztere geht von der Vorstellung aus, dass Alltag und Krieg zwei voneinander getrennte Sphären bilden, die von entgegengesetzten sozial-moralischen Gesetzmäßigkeiten regiert werden. Gemäß dieser Denktradition, die sich bis zu den ersten massenpsychologischen Arbeiten des 19. Jahrhunderts (Le Bon) zurückführen lässt (vgl. Stölting 2005: 65), zeichnet sich der Kriegszustand durch die Suspendierung der im Alltag geltenden Regeln aus: Die individuellen Sorgen und Relevanzen treten hinter die Belange der Gemeinschaft zurück. In einer extremen Variante hat etwa Roger Caillois vom Krieg als »Paroxysmus der Moderne« (Caillois 1988: 220) gesprochen und dazu erklärt, Krieg repräsentiere für die moderne Gesellschaft das funktionale Äquivalent zum Fest in elementaren Gesellschaften. Für beide Phänomene sei eine ekstatische Überschreitung der Alltagsordnung charakteristisch. Auch aktuell findet eine solche Perspektive noch Fortführung (Maffesoli 1984; Stölting 2005). Dieser Sichtweise, die einen Hiatus zwischen Alltagsleben und Krieg supponiert, möchte ich im Folgenden ein Leitbild entgegenstellen, das davon ausgeht, dass »Krieg die Verlängerung des Alltags darstellt« (Modelmog 1991: 163). Damit rücken gerade die sozialen Prozesse und individualpsychologischen Mechanismen in den Blick, mit denen der Übergang von »Alltag« zu »Krieg«, oder genauer gesagt, das erklärt werden kann, was häufig als »Kriegsbegeisterung« gedeutet wird. Hinter der dualistischen Perspektive von Alltag/Krieg verbirgt sich eine Vorstellung, nach der es möglich sei, eine ganze Gesellschaft »auf Krieg zu stimmen«. Auch in dieser Hinsicht soll demgegenüber im Folgenden betont werden, dass, wie die Herausgeber eines der raren Sammelbände zu dieser Thematik

zurecht betonen, auch die ausgefeiltesten Homogenisierungsversuche »selten – wir sind versucht zu sagen: nie – zu einer völligen Vereinheitlichung der mentalen Einstellungen der Gesamtbevölkerung zum Krieg (führten)« (van der Linden/Mergner 1991: 11). Aus einer kulturalistischen Perspektive hat William Sewell hervorgehoben, dass »even in powerful and would-be totalitarian states, centrally placed actors are never able to establish anything approaching cultural uniformity« (Sewell 1999: 56).

3. Prolegomena der Erklärung der Kriege der 1990er Jahre aus serbischer Perspektive

Die besondere Symptomatik, die den vor uns liegenden Problemzusammenhang kennzeichnet, lässt sich vielleicht wieder am deutlichsten anhand einer konkreten Begebenheit darstellen. Im April 1991, also noch einige Wochen vor dem Einsetzen der ersten Kriegshandlungen, organisierte eine Gruppe zivilgesellschaftlicher Organisationen in Belgrad eine öffentliche Diskussion über die Frage »Wie beendet man einen Bürgerkrieg?« Bemerkenswert an diesem Ereignis ist der Verlauf der Diskussion, während dessen sich erwies, dass sich die Teilnehmer, die alle eine Verhinderung der Auflösung Jugoslawiens zum Ziel hatten, keineswegs über die Natur der vorliegenden und zu verhandelnden Konflikte einig waren: Einige behaupteten, sie seien die Folge des noch immer unbewältigten Bürgerkriegs von 1941; andere meinten, der neue Bürgerkrieg habe schon begonnen; weitere sprachen lediglich von einer vorhandenen Gefahr eines Bürgerkriegs (vgl. Šušak 2000: 483). Deutlich wird hieran die grundlegende definitorische Schwierigkeit, den Beginn und die Abgrenzungen von Bürgerkriegen festzustellen. Die nachstehenden Ausführungen wollen deshalb auf der Basis des skizzierten Problemkomplexes Licht auf den Zusammenhang von Alltag und Krieg aus der serbischen Perspektive der Jahre vor und nach 1992 werfen und verstehen sich als Beitrag zur Klärung der Bedingungen der Möglichkeit des Prozesses, den der Serbien-Experte Holm Sundhaussen kürzlich als »Selbsterstörung Serbiens« (Sundhaussen 2007: 379) beschrieben hat. Dass an dieser Stelle keine endgültige Klärung bezweckt werden soll, versteht sich von selbst. Vielmehr kann hier lediglich ein kulturwissenschaftlich orientierter Lösungsweg aufgezeigt werden, der die anfangs skizzierten Vergrößerungen vermeidet. Alle der drei eingangs referierten Beschreibungen produzieren ein Bild der Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung in Serbien seit Miloševićs Machtübernahme 1987. Auch die informative und viel beachtete Studie Eric Gordys über die Manipulationsstrategien des Milošević-Regimes, die auf die systematische Zerstörung aller potentiell oppositionellen Bewegungen hinzielten, produziert letztlich noch eine einseitige Vorstellung der diesem Effekt zugrunde liegenden Dynamiken. Sie verbleibt wiederum vorwiegend auf der Ebene der Machtpolitik und kennt in erster Linie nur den Mechanismus der Suppression. Dabei weiß

insbesondere Gordy besser als viele Analysten, dass »the party in power has not once [sic!] received a majority of votes in an election, and each election after 1990 has seen its support declining further« (Gordy 1999: 1; Hervorh. D.Š.).

Nun lassen sich neben den amtlichen Wahlergebnissen der frühen 1990er Jahre noch weitere sozialwissenschaftliche Indikatoren anführen, die untermauern, dass die Katastrophengeschichte Serbiens nicht zwangsläufig prozessierte und schon gar nicht *von oben* erzwungen war. So suggerieren etwa Bevölkerungsumfragen vor Kriegsausbruch in Serbien, dass, »der dreijährigen Anstachelung und Verbreitung der nationalen Euphorie durch den BdK [Bund der Kommunisten; D. Š] Serbiens zum Trotz«, »der Nationalismus nicht [sic!] die vorherrschende Ideologie unter der Bevölkerung Serbiens war« (Obradović 1998: 366; Hervorh. D.Š.).¹⁵ Auch Silvano Bolčić bestätigte aus alltagssoziologischer Perspektive, dass »national identification in everyday life of the ›former‹ Yugoslavia was only occasionally important and [...] without any social significance for the social life of people« (Bolčić 1995: 476). Diese Tendenz wird durch eine erst kürzlich veröffentlichte Sekundärstudie bestätigt, welche die Entwicklung der Identifikationsmuster von 32- bis 38-jährigen auf dem gesamten Territorium Jugoslawiens zwischen 1990 und 2006 lebenden Bürgern vergleichend untersucht (Vasović/Gligorijević 2008) und zu dem Resultat kommt, dass im Jahre 1990 »there was a greater geo-political affiliation differentiation within each subject« und dass »the majority still preferred Yugoslav nationality« (ebd.: 530). Mit der paradigmatischen Ausnahme der Slowenen und Kosovaren (ebd.) galt also für das Jahr 1990, dass die meisten Respondenten die jugoslawische Nationalität vor der ethnischen Zuordnung bevorzugten (vgl. Baćeović 1990).¹⁶

Den meisten Beschreibungen widerspricht auch der Befund, dass drei Jahre Milošević nicht zu einem relevanten Ansehensverlust der föderalen Regierung unter dem kroatischen Premier Ante Marković geführt haben. Die Umfragen wiesen ihn noch Mitte 1990 als beliebtesten Politiker des Landes aus (Denich 1994: 384). Bereits diese oberflächlichen Daten lassen auf die Vermutung schließen, dass es sich bei der vermeintlich homogenen Kriegszustimmung der Serben eher um ein mediales und teilweise wissenschaftlich gestütztes Konstrukt denn um Realität handelt. Zudem weisen sie darauf hin, dass – sofern überhaupt – ein Überzeugungseffekt der Mobilisierungsmechanismen Miloševićs erst verspätet und mittelbar einsetzte. Dieser wird sehr häufig mit dem Hinweis auf die Folgen, die ein

¹⁵ Dieser Befund lässt sich im Übrigen direkt auf Kroatien übertragen. Auch hierzu liegen Umfragestudien aus der Zeit des »Vorabends des Krieges« vor, die u.a. Einsichten darüber liefern, »that a large majority of the persons polled expressed disagreement with the idea that every nation must have its own state, i.e., over a half of the population rejected the idea that a person can feel safe only if he lives in an environment where the majority belongs to his nation.« (Kandido-Jakšić 2008: 151)

¹⁶ Für den Untersuchungszeitraum 2006 zeigen die Befunde das erwartbare Ergebnis einer »transition from the national and civic to ethnic-territorial model of collective identification.« (ebd.)

jahrzehntewährendes, autoritär-kommunistisches Regime in den Subjekten hinterließ, erklärt. So behauptete der serbische Soziologe Nebojša Popov, »daß das Syndrom autoritärer Charaktere in der jugoslawischen Gesellschaft ausgeprägter ist als irgendwo sonst auf der Welt« (Popov 1998: 455). Einer solchen Schilderung widerspricht diametral jene, wie sie etwa Boris Buden über das kulturelle Leben im Jugoslawien um die Mitte der 1980er gegeben hat. Buden sprach kürzlich in einem Interview von einer (unbewussten) Ex-post-Verdrängung oder der (bewussten) Erinnerungsverweigerung eines in dieser Zeit in Jugoslawien weithin spürbaren Gefühls einer einzigartigen historischen Offenheit.¹⁷ Dies belegten die keineswegs nur im traditionell liberaleren Slowenien zu beobachtenden demokratischen, auf eine Liberalisierung der politischen Kultur drängenden, Sozialbewegungen eindrücklich. Die Presse Jugoslawiens durchlebte seit Mitte der 1980er Jahre bis zum Beginn der Nationalisierungskampagnen 1987 ihre liberalste Phase (Milivojević 2000: 613). Auch Zagorka Golubović, die die politischen Reformdebatten von 1980 bis 1985 in öffentlichen Printmedien analysiert hat, bezeugt, dass es zur nationalistischen Lösung durchaus politische Alternativen gab.¹⁸ Ihre Diskursanalyse zeigt, dass man die nationalistischen Tendenzen nicht nur bereits erfasst hatte, sondern als zentrale Gefahr für das föderal-sozialistische System ansah (Golubović 1988: 136 ff.). Die Suche nach Alternativen zum Nationalismus stand insofern auf der Tagesordnung. Auf der Alltagsebene, so lassen Meinungsumfragen aus Mitte der 1980er Jahre schließen, hatte ein Nationalismusproblem praktisch nicht existiert.¹⁹

Dass man es also auch im serbischen Fall mit der Aufgabe zu tun hat, einen sehr schnell einsetzenden und offenbar für alle Beteiligten überraschenden Barbarisierungsprozess im oben angedeuteten Sinne zu erklären, hat auch der Zeitzeuge und slowenische Soziologe Rastko Močnik beobachtet: »the process of transformation was very short. It was a kind of quasi-instantaneous reversal of one type of jargon, discourse and practices into its opposite.«²⁰ In diesem Sinne fragte der Soziologe Vjeran Katunarić bereits 1991: »Weshalb hat sich die Gesellschaft relativ schnell in entgegengesetzte politische Lager geteilt?« (Katunarić 1991: 376)

In den kulturwissenschaftlich orientierten Sozialwissenschaften ist der Zusammenhang zwischen dem (abrupten) Verlust der kollektiven Orientierung und dem Hang zur anomischen Gewalt spätestens seit Durkheims Selbstmord-Studie be-

¹⁷ Film-Dokumentation »The break-up of Yugoslavia«. Milton Keynes, GB: The Open University 2008.

¹⁸ Noch kürzlich hat die serbische Soziologin in einem Interview darauf hingewiesen. Siehe die Dokumentation »Vollendung des nationalen Programms« aus der vom Helsinki-Komitees für Menschenrechte in Serbien herausgegebenen Serie »Pogled u prošlost. Kako je rušena Jugoslavija«.

¹⁹ Als Beleg sei eine Befragung unter Jugendlichen angeführt, die zum Vorschein brachte, dass 86 Prozent der Befragten die inter-ethnischen Beziehungen als »gut bis zufriedenstellend« einschätzten (Flere 1986).

²⁰ Film-Dokumentation »The break-up of Yugoslavia«. Milton Keynes, GB: The Open University 2008.

kannt (Durkheim 1997). Mary Douglas hat die zu verschiedenen Zeiten an unterschiedlichen Orten entwickelten Umgangsstrategien mit Anomalien und Zweideutigkeiten als »eine kreative Handlung« (Douglas 1985: 13), genauer: »eine positive Anstrengung, die Umwelt zu organisieren« (ebd.: 12), in den Blick gefasst. Aus der mikroanalytischen Perspektive von Tätergruppen und Individuen haben jüngst verschiedene Autoren wie Welzer (2005: 239), Bašić (2004: 13) und Sofsky (1996) auch die Tötungshandlungen von Soldaten als Reflex auf eine unübersichtliche Lage geschildert, deren Vollzug als kreativer bzw. eigendynamischer Prozess der Herstellung von Ordnung und »klaren Verhältnissen« anzusehen sei. Ich möchte für meinen Erklärungsansatz an das in diesen Arbeiten angedeutete Erklärungsmoment anknüpfen und versuchen, das darin liegende Dissoziations- und Vergesellschaftungspotential am vorliegenden Fallbeispiel zu skizzieren.

Zu diesem Zweck scheint mir der oben schon angedeutete Theorierahmen um den Begriff des »kulturellen Traumas« einen geeigneten, d.h. in hinreichendem Ausmaß breiten und offenen, Ansatzpunkt zu bieten. Dieser eignet sich, so meine Basisthese, nicht nur, um die kulturellen und gesellschaftlichen Dynamiken in der Folge von Kriegen zu erklären, sondern auch und besonders zur Erhellung der Voraussetzung von Bürgerkriegen im allgemeinen. Dabei ist zunächst vorausgesetzt, dass traumatogene und traumatologische Kollektiveffekte wahrnehmbar werden können, ohne dass eine unmittelbar auslösende Instanz oder Ursache dazu in Beziehung gesetzt werden kann. Entsprechend *weich* wird das Definitionskriterium für kollektive Traumatisierung in Anschlag gebracht: Der wahrscheinliche Erfinder des Konzepts des kollektiven Traumas machte die Wahrnehmung, »that the community no longer exists as an effective source of support and that an important part of the self has disappeared« (Erikson 1976: 154), zu seinem Definitionsmerkmal. Auch aktuelle Adepten verbinden kollektive Traumasymptome mit der Perzeption eines »dramatic loss of identity and meaning, a tear in the social fabric« (Eyerman 2004: 61; vgl. ähnlich Alexander 2004: 10 und Smelser 2004: 38). Selbst in den Fällen, wo der Rekurs auf ein auslösendes Ereignis nahe liegt, handelt es sich dabei für den Soziologen stets um ein »imagined« traumatic event« (Alexander 2003: 91).²¹ Konstitutiv für die sozialwissenschaftliche Verwendungsweise von »Trauma« ist somit die Unterstellung einer grundsätzlichen Kluft zwischen der Ebene der vermeintlichen *hard facts* resp. der Ereignisse und derjenigen der kulturellen Arbeit resp. der Repräsentation. Alexander stellt daher deutlich heraus: »For trauma to emerge at the level of collectivity, social crisis must become cultural crisis« (Alexander 2004: 10). Damit hängt ein zweiter zentraler Aspekt der Theorie des kulturellen Traumas zusammen. Das soeben Gesagte impliziert nämlich, dass der Begriff

²¹ Damit soll keineswegs einer radikal-konstruktivistischen Perspektive, wonach Kollektivtraumata *arbiträr* seien, das Wort geredet werden. Alexander (2004: 9) weist etwa explizit darauf hin, dass er den Terminus »vorgestellt« nicht im Sinne Benedict Andersons, sondern im Sinne des späten Durkheim als mit der *lebendigen Erfahrung* in Bezug, verstanden wissen will.

des sozialen Traumas als Prozessbegriff aufzufassen ist. Trauma als Prozess, der zwischen der Ebene des Ereignisses und derjenigen der kulturellen Repräsentation Verbindungen herstellt und vermittelt, weist nach Alexander die gleichen Elemente wie ein Sprechakt (im Sinne Austins) auf: Sprecher, Publikum, Situation (ebd.: 11 f.). Ausgang und Gestalt dieser komplexen Medialisierungsprozesse variieren dabei selbstverständlich nach dem jeweiligen sozial-kulturellen Kontext und weisen lediglich formale Ähnlichkeiten auf.

Um die Verbindung zu unserem Ausgangsproblem herzustellen, sollte deutlich gemacht werden, dass sich die angedeutete Theorie als soziologische Übertragung des Problems der Erklärung der Bedingungen unvermittelter Gewalt gegen Bürger der eigenen Staatsgemeinschaft begreifen lässt. Sie nimmt die oben angedeutete Konfiguration einer kollektiv geteilten Wahrnehmung der Erosion sozialer und kultureller Zusammenhänge als Ausgangspunkt und fokussiert die Voraussetzungen und Dynamiken, die eine solche Erschütterung unter bestimmten Bedingungen auslösen kann.²² Der hier angedeutete Konnex soll im verbleibenden Teil dieser Abhandlung an unserem Fallbeispiel angedeutet werden.

Ohne an dieser Stelle ins Detail gehen zu können, muss ein alltagssoziologischer Ansatz zur Klärung der Einstellungsentwicklung der Serben zum Krieg auf der diskursiven Ebene ansetzen, bei dem schon vielfach beschriebenen Nationalisierungsdiskurs (siehe dazu im Detail Bieber 2005: 175–230 und Vladislavjević 2008), der von der Milošević-Regierung im Jahre 1987 sorgfältig geplant wurde.²³ Heute ist sogar bekannt, dass die in der Gegenwart noch häufig für spontan gehaltene Schutzgeste Miloševićs gegenüber den Kosovo-Serben während eines Meetings der lokalen Parteiorganisation am 24. April in Priština, welche gemeinhin für den definitiven Bruch mit der ehernen anti-nationalistischen Parteidoktrin und das endgültige Einschwenken des jugoslawischen Öffentlichkeitsdiskurses in den Nationalismus gehalten wird, ebenso wenige Tage zuvor geprobt wurde (Silber/Little 1996: 38; Thomas 1999: 44; Bieber 2005: 178). Milošević inszenierte sich in der Folge als Spitze und Sprachrohr einer Volksbewegung, deren Wille sich vermeintlich unmittelbar in den über einhundert zwischen Sommer 1988 und Frühling 1989 stattgefundenen »Volkshappenings« (*dogadanje naroda*) offenbarte.²⁴ Die Strategie, die eigenen politischen Interessen als Willen des gemeinen Volkes darzustellen und die Nähe zum »einfachen Volk« zu betonen, lässt sich bis auf die Ebene der politischen Rhetorik Miloševićs verfolgen, die bewusst die Sprache der Straße

²² Programmatisch hat Katharina Inhetveen kürzlich die Forderung, »die kulturspezifischen Formen und Deutungsmuster der untersuchten Gewaltphänomene in den Blick [zu] nehmen« formuliert (Inhetveen 2005: 45).

²³ Am deutlichsten wurde die Notwendigkeit des Ansetzens auf der diskursiven Ebene von David E. Apter begründet: »People do not commit political violence without discourse« (Apter 1997: 2).

²⁴ In geringerem Ausmaß fanden solche Ereignisse auch unter Slowenen und Albanern statt (Bieber 2005: 189).

verwendete und die gestelzte Parteirhetorik mied,²⁵ sowie etwa darin, dass Miloševićs rechte Hand, Borisav Jović, in der eigens 1988 eingeführten, die Meinungen des Volkes repräsentierenden Rubrik der wichtigsten serbischen Tageszeitung *Politika* unter Pseudonym den damaligen Premier Ante Marković attackierte (vgl. Bieber 2005: 317) – in dem Bewusstsein, dass die gewollte Wirkung unter eigenem Namen ausgeblieben wäre.²⁶

Das Skript, dem die von der neuen politischen Führung Serbiens systematisch in die Öffentlichkeit lancierten politischen Inhalte folgten, basierte auf dem berüchtigten »Memorandum« der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste, in dem – erstmals im Jahre 1986 – von einer der am höchsten angesehenen Institutionen Serbiens eine ethnozentrisch ausgerichtete Deutung der jugoslawischen Geschichte und der gegenwärtigen Krise formuliert worden war. Zu Beginn der Dekade hatte die bis dato gesellschaftlich völlig unbedeutende Serbisch-Orthodoxe Kirche die »serbische Frage« (nach dem Status der außerhalb des serbischen Territoriums lebenden Serben) erstmals wieder auf die politische Agenda gesetzt. Das »Memorandum« sprach dann sogar unverhohlen vom »offenen und totalen Krieg« und vom »geplanten Genozid« an den Serben. Propagandistisch wurde in dieser »ersten Phase« des Nationalisierungsprozesses der serbischen Öffentlichkeit (Milivojević 2000: 611, 616) die seit Beginn des Jahrzehnts auf dem Kosovo schwelende politische Krise mit dem vor allem im 19. Jahrhundert etablierten »Kosovo-Narrativ« parallelisiert und ins Zentrum der politischen Debatten gerückt. In der zweiten Phase (1987–1989) wurde der hiermit inaugurierte Interpretationsrahmen auf verschiedene Problembereiche, wie etwa die »slowenischen Provokationen«,²⁷ übertragen und damit im Öffentlichkeitsdiskurs etabliert. Schließlich fand in der dritten Phase eine radikalisierte Deutung der jugoslawischen Konflikte statt. Der ursprünglich auf die Kosovo-Problematik gemünzte »Lösungsansatz« wurde nunmehr im Sinne einer »Kosovization of Croatia« (ebd.: 625) auf Kroatien übertragen und als alternativlos präsentiert.

»Nationalisierung des Alltags« bedeutet im vorliegenden Kontext zunächst einmal die Wiedereinsetzung eines traumatogenen, nationalgeschichtlich vertrauten Deutungsmusters. Ich habe an anderer Stelle von einer »Politik der Re-Traumatisierung« (Šuber 2007: 208) gesprochen, um zu betonen, dass das Kosovo-Narrativ geeignet ist, die Serben zu einer viktimologisch kodierten »Verteidigungsidentität« (Welzer 2005: 236) zu disponieren, da es an (vermeintlich) verloren gegangene

²⁵ Symptomatisch hierfür ist auch seine Strategie, sich selber als »državnik« (Staatsmann) und die Oppositionsführer als »političari« (dt. wörtlich »Politiker«, figurativ »Schwätzer«) zu präsentieren (vgl. Sekelj 2000; siehe im Detail Milosavljević 1998: 433 f.).

²⁶ Inwiefern die von der Milošević-Clique geförderten folkloristischen Bewegungen in verschiedenen sozialen Unterhaltungssegmenten diesen Effekt verstärkten, haben insbesondere Čolović (1994, 2002: 9) und Gordy (1999) elaboriert.

²⁷ Hintergrund hierfür bildeten die zu dieser Zeit aus Slowenien immer vehementer vorgebrachten Forderungen nach Einführung eines Mehrparteiensystems.

Schlachten, die mit Vertreibung und Annihilation der nationalen Identität einhergingen, erinnert.²⁸ Dass eine – auch traumatogene – kulturelle Erzählung, wie sie im Falle Serbiens gegeben und Ende der 1980er Jahre aktualisiert worden war, nur einen begrenzten Beitrag zum Verständnis der Gewalttoleranz gegenüber den Mitgliedern anderer ethnischer Herkunft leisten kann, wurde oben schon betont. Doch es soll hier auch klargestellt sein, dass man im soziologischen Sinne kulturelle Ideen nicht als immaterielle Abstraktheiten verharmlosen sollte, da sie sich immer auch in sozialen Strukturen äußern und sich ihre Wirkung über diese soziologisch ermitteln lässt. Silvano Bolčić hat sich der Aufgabe gewidmet, ein Tableau von Indikatoren und Symptomen aufzustellen, anhand dessen sich die Nationalisierung der Gesellschaft im Sinne einer Implementierung der nationalen Interessen als Vorzugsstruktur vor jeglichen individuellen Interessen definieren ließe. Dazu zählen nach Bolčić die Entwertung der moralischen Grundwerte der menschlichen Gesellschaft bis hin zu einer massenhaften moralischen Regression; eine Kriminalisierung der Gesellschaft, die zur Folge haben kann, dass kriminelle Subjekte als nationale Helden verehrt werden können; eine Symbolisierung der nationalen Charakteristika durch übertriebene Mittel wie Paraden und Ethno-Kitsch (Bolčić 1995: 478 f.). Auf der subjektiven Seite manifestiert sich die Manipulation der Gesellschaft im Sinne einer Nationalisierung in dem permanenten Gefühl der Unzufriedenheit und Frustration (ebd.: 480). Auch wenn es sich bei diesen Faktoren keineswegs um eherne Kategorien handelt, verdeutlichen sie, in welchem Sinne sie für eine soziologische Erfassung der Manifestierung bestimmter kultureller Programmierungen Aufschluss geben können.

Auf die besondere Bedeutung, welche Milošević zum Zwecke der Nationalisierung und Homogenisierung der serbischen Öffentlichkeit den Medien zugeordnet hatte, ist tausendfach hingewiesen worden. Es ist dabei jedoch ebenso auffällig, dass man hinsichtlich der Frage nach der Wirkung dieser Propagandakampagnen auf die Bevölkerungseinstellungen in der vorhandenen Literatur über pauschalisierende Verallgemeinerungen hinausgehend kaum auf valide sozialwissenschaftliche Informationen trifft. Um zumindest einige Anhaltspunkte hierzu zu erlangen, kann man sich vielleicht auf eine Rekapitulation der vorhandenen Meinungsfragen einlassen, die von Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre von verschiedenen (ex-)jugoslawischen SozialwissenschaftlerInnen durchgeführt wurden. Auch wenn diese etwa im Hinblick auf die Entwicklung und Ausprägungsstärke von Indikatoren wie »ethnische Distanz« (gegenüber den benachbarten Ethnien) oder »Autoritarismus« kein ganz eindeutiges Bild abgeben, bieten die folgenden Aspekte Aufschluss: (a) Zum einen lassen die Zahlen bis zur Mitte der 1980er Jahre – mit

²⁸ Für eine grundsätzliche Rekonstruktion des traumatheoretischen Diskurses, die betont, »dass Traumatisierung eine politische Angelegenheit ist«, siehe Brunner (2004: 7).

der Ausnahme des Kosovo²⁹ – auf ein sehr harmonisches Verhältnis der interethnischen Beziehungen schließen (Popović 1996: 232, Kandido-Jakšić 1999), wobei man dies als einen Effekt der Ideologie der Einheit und Brüderlichkeit gedeutet hat (Pantić 1996: 578); (b) mit besonderem Blick auf Serbien wäre bis in das Jahr 1991 festzuhalten, dass sich die Distanzbekundungen der Befragten im Vergleich zur ersten Hälfte der 1980er Jahre zwar auf einem höheren Niveau befanden, jedoch insgesamt stabil blieben (Sekelj 2000: 7); (c) die Daten zeigen außerdem den sicher überraschenden Befund, dass zum gleichen Zeitpunkt das Ausmaß des Misstrauens gegenüber den Nachbarvölkern unter den Slowenen und Albanern im Vergleich zu Serben und Montenegrinern höher war (ebd.: 7, 21–23). Die häufig voreilig gezogene Schlussfolgerung, welcher zufolge »the ethnic distance grew proportionally with the ethno-national manipulation« (Milošević/Todorović 2002: 82; Sekelj 2000), würde ich folglich dahingehend einschränken, dass eine eigentliche »Explosion der Xenophobie« (Pantić 1996: 580) in Serbien erst *nach* dem Kriegsausbruch und den gegen (Rest-)Jugoslawien verhängten UN-Sanktionen bemerkbar ist. Dies zeigt sich statistisch etwa darin, dass sich im Jahre 1990 die Antipathiewerte zwischen Serben und Slowenen noch wesentlich höher beliefen als zwischen den späteren Kriegsgegnern, Serben und Kroaten (Sekelj 2000: 19). Eine drastische Erhöhung der Werte für »ethnische Distanz« zwischen Serben und Kroaten war erst für das Jahr 1993 feststellbar (Golubović/Kuzmanović/Vasović 1995). Die angeführten Statistiken verdeutlichen, dass die Haltung, Gewalt gegen ethnische Nachbarn zu tolerieren, in der Tat als eine relativ *spontan* produzierte erscheint, wobei offensichtlich der Ausbruch des realen Kriegs eine entscheidende Vorbedingung für die »Kriegsmentalität« der Serben darstellte.

Zu den Bedingungen, die ein entsprechend kurzfristiges Umschlagen der gesellschaftlichen Gestimmtheit erklärt, zählt zum einen die bereits geschilderte semantische Eigentümlichkeit des Kosovo-Narrativs, welches die Serben aufforderte, das persönliche Glück ohne Rücksicht auf das eigene Leben für die Fortexistenz der Nation zu opfern. Es gab damit eine Quasi-Legitimation für präventive Gewalt. Eine weitere Bedingung, die den Sprung in die Gewalt keineswegs als Absurdität erscheinen lässt, verweist ebenfalls auf einen kulturhistorischen Kontext. Wolfgang Höpken hat in einer bemerkenswerten historischen Rekonstruktion nachgezeichnet, über welche Wege und Institutionen sich im ex-jugoslawischen Kulturraum »bis heute ein gewaltbejahender kollektiver Habitus und eine kulturell vermittelte Gewalt-Neigung konserviert hat« (Höpken 2001: 75). Bereits im 19. Jahrhundert wie auch bei der Gründung des Zweiten Jugoslawiens sei der Krieg als »staatserzeugende Kraft« (ebd.: 83) heroisiert worden. Keineswegs nur in der serbischen Nationalisierungsbewegung seit Mitte der 1980er Jahre, sondern ebenso in den anderen Republiken »wurde der Krieg neuerlich als identitätsstiftende Erinnerungsgestalt in

²⁹ In den Meinungsumfragen in den 1980ern dokumentierte sich unter den Serben durchweg ein vergleichsweise negatives Bild der Albaner (vgl. Milošević/Todorović 2002: 80).

das Zentrum gerückt« (ebd.: 85).³⁰ Die serbische Soziologin Marina Blagojević, die bereits 1994 auf das Desiderat einer dezidiert alltagssoziologischen Herangehensweise zur Erklärung des Krieges hingewiesen hat, geht dabei von dem Bild aus, wonach »war is not merely taking place in the battlefields, or offices of politicians, but rather that it is structured and perpetuated in the sphere of everyday life itself« (Blagojević 1994: 469). Darüber hinaus legt sie Gewicht auf die These, dass jede gegebene Situation in Sinne einer Kontinuität aus der vorangegangenen Situation heraus erklärbar sein muss, d.h., dass die in die Nationalisierungsphase eingetretene serbische Gesellschaft zu Beginn der 1990er Jahre in Kontinuität zur kommunistischen Konstellation zu sehen sei (ebd.: 470). Auf diejenigen »Strukturen«, die aus der Vergangenheit kontiniert wurden, muss ein alltagslogischer Erklärungsansatz seinen Fokus legen. Einem Ansatz, der den Krieg allein aus der (autotelischen) Logik von Gewaltprozessen heraus begreift, geraten die kulturell vermittelten Bedingungen der Möglichkeit, dass auf eine Umkehrung der normativen Grundlagen der Gemeinschaft, wie sie das Milošević-Regime mittels einer exakt geplanten Nationalisierungskampagne angestrengt hat, eine gewaltmäßige Reaktionsweise folgen kann, aus dem Blick.

Zum Abschluss meiner Erörterungen soll wiederum ein Argumentationsgang, welcher der Theorie kultureller Traumatisierung entlehnt ist, aufgegriffen werden, um die Alltagslogik der Gewalt in Serbien nach dem tatsächlichen Ausbruch der Kriegshandlungen zu erklären. Auch hierbei möchte ich mich sogleich deutlich von denjenigen Deutungen distanzieren, die in der schon mehrfach angesprochenen verkürzenden Argumentation die vermeintliche Kriegsbegeisterung der Serben in den 1990ern in Korrelation zur Manipulationspolitik Miloševićs setzen. Thetisch formuliert, würde ich dem entgegenhalten, dass diesen Gewaltsymptomen vielmehr eine weit verbreitete Haltung der Apathie denn eine genuine Gewaltneigung zugrunde liegt. Diese Apathie lässt sich wiederum als *traumainduziert* im oben angedeuteten (kollektivistischen) Sinne begreifen.

Legt man die Entwicklung statistischer Befunde zur Einstellung gegenüber der politischen Führung seit 1992 zugrunde, so zeigt sich, dass das Vertrauen in die staatlichen Institutionen im Jahre 1993 am höchsten und drei Jahre später am niedrigsten war (Slavujević 1997). Dazwischen ereignete sich im Zuge der UN-Sanktionen und den daraus resultierenden ökonomischen Folgerscheinungen (Hyperinflation) ein drastisches Herabsinken des Lebensstandards (vgl. Opalić 2008: 418). Die materiellen Erschütterungen der gesellschaftlichen Ordnung und des Alltagslebens durch Krieg, ökonomischen Zerfall, Flüchtlingsströme, etc. dürften die imaginierte Krisenwahrnehmung, die der Definition kultureller Traumatisierung zugrunde gelegt wird, bei weitem überboten haben. Das Regime war in

³⁰ Die Ansicht, dass die Logik der kollektiven Identitätskonstruktion auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien zentral mit der traumatischen Erfahrung von Krieg und Vertreibung verknüpft ist, hat u.a. Vlaisavljević mit starker Emphase begründet (Vlaisavljević 2002).

diesen Jahren vielmehr darauf bedacht, nach außen hin eine Ordnung zu suggerieren, die faktisch kaum bestand.³¹ Die überlieferten Beschreibungen des Alltagslebens in dieser Periode, so soll an dieser Stelle zumindest angedeutet werden, belegen das Vorwalten sämtlicher Kriterien einer (kollektiv) traumatisierten Gesellschaft: (1) »a general climate of anxiety, insecurity, and uncertainty«, (2) »syndrome of distrust, both toward people and institutions«, (3) »a disorientation concerning collective identity«, (4) »widespread apathy, passivism, and helplessness«, (5) »pessimism concerning the future« (Sztompka 2004: 166).

Nach der Beschreibung Ivana Spasićs war »Unsicherheit« (Spasić 1999: 113) das dominanteste Charakteristikum des Alltagslebens in den 1990ern. Auch nach Blagojević wurde ein routiniertes Alltagsleben nach 1992 in Serbien unmöglich. Vielmehr kam jeder neue Tag einem »Abenteuer« gleich (Blagojević 1994: 471). Da hier das rein materielle Überleben die Hauptsorge der Menschen bildete, sei die Bekümmernung um subjektive Belange in den Hintergrund getreten. Die institutionellen Voraussetzungen zur Verwirklichung individueller Lebenspläne oder auch nur zur Vermittlung einer öffentlichen Anerkennung der Identitätsansprüche von Individuen seien unter solchen Bedingungen nicht mehr gewährleistet gewesen, sodass solche persönlichen Identitätsprojekte ins Leere liefen (ebd.: 114 f.). Vor diesem Hintergrund dürfte der Befund einer sozialpsychologisch ausgerichteten Studie Anđelka Milićs, wonach unter den 1400 befragten Belgrader Bürgern beinahe die Hälfte eine direkte Bedrohtheit durch den (außerhalb der Staatsgrenzen Serbiens geführten) Krieg reklamierten (Milić 1995: 464), nicht mehr überraschen. Die Studie belegt insgesamt das Vorliegen einer Konstellation, die Psychologen seit den 1970ern als »sekundäre Traumatisierung« bezeichnen. Zu den hier angedeuteten Befunden passen auch solche statistischen Daten, die seit Kriegsausbruch eine steigende »Kriminalisierung der Gesellschaft« bezeugen (ebd.: 469), wobei damit keineswegs Gewalt gegen Fremde, sondern primär gegen Mitglieder der eigenen Ethnie gemeint ist. Das von Sztompka in Anschlag gebrachte »Misstrauens-Syndrom« manifestiert sich im vorliegenden Kontext sogar in dem bemerkenswert hohem Ausmaß gewalttätiger Übergriffe gegenüber eigenen Familienmitgliedern (vgl. Milić 1995: 463).³² Visualisierungen der Zerrüttetheit von – unter normalen Umständen – intimsten Beziehungsformen liefern im Übrigen zeitgenössische serbische Spielfilmproduktionen in überreichem Maße (vgl. Šuber 2007).

Die hier skizzierten Beziehungen zwischen unterschiedlichen sozialen Transformationsprozessen auf der einen und Gewaltphänomenen auf der anderen Seite deuten auf das Erklärungspotential der Theorie kultureller Traumatisierung im All-

³¹ So etwa durch die Suggestion des Fortbestandes der staatlichen Struktur Jugoslawiens, symbolisiert in der Beibehaltung der Nomenklatur, Hymne, Ikonografie und Ideologie (vgl. Spasić 1999: 117; Milivojević 2000: 612 f.).

³² Belege finden sich in einem eigens dieser Thematik gewidmeten Ausgabe der serbischen Zeitschrift *Temida* des Jahres 2003 (6. Jg., H. 2).

gemeinen sowie auf das Dissoziationspotential traumatogener Sozialprozesse im Besonderen hin. Erklärt werden kann im vorliegenden Fall keineswegs eine – ohnehin nicht stichfest belegbare – »Kriegsbereitschaft« der serbischen Bevölkerung, sondern vielmehr der soziale Ursprung einer weit verbreiteten apathischen und häufig selbst-destruktiven Alltagseinstellung der serbischen Bevölkerung, die weder mit einer nationalistischen Ideologie³³ noch mit der Eigenlogik von Gewalt etwas zu tun hat. Demonstriert werden sollte hier jedoch, dass soziale und kulturelle Traumatisierung als *Prozess* aufzufassen ist.

Literatur

- Alexander, Jeffrey C. (2003): »Cultural Trauma and Collective Identity«. In: Ders. (Hg.): *The Meanings of Social Life. A Cultural Sociology*. New York: Oxford University Press, S. 85–107.
- (2004): »Toward a theory of cultural trauma«. In: Jeffrey C. Alexander et al. (Hg.): *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press, S. 1–30.
- et al. (Hg.) (2004): *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press.
- Andjelković, Branislava/Dimitrijević, Branislav (2000): »Mord oder glückliche Menschen. Kunst, Repräsentation, Politik und Vergessenheit im Serbien der neunziger Jahre«. In: Tom Holert (Hg.): *Imagineering. Visuelle Kultur und Politik der Sichtbarkeit*. Köln: Oktagon, S. 134–149.
- Anzulović, Branimir (1999): *Heavenly Serbia. From myth to genocide*. London: Hurst.
- Apter, David E. (1997): »Political violence in analytical perspective«. In: David E. Apter (Hg.): *The legitimization of violence*. New York: New York University Press, S. 1–32.
- Bačević, Ljiljana (1990): »Nacionalna svest omladine«. In: Srećko Mihailović et al. (Hg.): *Deca krize. Omladina Jugoslavije krajem osamdesetih*. Belgrad: Tiraž, S. 147–172.
- Bašić, Natalija (2004): *Krieg als Abenteuer. Feindbilder und Gewalt aus der Perspektive ex-jugoslawischer Soldaten 1991–1995*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Bax, Mart (2000): »Barbarization in a Bosnian Pilgrimage Center«. In: Joel M. Halpern, David A. Kideckel (Hg.): *Neighbors at War. Anthropological Perspectives on Yugoslav Ethnicity, Culture, and History*. Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press, S. 187–202.
- Berlekamp, Brigitte/Röhr, Werner (Hg.) (1995): *Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bieber, Florian (2005): *Nationalismus in Serbien vom Tode Titos bis zum Ende der Ära Milošević*. Wien: Lit.
- Blagojević, Marina (1994): »War and everyday life: deconstruction of self/sacrifice«. In: *Sociologija* 36 (4), S. 469–482.
- Blasius, Dirk (2005): *Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bolčić, Silvano (1995): »The features of a »nationalized« society«. In: *Sociologija* 37 (4), S. 473–483.
- Brass, Paul R. (1997): *Theft of an idol. Text and context in the representation of collective violence*. Princeton: Princeton University Press.

³³ Ich würde hier abermals der These Spasićs zustimmen, wonach die Machthaber ganz bewusst zum Zweck des Machterhalts darauf verzichteten, ihren Bürgern – sowohl auf der symbolischen wie auf der materiellen Ebene – eine neue gesellschaftspolitische Leitidee zu kommunizieren (siehe Spasić 1999: 117 f.).

- Broszat, Martin/Fröhlich, Elke (1987): *Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus*. München: Piper.
- Brunner, José (2004): »Politik der Traumatisierung. Zur Geschichte des verletzbaren Individuums«. In: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 1 (1), S. 7–24.
- Buden, Boris (1997): »Mission Impossible«. In: *ARKzin* 83, 31. Januar 1997, <http://arkzin.net/actual/buden83.html> (letzter Zugriff: 24.8.2010).
- Čolović, Ivan (1994): *Bordell der Krieger. Folklore, Politik und Krieg*. Osnabrück: fibre Verlag.
- (2002): *The politics of symbol in Serbia. Essays on political anthropology*. London: Hurst & Co.
- Denich, Bette (1994): »Dismembering Yugoslavia. Nationalist Ideologies and the Symbolic Revival of Genocide«. In: *American Ethnologist* 21 (2), S. 367–390.
- Douglas, Mary (1985): *Reinheit und Gefährdung. Eine Studie zu Vorstellungen von Verunreinigung und Tabu*. Berlin: Reimer.
- Durkheim, Émile (1981): *Der Dualismus der menschlichen Natur und seine sozialen Beziehungen*. In: Friedrich Jonas (Hg.): *Geschichte der Soziologie*. Bd. 2. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 368–380.
- (1997): *Der Selbstmord*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Erikson, Kai (1976): *Everything in its path. Destruction of community in the Buffalo Creek flood*. New York: Simon and Schuster.
- Eyerman, Ron (2004): »Cultural Trauma: Slavery and the Formation of African American Identity«. In: Jeffrey C. Alexander et al. (Hg.): *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press, S. 60–111.
- Fearon, James D./Latin, David D. (2000): »Violence and the Social Construction of Ethnic Identity«. In: *International Organization* 54 (4), S. 845–877.
- Flere, Sergej (1986): »Odnos mladih prema naciji i religiji«. In: Srđan Vrcan et al. (Hg.): *Položaj, svest i ponašanje mlade generacije Jugoslavije*. Belgrad: Prosveta and IDIS, S. 131–149.
- Godina, Vesna V. (1998): »The Outbreak of Nationalism on Former Yugoslav Territory: A Historical Perspective on the Problem of Supranational Identity«. In: *Nations and Nationalism* 4 (3), S. 409–422.
- Golubović, Zagorka (1988): *Kriza identiteta savremenog jugoslovenskog društva. Jugoslovenski put u socijalizam viden iz različitih uglova*. Belgrad: Filip Višnjić.
- /Kuzmanović, Bora/Vasović, Mirjana (1995): *Društveni karakter i društvene promene u svetlu nacionalnih sukoba*. Belgrad: Filip Višnjić.
- Gordy, Eric D. (1999): *The Culture of Power in Serbia. Nationalism and the Destruction of Alternatives*. Pennsylvania: The Pennsylvania State University Press.
- Griffin, Roger (1991): *The nature of fascism*. New York: St. Martin's Press.
- Höpken, Wolfgang (2001): »Gewalt auf dem Balkan – Erklärungsversuche zwischen ›Struktur‹ und ›Kultur‹«. In: Wolfgang Höpken, Michael Riekenberg (Hg.): *Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika*. Köln: Böhlau, S. 53–95.
- Ignatieff, Michael (1994): *Blood and belonging. Journeys into the new nationalism*. New York: Farrar, Straus, and Giroux.
- Inheteen, Katharina (2005): »Gewalt in ihren Deutungen. Anmerkungen zu Kulturalität und Kulturalisierung«. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 30 (3), S. 28–50.
- Inić, Slobodan (2000): »Serbia as closed society: insufficient capability for transition«. In: Helsinki Council for Human Rights (Hg.): *Helsinki Files No. 2: Potential for Changes*. Belgrad: Helsinki Council for Human Rights, S. 50–71.
- Ivanji, Andrej (2008): »Wie eine Parteienlandschaft entstand«. In: Jens Becker, Achim Engelberg (Hg.): *Serbien nach den Kriegen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 141–179.
- Joas, Hans (2000): *Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

- Judah, Tim (1997): *The Serbs. History, myth and the destruction of Yugoslavia*. New Haven: Yale University Press.
- Kalyvas, Stathis N. (2006): *The logic of violence in civil war*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kandido-Jakšić, Maja (1999): »Ethnically-mixed marriages and social distance towards members of some ex-Yugoslav nations«. In: *Sociologija* 41 (2), S. 103–124.
- (2008): »Social Distance and Attitudes Towards Ethnically Mixed Marriages«. In: *Psihologija* 41 (2), S. 149–162.
- Kapferer, Bruce (1988): *Legends of people, myths of state. Violence, intolerance, and political culture in Sri Lanka and Australia*. Washington: Smithsonian Institution Press.
- Katunarić, Vjeron (1991): »Uoči novih etnopolitičkih raskola: Hrvatska i Bosna i Hercegovina«. In: *Sociologija* 33 (3), S. 373–385.
- Kiss, Endre (1997): »Max Schelers Umsturz der Werte als Kritik der europäischen Moderne«. In: Gerhard Pfafferott (Hg.): *Vom Umsturz der Werte in der modernen Gesellschaft*. Köln: Bouvier, S. 129–140.
- Kochinka, Alexander/Straub, Jürgen (1998): »Dämonologie oder psychologisches Denken. Wie erklärt man, warum ganz gewöhnliche Angehörige der nationalsozialistischen Gesellschaft das Leben anderer auslöschten?«. In: *Analyse & Kritik. Zeitschrift für Sozialtheorie* 20 (1), S. 95–122.
- Kreuzer, Peter (2000): *Politik der Gewalt – Gewalt in der Politik: Indonesien*. HSFK-Report 58. Frankfurt: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.
- Kundrus, Birthe (2006): »Entscheidung für den Völkermord? Einleitende Überlegungen zu einem historiographischen Problem«. In: *Mittelweg* 36 14, S. 4–17.
- Lemarchand, René (1995): »Rwanda: The Rationality of Genocide«. In: *A Journal of Opinion* 23 (2), S. 8–11.
- Liell, Christoph/Pettenkofer, Andreas (Hg.) (2004): *Kultivierungen von Gewalt. Beiträge zur Soziologie von Gewalt und Ordnung*. Würzburg: Ergon-Verlag.
- Maffesoli, Michel (1984): *Essais sur la violence: banale et fondatrice*. Paris: Librairie des Méridiens.
- Mann, Michael (2007): »Der Faschismus und die Faschisten. Vorbereitende Überlegungen zu einer Soziologie faschistischer Bewegungen«. In: *Mittelweg* 36 16, S. 26–54.
- Markusen, Eric/Mirković, Damir (1999): »Understanding Genocidal Killing in the Former Yugoslavia: Preliminary Observations«. In: Craig Summers, Eric Markusen (Hg.): *Collective Violence: Harmful behavior in groups and governments*. Lanham: Rowman & Littlefield, S. 35–67.
- Milić, Anđelka (1995): »Social disintegration and families under stress: Serbia 1991–1995«. In: *Sociologija* 37 (4), S. 455–472.
- Milivojević, Snježana (2000): »The nationalization of everyday life«. In: Nebojša Popov (Hg.): *The road to war in Serbia. Trauma and catharsis*. Budapest: Central European University Press, S. 608–629.
- Milosavljević, Olivera (1998): »Jugoslawien als Irrtum«. In: Thomas Bremer, Nebojša Popov, Heinz-Günther Stobbe (Hg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*. Berlin: Arno Spitz, S. 421–439.
- Milošević, Lela/Todorović, Dragan (2002): »Ethnic Autostereotypes and Heterostereotypes and Ethnic Distance at the Balkans«. In: Ljubiša Mitrović, Dragoljub B. Đorđević, Dragan Todorović (Hg.): *Globalizacija, akulturacija i identiteti na Balkanu*. Niš: FF/Punta, S. 79–90.
- Modelmog, Ilse (1991): »Kriegsbegeisterung! Kriegsbegeisterung? Zur soziologischen Dimension des Kriegerlebnisses«. In: Marcel van der Linden, Gottfried Mergner (Hg.): *Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 161–178.
- Obradović, Marija (1998): »Der Krieg als Quelle politischer Legitimation. Ideologie und Strategie der herrschenden Partei«. In: Thomas Bremer, Nebojša Popov, Heinz-Günther Stobbe (Hg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*. Berlin: Arno Spitz, S. 359–377.
- Opalić, Petar (2008): »Dissarrangement – dominant symptom of traumatised people in Serbia«. In: *Sociologija* 50 (4), S. 417–432.

- Pantić, Dragomir (1996): »Changes in ethnic stereotypes of Serbs«. In: *Sociologija* 38 (4), S. 561–583.
- Popov, Nebojša (1998): »Traumatologie des Parteistaates«. In: Thomas Bremer, Nebojša Popov, Heinz-Günther Stobbe (Hg.): *Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung*. Berlin: Arno Spitz, S. 441–460.
- Popović, Mihailo V. (1996): »Autoritarnost i nacionalizam u prelaznom društvu«. In: *Sociologija* 38 (2), S. 225–246.
- Prunier, Gérard (1995): *The Rwanda crisis. History of a genocide*. New York: Columbia University Press.
- Ramet, Sabrina P. (2004): »Explaining the Yugoslav meltdown, 2. A Theory about the Causes of the Yugoslav Meltdown: The Serbian National Awakening as a »Revitalization Movement««. In: *Nationalities Papers* 32 (4), S. 765–779.
- Reemtsma, Jan Philip (2006): »Die Natur der Gewalt als Problem der Soziologie«. In: *Mittelweg* 36 15, S. 2–25.
- Reichardt, Sven (2004): »Praxeologie und Faschismus. Gewalt und Gemeinschaft als Elemente eines praxeologischen Faschismusbegriffs«. In: Karl H. Hörning, Julia Reuter (Hg.): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und Praxis*. Bielefeld: transcript, S. 129–153.
- (Hg.) (2007): *Themenheft »Faschismustheorie« der Zeitschrift Mittelweg 36*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Sekeļj, Laslo (2000): »Etnička distanca, ksenofobija i etnonacionalistička manipulacija«. In: *Sociologija* 42 (1), S. 1–24.
- Sekeļić, Duško/Massey, Garth /Hodson, Randy (2006): »Ethnic intolerance and ethnic conflict in the dissolution of Yugoslavia«. In: *Ethnic and Racial Studies* 29 (5), S. 797–827.
- Sémelin, Jacques (2006): »Elemente einer Grammatik des Massakers«. In: *Eurozine* 19, <http://www.eurozine.com/articles/2007-01-25-semelin-de.html> (letzter Zugriff: 29.8.2010).
- Sewell, William H. Jr. (1999): »The Concept(s) of Culture«. In: Victoria E. Bonnell, Lynn Avery Hunt (Hg.): *Beyond the Cultural Turn. New Directions in the Study of Society and Culture*. Berkeley: University of California Press, S. 35–61.
- Slavujević, Zoran Đ. (1997): »Crisis of trust in the institutions of the system«. In: *Sociologija* 39 (2), S. 183–205.
- Smelser, Neil J. (2004): »Psychological Trauma and Cultural Trauma«. In: Jeffrey C. Alexander et al. (Hg.): *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press, S. 31–59.
- Sofsky, Wolfgang (1996): *Traktat über die Gewalt*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Spasić, Ivana (1999): »Identity void. Structural confusion and everyday life in today's Serbia«. In: Zagorka Golubović, George F. McLean (Hg.): *Models of identities in post-communist societies*. Washington, D.C. : Council for the Research in Values and Philosophy, S. 109–124.
- Staub, Ervin (1989): *The roots of evil. The origins of genocide and other group violence*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stölting, Erhard (2005): »Gewalt als Fest. Der Beginn des Bürgerkrieges«. In: Isabella von Treskow, Albrecht Buschmann, Anja Bandau (Hg.): *Bürgerkrieg. Erfahrung und Repräsentation*. Berlin: Trafo, S. 53–71.
- Šuber, Daniel (2007): »Der Balkan-Krieg im serbischen Kriegsfilm der 1990er Jahre. Kulturwissenschaftliche Anmerkungen zu einem Genre«. In: Davor Beganović, Peter Braun (Hg.): *Krieg sichten. Zur medialen Darstellung der Kriege in Jugoslawien*. München: Fink, S. 203–228.
- Sundhaussen, Holm (1994): »Ethnonationalismus in Aktion. Bemerkungen zum Ende Jugoslawiens«. In: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (3), S. 402–423.
- (2007): *Geschichte Serbiens: 19.–21. Jahrhundert*. Wien: Böhlau.
- Šušak, Bojana (2000): »An alternative to war«. In: Nebojša Popov (Hg.): *The road to war in Serbia. Trauma and catharsis*. Budapest: Central European University Press, S. 479–508.
- Sztompka, Piotr (2004): »The Trauma of Social Change: A Case Study of Postcommunist Societies«. In: Jeffrey C. Alexander et al. (Hg.): *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University of California Press, S. 155–195.

- Terzić, Zoran (2005): »Von Phantomkulturen und nationalen Logiken. Vier Thesen zur postjugoslawischen Befindlichkeit«. In: Michael Daxner (Hg.): *Bilanz Balkan*. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 189–218.
- Thomas, Robert (1998): *Serbia under Milosevic: Politics in the 1990s*. London: C. Hurst & Co.
- Tilly, Charles (2003): *The Politics of Collective Violence*. New York: Cambridge University Press.
- van der Linden, Marcel/Mergner, Gottfried (1991): »Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung«. In: Dies. (Hg.): *Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 9–23.
- Vasović, Mirjana/Gligorijević, Milena (2008): »Collective experiences of the young's through the period of political instabilities and the changes within the framework of collective identification in the territory of former Yugoslavia«. In: *Sociološki pregled* 42 (4), S. 509–530.
- Vladišavljević, Nebojša (2008): *Serbia's Antibureaucratic Revolution. Milošević, the Fall of Communism and Nationalist Mobilization*. Hampshire: Palgrave.
- Vlaisavljević, Ugo (2002): »South Slav Identity and the Ultimate War-Reality«. In: Dušan I. Bjelić, Obrad Savić (Hg.): *Balkan as Metaphor: Between Globalization and Fragmentation*. Cambridge: The MIT Press, S. 191–207.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- Welzer, Harald (2005): *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*. Frankfurt am Main: Fischer.

Postapokalypse im Land der »guten Bosnier« Kulturkritik als Quelle des kulturellen Rassismus

DAVOR BEGANOVIĆ

Es ist eine bedrückende und zugleich ernüchternde Tatsache, dass die bosnische Philosophie, Politikwissenschaft, Soziologie sowie die Kulturwissenschaft sich sowohl während, als auch vor dem Krieg und nach seinem Ende mit der Theorie des Bürgerkriegs fast überhaupt nicht beschäftigt haben. Ernstzunehmende Diskussionen wurden zwar von Ugo Vlaisavljević (2007) und Senadin Musabegović (2008) geführt, doch gingen politisch verifizierte und offiziell agierende Instanzen der Macht im Diskurs der Katastrophe regelrecht unter. Und nicht nur das: Der Katastrophismus an sich hat einen Eroberungszug unternommen, welcher zur allgemeinen Verrohung der Öffentlichkeit geführt hat, was letztlich auch die nationalistische Gleichschaltung des Schulsystems zur Folge hatte. Das Entsetzliche und Skandalöse dabei ist die kurze Dauer des kulturellen Gedächtnisses und die Vernachlässigung der Erinnerungen an die Gräueltaten des letzten Bürgerkriegs. Besonders auffällig wird das, wenn man die ähnliche Situation im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts betrachtet, in der sich eine unermessliche Fülle von Büchern und Abhandlungen dem Problem des gesellschaftlichen Umgangs mit der Krise gewidmet hat. Sie neigten alle mehr oder weniger dazu, ein differenziertes Bild der Gefahr des bevorstehenden Bürgerkrieges zu entwerfen. Was in der (post-) jugoslawischen Gesellschaft fehlt, ist die Kulturkritik. Die (post-)jugoslawischen Denker blieben in ihrem autistischen Ausharren in Bezug auf die Differenzierung von Eigenem und Fremdem isoliert, was zur Florierung des rassistischen Gedankenguts beigetragen hat.

Um dieser unheilvollen Entwicklung nachzugehen, werde ich versuchen, drei ungleiche historische Schritte zu gehen. Dabei werde ich mich zunächst dem Königreich Jugoslawien in der Zwischenkriegszeit widmen, um anschließend die Überblendung des apokalyptischen Denkens in der Epoche des zum Fortschritt verdammten Kommunismus zu erörtern. Als drittes werde ich letztlich eine Rückkehr des apokalyptischen Denkens vor den Bürgerkriegen und seine Verfestigung im 21. Jahrhundert schildern. Selbstverständlich wird dies der wichtigste und längste Teil meines Aufsatzes. Dabei interessiert mich am meisten Bosnien und Herzegowina und speziell der dort besonders virulente pseudo-kulturkritische Diskurs, der sich auf die Schnittstelle zwischen bosnischen Serben und Bosniaken konzentriert. »Kulturkritik« ist hier keineswegs eine philosophisch geprägte Form der Auseinandersetzung mit einer fremd gewordenen Welt, sondern ein hässlicher,

von offenem Rassismus durchtränkter Diskurs. Deshalb sind auch die Begrifflichkeiten, welche ich hier benutze, immer *cum grano salis* zu nehmen. Paradigmatische Beispiele werde ich deuten als verzweifelten Kampf um die Formierung der prekären kollektiven Identitäten, was auch die Hauptthese meiner Arbeit darstellt. Die Prekarität entsteht gerade wenn zwischen Exklusion und Inklusion, zwischen Integration und Desintegration gerungen wird. »Exklusion« bedeutet die Zerstörung, »Inklusion« hingegen Assimilation und Transformation. Obwohl die historisch bedingte Situation für die bosnischen Serben wegen ihrer Verbundenheit zur Mutternation etwas einfacher als für die Bosniaken erscheint (das gilt auch *mutatis mutandis* für die bosnischen Kroaten¹), so ist dies doch, wie der vorliegende Beitrag zu zeigen versucht, nur auf den ersten Blick so. Die Verbundenheit mit Serbien ist bei weitem nicht so eindeutig und die Reibungen, die in allen Bereichen der symbolischen Konstruktion der dadurch entstandenen Wirklichkeit auftraten, sind viel stärker als man es aus dem offiziell genehmigten und gutgeheißenen Diskurs vermuten kann. Aber die Analysen der politischen Rhetorik und ihrer Feinheiten sollen hier völlig entfallen oder zumindest am Rande vorausgesetzt werden. Was von Bedeutung ist, ist eben die Distanzierung vom Mutterland, wie wenig auch immer sie zum Vorschein kommt. Sie kann sich auch in Form eines »besser Werdens«, wie es zur Zeit Radovan Karadžićs der Fall war, artikulieren, wenn auch eine Sehnsucht nach dem »anders Sein« immer präsent war. Um all diese konkreten historischen Daten besser zu veranschaulichen, benötige ich einen theoretischen Rahmen, der beweisen kann, dass erst die bürgerkriegsähnliche Situation Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre dazu geführt hat, solche Diskurse zu generieren und sie dann im Inferno des Bürgerkriegs selbst weiterzuführen und zuzuspitzen.

1. Overture

Das klassische Werk der deutschen Nachkriegsgeschichte, Reinhart Kosellecks *Kritik und Krise* (Orig. Ausgabe 1959), geht von folgender Prämisse aus: »Die europäische Geschichte hat sich zur Weltgeschichte ausgeweitet und vollendet sich in ihr, indem sie die ganze Welt in den Zustand einer permanenten Krise hat geraten lassen.« (Koselleck 1959: 1) Aber das ist nicht alles: Nach Koselleck ist diese Ausgangssituation bedingt durch den utopischen Glauben der europäischen Aufklärung an die Einheit der Welt. Diese Einheit soll, wenn es nötig ist, auch gewaltsam hergestellt werden. Hinter dieser Vorstellung ist aber wieder eine tiefe Spaltung zu erkennen, die der historische Riss zwischen Absolutismus und Aufklärung verur-

¹ Die bosnische Bevölkerung setzt sich aus drei großen Nationen zusammen: Bosniaken, Serben und Kroaten. Darüber hinaus gibt es noch diverse Minderheiten (Juden, Roma, Ukrainer), die allerdings nicht als staatsbildende Nationen gelten. Deshalb kann z.B. der Staatspräsident laut Verfassung nicht aus den Reihen dieser Minderheiten gewählt werden.

sacht hat. Während der Absolutismus als eine fast notwendige Reaktion gegen die Gräueltaten des Bürgerkriegs zu verstehen ist, formiert sich die politische Theorie der Aufklärung als eine Reaktion gegen die Aberrationen des Absolutismus, besonders gegen eine Reduktion der Staatsmacht auf einzelne Personen, d.h. gegen die gesellschaftliche Krise. Diese Krise haben die Aufklärer als solche erkannt und sie in ihren Schriften kritisiert. Dass diese Kritik einen neuen Bürgerkrieg initiierte und Gewalt legitimierte, wäre allzu einfach zu behaupten, aber eine Einheit ist auf diese Art und Weise kaum zu erreichen und bleibt weitgehend utopisch. Und hier greift die Hauptthese Kosellecks:

»Der kritische Prozess der Aufklärung hat die Krise im gleichen Maße heraufbeschworen, wie ihr der politische Sinn dieser Krise verdeckt blieb. Die Krise wird so sehr verschärft, wie sie geschichtsphilosophisch verdunkelt wird; sie wird nie politisch erfasst, sondern bleibt verborgen in geschichtsphilosophischen Zukunftsbildern, vor denen das Tagesgeschehen verblasst: um so ungehemmter konnte diese auf eine unerwartete Entscheidung zusteuern.« (Ebd.: 5)

Kritik und Krise sind auf diese Art und Weise unausweichlich ineinander verschränkt;² was Koselleck für eine bestimmte Epoche der europäischen Geschichte feststellt, kann fast ausnahmslos auf alle anderen ausgedehnt werden. Die politische Krise wird zum Katalysator der Problembeschreibungen. Diese Probleme auch zu bewältigen, zu vermeiden oder sogar zu generieren und weiter anzuhetzen, ist die Hauptaufgabe der neu entstandenen Klasse der Denker, die als »Kulturkritiker« bezeichnet wurden. Hier kann ich nicht annähernd sämtliche Eigenschaften von »Kulturkritik« berücksichtigen. Was ich allerdings hervorheben möchte, ist die Neigung dieses Denkens, speziell in der Krise anzugreifen und die Zeit der Krise als besonders fruchtbar für sich in Anspruch zu nehmen. Die historische Entwicklung der Kulturkritik erscheint mir besonders wichtig, sogar entscheidend für ihren zukünftigen Missbrauch im zerfallenden Jugoslawien am Ende des 20. Jahrhunderts. Es handelt sich dabei um eine immer intensivere Benutzung des Begriffs im Rahmen der konservativen Trauer um die verlorene Einheit des goldenen Zeitalters. In diesem Zusammenhang kommt es zu einer radikalen Verflachung der Ideen der ursprünglichen Kulturkritik, wie sie von Jean-Jacques Rousseau oder Friedrich Schiller dargestellt wurden, als auch zu ihrer kreativen Bereicherung im Werk Friedrich Nietzsches. Sie wird immer mehr zum Sammelbecken des rassistischen Gedankenguts des »progressiven« und szientistischen 19. Jahrhunderts. Die sich

² Koselleck findet in seinen zwei Schlüsselbegriffen auch eine gemeinsame Etymologie: »im griechischen κρίνω: scheiden, auswählen, beurteilen, entscheiden [...] K r i s i s bedeutet zunächst Scheidung und Streit, aber auch die Entscheidung, im Sinne eines endgültigen Ausschlags oder eines Urteilsspruches oder einer Beurteilung überhaupt, was heute in den Bereich der Kritik fällt.« (Koselleck 1959: 196 f.)

wieder andeutende Krise wurde diesmal politisch vor allem als ein Aufruf nach Reinheit, nach Einheit begriffen, wobei die Kategorie der Rasse eine entscheidende Rolle zu spielen begann. Die Verwendung der historischen Analogie mit Kosellecks Überblick über die Entstehung der Geschichtsphilosophie und die damit verbundenen Synergien zwischen Kritik und Krise erscheinen jetzt in einem für Jugoslawien sehr erhellenden Licht. Auf diese prekäre Verbundenheit werde ich später zurückkommen. Zunächst konzentriere ich mich auf die konkrete Rezeption des kulturkritischen Denkens in Jugoslawien.

2. *Spengler im Niemandsland*

Die Denker der modernen Konservativrevolution in Jugoslawien haben sich an ein potentiell revolutionäres Ereignis gehalten, nämlich die Gründung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, ein Staatsgebilde, das nach dem Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie entstanden ist. Um diese bislang politisch unbekannte Größe auch ideologisch zu bestimmen, war es notwendig, Elemente zu finden, die zwar gleichsprachige, aber politisch nie vereinte Menschen unter ein Dach zu bringen vermögen. Nach damaligen wissenschaftlichen Kriterien hat sich die rassistische Zugehörigkeit von selbst als ein verbindender Faktor angeboten. Die Wege des Sozialdarwinismus waren am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, besonders in den Werken des bekannten Polyhistor Jovan Cvijić, vorbereitet. Unter Cvijićs Einfluss stand auch der Historiker Vasa Čubrilović, dessen Schrift *Iseļjavanje Arnauta* (Die Aussiedlung der Albaner) von 1937 ein Lehrstück des Rassismus darstellt. Damit waren die jugoslawischen Türen für Oswald Spengler und seinen *Untergang des Abendlandes* geöffnet. Sein Hauptwerk wurde im Königreich Jugoslawien relativ bald (1936–37) nach seinem Erscheinen in Deutschland (1922) übersetzt, und im Verlag der jugoslawisch-jüdischen Intellektuellen und des Buchhändlers Geca Kon³ veröffentlicht, der zusammen mit seiner ganzen Familie eines der ersten Opfer des Nazi-Regimes in Jugoslawien wurde.

Kon hat auch das Hauptwerk des oben genannten Cvijić, *Balkanhalbinsel und südslawische Länder*, publiziert, genauso wie die *Charakterologie der Jugoslawen*, eine sehr einflussreiche Schrift von Vladimir Dvorniković, in welcher er die vermeintliche, aber politisch schwer durchsetzbare Einheit aller jugoslawischen Ethnien anhand rassistischer Gemeinsamkeit detektiert. Dadurch wird eine jugoslawische Nation konstruiert, die den weitgesteckten Zielen des monarchistischen Unitarismus entspricht und ihn pseudo-wissenschaftlich beglaubigt. Auf diese Art und Weise sind wichtige Schriften zur Rassentheorie durch eine paradoxe Umkehrung

³ Er wurde bald nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Belgrad umgebracht und seine Bücher aus dem Lager nach Wien gebracht, wo sie dann in den Bestand der Nationalbibliothek eingeflossen sind (zu Geca Kon siehe ausführlich Köstner 2005).

im Verlag des einflussreichen Juden gedruckt worden. Ich werde nicht versuchen, diese traurige Tatsache zu deuten, sondern jetzt die Hauptthesen aus dem Nachwort des Spengler-Übersetzers Vladimir Vujic⁴ zusammenfassen.

Nach Vujic ist Spengler ein entschiedener Gegner der Wissenschaft (und darunter versteht er die Aufklärung), weil er die zwei Hauptmomente ins Spiel bringt, die mit der Wissenschaft nichts zu tun haben: Schicksal und Zufall.

»In der Anschauung dieses Denkers kreuzen sich Mathematiker und Dichter, Wissenschaftler und Visionär, Positivist und Synthetiker – auf seltsame Art und Weise; und aus solch einer Kreuzung wird eine integrale Version der Geschichte geboren, für welche wir nicht sagen könnten, ob sie mathematisch-exakt oder poetisch-visionär ist – weil sie beides ist, gebaut durch eine originelle und starke Persönlichkeit.« (Spengler 1936: 297)

Nach dieser Einführung widmet sich Vujic der Beschreibung der Hauptthesen Spenglers. Es ist kein Wunder, dass seine Interpretation punktuell auf die Frage der Religion bzw. des Sozialismus abzielt. Spengler ist kein Sozialist, kein Christ, er ist

»ein nackter Naturalist, sobald er an den Kulturkreisen über das Bild der Geschichte emporsteigt. Er hat die Geschichte als erfolgreich und stark verstanden und in ihrem Rahmen kann er äußerst erfolgreich das Religionsproblem sehen, seine zentrale Stellung und alle Ohnmacht von »progressiven« Träumen des Sozialismus und all seine Karikaturalität im Vergleich mit dem wahren religiösen Impuls.« (Ebd.: 302)

Die Feinde sind definiert, genauso wie die Heldenfigur. Religion an sich taugt auch nicht viel, Sozialismus ist definitiv das »Reich des Bösen«. Spengler wird als Einziger dargestellt, der die Wahrheit über die Kultur, die Welt und die Zivilisation erkennen kann. Jetzt stellt sich für Vujic die entscheidende Frage: Wo sind *wir*? Dabei übersieht er eine sehr wichtige, wenn nicht entscheidende Tatsache: Für Spengler existiert dieses *wir* nicht. Der »südslawische Stamm«, von Vujic zärtlich so genannt, findet keine Erwähnung im *Untergang des Abendlandes*. Was bleibt dann dem Autor des Nachworts übrig? Er muss dieses *wir* in Spenglers Text einschreiben. Und seine Strategie folgt dabei voraussehbaren Wegen: Zunächst ist es wichtig, dieses *wir* in Spenglers Vorstellung der kulturellen Entwicklung und des Zerfalls einzuordnen und dann in einem zweiten Schritt entsprechende Figuren in *dieser unseren* Kultur zu finden, die Spenglers Thesen bestätigen würden. Nach Vujic ist die Welt der Südslawen von drei mächtigen Kulturen umgeben: der antiken, der

⁴ Vladimir Vujic war ein Philosoph, der als Erster in Serbien die Ideen des Irrationalismus vertrat. Nach dem Krieg ist er in Vergessenheit geraten, um schließlich am Ende des 20. Jahrhunderts im Zuge der Stärkung des Nationalmystizismus wiederentdeckt zu werden. Als besonders interessant erscheint mir der Artikel von Miljković (1999).

magischen und der faustischen. Während die Antike diese Welt mit unterirdischen Materialien versorgt, die man ausgraben muss, sind die zwei dominanten Kulturen die magische und die faustische. Diese beiden stellen *die Südslawen* in eine Position dazwischen, an den *Limes*, und zwar zwischen Orient und Okzident. »Weil wir immer ein schicksalhaftes ›Dazwischen‹ sind, das eigentlich alle Tragik unserer Geschichten ausmacht. Aber ist das auch ihre Stärke?« (Ebd.: 326) In diesen Rahmen stellt sich auch *unsere* Kultur, und nach Spenglers Tabelle lässt sie sich auf folgende Art und Weise zusammenfassen: »Antike Kultur ist für uns unterirdisch, die magische – die Vergangenheit mit unlöschbaren Spuren, die faustische – ein mächtiger Druck, der uns zur Pseudomorphose gezwungen hat, und die neue christliche Kultur – eine Perspektive der Zukunft auch für uns.« (Ebd.: 327) Die seltsame Wir-Rhetorik erreicht hier ihren Höhepunkt. Vujčić, der sich bis dato nicht festlegt, auf wen sich das Personalpronomen bezieht, zieht jetzt alle Register und zählt die historischen Personen auf, die seine These bestätigen sollen. Plötzlich treten die Helden der serbischen Kultur als Vertreter der einzelnen Phasen der kulturellen Entwicklung des »südslawischen Stammes« hervor: Der Heilige Sava ist ein »Magier«, Dositej steht für die Pseudomorphose am Übergang in der Zeit der Aufklärung und der ewige Njegoš ist *der* Faust. Und dann kommen die Helden aus epischen Liedern, dem Vidovdan-Mythos (Sieg durch Niederlage als Topos). Das sind alles Signale, die auf eine kulturkritische Position hindeuten. Sie sollen aber auch eine andere Perspektive anbieten, die das Ende der Zeit der Krise anklingen lässt. »In Gären und Kreuzung der Schicksalslinien von Spenglers ›Kulturen‹ – in unseren Persönlichkeiten von Rang und Bedeutung, in unseren Strömungen und Bewegungen: wie viel Schicksalskampf, wie viele neue Aspekte und fruchtbare Perspektiven.« (Ebd.) *Wir* sind Serben, *unsere* Kultur ist die serbische. Diese Konstruktion wurde als eine ideologische Voraussetzung von den rechten serbischen Politikern vereinnahmt und als eine deutliche Bestätigung der serbischen Rassenhoheit umgedeutet. Dies führte zu einer einfacheren Abrechnung mit dem Gegner während des Zweiten Weltkrieges. Für die serbischen Nationalisten waren diese Gegner die bosnischen Muslime. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass solche rassistischen Ausführungen die Gewaltschwelle entscheidend gesenkt haben, was besonders in Ostbosnien zu schweren Massakern an Bosniaken geführt hat.

Das Königreich Jugoslawien ist ein politisch äußerst fragiles Gebilde. Die Krise kommt sowohl von außen als auch von innen. Die mit ihr verbundene Kritik meldet sich zu Wort als eine Verheißung auf Rettung mit klar ausgedrückten apokalyptischen Untertönen. Die Helden der Vergangenheit finden ihren Platz in der ›Spenglerisierung‹ der serbischen Kulturgeschichte, aber die Rassentheorie von Cvijić, epigonisch erweitert auf der Basis einer Sammlung des Materials im kolossalen (zumindest was den Umfang betrifft) Werk Dvornikovićs, schlägt *noch nicht* in Rassismus um. Dieser ist vielmehr in christlich-orthodoxen Schriften von Nikolaj Velimirović oder in politischen Schriften von Vasa Čubrilović zu suchen. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bringt auch das Schlimmste mit sich, was im

nationalen Hass in Jugoslawien passiert ist. Für eine Kulturkritik gibt es da wenig Platz. Sie wird ersetzt durch die Taten, die von einer intellektuellen Reaktion vorausgesagt wurden.

3. *Die Stunde Null der Kulturkritik: das sozialistische Jugoslawien*

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der auch zur Niederlage der rechten Kulturkritik⁵ geführt hat, kommt es in Jugoslawien zum großen Schweigen aller Theorien, die sich in Richtung rassistischer oder religiöser Auffassung von der Gründung der Nationen bewegen. Davon gibt es eine bemerkenswerte Ausnahme: die muslimischen Bosnier. Die Bosnier, »Muslime« genannt, konnten sich als Gewinner der jugoslawischen Nationalitätenpolitik verstehen. Ihre Sonderstellung hat Ernest Gellner in seiner luziden Analyse erkannt:

»A fascinating and profoundly revealing event recently occurred in Yugoslavia: in Bosnia the ex-Muslim population secured at long last, and not without arduous efforts, the right to describe themselves as Muslims, when filling in the ›nationality‹ slot on the census. This did not mean that they were still believing and practising Muslims, and it meant even less that they were identifying as one nationality with other Muslims or ex-Muslims in Yugoslavia, such as the Albanians of Kosovo. They were Serbo-Croat speakers of Slav ancestry and Muslim cultural background. What they meant was that they could not describe themselves as Serb or as Croat (despite of sharing language with Serbs and Croats), because these identifications carried the implication of *having been* Orthodox or Catholic; and to describe oneself as ›Yugoslav‹ was too abstract, generic and bloodless.

They preferred to describe themselves as ›Muslim‹ (and were now at last officially allowed to do so) meaning thereby Bosnian, Slav, ex-Muslim who feel as one ethnic group, though not differentiable linguistically from Serbs and Croats, and though the faith which distinguished them is now a lapsed faith. [...] Nowadays to be a Bosnian Muslim you need not believe that there is no God but God and that Mohamed is his Prophet, but you do need to have lost that faith.« (Gellner 1983: 71 f.)

Es wäre sehr aufschlussreich zu prüfen, inwiefern die Thesen Gellners heutzutage an Wert verloren haben. Eine Tatsache steht fest: Der Prozess des »nation building«, der im Bosnien und Herzegowina der 1960er Jahre verlaufen ist, wurde auch

⁵ Die linke Kulturkritik war zumindest in den liberalen 1960er Jahren toleriert. Das betrifft besonders auf die Zeitschrift *Praxis* zu, die es auch zu internationalem Ruhm gebracht hat. Die wichtigsten Philosophen aus diesem Kreis waren eng mit der Frankfurter Schule verbunden und sind durchaus Vertreter der kulturkritischen Ideen von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer oder Herbert Marcuse.

von Texten begleitet, die den kulturkritischen Diskurs im Land inaugurierten. Vor allem gilt das für den Text »Der bosnische Geist in der Literatur, was ist das?« des Philosophen Muhamed Filipović.⁶ Er wurde in der Zeitschrift *Odjek* (Echo) 1967 veröffentlicht und seitdem immer wieder diskutiert, zuerst kritisch von den kommunistischen Herrschern, durch die Wiederbelebung des Nationalen in den frühen 1990ern dagegen durchaus positiv als einer der Meilensteine in der Entstehung der bosniakischen Nation, wie sich jetzt die Muslime auch offiziell nennen. Durch leichte hermeneutische Verschiebungen lassen sich die Aussagen Filipovićs zu vielen Problemen als konform mit den unterschiedlichen ideologischen Systemen interpretieren. Deshalb wurden sie zwar von Kommunisten als gefährlich eingestuft, aber unterschwellig auch toleriert. Im Prozess des »nation building« waren sie letztlich auch nützlich, weil sie die äußerste Grenze nicht überschritten haben – diejenige, die den Anderen als einen zur Vernichtung verurteilten Feind vorstellt hat. Um diesen letzten Schritt zu bewältigen, bedurfte es einer fast unvorstellbaren Zuspitzung der Krise. Der Zweite Weltkrieg ließ sich zumindest teilweise als ein Kampf gegen die Feinde von außen verstehen. Eine Steigerung des Gewaltpotentials im Jugoslawien des ausgehenden 20. Jahrhunderts, die synchron von intellektuellen und politischen Schichten in Serbien vorbereitet wurde, war auch die Sternstunde der unverhüllten Kulturkritik. Sie hat auch die rassistische Komponente verinnerlicht.

4. *Die Postapokalypse und ihre Folgen*

Ein entscheidender Moment im Prozess der offenen Beschwörung der Krise in Jugoslawien war eindeutig das Memorandum der SANU (Serbische Akademie der Künste und Wissenschaften). Entworfen als eine Art Diagnose der Krise der serbischen Gesellschaft im stärker konföderativ wirkenden jugoslawischen Staat wurde die Schrift zum Vorschlag für die Lösung der Krisensituation.⁷ Sie argumentiert,

⁶ Muhamed Filipović (geb. 1929) gilt als einer der wichtigsten bosniakischen Intellektuellen. Seinen Ruhm verdankt er vor allem seiner Schrift über den bosnischen Geist. Im kommunistischen Jugoslawien wurde er ignoriert, in der Zeit der Unabhängigkeit aber kam seine Rolle als geistiger Vater der Nation zu voller Geltung. Allerdings ist diese nicht unumstritten. Besonders in letzter Zeit wurden Filipovićs Schriften kritisch kommentiert (dazu siehe besonders Haverić 2008; Vešović 2009, 2009b). In der deutschen Slavistik hat sich mit der Rolle Filipovićs intensiv Riccardo Niccolosi beschäftigt.

⁷ Es ist kein Zufall, dass die serbische konservativ-nationale Intelligenz sich wieder einer Form widmet, die die letzten Jahre des von Krisen geschüttelten Königreichs Jugoslawien so stark geprägt hat. Einen Auswuchs der »Memorandumkultur« habe ich kurz im Zusammenhang mit der rassistischen Schrift von Vasa Čubrilović erwähnt, der sich 1937 mit der Vertreibung von Kosovo-Albanern beschäftigt hat. Die Zirkularität deutet sich nicht nur in der Übernahme der Form, sondern auch in der Übertragung des »Gedankengutes« in einen völlig neuen Kontext an. Das Ende der 1980er Jahre ist in Serbien auch die Zeit der Wiederveröffentlichung klassischer Schriften der

besonders was die Situation im Kosovo betrifft, in einem Modus, der eine Loslösung von dem in Jugoslawien geltenden Diskurs der politischen Korrektheit andeutet. Natürlich stellt sich die Frage, ob diese Korrektheit von oben auch gewaltsam aufgezwungen wurde, aber die letzten Konsequenzen der Diskursänderungen waren mit einer Ablehnung der antifaschistischen Tradition verbunden, was an sich zu einem Aufflammen des Rassismus und des Antisemitismus führte. Traditionell an die rechte Rhetorik angelehnt, hatten diese Diskurse im Nachkriegsjugoslawien nichts zu suchen. In einem langen Prozess, der seinen Anfang in den 1960ern genommen hat, kam es zur Wiederkehr dieser Ideen in einem Land, das sich fest verankert in der Tradition des Partisanenkampfes sah. Diese Phänomene in Serbien selbst kann ich hier nur marginal bearbeiten, weil ich mich nun endgültig auf Bosnien und Herzegowina konzentrieren will.⁸

Dort konnte seit Anfang der 1990er Jahre eine Verdichtung der Signale, die in die Richtung einer Stärkung der rechten Ideologien hindeuteten, nicht mehr übersehen werden. Die politische Krise verursachte wieder einmal einen Diskurs der Kritik, der allerdings in dieser frühen Phase noch nicht von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Er blieb in politischen Reden und gelegentlichen Leserbriefen verborgen. Immer intensivere Propaganda entfesselte jedoch diese diskursiven Formen, die auch die geänderten Machtverhältnisse zum Ausdruck zu bringen vermochten. Mit der Machtübernahme Miloševićs nämlich kamen die Nationalisten in Serbien immer stärker zu Wort und verursachten eine bis dato unvorstellbare Entgleisung des ideologischen Diskurses in Richtung des rechten, rassistischen Gedankengutes. Allerdings eskalierten diese eher sporadischen Erscheinungen erst nach dem Ausbruch des Jugoslawien-Krieges, den sie heraufbeschwört hatten. Eine Spaltung der gesellschaftlichen Strukturen nach Nationen sprengte die gemischte Gemeinschaft und verlangte klare Trennlinien, die dichotomisch verlaufen sollten, um die Bevölkerungsgruppen nach nationaler Zugehörigkeit auseinander zu dividieren. Wieder muss ich punktuell auf etliche Texte und ihre Autoren eingehen, um eine allgemeine Entwicklung zumindest teilweise beschreiben zu können. Weiter verfolge ich die These, dass die scharfe Trennung notwendig war, um die kollektiven Identitäten auf nationalistisch zufriedenstellende Art und Weise zu konstruieren. Von bosniakischer Seite war es deshalb äußerst wichtig, eine Gruppe anzugreifen, die nicht in die imaginierte Konstruktion der reinen Nation passen konnte und wollte – nämlich die Kinder aus so genannten »Mischehen«.

Kulturkritik. Dragoš Kalajić, der neue Stern am faschistischen Himmel Serbiens, publiziert Oswald Spengler und Otto Weininger, gleichzeitig erscheint Vladimir Dvornikovićs *Charakterologie der Jugoslawen*.

⁸ Die Wiederbelebung des Antisemitismus in Serbien hat Jovan Byford (2008) überzeugend dargelegt.

Einen konzentrierten Angriff, geführt und koordiniert von der Redaktion der Zeitschrift *Ljiljan* (Die Lilie – ein offizielles Sprachrohr der nationalen Partei der Bosniaken SDA), startete der Redakteur Džemaludin Latić⁹ mit seinem Text »Bezbojni« (Die Farblosen), der am 10. Juni 1994, also noch während des Krieges, publiziert wurde (Latić 1996: 113 f.). Latić, ein islamischer Theologe, argumentiert zuerst polemisch und richtet seinen Zorn gegen den liberalen *Kreis 99*. Als Anlass diente ihm eine Sitzung des Klubs, auf welcher sich die Teilnehmer für ein Bosnien ohne nationale Grenzen aussprachen und als Argument dafür die Tatsache anführten, dass, obwohl der Krieg in Sarajevo in vollem Gange war, 15 Prozent aller geschlossenen Ehen Mischehen seien. Latić versuchte diese Institution, die man als letzte Bastion gemeinsamen Lebens in Bosnien betrachten kann, an den Pranger zu stellen und zwar mit einer Argumentation, die sich der Elemente des kulturkritischen Diskurses bedient. Zuerst positioniert er die bosnischen Muslime in einem typischen Kontext der imaginären Toleranz und des Zusammenlebens, in welchem sie als Opfer ihrer eigenen Naivität dargestellt werden. Der nächste argumentative Schritt bezieht sich auf eine Überlegenheit Bosniens über die westliche Zivilisation:

»Ein Volk, das nur *geographisch* zu Europa gehört, das in seiner ganzen Tradition die positiven Werte erbt, für die sich die Gemeinschaft westeuropäischer Staaten heutzutage nur einsetzt und Bosnien und Herzegowina als eine lebendige Universität der Beachtung religiöser d.h. nationaler Unterschiede, kann der Lehrer, und nicht Lehrling, des Kontinents sein, hinter dem die inquisitorischen Scheiterhaufen und, ethnischen Säuberungen, Weltkriege, Faschismus und Kommunismus, moralische Anarchie und Säkularismus stehen.« (Ebd.; Hervorh. i. Orig.)

Die Eckpunkte der Kulturkritik sind klar erkennbar: Europa als Brutstätte des Extremismus und des moralischen Verfalls und Bosnien als ein Land der Werte, die in Westeuropa noch nicht erreicht, sondern nur angestrebt werden. Danach folgt eine leicht verdeckte Apposition, die eine Gleichstellung zwischen religiöser und nationaler Zugehörigkeit andeutet. Einem ersten, an Europa gerichteten Teil folgt ein zweiter, der für die »einheimische Nutzung« bestimmt ist. Die bosniakischen Mitglieder des liberalen *Kreis 99* werden aus »hiesigen Muslimen die stummen Lehrlinge einer Zivilisation im Zerfall machen, sie werden aus diesem Volk eine amorphe Masse, ein Volk in der religiösen und politischen Amnesie machen – weil sie

⁹ Džemaludin Latić war ein Dichter, der im politischen Prozess gegen die bosnischen Muslime zusammen mit Alija Izetbegović verurteilt wurde. Seine eher undifferenzierten Ideen aus dieser Zeit haben sich immer mehr in Richtung eines bosniakischen nationalen Exklusivismus entwickelt. Vom Dichter wurde er zum Islamtheologen und ideologischen Fahnenträger der Rechten in Bosnien und Herzegowina. Heute ist Latić politisch eher in den Hintergrund geraten, meldet sich aber immer wieder mit Diskussionsbeiträgen, die sich vor allem mit der Frage nach der kulturellen Identität der Bosniaken beschäftigen, zurück.

denken, dass der Weg zur freien Gesellschaft über die Ablehnung der nationalen und insbesondere religiösen Eigenschaften führt.« (Ebd.)

Dadurch schafft Latić eine Trennlinie zwischen zwei nicht vereinbaren Zivilisationen, die sich entlang der Kulturdivision erstreckt. Sein zweiter, pseudoanalytischer Schritt geht dann in die Richtung eines puren Rassismus. Er zielt direkt auf die Menschen und verbindet den Akt ihrer Zeugung und die daran beteiligten unreinen Gene mit daraus folgenden, katastrophalen Resultaten: »Die Mischehen, eine Art Flagge des falsch verstandenen gemeinsamen Lebens, sind meistens gescheiterte Ehen, in ihnen entstehen die schweren Auseinandersetzungen, die Kinder aus solchen Ehen sind wegen ihrer Herkunft frustriert und mit solchen degoutanten Empfehlungen [die Mischehen zu schließen, D.B.] sollte man aufhören.« (Ebd.: 114) Entblößt ist hier ein Diskurs der Rasse, der im Unterschied zu kolonialen Texten, in welchen die Hautfarbe zumindest optisch eine Trennlinie zu schaffen vermochte, auf eine klare nationale Komponente abzielt. Er ist auch ein Appell an die verantwortlichen moralischen Instanzen, insbesondere an die islamische Gemeinschaft selbst, einen Propagandakrieg gegen Mischehen anzuzetteln, da die Kinder aus diesen Ehen letztendlich »fremd ihrem eigenen Volk« (ebd.: 115) geworden sind.

Latić provozierte mit seiner Schrift starke Gegenreaktionen, die ich hier nicht wiederholen will. Ich möchte weiter dem kulturkritischen Diskurs folgen und vor allem Latićs Verteidiger vorstellen, die ich als »offene« und »verborgene Radikale« bezeichnen würde. Zuerst widme ich mich den verborgenen. Sie passen ihre Narrative den Erwartungen der Adressaten an. Dabei entsteht eine doppelte Diskursivität, die nach innen als Strategie der Machtlegitimierung erscheint und nach außen als etwas, das man am besten unter den Begriff »Verstellung« (*dissimulatio*) subsumieren könnte.¹⁰ Der wichtigste Vertreter dieser Gruppe ist Enes Karić. Auch er ist Islamtheologe, aber mit bedeutend mehr Einfluss und Ansehen, auch in westlichen wissenschaftlichen Kreisen. Dort gilt er als ein liberaler Muslim, der sich für den Dialog zwischen den Religionen einsetzt.¹¹ Sein Text »Die ›Gutmütige‹« (man beachte die Anführungszeichen!) lenkt die Aufmerksamkeit der Leser genau auf diese Komponente seiner Erfahrung im Westen, dem fremden und feindseligen Land (Karić 1996: 117–124). Er hatte dort mit besonderer Sorgfalt die Zeitungen studiert, die der so genannten »Taktik der ›Gutmütigkeit‹« gefolgt sind. »Um ein Volk geistig zu kolonisieren, darfst du es nicht in seinen *großen*, sondern den *kleinen* Zügen ändern.« (Ebd.: 116) Diese Weisheit hat er von *seinem* Professor von der (und jetzt schreibt Karić im Original) *Yale University* gelernt. Karićs Text ist ein

¹⁰ Zur Bedeutung von legitimierenden Erzählungen in Bürgerkriegen siehe den Beitrag von Alex Veit und Klaus Schlichte in diesem Band.

¹¹ Diese Position wird auch entsprechend belohnt. Zum Beispiel hat Karić im dem Moment, in welchem diese Zeilen entstehen, eine Gastprofessur für die Verbreitung der Toleranz zwischen den Religionen an der Universität München, die vom Versicherungsgiganten Allianz gestiftet wurde.

fiktiver Dialog zwischen ihm und besagtem Professor. Das Fiktive im rhetorischen Sinne des Wortes besteht darin, dass er den Amerikaner in einer erkennbar bosnischen Mundart sprechen lässt und der gesamte Text als Erzählung komponiert wird. Dahinter steckt eine Geschichte, die – noch eine Geheimwaffe der Kulturkritik – belehren will. Erziehen durch Geschichten erzählen, die Elemente der Phantastik wie einen Traum benutzen, aber dahinter eine Belehrung verstecken – das ist die doppelte Strategie von Karić.

Durch die Fiktionalisierung wird ein wichtiges Ziel erreicht: Er selbst erscheint nicht als »Autor« der Wahrheiten; sie werden durch Vermittler in die Welt gebracht, die sich auf unumstrittene Autoritäten berufen. Drei sind hier am wichtigsten: einmal der Yale-Professor, dann aber auch Nena (Oma) Hanifa und ein anonym katholischer Priester. So wird ein Dreieck konstruiert, in welchem die allegorischen Figuren die Positionen vertreten, die vom Erzähler als maßgebender Narrativinstanz gutgeheißen und damit genutzt werden. Nena Hanifa ist die Vertreterin der volkstümlichen sprichwörtlichen »Naturweisheit«. Sie wirkt als Person, die durch ihre naive Perspektive dazu fähig ist, geheime Pläne zu entlarven, die hinter angeblich gutmütigen Handlungen verborgen sind: »In der Journalistik müssen Sie geschickt sein. Sagen Sie niemals alles, aber ziehen Sie den Faden bei der Leserschaft! D.h. kommunistischer Fliegenkot, würde meine Oma Hanifa sagen. Die Theologie sagt: Satan ist nicht bei jenen, bei welchen er seinen Furz hinterlassen hat.« (Ebd.: 112) Die Feinde sind hier identifiziert, jedoch nicht durch die Worte des Erzählers. Einen Schritt weiter geht der Yale-Professor.

»Kommunisten-Russen wollten die Esten, Letten usw. ausrotten, genau mit den Mischehen. Wissen Sie, um Gottes Willen Prof. Karić, dass die Russen-Kommunisten viele waren, Sie wissen, da bin ich mir sicher, dass auch Ihre Großserben jenes Lied singen: ›Uns und Russen gibt es 300 Millionen!‹ Dann schickt man an sie, 2,5 Millionen Bosniaken in Bosnien, acht Millionen Serben, und dann sagen ihre Kommunisten: ›Gehen Janko und Halima auf Plitvice!‹¹² Das waren, berichtete mir einmal die CIA, die Vertreter der ehelichen Trauung in Bosnien und Herzegowina im glücklichen kommunistischen Jugoslawien. Darüber hat regelmäßig *Oslobodenje* berichtet, Sie kennen diese Zeitung, Professor Karić. Und nachdem sie die Tschetnik-Söhne zu ihren Töchtern geschickt haben, werden sie ihren Städten die Granaten schicken. Mein Gott, was für ein gelehrter Mann! Ich sehe jetzt wie die CIA ihn genau und präzise informiert hat. Ich erinnere mich wie heute, wie dieser Professor alles haargenau wusste, als ob er ein evlija¹³ Bosniake aus Nemila wäre.« (Ebd.: 123 f.)

¹² Plitvice ist ein Nationalpark in Kroatien, in dem junge Jugoslawen rituell heirateten. Diese Hochzeiten waren ein Symbol und eine Verkörperung der offiziellen Ideologie von »Brüderlichkeit und Einheit«.

¹³ Evlija ist ein heiliger, guter Mensch in der islamischen Tradition.

Was für eine Botschaft wird hier übertragen, und wie ist sie kodiert? Ein Geheimdienst (die CIA, die Informationen ganz gerne an Yale-Professoren weiterleitet) beobachtet, wie die Serben die Bosniaken infiltrieren und durch eine gezielte Rassenvermischung ausradieren wollen. Es handelt sich um ein Komplott, das als Narrativ durch einen amerikanischen Professoren-Geheimdienstberater in Szene gesetzt wurde. Die Verschwörungstheorie, wiederum ein zentraler Topos des kulturkritischen Diskurses, wird hier nicht nur durch ihre paranoiden Züge, sondern durch die Legitimation, die ihr die *fremde* Stimme gibt, prominent. Das Komplott wird dadurch eine Sache, die von direkt Betroffenen erst nachträglich verstanden werden kann; es braucht eine Art Offenbarung, um überhaupt als Inhalt der Erkenntnis präsent sein zu können.

Was Karić noch fehlt, ist eine Moral, die seine Leserschaft belehren und auf den richtigen Weg führen soll. Dafür ist es notwendig, die Verstellungsstrategie zumindest teilweise aufzugeben und das bis dahin vorgestellte Denken aus der Anonymität zu befreien. Trotzdem kann er diesen Prozess der Entanonymisierung nicht allein vollziehen. Da erscheint die dritte Figur, die ich schon erwähnt habe, nämlich der katholische Priester:

»Ich als Mitglied des muslimischen Volkes und Glaubens bete, dass alle in Bosnien ihre Gärten haben *und dass jeder seinen eigenen Kohl von dort pflückt* (i da svak svoje zelje otud bere)! Diesen Vers sagte mir einmal ein gelehrter katholischer Priester. Gott gebe uns, dass wir uns hier in Bosnien ehren und dass unser Gesicht nicht durch den Schmutz gezogen wird, wie es von den Kommunisten der *Oslobodjenje* durch den Schmutz gezogen wird.« (Ebd.: 124; Hervorh. i. Orig.)

Schuld am Unglück der bosnischen Muslime tragen viele, aber den wichtigsten Anteil daran haben die Kommunisten, die mit Absicht dafür gesorgt haben, dass nicht jeder in seinem eigenen Garten die Kontrolle übernimmt. Der wieder anonyme Träger dieser Wahrheit (der katholische Priester) ist das Alibi für Karić. Die Botschaft ist für die Leser der Kulturkritik vernichtend: Die Schüsse von oben kommen von den Tschetniks, dagegen können wir kämpfen, jedoch mit Blick auf die Tatsache, dass die Serben (man sollte auch aufmerksam die insistente Gleichsetzung von Serben und Tschetniks verfolgen) nationalbewusst und zumindest darin *uns* ähnlich sind. Wogegen wir viel mehr kämpfen müssen, sind die kommunistischen Botschaften der nationalen, religiösen und letztendlich rassistischen Gleichheit. Das ist eine Botschaft des Hasses und der Intoleranz, die sich als Toleranz tarnt. Diese als eine Reaktion auf die Aggressivität des serbischen Nationalismus entstandene Version des bosniakischen Nationalismus hat sich in den Zeiten nach dem Krieg verfestigt und findet zunehmend Zuspruch innerhalb der bosniakischen Gemeinschaft. Dafür spricht auch die radikalisierte Rolle des religiösen Führers der Bosniaken, Reis Mustafa Cerić.

Die Radikalen haben ihre Verstellung und Verkleidung fallen gelassen. Sie bedienen sich freimütig des Diskurses des puren Rassismus. Wie sich im folgenden Abschnitt zeigen wird, hat der Sarajevoer Soziologe Fuad Saltaga die rassistische Erzählung in seinem Buch *Die Anatomie der serbischen Destruktivität* (1995) perfektioniert.¹⁴

5. *Scientia postapocalyptica*

Der in Zeitungen verbreitete postapokalyptische Diskurs der Kulturkritik hat eine pseudo-wissenschaftliche Entsprechung in den Texten der Rassentheoretiker gefunden. Fuad Saltaga ist der wichtigste bosniakische Vertreter des Neorassismus. Als Gegenpart dazu werde ich auf serbischer Seite den Sammelband *Jagnje Božije i zvijer iz bezdana* (Lamm Gottes und das Biest aus dem Abgrund) in die Betrachtung einbeziehen.

Saltagas Buch, erschienen 1995 unter dem Titel *Anatomie der serbischen Destruktivität* (Anatomija srpske destruktivnosti),¹⁵ beginnt mit der Voraussetzung, dass die Serben das Christentum nie richtig angenommen haben. In religiöser Hinsicht haben sie sich seit der Besiedlung des Balkans im 7. Jahrhundert nicht verändert. Auf diese Art und Weise greift Saltaga auf die Vergangenheit zurück, was im Diskurs der Kulturkritik ein beliebtes Mittel für die Erklärung der Gegenwart ist. Die serbische Religion ist dementsprechend eine heidnische, die sich als orthodox-christliche nur tarnt, um die Rituale der Zerstörung weiter betreiben zu können. Saltaga bezieht seine Argumentation vom Schöpfer der Rassentheorie, dem schon erwähnten Jovan Cvijić, höchstpersönlich. Diese merkwürdige Drehung verdeutlicht die dünne Linie, die den bosniakischen Autor von einem Wissenschaftler trennt, der nur auf der Basis der Kulturgeschichte rezipiert werden kann. Saltagas anachronistische Absicht zeugt von zwei Dingen: Auf einer Seite liegt die eigene Faulheit (oder intellektuelle Unfähigkeit), die neuen wissenschaftlichen Entwick-

¹⁴ Ähnlich argumentiert auch der spätere Literaturprofessor aus Tuzla, Vedad Spahić, der Latićs Thesen zugespitzt hat. Alle Facetten von Spahićs Rassismus sind schwer zu fassen. Ich kann hier nur kurz ansprechen, dass nicht nur die Kinder aus Mischehen Opfer seines Eifers geworden sind. Einen Vorgeschmack auf sein Verhalten gegenüber dem Anderen, rassistisch Fremden kann aus folgendem Zitat gewonnen werden: »Die serbische Verdammung ist genetischer Herkunft. Dummheit, Primitivismus, Gestank, Borniertheit und der Ruf des fremden Blutes sind die hereditären Kategorien im Wesen des serbischen Volkes« (zit. nach Vešović 2009a).

¹⁵ Hier kann ich nicht annähernd alle Elemente des Buches analysieren. Deshalb werden auch wichtige Teile der Motivation Saltagas unberücksichtigt bleiben. Aber ich kann nicht darauf verzichten, seine Widmung wiederzugeben: »An Alija Izetbegović, die größte historische Persönlichkeit der Bosniaken, der mit seinem Denken und dem Akt der Konstituierung der souveränen Republik Bosnien und Herzegowina die Anatomie der serbischen Destruktivität für die kommenden Generationen unschädlich gemacht hat.«

lungen wahrzunehmen, aufzuarbeiten und zu verwenden; auf der anderen erscheint die bosniakische Pseudo-Wissenschaft im Allgemeinen als Abbild der serbischen. Sie ist nicht dazu fähig, die Gründe der Krise in den zeitgenössischen ideologischen und politischen Zuständen zu suchen, sondern geneigt, ja regelrecht dazu gezwungen, sie in die Urzeiten der angeblichen Entstehung der Nationen zu projizieren. Ich werde im abschließenden Kapitel zeigen, dass diese Tendenz auch 15 Jahre nach Kriegsende (und der Entstehung von Saltagas Buch) immer noch aktuell ist – nicht nur deshalb, weil ihre Produzenten immer noch tätig sind.

Der bosniakische Rassismus hat sich sowohl in den Zeitungen als auch in als Wissenschaft getarnten Pamphleten manifestiert.¹⁶ Die Motivation für diese Wende ist in der durch Bürgerkrieg geprägten Zeit zu finden, die die Suche nach der kollektiven Identität in der größten Nation Bosnien und Herzegowinas auf die Spitze getrieben hat. Aus dieser Suche resultierte ein Diskurs der Dichotomie, der eine Eigenprofilierung nur in der Unterscheidung vom Anderen erlaubt.

Lamm Gottes und das Biest aus dem Abgrund trägt den Untertitel *Philosophie des Krieges*. Die Philosophie ist allerdings, genau wie bei Saltaga die Wissenschaft, eine Pseudo-Philosophie. Der Tenor der Texte ist eine Exkulpation der Serben für jegliche Schuld an den Nachfolgekriegen in Jugoslawien. Dabei ist, imagologisch gesprochen, eine Saltaga diametral entgegengesetzte Strategie im Spiel: Während Saltaga mit Heterostereotypen arbeitet, bedienen sich die Autoren des Sammelbandes der Autostereotypen und nur selten entgleisen diese in Richtung einer Bewertung oder Abwertung des Anderen. Um im Rahmen Bosnien und Herzegowinas zu bleiben, werde ich hier vier Texte von bosnisch-serbischen Autoren näher betrachten, während die restlichen (meistens orthodoxe Priester) ausgespart bleiben sollen; mit der auch programmatisch bedingten Ausnahme des Beitrags von Amfilohije Radović, eines einflussreichen Priesters und Prätendenten auf das Amt des Patriarchen der serbisch-orthodoxen Kirche.

Sein Text zielt darauf ab, den Krieg in Jugoslawien in den 1990ern zu legitimieren (Radović 1996: 19). Dabei bedient er sich einer in der Kulturkritik gut erprobten Strategie – des Rückgriffs auf die Vergangenheit. Eine Person, die die Ereignisse aus der Gegenwart heraus zuerst rechtfertigen und dann nachträglich gutheißen soll, ist »Vladika crnogorski« (Metropolit von Montenegro) Petar I. Petrović, den Amfilohije ausschließlich als »Heiligen Petrus« bezeichnet. Dieser hat drei Kriege geführt: einen gegen sich selbst, den zweiten gegen den inneren und den dritten gegen den äußeren Feind. Der erste ist für Amfilohije erhaben, aber trotzdem mar-

¹⁶ Die Thesen von Karić, Spahić und Saltaga werden von einer großen Mehrheit der Bevölkerung als wahr akzeptiert, ohne sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Obwohl diese drei Autoren eine kaum verdiente Karriere im bosnischen Hochschulwesen gemacht haben, sind sie heutzutage in eine politische Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Saltaga, um ihn als Beispiel zu nehmen, hat den tiefsten Punkt des moralischen Verfalls erreicht. Er wurde als Dekan der Sarajewoer Jura-Fakultät der Korruption angeklagt und von seiner Funktion entbunden.

ginal, während die zwei anderen mehr Aufmerksamkeit verdienen. Dort entwirft er einen Topos, der auch die weiteren Beiträge dominieren wird – die Ritterlichkeit. »Auch wenn er Krieg führt, so führt er ihn auf ritterliche Art und Weise.« (Ebd.) Was bedeutet aber »ritterlich«? Die Antwort auf diese Frage bleibt Amfilohije schuldig. Er zieht sich in eine vage Metaphorik zurück, die ihm ermöglicht, etwas a priori als positiv zu definieren, was eigentlich eine Erklärung benötigen würde. Ohne diese Erklärung bleibt uns nichts anderes übrig, als die Ritterlichkeit als eine Form der geistigen Vornehmheit zu deuten. Den Krieg gegen die Feinde führt man nur, wenn er notwendig ist. Ein echter Ritter testet alle Möglichkeiten, um ihn zu umgehen.

Das Andere spielt für Amfilohije keine Rolle. Es gibt eine positive Figur, sie kämpft für das Wohl aller, die es als solches verstehen. Die anderen sind schuld, weil sie das Heilige nicht wahrnehmen können oder wollen. Natürlich geht es hier nicht um Petar I. Petrović und auch nicht um das 19. Jahrhundert. Ritterlichkeit, Vornehmheit und moralische Überlegenheit sind die Komponenten, die allegorisch auf Serben bzw. Montenegriner des ausgehenden 20. Jahrhunderts anzuwenden sind. Sie dienen zur Legitimierung eines Krieges, der ihnen aufgezwungen ist und den sie nicht als eine militärische Auseinandersetzung, sondern als Kampf des Rechts gegen das Unrecht deuten. Deshalb wird der Krieg zu einer ethischen Angelegenheit. Der Erste, der diese »Philosophie« als ein Krieger und Dichter ins Leben gebracht hat, ist Radovan Karadžić.

Sein Beitrag (Karadžić 1996) kann deshalb als eine kulturkritische Rechtfertigung seiner Taten während des Krieges verstanden werden. Er konkretisiert die historisch-allegorische Figur aus Amfilohijes Text und übersetzt sie in die Gegenwart. Trotzdem bleibt diese Figur immer noch anonym. Ihre allegorische Funktion löst sich zwar rhetorisch auf, es bleibt aber ein hoher Grad der Codierung bestehen. Das Konkrete ist verborgen hinter dem anonymen Krieger, der in seine Heimat zurückgekehrt ist. Die Parataxe beschleunigt den Erzählrhythmus und erhöht die Spannung:

»Der Krieger kehrt in seine Gegend, sein Dorf, nach Hause zurück. Ein Ritter. Ein Urbild. In einer Kriegspause kehrt er zu denen zurück, die er verlassen hat, von denen er sich rührend verabschiedet hat als er fort ging, um seine ritterliche Berufung auszuüben weil irgendwo, in irgendwelchen Metropolen die Politik unzureichend geworden ist, so dass man entschieden hat, diese Politik mit anderen Mitteln fortzusetzen.« (Ebd.: 27)

Wenn man den Anfang des Erzähltextes genauer betrachtet, fällt eine wichtige Sache sofort auf: Wir wissen nicht, *wohin* der Ritter gegangen ist. Warum ist er unterwegs gewesen? Was hat ihn von zuhause weggetrieben? Alle Faktoren der Fortbewegung sind ausgelassen. Was präsent ist, ist die Rückbewegung und erst darin sind die Motive für seine zukünftigen Aktionen enthalten: Er findet sein

Haus zerstört, seine Familie ausgerottet vor. Das ist eine Ausgangssituation, die typisch für die epischen Erzähltexte und aus der südslawischen Oraldichtung bekannt ist. Aus Rache beginnt der Ritter seinen Feldzug gegen die Feinde. Aber dieser Feldzug ist im Erzähltext ausgespart. Was als ein Narrativ angesetzt hat, zersplittert in eine Reihe von verallgemeinernden Aussagen, die keine Erzählmotivation aufbauen wollen, sondern in der Geschichtsphilosophie, verstanden als eine genetisch bedingte Institution, die Rechtfertigung für die kriegerischen Handlungen im tief sitzenden Hass des Gegners suchen:

»Unser Krieger, den man in der Welt den ›bosnischen Serben‹ nennt, hat immer gelitten so viel man leiden kann. Es gibt in der ganzen Welt nicht solch ein geduldiges Volk wie dieses, das man ›bosnische Serben‹ nennt. Alle seine geistigen Reichtümer hat er, in seine Brust eingeschlossen und niemals völlig zeigend, nicht einmal dann, wenn er mit sich alleine war, Jahrhunderte lang aufbewahrt. Er hat sich als ungeschickt und ungebildet verstellt und in seinem Wesen war er ein Adelliger und ein Ritter. Er hat sein serbisches Wesen versteckt, um es aufzubewahren. Aber seinen Nachbarn – den Mörder konnte er nicht täuschen. In jedem Krieg hat der Mörder seine Brust auf der Suche nach seinem versteckten serbischen Wesen zerstört. Und er hat alles Serbische vernichtet, bis zum letzten Vogel auf dem Ast, um es auf die gleiche Art und Weise wie der König Herodes dies tat, auszutreiben und zu entwurzeln.«
(Ebd.: 29)

Karadžić benutzt hier die biblische Metaphorik (die Zerstörung der serbischen Bevölkerung wird gleichgesetzt mit der Ermordung der jüdischen Erstgeborenen durch König Herodes), um ein serbisches »Wesen« zu konstruieren, das diese Nation zu Verstellungen zwingt, damit sie überleben kann oder ihr eine höhere moralische Position verschafft, weil sie gezwungenermaßen in den Krieg geht. Mehr noch: Die Existenz der Serben ist an sich *casus belli*.

Noch weiter in die Richtung des Ausbaus einer eschatologischen Position geht Mladen Šukalo (1996). Seine biblische Einstellung wird in einer für wissenschaftliche Zwecke völlig ungeeigneten Verwendung des Imperfekts deutlich. Diese fast verloren gegangene Zeit ist charakteristisch für die epischen Volkslieder und eben für die Bibel, wo sie von Daničić in seiner Übersetzung als Standard verwendet wurde. Der Autor bezieht sich auf seinen vorherigen Text, in dem er die Photographie eines Arabers, der den abgetrennten Kopf eines serbischen Zivilisten präsentiert, analysiert. Anlass für die Fortsetzung bildet die Information, dass sich die Schwester des geköpften Serben das Leben genommen hat. Der unverifizierte Selbstmordakt wird in einer kulturkritischen Drehung in die goldene Vergangenheit übertragen, in die mythische Zeit der epischen Helden. Njegoš' Klagelied der Schwester von Batrić aus *Gorski vijenac* (Der Bergkranz) dient als Quelle. Wir erinnern uns an seine Rolle bei Vujić und sehen, dass sich in den siebzig Jahren der Rezeption kaum etwas geändert hat. Immer, wenn es um die Heraufbeschwörung

der glorreichen Zeiten des Ruhmes geht, ist er dabei. Die Analogie ist die mächtigste Denkfigur, die dazu fähig ist, Distanz zu überbrücken und eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart herzustellen. Eben deshalb ist das Imperfekt so wichtig. Im grammatikalischen Sinne klingt es archaisch, auf der semantischen Ebene bildet es aber einen Übergang in Richtung der Eschatologie der Kulturkritik: »Die Schwester von Batrić sang ihr Klagelied und die andere Schwester, eine namenlose Schwester, ergänzte; die eine sang ein Klagelied, die andere beklagte den Verlust desselben Bruders, des Bruders, von dem ein Roman berichtet, ein sowohl gegenwärtiger, als auch vergangener Roman.« (Ebd.: 60) Die anonyme Frau erscheint in diesem pseudobiblischen Versatzstück als eine Figur, die, nach dem Jüngsten Gericht wiederauferstanden, eine Einheit aus den auseinander liegenden Zeiten schmiedet. Karadžićs »Ritter« hat sein weibliches Pendant gefunden.

Njegoš ist auch der »Held« des letzten Beitrags, der mich hier interessiert, nämlich *Srbi i rat* (Die Serben und der Krieg) von Predrag Lazarević (1996). Lazarević erweitert die historische Perspektive, um auch das serbische Mittelalter einzubeziehen. Er bedient sich etlicher Floskeln, die ihm helfen, die Serben als moralisch überlegenes Volk zu portraituren. So behauptet er zum Beispiel, dass die Rache in der serbischen Literatur unbekannt gewesen sei. Erst mit der Partisanenliteratur aus dem Zweiten Weltkrieg habe sie dort Einzug gehalten. Sie sei aber nur geduldet worden und sofort nach ihrer Entlarvung als Partisanenmythos verschwunden. Besonders wichtig ist sein Versuch, die Hauptfiguren des serbischen Nationalismus und Antisemitismus zu rehabilitieren. Das sind Erzbischof Nikolaj Velimirović und General Milan Nedić, Premier der Quisling-Regierung in Belgrad während des Zweiten Weltkriegs. Die Rettungsaktion ist zögerlich, sie findet in Randbereichen des Textes statt, als ob Lazarević immer noch die antifaschistische Doktrin des Kommunismus vor Augen hätte. Trotzdem ist sie mehr als evident und die neue Qualität, die sie in sich trägt, ist wieder im pseudoobjektiven historischen Bogen, den sie schlägt, zu suchen. Nedić wird im gleichen Kontext wie Zar Dušan als mythologische Figur des aufgestiegenen serbischen Herrschers aus dem Mittelalter betrachtet. Durch die autobiographische Erinnerung Lazarevićs steigt Nedić, unter dessen Herrschaft Serbien praktisch »judenfrei« wurde, zur Figur des Retters der serbischen Bevölkerung jenseits der Grenzen des Mutterlandes auf.

Sowohl die serbischen als auch die bosniakischen Nationalisten satanisieren den jeweils Anderen. Auffällig sind die diametral unterschiedlichen Strategien, die sie dabei verfolgen. Während die Bosniaken den serbischen Gegenpart als den russisch Fremden darstellen, bedienen sich die Serben eines anderen Verfahrens: Sie reden nicht direkt über den Feind, sondern über sich selbst. Durch die ständige Betonung ihrer Qualitäten lassen sie die Bosniaken als minderwertig erscheinen. Es handelt sich dabei offensichtlich um eine selbstbewusste Ausübung der eigenen Macht, die sich weniger um den anderen kümmert, als sich selbst durch Eigenlob narzisstisch konfiguriert und konstruiert. Während die bosnische Seite sich also

zurückzieht, um den Anderen ins Rampenlicht treten zu lassen, spart die serbische Seite den anderen aus und führt sich selbst vor als Träger der Werte, die beim Gegner nicht zu finden sind. Diese beiden Strategien sind klar zu erkennen als Widerspiegelung dessen, was aus Bosnien und Herzegowina nach außen vordringen sollte, um der »Welt« ein Bild von sich zu vermitteln und sie zur Entscheidung für eine Seite im bosnischen Bürgerkrieg zu drängen. Aber die hektische nach innen gewandte Überzeugungsarbeit deutet auch auf die eigene Unsicherheit, was die so genannte »kollektive Identität« betrifft. Nachdem der Krieg zu Ende gegangen ist, hat sich diese unheilvolle Suche fortgesetzt, ja sogar beschleunigt und intensiviert. Der Krieg und die mit ihm verbundene Kulturkritik vermochten keine befriedigende Antwort auf die Frage nach der eigenen Identität zu geben.

6. Coda

Die instabile politische Situation in Bosnien und Herzegowina, die durch die äußerst unglückliche Lösung des Bürgerkriegs in Dayton generiert und durch eine dogmatische, verkrustete Umsetzung des Abkommens perpetuiert wird, bringt eine Wiederbelebung der rassistischen und xenophoben Muster mit sich. Im Land, und das ist vielleicht die größte Tragödie Bosniens, wurde kein richtiger Prozess der Entnazifizierung durchgeführt. Manche Kriegsverbrecher wurden zwar verfolgt und verurteilt, aber es kam nie zu einer grundlegenden Auseinandersetzung mit ihren politischen und ideologischen »Theorien«. Die Zeitungskolumnen und die Blogs sind die Orte der Ausübung dieser Form der Kulturkritik (Konersmann 2008: 111 f.). Das Niveau der Beiträge ist sehr unterschiedlich. Manche versuchen sich in objektiven Analysen, andere wiederum wollen in polemischem Eifer den Gegner verunglimpfen, während wieder andere eine diskursive Strategie entwickeln, die nur beleidigend wirkt. Ich nehme zwei Beispiele, die etliche Elemente des rechten Rucks als Folge des Bürgerkriegs präsent machen sollen. Das erste ist der Blog von Rajko Vasić, dem Generalsekretär der in der Republika Srpska herrschenden Partei SNSD von Ministerpräsident Milorad Dodik, und das zweite ein Text des Tuzlaer Journalisten Fatmir Alispahić, geschrieben als Programm für eine spezifisch bosniakische Kultur der Erinnerung.

Rajko Vasić verbreitet seine Thesen bevorzugt über den Blog (<http://vasicrajko.blogspot.com> [letzter Zugriff: 12.9.2009]). Dessen Banalität darf aber nicht dazu verleiten, die Hauptideen, die dahinter stecken, zu übersehen. Es handelt sich um das virulenteste Thema im zeitgenössischen Bosnien und Herzegowina überhaupt: die Bildung der kollektiven Identität der bosnischen Serben. Nach Misserfolgen mit Milošević und seinem treuen Diener Karadžić versucht sich die neue Regierung unter Milorad Dodik zwar in der Pflege der engen Beziehungen mit Serbien (das seinerseits den schwierigen Kampf mit dem Erbe Miloševićs scheinbar gewonnen hat), betrachtet aber gleichzeitig die gewissermaßen autochthone Lage der bos-

nischen Serben als quasi *differentia specifica* zum »Mutterland«. Deshalb sind die plumpen Thesen Vasićs alle auf ein Perpetuieren der Fragen nach dem *Wann*, *Wo* und *Wer* der Serben innerhalb Bosnien und Herzegowinas gerichtet. *Wann* bezieht sich auf den richtigen Zeitpunkt für die Abspaltung der Republika Srpska von Bosnien, *wo* auf die vermeintliche territoriale Unabhängigkeit und die möglichen Grenzen, welche das Territorium des nationalen Staates abstecken sollen. Mit dem kulturkritischen Diskurs haben diese zwei Themenkomplexe eher wenig zu tun. Deshalb möchte ich kurz die Frage nach dem *Wer* in Betracht ziehen.

Wer nämlich *ist* ein bosnischer Serbe?¹⁷ Die Diskussion wurde angezettelt durch die Behauptung Vasićs, dass ein Jude nicht Präsident von Bosnien und Herzegowina sein kann. Politisch wurde diese umstrittene Äußerung sofort von liberalen Kreisen in der Hauptstadt Bosniens ausgeschlachtet. Vasić antwortet darauf im Blog mit dem Titel »Soll ich mich dementieren?«. Die rhetorische Frage besagt, dass er nicht vor hat, »sich zu dementieren« – also kann ein Jude tatsächlich nicht der Präsident Bosnien und Herzegowinas sein. Die Argumentation läuft zweigleisig: Erstens ist es rechtlich unmöglich, weil nach der Verfassung der Präsident nur aus Reihen der drei »konstitutiven«¹⁸ Nationen (Bosniaken, Kroaten und Serben) gewählt werden kann. Wenn er seine Argumente zu untermauern versucht, entgleist er sofort in kaum verdeckten Rassismus. Warum fällt seine Wahl auf die Juden?¹⁹ Zwar versucht er zu relativieren und behauptet, dass das Gleiche *mutatis mutandis* auch für »Ungarn, Simbabwe, Finnland oder Tuareg« gilt, nur um ein paar Zeilen weiter seine Floskeln noch intensiver in das rassistische Muster einzugliedern. Es muss sich dabei um etwas Unbewusstes handeln, weil er neben den schon erwähnten Tuareg noch eine andere Gruppe, die vom Rassismus am stärksten bedroht ist – nämlich die Roma – ins Spiel bringt: »Alle Ehre allen Völkern, so auch den Zigeunern und den Tuareg, die ich am meisten liebe und schätze, aber sie können nicht [...] die Präsidenten sein, ungeachtet dessen, ob wir die Verfassung ändern oder nicht.« (<http://vasicrajko.blogspot.com> [letzter Zugriff: 12.9.2009]) Der schlechte Humor ist in der Liebeserklärung (warum sollte Vasić die Tuareg lieben?) versteckt und überblendet die viel wichtigere Aussage im zweiten Teil des Satzes: Es geht ihm überhaupt nicht um juristische Korrektheit. Sogar wenn die Verfassung geändert wird, kann ein Jude oder »Zigeuner« nicht Präsident werden. Man sollte die technische Unmöglichkeit, dass ein Jude Präsident Bosniens sein kann, beiseite lassen (Bosnien wurde zunächst während der Shoah und dann auch

¹⁷ Man muss anmerken, dass diese Frage immer in maskuliner Form gestellt wird. Die Frauen spielen in diesen neuen Konstellationen kaum eine Rolle.

¹⁸ Es stellt sich sofort die Frage nach der Rückgängigmachung solcher Verfassungen und den national-romantischen Kategorien des 19. Jahrhunderts, die in ihr eingeschrieben sind.

¹⁹ Gleich nach Vasićs Entgleisung bemühte sich sein politischer Chef Milorad Dodik um Versöhnung und betonte gegenüber dem israelischen Präsidenten Schimon Peres sein Verständnis für das Vorgehen der israelischen Armee im Feldzug im Gaza-Streifen. Kommentare der israelischen Regierung sind mehr oder weniger ausgeblieben.

im Bürgerkrieg so gründlich »ethnisch gesäubert«, dass die statistische Probabilität einer solchen Entscheidung der Wählerschaft gegen Null tendiert) und nach Vasićs Auswahl fragen. Warum eben der Jude? Warum nicht ein Deutscher oder Ungar? Wieso sind die Stereotypen immer noch so präsent, dass eine Person, die solch ein hohes politisches Amt bekleidet, sich eine dermaßen unangemessene Entgleisung leisten kann? Die Antwort liegt natürlich im latenten Rassismus, einer Xenophobie, die seinen Hauptgegner – die Bosniaken – in der konstitutionellen Konstellation nicht antasten kann, aber seinen Hass umso mehr auf das ideale Feindbild (Juden und Roma) projiziert.

Es bleibt mir noch, die Entwicklungen auf der Seite der Bosniaken kurz zu kommentieren. Die Figur, die den Diskurs des Rassen- und Fremdenhasses quasi verkörpert, ist Fatmir Alispahić.²⁰ Dabei interessieren mich seine Ausführungen über den Genozid, den die Bosniaken zweifelsohne während des Krieges 1992–1995 erlebt haben. Deshalb ziehe ich den Text *Die Schule der Kultur des Gedächtnisses* heran, welcher aus Anlass des Jahrestages des Massakers in Srebrenica geschrieben wurde (Alispahić 2009b). Alispahić geht es darum, die Versuche, den Bosniaken aus dem ewigen Status des Opfers zu befreien, zu desavouieren. Er bezieht sich dabei auf die Geschichte, auf den genozidalen »Charakter« der Serben und Kroaten, seine Botschaften aber sind an die Bosniaken gerichtet. Er setzt sie gleich mit den Juden und versucht sie davon zu überzeugen, die (angebliche) jüdische Kultur der Erinnerung als Vorbild zu nehmen. Die propagandistischen Ideen richten sich gegen die Verräter in den eigenen Reihen, die die in Dayton gefundene Lösung zur Beendigung des Krieges und damit eine dauerhafte Zerstörung der bosniakischen Nation akzeptiert haben. Seine früheren Texte, in welchen er den Holocaust schamlos leugnet, deutet er jetzt als einen Trick, der dazu gedient habe, die angeblich unbewussten Bosniaken für die eigene Tragödie zu sensibilisieren. Was besonders tückisch ist, ist eine auf den ersten Blick berechnete Kritik Alispahićs an der Vermarktung der kommemorativen Ereignisse, die am Jahrestag des Massakers in Srebrenica stattfinden. Er kontextualisiert diese Feierlichkeiten durch einen konstruierten Vergleich im Rahmen der jüdischen Erinnerungen an den Holocaust.

»Bei den Juden wimmelt es das ganze Jahr über, jedes Jahr von Ereignissen, die dazu dienen an den Holocaust zu erinnern, es gibt keinen Tag, keine Nacht, kein Fernseh- oder Radioprogramm, keine Unterrichtsstunde in der Schule, über welcher nicht ein jüdisches Opfer schwebt. Diese jüdische Gedächtniskultur lebt nicht nur im okkupierten palästinensischen Land, weil dort Israel ist, wo ein jüdisches Haus ist, und

²⁰ Alispahić ist in den letzten Jahren vom überzeugten Linken zum eifrigen Nationalisten und Islamisten konvertiert. In den Kriegsjahren war er entschiedener Gegner der in der Zeitschrift *Zmaj od Bosne* vertretenen Positionen. Die übelsten Artikel hat er gesammelt und im Buch *Krv boje benzina* (Das Blut in Benzinfarbe, 1996) herausgegeben. Es ist nicht meine Aufgabe, hier nach Gründen für seinen Wandel zu suchen.

dort wo Israel ist, auch die jüdischen Opfer sind. Falls es die Juden nicht davor ekelt, jeden Tag ihres Lebens mit der Erinnerung an die Opfer des Holocausts zu beginnen, warum sollte für die Bosniaken die Anwesenheit der bosniakischen Opfer in der bosnischen Gegenwart ekelhaft sein?» (Alispahić 2009b)

Man könnte meinen, dass die Juden als Vorbild dienen sollen. Dann aber dreht Alispahić seine Argumentation um und baut in den Text die Elemente ein, die die Trennlinie zwischen beiden Völkern unterstreichen. Die abfälligen Worte, die als Lob fungieren, sind da genauso wichtig wie die Anspielungen auf zeithistorische Momente, welche die Juden als eine Gemeinschaft in negativem Licht zeigen. »Wimmelt nur so«, »schwebt«, »ekelt« – das sind die Ausdrücke, die eine niedrigere Rhetorik vermitteln. Sie dient als Einführung in die Welt eines Klischees, das Juden auf die gleiche Stufe stellt wie die hier kaum erwähnten »Hauptfeinde« der Bosniaken – nämlich die Serben. Es sei daran erinnert, dass die ganze serbische Offensive in den 1990er Jahren ideologisch vorbereitet wurde mit der Behauptung, dass die serbischen Länder dort sind, wo die Serben leben – oder noch zugespitzter – dort wo sich die serbischen Gräber befinden. Eine Assoziationskette verbindet auf diese Art und Weise Serben und Juden und setzt die beiden in feindliche Stellung gegenüber bosnischen Muslimen. Darüber hinaus erreicht Alispahić eine Generalisierung durch die Erwähnung der okkupierten Territorien, die auf eine westliche Islamphobie hindeutet.

In der Fortsetzung entwickelt Alispahić eine leicht modifizierte Version des Mythos vom »guten Bosnier«. Diesmal übersetzt er die ganze Konstruktion in eine Variante, die die bosnische Güte als eine naive Dummheit darstellt:

»Dieses komische Bedürfnis nach Einschmeicheln und die Suche nach dem Gefallen bei anderen dadurch, dass wir aus uns – weniger wertvoll und nur der Verachtung würdig – Narren machen, hat aus uns Außenseiter gemacht, sowohl in der Geschichte, als auch im Dasein und, wenn wir so wollen, auch im Träumen.« (Alispahić 2009b)

Es ist ein Aufruf, sich aus dieser Lage zu befreien, eine aggressive Haltung einzunehmen, die die Bosniaken in die gleiche Stellung wie die anderen südslawischen Nationen bringt. Dabei wird absichtlich übersehen, dass diese Position nur dadurch erreicht werden kann, wenn man den anderen schadet. Diese sind aber sowieso minderwertig und sollen sich dem Willen der Stärksten (Bosniaken) unterwerfen oder untergehen.

Was ist das Ziel von Alispahićs Ausführungen? Wieder sehen wir eine erstaunliche Parallele zum serbischen Diskurs der Kulturkritik: Man muss den Bosniaken eine neue, festere Identität verleihen. Diese Identität zu bilden, ist die Hauptaufgabe des edukativen Systems. Wenn das vorhandene nicht ausreichend ist, soll ein neues gegründet werden, welches sich des Themas des Genozids als ein dauerhaftes historisches Ereignis, das die bosnische Gesellschaft seit über 200 Jahren prägt,

bemächtigen soll. »Für uns Bosniaken ist nach 1878 keine Zeit vollendet, jede dauert an, erscheint und verschwindet wie ein Karstfluss. Der Kampf ums Überleben ist der Stil unseres Schwimmens in den bosnischen Flussschnellen. Wer den Kampf ums Überleben aufgibt, hat auch das Leben aufgegeben.« (Alispahić 2009a)

Der Bürgerkrieg in Bosnien und Herzegowina ist offensichtlich noch nicht vorbei. Wie in einer zirkulären Bewegung lässt sich betrachten, wie der Diskurs der Kulturkritik, der die kriegerischen Auseinandersetzungen vorbereitet hat, weiter in Stellungskämpfen der Nachkriegszeit lebt. Sie konzentrieren sich auf die überlebenswichtige Frage der kollektiven Identität, die in der prekären Situation des ständigen Zustands des Sich-bedroht-Fühlens immer wieder aufs Neue aufgerollt wird. Diese Situation führt zwangsläufig zu einer Verschärfung des kulturkritischen Diskurses, der sich immer öfter auch der schlimmsten Formen des Rassismus bedient. Einen Ausgang kann man nicht vorhersagen. Wenn die politische Lage weiter so bleibt wie sie ist, wird sich auch an der »intellektuellen« Szene Bosnien und Herzegowinas wenig ändern. Der Bürgerkrieg hat sich als ein fester Teil der Kultur des Landes weitgehend etabliert.

Literatur

- Alispahić, Fatmir (2009a): »Ko napusti borbu za opstanak, napustio je borbu za život«. In: *Novi Horizonti. Časopis za naučnu, kulturnu i duhovnu afirmaciju*, <http://novihorizonti.ba/clanci2/html> (letzter Zugriff: 12.9.2009).
- (2009b): »Škola kulture pamćenja«. In: www.bosnjaci.net/prilog.php?pid=34803 (letzter Zugriff: 12.9.2009).
- Byford, Jovan (2008): *Denial and Repression of Anti-Semitism. Post-communist remembrance of the Serbian Bishop Nikolaj Velimirović*. Budapest: Central European University Press.
- Gellner, Ernest (1983): *Nations and Nationalism*. Ithaca, New York: Cornell University Press.
- Haverić, Tarik (2008): *Čas lobotomije*. Sarajevo: Rabic.
- Karadžić, Radovan (1996): »Da li je ovo bio rat?«. In: Radoš M. Mladenović, Jovan (Ćulibrk) Jerodakon (Hg.): *Jagnje Božije i zvijer iz bezdana*. Cetinje: Svetigora, S. 27–30.
- Karić, Enes (1996): »Dobročudnici«. In: Mehmed Handžić (Hg.), *Mješoviti brakovi*. Sarajevo: Rijaset islamske zajednice, S. 117–124.
- Konersmann, Ralf (2008): *Kulturkritik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Köstner, Christina (2005): »Das Schicksal des Belgrader Verlegers Geca Kon«. In: *Mitteilungen Buchforschung* 205 (1), S. 7–19, www.buchforschung.at/pdf/MB2005-1.pdf (letzter Zugriff: 12.9.2009).
- Koselleck, Reinhart (1959): *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Latić, Džemaludin (1996): »Bezbojni«. In: Mehmed Handžić (Hg.): *Mješoviti brakovi*. Sarajevo: Rijaset islamske zajednice u Bosni i Hercegovini, S. 113–117.
- Lazarević, Predrag (1996): »Srbi i rat«. In: Radoš M. Mladenović, Jovan (Ćulibrk) Jerodakon (Hg.): *Jagnje Božije i zvijer iz bezdana*. Cetinje: Svetigora. http://www.rastko.rs/filosofija/jagnje/predrag_lazarevic.html (letzter Zugriff: 2.8.2010).
- Miljković, Aleksandar (1999): »Filozofski pisac Vladimir Vujić«. In: *Srpska organska misao* 2, S. 161–174.

- Musabegović, Senadin (2008): *Rat. Konstitucija totalitarnog tijela*. Sarajevo: Svjetlost.
- Radović, Amfilohije (1996): »Sveti Petar Cetinjski i rat«. In: Radoš M. Mladenović, Jovan (Ćulibrk) Jerodakon (Hg.): *Jagnje Božije i zvijer iz bezdana*. Cetinje: Svetigora. http://www.rastko.rs/filosophija/jagnje/mitropolit_amfilohije.html (letzter Zugriff: 2.8.2010).
- Saltaga, Fuad (1995): *Anatomija srpske destruktivnosti*. Sarajevo: FEB d.d.
- Spengler, Oswald (1936): *Untergang des Abendlandes*. Übersetzt von Vladimir Vujčić. Belgrad: Geca Kon.
- Šukalo, Mladen (1996): »Pukotina stvarnoga, nastavak«. In: Radoš M. Mladenović, Jovan (Ćulibrk) Jerodakon (Hg.): *Jagnje Božije i zvijer iz bezdana*. Cetinje: Svetigora, S. 55–63.
- Vešović, Marko (2009a): »Šetnja po Sarajevu i po internetu«. In: *Dani* 629, (letzter Zugriff: 2.8.2010).
- (2009b): *Tunjo veliki i u Tunje mali*. Sarajevo: Rabic.
- Vlaisavljević, Ugo (2007): *Rat kao najveći kulturni događaj. Ka semiotici ernalionalizma*. Sarajevo: Maunagić d.o.o.

Die Ambivalenz religiöser Integration Zur erzeugten Relevanz von Glaubensunterschieden in bewaffneten Konflikten

ALEXANDER DE JUAN und ANDREAS HASENCLEVER

1. *Einleitung*

Der Zusammenhang zwischen religiöser Differenz und Gewaltkonflikten ist augenfällig. Ob wir nach Afghanistan, Israel, Nigeria oder Thailand blicken, immer wieder sehen wir, dass sich blutige Auseinandersetzungen entlang von Glaubensgrenzen entwickeln und verfestigen. Entsprechend zeigen quantitative Studien, dass politische Konflikte besonders intensiv und besonders lange ausgetragen werden, wenn Religionen ins Spiel kommen (Fox 2004a, 2004b; Pearce 2005; Ellingsen 2005; Tusicisny 2004). Alleine oder als Bestandteile ethno-religiöser Identitäten definieren sie in diesen Fällen die Grenzen konfliktfähiger Gruppen. Nach innen fördern sie den Zusammenhalt und nach außen erleichtern Religionen die Rechtfertigung gewaltsamer Grenzüberschreitungen. Wie wir noch zeigen werden, liegen den Übergriffen auf Andersgläubige dabei oftmals militante Traditionen des Heiligen Krieges zu Grunde oder die kollektive Wahrnehmung einer fremden Glaubens- oder Wertegemeinschaft als existentielle Bedrohung der eigenen Identität. Religionen können aber nicht nur zur Gewalt motivieren. Sie können auch zu ihr befähigen, indem sie die Opferbereitschaft der Gläubigen erhöhen.

Während der Zusammenhang von Religion und Gewalt in jüngster Zeit verstärkt ins Blickfeld der Forschung gerückt ist, wird nach wie vor regelmäßig übersehen, dass Religionen auch als integrierender Faktor wirken, Eskalationsprozesse hemmen und zur Versöhnung nach Gewaltkonflikten beitragen können. Dies zeigen nicht zuletzt religiöse Mediations- und Dialoginitiativen wie beispielsweise in Liberia, Sierra Leone, Südafrika oder Uganda. Religionen haben hier nicht eine konfliktverstärkende, sondern eine gemeinschaftsbildende Funktion. Durch den Bezug auf gemeinsame Werte können politische, ökonomische oder ethnische Grenzen an Bedeutung verlieren. Religiöse Friedensnormen leiten dann das Verhalten der Gläubigen genauso an wie der fatale Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen Ungläubige. Schließlich bewegen Religionen Menschen immer wieder dazu, sich persönlich für den Frieden zu engagieren, und die Risiken zu akzeptieren, die mit diesem Engagement einhergehen.

Für die Wissenschaft stellt die ambivalente Wirkung von Religionen auf politische Konflikte ein Rätsel dar, für das noch keine überzeugende Lösung gefunden

worden ist. Dies liegt zum einen daran, dass der Zusammenhang von Religion und Gewalt höchst komplex ist – er reicht von der passiv gewaltlegitimierenden Rolle der katholischen Kirche in Ruanda über die aktive Gewalteskalation buddhistischer Mönche auf Sri Lanka bis hin zur Bildung sektenähnlicher Rebellengruppierungen in der Republik Kongo oder in Uganda. Derartig diverse Prozesse lassen sich kaum auf der Basis einfacher Gesetzmäßigkeiten erklären. Zum anderen bilden diese Prozesse allenfalls die Hälfte der möglichen Bandbreite ab. Denn es spricht alles dafür, dass die friedensfördernden Beiträge den gewalteskalierenden Wirkungen an Vielschichtigkeit in Nichts nachstehen: man denke nur an das Engagement der Mönche in Birma, die Mediationsbemühungen der katholischen Laienorganisation Sant’Egidio in Mosambik oder die interreligiösen Zusammenschlüsse in Nigeria oder Uganda.

Auch wenn wir noch weit davon entfernt sind, die komplexen Zusammenhänge zwischen Religion und Konflikt angemessen erfassen und erklären zu können, liegen mittlerweile eine Reihe von Studien vor, die unser Verständnis von der Wirkung religiöser Traditionen in innerstaatlichen Konflikten verbessert haben. Um einen Überblick über die bisherigen Erkenntnisse zu geben, wollen wir zunächst auf die ambivalenten Wirkungsweisen der Religion eingehen. Im Anschluss werden wir unterschiedliche Ansätze zur Erklärung der ambivalenten Wirkung der Religion diskutieren.

2. Die ambivalente Wirkung der Religion

Religionen können sowohl Gewalt fördern als auch zu Frieden und Versöhnung aufrufen. Für Scott Appleby hängt diese verwirrende Uneindeutigkeit mit ihrem Wesen zusammen (Appleby 2000: 28–30). Religionen sind menschliche Konstrukte, in denen sich nach Überzeugung der Gläubigen das Absolute zur Sprache bringt und erfahrbar macht. Auf das Absolute kann aber je nach Kontext mit ähnlicher Entschiedenheit vollkommen unterschiedlich reagiert werden. So kann die Religion die Einheit der Schöpfung sichtbar machen, was eine universelle Gemeinschaft implizieren würde. Vor ihrem Gott sind alle Menschen gleich und ohne Ausnahme auf Erlösung angewiesen. Nach Martin Riesebrodt ist deshalb das gemeinsame Merkmal der Religionen, dass sie »für sich die Fähigkeit zur Abwehr von Unheil, Krisenbewältigung und Heilstiftung durch Kommunikation mit übermenschlichen Mächten [reklamieren].« (Riesebrodt 2007: 109) Auf der anderen Seite führt der Bezug zum Absoluten zu einer radikalen Unterscheidung von Gläubigen und Ungläubigen. Auch wenn alle Menschen vor ihrem Gott gleich sind, hat das bislang offenkundig immer nur ein Teil angemessen erkannt. Damit sind heftige Auseinandersetzungen selbst dann vorprogrammiert, wenn alle den Frieden wollen. Religion kann also Menschen in der Einheit des Glaubens zusammenführen und um der Einheit des Glaubens willen gegeneinander aufbringen. Nächstenliebe und »heiliger Zorn« liegen nahe beieinander.

2.1 Gemeinschaftsbildung und -abgrenzung

Religionen wirken gemeinschaftsbildend (Kippenberg 2008). Sie führen Menschen unterschiedlichster sozialer, politischer und ethnischer Herkunft zusammen und vermitteln ein Gefühl der Zugehörigkeit. Gemeinsame religiöse Überzeugungen, Rituale und Mythen werden zur Grundlage einer geteilten religiösen Identität. Diese Gemeinsamkeiten markieren gleichzeitig die Grenzen zu anderen Gruppen. Abweichungen von den charakteristischen Merkmalen religiöser Gemeinschaften definieren mithin die jeweilige Outgroup. Damit einhergehend steigt die Bedeutung der Ingroup, die als heilsrelevant begriffen wird. Dieser Mechanismus kann auf unterschiedlichen Ebenen wirken: auf der Ebene der Weltreligionen, auf der Ebene der Konfessionen oder auf der Ebene innerkonfessioneller Fraktionen. Wie Kristian Harpviken und Hanne Røislien zudem zeigen, können religiöse Identitäten auf den einzelnen Ebenen mehr oder weniger exklusiv sein (Harpviken/Røislien 2008: 355). Während also religiöse Grenzziehung ein durchaus natürlicher Prozess zu sein scheint, ist seine Konfliktrelevanz alles andere als eindeutig. Hierzu gibt es schlichtweg zu viele Differenzen, die thematisiert werden könnten.

Wenn religiöse Differenzen relevant werden, dann können sie Konflikte verschärfen, weil sie Bevölkerungsgruppen voneinander absondern, Unterschiede betonen und Wertigkeiten verschieben (vgl. z.B. Appleby 2000: 61; Anderson 2004: 271; Krech 2002: 1266; Seul 1999: 565). Im Konflikt zwischen der Bevölkerungsgruppe der Miskito und der Sandinista-Regierung in Nicaragua spielte der empfundene ethno-religiöse Unterschied zwischen der lokalen Bevölkerung und der kommunistischen Regierungspartei eine wichtige Rolle (Hawley 1997: 126). Im Vorfeld des Bosnienkrieges trugen religiöse Unterschiede dazu bei, die ehemals weitestgehend integrierten nationalen Gruppen der Serben, Kroaten und Bosniaken voneinander abzugrenzen (Vrcan 1998: 120; Loo 2005: 236). In der iranischen Revolution unter Ayatollah Khomeini Ende der 1970er Jahre diente der schiitische Mythos vom Martyrium Husseins als Grundlage dafür, die innere Einheit der Schiiten zu festigen und sie von den nicht-schiitischen Muslimen abzugrenzen (Lincoln 1989: 35).

Umgekehrt kann religiöse Inklusivität zum Frieden beitragen. Auf der Basis religiöser Gemeinsamkeiten ist es möglich, unter den Konfliktparteien ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stiften. In Kambodscha wurden beispielsweise übergreifende Gemeindestrukturen unter der Diktatur der Roten Khmer fast vollständig zerstört; die Bevölkerung lebte in stark fragmentierten lokalen Verbänden und war politisch handlungsunfähig (Morris 2004: 194). Unter diesen Bedingungen wurde der Buddhismus zur sozialen Klammer, welche die Bevölkerung über die entstandenen sozialen, politischen und ethnischen Abgründe hinweg verband. Noch während des Bürgerkrieges führte der Mönch Maha Ghosana «Friedensmärsche» quer durch Kambodscha an. Gemeinsame Meditationen stärkten das Bewusstsein für eine gemeinsame religiöse Identität und trugen dazu bei, die tiefen Spaltungen

nach dem Ende des Krieges zu überwinden (vgl. Poethig 2004; Morris 2004). Ähnliche Märsche hat die so genannte »Sarvodaya-Bewegung« in Sri Lanka organisiert. Auch die geistlichen Friedensstifter in Südafrika und Uganda haben die gemeinsame religiöse Herkunft der Konfliktparteien betont, um die wechselseitige Gewaltanwendung zu verurteilen.

2.2 Religiös motiviertes Grenzverhalten

Religionen wirken nicht nur als Identitätsmarker. Sie stellen Wertesysteme bereit, die das Verhalten der Gläubigen gegenüber der Ingroup und der Outgroup beeinflussen. Auf der einen Seite liefern sie religiöse Rechtfertigungen für den gewaltsamen Kampf gegen Andersgläubige. Auf der anderen Seite können sie Gewaltmaßnahmen religiös delegitimieren und ihnen religiöse Friedensgebote entgegensetzen. So tragen Religionen immer wieder dazu bei, dass Konflikte zwischen Andersgläubigen entlang religiöser Grenzen eskalieren. Umgekehrt ist aber auch zu beobachten, dass sie in manchen Konflikten friedensfördernd und integrierend wirken, wenn aus politischen oder ökonomischen Gründen alle Zeichen auf Sturm stehen.

Im Hinblick auf die Gewaltlegitimierung gegenüber Andersgläubigen ist der »Heilige Krieg« von besonderer Bedeutung. In allen Weltreligionen existieren solche Traditionen, die Gewalt angesichts äußerer Bedrohungen religiös rechtfertigen, wenn nicht sogar fordern. Mit der Segnung von Waffen geht in der Regel die »Satanisierung« des Gegners einher. Er verkörpert das gewaltige, mythische Böse, mit dem nicht verhandelt werden kann (Juergensmeyer 1996: 14). Besonders deutlich wurde dies auf Sri Lanka. Zahlreiche buddhistische Geistliche und Gläubige hatten die Tamilen mit der mächtigen Armee des Todes gleichgesetzt, wodurch die Möglichkeit einer friedlichen Verhandlungslösung von vornherein ausgeschlossen wurde (Bartholomeusz 2002: 92). In Serbien und Bosnien-Herzegowina hatten christlich-orthodoxe Geistliche die muslimischen Bosniaken als Christusmörder bezeichnet und den Konflikt zwischen den Bevölkerungsgruppen in einen ewigen Kampf zwischen Gut und Böse eingeordnet, der nur mit der endgültigen Vernichtung der muslimischen Bedrohung enden konnte (Sells 1996).

Umgekehrt haben religiöse Friedensgebote in vielen Konflikten dazu beigetragen, Gewalt zu verhindern oder zu mäßigen. Aus Ruanda beispielsweise kommen zahlreiche Berichte von Imamen, welche die Unvereinbarkeit von Koran und Völkermord predigten und die Gläubigen um ihres Heiles willen davor warnten, Unschuldige zu verletzen (Klüsener 2006). In ähnlicher Weise engagierten sich Mahatma Gandhi und Abdul Ghaffar Khan im Unabhängigkeitskampf Indiens und Pakistans. In Sierra Leone trug ein Zusammenschluss engagierter Vertreter verschiedener Glaubensrichtungen entscheidend zur Beilegung des brutalen Bürgerkriegs zwischen der Regierung und den Rebellen der *Revolutionary United Front* (RUF) bei (Sandi/Frances 2005). In gleicher Weise war die *Acholi Religious Leaders*

Peace Initiative (ARLPI) maßgeblich an der Vorbereitung und Begleitung der Friedensverhandlungen zwischen der *Lord's Resistance Army* und der ugandischen Regierung beteiligt (USAID 2001). In Nigeria wurde unter der Leitung von Imam Muhammad Ashafa und Pastor James Wuye das *Muslim-Christian Dialogue and Interfaith Mediation Center* (IMC-MCDF) errichtet, dessen Aktivitäten darauf abzielen, den gegenseitigen Respekt für das kulturelle, religiöse und historische Erbe beider Religionsgemeinschaften zu stärken.

2.3 Religiöse Motivation zur Überwindung persönlicher Grenzen

Auf der individuellen Ebene bieten Religionen Rechtfertigungen für die Überwindung psychischer und moralischer Grenzen. Gewaltsame Auseinandersetzungen sind sowohl für die Kombattanten als auch für die Zivilbevölkerung mit Angst und Opfern verbunden. Indem Religionen übernatürliche Belohnungen oder Strafen bei Fehlverhalten in Aussicht stellen, können sie dazu beitragen, Ängste zu überwinden und Opfer zu akzeptieren (vgl. z.B. Hasenclever/Rittberger 2003: 121; Silbermann/Higgins/Dweck 2005: 773). Das reicht von der Erduldung der Kriegseiden bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens. So motiviert das Bewusstsein, für eine höhere Macht zu streiten, Kämpfer, die sonst längst aufgegeben hätten, immer wieder zu neuen Höchstleistungen (Appleby 2003: 233). Aus zahlreichen afrikanischen Bürgerkriegen ist bekannt, wie traditionelle Rituale eingesetzt werden, um den Kämpfern das Gefühl übernatürlicher Stärke und Unverwundbarkeit zu vermitteln. Steht die eigene körperliche Unversehrtheit scheinbar nicht mehr auf dem Spiel, lassen sich Menschen einfacher zu gefährlichen militärischen Aktionen mobilisieren. So wird beispielsweise den Maji-Maji in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) nachgesagt, sie hielten sich für unverwundbar, würden vollkommen furchtlos kämpfen und selten Deckung suchen. Hintergrund ist ihre Überzeugung, dass sie von einem magischen Trank zuverlässig vor Verletzungen durch Gewehrketten geschützt würden (z.B. Nyeko/Lucima 2002; Wild 1998).

Nicht nur der Kampfeinsatz, auch das Engagement für den Frieden kann drastische persönliche Konsequenzen haben. Wenn Friedensaktivisten in akuten Konfliktsituationen angesichts der Opfer und Leiden in den eigenen Reihen zu Versöhnung und Toleranz aufrufen, dann werden sie häufig als Verräter gebrandmarkt (Little/Appleby 2004: 5). Religiös-ethische Grundsätze können Menschen dazu bewegen, diese Opfer und Risiken zu erdulden (vgl. Sampson 1997). Ihre unverrückbare Überzeugung von der Notwendigkeit der Gewaltfreiheit veranlasste die Khudai Khidmatgars unter der Führung des Paschtunen Abdul Ghaffar Khan, sich den bewaffneten britischen Kolonial-Truppen unbewaffnet entgegenzustellen (vgl. Hörter 2007; Johansen 1997). Die Teilnehmer der Friedensmärsche in Kambodscha setzten sich großer Gefahr aus. Die ersten Märsche begannen, als der Krieg zwischen den vietnamesischen Truppen und den Roten Khmer noch nicht beendet

war. Nicht zuletzt der religiöse Charakter der Märsche trug dazu bei, die Ängste der Teilnehmer zu mildern (Poethig 2004).

3. *Erklärungsperspektiven*

Religionen markieren Bevölkerungsgrenzen, prägen das Grenzverhalten der Gläubigen und helfen ihnen, akzeptierten moralischen Erwartungen trotz großer persönlicher Opfer zu entsprechen. Die Konfliktfolgen dieser drei kausalen Tendenzen sind jeweils für sich genommen ambivalent; sie wirken weder grundsätzlich konfliktverschärfend noch friedensfördernd. Deshalb stellt sich die Frage, wovon ihre Wirkungsrichtung abhängt – worauf noch keine abschließende Antwort gefunden ist. Vielmehr werden derzeit verschiedene Erklärungsansätze diskutiert: Ein erster Ansatz beharrt darauf, dass religiöse Grenzen als solche für die Konfliktwirkung von Religionen verantwortlich seien. Friedenspotential hätten die Religionen nur nach innen. Ein zweiter Ansatz argumentiert, dass die Natur religiöser Grenzen entscheidend sei; danach sind die Außenbeziehungen bestimmter religiöser Gemeinschaften ungewöhnlich gewaltanfällig, während andere problemlos in Frieden miteinander leben können. Eine dritte Gruppe setzt weniger bei den Strukturen und Inhalten von Religionen als vielmehr bei der Interpretation dieser Strukturen und Inhalte durch Geistliche und Gläubige an. Die Interpretationen wiederum können von verschiedenen Faktoren bestimmt werden. So lautet eine Annahme, dass sie sich auf zeitlich und räumlich dominante Dogmen zurückführen lassen. Andere Forscher bringen vor allem militante Interpretationen mit strukturellen wirtschaftlichen und politischen Krisen in Verbindung. Eine weitere Gruppe hält Konfliktverläufe für ausschlaggebend: Unter den Bedingungen eines akuten Sicherheitsdilemmas besinnen sich Menschen auf die religiösen Überlieferungen ihrer politischen Gemeinschaft. Schließlich wird argumentiert, dass es die Interessen, Fähigkeiten und Strategien einflussreicher Eliten seien, welche die mehr oder weniger militante oder friedensstiftende Auslegung religiöser Traditionen bestimmen. Aus unserer Sicht kann lediglich der letzte Ansatz die Ambivalenz von Religionen angemessen erfassen und überzeugende Erklärungen für beide Wirkungsformen entwickeln – allerdings nur, wenn einschlägigen strukturellen Rahmenbedingungen Rechnung getragen wird.

3.1 Religiöse Grenzen als Gewaltursache

Der erste Erklärungsansatz argumentiert, dass die religiösen Grenzen selbst die Gewaltkonflikte hervorrufen. Der bekannteste Vertreter dieser Perspektive ist Samuel Huntington mit seiner These vom »Kampf der Kulturen«. Demnach machen die Verschiedenheit der Religionen und ihr jeweiliger Absolutheitsanspruch die fried-

liche Koexistenz Andersgläubiger langfristig unwahrscheinlich (Huntington 1996; Seelengut 2003). Wo scheinbar unvereinbare religiöse Überzeugungen aufeinander treffen, entstehen Wertekonflikte mit hohem Eskalationspotential, das in politischen Umbruchsituationen aktualisiert wird. Deshalb sind für Huntington religiös gespaltene Gesellschaften nach dem Ende des Kalten Krieges besonders anfällig für blutige Auseinandersetzungen.

Der empirischen Forschung ist es bislang nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen religiöser Differenz und Bürgerkriegsanfälligkeit nachzuweisen. So zeigen zahlreiche Studien, dass der Grad der religiösen Fraktionalisierung keinen Einfluss auf das gesellschaftliche Gewaltisiko hat (Fearon/Laitin 2003; Collier/Hoeffler 2004; Nordas 2004; Elbadawi/Sambanis 2000). Andere Studien untersuchen nicht nur die Wirkung von religiösen Unterschieden selbst, sondern fragen auch, ob sich diese Differenzen zur Mobilisierung eignen. Mit Bezug auf die Arbeiten von Esteban/Ray (1999) und Horowitz (1985) wird argumentiert, dass bestimmte religiös-strukturelle Konstellationen, wie etwa bipolare religiöse Strukturen, besonders konfliktanfällig sind. Doch auch diese These konnte bislang nicht überzeugend belegt werden (Montalvo/Reynal-Querol 2005; Schneider/Wiesehomeier 2006). Die statistische Kriegsursachenforschung kann also keinen robusten Zusammenhang zwischen religiösen Differenzen und der Bürgerkriegsanfälligkeit von Gesellschaften feststellen. Dieser Befund wird durch eine Reihe von qualitativen Fallstudien gestützt. So dient der Bosnienkrieg häufig als Paradebeispiel dafür, dass Gruppen mit unterschiedlicher religiöser Identität langfristig nicht friedlich koexistieren können. Zeitgeschichtliche Untersuchungen widersprechen dieser Interpretation. Für den Großteil der Bevölkerung spielten religiöse Identitäten im Vorfeld des Krieges eine geringe Rolle; wechselseitige Abgrenzungen der religiösen Gemeinschaften waren selten (Velikonja 2003: 26; Loo 2005: 234–235). Auch in Nigeria sind religiöse Unterschiede nur scheinbar eine eigenständige Konfliktursache. In der Plateau-Region ist es zwar in der Vergangenheit immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen gekommen (Human Rights Watch 2005). Ein Blick auf die Hintergründe der Gewalt zeigt jedoch ihren wirtschaftlichen und politischen Ursprung: Vermeintlich ›indigene‹ Bevölkerungsgruppen grenzen sich von ›Siedlern‹ ab und konkurrieren mit ihnen um Land und politischen Einfluss. Religiöse Unterschiede haben erst im Konfliktverlauf an Bedeutung gewonnen (ebd.). Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auf den indonesischen Molukken beobachten: Ende der 1990er Jahre sind mehrere hundert Menschen in blutigen Zusammenstößen zwischen Christen und Muslimen ums Leben gekommen. Detaillierte Fallstudien lassen aber wenige Zweifel an dem politischen Ursprung des Konflikts. Die indonesische Regierung hatte zunächst ein landesweites Dezentralisierungsprogramm verabschiedet. Lokale Eliten sahen daraufhin ihre gesellschaftliche Stellung gefährdet. Die Verteilungskämpfe verschärften sich und mündeten in gewaltsamen Auseinandersetzungen (International Crisis Group 2007; van Klinken 2001).

Die Vorstellung, dass religiöse Grenzen als solche gefährlich seien, ist deshalb aus verschiedenen Gründen nicht überzeugend. Nicht nur, dass die empirische Forschung ihr auf breiter Front widerspricht, das Modell kann auch das Friedenspotential von Religionen nicht adäquat erfassen. Ihre integrierende Wirkung, die ebenfalls auf religiösen Grenzen beruht, kommt nicht in den Blick. Zwar lässt sich argumentieren, dass mono-religiöse Gemeinschaften besonders wenig gewaltanfällig sind; dies kann freilich keine Erklärung für das aktive Friedensengagement religiöser Akteure sein.

3.2 Die Natur religiöser Grenzen als Gewaltursache

Vertreter einer zweiten Erklärungsperspektive gehen davon aus, dass die Natur religiöser Grenzen einen Unterschied macht. Die Wahrscheinlichkeit, dass Glaubensdifferenzen eskalierend wirken, sei dann besonders hoch, wenn die Konfliktparteien Religionen mit hohem Gewaltpotential angehören. Die Qualität der Grenzbeziehungen zwischen religiösen Gemeinschaften ist demnach eine Funktion der Qualität ihrer Glaubenssysteme.

Aus dieser Perspektive wird beispielsweise der vermeintlich gewaltanfällige Islam häufig dem Buddhismus gegenübergestellt, der vielerorts den Ruf hat, eine Friedensreligion zu sein. Andere halten monotheistische Religionen aufgrund ihres Wahrheitsanspruchs für besonders gewaltfördernd, während sie polytheistische Überzeugungen als offen und tolerant klassifizieren (vgl. z.B. Beck 2007; Kurtz 1997). Am Beispiel von Islam und Buddhismus wollen wir das inhaltlich-theologische Argument kurz diskutieren: Lassen sich die gewalt- und die friedensfördernden Wirkungen tatsächlich an den Inhalten von Religionen festmachen?

Samuel Huntingtons viel zitierte These vom »Kampf der Kulturen« ist der Ausgangs- und Referenzpunkt der meisten empirischen Analysen zur Rolle des Islam in politischen Konflikten. Nach Huntington ist zum einen das Außenverhältnis des Islam in besonderem Maße von bewaffneten Auseinandersetzungen geprägt. Gleichzeitig gilt der Islam aber auch nach innen als außerordentlich gewalttätig: »Die Grenzen des Islam sind in der Tat blutig, und das Innere ist es ebenfalls« (Huntington 1996: 420). Wenngleich einzelne Studien diese These unterstützen (z.B. Toft 2006), liefert eine starke Mehrheit quantitativer Analysen robuste Belege für das Gegenteil: Der Islam verliert jede Erklärungskraft als Gewaltursache, sobald wirtschaftliche und politische Faktoren in die Analysen einbezogen werden (z.B. Fearon/Laitin 2003; Collier/Hoeffler 2004; De Soysa/Nordas 2007; Sørli/Gleditsch/Strand 2005).

Im Gegensatz zum Islam gilt der Buddhismus als besonders friedliebend. Aber auch buddhistische Überlieferungen haben in der Vergangenheit immer wieder zur Eskalation von Konflikten beigetragen. Das gilt sowohl für Konflikte zwischen buddhistischen Gruppierungen als auch für Konflikte mit Andersgläubigen (vgl.

Schmitthausen 1996). In Kambodscha, Myanmar und Sri Lanka spielte der Buddhismus bei der Stabilisierung gewaltbereiter Regime genauso eine Rolle wie bei der Eskalation von Konflikten mit verschiedenen religiösen Minderheiten (Suksamran 1993; Matthews 1995; Bartholomeusz 2002). Allein schon diese wenigen Beispiele machen deutlich, dass auch der Buddhismus zur Eskalation von Konflikten beitragen kann und nicht als solcher friedensstiftend wirkt. Zwar lassen die wenigen Fälle keine Aussagen über mögliche graduelle Unterschiede in der Gewaltneigung von Religionen zu, aber sie widersprechen der Annahme von der Gewaltimmunität des Buddhismus. Sehr ähnlich verhält es sich im hinduistischen Religionskosmos.

Die Vermutung, dass keine Weltreligion von ihrem Wesen her gewalttätig oder friedensförderlich ist (vgl. Cox 1994; Rapoport 1993), wird durch eine quantitative Studie von Jonathan Fox weiter gestützt (Fox 2004b). Fox weist nach, dass die Natur der Religion im Unterschied zu sozio-ökonomischen und politischen Faktoren für die Wahrscheinlichkeit bzw. die Ausprägung von Rebellionen keine Rolle spielt (Fox 2004a: 89). Entsprechend kommen in allen Weltreligionen Gewaltaufrufe im Namen des Glaubens genauso vor wie das Engagement für eine friedliche Konfliktlösung. Während Gewaltkonflikte im Nahen Osten, Sri Lanka, Bosnien und Indien zeigen, dass jede Weltreligion über das Potential verfügt, den Einsatz von Gewalt zu fördern (vgl. z.B. Juergensmeyer 1993; Little 1996; Krech 2002), machen die Friedensmärsche des buddhistischen Mönches Maha Gosanada in Kambodscha, der vermittelnde Einsatz der Gemeinde Sant'Egidio im Unabhängigkeitskampf Mosambiks und der Einsatz von Gandhi und dem muslimischen Paschtunen Abdul Ghaffar Khan in Indien und Pakistan deutlich, dass sie bei gleichen religiösen Grundüberzeugungen auch friedensstiftend wirken können. Damit soll nicht ausgeschlossen werden, dass beispielsweise die heiligen Schriften, Rituale und Traditionen einzelner Religionen quantitativ oder qualitativ mehr Raum für gewalt- oder friedensfördernde Auslegungen bieten, doch ist davon auszugehen, dass es sich bei solchen Unterschieden eher um intervenierende als um erklärende Variablen handelt.

3.3 Dominante religiöse Deutungen machen den Unterschied

Vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen ließe sich in einem weiteren Schritt argumentieren, dass nicht überzeitliche Wesensmerkmale von Religionen für ihre Rolle in politischen Konflikten von Bedeutung sind, sondern ihre jeweils dominante Auslegung. Demnach wären bestimmte Religionen nicht per se als besonders gewaltanfällig einzustufen. Vielmehr müsste man im Einzelfall das vorherrschende religiöse Verständnis der Gläubigen und Geistlichen untersuchen. Wenn radikale, der Gewalt zugeneigte Interpretationen den innerreligiösen Diskurs bestimmen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Grenzen zwischen den betreffenden Gemeinschaften konfliktwirksam werden. Umgekehrt ließe sich argumen-

tieren, dass Religion zum Frieden beiträgt, wenn ihre Friedensgebote im Leben der Gemeinschaften stark präsent sind.

Daniel Philpott beispielsweise betont die Bedeutung spezifisch politischer Theologien (Philpott 2007). Darunter versteht er ein System theologischer Ideen und Vorstellungen, die definieren, welche Formen politischer Ordnung und Autorität von einer Glaubensgemeinschaft als legitim erachtet werden. Vom Wesen dieser Ideen und Vorstellungen hängt es nach Philpott ab, ob eine religiöse Gemeinschaft die Legitimität eines Staates akzeptiert oder sich diesem widersetzt. Dominieren politische Theologien, die eine Differenzierung von Staat und Religion verwerfen und einen besonderen politischen Herrschaftsanspruch der eigenen Religion hervorheben, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die betreffenden religiösen Gruppierungen in Konflikt mit anderen Gemeinschaften geraten (Philpott 2007: 519). Auf ähnliche Weise argumentiert Michael Hörter (2007). Er stellt die spezifischen Heilsverständnisse religiöser Bewegungen in den Vordergrund. In seiner Analyse vergleicht er die paschtunischen Khudai Khidmatgars, eine muslimische Bewegung, die sich friedlich und erfolgreich gegen die britische Kolonialmacht auflehnte und die Hamas in Israel. Er kommt zu dem Ergebnis, dass unter vergleichbaren Rahmenbedingungen ein ökumenisches Heilsverständnis mit gewaltfreiem Handeln einhergeht, während ein exklusives Heilsverständnis gewaltsamen Widerstand fördert. Demnach wären religiös konnotierte Gewaltkonflikte dort besonders wahrscheinlich, wo Gruppierungen aufeinander treffen, in denen letzteres dominiert.

Diesen Ansätzen liegt eine Erklärungslogik zugrunde, die sich auch im öffentlichen Verständnis religiös aufgeladener Konflikte widerspiegelt: Die Wahrscheinlichkeit, dass religiöse Gruppierungen in gewaltsame Auseinandersetzungen verwickelt sind, ist dann besonders hoch, wenn ihre Mitglieder potentiell gewaltfördernde religiöse Überzeugungen vertreten. So plausibel diese Aussage auch ist, ist sie dennoch keine befriedigende Erklärung für die Entstehung religiös konnotierter Konflikte. Wenn man der Religion einen grundsätzlichen Pluralismus unterstellt, bleibt die Frage, warum in dem einen Fall friedensfördernde Auslegungen dominieren, während sich in einem anderen militante Interpretationen durchsetzen. Die Vorherrschaft spezifischer religiöser Überzeugungen innerhalb einzelner Gemeinschaften ergibt sich weder unmittelbar aus den heiligen Schriften, noch ist sie unveränderbar.

Tessa J. Bartholomeusz beschreibt beispielsweise, wie das theologische Konzept des Dharma Yuddha – des inneren Kampfes gegen Gier, Hass etc. – im 20. Jahrhundert von buddhistischen Geistlichen in Sri Lanka als weltlicher Verteidigungskampf neu interpretiert wurde (Bartholomeusz 2002). Es wurde genutzt, um zunächst den Widerstand gegen die britische Kolonialmacht und später die gewaltsame Verfolgung der tamilischen Minorität als Kampf gegen das Böse zu legitimieren. Solche Prozesse des religiösen Wandels erfolgen andernorts sehr viel kurzfristiger. In vielen Konflikten lässt sich beobachten, wie jahrhundertealte religiöse Traditionen der Toleranz und Offenheit binnen weniger Jahre bzw. Monate vollstän-

dig entwertet werden. Man betrachte nur die Entwicklungen der interreligiösen Beziehungen in Bosnien und im Libanon: Im Zuge wirtschaftlicher und politischer Krisen wurden die theologischen Grundlagen wechselseitiger Anerkennung durch radikale religiöse Abgrenzungen ersetzt. Diese Beispiele verdeutlichen, dass ein Wandel von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die inhaltlich-theologischen Ausrichtungen religiöser Gruppierungen relativ kurzfristig beträchtlich modifizieren kann.

Es ist deshalb kaum ergiebig, die dominanten theologischen Positionen religiöser Gemeinschaften im Vorfeld von Konflikten als eigenständige Erklärungsfaktoren zu analysieren, wenn diese so instabil sind. Aussichtsreicher ist es, nach den Faktoren zu suchen, die die Vorherrschaft bestimmter religiöser Überzeugungen beeinflussen können. So besteht der Beitrag inhaltlich-theologischer Erklärungen nicht darin, dass sie die Ursachen religiös konnotierter Konflikte erklären, sondern darin, dass sie andere Erklärungsmodelle sinnvoll ergänzen. Sie heben hervor, dass letztlich bestimmte dominante theologische Positionen innerhalb der religiösen Gemeinschaften über deren Konfliktverhalten entscheiden. Insofern weisen sie auf die Notwendigkeit hin, Faktoren und Mechanismen zu identifizieren, die zur Dominanz abgrenzender, gewaltfördernder Interpretationen beitragen können. Als alleinige kausale Erklärungen für die Entstehung religiös konnotierter Konflikte sind inhaltlich-theologische Ansätze hingegen nicht überzeugend.

Wenn man in der kausalen Kette einen Schritt weiter zurück geht und nach den Ursachen der Dominanz bestimmter gewalt- oder friedensfördernder Interpretationen fragt, dann lassen sich wiederum drei Erklärungsansätze unterscheiden: der erste argumentiert, dass makro-strukturelle Veränderungs- und Krisenprozesse für die Stärkung exklusivistisch-religiöser Strömungen ausschlaggebend sind und auf diesem Wege das Konfliktverhalten religiöser Gemeinschaften beeinflussen. Eine zweite Perspektive bringt die Stärke radikaler, gewaltfördernder Botschaften mit existentiellen Kriegserfahrungen in Zusammenhang. Der dritte Ansatz argumentiert, dass Eliten für die Dominanz bestimmter religiöser Interpretationen entscheidend seien. Demnach sind es ihre Ziele, Strategien und Kompetenzen, die die Wirkung von Religionen in Konflikten maßgeblich beeinflussen.

3.4 Existentielle Krisen und die fatale Politisierung von Glaubensgemeinschaften

Ein erster Erklärungsansatz zur Dominanz militanter Interpretation religiöser Überlieferungen geht von ihrer Politisierung in existentiellen Krisen aus. Demnach führen Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse zur Auflösung traditioneller Gesellschaftsstrukturen und einer korrespondierenden Individualisierung von Biographien. Das geht solange gut, wie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zuversichtlich in die Zukunft blickt und für sich soziale Aufstiegschancen sieht. Sobald aber Gesellschaften in eine ernsthafte Wachstumskrise geraten, nehmen

existentielle Ängste auf breiter Front zu. Wenn mit der Wachstumskrise auch eine deutliche Schwächung der staatlichen Leistungsfähigkeit einhergeht, suchen Menschen nach sozialem Schutz und finden ihn häufig in Religionsgemeinschaften, die meistens die einzigen traditionellen Sozialstrukturen sind, welche die vorgängigen Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse überlebt haben (Hanf 1999; Haynes 1999: 245–247; Saliyeh 1990). Auf der Basis wiederentdeckter religiöser Überzeugungen lassen sich dann potente politische Forderungen formulieren (vgl. z.B. ter Haar 2005: 12 ff.; Juergensmeyer 1996: 9–16). Diese Politisierung von Religion in Wirtschafts- und Staatskrisen erklärt dann wiederum ihre zentrale Rolle in nachfolgenden Gewaltkonflikten.

Darüber hinaus wird argumentiert, dass vorgängige Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse auch unmittelbar die Wahrscheinlichkeit beeinflussen, dass Religionen eskalierend auf politische Konflikte wirken: Unter vielen Gläubigen wächst angesichts des Modernisierungs- und Globalisierungsdrucks die Sorge um den Fortbestand ihrer Religion in einer verwestlichten Welt. Aus dieser Sorge entsteht das Bedürfnis, die eigene Religion aktiv gegen glaubensfeindliche Mächte zu verteidigen. Es entwickeln sich fundamentalistische Bewegungen, die auch vor der Anwendung von Gewalt gegen Institutionen und Personen nicht zurückschrecken, wenn sie diese als teuflische Widersacher oder deren weltliche Repräsentanten identifizieren (Almond et. al. 1995b: 405; Keddie 1998; Haynes 1999; Rapoport 1993: 430).

Aber der Versuch, die Politisierung von Religionen und ihr Eskalationspotential zu einer Funktion von Wirtschafts- und Staatskrisen zu machen, überzeugt ebenfalls nicht. Glaubensgemeinschaften können offenkundig auf ähnliche makrostrukturelle Veränderungen ganz unterschiedlich reagieren. So lässt sich zwar zeigen, dass mit Globalisierungs- und Modernisierungsprozessen fundamentalistische Bewegungen in allen Weltreligionen deutlich stärker wurden. Diese Gruppierungen verfolgen aber ganz unterschiedliche Strategien und Ziele. So identifizieren z.B. Almond et al. (1995a) vier Typen fundamentalistischer Bewegungen: »World Conqueror«, »World Transformer«, »World Renouncer« und »World Creator«. Von ihnen tendiere nur der erste Typ zur Gewaltanwendung. Welcher Typ im Einzelfall entsteht, hänge von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren ab und könne auf Basis eines makro-strukturellen Ansatzes nicht erfasst werden. Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommen Studien zu islamistischen Bewegungen im arabischen Raum. Während in allen Ländern der Region eine Politisierung des Islam festzustellen ist, bleiben gewaltbereite Gruppen deutlich in der Minderheit (Wiktorowicz 2004).

Darüber hinaus können makrostrukturelle Variablen, wie bereits erwähnt, kurzfristige Veränderungen nur schwer abbilden. Häufig vollzieht sich die Politisierung von Religionen sehr schnell, was sich schlecht mit Verweis auf den eher langfristigen sozio-ökonomischen Wandel im Krisengebiet erklären lässt. Einschlägige Beispiele sind der Bosnienkrieg oder die Konflikte in West-Papua und auf den Molukken. Die Religion hat hier nicht schrittweise Einzug in den politischen Prozess

gehalten; ihre Politisierung war die rasche und unmittelbare Folge konkreter innenpolitischer Ereignisse. Langfristiger struktureller Wandel muss deshalb notwendigerweise mit kurzfristigen Auslösern in Zusammenhang gebracht werden, um eine überzeugende Erklärungsperspektive bieten zu können.

Schließlich liefert auch die empirische Forschung wenig Belege dafür, dass die Revitalisierung der Religion im Zuge globaler Modernisierungsprozesse zu ihrer verstärkten Konfliktwirksamkeit führt. Zwar gibt es Hinweise darauf, dass der Anteil religiös aufgeladener Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg leicht angestiegen ist (Ellingsen 2005; Fox 2004b; Toft 2007), doch gibt es gute Gründe, dies auf die besonders schwere Lösbarkeit religiös konnotierter Auseinandersetzungen zurückzuführen. Während die Dauer säkularer Gewaltkonflikte seit den 1990ern abnimmt (Fearon/Laitin 2003), scheinen Konflikte mit religiöser Dimension länger anzudauern und schwerer lösbar zu sein (Toft 2007; Svensson 2007).

Insgesamt ist also auch die Erklärungskraft der makrostrukturellen Perspektive begrenzt. Zweifellos können strukturelle Faktoren die Konfliktwirkung von Religionen beeinflussen. Sie sind jedoch in zweierlei Hinsicht unbefriedigend. Zunächst lässt sich beobachten, dass religiöse Traditionen unter sonst ähnlichen strukturellen Bedingungen auf sehr unterschiedliche Art und Weise wirken. Darüber hinaus können auf der Basis struktureller Veränderungsprozesse zwar Erwartungen formuliert werden, unter welchen Bedingungen die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Religionen eskalierend wirken. Es lassen sich jedoch keine Aussagen darüber ableiten, unter welchen Umständen Religionen einen friedensfördernden Beitrag zur Konfliktbearbeitung leisten.

3.5 Krieg und die fatale Sakralisierung von Gewalt

Unter Kriegsbedingungen versuchen gefährdete Menschen, alle ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen zu mobilisieren, um existentiellen Stress und die Bedrohungssituation zu bewältigen (Anderson 2004: 269–270). Dabei trifft das gesteigerte Verlangen nach Sinn und Orientierung auf das überlieferte Deutungs- und Heilsangebot von Religionen. Wie Martin Riesebrodt schreibt, reklamieren Religionen für sich »die Fähigkeit zur Abwehr von Unheil, Krisenbewältigung und Heilstiftung durch Kommunikation mit übermenschlichen Mächten.« (Riesebrodt 2007: 113) Nicht zuletzt deshalb haben Religionen in zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen, wie z.B. im Südsudan, im Nagaland-Konflikt in Indien oder im Bosnienkrieg, im Konfliktverlauf massiv an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen. Nach Jeffrey R. Seal geht dieser Bedeutungsgewinn der Religion häufig tatsächlich mit einer verstärkten Abgrenzung der Gläubigen nach außen einher (Seal 1999). Fühlt sich eine religiöse Gemeinschaft bedroht, werden ihre Mitglieder vor allem solche religiösen Traditionen betonen, die ihren inneren Zusammenhalt fördern. Oft bieten diese Traditionen auch eine Rechtfertigung für die Gewalt-

anwendung nach außen (z.B. ebd.: 563). So argumentieren Hans Kippenberg (2008) und Charles Seelengut (2003), dass religiöse Gemeinschaften in Bedrohungssituationen häufig eigene Rechtfertigungsmuster der Selbstverteidigung entwickeln. Sie definieren sich beispielsweise als »erwählte« Bevölkerungsgruppe, die das Recht und die Pflicht hat, dem Bösen zu widerstehen. Vor diesem Hintergrund ließe sich dann gut erklären, warum die Religion häufig eskalierend wirkt, wenn sich andersgläubige Gruppierungen gegenüberstehen – auch wenn die religiösen Unterschiede nicht die Ursache der Gewaltkonflikte sind: Der psychische Stress, dem die Menschen ausgesetzt sind, erhöht den Stellenwert der Religion innerhalb der Gruppe. Die Vitalisierung der Religion geht mit einer verstärkten Ingroup-Outgroup-Bildung einher, welche wiederum die Gefahr einer religiösen Eskalation des Konflikts steigert.

Dieser sozialpsychologische Erklärungsansatz, der von einer quasi-automatischen Sakralisierung säkularer Konflikte ausgeht, ist mit den geschilderten Befunden der quantitativen Forschung ebenso vereinbar wie mit den qualitativen Studien zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Indonesien, Nigeria und Bosnien. Gleichwohl leidet auch er unter einer fatalen Perspektivenverengung: Zwar gewinnt die Religion tatsächlich in vielen ursprünglich wirtschaftlichen und politischen Konflikten an Bedeutung. Die Menschen identifizieren sich vermehrt über ihre religiöse Zugehörigkeit und die gruppeninterne Kohärenz der religiösen Gemeinschaften nimmt zu. Der unterstellte kausale Zusammenhang zwischen diesen Prozessen und der religiösen Konflikteskalation ist aber nicht überzeugend. Viele aktuelle und vergangene Konflikte verdeutlichen das:

In der muslimischen Minderheit der chinesischen Xinjiang-Region hatten repressive staatliche Kampagnen in den 1990er Jahren eine beträchtliche Revitalisierung der Religion zur Folge (vgl. z.B. Castets 2003, 2006). Das erstarkte muslimische Bewusstsein hat aber weder die Konfliktinterpretation dominiert, noch wie andernorts zu einer radikal-islamischen Überhöhung nationalistischer Diskurse geführt (vgl. z.B. Fuller/Lipman 2004; Millward 2004; Castets 2003). Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2005 sehen nur 5,5 Prozent der dortigen Muslime kulturelle Unterschiede zu den Han-Chinesen als entscheidenden Hintergrund ihrer Autonomieansprüche (Yee 2005: 46). Trotz der Bedeutungszunahme des Islams lassen sich keine Hinweise auf eine massive Verbreitung radikal-religiösen Gedankengutes beobachten (Shichor 2006: 106).

Die muslimische Minderheit Bulgariens wurde über Jahrzehnte von der kommunistischen Regierung des Landes unterdrückt und verfolgt. Die in den 1950er Jahren begonnene staatliche Assimilierungspolitik erreichte in den 1980er Jahren ihren Höhepunkt. Sie zielte darauf ab, alle Elemente der ethnischen und religiösen Identität der türkisch-muslimischen Minderheit auszulöschen. Trotz dieser unmittelbaren existentiellen Bedrohung der Muslime durch eine christliche Bevölkerungsmehrheit spielte der Islam niemals eine bedeutende eskalierende Rolle in dem Konflikt (vgl. z.B. Ragaru 2001; Eminov 1987).

In Myanmar wurden die mehrheitlich christlichen Chin von der herrschenden Militärjunta verfolgt und unterdrückt. Viele von ihnen haben den andauernden Konflikt mit der Zentralregierung in einem religiösen Kontext interpretiert. Dies führte aber nicht zu einer religiösen Eskalation der Auseinandersetzungen. Vielmehr interpretierten die Gläubigen die radikalen Übergriffe des Staates als Plan Gottes und als unmittelbaren Bestandteil ihrer persönlichen Entscheidung, der christlichen Lehre zu folgen (Sakhong 2007).

Eine ähnliche Situation besteht im indonesischen West-Papua. Konflikte zwischen christlichen und muslimischen Gruppierungen münden seit Jahren immer wieder in mitunter heftige lokale Ausschreitungen. In diesem anhaltenden Ausnahmezustand haben sich viele Mitglieder der christlichen Minderheit verstärkt auf ihren Glauben besonnen und Trost und Schutz in der lokalen Kirche gesucht. Dennoch spielten die religiösen Unterschiede zwischen den Konfliktparteien niemals eine bedeutende gewalteskalierende Rolle (vgl. May 1981; Rutherford 2005).

Der Sudan gehört zu den eindrucksvollsten Beispielen für den Bedeutungsgewinn von Religionen in Kriegs- und Krisenzeiten. Christliche Gemeinden haben sich im Kriegsverlauf stark im Süden des Landes verbreitet und zahlreiche neue Mitglieder geworben. Auf der Suche nach Erklärungen für den anhaltenden Kriegszustand mit dem mehrheitlich muslimischen Norden haben viele Dinka und Nuer Antworten im Christentum gefunden. Die starke Besinnung auf den christlichen Glauben hatte aber keinerlei eskalierende Folgen für den Konfliktverlauf. Unter vielen Christen setzte sich die Auffassung durch, bei dem erfahrenen Leid handle es sich um eine selbstverschuldete göttliche Strafe (vgl. z.B. Hutchinson 2001; Wheeler 1997).

Die besonderen Ausnahmesituationen in Kriegs- und Krisenzeiten führen also nicht zwangsläufig zur religiösen Eskalation. Vielmehr lässt sich in vielen Konflikten beobachten, wie dieser Bedeutungsgewinn mit einem effektiven friedensfördernden Effekt der Religion einhergegangen ist, beispielsweise im Sudan. Die Ambivalenz der religiösen Konfliktwirkung lässt sich also mit Verweis auf den Bedeutungsgewinn der Religion in besonderen Ausnahmesituationen alleine nicht erklären. Darüber hinaus leidet dieser Ansatz unter dem gleichen Problem wie die meisten anderen bislang vorgestellten Erklärungsperspektiven. Er entwickelt eine zunächst plausible Erklärung für die eskalierende Wirkung von Religionen, formuliert aber keine eigenen Thesen zur Frage, wann Religionen friedensfördernd wirken.

3.6 Die Kalküle politischer Eliten und religiöser Autoritäten

Ein letzter Erklärungsansatz, der hier vorgestellt werden soll, legt den Schwerpunkt auf die Rolle von Eliten in Gewaltkonflikten. Im Vordergrund stehen weniger Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene als vielmehr Motivationen und Möglich-

keiten des religiösen Führungspersonals. Eliten zeichnen sich generell dadurch aus, dass sie im Unterschied zur breiten Bevölkerung über besonderen Einfluss verfügen, um politische Prozesse zu gestalten. Diese Fähigkeit resultiert primär aus ranghohen Positionen, die sie in einer Gesellschaft und ihren Teilsystemen einnehmen (vgl. Imbusch 2002; Paris 2003). In Bezug auf die Rolle von Religionen in Konflikten sind vor allem Eliten entscheidend, die solche Statuspositionen in Glaubensgemeinschaften einnehmen und als religiöse Autoritäten anerkannt sind. Wie religionssoziologische Untersuchungen zeigen, sind sie es, die die Formulierung und Durchsetzung zeitgemäßer religiöser Normen nachhaltig kontrollieren. Denn abstrakte und komplexe Mythen, Schriften und Traditionen müssen ständig neu im Lichte einer sich verändernden Realität interpretiert werden, um glaubwürdig zu bleiben (Ammermann 2003; Appleby 2000: 117 f.). Letztendlich hängt aus dieser Perspektive also die Konfliktrelevanz von Religionen davon ab, welche Botschaften anerkannte Deutungsexperten verbreiten. Damit stellt sich die Frage, aus welchen Gründen und unter welchen Umständen sie zur Gewalt aufrufen und wann sie sich für den Frieden einsetzen. Hier lassen sich zwei Positionen unterscheiden.

Die Vertreter der ersten Position gehen von einer Logik der Angemessenheit aus. Sie betonen genuin religiöse Motive und die Uneigennützigkeit religiöser Autoritäten als ausschlagende Größen (vgl. Weingardt 2007). Insbesondere im Hinblick auf das Friedensengagement wird häufig argumentiert, dass das Handeln geistlicher Eliten in den Friedenstraditionen ihres Glaubens gründe und dass sie deshalb einflussreich gewesen seien, weil sie aufgrund ihrer Selbstlosigkeit und Auslegungskompetenz die Gemeinden von der Heilsverbindlichkeit dieser Traditionen überzeugt hätten. In diesem Sinne setzte sich in Südafrika seit Ende der 1970er Jahre der *South African Council of Churches* unter der Leitung von Desmond Tutu für den gewaltfreien Protest gegen das Apartheidregime ein. Es ist unstrittig, dass nicht zuletzt sein Einsatz für Versöhnung und gegen Gewalt das Land Ende der 1980er Jahre vor dem Abgleiten in einen blutigen Bürgerkrieg bewahrt hat (Johnston 1994). Im Irak trat Großayatollah Ali al-Sistani als unbestrittene geistliche Autorität des schiitischen Islams gegen Kämpfe zwischen Sunniten und Schiiten ein (z.B. Rahimi 2007). Auch ihm wird von Beobachtern in hohem Maße persönliche Integrität und theologische Kompetenz zugesprochen (Cole 2007).

Umgekehrt lässt sich in etlichen Konflikten aber auch plausibel argumentieren, dass das gewaltfördernde Engagement geistlicher Autoritäten auf ihre religiösen Überzeugungen zurückzuführen ist. Anfang der 1980er Jahre etablierte sich der charismatische Sikh-Prediger Bhindranwale als zentraler politischer Führer im indischen Punjab. Bis zu seinem Tod im Jahr 1984 führte er den Kampf gegen die indische Zentralregierung. Der Ursprung der Unabhängigkeitsbewegung bestand in einem religiösen Wettstreit um den »wahren Sikh-Glauben«, in dem sich orthodoxe Sikh-Geistliche und Anhänger der Nirankaris, einer Sekte innerhalb der Sikh-Religion, gegenüberstanden. Der Kampf gegen die Regierung wurde insbesondere in ihrer mangelnden Bereitschaft begründet, den Sikh-Glauben gegen Bedrohun-

gen zu schützen (Juergensmeyer 1988; Telford 1992: 974–976; van der Veer 1996: 270). In den Jahren 1978 und 1979 mobilisierte Ayatollah Khomeini die mehrheitlich schiitische Bevölkerung im Iran, entmachtete den Schah und etablierte einen theokratischen Staat unter seiner eigenen politischen und religiösen Führung. Damit folgte er seiner persönlichen theologischen Vorstellung von der politischen Rolle und Verantwortung des schiitischen Klerus.

Vertreter der zweiten Position betonen, dass auch dem Verhalten religiöser Eliten eine Logik der Nutzenmaximierung zu Grunde liege und sie durch rationale Erwägungen geleitet würden (vgl. De Juan 2009, 2010). Aus dieser Sicht sind es also nicht primär religiöse Überzeugungen sondern strategische Erwägungen, die den Ausschlag geben. So führt beispielsweise Michael E. Brown an, dass sich politische Eliten in Konkurrenzsituationen besonders häufig als Beschützer ihrer jeweiligen Ethnien präsentieren, um ihre Legitimität in der Bevölkerung zu festigen und Unterstützung zu mobilisieren (Brown 1997). In ähnlicher Weise betont Monica Toft, dass politische Eliten oft versuchen, sich gegenseitig in ihrer religiösen Rhetorik zu überbieten, um sich als Beschützer der Religion zu präsentieren und Zugriff auf internationale Unterstützung zu erlangen; insbesondere dann, wenn sie sich durch andere politische Eliten in der Erreichung ihrer Ziele bedroht sehen (Toft 2007). Prominente Beispiele sind die religiösen Agitationen von Slobodan Milošević in Serbien, von Omar Hassan Ahmad al-Bashir im Sudan oder auch von Präsident George W. Bush im Vorfeld des Irak-Krieges im Jahr 2003. Auch einflussreiche Geistliche haben in vielen Konflikten zu Gewalt aufgerufen, weil sie offenbar davon überzeugt waren, dass sie auf diese Weise andere Ziele verwirklichen können. Auf Sri Lanka haben buddhistische Geistliche aktiv in den politischen Prozess eingegriffen und die radikalen Botschaften nationalistischer Politiker unterstützt. Im Gegenzug wurden sie vom Regime politisch und gesellschaftlich begünstigt. Im Jahr 1972 wurde dem Buddhismus beispielsweise offiziell ein besonderer Status in der srilankischen Verfassung zugesprochen (Amunugama 1991: 127; Stirrat 1998: 154). In Ruanda und Burundi haben katholische und protestantische Geistliche eng mit staatlichen politischen Eliten kooperiert und die religiöse Rechtfertigung der Völkermorde ermöglicht. Im Gegenzug waren sie in der Lage, ihre religiöse Vormachtstellung mit Hilfe staatlicher Unterstützung zu sichern (z.B. Longman 2001). In Nordirland schließlich haben protestantische und katholische Geistliche radikale nationalistische Kräfte unterstützt und damit zur religiösen Eskalation und Aufrechterhaltung des Konflikts beigetragen, um ihre eigene gesellschaftliche Stellung gegenüber der jeweils anderen Konfession zu behaupten (z.B. Moltmann 2005).

Auf die gleiche Weise lassen sich religiöse Friedensaufrufe mit rationalen Erwägungen in Zusammenhang bringen. In vielen Konflikten scheint der Einsatz für den Frieden mit der Absicherung der eigenen Position einherzugehen. Prima facie Friedensstifter streben nach Unterstützung einflussreicher politischer Akteure oder wollen sich gegen konkurrierende Geistliche durchsetzen (vgl. De Juan/Vüllers

2010). Im indonesischen West-Papua führten Konflikte zwischen christlichen und muslimischen Gruppierungen seit Jahren immer wieder zu lokalen Gewaltausbrüchen. Dabei lässt sich feststellen, dass die religiös begründete Gewaltpropaganda in verschiedenen christlichen Rebellenbewegungen an Bedeutung gewonnen hat. Aus Furcht vor Sanktionen der indonesischen Zentralregierung stellten aber die Geistlichen der katholischen Amtskirche jede religiöse Rechtfertigung von Gewalt immer wieder öffentlich in Frage. Nicht zuletzt aus diesem Grund scheiterten die christlichen Rebellen mit ihrem Versuch, breite Bevölkerungsgruppen für ihren Kampf zu mobilisieren (vgl. May 1981; Rutherford 2005). In Thailand hat die Zentralregierung seit 1945 gezielt versucht, die muslimische Minderheit in eine zentralisierte, staatsnahe, religiöse Struktur einzubinden (Che Man 1990; Yusuf 1998: 285; Gilquin 2002: 157). Innerhalb dieser Strukturen sind die muslimischen Geistlichen von staatlichen Stellen abhängig – sie erhalten staatliche Gehälter und ihr Zugang zu religiösen Ämtern wird in hohem Maße politisch bestimmt. Vor dem Hintergrund dieser Abhängigkeit verwundert es nicht, dass die Geistlichen im Autonomiekonflikt zwischen der muslimischen Minderheit und der thailändischen Zentralregierung zum Frieden aufgerufen und die Gewaltkampagne der Rebellen religiös verurteilt haben.

Gleich, ob das Verhalten von Eliten auf ihre religiösen Überzeugungen zurückgeführt wird oder auf rationale Erwägungen – die dargestellte handlungstheoretische Perspektive geht davon aus, dass geistliche Autoritäten nachhaltig das Verhalten der Gläubigen beeinflussen können und auf diese Weise für die Konfliktrelevanz von Religionen verantwortlich sind. Mit ihren anerkannten religiösen Interpretationen tragen geistliche Autoritäten dazu bei, die Gestalt religiöser Grenzen zu definieren. Zudem beeinflussen sie die Art, wie die Gläubigen die religiösen Grenzen wahrnehmen, und welche Pflichten aus der Grenzziehung folgen. Schließlich sind es religiöse Autoritäten, die festlegen, wie ernst diese Pflichten zu nehmen sind und welche Opfer von den Gläubigen bei ihrer Erfüllung um des Heils willen verlangt werden können.

Diese handlungstheoretisch begründete Eliten-Perspektive steht auf der einen Seite den referierten Befunden der empirischen Forschung nicht entgegen und bietet gleichermaßen Erklärungen für die gewalteskalierende wie die friedensfördernde Wirkung der Religion. Auf der anderen Seite ist sie aber auch in der Lage, strukturelle Argumente zu integrieren. Hier schließt sich der theoretische Kreis. Sobald wir fragen, unter welchen Bedingungen Aufrufe zur Gewalt und wann Friedensappelle religiöser Eliten erfolgreich sind, werden wir deren politisches und soziales Umfeld wieder in die Analyse einbeziehen müssen. Denn glaubwürdige religiöse Interpretationen zeichnen sich durch Zeitgemäßheit aus. Sie müssen die Gläubigen dort abholen, wo sie stehen, und das heißt, dass geistliche Eliten an den religiösen und politischen Überzeugungen ihrer Gläubigen im Guten wie im Schlechten anknüpfen müssen. Wenn sie das nicht tun, dann können Aufrufe zur Gewalt genauso scheitern wie Friedensappelle (De Juan/Hasenclever 2009).

4. Schluss

Studien zeigen, dass Religionen in vielen Konflikten eine wichtige Rolle spielen. Ihr Einfluss ist aber grundsätzlich ambivalent. Auf der einen Seite können Religionen zur Eskalation von Auseinandersetzungen beitragen und innenpolitische Gewalt fördern. Auf der anderen Seite können sie die friedliche Konfliktbearbeitung erleichtern und einen gewaltlosen Wandel vorantreiben. Sowohl die gewalteskalierende als auch die friedensfördernde Wirkung von Religion lässt sich im letzten auf ihre Fähigkeit zurückführen, Gemeinschaften zu bilden, ihnen besondere Dignität zu verleihen, und sie von anderen Gemeinschaften abzugrenzen (Kippenberg 2008). Innerhalb der Gemeinschaft der Gläubigen können Religionen ›Menschen guten Willens‹ auf einen gewaltfreien Umgang verpflichten. Gleichzeitig beeinflussen sie die Interaktion mit fremden Gruppen im Guten wie im Schlechten— je nachdem wie eine Konfliktsituation wahrgenommen wird, ob die fremde Partei respektiert oder verteufelt wird, und welche Bearbeitungsstrategien als angemessen gelten. Schließlich sind Religionen in der Lage, ihre Gläubigen zu großen Opfern um des Heils willen zu motivieren. Auch diese Fähigkeit kann unterschiedliche Folgen haben, die davon abhängen, ob Menschen der Meinung sind, für ihre Überzeugungen in den Kampf ziehen oder sich für den Frieden einsetzen zu müssen.

Wegen der offenkundigen Ambivalenz stellt sich die Frage, warum Religionen manchmal gewaltfördernd und in anderen Fällen gewaltmindernd wirken. Bislang haben sich erstaunlich wenige Studien dezidiert mit dieser Frage auseinandergesetzt. Vielmehr konzentriert sich die Forschung nach wie vor auf die Debatte um die gewalttreibende Dimension von Religionen: Können sie tatsächlich für politische Gewalt verantwortlich gemacht werden oder haften Menschen allein für ihre Konflikte und deren Verläufe? Ein möglicher Grund für diesen einseitigen Fokus mag in der Komplexität des Zusammenhangs liegen, die bei vielen eine Tendenz zur ›kausalanalytischen Kapitulation‹ zu fördern scheint. Demnach ist das Verhältnis von Religion, Gewalt und Frieden so vielschichtig, dass theoretische Erklärungsversuche mit Verallgemeinerbarkeitsanspruch von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Gleichwohl haben sich in den vergangenen Jahren verschiedene Ansätze herausgebildet, die Erklärungen für die ambivalente Wirkung der Religion vorschlagen. Ein erster Erklärungsstrang betont die Bedeutung religiöser Unterschiede selbst. Wo in Gesellschaften unvereinbare Glaubensüberzeugungen aufeinander treffen, müssen politische Konflikte entstehen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu gewaltsamen Auseinandersetzungen eskalieren. Homogenität erklärt demgegenüber die friedliche Seite der Religionen. Ein anderer Ansatz argumentiert, dass Religionen in psychischen Stress- und Krisensituationen grundsätzlich an Bedeutung gewinnen. Damit gehe in vielen religiösen Gemeinschaften eine verstärkte Abgrenzung nach außen einher, welche die Gefahr einer religiösen Eskalation erhöhe. Aus

einer eher inhaltlich-theologischen Perspektive heraus lässt sich eine religiöse Gewalteskalation dann beobachten, wenn religiöse Gruppierungen beteiligt sind, in denen gewaltfördernde Theologien vorherrschen. Ein anderer Ansatz betont die Politisierung der Religion als Gegenreaktion zu Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen. Der Einzug religiöser Ziele und Programme in die politische Sphäre erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Religionen auch in entstehenden Gewaltkonflikten eine prominente Rolle spielen. All diese Sichtweisen sind mit den gleichen Problemen behaftet: Entweder sind sie nicht mit der empirischen Forschung vereinbar oder sie sind nur in der Lage, die gewaltfördernde Wirkung der Religion zu erklären, nicht aber den Hintergrund ihres Friedensbeitrags. Ein letzter Ansatz schließlich betont die Rolle einflussreicher Eliten, die religiöse Diskurse steuern und das Verhalten der Gläubigen beeinflussen. Aus unserer Sicht bietet diese Perspektive viel versprechende Ausgangspunkte zur Erklärung der unterschiedlichen Wirkungsformen der Religion. Zukünftige empirische Studien werden aber noch zeigen müssen, ob sich der Ansatz durchsetzen kann.

Literatur

- Almond, Gabriel A./Sivan, Emmanuel/Appleby, Scott R. (1995a): »Explaining Fundamentalism«. In: Martin E. Marty, Scott R. Appleby (Hg.): *Fundamentalism Comprehended*. Chicago, London: University of Chicago Press, S. 425–443.
- (1995b): »Fundamentalism: Genus and Species«. In: Martin E. Marty, Scott R. Appleby (Hg.): *Fundamentalism Comprehended*. Chicago, London: University Press of Chicago, S. 399–424.
- Ammerman, Nancy T. (2003): »Religious Identities and Religious Institutions«. In: Michele Dillon (Hg.): *Handbook of Sociology of Religion*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 207–224.
- Amunugama, Sarath (1991): »Buddhaputra ans Bhumiputra? Dilemmas of Modern Sinhala Buddhist Monks in Relation to Ethnic and Political Conflict«. In: *Religion* 21, S. 115–139.
- Anderson, Paul N. (2004): »Religion and Violence. From Pawn to Scapegoat«. In: Harold J. Ellens (Hg.): *The Destructive Power of Religion. Violence in Judaism, Christianity, and Islam*. Westport: Praeger, S. 265–283.
- Appleby, Scott R. (2000): *The Ambivalence of the Sacred. Religion, Violence, and Reconciliation*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- (2003): »Retrieving the Missing Dimension of Statecraft. Religious Faith in the Service of Peacebuilding«. In: Douglas Johnston (Hg.): *Faith-Based Diplomacy: Trumping Realpolitik*. Oxford: Oxford University Press, S. 231–258.
- Bartholomeusz, Tessa J. (2002): *In Defense of Dharma. Just-War Ideology in Buddhist Sri Lanka*. London, New York: Routledge.
- Beck, Ulrich (2007): »Gott ist gefährlich. So human Religion auch scheinen mag: Sie birgt stets einen totalitären Kern«. In: *DIE ZEIT*, 19. Dezember 2007, S. 12.
- Brown, Michael E. (1997): »The Causes of Internal Conflict: An Overview«. In: Ders. (Hg.): *Nationalism and Ethnic Conflict: And International Security Reader*. Cambridge: MIT Press, S. 3–25.
- Castets, Rémi (2003): »The Uyghurs in Xinjiang – The Malaise Grows«. In: *China Perspectives* 49, <http://chinaperspectives.revues.org/648> (letzter Zugriff: 24.8.2010).
- (2006): *L'Islam en Chine et l'après 11 septembre*. Arbeitspapier, Observatoire géopolitique sur la Chine, Note d'Introduction suivi d'une synthèse de la séance du 28^{ième} Avril 2006.
- Che Man, W. K. (1990): *Muslim Separatism: The Moros of Southern Philippines and the Malays of Southern Thailand*. Oxford, New York: Oxford University Press.

- Cole Juan (2007): »The Decline of Grand Ayatollah Sistani's Influence«. In: *Die Friedenswarte* 82 (2-3), S. 67–84.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2004): »Greed and Grievance in Civil War«. In: *Oxford Economic Papers* 56, S. 563–595.
- Cox, Harvey (1994): »World Religions and Conflict Resolution«. In: Douglas Johnston, Cynthia Sampson (Hg.): *Religion, the Missing Dimension of Statecraft*. Oxford: Oxford University Press, S. 266–282.
- De Juan, Alexander (2009): »A Pact with the Devil? Elite Alliances as Bases of Violent Religious Conflicts«. In: *Studies in Conflict & Terrorism* 31 (12), S. 1120–1135.
- (2010): *Innerstaatliche Gewaltkonflikte unter dem Banner der Religion – die Rolle politischer und religiöser Eliten*. Baden-Baden: Nomos.
- /Hasenclever, Andreas (2009): »Das Framing religiöser Konflikte – die Rolle von Eliten in religiös konnotierten Bürgerkriegen«. In: Margit Bussmann, Andreas Hasenclever, Gerald Schneider (Hg.): *Identität, Institutionen und Ökonomie: Ursachen innenpolitischer Gewalt*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 43. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 178–205.
- /Vüllers, Johannes (2010): *Religious Peace Activism - The Rational Element of Religious Elites' Decision-making Processes*. GIGA Working Paper 130. Hamburg: German Institute of Global and Area Studies.
- De Soysa, Indra/Nordas, Ragnhild (2007): »Islam's Bloody Innards? Religion and Political Terror, 1980-2000«. In: *International Studies Quarterly* 51 (4), S. 927–943.
- Elbadawi, Ibrahim/Sambanis, Nicholas (2000): »Why Are There So Many Civil Wars in Africa? Understanding and Preventing Violent Conflict«. In: *Journal of African Economies* 9 (3), S. 244–269.
- Ellingsen, Tanja (2005): »Toward a Revival of Religion and Religious Clashes?«. In: *Terrorism and Political Violence* 17 (3), S. 305–332.
- Eminov, Ali (1987): »The Status of Islam and Muslims in Bulgaria«. In: *Journal Institute of Muslim Minority Affairs* 8 (2), S. 279–301.
- Esteban, Joan/Ray, Debraj (1999): »Conflict and Distribution«. In: *Journal of Economic Theory* 87 (2), S. 379–415.
- Fearon, James D./Laitin, David D. (2003): »Ethnicity, Insurgency, and Civil War«. In: *American Political Science Review* 97 (1), S. 75–90.
- Fox, Jonathan (2004a): *Religion, Civilization, and Civil War. 1945 Through the New Millennium*. Oxford: Lexington.
- (2004b): »The Rise of Religious Nationalism and Conflict. Ethnic Conflict and Revolutionary Wars, 1945-2001«. In: *Journal of Peace Research* 41 (6), S. 715–731.
- Fuller, Graham/Lipman, Jonathan (2004): »Islam in Xinjiang«. In: Fredrick Starr (Hg.), *Xinjiang: China's Muslim Borderland*. Armonk, New York: M.E. Sharpe, S. 320–352.
- Gilquin, Michel (2002): *Les Musulmans de Thaïlande*. Paris: L'Harmattan.
- Hanf, Theodor (1999): »The Sacred Marker. Religion, Communalism, and Nationalism«. In: Ders. (Hg.): *Dealing with Differences: Religion, Ethnicity, and Politics: Comparing Cases and Concepts*. Baden-Baden: Nomos, S. 385–397.
- Haynes, Jeff (1999): »Conclusion«. In: Ders. (Hg.): *Religion, Globalization and Political Culture in the Third World*. London, New York: Macmillan/St. Martin Press, S. 240–256.
- Harpviken, Kristian Berg/Røislien, Hanne Eggen (2008): »Faithful Brokers? Potentials and Pitfalls of Religion in Peacemaking«. In: *Conflict Resolution Quarterly* 25 (3), S. 351–373.
- Hasenclever, Andreas/Rittberger, Volker (2003): »Does Religion Make a Difference? Theoretical Approaches to the Impact of Faith on Political Conflict«. In: Fabio Petito, Pavlos Hatzopoulos (Hg.): *Religion in International Relations. The Return from Exile*. New York: Palgrave Macmillan, S. 107–146.
- Hawley, Susan (1997): »Protestantism and Indigenous Mobilisation: The Moravian Church among the Miskitu Indians of Nicaragua«. In: *Journal of Latin American Studies* 29 (1), S. 111–129.
- Horowitz, Donald L. (1985): *Ethnic Groups in Conflict*. Berkeley: University of California Press.
- Hörter, Michael (2007): »Ökumenisches Bewusstsein als Erklärungsvariable für das Konfliktverhalten religiöser Akteure: Ein Vergleich der Khudai Khidmatgars und der Hamas«. In: Andreas Hasencle-

- ver, Alexander De Juan (Hg.): *Religion, Krieg und Frieden*. Sonderausgabe von *Die Friedens-Warte* 82 (2-3), S. 85–108.
- Human Rights Watch (2005): *Revenge in the Name of Religion. The Cycle of Violence in Plateau and Kano States*. Report, 25. Mai 2005, <http://www.hrw.org/en/reports/2005/05/24/revenge-name-religion> (letzter Zugriff: 24.8.2010).
- Huntington, Samuel P. (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York: Simon & Schuster.
- Hutchinson, Sharon E. (2001): »A Curse from God? Religious and Political Dimensions of the Post-1991 Rise of Ethnic Violence in South Sudan«. In: *The Journal of Modern African Studies* 39 (2), S. 307–331.
- Imbusch, Peter (2002): »Konjunkturen, Probleme und Desiderata sozialwissenschaftlicher Elitenforschung«. In: Stefan Hradil, Peter Imbusch (Hg.): *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–32.
- International Crisis Group (2007): *Indonesia: Decentralisation and Local Power Struggles in Maluku*. Asia Briefing Nr. 64.
- Johansen, Robert C. (1997): »Radical Islam and Nonviolence: A Case Study of Religious Empowerment and Constraint Among Pashtuns«. In: *Journal of Peace Research* 34 (1), S. 35–71.
- Johnston, Douglas (1994): »The Churches and Apartheid in South Africa«. In: Ders., Cynthia Sampson (Hg.): *Religion, the Missing Dimension of Statecraft*. Oxford: Oxford University Press, S. 177–207.
- Juergensmeyer, Mark (1988): »The logic of religious violence: The case of the Punjab«. In: *Contributions to Indian Sociology* 22 (1), S. 65–88.
- (1993): *The New Cold War? Religious Nationalism Confronts the Secular State*. Oxford, Berkeley: University of California Press.
- (1996): »The Worldwide Rise of Religious Nationalism«. In: *Journal of International Affairs* 50 (1), S. 1–20.
- Keddie, Nikki R. (1998): »The New Religious Politics. Where, When, and Why Do »Fundamentalisms« Appear«. In: *Comparative Studies in Society and History* 40 (4), S. 696–723.
- Kippenberg, Hans G. (2008): *Gewalt als Gottesdienst. Religionskriege im Zeitalter der Globalisierung*, München: C.H. Beck.
- Klüsener, Rainer (2006): *Muslimen in Ruanda – Von Marginalisierung zu Integration*. Arbeitspapier des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Nr. 74, Mainz.
- Krech, Volkhard (2002): »Opfer und Heiliger Krieg: Gewalt aus religionswissenschaftlicher Sicht«. In: *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, S. 1254–1275.
- Kurtz, Lester (1997): *Gods in the Global Village: The World's Religions in Sociological Perspective*. Thousand Oaks: Pine Forge Press.
- Lincoln, Bruce (1989): *Discourse and the Construction of Society. Comparative Studies of Myth, Ritual, and Classification*. New York, Oxford: Oxford University Press.
- Little, David (1996): »Religious Militancy«. In: Chester A. Crocker, Osler Hampson, Pamela Aall (Hg.): *Turbulent Peace. The Challenges of Managing International Conflict*. Washington, D.C.: United Institute of Peace, S. 79–91.
- /Appleby, Scott R. (2004): »A Moment of Opportunity? The Promise of Religious Peacebuilding in an Era of Religious and Ethnic Conflict«. In: Harold Coward, Gordon S. Smith (Hg.): *Religion and Peacebuilding*. New York: SUNY, S. 1–23.
- Loo, Stephanie van de (2005): »Religion als Kriegsgewand? Zur Rolle von Religion im Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina 1991–1995«. In: Mathias Hildebrandt, Manfred Brocker (Hg.): *Unfriedliche Religionen? Das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen*. Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 225–244.
- Longman, Timothy (2001): »Church Politics and the Genocide in Rwanda«. In: *Journal of Religion in Africa* 31 (2), S. 163–186.
- Mathews, Bruce (1995): »Religious Minorities in Myanmar. Hints of the Shadow«. In: *Contemporary South Asia* 4 (3), S. 287–308.
- May, Ronald James (1981): »The Philippines«. In: Mohammed Ayoob (Hg.): *The Politics of Islamic Reassertion*. London: Croom Helm, S. 211–233.

- Millward, James (2004): *Violent Separatism in Xinjiang: A Critical Assessment*. Policy Studies 6, Washington, D.C.: East-West Center.
- Moltmann, Bernard (2005): »Die religiöse Dimension des Nordirland-Konflikts. Risiken der Konfliktverschärfung oder Chancen der Friedensstiftung?«. In: Mathias Hildebrandt, Manfred Brocker (Hg.): *Unfriedliche Religionen? Das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen*. Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207–224.
- Montalvo, J.G./Reynal-Querol, Marta (2005): »Ethnic polarization, Potential Conflict and Civil War«. In: *American Economic Review* 95 (3), S. 796–816.
- Morris, Catherine (2004): »Case Studies in Religion and Peacebuilding«. In: Harold Coward, Gordon S. Smith (Hg.): *Religion and Peacebuilding*. New York: State University of New York Press, S. 191–211.
- Nordas, Ragnhild (2004): *Regulating Religious Minorities: For Better or Worse?* Konferenzpapier. 45th Annual Convention of the International Studies Association. Montreal. 17.–20. März 2004.
- Nyeko, Balam/Lucima, Okello (2002): »Profiles of the Parties to the Conflict«. In: Okello Lucima (Hg.): *Protracted Conflict, Elusive Peace Initiatives to End the Violence in Northern Uganda*. London: Conciliation Resources & Kacoke Madit.
- Paris, Rainer (2003): »Autorität – Führung – Eliten. Eine Abgrenzung«, in: Stefan Hradil, Peter Imbusch (Hg.): *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*. Opladen: Verlag, S. 55–72.
- Pearce, Susanna (2005): »Religious Rage: A Quantitative Analysis of the Intensity of Religious Conflicts«. In: *Terrorism and Political Violence* 17, S. 333–352.
- Philpott, Daniel (2007): »Explaining the Political Ambivalence of Religion«. In: *American Political Science Review* 101 (3), S. 505–525.
- Poethig, Kathryn (2004): »Locating the Transnational in Cambodia's Dhammayatra«. In: John Marston, Elizabeth Guthrie (Hg.): *History, Buddhism, and New Religious Movements in Cambodia*. Honolulu: University of Hawaii Press, S. 197–212.
- Ragaru, Nadege (2001): »Islam in Post-Communist Bulgaria: An Aborted 'Clash of Civilizations'?«. In: *Nationalities Papers* 29 (2), S. 293–324.
- Rahimi, Babak (2007): *Ayatollah Sistani and the Democratization Post-Ba'athist Iraq*. Special Report, United Institute of Peace.
- Rapoport, David C. (1993): »Comparing Militant Fundamentalist Movements and Groups«. In: Martin E. Marty, Scott R. Appleby (Hg.): *Fundamentalism and the State: Remaking Politics, Economics, and Militance*. Chicago: University Press of Chicago, S. 429–461.
- Riesebrodt, Martin (2007): *Cultus und Heilsversprechen. Eine Theorie der Religionen*. München: C.H. Beck.
- Rutherford, Danilyn (2005): »Nationalism and Millenarianism in West Papua: Institutional Power, Interpretive Practice, and the Pursuit of Christian Truth«. In: June Nash (Hg.): *Social Movements. An Anthropological Reader*. Malden: Blackwell Publishing, S. 146–67.
- Sakhong, Lian H. (2007): »Christianity and Chin Identity«. In: Mikael Gravers (Hg.): *Exploring Ethnic Diversity in Burma*. Copenhagen: NIAS Press, S. 200–226.
- Saliyeh, Emile (1990): »Religious Resurgence and Political Mobilisation«. In: Ders. (Hg.): *Religious Resurgence and Politics in Contemporary World*. Albany: State University of New York Press, S. 3–16.
- Sampson, Cynthia (1997): »Religion and Peacebuilding«. In: William I. Zartman, Lewis J. Rasmussen (Hg.): *Peacemaking in International Conflicts. Methods and Techniques*. Washington, D.C.: United States Institute of Peace Press, S. 273–316.
- Sandi, Rashid/Fortune, Frances (2005): *Building Links and Sustaining Momentum: reflections on track two roles in Sierra Leone*, Conciliation Resources, <http://www.c-r.org/our-work/accord/engaging-groups/sierra-leone.php> (letzter Zugriff: 24.8.2010).
- Schmithausen, Lambert (1996): »Buddhismus und Glaubenskriege«. In: Peter Herrmann (Hg.): *Glaubenskriege in Vergangenheit und Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 63–92.
- Schneider, Gerald/Wiesehomeier, Nina (2006): *Ethnic Polarization, Potential Conflict, and Civil Wars: Comment*, Unveröffentlichtes Arbeitspapier, Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, <http://www.polver.uni-konstanz.de/gschneider/arbeitspapiere/working-papers/> (letzter Zugriff: 24.8.2010).
- Sells, Michael (1996): »Religion, History, and Genocide in Bosnia-Herzegovina«. In: Scott G. Davis (Hg.): *Religion and Justice in the War over Bosnia*. New York, London: Routledge, S. 23–44.

- Shichor, Yitzhak (2006): »Fact and Fiction: A Chinese Documentary on Eastern Turkestan Terrorism«. In: *China and Eurasia Forum Quarterly* 4 (2), S. 89–108.
- Seelentag, Charles (2003): *Sacred Fury. Understanding Religious Violence*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Seul, Jefferey R. (1999): »Ours is the Way of God: Religion, Identity and Intergroup Conflict«. In: *Journal of Peace Research* 36 (3), S. 553–569.
- Sørli, Mirjam/Gleditsch, Nils Petter/Strand, Håvard (2005): »Why Is There So Much Conflict in the Middle East?«. In: *Journal of Conflict Resolution* 49 (1), S. 141–165.
- Stirrat, Roderick L. (1998): »Catholic Identity and Global Forces in Sinhala Sri Lanka«. In: Tessa J. Bartholomeusz, Chanda R. de Silva (Hg.): *Buddhist Fundamentalism and Minority Identities in Sri Lanka*. Albany: State University of New York Press, S. 147–166.
- Suksamran, Somboon (1993): »Buddhism, Political Authority, and Legitimacy in Thailand and Cambodia«. In: Trevor Ling (Hg.): *Buddhist Trends in Southeast Asia*. Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, S. 101–153.
- Svensson, Isak (2007): »Fighting with Faith: Religion and Conflict Resolution in Civil Wars«. In: *Journal of Conflict Resolution* 51 (6), S. 930–949.
- Telford, Hamish (1992): »The Political Economy of Punjab. Creating Space for Sikh Militancy«. In: *Asian Survey* 32 (11), S. 169–987.
- Ter Haar, Gerrie (2005): »Religion: Source of Conflict or Resource for Peace?«. In: Gerrie ter Haar, James J. Busutil (Hg.): *Bridge or Barrier: Religion, Violence, and Visions for Peace*. Leiden: Brill, S. 3–34.
- Toft, Monica Duffy (2006): *Religion, Civil War, and International Order*. Arbeitspapier des Belfer Center, Harvard, August 2006.
- (2007): »Getting Religion? The Puzzling Case of Islam and Civil War«. In: *International Security* 31 (4), S. 97–131.
- Tusicsiny, Andrej (2004): »Civilizational Conflicts: More Frequent, Longer, and Bloodier?«. In: *Journal of Peace Research* 41 (4), S. 485–498.
- USAID (2001): »The Role of the Acholi Religious Leaders Peace Initiative (ARLPI) in Peace Building in Northern Uganda«. Appendix from the Report: *The Effectiveness of Civil Society Initiatives in Controlling Violent Conflicts and Building Peace*. A Study of Three Approaches in the Greater Horn of Africa.
- van der Veer, Peter (1996): »The Ruined Center: Religion and Mass Politics in India«. In: *Journal of International Affairs* 50 (1), S. 254–277.
- van Klinken, Gerry (2001): »The Maluku Wars: Bringing Society Back In«. In: *Indonesia* 71, S. 1–26.
- Velikonja, Mitja (2003): *Religious Separation and Political Intolerance in Bosnia-Herzegovina*. Texas: A&M University Press.
- Vrcan, Srdjan (1998): »The Religious Factor and the War in Bosnia and Herzegovina«. In: Paul Mojzes (Hg.): *Religion and the War in Bosnia*. Atlanta: Scholars Press, S.108–131.
- Weingardt, Markus A. (2007): *Religion Macht Frieden. Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Wheeler, Andrew (1997): *Land of Promise: Church Growth in a Sudan at War. Faith in Sudan Series 1*. Nairobi: Paulines Publications.
- Wiktorowicz, Quintan (Hg.) (2004): *Islamic Activism. A Social Movement Theory Approach*. Bloomington: Indiana University Press.
- Wild, Emma (1998): »Is it Witchcraft? Is it Satan? It is a Miracle.« Mai-Mai Soldiers and Christians Concepts of Evil in North-East Congo«. In: *Journal of Religion in Africa* 28 (4), S. 450–467.
- Yee, Herbert S. (2005): »Ethnic Consciousness and Identity: A Research Report on Uyghur-Han Relations in Xinjiang«. In: *Asian Ethnicity* 6 (1), S. 431–452.
- Yusuf, Imtiyaz (1998): »Islam and Democracy in Thailand: Reforming the Office Chularajmontri/Shaikh al-Islam«. In: *Journal of Islamic Studies* 9 (2), S. 277–298.

Grenzerfahrungen in Zwischenwelten Ethno-politische Schließung und ethno-kulturelle Separation in prekären Post-Konflikt-Gesellschaften

MARCEL M. BAUMANN

1. *Post-Konflikt-Gesellschaften als Zwischenwelten*

»You know, we would in normal society think that we could all live together: We all look the same, we have the same social problems, the same backgrounds. I mean, one of the things that struck me during the protest on the Ardoyne road was for anybody coming from the outside: It wasn't that there was a clear black and white difference in the people. People looked the same, wore the same clothes, drove the same type of cars, lived in the same type of areas at the same social conditions. But yet, what people don't seem to understand is that there is a vast difference in cultural identity between the two communities. I've often said that Republicans are clinging to a Romantic notion of their island, that clearly doesn't exist outside of their minds and in many ways the Protestant communities are clinging to a sense of Britishness that certainly doesn't exist in mainland Britain. But exists in our minds!« (Stephen Orr. Interview mit dem Autor, 23.9.2002).

Stephen Orr war einer der Hauptakteure im »Ardoyne/Holy-Cross-Konflikt«, der im Jahre 2001 weltweit durch alle Medien ging (vgl. die Darstellung in Baumann/Bonacker 2008: 238 f.). Im Mittelpunkt standen katholische Schüler der Grundschule Holy Cross, deren Schulweg teilweise durch ein protestantisches Gebiet führte. Die Kinder, ihre Eltern und Begleiter sahen sich infolgedessen mit einem Protest der protestantischen Anwohner konfrontiert.¹ Der Konflikt dauerte vom 19. Juni bis zum 23. November 2001. Er wurde während der Sommerferien unterbrochen und hielt insgesamt für 14 Wochen an. Die Ursachen und Gründe, die zum Konflikt führten, waren vielschichtig und auf verschiedenen Ebenen angesie-

¹ Bereits die Bezeichnung dessen, was vor Ort ablief, ist heftig umstritten: Die protestantischen Anwohner sprechen vom »Protest«, den sie auf der Ardoyne Road abhielten, um ihren Forderungen nach größeren Sicherheitsmaßnahmen in diesem Gebiet – allem voran die Schließung der Straße – Gehör zu verschaffen. Dagegen lehnte die katholische Seite die Bezeichnung »Protest« vehement ab und sprach stattdessen von der »Blockade« der Schule durch die protestantischen Anwohner. Im vorliegenden Beitrag habe ich daher die Bezeichnung »Ardoyne/Holy-Cross-Konflikt« gewählt, um möglichst beiden Wahrnehmungen gerecht zu werden, was aber geradezu unmöglich erscheint.

delt. Zum großen Teil hingen sie mit den problematischen Sozialstrukturen in Nord-Belfast zusammen: Von allen Gebieten Nordirlands war Nord-Belfast durch die stärkste Segregation gekennzeichnet und auch gleichzeitig das Gebiet, das zu Bürgerkriegszeiten das höchste Gewaltniveau zu ertragen hatte. Interessant ist, dass verschiedene symbolische Ereignisse als Konfliktkatalysatoren des Ardoyne/Holy-Cross-Konflikts fungierten, wie z.B. Berichte darüber, dass ein protestantisches Mädchen in einem Laden, der im katholischen Gebiet liegt, gezwungen wurde, das Gebet »Ave Maria« laut aufzusagen. Der Funke, der den Ardoyne/Holy-Cross-Konflikt schließlich entfachte, war ebenfalls von symbolischer Natur: Ein Protestant hisste eine Flagge im protestantischen Gebiet – so wie es in der Vorphase der Juli-Wochen als Vorbereitung auf die »Marching Season« üblich ist. Während dieser Aktion kam plötzlich ein Auto aus dem angrenzenden katholischen Gebiet und fuhr die Leiter an, die zum Hissen der Flagge benutzt wurde. Es kam zu einem Handgemenge, das in eine stundenlange Auseinandersetzung ausartete, an der schließlich mehrere tausend Personen beteiligt waren. Am darauffolgenden Tag begannen die Protestanten mit der Blockade der Ardoyne Road. Die Attacke auf die protestantische Flagge interpretierten sie als Angriff auf die eigene Gemeinschaft.

Die eingangs zitierte Aussage von Stephen Orr verdeutlicht die enorme Bedeutung kultureller Faktoren für die Identitätsbildung – aber auch für die Bildung ethno-kultureller Mauern zwischen den Gemeinschaften. Darüber hinaus zeigt die schlichte Tatsache, dass Ereignisse wie der Ardoyne/Holy-Cross-Konflikt drei Jahre nach der Unterzeichnung des historischen Friedensabkommens (das so genannte »Karfreitagsabkommen« aus dem Jahr 1998) stattfanden, dass diese ethno-kulturellen Mauern nicht automatisch von Friedenskonsolidierungsprozessen niedergeissen werden.

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit der These auseinander, dass die nachhaltige Befriedung innerstaatlicher Konflikte maßgeblich von der (Wieder-)Herstellung sozialer Beziehungen, d.h. dem Abbau jeglicher ethno-kultureller Schranken zwischen den verfeindeten Wir-Gruppen abhängt. Wie zahlreiche vergangene und aktuelle Friedenskonsolidierungsprozesse zeigen, ist der Aufbau staatlicher Institutionen für nachhaltige Strategien der Konflikttransformation allein nicht ausreichend. Effiziente Institutionen bedürfen der Verankerung in den spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen vor Ort und der Ausrichtung an breit akzeptierten Werten. Die lokale Bevölkerung muss den Aufbau neuer Institutionen nach eigenen Traditionen und Bedürfnissen mitgestalten können. Andernfalls besteht die Gefahr, dass diese zum Zankapfel ethno-politischer Eliten oder zur Machtgrundlage autokratischer Herrscher werden. Die Chancen, den Bürgerkrieg nachhaltig zu überwinden, steigen in dem Maße, wie es gelingt, »harte« (institutionelle und wirtschaftliche) und »weiche« (psychosoziale und kulturelle) Faktoren gleichermaßen zu berücksichtigen (Baumann/Schrader 2008). Die Individuen in der Post-Konflikt-Gesellschaft leben – durch sichtbare und unsichtbare Mauern separiert –

in parallelen, voneinander getrennten Welten. Es sind genau diese ethno-politischen Grenzen, die in der Post-Konflikt-Phase besonders relevant werden; sie sollen mit dem Begriff »freiwillige Apartheid« analytisch beschrieben werden. Dabei wird der Zustand der »freiwilligen Apartheid« als zentraler Maßstab für den Grad der Konflikträchtigkeit bzw. Friedensfähigkeit einer Post-Konflikt-Gesellschaft gesehen. Es gilt zu hinterfragen, was die ethno-politische Trennung der Gemeinschaften aufrechterhält, nachdem der innerstaatliche Krieg beendet wurde und sich ein Friedensprozess zu entfalten beginnt. Was lässt die verschiedenen Gemeinschaften innerhalb der Gesamtgesellschaft getrennt voneinander, nebeneinander und nicht miteinander leben? Diese Frage ist von besonderer Brisanz in so genannten *divided societies*, jenen Gesellschaftsformationen, in denen die einzelnen Gemeinschaften im selben Land, auf derselben Insel oder in denselben Landabschnitten zusammenleben.

Das Konzept der freiwilligen Apartheid (Baumann 2008: 89–110) soll als *ein* möglicher Ansatz zum Verständnis von Friedensbedingungen entwickelt und diskutiert werden, um dazu beizutragen, die aus theoretischer Sicht grundlegenden Strukturen einer nachhaltigen und verlässlichen Friedensordnung zu etablieren. Es soll als integrierender Oberbegriff für jene endogenen Faktoren dienen, welche die Fragilität von Friedensprozessen begünstigen. Als solcher schließt er neben (sozial-)psychologischen auch soziologische bzw. soziokulturelle, symbolische und räumliche Faktoren mit ein. Im Unterschied zu gewaltsamer oder erzwungener Apartheid wird unter »freiwilliger Apartheid« ein selbst gewählter Zustand verstanden. Als qualitative Beschreibung ist der Begriff ein Ausdruck der mangelnden Friedensfähigkeit einer Post-Konflikt-Gesellschaft. Beide Seiten vollziehen eine Politik der vollständigen Separation von der anderen Gemeinschaft. Diese Politik lässt sich mit Hilfe der Theorie der sozialen Schließung als »ethnische« bzw. »ethno-politische Schließung« bezeichnen. Als soziologische Theorie baut sie auf Max Webers Konzept offener und geschlossener sozialer Beziehungen auf. Eine geschlossene soziale Beziehung ist nach Weber gegeben, »insoweit und in dem Grade, als ihr Sinngehalt oder ihre geltenden Ordnungen die Teilnahme ausschließen oder beschränken oder an Bedingungen knüpfen« (Weber 2006: 52). Die Schließung ist das Resultat eines Prozesses, durch den jede Gemeinschaft ihre eigenen Vorteile zu maximieren versucht, indem der Zugang zu Privilegien und Erfolgchancen auf einen kleinen Kreis von Auserwählten begrenzt wird. Dadurch werden bestimmte, äußerlich identifizierbare soziale und physische Merkmale zum Rechtfertigungsgrund für den Ausschluss von Konkurrenten.

Die psychologischen Komponenten freiwilliger Apartheid kommen dem nahe, was Daniel Bar-Tal am Beispiel des Nahostkonfliktes mit dem Begriff »Konfliktethos« beschrieben hat (Bar-Tal 2000, 2001, 2005; Bar-Tal/Teichman 2005; Bar-Tal/Raviv/Raviv/Dgani-Hirsch 2009).² Nach Bar-Tal werden die Beziehungen der

² Ich bedanke mich für diesen Hinweis bei Andreas Hasenclever.

israelischen Gemeinschaft mit den Palästinensern durch psychologische Barrieren bestimmt, die zu drei Hauptreaktionsweisen führen: Furcht, Delegitimierung der Palästinenser und Selbstwahrnehmung als Opfer (siehe die Zusammenfassung in Bar-Tal 2005). Delegitimierung operiert mit einem rigiden und stabilen Kategoriensystem, »das sich während eines Konflikts kaum ändert und ihn höchstwahrscheinlich überdauert« (Bar-Tal 2005). Der Nachkriegszustand der freiwilligen Apartheid ist deshalb kein Ausnahmezustand, sondern die Normalität prekärer Friedens(un)ordnungen in Post-Konflikt-Gesellschaften – jenen Gesellschaften also, in denen weder Krieg noch Frieden herrscht. In diesen Zwischenwelten (Baumann 2008) sind es in erster Linie »ethno-kulturelle Schranken«, die zwischen den einzelnen Gemeinschaften hochgezogen werden.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die These, dass die Auflösung freiwilliger Apartheid Friedenskonsolidierungsprozesse resistent gegen neue Gewalt macht. In einer verlässlichen und nachhaltigen Friedensstruktur können die Grundmuster der gesellschaftlichen Ordnung somit nicht von den Strukturmerkmalen freiwilliger Apartheid dominiert werden. Aus einer normativen Perspektive heraus betrachtet, gilt es, die ethno-kulturellen Grenzen und Mauern niederzureißen. Aus psychologischer Sicht formulierte Bar-Tal die Forderung, die verfeindeten Gesellschaften müssten unabhängig von formellen Verhandlungen den »Zustand« der »friedlichen Koexistenz« erreichen:

»Koexistenz stellt nach meiner Auffassung eine wesentliche gesellschaftliche Voraussetzung für einen genuine Friedensprozess dar. Sie beinhaltet die grundlegende Anerkennung des Rechts der anderen Gruppe auf eine Existenz in Frieden mit allen Unterschieden und die Akzeptierung der anderen Gruppe als legitimen und gleichwertigen Partner, mit dem Streitfälle gewaltfrei geregelt werden müssen. Dieser Zustand ist erreicht, wenn die Mehrheit diese Ansicht teilt« (Bar-Tal 2005: 35).

Auch in der Transformationsforschung und aus Sicht von erfolgreichen *Nation-Building*-Prozessen wird die Frage der Koexistenz (ehemals) verfeindeter Gruppen als wichtiger Faktor betrachtet. Nach Jochen Hippler ist nicht die bloße Existenz unterschiedlicher Identitäten problematisch, sondern deren Verhältnis zu einer gruppenübergreifenden, gesamtgesellschaftlichen bzw. nationalen Identität:

»Solange aber die primäre Identität und Loyalität beim Stamm, Clan oder einer ethnischen oder ethno-religiösen Gruppe liegt und die »nationale« Identitätsebene nachgeordnet bleibt oder fehlt, wird ein Nationalstaat prekär bleiben« (Hippler 2003).

Daraus folgt, dass die Prämisse der Auflösung freiwilliger Apartheid mehr als eine schön formulierte Utopie ist. Vielmehr ergeben sich unmittelbare Konsequenzen für konkrete Ansätze der Konflikttransformation; denn die Auflösung freiwilliger Apartheid wird zur notwendigen Grundlage der Strategien nachhaltiger Friedens-

konsolidierung. Deshalb werden im Folgenden die einzelnen Facetten freiwilliger Apartheid herausgearbeitet, die sowohl konvergent als auch interdependent sind.

2. Facetten freiwilliger Apartheid

2.1 *Sectarianism*: die Libanonisierung der Gesellschaft

Die erste Facette freiwilliger Apartheid ist die unmittelbare Konsequenz der ethno-politischen Polarisierung der Gesellschaft. In Anlehnung an den Begriff der Vergesellschaftung des Soziologen Georg Simmel ist eine Nachkriegsgesellschaft entstanden, die den Prozess der »Vergesellschaftung durch den Konflikt« abgeschlossen hat. Mit anderen Worten: Der Konflikt durchdrang alle gesellschaftlichen Bereiche, was sich in einer institutionalisierten und systematischen Spaltung der Gesellschaft widerspiegelt. Diese Durchdringung bewirkt im Prozess der Vergesellschaftung eine negative Integrationsleistung. Daraus ergibt sich, dass der Konflikt für den Vergesellschaftungsprozess bzw. für die Gesellschaftsformation eine doppelte Wirkung entfaltet. Zum einen verstärkt er die Abgrenzung zwischen den konkurrierenden Gemeinschaften, wodurch die ethno-politische Distanz gestärkt wird. Zum anderen schweißt er die einzelnen Gemeinschaften enger zusammen, wodurch wiederum Homogenität gefördert wird (Moltmann 2002: 31).

John Paul Lederach charakterisierte diesen Prozess als »Libanonisierung der Gesellschaft« (Lederach 1997: 12 f.). Eine solche Form der konfliktiven Vergesellschaftung ist äußerst stabil bzw. widerstandsfähig, woraus sich eine problematische Ausgangslage für den sich entfaltenden Friedensprozess ergibt. Jene Verhaltensmuster, Verhaltensweisen und gegenseitigen Einstellungen, die der gewaltsame Konflikt hervorgerufen hat bzw. die im Krieg erlernt wurden (vgl. hierzu die Analysen von Genschel und Schlichte, die im folgenden Unterkapitel zur Sprache kommen), dominieren in der Nachkriegsgesellschaft weiterhin die Regeln der sozialen Interaktion, der Koexistenz im Allgemeinen und des gegenseitigen Umgangs:

»Unter der Oberfläche wirkt das Regelwerk, das der Konflikt vorgibt, legitimiert und nährt. Ausdruck findet dies in den zahlreichen Phänomenen des Alltages, die das Ausmaß an Spaltung, Diskriminierung, wechselseitigen Beschuldigungen bis hin zur Rechtfertigung von Gewaltakten und Duldung von Gesetzesverstößen illustrieren« (Moltmann 2002: 31).

Die konfliktgeladene bzw. durch den Konflikt verursachte Totaldurchdringung der Gesellschaft und aller gesellschaftlichen Interaktionen wird durch den angelsächsischen Begriff *Sectarianism* zum Ausdruck gebracht. Für diese Vokabel gibt es keine angemessene deutsche Entsprechung. *Sectarianism* wird oft mit »Hass« oder »Rassismus« übersetzt, doch der Begriff geht in seiner Bedeutung weit darüber hinaus.

Hass und Rassismus fehlt die System-Komponente, denn *Sectarianism* muss als ein einheitliches System definiert werden, das alle gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen umfasst (Liechty/Clegg 2001: 102). Zur Aufrechterhaltung dieses Systems kommen zusätzliche destruktive Dynamiken und Mechanismen hinzu, z.B. der psychologische Mechanismus der Stereotypisierung, der mit dem »In-Group-versus-Out-Group«-Phänomen bezeichnet werden kann. Gordon Allport definierte in seiner klassischen Studie von 1954 einen »Stereotypus« als eine

»übertriebene Überzeugung gekoppelt an eine bestimmte Kategorie; diese Überzeugung hat die Funktion, die eigenen Handlungen bezüglich dieser Kategorisierungen zu rechtfertigen bzw. zu rationalisieren« (Allport 1954: 191; Übersetzung M.B.).

Aus rein psychologischer Sicht gibt es keinen Beleg dafür, dass die Kohäsion der eigenen Gemeinschaft bzw. die Loyalität der In-Group zwangsläufig eine feindselige Haltung gegenüber der Out-Group verursacht (ebd.: 48). Für deren Entstehung spielen Gerüchte und Mutmaßungen eine wichtige Rolle. Hinzu kommt die Bildung von Stereotypen über die andere Gemeinschaft. Nach Allport nährt sich im Prozess der Stereotypisierung die Wahrnehmung von Mitgliedern der anderen Gemeinschaften (der Out-Group) ausschließlich von selbst produzierten Bildern, die immer die gleichen sind. Dadurch reduziert sich der äußere Eindruck auf erlernte und beigebrachte Kategorien, was sehr gefährliche Konsequenzen haben kann:

»The human capacity to injure other people has always been much greater than its ability to imagine other people. Or perhaps we should say, the human capacity to injure other people is very great precisely because our capacity to imagine other people is very small« (Scarry 1998: 45).

Am nordirischen Fallbeispiel ist besonders bemerkenswert, dass die Provinz bereits seit Jahrzehnten vor dem eigentlichen Ausbruch dessen, was als »Nordirlandkonflikt« oder »Troubles« bezeichnet wird, aus zwei abgesonderten Gemeinschaften bestand, die weitgehend voneinander abgeschottet lebten und sich nichts zu sagen hatten. In ihrer Studie, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt wurde, stellte Rosemary Harris fest, dass Katholiken und Protestanten bereits in den 1940er Jahren in zwei getrennten Welten lebten. Es kam zu keiner sozialen Integration, gab allgemein nur wenige Kontakte untereinander und fast keine interethnischen Eheschließungen (Harris 1972: 143). Sogar dort, wo Protestanten und Katholiken räumlich zusammen lebten, im gleichen Wohnviertel oder in der gleichen Straße, kann das Muster der freiwilligen Apartheid nachgezeichnet werden:

»The result, however, was that Protestant and Catholic lived inter-mixed and, as we have seen, in some cases and in some contexts had close and friendly contacts, and yet

for the most part managed to remain in almost complete ignorance concerning each others' beliefs« (Harris 1972: 146).

Kam es überhaupt zum Kontakt, dann waren politische Fragen oder die Frage nach der individuellen Religiosität Tabuthemen, die man generell zu vermeiden suchte:

»People in Ulster are, as a rule, cheerful, courteous, and helpful to one another. The deep political divisions of which I write, and on which the international media focuses so much attention, are avoided in daily conversations. It is considered to be rude to bring up issues of religious affiliations or anything that would reflect these divisions. One never asks a person if he or she is Catholic or Protestant, for instance; it is simply not done« (Santino 2001: 61).

Gespräche mit einem Mitglied der anderen Gemeinschaft waren häufig von einer übertriebenen Freundlichkeit (*overfriendliness*) gekennzeichnet. Über-Freundlichkeit als sozialer Coping-Mechanismus prägt auch heute noch die sozialen Interaktionsmuster der nordirischen Post-Konflikt-Gesellschaft. Im Jahre 2001 kam Peter Shirlow in einer Längsschnittstudie im Gebiet Nord-Belfast zu dem beunruhigenden Ergebnis, dass der *Sectarianism* nicht etwa in seinem Ausmaß schwächer geworden ist, sondern im Gegenteil stetig größer wird. Er identifizierte hierbei eine Generationen-Lücke, da die heutige Generation der Jugendlichen eine noch stärker antagonistisch geprägte Einstellung gegenüber der anderen Konfession hat als die Generation ihrer Eltern, die einmal vor mehr als dreißig Jahren den Nordirlandkonflikt begonnen hatte (vgl. Murtagh 2002: 35). Dem schließt sich das Ergebnis der Studie von Connolly und Healy an, wonach das Denken in der Kategorie des *Sectarianism* bereits bei Kindern im Alter von drei Jahren beginnt (Connolly/Healy 2004: 5). Es ist in Nordirland eine Generation herangewachsen, die keine Erinnerung an ein friedliches und integratives Zusammenleben von Katholiken und Protestanten mehr hat. Beiden Gemeinschaften wurde beigebracht, die jeweils eigene Gemeinschaft und die der »Anderen« als inkompatible Kulturen aufzufassen. In der Studie von Shirlow gaben 68 Prozent der Befragten im Alter zwischen 18 und 25 Jahren an, noch nie eine ernsthafte Unterhaltung mit einem Angehörigen der anderen Gemeinschaft geführt zu haben (Shirlow 2003).

2.2 Skeptischer Common Sense und die radikale Gemeinschaft

Unter erheblichen Druck gesetzt und unter großer Spannung stehend, ziehen sich die Gemeinschaften in ihren sich selbst schützenden »ethnischen Kokon« zurück. Freund und Feind sind nun für beide Seiten klar erkennbar; kein Grau existiert mehr, nur noch Schwarz und Weiß. Der ethnische Kokon sabotiert alle auf Toleranz ausgerichteten Haltungen individueller Gemeinschaftsmitglieder, die Grup-

penkohäsion basiert auf einer negativen Grundlage, auf der Exklusion der als Feind betrachteten Out-Group:

»Groups, and especially minorities, which live in conflict [...] often reject approaches or tolerance from the other side. The closed nature of their opposition, without which they cannot fight on, would be blurred [...] Within certain groups, it may even be a piece of political wisdom to see that there be some enemies in order for the unity of the members to be effective and for the group to remain conscious of this unity as its vital interest« (Hobsbawm 1990: 167 f.).

Ist also die ethno-politische Konfrontation der Gemeinschaften einmal in Gang gekommen, gelangt der Prozess früher oder später an einen »Point of No Return«, an dem es für die beiden Gemeinschaften kein Zurück mehr gibt.³ Haben Gesellschaften diesen Punkt erreicht, so ist die Zeit der Hardliner und Scharfmacher gekommen – der »ethnischen Unternehmer« (Ropers 1995: 8). Einen treffenden Ausdruck für diesen Zustand einer Gesellschaft fand Frank Wright mit dem Begriff »skeptischer Common Sense« (Wright 1987, 1990). Demnach werden nicht jene Individuen, (politischen) Führer oder Strömungen einer Gemeinschaft, die eine mutige und moderate Haltung vertreten und z.B. den Dialog mit der anderen Gemeinschaft anstreben, von der Mehrheit dieser Gemeinschaft unterstützt, sondern die Hardliner, die ihre politischen Haltungen exklusiv auf die Interessen der eigenen Gemeinschaft ausrichten.

Der skeptische Common Sense kann durch ein komplementäres Bild verdeutlicht werden: das Konzept der »radikalen Gemeinschaft«. Es umschreibt das soziale Milieu, aus dem sich die Kombattanten des Bürgerkriegs rekrutieren und in dem sie leben (Burton 1978: 9; Waldmann 2003: 109). In der Studie von Frank Burton wurde der Alltag für die Katholiken Belfasts während des Ausbruchs des Bürgerkriegs untersucht. Die *Irish Republican Army* (IRA) griff protestantische Häuserblocks an, protestantische Gruppen attackierten katholische Straßen und Viertel, setzten Häuser in Brand und vertrieben die Bewohner – umgekehrt wurden auch Protestanten aus ihren Häusern vertrieben. Die Gemeinschaften entwickelten sich in diesem Klima zu so genannten »radikalen Gemeinschaften«:

»My thesis is that under certain conditions a minority population or segments of it will, as it were, leap back in their development – in Freudian terms, we could say they ›regress‹. They will transform themselves from a relatively open ›society‹ into a closed ›community‹, from ›Gesellschaft‹ to ›Gemeinschaft« (Waldmann 2005: 239 f.).

Die Transformation bzw. Regression hin zur radikalen Gemeinschaft ist für die Gemeinschaften selbst funktional, da sie dadurch weitgehend resistent gegen externe

³ Vgl. dazu auch den Beitrag von Daniel Šuber in diesem Band.

Einflüsse werden (ebd.: 240). Für die Nachkriegsgesellschaft als Ganze haben solche isolationistischen Vergemeinschaftungsprozesse im Sinne der antithetischen Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft destruktive Auswirkungen, denn im Kokon der radikalen Gemeinschaft vollziehen beide Seiten eine Politik der vollständigen Separation.

Der skeptische Common Sense als Facette freiwilliger Apartheid resultiert nicht zuletzt daraus, dass die Gemeinschaften dazu gezwungen wurden, »von Frieden auf Krieg umzulernen« und sie dabei gleichzeitig verlernten, was Frieden überhaupt bedeutet oder bedeuten kann. Nach Philipp Genschel und Klaus Schlichte muss der Krieg in seinen Auswirkungen auch als ein Lernproblem interpretiert werden, als ein Prozess des Verlernens friedlicher Kompetenzen:

»Der Krieg wird als absoluter Ausnahmezustand empfunden, auf dessen Bewältigung man durch die bisherigen zivilen Betätigungen nur begrenzt vorbereitet ist. Kompetenzen, die im zivilen Alltag hilfreich oder unerlässlich waren, sind plötzlich wertlos und irrelevant« (Genschel/Schlichte 1997: 505).

Vor dem Krieg erworbene Fähigkeiten und Kompetenzen verfallen und werden von kriegstauglichen Fähigkeiten verdrängt (ebd.). Post-Konflikt-Gesellschaften misstrauen friedensstiftenden Fähigkeiten und setzen ihr Vertrauen in erster Linie in die Hardliner oder ethnischen Unternehmer.

2.3 Der territoriale Imperativ

Zu den beiden sozialpsychologischen Facetten freiwilliger Apartheid (*Sectarianism* und skeptischer Common Sense) tritt eine territoriale. Der territoriale Imperativ (Farren 2000: 107) kann als räumliche Umsetzung von *Sectarianism* verstanden werden. Diese Umsetzung erfolgt dadurch, dass im Zuge eines Bürgerkriegs die psychologische Trennung in eine physische Trennung mündet, wodurch der Faktor »Territorialität« zu einem Verhaltensphänomen wird (Murtagh 2002: 34). Es findet eine Migration von Menschen aus ethnisch gemischten in homogene Gebiete statt. Die beobachtbare Tendenz in Bürgerkriegsgesellschaften, dass ausgehend von einem Stammgebiet, in dem die jeweilige Gemeinschaft das ethnisch-demographische Übergewicht hat, homogene territoriale Blöcke entstehen, die sowohl von innen wie von außen unangreifbar sind (Waldmann 1998: 114), wirkt sich auch auf die Interaktionsmuster der Post-Konflikt-Gesellschaften aus: Die homogenen Blöcke bestehen weiterhin fort und zwischen den Gemeinschaften wird somit räumliche Begegnung weitgehend verhindert – diese ist auch weder möglich noch gewünscht.

In Nordirland tritt der territoriale Imperativ durch die so genannten »Friedenslinien« (*Peacelines*) visuell in Erscheinung. Mit dieser euphemistischen Bezeich-

nung sind meterhohe Mauern und Stacheldraht gemeint, durch die aneinander liegende protestantische und katholische Gebiete voneinander getrennt werden. Sie werden auch »Interface-Gebiete« genannt. Die ersten Mauern wurden im Jahr 1969 in Belfast zwischen dem Gebiet der Shankill Road und der Falls Road errichtet. Sie waren als vorübergehende Maßnahmen gedacht und sind mittlerweile eine beliebte Touristenattraktion, die täglich fotografiert wird.

Eigentlich sollte man annehmen, ein Friedensprozess führe dazu, dass die Mauern zwischen den Gemeinschaften, die aus der Zeit des Krieges stammen, hinfällig würden. Das wohl bedenklichste Symbol des nordirischen Friedenskonsolidierungsprozesses steht dieser Annahme jedoch entgegen: Die »Friedenslinien« bestehen nicht nur immer noch, sondern wurden darüber hinaus sogar erhöht und zusätzlich wurden neue errichtet – so z.B. in Ost-Belfast im Jahre 2002. In Nordirland als Ganzem sind mehr als 90 Prozent aller staatlichen Wohnräume nach dem religiösen Proporz geteilt, d.h. in rein katholische oder rein protestantische Gebiete; in Belfast selbst liegt der Prozentsatz sogar bei 98 Prozent (Zahlen zit. in: *The Guardian*, 14.4.2004). Die zuständige Agentur, die *Northern Ireland Housing Executive* (NIHE), sieht auch in den neueren Plänen zur Gestaltung des staatlichen Wohnraumes keinen Änderungsbedarf, denn beide Gemeinschaften sind weder bereit noch in der Lage, miteinander zu leben. Deshalb lassen die neuen Pläne der NIHE jeden Mut vermissen, radikale Schritte gegen die territoriale Segregation einzuleiten:

»The Housing Executive has said its new approach is focused on the long term, and that ensuring people's safety is paramount. It insists it is not promoting social engineering, but simply making the most efficient use of housing and land to meet real need« (Sunday Telegraph, 10. Juni 2002).

Die bereits zitierte Studie von Peter Shirlow kam zu dem Schluss, dass die territorialen Spaltungen tägliche Konsequenzen für die Menschen vor Ort nach sich ziehen. Katholiken gehen etwa nur in katholischen Gegenden einkaufen, zum Arzt oder auf die Post, selbst dann, wenn die Wege dadurch erheblich länger werden.

2.4 Politik der Symbole

Kulturelle Symbole sind für die Identitätskonstruktion von Gemeinschaften unerlässlich:

»Symbols and symbolism can act as a vehicle for the development of an identity bond between the individual and the group and for group solidarity. They can also help promote a certain world-view and mobilise emotions and people« (MacGinty 2000).

In der Möglichkeit zur Identitätskonstruktion steckt gleichzeitig das den Symbolen inhärente destruktive Potential. Im innergesellschaftlichen Kontext entsteht dieses Potential dadurch, dass Symbole auf zwei verschiedenen Ebenen operieren. Auf der ersten Ebene repräsentieren bestimmte Ereignisse eine größere politische, soziale und kulturelle Gesamtsituation. Eine Einzelerfahrung, verstanden als ein singulärer Fall von Diskriminierung durch die andere Gemeinschaft, wird damit als ein typischer Fall wahrgenommen, der das Narrativ von systematischer Diskriminierung der eigenen Gemeinschaft bestätigt. Auf der zweiten Ebene werden Symbole bewusst als politische Technik benutzt. Jede Gemeinschaft stellt ihr eigenes Inventar an Symbolen, Farben, historischen Bezügen u.a. auf, das zu bestimmten (ethno-) politischen Zwecken manipuliert werden kann. Das destruktive Potential kultureller Symbole illustrieren der eingangs erwähnte Ardoyne/Holy-Cross-Konflikt und die Umstände, die zu dessen Ausbruch führten: das protestantische Mädchen, das gezwungen wurde, das »Ave Maria« laut aufzusagen und der Protestant, der beim Hissen einer Flagge attackiert wurde.

Die Bedeutung und Wahrnehmung von Symbolen und Ritualen verändern sich im Laufe der Zeit:

»Even when the form remains stable it does not imply that the meaning is static: in fact discontinuity between form and meaning may contribute to the persistence of a ritual by increasing the multivocality of the event and thereby its ambiguity, and in turn, its vitality. The ambiguity of the ritual process is an important factor in its accessibility to a larger number of people« (Jarman 1997: 11).

Trotz ihrer Flexibilität vollziehen sich Rituale nach einer strengen Regelbefolgung, Non-Konformität wird gesellschaftlich nicht geduldet (Bryan 2000: 192). Durch das bloße Vorhandensein des Rituals als historische Kontinuität bekommt die Gemeinschaft, welche die Regelbefolgung überwacht, eine kulturell tradierte Legitimation. Zu deren Aufrechterhaltung haben Rituale in der Regel eine Tendenz zur Wiederholung (Jarman 1997: 8). Die mit der repetitiven Tendenz verbundene Konformität hat allerdings für die Individuen der Gemeinschaften bedenkliche Folgen: »Ritual is an action in which participants need not share meanings and in which it is possible that participation is more important than meaning« (Bryan 2000: 192 f.).

Von der symbolischen Facette freiwilliger Apartheid besteht ein nahtloser Übergang hin zur fünften Facette, der Präsenz kollektiver Traumata, wenn man sich den Zusammenhang zwischen der Wirkungsweise von Symbolen und dem Phänomen des sozialen Gedächtnisses im Sinne von Maurice Halbwachs bewusst macht. Neil Jarman (1997: 8) sieht eine enge Verflechtung zwischen dem rituellen Event und dem Gedächtnis einer Gemeinschaft. Rituelle Gedenkveranstaltungen werden fast immer dazu benutzt, die eigene Vergangenheit zu feiern oder an sie zu erinnern und dadurch sowohl die eigenen zukünftigen Ambitionen und Bestrebungen als

auch die *imagined community* (in der Terminologie von Benedict Anderson) als Ganzes zu festigen. Viele Rituale gehen über eine simple und vage Erinnerung an vergangene Ereignisse hinaus und verknüpfen explizit die Vergangenheit mit der Gegenwart (ebd.: 9). Dies macht das Ritual als solches unweigerlich zu einem Paradoxon:

»This continuity of form inevitably hides changes in meaning. If a ritual remains central to social life of a community, it is because of this paradox: that it is *at once unchanging and yet ever changeable*« (Jarman 1997: 10; Hervorh. M.B.).

Dieses Paradoxon hat reale Konsequenzen für die sozialen Interaktionsmodi von Post-Konflikt-Gesellschaften: »at once unchanging and yet ever changeable« – das lässt ausreichend Raum und Chancen für die politische Instrumentalisierung. Immer wiederkehrende bzw. stetig politisierte Symbole und stets aufs Neue begangene Rituale repräsentieren in zukünftiger Regelmäßigkeit die symbolische Facette freiwilliger Apartheid. Sie werden so zu den manifesten und expressiven Zeichen der kulturellen Separation von Gemeinschaften.

2.5 Kollektive Kriegsgedächtnisse und friedensresistente Traumata

Der Begriff des kollektiven Gedächtnisses einer Gemeinschaft geht auf den Soziologen und Philosophen Maurice Halbwachs zurück. Nach Halbwachs gibt es die Vergangenheit als solche gar nicht, sondern sie existiert nur als das Produkt einer Gegenwart, die sie aus ihren jeweiligen Sinnbedürfnissen heraus und nach Maßgabe ihrer Rahmenbedingungen rekonstruiert; das Gedächtnis lässt also die Vergangenheit nicht wiederaufleben, sondern es rekonstruiert sie (Halbwachs 2006: 57). Halbwachs schafft insofern eine Verbindung zwischen kollektivistischer Bewusstseinstheorie und rekonstruktiver Gedächtnistheorie, als das Gedächtnis sowohl einen konkreten Raum- und Zeitbezug als auch einen Gruppenbezug hat. Die kollektivistische Dimension und Stoßrichtung seiner Theorie führt letztlich zu der Erkenntnis, dass der »erinnernde Mensch« niemals allein ist (Halbwachs 1967: 2). Halbwachs stellt grundsätzlich die Existenz eines strikt individuellen Gedächtnisses in Frage (ebd.: 14 f.). Vielmehr sieht er in den gemeinsamen Erinnerungen der Gruppe (dem Gruppengedächtnis) das zentrale Vehikel der Kohäsion. Es besteht eine enge Verbindung zwischen Erinnerung und Zugehörigkeit, zwischen kollektiver Erinnerung und ethno-politischer (und somit auch radikaler) Gemeinschaft.

Die analytische Betrachtung der Vergangenheit als soziale Konstruktion erklärt die Entstehung einer wirksamen Handlungsmacht (Noetzel 2006: 15), welche die Gemeinschaft über die Konstruktion der Bedeutung ihrer Vergangenheit bekommt: George Orwells berühmte Aussage »Who controls the past, controls the future: who controls the present controls the past« illustriert die Handlungsmacht der

Gemeinschaften über die Erinnerungen ihrer Mitglieder. Vor allem für jene politischen Akteure und Gruppen, die kein Interesse an einer Fortentwicklung des Friedensprozesses haben, eröffnet sich durch die erinnerungspolitische Handlungsmacht die Chance der Instrumentalisierung.

Die Wirkungsweise der erinnerungspolitischen Handlungsmacht lässt sich aber nicht ausschließlich auf die soziale Dimension und die soziale Rekonstruktion des Gedächtnisses zurückführen. Hierzu muss zusätzlich die Theorie des kulturellen Gedächtnisses nach Aleida und Jan Assmann berücksichtigt werden, welche die Gedächtnistheorie neben der neuro-psychologischen und der sozialen um eine dritte Dimension erweitert: das in symbolischen Formen »objektivierte Langzeitgedächtnis der Gesellschaft« (Assmann 1999; Assmann 2005: 80). Durch eine Verknüpfung der Gedächtnistheorien von Halbwachs und Assmann kann man das Erinnern als einen aktiven und deliberativen Prozess definieren, in welchem der substantielle Gedächtnisinhalt bzw. die konkrete Erinnerungsfigur immer wieder neu erarbeitet bzw. erhalten werden muss. Die Ansammlung von Adjektiven wie »aktiv«, »sozial«, »kulturell« und »deliberativ« als Definitionsmerkmale der Gedächtnisleistung einer Gemeinschaft können unter dem Begriff »kommunikatives Gedächtnis« subsumiert werden, das einem sich in der Folge der Generationen verändernden Gedächtnis gleichkommt. Der Horizont des kommunikativen Gedächtnisses ist bestimmt von den gemeinschaftsstiftenden Erinnerungsformeln und -figuren sowie von den »Erinnerungsbedürfnissen« einer klar definierten Wir-Identität. Dies macht das kommunikative Gedächtnis gleichzeitig zu einem Bindungsgedächtnis, dessen Aufgabe vor allem darin besteht, eine kollektive Identität zu vermitteln (Assmann 2000: 15, 37).

Im Rahmen des Bindungsgedächtnisses wird die Vergangenheit stets instrumentalisiert. Dies wird dadurch erleichtert, dass durch die kollektive Prägung des Gedächtnisses sich die Erinnerung nicht nur auf das unmittelbar selbst Erlebte reduziert, sondern im Wesentlichen aus den Fremderfahrungen von Individuen der eigenen Gemeinschaft besteht; Erfahrungen also, die weitergegeben, tradiert und erzählt werden. Erinnern wird zur kulturellen Praxis, das Gedächtnis muss immer wieder neu erschaffen bzw. am Leben gehalten werden (vgl. Jarman 1997: 4 f.). Dass Erinnerung eine kulturelle Praxis ist, wird im nordirischen Fall regelmäßig durch die in den Sommermonaten stattfindenden Märsche des *Orange Orders* offenbart. Diese Märsche erinnern an den Sieg Williams III. von England, der im Jahre 1690 in der Schlacht am Fluss Boyne den katholischen König James II. besiegte.

Die Auswirkungen der fünften Facette freiwilliger Apartheid können durch den analytischen Schritt vom kollektiven, sozialen Gedächtnis hin zum kollektiven Trauma einer Gemeinschaft nachvollzogen werden. In der klinischen Psychologie hat sich mittlerweile folgender Trauma-Begriff durchgesetzt:

»Trauma refers to an experience that would be expected by most people to be shattering and extremely stressful. A traumatic event usually creates strong feelings of horror or helplessness within those who experience the incident« (Definition der American Psychiatric Association, zit. in: Montiel 2000: 94).

Das Phänomen der Traumatisierung einer Gesellschaft kann nur in seinem prozessanalytischen Charakter verstanden werden; politische, kollektive Traumata werden als Prozess der Zerstörung sozialer Beziehungen definiert (Bar-On 2001: 216 ff.; vgl. auch Šuber in diesem Band). Die Weitergabe eines Traumas an die nächste Generation bildet die Brücke zwischen kollektivem und individuellem Trauma (Kühner 2003: 45). Aus psychologischer Perspektive findet hierbei eine unbewusste »Externalisierung« statt: Das Leiden der Eltern wird an die Kinder weitergegeben (Volkan 1997: 43). So wie das kollektive Gedächtnis sozial konstruiert und entsprechend kontextabhängig modifizierbar ist, ist auch das kollektive Trauma einer Gemeinschaft im Prozess der transgenerationellen Weitergabe veränderbar und gleichzeitig manipulierbar.

Die Möglichkeit der Manipulation ist in ethno-politischen Konflikten von großer Bedeutung und geht in der Regel von politischen Führern aus – den ethnischen Unternehmern. Zentrales Ziel der Manipulation ist es, die Geschichtsträchtigkeit des eigenen Gewalthandelns durch Erinnerung herzustellen. So beziehen sich die IRA und Sinn Fein in ihren öffentlichen Verlautbarungen sehr bewusst auf historische Ereignisse, Revolten und Aufstände, die mehrere Jahrhunderte zurückliegen, z.B. die Aufstände der *United Irishmen* (1789), der *Young Islanders* (1848) oder der Fenianer (1867). Das wichtigste Ereignis ist der Osteraufstand aus dem Jahre 1916. In den Hintergrund gerät dabei, ob solche reklamierten Zusammenhänge historisch korrekt sind; so waren z.B. die *United Irishmen* ausschließlich Protestanten.

Dies illustriert, wie Erinnerung in ihrer kollektiven Dimension für gegenwärtige politische Zwecke instrumentalisiert werden kann. Durch diese Form der Geschichtsklitterung und Geschichtsbewältigung wird die eigene Gewalt-Kampagne in die Tradition des historischen Kampfes gegen die britischen Besatzer gestellt und als historisch legitimer, anti-kolonialer Befreiungskampf konstruiert.

Die Manipulation und Instrumentalisierung von Vergangenheit führen z.B. dazu, dass bestimmte Gewalt-Großereignisse in einer gezielten Beliebigkeit entweder aufgewertet oder abgewertet werden.⁴ Aus kollektiven Traumata werden durch

⁴ In Südafrika wird dies erkennbar, wenn man sich die divergierende Art und Weise der jährlich stattfindenden nationalen Gedenkveranstaltungen vor Augen führt: die Erinnerung an die Gewaltereignisse »Sharpeville« (21. März 1960) und »Soweto« (16. Juni 1976). Dem Gewalt-Großereignis Sharpeville vorausgegangen war die Gründung des *Pan-African Congress* (PAC) im Jahr 1959 durch eine Gruppe innerhalb des ANC, die mit der traditionell gewaltfreien Strategie des ANC unzufrieden war. Unmittelbarer Auslöser von Sharpeville wurde ein Aufruf des PAC, am 21. März 1960 zur Polizeistation in Sharpeville zu marschieren, ohne die Pässe bei sich zu tragen – was nach den Apartheid-Passgesetzen illegal war – und sich verhaften zu lassen (Ackerman/Duvall 2000: 340). In

die Strategie der Auf- oder Abwertung in der Terminologie von Volkan »gewählte Traumata« (*chosen traumas*):

»I use the term chosen trauma to describe the collective memory of a calamity that once befell a group's ancestors. It is, of course, more than a simple recollection; it is a shared mental representation of the event, which includes realistic information, fantasized expectations, intense feelings, and defenses against unacceptable thoughts« (Volkan 1997: 48).

Sowohl »gewählte Traumata« als auch »gewählte Ruhmesblätter« können dabei bewusst instrumentalisiert und je nach Bedarf für das kollektive, soziale Gedächtnis eingesetzt werden. Ein Beispiel hierfür ist das in Nordirland praktizierte Gedenken an den *Bloody Sunday* – jenen Tag, an dem 14 Zivilisten durch eine Spezialeinheit der britischen Armee, das »Parachute Regiment«, ums Leben kamen.⁵ In einer Rede von Martin McGuinness, in den 1970er Jahren ein hoher Führer der IRA und seit 8. Mai 2007 stellvertretender Erster Minister Nordirlands, anlässlich der alljährlichen *Bloody Sunday Memorial Lecture* am 30. Januar 2000, wurde diese Strategie sehr offensichtlich: »They are not victims. They are heroes.«⁶ McGuinness bediente sich eines kommunikativen Tricks. Parallel zum rhetorischen Beistand für die Angehörigen der Opfer wurde der *Bloody Sunday* aus republikanischer Sicht als ein »gewähltes Ruhmesblatt« konstruiert. Er ist kein Trauma für die IRA, bestenfalls ein »willkommenes Trauma«, da das Gewaltereignis einen massiven Rekrutierungsschub für die IRA zur Folge hatte. In der Periode vor dem *Bloody Sunday*, nämlich in den 1960er Jahren, als der Nordirlandkonflikt begonnen hatte, verfügte die IRA lediglich über eine kleine Zahl an Waffen, zählte weniger als hundert Mitglieder und fand nur geringe Unterstützung in der katholischen Gemeinschaft. Nach dem *Bloody Sunday* änderte sich diese Situation auf fundamentale Weise.

der unausweichlichen Konfrontation mit der Polizei wurden 69 Schwarze erschossen, weitere 180 verletzt. – Am 16. Juni 1976 gingen im Township Soweto 15.000 Schulkinder der Orlando West Junior Secondary School auf die Straße, um gegen eine Regierungsverordnung des Ministeriums für Bantu-Erziehung zu protestieren, die Afrikaans zur Pflichtsprache im Unterricht machen wollte. Innerhalb weniger Stunden entwickelte sich der friedliche Marsch zu einer gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei. Der Soweto-Aufstand kostete insgesamt mehr als 500 Menschen das Leben. Sehr aufschlussreich für die Frage der kollektiven Erinnerung ist die Tatsache, dass der 21. März ein alljährlicher Trauertag ist, ein Tag der stillen Erinnerung, wohingegen der 16. Juni als landesweites Fest der Freude zelebriert wird. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass im »neuen Südafrika« der Soweto-Aufstand stellvertretend für den erfolgreichen Kampf gegen die Apartheid in seiner Gesamtheit steht; schließlich war Soweto der kritische Wendepunkt hin zum Ende der Apartheid. Soweto kann daher als »gewähltes Ruhmesblatt« im Sinne Vamiks Volkans (1997: 81) bezeichnet werden.

⁵ Zu den Ereignissen des *Bloody Sunday* gibt es eine Vielzahl von Quellen. Eine gute Beschreibung der Vorfälle findet sich bei Taylor (2001: 95 ff.)

⁶ Der Autor saß während der Rede als Zuhörer im Publikum.

Obwohl die getöteten 14 Zivilisten als menschliche Opfer betrachtet werden, hinter denen Tragödien und Leid stehen, werden sie dessen ungeachtet jedes Jahr aufs Neue als Helden gefeiert. Dahinter steckt eine bewusste politische Strategie, eine manipulative Form kollektiver Erinnerung.

Das kulturelle Langzeitgedächtnis einer Gemeinschaft und die damit unmittelbar verbundene historische Persistenz erlittener Gewalterfahrungen ist der problematischste Punkt, der entscheidend dazu beiträgt, die Fragilität von Post-Konflikt-Gesellschaften zu perpetuieren. Zusammen mit den anderen Facetten freiwilliger Apartheid sind die Präsenz und die politische Instrumentalisierung kollektiver Traumata ein wesentlicher Bestandteil und ein willkommenes Hilfsmittel für die Politik der vollkommenen Separation. Diametrale Erinnerungsstrategien, die auf gespaltenen Bindungsgedächtnissen aufbauen, können neue Zerwürfnisse auslösen, die den politischen Konsolidierungs- bzw. Demokratisierungsprozess gefährden.

3. Konklusion: ethno-kulturelle Schranken niederreißen?

Aus den angestellten Überlegungen ließe sich sehr leicht die schlichte Forderung ableiten, die existierenden ethno-kulturellen Schranken niederzureißen. Hier stellt sich jedoch die Frage, was Post-Konflikt-Gesellschaften überhaupt zugemutet werden kann. Denn man sollte das Grunddilemma, mit dem sich Post-Konflikt-Gesellschaften konfrontiert sehen, erkennen und akzeptieren: Abgeleitet aus den im Krieg erlernten Fähigkeiten dominieren in Post-Konflikt-Gesellschaften Gefühle von Unsicherheit, Skepsis, Angst und Bedrohung. Dadurch sind Verhaltens- und Einstellungsmuster »freiwilliger Apartheid« zu Beginn des Friedenskonsolidierungsprozesses auch ein aus sicherheitspolitischen Motiven heraus entstandener Mechanismus, um mit der alltäglichen Unsicherheit und Skepsis gegenüber der »anderen Gemeinschaft« umzugehen. Aus einer (Sicherheits-)Wahrnehmung heraus erwächst die Politik der vollständigen Separation. Wahrscheinlich ist eine solche gemeinschaftsbasierte Politik der ethno-kulturellen Separation über eine zeitlich begrenzte Phase hinweg – eine Phase der Abschottung von der anderen Gemeinschaft bzw. der gegenseitigen Abschreckung und gleichzeitig eine Periode des getrennten Trauerns – sogar notwendig. Verfestigt sich diese Strategie jedoch auf lange Sicht, resultiert daraus die Gefahr, dass sicherheitspolitisch begründete Handlungsstrategien Merkmale von sich selbst erfüllenden Prophezeiungen annehmen. Aus Maßnahmen, die kurzfristig subjektiv nachvollziehbar sind, wird eine dauerhafte Abschottung. Eine solche Strategie der vollständigen Separation generiert jene Strukturen, welche die Post-Konflikt-Gesellschaften fragil und gewaltanfällig machen, sodass nachhaltige Mechanismen der Friedenskonsolidierung nicht greifen können. Strukturmuster freiwilliger Apartheid sind zwar der Normalzustand in der unmittelbaren Nachkriegsperiode, dürfen aber nicht zum Dauerzustand einer Post-Konflikt-Gesellschaft werden.

Die Konsequenzen für Ansätze der Konflikttransformation werden erkennbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Post-Konflikt-Gesellschaften langfristig *nicht* durch sicherheitspolitische Maßnahmen befriedet werden können: Der Fokus auf harte Faktoren der Friedenskonsolidierung reicht nicht aus. Freiwillige Apartheid ist in erster Linie ein gesellschaftlich produziertes Strukturmuster, das nach Lösungswegen auf der Ebene der Gesellschaft verlangt. Auch Bar-Tal knüpft hier an, indem er für eine Mentalitätsänderung auf gesellschaftlicher Ebene plädiert, d.h. eine »Umgestaltung der psychischen Ausstattung eines Kollektivs« (Bar-Tal 2005).

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die kritische Frage, warum sich die gesellschaftlichen Strukturen, wie die Analyse zeigte, nur so schwer ändern lassen. Eine Antwort liegt im empirisch beobachtbaren Phänomen der so genannten »Friedensindustrie«. Auch hierfür ist Nordirland ein Paradebeispiel. Dort operieren mittlerweile mehr als 130 Organisationen, die Frieden und Versöhnung als Zielvorgaben formuliert haben. Doch verfolgen die Organisationen in ihren friedenspraktischen Aktivitäten kein gemeinsames Ziel, wobei sich die Mehrzahl ohnehin darauf beschränkt, die Symptome des Konflikts zu bearbeiten (Moltmann 2004: 244–247). Dies führt dazu, dass zwar ein enormer finanzieller Aufwand betrieben wird – vor allem durch die britische Regierung und die Europäische Union –, jedoch keine wesentliche Veränderung der verfestigten Strukturen freiwilliger Apartheid erreicht wird. Die gesellschaftlichen Interaktionsmuster ethno-politischer Schließung werden nicht ernsthaft angegangen. Das Resultat dieses Prozesses ist die nordirische Friedensindustrie:

»Wissenschaftliche Recherche, administrative Förderung, praktische Arbeit und mediales Wohlgefallen bilden inzwischen eine sich selbst tragende Symbiose – die »Friedensindustrie«, die zudem zu einem gewichtigen wirtschaftlichen Faktor geworden ist. Schätzungen zufolge sind hier bereits mehr Menschen beschäftigt als im Sicherheitsbereich« (ebd.: 242 f.).

Die so entstehende Symbiose basiert auf folgenden Prozessen: Die friedensstiftenden Akteure erkennen, dass ihre Legitimationsgrundlage als Organisation komplett wegfallen würde, wenn die fragile Zwischenwelt, in der Zustände freiwilliger Apartheid bestehen, durch einen dauerhaften und verlässlichen Frieden abgelöst würde. Das Beschäftigungsfeld »Friedensstiften« kann für die Akteure nur so lange bestehen, wie die ethno-politische Schließung aufrechterhalten bleibt. Das bedeutet nicht, dass der Fortbestand freiwilliger Apartheid monokausal auf die Entstehung der Friedensindustrie zurückgeführt werden kann, denn freiwillige Apartheid hängt – wie beschrieben – auch mit psychologischen und kulturellen Faktoren zusammen. Doch bieten die Interaktionsmodi auf der Ebene der Gemeinschaften, die aus nicht bewältigter freiwilliger Apartheid bestehen, den organisierten und bezahlten »Friedensstiftern« ein günstiges Umfeld, sodass sie in ihrer eigenen »Frie-

densarbeit« wenig Initiative zeigen, die Strukturen freiwilliger Apartheid zu durchbrechen.

Diese negative Wirkung der Friedensindustrie als Störfeuer für den Konflikttransformationsprozess lässt sich anhand des folgenden Beispiels illustrieren: Die NGO »DG«⁷ bekam Gelder, um in einer nordirischen Stadt einen Dialogprozess zwischen protestantischen Jugendlichen, die der *Ulster Volunteer Force* (UVF)⁸ nahestehen, und katholischen Jugendlichen aus dem Umfeld der IRA zu organisieren. Nach einem relativ kurzen Zeitraum bekundete ein Vertreter der UVF gegenüber DG, dass man dazu bereit sei, in den Dialog mit der IRA zu treten. DG antwortete jedoch, dass »die andere Seite« noch nicht so weit sei. Dieser Prozess zog sich noch über mehrere Monate hin, bis der UVF-Vertreter die IRA selbst kontaktierte. Es stellte sich heraus, dass DG beiden Seiten stets vermittelt hatte, »die andere Seite« sei noch nicht zum Dialog bereit. Die Intention von DG war klar: Ein sehr schneller »Erfolg« des Projektes – beide Seiten beginnen einen Dialog – hätte das Gesamtprojekt vorzeitig beendet und damit auch dessen Finanzierung.

Daraus ergibt sich zunächst die naheliegende Forderung, dass nationale und internationale Geldgeber, vor allem die Europäische Union, Maßnahmen ergreifen, um die Herausbildung von Friedensindustrien auf ihre Kosten zu verhindern: Warum sollten Organisationen wie DG oder Nordirland in seiner Gesamtheit überhaupt noch EU-Mittel erhalten, wenn diese keine nachweisbaren Ergebnisse liefern?

Darüber hinaus bestünde eine sinnvolle strategische Maßnahme zum Abbau freiwilliger Apartheid in der Förderung von langfristig angelegter zivilgesellschaftlicher *Identitätsarbeit*. Ausgangspunkt zivilgesellschaftlicher Identitätsarbeit ist die Förderung der Autonomiefähigkeit von Individuen im Sinne einer selbstbestimmten Mitgestaltung der eigenen Lebensbedingungen. Dazu braucht der Einzelne eine individuelle Identität, die eine entsprechende Orientierungs- und Handlungsfähigkeit im sozialen Raum ermöglicht (Schrader 2008). Im Unterschied zur Identitätspolitik, die in der Regel von dominanten Gruppen – Wir-Gruppen oder ethnischen Unternehmern – ausgeht, versucht zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit nicht, die Mitglieder der eigenen Gemeinschaft durch die Konstruktion eines vermeintlich Wesenhaften (Ursprung, Geschichte, Werte, Kultur usw.) zu Gefolgschaft und Loyalität gegenüber den Führungspersonen und der Gruppe als Ganzes zu verpflichten. Vielmehr wird zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit als Anstrengung verstanden,

⁷ Der Name der NGO wurde hier geändert. Diese Anekdote wurde dem Autor vom beteiligten UVF-Vertreter erzählt.

⁸ Die UVF ist eine paramilitärische Organisation, die im Jahre 1966 gegründet wurde. Sie betrachtete sich stets als »protestantische Armee«, die zur Verteidigung der protestantischen Gemeinschaft einen Krieg gegen die IRA führte.

»in einem spezifischen Handlungsfeld ein auf die Behauptung und Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Werte und Haltungen (z.B. Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit, Toleranz) gerichtetes kollektives und individuelles Selbstverständnis zu fördern. Generelles Ziel ist es, innerhalb der lokalen, nationalen und/oder transnationalen Zivilgesellschaft durch eine entsprechende Sensibilisierungs-, Aufklärungs- und Bildungsarbeit gleichermaßen friedliche und produktive Beziehungen zwischen den verschiedenen Segmenten, Milieus und Gemeinschaften zu fördern und zu gewährleisten« (Schrader 2008).

Auch zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit liefert jedoch keine »Erfolgsgarantie« für einen dauerhaften Frieden. Insbesondere sollte sie nicht auf der Basis »erfolgsgebundener« Projektmittel stattfinden, die »Erfolg« bzw. »Misserfolg« eher kurzfristig bzw. kurzfristig definieren, sondern sollte langfristig angelegt sein und in Kooperation mit der betroffenen Zivilgesellschaft konzipiert werden.

Literatur

- Ackerman, Peter/Duvall, Jack (2000): *A Force More Powerful. A Century of Nonviolent Conflict*. New York: Palgrave Macmillan.
- Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*. Cambridge, Boston: Addison-Wesley.
- Assmann, Aleida (1999): *Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München: C.H. Beck.
- Assmann, Jan (2000): *Religionkulturelles Gedächtnis. Zehn Studien*. München: C.H. Beck.
- (2005): »Das kollektive Gedächtnis zwischen Körper und Schrift. Zur Gedächtnistheorie von Maurice Halbwachs«. In: Herman Krapoth, Denis Laborde (Hg.): *Erinnerung und Gesellschaft. Mémoire et Société. Hommage à Maurice Halbwachs (1877–1945)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–81.
- Bar-On, Dan (2001): *Die »Anderen« in uns. Dialog als Modell der interkulturellen Konfliktbewältigung*. Hamburg: Edition Körber.
- Bar-Tal, Daniel (2000): *Shared beliefs in a society: Social psychological analysis*. Thousand Oaks: Sage.
- (2001): »Why does fear override hope in societies engulfed by intractable conflict, as it does in the Israeli society?«. In: *Political Psychology* 22, S. 601–627.
- (2005): »Psychologische Friedensbarrieren im Nahost-Konflikt: Ansätze zu ihrer Überwindung«. In: *Wissenschaft & Frieden* 2, S. 31–35.
- /Teichman, Yona (2005): *Stereotypes and prejudice in conflict: Representations of Arabs in Israeli Jewish society*. Cambridge: Cambridge University Press.
- et al. (2009): »The influence of the ethos of conflict on the Israeli Jews' interpretation of Jewish-Palestinian encounters«. In: *Journal of Conflict Resolution* 53, S. 94–118.
- Baumann, Marcel (2008): *Zwischenwelten: Weder Krieg, Noch Frieden. Über den konstruktiven Umgang mit Gewaltphänomenen im Prozess der Konfliktransformation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- /Bonacker, Thorsten (2008): »Für einen Theoriendialog ohne Entscheidungszwang. Nutzen und Grenzen eines fallbezogenen Theorienvergleichs aus Sicht der empirischen Konfliktforschung«. In: Thorsten Bonacker et al. (Hg.): *Sozialtheorien im Vergleich. Der Nordirland-Konflikt als Anwendungsfall*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 229–248.

- /Schrader, Lutz (2008): *Friedenskonsolidierung in Post-Konfliktgesellschaften – Begünstigende und hemmende Faktoren*, http://www.bpb.de/themen/Q98S4R,0,Friedenskonsolidierung_in_PostKonfliktgesellschaften_%96Beg%FCnstigende_und_hemmende_Faktoren.html (letzter Zugriff: 9.8.2010).
- Bryan, Dominik (2000): *Orange Parades. The Politics of Ritual, Tradition and Control*, London. Sterling: Pluto Press.
- Burton, Frank (1978): *The politics of legitimacy. Struggles in a Belfast community*. London: Routledge.
- Connolly, Paul/Healy, Julie (2004): *Children and the Conflict in Northern Ireland. The Experiences and Perspectives of 3-11 Year Olds*. Belfast: Office of the First Minister and Deputy First Minister (Research Branch).
- Farren, Sean (2000): »The SDLP and the roots of the Good Friday Agreement«. In: Michael Cox et al. (Hg.): *A farewell to arms? From ›long war‹ to long peace in Northern Ireland*. Manchester, New York: Manchester University Press, S. 49–61.
- Genschel, Philipp/Schlichte, Klaus (1997): »Wenn Kriege chronisch werden. Der Bürgerkrieg«. In: *Leviathan* 25, S. 501–517.
- Halbwachs, Maurice (2006) [1966]: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Frankfurt am Main: Fischer.
- (1967): *Das kollektive Gedächtnis*. Stuttgart: Enke.
- Harris, Rosemary (1972): *Prejudice and tolerance in Ulster. A study of neighbours and ›strangers‹ in a border community*. Manchester: Manchester University Press.
- Hippler, Jochen (2003): *Nation-Building – ein sinnvolles Instrument der Konfliktbearbeitung?*, http://www.jochen-hippler.de/Aufsätze/Nation-Building_Einleitung/nation-building_einleitung.html (letzter Zugriff: 9.8.2010).
- Hobsbawm, Eric J. (1990): *Nations and nationalism since 1780. Programme, Myth, Reality*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Jarman, Neil (1997): *Material Conflicts. Parades and Visual Displays in Northern Ireland*. Oxford, New York: Berg Publishers.
- Kühner, Angela (2003): *Kollektive Traumata. Annahmen, Argumente, Konzepte. Eine Bestandaufnahme nach dem 11. September*. Berlin: Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung.
- Lederach, John Paul (1997): *Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies*. Washington, D.C.: United States Institute of Peace Press.
- Liechty, Joseph/Clegg, Cecelia (2001): *Moving Beyond Sectarianism. Religion, Conflict and Reconciliation in Northern Ireland*. Dublin: Columbia Press.
- MacGinty, Roger (2000): *The Political Use of Symbols of Accord and Discord. Northern Ireland and South Africa*, Konferenzpapier: Association for the Study of Nationality, Fifth Annual Convention, 13.–15. April 2000, Columbia University. New York: Routledge.
- (2003): »The Role of Symbols in Peacemaking«. In: John Darby, Roger Mac Ginty (Hg.): *Contemporary Peacemaking. Conflict, Violence and Peacemaking*. Basingstoke, New York: Palgrave MacMillan, S. 235–244.
- Moltmann, Bernhard (2002): »Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben«. *Nordirland und sein kalter Frieden*. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- (2004): »Die ›Friedensindustrie‹ als Konfliktmotor? Das Beispiel Nordirland«. In: Sabine Kurtenbach, Peter Lock (Hg.): *Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität*. Bonn: Diez, S. 236–248.
- Montiel, Christina J. (2000): »Political Trauma and Recovery in a Protracted Conflict. Understanding Contextual Effects«. In: *Peace and Conflict. Journal of Peace Psychology* 6, S. 93–111.
- Noetzel, Thomas (2006): »Erinnerungsmanagement. Von der Vorgeschichte zur Geschichte«. In: Joachim Landkammer, Thomas Noetzel, Walther Ch. Zimmerli (Hg.): *Erinnerungsmanagement. Systemtransformation und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*. München: Fink, S. 15–25.

- Ropers, Norbert (1995): *Friedliche Einmischung. Strukturen, Prozesse und Strategien zur konstruktiven Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte*. Berlin: Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung.
- Santino, Jack (2001): *Signs of War and Peace. Social Conflict and the Use of Public Symbols in Northern Ireland*. New York: Palgrave Macmillan.
- Scarry, Elaine (1998): »The Difficulty of Imagining Other Persons«. In: Eugene Weiner (Hg.): *Handbook of Interethnic Coexistence*. New York: Continuum, S. 40–62.
- Schrader, Lutz (2008): *Zivilgesellschaftliche Identitätsarbeit in Friedensprozessen. Konzeptionelle Grundlegung für ein neues Handlungsfeld des Zivilen Friedensdienstes im westlichen Balkan*. Bonn: Forum Ziviler Friedensdienst (ZFD).
- Shirlow, Peter (2003): »Who Fears to Speak: Fear, Mobility, and Ethno-sectarianism in the Two »Ardoynes««. In: *The Global Review of Ethnopolitics* 3, S. 76–91.
- Simmel, Georg (1958): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Taylor, Peter (2001): *Brits. The War Against the IRA*. London: Bloomsbury Publishing.
- Volkan, Vamik D. (1997): *Bloodlines. From Ethnic Pride to Ethnic Terrorism*. New York: Basic Books.
- Waldmann, Peter (1998): »Eigendynamik und Folgen von Bürgerkriegen«. In: Peter Waldmann, Heinrich-W. Krumwiede (Hg.): *Bürgerkriege. Folgen und Regulierungsmöglichkeiten*. Baden-Baden: Nomos, S. 108–132.
- (2003): *Terrorismus und Bürgerkrieg. Der Staat in Bedrängnis*. München: Gerling Akademie.
- (2005): »The Radical Community. A Comparative Analysis of the Social Background of ETA, IRA, and Hezbollah«. In: *Sociologus. Zeitschrift für empirische Ethnosoziologie und Ethnopsychologie* 55, S. 239–257.
- Weber, Max (2006) [1922]: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Paderborn: Voltmedia.
- Wright, Frank (1987): *Northern Ireland. A Comparative Analysis*. Dublin: Gill & Macmillan.
- (1990): »Communal Deterrence and the Threat of Violence in the North of Ireland in the Nineteenth Century«. In: John Darby (Hg.): *Political Violence. Ireland in a Comparative Perspective*. Belfast, Ottawa: University of Ottawa Press, S. 11–28.

Gewollte Unwissenheit

Wenn Friedensorganisationen lernen, Politiker aber nicht*

WOLFGANG SEIBEL

Dieser Beitrag befasst sich mit einem spezifischen Folgeproblem von Bürgerkriegssituationen: der gewollten Unwissenheit der internationalen Gemeinschaft und internationaler Organisationen über die Ursachen und Folgen von Bürgerkriegen. Dieses Phänomen ist geläufiger, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Ob Bürgerkriege und das menschliche Leid, das mit ihnen verbunden ist, überhaupt zum Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit in den hoch entwickelten Mediengesellschaften des Westens gelangen, ist von vornherein fraglich. Dass diese Aufmerksamkeit selektiv ist, wird niemand bestreiten wollen. Die jugoslawischen Zerfallskriege haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit gefesselt, Bürgerkriege in Asien oder Afrika – Sri Lanka oder Angola könnten als Beispiele angeführt werden – finden dagegen weitgehend unter Ausschluss der westlichen Medienöffentlichkeit statt. Dass dies auch etwas mit der Zugänglichkeit der Konfliktregionen für Journalisten zu tun hat und mit dem Risiko für Leib und Leben der Berichterstat-ter, liegt auf der Hand. Zugleich ist es aber eine wohlbegründete Vermutung, dass der Grad der Aufmerksamkeit namentlich in den westlichen Medien und der durch sie geprägten Öffentlichkeit mit der wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung der jeweiligen Bürgerkriegsregionen in Zusammenhang steht.

Im Folgenden geht es allerdings um einen Spezialfall relativer Aufmerksamkeit und gewollter Unwissenheit, nämlich um Situationen, in denen die Virulenz eines Krisenherdes und die Zuständigkeit der »internationalen Gemeinschaft« in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) nicht mehr grundsätzlich in Frage stehen, sondern UN-Friedensmissionen eine ernsthafte Option sind, die auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates gelangt ist oder dorthin gelangen könnte. Hier kann von allgemeiner Unwissenheit oder Nicht-wissen-wollen keine Rede mehr sein, und doch zeigen sich charakteristische Spannungen zwischen dem, was die Vereinten Nationen als internationale Organisationen wissen müssten und wie sie handeln sollten und dem tatsächlichen Handeln sowohl der Vereinten Nationen als auch ihrer Mitgliedsstaaten. Diese Spannungen und Widersprüche erzeugen dann in der Tat, so wird hier argumentiert, ein Phänomen gewollter Unwissenheit, dem man jedoch nur gerecht wird, wenn man die Analyse differenziert und dynamisiert. Zur Diffe-

* Brigitte Weiffen danke ich sehr herzlich für die gründliche Durchsicht, hilfreiche Kommentare und die Ergänzung des Textes mit aktuellen Quellen- und Literaturverweisen.

renzierung gehört die genauere Betrachtung internationaler Organisationen in ihrer Doppeleigenschaft als multilaterale Institution und internationale Bürokratie. Zur Dynamisierung zählt die Mobilisierung von Wissen im Zeitverlauf, also ein Vorgang des Lernens. In den nachfolgenden Abschnitten wird erläutert, dass internationale Friedensorganisationen wie die Vereinten Nationen in bestimmten Segmenten lernen, in anderen aber nicht, und dass die daraus resultierenden Spannungen und Widersprüche durch spezifische *Narrative* überbrückt werden.

1. *Theoretische Rätsel im Umgang mit internationalen Organisationen*

Will man sich der Phänomene der Wissensmobilisierung und des Lernens in Organisationen theoretisch vergewissern, stößt man auf zwei miteinander konkurrierende Generalannahmen. Die dominierende dieser Annahmen ist zweifellos, dass wenigstens die Leitungen von Organisationen ein Interesse an Wissensmobilisierung und Lernen haben, weil davon das Überleben der Organisation und insofern auch die Sicherung der eigenen Karriereaussichten abhängt. Sinnbild dieser Annahme ist das *Principal-Agent*-Theorem (Akerlof 1970; Jensen/Meckling 1976), das vom Phänomen der Informationsasymmetrien ausgeht. Da zwischen den weisungsbefugten Menschen an der Spitze einer Organisation, den *Principals*, und den Weisungen ausführenden Menschen an nachgeordneter Stelle eine Asymmetrie in dem Sinne bestehe, dass die Ausführenden über das Geschehen in der Organisation besser Bescheid wissen als die Anweisungsbefugten, existiere an der Spitze der Organisation ein Wissensdefizit und damit ein Kontrolldefizit. Wissensmobilisierung bei möglichst geringem Aufwand – kostengünstiges Lernen, wenn man so will – ist in dieser Sichtweise ein lösungsbedürftiges Zentralproblem für die verantwortlichen Personen an der Spitze einer Organisation.

Eine konkurrierende Annahme von gleichfalls hoher Plausibilität, jedoch geringerer Prominenz in den normativ geprägten Diskussionen über organisatorisches Lernen, ist das machttheoretische Argument, das Karl W. Deutsch vorgetragen hat: »Power is the Ability to Afford not to Learn« (Deutsch 1963: 111). Zwar schließt sich hieran die Frage an, wer die eigentlichen Machttäger in einer Organisation sind und ob die formale Machtposition an der Spitze einer Organisation nicht durch die relative Macht der formell Weisungsunterworfenen in Frage gestellt wird. Aber dass die Macht derjenigen an der Spitze größer ist als die Macht derjenigen, die zu den ausführenden Personen und Organen der Organisation gehören, wird man vernünftigerweise unterstellen dürfen. Und so gelangt man zu der durchaus naheliegenden Frage, ob denn die *Principals* durchaus immer an der Reduzierung von Informationsasymmetrien interessiert sind. Wenn Macht bedeutet, nicht lernen zu müssen, kann man den Machttägern an der Spitze einer Organisation zumindest ein selektives Interesse an Wissensmobilisierung und Lernen unterstellen.

Warum kann man nun davon ausgehen, dass Friedensmissionen in Regie der Vereinten Nationen einen Anwendungsfall sowohl für die eine als auch für die andere Theorie darstellen? In der Tat lässt sich die Annahme gut stützen, dass nachgeordnete Instanzen im Apparat der Vereinten Nationen Informationsasymmetrien für die Verfolgung ihrer eigenen Agenda nutzen. Sie tun dies jedoch nicht ausschließlich, so die hier vertretene These, im Interesse individualistischer oder gruppenegoistischer Ziele. Vielmehr kann man in Übereinstimmung mit der *Stewardship*-Theorie, wie sie James H. Davis und seine Koautoren (Davis/Schoorman/Donaldson 1997) formuliert haben, unterstellen, dass namentlich in wertgeladenen Organisationen wie den Vereinten Nationen nachgeordnete Akteure die Wahl zwischen zwei Verhaltensmodellen haben. Sie können sich als individual- oder gruppenegoistisch orientierte *Agents* oder aber als den Werten der betreffenden Organisation verpflichtete *Stewards* verstehen und verhalten.

Wir haben ausreichend Evidenz für die Annahme, dass *Stewardship*-Verhalten bei nachgeordneten Instanzen der Vereinten Nationen und ihrem organisatorischen und intellektuellen Umfeld durchaus vorhanden und dass hier der Ort des Wissen-wollens und des Lernens angesiedelt ist. Umgekehrt liegen eindeutige Anzeichen dafür vor, dass es eher die *Principals*, in diesem Fall die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen und namentlich Schlüsselakteure im UN-Sicherheitsrat, sind, die an Wissen und an Lernen desinteressiert sind und die sich die Praxis gewollter Ignoranz leisten können, weil sie die Macht haben. Hier wird also, mit anderen Worten mit Hilfe von Karl W. Deutsch und der *Stewardship*-Theorie, das gängige *Principal-Agent*-Theorem in zweifacher Hinsicht modifiziert. Zum einen wird angenommen, dass nachgeordnete Akteure und Instanzen in Organisationen dem Gemeinwohl der Organisation mehr verpflichtet sein können als die Leitung der Organisation, und zum anderen wird unterstellt, dass die Leitung der Organisation selbst an der Aufrechterhaltung und nicht am Abbau jener Informationsasymmetrien interessiert ist, von denen die konventionelle *Principal-Agent*-Theorie annimmt, dass *Principals* sie immer kostengünstig reduzieren wollen. Friedensorganisationen und Friedensmissionen bieten dagegen Anschauungsmaterial für gewollte Unwissenheit, koste es, was es wolle.

Im Folgenden geht es daher um die Illustration: Woran erkennt man nun *Stewardship* und die damit verbundenen Anstrengungen, zum Wohle der Organisation zu lernen? Hier ist eine Sichtweise hilfreich, die Vivien Schmidt (2008) als »discursive institutionalism« bezeichnet: Institutionen unterhalten sich über sich und mit sich selbst. Es gibt tradierte *Narrative*, die der Identitätsstiftung und Verhaltenskoordination dienen. Am Beispiel von UN-Friedensmissionen lassen sich diese selbstreferentiellen Narrative als Vehikel des Lernens gut rekonstruieren, ebenso aber ihr Misserfolg, der auf die Lernunwilligkeit der eigentlichen Machttäger zurückgeht.

2. *UN-Friedensmissionen und Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) – ein selbstreferentielles Narrativ kollektiven Lernens*

In einer stilisierten Version der Geschichte der internationalen Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges erscheinen UN-Friedensmissionen und die daran anknüpfenden internationalen Übergangsverwaltungen, wie sie auf dem westlichen Balkan, in Liberia, Sierra Leone, Ost-Timor oder in Kambodscha anzutreffen waren oder sind, in der Tat als Ergebnis eines kollektiven Lernprozesses und stetigen Fortschritts in Richtung auf friedensorientiertes »Global Governance« (Kennedy 2006; Slaughter 2004). In dieser Sichtweise hatte die »Dritte Welle« der Demokratisierung, die mit der Auflösung der kommunistischen Regime in Osteuropa ihren Höhepunkt erreichte (Huntington 1991), zu einem Aufschwung der Menschenrechte als Prinzip internationaler Politik und allgemein einer Dominanz westlicher politischer Werte geführt und damit, in Verbindung mit einer Wiederbelebung der Vereinten Nationen als handlungsfähiger internationaler Organisation, die Möglichkeit zu einer aktiven Politik regionaler Stabilisierung in Konfliktregionen eröffnet, ohne dass dies, wie zu Zeiten des Kalten Krieges, mit dem Risiko einer Konfrontation zwischen den rivalisierenden Supermächten verbunden war.

Die wesentliche verbleibende Bedrohung dieser nahezu idealen Weltordnung lag in der Verbindung von lokalem Staatsscheitern, dadurch eröffneten Freiräumen für organisierte Kriminalität und Terrorismus und der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder ihrer essentiellen Vorprodukte. In bemerkenswerter Übereinstimmung findet sich diese Kombination von Definitionen und Wahrnehmungen zu Beginn des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts in Schlüsseldokumenten der USA, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, so in der US-Sicherheitsstrategie von 2002, der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 und im Schlussbericht des *UN High-level Panel on Threats, Challenges and Change* von 2004. Diese Dokumente beschreiben intrastaatliche Gewalt, massive Menschenrechtsverletzungen und Völkermord, Armut, Infektionskrankheiten, irreparable Umweltschäden, die Weiterverbreitung von Nukleartechnologie sowie chemischer und biologischer Waffen oder des dafür notwendigen Materials, Terrorismus und transnationale organisierte Kriminalität als neue Szenarien der Bedrohung und der Sicherheitsherausforderungen in einer globalisierten Welt mit der Folge einer Verantwortung der Internationalen Gemeinschaft für die effektive und gut koordinierte Eindämmung dieser Bedrohungen und Risiken, sowohl im Wege von Gegenmaßnahmen als auch im Wege der Prävention.¹

Innerhalb der Vereinten Nationen hatte sich bereits seit Beginn der 1990er Jahre ein eigener Zyklus des Agenda-Setting und der Doktrinentwicklung angebahnt.

¹ Doyle und Sambanis (2006: 58) verweisen unter Bezug auf Stedman (2001) wiederum auf die Notwendigkeit, manifesten oder latenten »Spoilers« sehr frühzeitig klare Signale der Festigkeit und Konsistenz der eigenen Verhaltensstrategie zu übermitteln.

Der erwähnte Schlussbericht des *High-level Panel on Threats, Challenges and Change* von 2004 war lediglich der vorläufige Schlusspunkt dieses Lernprozesses. Er hatte begonnen mit der *Agenda for Peace*, die der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali, 1992 verkündet hatte. Bereits hier wurden präventive Diplomatie, »Peacekeeping« und »Peacemaking«, einschließlich der Anwendung militärischen Zwangs auf der Grundlage von Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen als Kernmerkmale einer aktiven Unterstützung von Friedensprozessen genannt, die ausdrücklich auch die Lösung der »zugrunde liegenden ökonomischen, sozialen, kulturellen und humanitären Probleme« in Angriff nehmen sollte.² Insofern war es eine Tragödie auch für die Vereinten Nationen, dass der erste Versuch, Boutros-Ghalis *Agenda for Peace* (United Nations 1992) in die Tat umzusetzen, im Desaster endete. Dies betraf Somalia, wo 1992 durch Bürgerkrieg und den Zusammenbruch jeglicher öffentlichen Ordnung eine Hungersnot herrschte, deren Ausmaß den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf den Plan rief. Boutros-Ghali, selbst Ägypter, hatte nicht mit Vorwürfen an den Westen gespart, den er beschuldigte, der Hungersnot in Somalia gleichgültig gegenüberzustehen, weil es sich lediglich um eine geopolitisch unbedeutende Region in Afrika handele. Nun, da die Zeit der Lähmung des UN-Sicherheitsrats durch die Opposition der beiden früheren Supermächte USA und UdSSR vorüber sei, müssten die Vereinten Nationen sich aktiv mit dem Phänomen zerfallender Staaten und den humanitären Konsequenzen auseinandersetzen. Boutros-Ghali forderte in diesem Zusammenhang die Aufstellung einer ständigen UN-Interventionstruppe von zunächst 1000 Mann.³

Die UN-Mission in Somalia, nach dem Wechsel zur Regierung Clinton im Januar 1993 von den USA rückhaltlos unterstützt, mündete in einer Katastrophe mit traumatisierenden Folgen sowohl für die öffentliche Meinung in den USA als auch für die Vereinten Nationen als Organisation. Konzipiert als Hilfsaktion, deren militärische Komponente in erster Linie dem Schutz der Hilfsgüter gegen Übergriffe bewaffneter Gruppen dienen sollte, sahen sich die unter UN-Mandat anlandenden Truppenverbände der USA mit einer Bürgerkriegssituation ohne feste Fronten konfrontiert, in der es für das eingesetzte Militärpersonal bald nur noch darum ging, die eigene Haut zu retten (vgl. Makinda 1993; Bryden 1995). Mit »Somalia« im Gedächtnis erwiesen sich sowohl die Verantwortlichen der Vereinten Nationen als auch die US-Regierung und Präsident Clinton persönlich ein Jahr später als unfähig, schnell und entschlossen auf die sich abzeichnende Katastrophe in Ruanda zu reagieren. Unter den Augen von immerhin 20.000 Blauhelmsoldaten der Vereinten Nationen ereignete sich in Ruanda von April bis Juli 1994 der größte

² Im Sinne von Goldstein und Keohane (1993). *World views*, so die Autoren, definieren das *universe of possibilities for action*, indem sie ein bestimmtes Spektrum von Handlungsoptionen als denkbar, andere Handlungsoptionen dagegen als von vornherein undenkbar erscheinen lassen.

³ »Rich Nations Lag in Response to Crises«, *New York Times*, 20. September 1992.

Völkermord seit dem Holocaust, als rund 800.000 Angehörige der Volksgruppe der Tutsi von der Mehrheit der Hutu-Bevölkerung ermordet wurden. Die Aufgabe der anwesenden UN-Truppen hatte in der Überwachung der Bestimmungen des im Herbst 1993 im tansanischen Arusha abgeschlossenen Friedensabkommens bestanden. Ihr Mandat hätte zum Schutz der Zivilbevölkerung erweitert, die Truppenstärke hätte erhöht werden können, entsprechende Initiativen im UN-Sicherheitsrat vorausgesetzt. Heute ist aus zahlreichen Dokumenten bekannt, dass sowohl die Regierung der USA unter Bill Clinton als auch die Frankreichs unter François Mitterrand über den wirklichen Charakter der sich anbahnenden Katastrophe hätten Bescheid wissen können, wenn sie hätten Bescheid wissen wollen.⁴ Die Regierung Clinton nahm jedoch von einer Intervention Abstand, um auf jeden Fall »ein zweites Somalia« zu verhindern. Damit war nicht das Schicksal der Bevölkerung gemeint, sondern die militärische Demütigung der USA und die Todesopfer unter den amerikanischen Soldaten in einer erfolglosen UN-Mission.

»Somalia« und »Ruanda« nehmen in der narrativen Selbstbeschreibung der Entwicklung von Friedensoperationen durch den UN-Apparat aus mehreren Gründen eine Schlüsselstellung ein. Zum einen symbolisierten sie das Scheitern eines neuen Konzepts, das der damalige Generalsekretär unter dem Schlagwort *Agenda for Peace* so prononciert vorgetragen hatte. Zum anderen gab es auch auf der operativen Ebene Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen, die unmittelbar dem UN-Sekretariat in New York zuzurechnen waren. Und schließlich war es das schiere Ausmaß dieser beiden Katastrophen, unter denen freilich der Völkermord in Ruanda wie ein Fanal herausragte, das das Bewusstsein vom eigenen Versagen zum besonderen Belastungsfaktor, jedoch auch zum Antriebsmoment des Lernens werden ließ. Michael Barnett und Martha Finnemore haben darauf hingewiesen, dass die bürokratischen Routinen im UN-Hauptquartier zu einer falschen Codierung des Falles Ruanda geführt hatten (Barnett/Finnemore 2004: 121–155). In der Wahrnehmung der UN-Bürokratie handelte es sich bei dem, was von Insidern wie dem kanadischen Befehlshaber der Blauhelmtuppen vor Ort, General Roméo Dallaire, in Berichten nach New York als eindeutige Anzeichen beginnender Massenmorde gekennzeichnet worden war, lediglich um das Wiederaufflammen von Bürgerkriegskämpfen. Kofi Annan, damals Leiter des zuständigen *Department of Peacekeeping Operations* der UN, lehnte es ab, von einem drohenden Völkermord zu sprechen.⁵

»Ruanda« war jedoch noch nicht der Tiefpunkt der Glaubwürdigkeitskrise der Vereinten Nationen, deren Mitschuld durch Unterlassen nahezu jedem einzelnen

⁴ »US chose to ignore Rwandan genocide. Classified papers show Clinton was aware of 'final solution' to eliminate Tutsis«, *The Guardian*, 31. März 2004.

⁵ »Inquiry Says U.N. Inertia in '94 Worsened Genocide in Rwanda«, *The New York Times*, 17. Dezember 1999. Eine umfassende Dokumentation des Völkermords in Ruanda bietet Des Forges (1999).

Punkt von Boutros-Ghali *Agenda for Peace* widersprach.⁶ Im Juli 1995 wurde die so genannte UN-Schutzzone um die bosnische Stadt Srebrenica von serbischen bzw. von bosnisch-serbischen Truppen unter dem General Mladić überrannt. Rund 8000 Jungen und Männer, nahezu alles Muslime, wurden von den serbischen Truppen weggeführt und ermordet. Die Konstellation ähnelte derjenigen in Ruanda im Jahr zuvor. Die anwesenden Blauhelmtruppen der UNO, in diesem Fall ein niederländisches Bataillon, wäre für wirkungsvollen militärischen Widerstand zwar ohnehin zu schwach gewesen, aber es kam auch nicht zu einer Intervention derjenigen, die dazu in der Lage gewesen wären, nämlich der den Großteil der UNO-Truppen stellenden NATO-Staaten.⁷

Wenn es die Personifizierung des *Stewardship*-Phänomens in der jüngeren Geschichte der Vereinten Nationen gegeben hat, so war dies der 1996 durch die Generalversammlung gewählte Generalsekretär Kofi Annan. Unmittelbar verstrickt in die Tragödie von Ruanda und selbst hervorgegangen aus dem zuständigen Segment des UN-Apparates, also ausgestattet mit intimer Kenntnis der internen Mechanismen, Stärken und Schwächen des *Department of Peacekeeping Operations*, gab Annan mehrere Untersuchungsberichte in Auftrag, von denen der Bericht über die Ursachen des Scheiterns der Vereinten Nationen in Ruanda und der Bericht über Status und Leistungspotential der UN-Friedensoperationen unter Federführung des ehemaligen algerischen Außenministers Lakhtar Brahimi die wichtigsten waren (United Nations 1999; 2000). Der Brahimi-Report plädierte vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den 1990er Jahren wie bereits Boutros-Ghali *Agenda for Peace* für präventive Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Verhinderung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen und in diesem Zusammenhang für klare, glaubwürdige und realisierbare Mandate des UN-Sicherheitsrats, einschließlich spezifischer Bestimmungen für die Anwendung militärischen Zwangs auf der Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta. Der Bericht widmete sich ausdrücklich auch dem neuen Phänomen längerfristiger Übergangsverwaltungen unter UN-Mandat. Es müsse nicht nur für ausreichendes und gut qualifiziertes Personal und für eine angemessene technische Ausrüstung von UN-Friedensmissionen Sorge getragen werden, sondern insbesondere auch für eine bessere Koordination und Leitung.

Der neuerliche Vorstoß zur Intensivierung von UN-Interventionen zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere im Zusammenhang mit zerfallenden Staaten und dem Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, setzte implizit ein bereits in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenes Dilemma auf die Tagesordnung, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen der Verpflichtung der Vereinten Nationen

⁶ Power 2002 (zu Ruanda und Srebrenica vgl. S. 329–442) spricht vom »collective bystander«-Phänomen.

⁷ Vgl. Netherlands Institute for War Documentation 2002. Der Bericht führte zum Rücktritt der Regierung Wim Kok am 16. April 2002.

zum Schutz der Menschen vor kriegerischer Gewalt und, in Verbindung mit der Menschenrechtsdeklaration von 1948, vor Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf der einen Seite und der Respektierung nationaler staatlicher Souveränität andererseits. Wie sollten die Vereinten Nationen mit Situationen umgehen, in denen einerseits Verbrechen gegen Menschlichkeit oder gar Völkermord ihr Eingreifen erforderlich machen, andererseits aber das Eingreifen eine Verletzung der Souveränitätsrechte eines Staates, in der Regel ja auch eines Mitgliedsstaates, bedeutet? Mit dieser Frage setzte sich eine weitere Kommission im Auftrag des Generalsekretärs auseinander, das so genannte *High-level Panel on Threats, Challenges and Change*, das seinen Bericht im Sommer 2004 vorlegte (United Nations 2004). Die Kommission machte sich eine Formel zu eigen, die zuvor die von der kanadischen Regierung eingesetzte *International Commission on Intervention and State Sovereignty* (ICISS) entwickelt hatte. Sie wurde als Prinzip der Schutzverantwortung – *Responsibility to Protect* – bekannt. Diese Formel sollte die Überbrückung der Spannung zwischen internationaler Intervention und nationalstaatlicher Souveränität ermöglichen.⁸

Das Prinzip einer *Responsibility to Protect* bildete den Schlusspunkt eines normativen Lernzyklus, der durch die Kette der Disaster von Somalia, Ruanda und Srebrenica in den Jahren 1993 bis 1995 ausgelöst worden war. Es beruht auf zwei komplementären Grundsätzen. Bezugspunkt ist zum einen die Verantwortung jedes Staates, seine Bürger gegen Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Zum anderen ist es ein Prinzip, auf dessen Grundlage die Vereinten Nationen ihrerseits die Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte in einem Staat übernehmen sollen, wenn dieser dazu nicht willens oder in der Lage ist. Das Prinzip der *Responsibility to Protect* wurde in den Schlussberichten des *UN High-level Panel on Threats, Challenges and Change* vom Sommer 2004 aufgenommen. Weitaus wichtiger noch aber war seine Verankerung in dem einstimmig von allen Mitgliedsstaaten angenommenen Schlussdokument des so genannten Weltgipfels der Vereinten Nationen im September 2005. Und im April 2006 machte sich der UN-Sicherheitsrat die Formel einer Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft für die Verhinderung von – wie es in der Beschlussformel des Weltgipfels vollständig hieß – »Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische[r] Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu eigen (UN Security Council 2006). Ebenso verfuhr der neue Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, der im Januar 2007 Kofi Annan nachfolgte. Er nutzte unter anderem die Gelegenheit einer Ansprache in Berlin in Gegenwart des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier und

⁸ Der ehemalige australische Außenminister und Präsident der *International Crisis Group*, Gareth Evans, der als Mitglied der ICISS an der Ausarbeitung der neuen Doktrin maßgeblich beteiligt war, hat eine ausführliche Beschreibung der politischen und konzeptionellen Genese des Prinzips einer *Responsibility to Protect* vorgelegt (Evans 2008).

des Hohen Vertreters der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, für die Bekräftigung des Prinzips einer *Responsibility to Protect*.⁹

3. *Lernende Bürokratie, lernunwillige Politik*

Es ist fair, festzustellen, dass die Vereinten Nationen aus den tragischen Erfahrungen der 1990er Jahre, für die insbesondere die Tragödien »Ruanda« und »Srebrenica« stehen, Schlussfolgerungen von bemerkenswerter Tragweite und Kohärenz gezogen haben. Hinzu trat eine reformierte Führungsstruktur für Friedensmissionen, bekannt unter dem Stichwort *Integrated Mission Task Force* (IMTF) (vgl. Eide 2005) und die Bildung einer speziellen Kommission für Friedensmissionen, die der Generalversammlung der Vereinten Nationen angegliedert wurde, mit der Bezeichnung *Peacebuilding Commission* (vgl. Murthy 2007). Bemerkenswert war, dass der Impuls des Lernens von der UN-Bürokratie ausging, also von jenem Segment des UN-Apparates, der, ginge es nach den pessimistischen verwaltungswissenschaftlichen Theorien (Crozier 1963; Merton 1968), für Trägheit und Innovationsfeindlichkeit steht. Auch die jüngeren Deutungen des Organisationsverhaltens des UN-Apparates haben, soweit sie sich mit den Vereinten Nationen als internationaler *Bürokratie* überhaupt befasst haben, eher den bewahrenden, modernisierungsfeindlichen und strukturkonservativen Aspekt der UN-Verwaltung hervorgehoben (so insbesondere Barnett/Finnemore 2004). Tatsächlich erwies sich die UN-Bürokratie jedoch als ausgesprochen lernfähig (vgl. v.a. Benner/Rotmann 2008). Mit der Rückendeckung namentlich des Generalsekretärs Kofi Annan, dem selbst in den 1990er Jahren gravierende Fehleinschätzungen der Situation in Krisengebieten unterlaufen waren, verstand man es im Hauptquartier der Vereinten Nationen nicht nur, der lähmenden Wirkung überkommener Standardverfahren und der Fragmentierung eigentlich zusammengehöriger Tätigkeitsfelder entgegenzuwirken. Es kam auch zu einer produktiven Koalition von Spitzenbeamten der UN-Verwaltung und wissenschaftlichen Experten, die für die Schlüsseldokumente wie den Brahimi-Bericht oder den Schlussbericht des *High-level Panel on Threats, Challenges and Change* die entscheidenden Stichworte geliefert hatten. Hier haben wir es mit einer jener *Epistemic Communities* (Erkenntnisgemeinschaften) zu tun, von denen in diesem Zusammenhang in der Forschungsliteratur die Rede ist (Haas 1992). Rückblickend könnte man die erste Hälfte der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts als die sowohl in konzeptioneller wie in operativer Hinsicht innovativste Phase auf dem Gebiet der Friedensmissionen der Vereinten Nationen kennzeichnen. Es war

⁹ Speech of UN Secretary-General Ban Ki Moon on »Responsible Sovereignty: International Cooperation for a Changed World« held at Bertelsmann Foundation in Berlin, 15 July 2008, abgedruckt in: Internationale Politik, September 2008, einsehbar unter: <http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2008/september/> (letzter Zugriff: 3.8.2010).

zugleich eine Phase, in der mit den Friedensmissionen in Sierra Leone und Liberia erfolgreiche Missionen durchgeführt wurden, die auch auf dem afrikanischen Kontinent das stark angeschlagene Ansehen der Vereinten Nationen wieder aufgebeßert haben (Center on International Cooperation 2007).

Die einschlägigen Dokumente und öffentlichen Selbstdarstellungen der Vereinten Nationen beschreiben die Entwicklung von Konzeption und Doktrinen der UN-Friedensmissionen tatsächlich in der hier umrissenen Weise als einen linearen Entwicklungsprozess mit einer Tendenz kontinuierlicher Verbesserung.¹⁰ Das Diskursnetzwerk (Janning et al. 2009), das sich aus leitenden Bürokraten des UN-Apparates und ihrem intellektuellen Umfeld in *Think Tanks* und Universitäten gebildet hatte (Büger/Gadinger 2006), hatte sein eigenes normatives Narrativ entwickelt. Hier handelt es sich zum einen um Diskurs-Koalitionen im Sinne von *Advocacy*-Koalitionen (Sabatier 1993; Sabatier/Jenkins-Smith 1993), eine Gruppe von Akteuren, die in lockerer Abstimmung gemeinsam ein Themenfeld besetzen und mit einem bestimmten normativen Sinn versehen. Zum anderen resultieren aus dem Handeln der Diskurs-Agenten institutionalisierte Bedeutungsstrukturen (vgl. Connolly 1983), die eine eigene Deutungswelt schaffen. Der Erfolg dieser Deutungsmuster – der Erfolg der ihnen zugrunde liegenden Narrative – hängt von ihrer inneren Stimmigkeit, von der Plausibilität der Antworten ab, die sie auf Probleme der Welt der Tatsachen geben (vgl. Schmidt 2008: insbes. 309–313). Eine solche Plausibilität und innere Konsistenz ist in der Deutungswelt der UN-Bürokratie im Bereich Friedensoperationen sicher gegeben. In der Tat erscheint das Prinzip einer *Responsibility to Protect* als angemessene Antwort auf das Versagen der Vereinten Nationen in Ruanda und Srebrenica Mitte der 1990er Jahre und den Ansehensverlust der UNO, der damit einher ging. Gleichwohl: Plausibilität und Konsistenz bilden eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung für den Erfolg institutioneller Deutungswelten und der sie tragenden Narrative. Zusätzlich muss die Bedingung grundsätzlicher Kompatibilität mit den Interessen der letztendlichen *Stakeholders* erfüllt sein. Im Fall einer internationalen Bürokratie wie der Vereinten Nationen sind dies die UN-Mitgliedsstaaten, und hier insbesondere die fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, die jede unerwünschte Beschlussfassung durch ihr Veto blockieren können. Die Durchsetzung des Prinzips einer *Responsibility to Protect* scheitert vorerst nicht an seiner inneren Schlüssigkeit, sondern an veränderten Interessenlagen im UN-Sicherheitsrat, welche die Lippenbekenntnisse des *World Summit* von 2005 mit dem einstimmigen Bekenntnis zur *Responsibility to Protect* ins Leere laufen lassen.

¹⁰ Vgl. exemplarisch die Website »The Secretary General«, United Nations, einsehbar unter: <http://www.un.org/sg/> (letzter Zugriff: 9.11.2010).

4. Die Welt der Narrative und die Welt der Interessen

Einige Gründe sprechen für die Annahme, dass sich das oben umrissene Narrativ von der UN-Bürokratie als lernende Organisation in einem historischen Zeitfenster einstellte, das sich mittlerweile wieder zu schließen beginnt. Sinnfällig hierfür ist das Versagen der Vereinten Nationen im Konflikt in der westsudanesischen Provinz Darfur. Dort waren am Ende des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts nach Schätzungen verschiedener Nichtregierungsorganisationen zwischen 200.000 und 300.000 Menschen den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Rebellen- und Regierungsmilizen zum Opfer gefallen. Mehr als zwei Millionen Flüchtlinge halten sich in Lagern auf beiden Seiten der Grenze zwischen dem Sudan und Tschad auf, wo sie von den Vereinten Nationen zwar notdürftig mit Lebensmitteln versorgt werden, jedoch nicht wirksam gegen gewaltsame Übergriffe vielfältiger Art geschützt werden können, die regelmäßig auch von bewaffneten Milizen verübt werden, die im Auftrag der sudanesischen Regierung in Khartum handeln (UN Security Council 2008). Am 14. Juli 2008 erhob der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, der Argentinier Luis Moreno Ocampo, Anklage gegen den sudanesischen Staatspräsidenten Omar Al Bashir wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (International Criminal Court 2008). Schließlich erließ am 4. März 2009 der Internationale Strafgerichtshof gegen Al Bashir einen internationalen Haftbefehl, den ersten dieser Art, der sich gegen ein amtierendes Staatsoberhaupt richtet. Am Haftbefehl gegen Al Bashir erweist sich noch einmal die Wirkmächtigkeit internationaler Normen und der sie stützenden Narrative von Fachgemeinschaften und politischen Netzwerken. Er wäre ohne das in Schlüsseldokumenten der Vereinten Nationen bekräftigte Prinzip einer Schutzverantwortung der UNO für die Menschen, die durch die eigene Regierung zum Opfer von Massenverbrechen werden, nicht denkbar gewesen. Deutlicher als in der Überordnung fundamentaler Menschenrechte über die Immunität des Oberhauptes eines souveränen Staates konnte der normative Gehalt des Prinzips einer *Responsibility to Protect* kaum zum Ausdruck gebracht werden.

So konsequent die Vereinten Nationen in Gestalt ihrer eigenen Bürokratie und in Gestalt des Internationalen Strafgerichtshofs das Prinzip einer *Responsibility to Protect* verfolgen, so inkonsequent handeln sie als multilaterale internationale Organisation, die von dem Willen ihrer Mitgliedsstaaten abhängig ist. Für die Durchsetzung des Haftbefehls gegen Al Bashir fehlt in den Vereinten Nationen jeder Plan. Ebenso fehlt jede Verlautbarung der fünf permanenten Mitglieder, auch der drei westlichen Demokratien unter ihnen, zur möglichen Durchsetzung des Haftbefehls. Es ist offensichtlich, dass der dafür erforderliche politische Wille auch bei den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA nicht vorhanden ist. Die Anfang 2008 in Darfur eingesetzte Friedensmission UNAMID, eine so genannte Hybrid-Mission unter Beteiligung der Afrikanischen Union (AU), blieb finanziell und personell unterausgestattet, insbesondere aber blieb sie ohne nach-

haltige Unterstützung wiederum der westlichen Demokratien unter den UN-Mitgliedsstaaten.¹¹ Dies gilt auch für die deutsche Bundesregierung, die im Juni 2010 das deutsche Blauhelm-Kontingent für UNAMID von 250 auf 50 Soldaten reduziert hat.

Der vordergründig kuriose Umstand, dass die Vereinten Nationen das von ihnen selbst geprägte Prinzip der Schutzverantwortung ins Leere laufen lassen, ist im Wesentlichen auf eine dominierende Koalition im UN-Sicherheitsrat zurückzuführen, die aus Russland, China und den USA besteht. Die USA haben neben ihren regelmäßigen Kontakten zu den Geheimdiensten des Sudan im Zuge der Terrorismus-Bekämpfung¹² Interesse an stabilen Regierungsverhältnissen im Sudan. Der von Präsident Barack Obama eingesetzte Sonderbeauftragte für den Sudan, der pensionierte General Scott Gration, ist für Menschenrechtsorganisationen zur negativen Symbolfigur einer *Appeasement*-Politik geworden, welche die Obama-Administration gegenüber dem Sudan mindestens ebenso entschieden verfolgt wie die Vorgängerregierung unter George W. Bush.¹³ Dies steht in starkem Kontrast zur Position, die Obama während seiner Wahlkampagne 2008 vertreten hatte (u.a. in seiner Berliner Rede vom 24. Juli 2008).¹⁴

Russland und China wiederum liefern Waffen in den Sudan, womit allein schon mehrere UN-Resolutionen gebrochen werden. China hat darüber hinaus Milliarden von US-Dollar in die Erschließung und Ausbeutung sudanesischer Ölquellen investiert und schon aus diesem Grund engste politische Beziehungen zum Regime in Khartum (Taylor 2006). UN-Mitgliedsstaaten, die selbst keine Demokratien sind, werden sich ungeachtet aller Lippenbekenntnisse nicht für den Schutz der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen einsetzen, und vor allem haben sie keine demokratische Öffentlichkeit zu fürchten, die eben dies fordert. Nach Erlass des Haftbefehls gegen Al Bashir am 4. März 2009 verlangten Russland und China umgehend dessen Aussetzung.¹⁵

¹¹ »Why Darfur Still Bleeds«, *New York Times*, 13. Juli 2008.

¹² »CIA Role in Visit of Sudan Intelligence Chief Causes Dispute Within Administration«, *New York Times*, 18. Juni 2005.

¹³ Die Initiative »Save Darfur« forderte in einem offenen Brief an Präsident Obama am 17. Februar 2010 die Ablösung von Scott Gration. Einsehbar unter <http://savedarfurma.org/replacementgration> (letzter Zugriff: 3.8.2010).

¹⁴ Speech of designated Democratic US presidential candidate Barack Obama, held in Berlin, abgedruckt in: *Internationale Politik*, September 2008, einsehbar unter: <http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang-2008/september/> (letzter Zugriff: 3.8.2010).

¹⁵ »China: Haftbefehl gegen Bashir aussetzen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6. März 2009.

5. Strategien des Nichtwissens und erfolgreiches Scheitern

Die Kluft zwischen dem, was die UN-Bürokratie gelernt hatte und dem, was die dominante Koalition im UN-Sicherheitsrat in Bezug auf Friedensoperationen zulassen will, macht aus diesen Missionen der Tendenz nach permanent scheiternde Organisationen. Dies führt zurück zu den eingangs angesprochenen theoretischen Annahmen. Permanentes Scheitern von Organisationen, die gleichwohl nicht untergehen, kann man nur unterstellen, wenn man zugleich annimmt, dass *Principals* unter bestimmten Umständen keineswegs an hoher Leistung und auch keineswegs an vollständiger Information über den tatsächlichen Leistungsgrad der *Agents* interessiert sind, dass es also ein Interesse an Unwissenheit über dieses Leistungsdefizit geben kann. »Erfolg« wäre unter diesen Umständen definiert als gewolltes Scheitern bei gleichzeitiger Unwissenheit über das Scheitern. Letzten Endes, so Karl W. Deutsch, entscheiden die Mächtigen selbst, was sie wissen und lernen wollen und was nicht: »Power is the Ability to Afford not to Learn.«

Die Darlegung dieses Arguments ist an anderer Stelle ausführlicher erfolgt (Seibel 2008). Hier können wir uns auf wenige illustrative Beispiele beschränken. So mag es in der Tat vorkommen, dass Mitglieder des UN-Sicherheitsrates ein Interesse am Scheitern einer Friedensoperation haben. Jene Mitglieder des Sicherheitsrates, die ein Mandat nur zögernd akzeptiert haben, können am Scheitern der betreffenden Operation interessiert sein, insbesondere, wenn deren Erfolg den Widersachern im Sicherheitsrat Recht geben, das eigene nationale Prestige schädigen oder tatsächlich nationale Interessen oder Interessen eines Verbündeten verletzen würde. Als Beispiel können die UN-Übergangsverwaltung im Kosovo und das Verhalten Russlands dienen. Obwohl Russland als eines der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats offiziell am Erfolg der UN-Mission UNMIK interessiert sein sollte, ist ein *Transfer of Ownership* von der UNO zur albanischen Bevölkerungsmehrheit – festgelegt in der maßgeblichen UN-Sicherheitsratsresolution 1244 vom Juni 1999 – offensichtlich nicht das, woran die russische Regierung interessiert ist. Der künftige Status des Kosovo ist in der Zwischenzeit längst zu einem *bargaining chip* im Rahmen komplexer Paketlösungen internationaler Probleme geworden, an denen insbesondere auch die USA interessiert sind. Dies betrifft die Durchsetzung der UN-Sicherheitsratsresolutionen zum Stopp des iranischen Atomprogramms und die Kooperation mit Russland bei der Terrorismusbekämpfung.

Ein weiteres Beispiel ist das latente Interesse der Regierungen von UN-Mitgliedsstaaten – insbesondere Regierungen derjenigen Staaten, die UN-Friedensoperationen und UN-Übergangsverwaltungen unterstützen – am Scheitern der betreffenden Mission, das dann zum Tragen kommen kann, wenn die Verlängerung einer Friedensoperation finanziellen und innenpolitischen Interessen dient. Länder wie Pakistan und Bangladesch stellen einen großen Teil der Soldaten von UN-Friedensoperationen zur Verfügung, jeweils mehr als 10.000 pro Jahr. Dabei handelt es sich um Berufssoldaten, deren Gehalt und Ausrüstung weitgehend von

den Vereinten Nationen finanziert werden. Bei erfolgreichem Abschluss einer Friedensoperation müssten diese Soldaten nach Hause geschickt werden, wo ihre Bezahlung bedeutend niedriger liegt. Stellt man in Rechnung, dass die tatsächlich stationierten Soldaten lediglich den Bruchteil eines erheblich größeren Truppenkontingents darstellen, das nach dem Drehtürprinzip kontinuierlich ausgetauscht wird, so können Regierungen ihre Verteidigungsausgaben erheblich reduzieren, sobald sie Truppen für UN-Friedensoperationen zur Verfügung stellen, und damit eine erheblich größere Truppenstärke auch für sonstige Zwecke unterhalten als sie es sich eigentlich leisten könnten. Es ist nicht ersichtlich, warum die betreffenden Regierungen an einem nachhaltigen Erfolg von Friedensoperationen interessiert sein sollten, der diesen Mechanismus außer Kraft setzen würde.

Auch die Hypothese, dass Regierungen von UN-Mitgliedsstaaten ein Interesse an Unwissenheit über den tatsächlichen Leistungsgrad einer Friedensoperation haben, lässt sich empirisch stützen. Tatsächlich sind die Regierungen namentlich demokratischer Staaten nicht notwendigerweise daran interessiert, mit dem Verlauf und den Konsequenzen von Friedensoperationen, an denen sie selbst beteiligt sind, konfrontiert zu werden, auch wenn sie diese als Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen innerhalb oder außerhalb des Sicherheitsrates unterstützt haben. Ein Grund dafür ist, dass sie über die tatsächliche Performanz der Missionen keine Kontrolle haben und daher aus dem Wissen über deren Schwächen und Fehler kaum wirksame Konsequenzen ziehen können. Öffentliche Hinweise auf solche Schwächen und die Entfaltung politischen Drucks können die Legitimationsprobleme gegenüber der eigenen Wählerschaft sogar noch verschärfen. Regierungen von UN-Mitgliedsstaaten haben daher nennenswerte Anreize, das hieraus resultierende Dilemma durch den mehr oder weniger bewussten Verzicht auf Informationen zu mildern. Dieser Impuls kann umso stärker sein, je eher politische Opposition oder technische Hindernisse zu erwarten sind, die einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit einer UN-Friedensmission entgegenstehen. Solche Widerstände können in der öffentlichen Meinung, im Parlament oder bei institutionellen Veto-Spielern entstehen. Da, wenigstens im demokratischen System, die Regierung ihr Wissen grundsätzlich mit dem Parlament und mit der Öffentlichkeit zu teilen hat, mag eine nationale Regierung Ignoranz gegenüber Information den Vorzug geben.

Als die deutsche Bundesregierung während ihrer EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 das Thema »Darfur« nur sehr widerwillig auf die Agenda setzte, begünstigte sie damit die Blockadehaltung Russlands und Chinas im UN-Sicherheitsrat. In Anbetracht des innenpolitischen Widerstandes gegen eine Ausweitung des Einsatzes deutscher Streitkräfte im Ausland, der sich namentlich auch innerhalb der Koalitionsregierung aus Christdemokraten und Sozialdemokraten bemerkbar machte,¹⁶ hatte die Bundesregierung vermutlich kein Interesse an präzisen Informa-

¹⁶ Im März 2007 hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Initiativantrag zur Unterstützung der Verhängung und Durchsetzung einer *No-Fly-Zone* über Darfur eingebracht (Deut-

tionen über die Situation in Darfur oder auch nur über die Leistung der im Südsudan angesiedelten *United Nations Mission in Sudan* (UNMIS). Dies gilt umso mehr, als solche präzisen Informationen – die, wie erwähnt, im Regelfall gegenüber Parlament und Öffentlichkeit nicht geheim gehalten werden könnten – nicht nur den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Verflechtung des Sudan mit China einerseits und der Blockadehaltung Chinas im Sicherheitsrat andererseits hätten offenlegen müssen, sondern auch die fortgesetzten Waffenlieferungen, welche die Regierung im Sudan aus Russland und China erhält, unter Bruch offiziell bekundeter Absichten zur Beendigung der von der sudanesischen Regierung selbst betriebenen Politik von Vertreibung und Massenmord in Darfur.¹⁷ Insbesondere der sozialdemokratische Regierungspartner in Berlin konnte, was Darfur und UNMIS betrifft, im Wesentlichen nur an Unwissen interessiert sein, weil zusätzliches Wissen nicht nur den sozialdemokratischen Widerstand gegen die Entsendung deutscher Soldaten – etwa im Rahmen der französischen Initiative im Tschad vom Sommer 2007 – diskreditiert hätte, sondern auch die von den Sozialdemokraten nachdrücklich verfolgte Linie besonders enger Beziehungen zwischen Berlin einerseits und Moskau und Peking andererseits. Allen Bekenntnissen zum Schutz der Menschenrechte und zur konsequenten Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Trotz ist eine Auseinandersetzung mit den Massenmorden in Darfur oder eine Kampagne zur Durchsetzung des Haftbefehls gegen den verantwortlichen sudanesischen Staatschef Al Bashir von der politischen Linken in Deutschland am wenig-

scher Bundestag 2007), der auch in der CDU/CSU-Fraktion Unterstützung fand. Die SPD-Fraktion, unter Druck ihres linken Flügels, fand sich jedoch lediglich zur Unterstützung der Forderung nach einer *No-Fly-Zone* selbst, also ohne Bezug auf eine tatsächliche Durchsetzung mit militärischen Mitteln auf der Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta bereit.

¹⁷ Was die Berichte der zuständigen UN-Evaluierungskommission (vgl. United Nations 2006) nur verklausuliert aussprechen, findet sich im Klartext in den Auswertungen der einschlägig arbeitenden NGOs: »When the Security Council imposed UN arms embargo on non-governmental groups in Darfur in July 2004, much discussion took place as to why the Government of Sudan had been excluded from the embargo because Sudan's armed forces were known to be arming and actively supporting the Janjawid militias and so this was rectified in March 2005 when the UN embargo was extended to all parties involved in the conflict in Darfur. Nevertheless, according to the latest official trade data, military and related equipment imported into Sudan was sent during 2005 from several countries. The official data from Sudan and the exporting countries may significantly underestimate the total quantity of military items transferred, but does give an indication of the scale and irresponsible nature of the international trade in arming Sudan, a country already awash with arms. *The bulk was transferred from China and Russia, two Permanent Members of the Security Council.* The governments of these supplier countries have been, or should have been, aware through the published and unpublished reports of the UN Panel of Experts to the UN Sanctions Committee on Sudan as well as the detailed report by Amnesty International published in November 2004 that several types of military equipment including aircraft have been deployed by the Sudanese armed forces and militia for direct attacks on civilians and indiscriminate attacks in Darfur, as well as for logistical support for these attacks.« (Amnesty International 2007; Hervorh. W.S.).

sten zu erwarten. Wie historische Beispiele zeigen, gehört zu den konstitutiven Elementen der *World of Bystanders* (Power 2002: XVIII) das gewollte Unwissen gerade derjenigen, die, wenn sie wüssten, auch handeln müssten.

Literatur

- Akerlof, George A. (1970): »The Market for ›Lemons‹: Quality Uncertainty and the Market Mechanism«. In: *Quarterly Journal of Economics* 84, S. 488–500.
- Amnesty International (2007): »Sudan: Arms continuing to fuel serious human rights violations in Darfur«. In: *AI Index*, AFR 54/019/2007, 8. Mai 2007, <http://www.amnesty.org/en/library/info/AFR54/019/2007> (letzter Zugriff: 3.8.2010).
- Barnett, Michael/Finnemore, Martha (2004): *Rules For the World. International Organizations in Global Politics*. Ithaca: Cornell University Press.
- Benner, Thorsten/Rotmann, Philipp (2008): »Learning to Learn? UN Peacebuilding and the Challenges of Building a Learning Organization«. In: *Journal of Intervention and State Building* 2, S. 43–62.
- Bryden, Michael (1995): »Somalia: The Wages of Failure«. In: *Current History* 94, S.145–151.
- Büger, Christian/Gadinger, Frank (2006): »Große Gräben, Brücken, Elfenbeintürme und Klöster? Die ›Wissensgemeinschaft Internationale Beziehungen‹ und die Politik - Eine kulturtheoretische Neubeschreibung«. In: Gunther Hellmann (Hg.): *Forschung und Beratung in der Wissensgesellschaft. Das Feld der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik*. Baden-Baden: Nomos, S. 149–187.
- Center on International Cooperation (2007): *Annual Review of Global Peace Operations*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Connolly, William E. (1983): *The Terms of Political Discourse*. Oxford: Robertson.
- Crozier, Michel (1963): *The Bureaucratic Phenomenon*. Chicago: University of Chicago Press.
- Davis, James H./Schoorman, F. David/Donaldson, Lex (1997): »Toward a Stewardship Theory of Management«. In: *The Academy of Management Review* 22 (1), S. 20–47.
- Des Forges, Alison (1999): *Leave None to Tell the Story. Genocide in Rwanda*. New York, Paris: Human Rights Watch.
- Deutsch, Karl W. (1963): *The Nerves of Government. Models of Political Communication and Control*. New York: Free Press.
- Deutscher Bundestag (2007): »Entschließungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Humanitäre Katastrophe in Darfur«. Drucksache 16/4777, 21. März 2007.
- Doyle, Michael W./Sambanis, Nicholas (2006): *Making War and Building Peace. United Nations Peace Operations*. Princeton: Princeton University Press.
- Eide, Espen Barth et al. (2005): »Report on Integrated Missions: Practical Perspectives and Recommendations«. Independent Study for the Expanded UN ECHA Core Group, <http://ochaonline.un.org/OchaLinkClick.aspx?link=ocha&DocId=1003352> (letzter Zugriff: 3.8.2010).
- Evans, Gareth (2008): *The Responsibility to Protect: Ending Mass Atrocity Crimes Once and for All*. Washington D.C.: Brookings Institution Press.
- Goldstein, Judith/Keohane, Robert O. (1993): »Ideas and Foreign Policy. An Analytical Framework«. In: Dies. (Hg.): *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*. Ithaca: Cornell University Press, S. 3–30.
- Haas, Peter M. (1992): »Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination.« In: *International Organization* 46 (1), S. 1–35.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.

- International Criminal Court (2008): »ICC Prosecutor presents case against Sudanese President, Hassan Abmad AL BASHIR, for genocide, crimes against humanity and war crimes in Darfur«. ICC Doc. ICC-OTP-20080714-PR341, 14. Juli 2008.
- Janning, Frank et al. (2009): »Diskursnetzwerkanalyse. Überlegungen zur Theoriebildung und Methodik«. In: Volker Schneider et al. (Hg.): *Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 59–92.
- Jensen, Michael/Meckling, William H. (1976): »Theory of the Firm. Managerial Behavior, Agency Costs and Ownership Structure«. In: *Journal of Financial Economics* 3 (4), S. 305–360.
- Kennedy, Paul M. (2006): *The Parliament of Man. The United Nations and the Quest for World Government*. London: Allen Lane.
- Makinda, Samuel M. (1993): *Seeking Peace from Chaos: Humanitarian Intervention in Somalia*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Merton, Robert K. (1968): »Bureaucratic Structure and Personality«. In: Robert K. Merton: *Social Theory and Social Structure*. New York: Free Press, S. 249–260.
- Murthy, C.S.R. (2007): »New Phase in UN Reforms: Establishment of the Peacebuilding Commission and Human Rights Council«. In: *International Studies* 44 (1), S. 39–56.
- Netherlands Institute for War Documentation (2002): *Srebrenica, A 'Safe' Area. Reconstruction of the Background, Consequences and Analyses of the Fall of a Safe Area*. Amsterdam: Netherlands Institute for War Documentation.
- Power, Samantha (2002). *A Problem from Hell. America and the Age of Genocide*. New York: Basic Books.
- Sabatier, Paul A. (1993): »Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik?«. In: Adrienne Héritier (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. Politische Vierteljahresschrift*. Sonderheft 24. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 116–148.
- /Jenkins-Smith, Hank C. (Hg.) (1993): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. Boulder (CO): Westview Press.
- Schmidt, Vivien A. (2008): »Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse«. In: *Annual Review of Political Science* 11, S. 303–326.
- Seibel, Wolfgang (2008): »Moderne Protektorate als Ersatzstaat: UN-Friedensoperationen und Dilemmata internationaler Übergangsverwaltungen«. In: Gunnar Folke Schuppert, Michael Zürn (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt. Politische Vierteljahresschrift*. Sonderheft 41, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 499–530.
- Slaughter, Anne-Marie (2004): *A New World Order*. Princeton: Princeton University Press.
- Stedman, Stephen J. (2001): »Spoiler Problems in Peace Processes«. In: Michael E. Brown et al. (Hg.): *Nationalism and Ethnic Conflict*. Cambridge (MA): MIT Press, S. 366–414.
- Taylor, Ian (2006): »China's Oil Diplomacy in Africa«. In: *International Affairs* 82, S. 937–959.
- United Nations (1992): »An Agenda for Peace«. UN Doc. A/47/277-S/24111, 17. Juni 1992.
- (1999): »Report of the Independent Inquiry into the Actions of the United Nations During the 1994 Genocide in Rwanda«. UN Doc. S/1999/1257, 16. Dezember 1999, <http://www.ess.uwe.ac.uk/documents/RwandaReport1.htm> (letzter Zugriff: 3.8.2010)
- (2000): »Report of the Panel on United Nations Peace Operations«. UN Doc. A/55/305-S/2000/809, 21. August 2000, http://www.un.org/peace/reports/peace_operations/ (letzter Zugriff: 3.8.2010)
- (2004): »Secretary General's High-level Panel on Threats, Challenges and Change. A More Secure World: Our Shared Responsibility«. UN Doc. A/59/565, 2. Dezember 2004, <http://www.un.org/secureworld/> (letzter Zugriff: 2.8. 2010).
- (2006): United Nations Reports of the Panel of Experts established pursuant to resolution 1591 (2005) concerning Sudan prepared in accordance with paragraph 2 of Security Council Resolution 1665 (2006), S/2006/65, 30. Januar 2006; S/2006/250, 19. April 2006; and S/2006/795, 3. Oktober 2006.
- UN Security Council (2006): »Resolution 1674«. UN Doc. S/Res/1674, 28. April 2006.
- (2008): »Report of the Secretary-General«. UN Doc. S/2008/760, 4. Dezember 2008.

Narration und Transition Vom Umgang mit der Vergangenheit in Wahrheitskommissionen*

SUSANNE BUCKLEY-ZISTEL

Die Frage nach einer adäquaten Vergangenheitsbewältigung nach Bürgerkriegen, Gewalt und Repression steht derzeit im Zentrum des Interesses von Wissenschaft und Praxis. Der Neologismus *Transitional Justice* bezeichnet dabei die Versuche, den Übergang zu einem friedvollen Zusammenleben zu ermöglichen.¹ Derartige Bemühungen beruhen auf der Annahme, dass nur eine substantielle Aufarbeitung der Vergangenheit einen klaren Bruch mit geschehenem Unrecht bewirken und die Konfliktparteien aussöhnen kann. In heutigen gespaltenen Gesellschaften, so wird argumentiert, führe der Weg in die Zukunft »durch das Nadelöhr der Erinnerung in Gestalt der Aufarbeitung von Massenverbrechen« (Assmann 2007). Um dies zu erreichen, verfolgt *Transitional Justice* die folgenden Ziele: Aufdeckung der Wahrheit über Verbrechen, Identifikation und Bestrafung der Verantwortlichen, Prävention zukünftiger Straftaten, Wiederherstellung der Würde der Opfer, sowie Ermunterung zur Aussöhnung und friedlichen Koexistenz.

Auf der Suche nach der wahren Geschichte des vergangenen Unrechts spielt die Interpretation der Vergangenheit eine wesentliche Rolle, die sich in unterschiedlichsten ›Erzählungen‹ widerspiegelt: So haben Wahrheitskommissionen zum Ziel, die Dimensionen des vergangenen Unrechts und die Sichtweise der Opfer aufzudecken, Tribunale und Gerichtshöfe sammeln Aussagen von Zeugen, um Tatvorgänge zu rekonstruieren und Beweislasten für oder gegen Angeklagte zu erstellen, Denkmäler versuchen, bei den Betrachtern Interpretation der Ereignisse zu provozieren, Museen erzählen eine spezielle Geschichte, symbolische und materielle (Wieder-) Gutmachungen liefern eine bestimmte Interpretation von Schuld und Sühne. All diese »Narrationen der Vergangenheit« sind unmittelbar mit Gegenwart und Zukunft verknüpft und haben einen Einfluss auf die Perception von Freund und/oder Feind. Sie formen den Moment der Transition und bestimmen, ob und wie ein friedliches Zusammenleben in Zukunft möglich ist.

Dieser Beitrag untersucht, wie Narrationen über die Vergangenheit im Kontext eines bestimmten *Transitional Justice*-Instrumentes – Wahrheitskommissionen – entstehen und wie sie sich auf das Zusammenleben der Konfliktparteien nach

* Vielen Dank an Marika Gereke für ihre Unterstützung beim Verfassen dieses Artikels.

¹ Für eine Diskussion des Begriffs und seiner Karriere siehe Buckley-Zistel/Oettler (2011).

einem Bürgerkrieg oder einer Diktatur auswirken.² Dem vorangestellt widmet sich der folgende Abschnitt zunächst einem konzeptionellen Zugang zu dem Thema.

1. *Zusammenhang von Narration und Transition*

Ein Großteil der Vergangenheitsarbeit, die eine Transition zu einer friedvollen Zukunft ermöglichen soll, findet in Kommunikationsforen wie Kommissionen, Gerichtssälen, Erinnerungsstätten oder politischen Bildungsprojekten statt. Als Folie zur Analyse der Darstellung vergangener Verbrechen und Gräueltaten im Rahmen eines dieser Foren, Wahrheitskommissionen, bedient sich dieser Beitrag der Narrativen Theorie oder Erzähltheorie, die die Wiedergabe eines Ereignisses – hier vergangene Gewaltverbrechen – in mündlicher, schriftlicher oder visueller Form, sowie den Akt des Erzählens an sich untersucht. Dabei möchte ich Albrecht Koschorkes Vorschlag aufnehmen, die Erzähltheorie in diesem Kontext als politische Wissenschaft zu verstehen.³

Ein zentrales Argument eines narrativen Ansatzes ist, dass die Welt uns nicht in Form von »well-made stories, with central subjects, proper beginnings, middles and ends, and a coherence that permits us to see ›the end‹ in every beginning« (White 1987: 24) vorliegt, sondern dass erst unser Bedürfnis nach Kohärenz, Integrität und Abschluss (*closure*) Ereignisse in sinnvolle Handlungen strukturiert. Dies geschieht durch »a clear sequential order that connects events in a meaningful way for a definite audience« (Hinchman/Hinchman 1997: xx), welche wiederum Einblicke in die Art und Weise der Wahrnehmung erlaubt. Da dieser Vorgang Prozesse der Selektivität, Umgestaltung, Umschreibung und Simplifizierung sowie den bewussten und unbewussten Ein- bzw. Ausschluss von Informationen umfasst, ist nicht garantiert, dass die Darstellung eines Ereignisses im Rahmen einer Wahrheitskommission auch das tatsächlich Geschehene zum Vorschein bringt. Anders gesagt, kann der Sinn oder die Bedeutung eines Ereignisses nicht aufgedeckt, sondern muss erst auf narrativem Wege geschaffen werden. Hayden White schließt daraus, dass »[t]he production of meaning [...] can be regarded as a performance, because any given set of real events can be emplotted in a number of ways« (White 1987: 44). Die Performanz des Sprechaktes produziert Sinn, wodurch die Handlung von Akteuren – d.h. der Sprechenden – ins Zentrum der Analysen rückt. Doch kann diese Handlung nicht ohne den Kontext, in den sie eingebettet ist, betrachtet werden, der ihnen gleichzeitig ermöglicht, zu handeln und dieses Handeln strukturell limitiert (Giddens 1984). Es besteht eine

² Für eine Diskussion der normativen Aspekte von Wahrheit und Gerechtigkeit siehe Buckley-Zistel (2008).

³ Siehe den Beitrag von Albrecht Koschorke in diesem Band.

»dialectic relationship between experience and narrative, between the narrating self and the narrated self. As humans, we draw on our experience to shape narratives about our lives, but equally, our identity and character are shaped by our narratives. People emerge from and as the products of their stories about themselves as much as their stories emerge from their lives.« (Antze/Lambek 1996: vxiii)

Biographische Erlebnisse formen also einerseits, was erzählt wird, und andererseits formen diese Erzählungen die Identität der Erzählenden.

Folgt man Maurice Halbwachs, ist ferner zu konstatieren, dass das Erinnern der Vergangenheit nie individuell, sondern immer kollektiv stattfindet (Halbwachs 1992: 43). Da Erinnern immer in der Gegenwart geschieht, die das Individuum fest in ein soziales Milieu einbettet, beeinflusst letzteres die Reichweite seiner Interpretation und bestimmt, was wie erinnert werden kann. Denn »even at the moment of reproducing the past our imagination remains under the influence of the present social milieu« (ebd.: 49). Das individuelle Erinnern reagiert demnach auf Erwartungen, die es seinem sozialen Umfeld unterstellt, so dass seine Antworten bereits immer von dieser Erwartung eingerahmt sind. Kurz formuliert: Ereignisse gehören der Vergangenheit, die Erinnerung an sie jedoch der Gegenwart.

Das trifft natürlich auch auf *Transitional Justice*-Foren zu. So sind Verbrechen während Kriegen oder Diktaturen zwar Ereignisse in der Vergangenheit, doch findet die Erinnerung an sie – ausgedrückt in Erzählungen über ein Geschehen – heute statt. Folglich ist es in Zeiten der Transition zu einem friedvollen Zusammenleben – propagiert durch *Transitional Justice*-Prozesse – von Bedeutung, diese Erzählungen über die vergangenen Gräueltaten zu analysieren, da sie Aufschluss darüber geben, welche Positionen die (ehemaligen) Konfliktparteien gegenwärtig einnehmen und wie sich dies auf die Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft auswirkt (siehe auch Buckley-Zistel 2006). Diese Vorstellung basiert auf Michel Foucaults Argument, dass die Wahrheit über die Vergangenheit und die Art, wie sie erzählt wird, durch Wahrheitsregime bedingt wird, die festlegen, was wahr oder falsch ist, wer als legitimer Erzähler gilt und wer nicht (und daher schweigt), und welche Auswirkungen dies auf einen Transitionsprozess haben kann. Wahrheitsregime entsprechen in Foucaults Worten

»types of disclosure which it [the society] accepts and makes function as true; mechanisms and incidences which enable one to make true and false statements; the techniques and procedures accorded value in the acquisition of truth; the status of those who are charged with saying what counts as true.« (Foucault 1980: 131)

Sie bestimmen also u.a. wie die gewaltsame Vergangenheit aufgedeckt und interpretiert wird, wer Täter und wer Opfer war, welche Straftaten als solche benannt werden, und welche Interpretationsmuster der Analyse der Gewalttaten und der Vision einer friedlichen Zukunft zugrunde liegen. Welche Wahrheitsregime domi-

nieren, ist letztlich eine Frage der Macht, die über die hegemoniale Ausbreitung eines bestimmten Diskurses entscheidet. Folglich bedarf eine Untersuchung von Narration und Transition nach gewaltsamen Konflikten auch einer Analyse der staatlichen und sozialen Strukturen, in die die Arbeit von Institutionen zur Bearbeitung einer gewaltsamen Vergangenheit eingebettet ist und die die Meta-Narrative – im Sinne von hegemonialen Diskursen – bestimmen. In ähnlicher Weise argumentiert Alain Feldmann:

»The production of biographical narrative, life history, oral history, and testimony in the aftermath of ethnocidal, genocidal, colonial, and postcolonial violence occurs within specific structural conditions, cognitive constraints, and institutional norms. [...] Biography emerges as a narrative media within state structures, and within the cultural requirement for jural and political subjects. Historical inquiry must attend to the conditions under which such narratives arise—the political agency that such narrations refract, replicate, and authorize – and yet also account for the wide-ranging circuits that filter and consume the biographical artifact.« (Feldmann 2004: 163)

Dies im Rahmen von Wahrheitskommissionen zu untersuchen, ist Gegenstand des nächsten Abschnitts. Da er sich zur Illustration auf Sekundärliteratur stützt, ist die Bezugnahme auf Fallbeispiele auf die zur Verfügung stehenden Literatur beschränkt, weshalb sich die Erörterungen vor allem auf die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission – TRC, 1995–2002) als am besten erforschte Kommission beziehen.

2. Wahrheitskommissionen

Wie eingangs bereits erwähnt, ist die ›Suche nach Wahrheit‹ ein zentrales Anliegen von *Transitional Justice*. Dies findet in Wahrheitskommissionen, d.h. offiziellen, zeitlich begrenzten Einrichtungen, die durch biographische Erzählungen die Verbrechen eines gewaltsamen Konflikts oder Regimes enthüllen und dokumentieren, einen institutionellen Rahmen. Durch die Vielzahl von individuellen Zeugenaussagen offenbaren sie Repressionsmuster wie die Verfolgung von politisch, ethnisch oder rassistisch abgegrenzten Gruppen und belegen somit, dass und welche Art von Verbrechen stattgefunden haben. Während sich manche Wahrheitskommissionen ausschließlich auf das Aufdecken von Menschenrechtsverbrechen konzentrieren, hegen andere den Anspruch, zur nationalen Aussöhnung beizutragen. Prominentestes Beispiel ist die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission, die dem Leitsatz *revealing is healing* folgte und den Tätern bei vollständigem Bekenntnis Straffreiheit gewähren konnte. In manchen Fällen ist die Arbeit einer Wahrheitskommission komplementär zur Strafverfolgung, so dass ihre Enthüllungen auch in Strafgerichtsverfahren verwendet werden können. Eine Ausnahme bildet

der Fall Sierra Leone, wo die Weiterleitung von Informationen von der Wahrheitskommission (2002–2004) an den parallel stattfindenden *Special Court for Sierra Leone* ausdrücklich nicht erwünscht war.

Wahrheitskommissionen werden besonders dann relevant, wenn die Wahrheit über Gewaltverbrechen unklar ist oder durch ein früheres Regime unterdrückt wurde. Individuelle Zeugenaussagen werden so zur Quelle eines Gedächtnisses für Ereignisse, die aus dem offiziellen Gedächtnis gelöscht wurden (Humphrey 2000: 8). Im Grunde bestehen Wahrheitskommissionen aus zwei distinktiven Elementen: dem Prozess und dem Produkt (Humphrey 2003: 176). Während der Prozess die Untersuchung durch umfangreiche Einbeziehung der Betroffenen und oftmals durch öffentliche Darbietungen legitimiert, gleicht das Produkt in Form eines Abschlussberichts inklusive der Zusage möglicher Reparationsleistungen dem Versuch eines Schlusspunktes. Für den französischen Philosophen Jacques Derrida sind Wahrheits- und Versöhnungskommissionen deshalb sowohl ein Instrument des Erinnerns als auch des Vergessens. Wird die Wahrheit erst einmal durch die Kommission zu Tage gebracht, wird sie archiviert, so dass man sie zunächst einmal vergessen kann – ist sie doch aufgehoben und daher immer wieder zugänglich. Dadurch muss eine gesplante Nation sich nicht fortwährend mit ihr auseinandersetzen, sie kann sie zur Ruhe legen, das hässliche Kapitel abschließen und zu einer neuen Einheit zusammenwachsen (Derrida 2001). In diesem Sinne ist der Prozess des Wahrheitsagens performativ, während der Bericht einen Abschluss (*closure*) symbolisieren soll (Humphrey 2003).

2.1 Interpretationsmuster

In Wahrheitskommissionen sagen Individuen, die entweder Zeugen oder Opfer (seltener auch Täter) von Menschenrechtsverbrechen waren, über diese vor einem offiziell ernannten Gremium aus. Ihre Berichte über vergangenes Unrecht sind also in einen institutionellen Rahmen gebettet, der den Diskurs bestimmt und somit reguliert, wer sprechen darf und wer ausgeschlossen bleibt; was gesagt werden kann und was verschwiegen bleibt. Dies hat entscheidende Auswirkungen auf den Inhalt der Wahrheit, da es determiniert, wie die Aussagen interpretiert und gedeutet werden; es legt die Grammatik fest, die Denken und Wahrnehmen strukturiert. So argumentiert beispielsweise Kevin Lewis O'Neill, dass bestimmte Vorstellungen und Bilder immer bereits in der Herangehensweise einer Wahrheitskommission verinnerlicht sind, ihre Leitfragen und Annahmen formen, ihre Voreingenommenheit bestimmen und die Art der konstruierten Wahrheit prägen (O'Neill 2005: 345). Er legt dar, wie die offizielle Suche nach Wahrheit in Guatemala von christlichen Bildern geformt und strukturiert wurde. In diesem Sinn stellte der erste Bericht über die Menschenrechtsverletzungen, der aus dem »Projekt zur Wiederaufbauung der historischen Erinnerung« der katholischen Kirche hervorging und

1998 veröffentlicht wurde, die Vergehen als eine Analogie zwischen Guatemalas gemeinschaftlichem Körper und dem Körper des leidenden Jesus Christus dar. Der sich anschließende Bericht der von den Vereinten Nationen eingesetzten offiziellen Wahrheitskommission (1997–1999) zeigt laut O’Neill ebenfalls ein christliches Interpretationsmuster, da er sich auf eine protestantische Vorstellung berufe, gemäß derer Täter im Sinne der Versöhnung volles Zeugnis ablegen. Während sich die katholische Kirche der starken christlichen Prägung ihrer Arbeit bewusst war, und diese auch im Abschlussbericht kundtat, stellt der Bericht der offiziellen Kommission seine Vorgehensweise als objektiv und im Dienste der Bestrafung von Menschenrechtsvergehen dar (ebd.: 346).

In ähnlicher Weise lagen der südafrikanischen TRC explizit religiöse Muster zugrunde. Vor allem der Vorsitzende der Kommission, Erzbischof Desmond Tutu, betonte, dass Religion im Kontext der TRC nicht nur ein nebulöses spirituelles Gespinnst sei, sondern Bestandteil der Suche nach politischen Lösungen (Moon 2004: 186). Das Konzept der Versöhnung gewann dadurch zentrale Bedeutung. Gemäß der christlichen Vorstellung von Versöhnung liegt diese vor, wenn eine ursprünglich gute Beziehung nach einem Vergehen durch das aufrichtige Eingeständnis von Schuld, Zeichen der Reue und Änderung der inneren Haltung wiederhergestellt wird (ebd.: 188). In dem Diskurs der TRC führte dies dazu, dass Opfer und Täter dargestellt wurden, als ob sie gewaltsam aus einer ursprünglich harmonischen Beziehung herausgerissen worden seien, die es nun zu reparieren galt. Die verlorene Harmonie – das verlorene Paradies – zwischen weißen und schwarzen Südafrikanern sollte wieder hergestellt werden und sich landesweit in einer nationalen Einheit widerspiegeln.

Vor diesem Hintergrund argumentiert Annelies Verdoolaege, dass die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission durch ihren impliziten (und expliziten) Versöhnungsdiskurs die Aussagen der Zeugen vor der Kommission beeinflusste, so dass diese sich unweigerlich an dem übergeordneten Ziel orientierten (Verdoolaege 2009: 302). Dies wurde erreicht, indem die Kommissionsmitglieder das Wort »Versöhnung« in ihren Fragen und Äußerungen besonders hervorhoben und die Opfer gezielt auf Versöhnungsaspekte und -bereitschaft hin befragten. Zum Beispiel wurde eruiert, ob sie bereit seien, sich mit den Tätern zu treffen, ob sie mit ihnen sprechen wollten oder ganz direkt, ob sie sich mit ihnen versöhnen würden (ebd.: 302). Dadurch wurde gemäß Verdoolaege bewusst eine auf Versöhnung ausgerichtete Atmosphäre geschaffen, um die Aussagenden davon zu überzeugen, dass das friedliche Zusammenleben in Südafrika eine Notwendigkeit sei, zu der sie durch ihre Aussagen und Taten persönlich beitragen könnten. Dies führte dazu, dass eine Vielzahl von an der Wahrheits- und Versöhnungskommission Teilnehmenden – ganz gleich ob als Opfer, Täter, Kommissionsmitglied, Politiker, Forscher, Reporter oder Künstler – das Gefühl hatten, sie hätten zum neuen Südafrika beigetragen (ebd.) und selbst aktiv bei der Gestaltung der neuen Nation mitgewirkt.

Ein weiteres Konzept, das den Diskurs in der TRC bestimmte, war die Idee des Ubuntu, welche vor allem von Erzbischof Desmond Tutu propagiert wurde (Motsemme 2004: 913). »Ubuntu« ist eine Lebensphilosophie des südlichen Afrika, deren Bedeutung mit Solidarität und Zusammengehörigkeit umrissen werden kann und die vielerorts mit den Worten »ich bin, weil wir sind und wir sind, weil ich bin« beschrieben wird. Denn für Tutu war die TRC nicht einfach nur ein Ort für ritualisierte Geständnisse, sondern auch ein sozialer Raum, in dem die Einzelnen durch das Erzählen ihrer Vergehen gegenüber einer größeren Gemeinschaft Verantwortung übernahmen, so wie es in (vermeintlich) traditionellen Gerechtigkeitsystemen in vielen afrikanischen Kulturen gängig ist. Durch die Förderung von Ubuntu wies er ferner darauf hin, dass Afrika über genuin afrikanische Lösungen für seine Probleme verfüge und diesen eine gleichwertige Stellung neben westlich importierten Rechtssystemen zukommen solle, womit er zugleich an kontinentale Identität und nationalen Stolz appellierte.

Die Zeugenaussagen vor der Kommission nahmen im Laufe der Anhörungen eine standardisierte und ritualisierte Form an, die einem bestimmten Muster folgte. Richard Wilson identifiziert vier vorhersehbare, chronologische Phasen, die die routinemäßigen Befragungen der Zeugen durch Kommissionsmitglieder strukturieren: »recognising and collectivising suffering, the moral equalising of suffering, liberation and sacrifice, and redemption through forsaking revenge« (Wilson 2001: 111 f.). Doch limitierte sich die Routinisierung nicht nur auf die gestellten Fragen, auch die Aussagen nahmen bald eine standardisierte Form an, dergestalt dass die meisten Aussagenden sich zum einen auf persönliche Erfahrungen und zum anderen auf bestimmte Arten von Ereignissen beschränkten (Verdoolaege 2009).

Interessant ist in diesem Kontext die Rolle von Frauen als Aussagende vor der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission. Generell lässt sich beobachten, dass Frauen in erster Linie in ihrer Rolle als Mütter oder Gattinnen aussagten und daher vor allem über die Vergehen im öffentlichen Raum an den Männern in ihren Familien berichteten (Schäfer 2011). Ihr eigenes Leiden im Privaten, die tägliche Entwürdigung durch Apartheid, die strukturelle Gewalt und Diskriminierung, unter der sie litten, aber auch direkte Angriffe in Form von sexueller oder sexualisierter Gewalt wurden meist verschwiegen. Dies verweist nicht nur auf einen anthrozentrischen Gebrauch von Schuld und Sühne im Rahmen der TRC und eine schwer aufrechtzuerhaltende Dichotomie zwischen Gewalt im öffentlichen und privaten Raum, sondern es relativiert auch die Bedeutung des gesprochenen Wortes. So kann argumentiert werden, dass nicht nur Reden, sondern auch Schweigen zu einer »language of pain and grief« (Motsemme 2004: 910) wurde und zur Konstruktion der Wahrheit der TRC beitrug.

2.2 Kategorisierung von Opfern, Tätern und Schuld

Die Suche nach Wahrheit hängt zudem von externen Faktoren ab, wie praktischen Herausforderungen aufgrund von begrenzten Budgetrahmen, Effektivität und beschränkter Erreichbarkeit von Zeugen. Signifikant ist auch das Mandat der Kommission, in dem Zeitrahmen und Zielgruppen definiert werden. Mandate definieren des Weiteren, wer zu der Opfer- und wer zu der Tätergruppe zählt, obgleich diese Unterscheidung gerade in Bürgerkriegssituationen empirisch kaum möglich ist, da beide Seiten als Täter und als Opfer in Gewalthandlungen verwickelt sind. Dies zeigt das Beispiel der ländlichen, von Bauern organisierten Selbstverteidigungskomitees in Peru, die während des dortigen Bürgerkriegs eine ambivalente Rolle spielten: Einerseits wurden sie zu Opfern der Guerilla-Gruppe *Leuchtender Pfad*, die ihre Gemeinden unterdrückte, andererseits kämpften sie ab den 1990er Jahren gemeinsam mit dem Militär gegen die Guerilleros und trugen so zum Sieg bei (Garcia-Godos 2008: 82). Sie waren demnach sowohl Opfer als auch Täter von Menschenrechtsvergehen. Im Reparationsprogramm der peruanischen Wahrheitskommission werden sie jedoch ausschließlich als Opfer von Gewalttaten der Guerilleros definiert. Demzufolge schrieb die Kommission eine bestimmte Version der Wahrheit über den Bürgerkrieg und die Zuweisung von Schuld und Verantwortung fest, die bereits während des Wahrheitsfindungsprozesses sowie auch nach Veröffentlichung des Abschlussberichts auf scharfe Kritik in Teilen der Bevölkerung stieß (ebd.: 72) und somit die Legitimität der Wahrheitskommission unterminierte.

Unabhängig von der (Un-)Möglichkeit der Trennung von Opfern und Tätern reduziert das Aufrechterhalten dieser dichotomen Kategorien die Komplexität der Verbrechen auf die Beziehung zwischen den beteiligten Akteuren und vernachlässigt die weitreichenden und historisch entstandenen, strukturellen Dimensionen, in denen Täter und Opfer eingebunden waren und die ihr Handeln determinierten. Im Falle Südafrikas, so argumentiert Feldmann, führte diese Individualisierung von Schuld dazu, dass einige wenige als ‚faule Äpfel‘ für konkrete Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wurden, während die Institutionalisierung von Apartheidgewalt im gesellschaftlichen System an sich nicht thematisiert wurde (Feldman 2003: 239). Im Rahmen von Wahrheitskommissionen lässt der Fokus der Narrative auf individuelle, kriminelle Handlungen den umfassenderen Kontext der Gewalthandlungen unartikuliert, wodurch dieser nicht problematisiert und folglich nicht transformiert wird. Von besonderer Bedeutung ist dies vor allem, wenn einem Bürgerkrieg ein Verteilungskonflikt zu Grunde liegt und eine nachhaltige Wahrung des Friedens der politischen, sozialen und ökonomischen Inklusion aller bedarf. So hat die guatemalteckische Wahrheitskommission nach dem Bürgerkrieg zwischen Regierung und Rebellen, dessen Ursachen maßgeblich in der systematischen Diskriminierung der zwei Drittel der Bevölkerung ausmachenden indigenen Landbewohner zu suchen sind, nicht zur Verbesserung ihrer marginalisierten Position beigetragen. Gegenwärtige Bemühungen, *Transitional*

Justice von politischen und bürgerlichen auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu erweitern, versuchen, diesem Ungleichgewicht Rechnung zu tragen.

2.3 Adressaten und Zuhörer

Obgleich die Aufarbeitung von (strukturellen) Konfliktursachen und ihrer Auswirkungen auf Verbrechen typischerweise nicht Gegenstand der Anhörungen von Wahrheitskommissionen sind, setzen sich einige von ihnen zum Ziel, diese Strukturen nachhaltig zu ändern. Dazu benötigen sie eine triadische Struktur (Humphrey 2003: 174), die neben dem Dialog zwischen Aussagenden und Kommissionsmitgliedern immer auch die Zuschauenden oder Zuhörenden als Adressaten inkludiert. Da viele Wahrheitskommissionen versuchen, diskriminierte Bevölkerungsgruppen durch das Aufdecken des ihnen widerfahrenen Unrechts in die Gesellschaft zu (re-)integrieren, ist eine breite Öffentlichkeit notwendig: Die Erzählung der Wahrheit geschieht nicht um ihrer selbst willen, sondern um nachhaltige Strukturen zu formen, die in der Zukunft weiteren Menschenrechtsverletzungen präventiv entgegenwirken. Sozialer Wandel ist demnach ein intendiertes Ziel von Wahrheitskommissionen (und anderen *Transitional Justice*-Mechanismen), und dies erfordert die Präsenz und Inklusion der Bevölkerung.

In einzelnen Fällen von Wahrheitskommissionen mit öffentlichen Anhörungen, wie in Südafrika, bestand das Publikum nicht nur aus den im Raum Anwesenden, sondern auch aus Zuschauern und Zuhörern an Fernseh- und Rundfunkgeräten. Dadurch werden zunächst sehr private Aspekte, wie die Erfahrung von Schmerz, Trauma und Trauer vor eine breite Öffentlichkeit gestellt, was durchaus voyeuristische und sensationistische Züge trägt. Dies lässt sich auch aus anderen Fällen wie Argentinien berichten, wo der Abschlussbericht *Nunca Más* der Wahrheitskommission (1983–1984), die keine öffentlichen Zeugenbefragungen abgehalten hatte, zu einem Bestseller wurde (Humphrey 2003: 178). Durch öffentliche oder veröffentlichte Zeugenaussagen versuchen Wahrheitskommissionen, Wahrheitsansprüche zu objektivieren und zu institutionalisieren (ebd.: 176). Der Ausdruck von Schmerz eröffnet den Individuen die Möglichkeit, vergangene Vergehen darzustellen, manchmal durch eine Beschreibung der erlittenen Verletzungen, manchmal durch eine Erläuterung der Vorgeschichte, wie es zu den Übergriffen und der Verletzung kam. Letzteres gibt der individuellen Erfahrung Bedeutung und ordnet sie in umfassendere Kontexte ein, wodurch es möglich wird, Schlüsse von der persönlichen auf die nationale Ebene zu ziehen und Muster und Strukturen der Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen. Des Weiteren bietet sich vor allem den Opfern die Möglichkeit, ihre Opferrolle, in der sie Objekte von Gewalt waren, aufzugeben und zu sprechenden Subjekten und Mitgestalterinnen und Mitgestaltern des Narrativs – und der neuen Nation – zu werden.

Die Bedeutung der Zuhörer und Zuschauer liegt demnach in dem Anliegen, die Wahrheit über Gräueltaten nach oft langem Schweigen und Unkenntnis ans Licht zu bringen, um einen nationalen Prozess des ›Heilens‹ einzuleiten. So basierte die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission auf dem Diktum *revealing is healing* und hoffte, durch Katharsis verdrängte oder vom öffentlichen Diskurs unterdrückte Emotionen auszuleben, um langfristig zur Reduktion von negativen Gefühlen und Konflikten beizutragen. Ob eine Nation eine Psyche hat, und diese in gleicher Weise wie die eines einzelnen Menschen behandelt werden kann, bleibt allerdings fraglich (Ignatieff 1996).

2.4 Strukturelle Einbettung und politischer Kontext

Doch nicht immer steht kollektive Katharsis im Mittelpunkt. So lag das Ziel der deutschen Wahrheitskommission ›Enquete-Kommission zu Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‹ (1992–1994) weniger in der ›Heilung‹ als in historischer Richtigstellung (Andrews 2003: 51). Hier wurde auf Publikum weitgehend verzichtet und die Bewohner der ehemaligen DDR – Untertanen der SED-Herrschaft – waren nicht als Kollektiv in den Prozess eingebunden. Der Ansatz der Kommission glich vielmehr einer wissenschaftlichen Investigation in die ostdeutsche Vergangenheit, die sich vor allem auf Aussagen und Meinungen von Expertinnen und Experten stützte. Über den Zeitraum von zwei Jahren untersuchten 16 Parlamentarier und 11 externe Fachleute als Kommissionsmitglieder die Sachverhalte, wobei 10 der 16 Abgeordneten aus der ehemaligen DDR und der Rest sowie die Fachleute aus Westdeutschland kamen. Kritisch wurde daher angemerkt, dass die ostdeutsche Vergangenheit westdeutschen Interpretationen unterlag, wodurch ehemalige DDR-Bürger wieder zu Objekten wurden, – diesmal nicht der SED-Verbrechen und der Repression, sondern des Versuchs, die Vergangenheit aus westlicher Perspektive richtig zu stellen –, womit ihnen erneut ein Akteursstatus versagt blieb (ebd.). Durch den Ansatz der Kommission und die Auswahl der insgesamt 327 Zeugen, vorwiegend gespeist aus einer bestimmten Bevölkerungsgruppe (den SED-Opfern) und verglichen mit anderen Wahrheitskommissionen eine eher geringe Anzahl, konstruierte man eine bestimmte Version der Vergangenheit, deren Ziel weniger nationale Aussöhnung – um den Vergleich mit Südafrika zu ziehen – sondern die Etablierung westdeutscher demokratischer Vorstellungen war (ebd.). Das Narrativ über Recht und Unrecht in der ehemaligen DDR wurde daher zu einem didaktischen Projekt der öffentlichen Geschichtsschreibung, in dem vor allem die Stimmen der SED-Opfer vertreten waren.

Um dies zu verstehen, ist es sinnvoll, die strukturelle Einbindung und den politischen Kontext der Wahrheitskommissionen Südafrikas mit dem bis dahin wiedervereinigten Deutschland zu vergleichen (ebd.: 52 f.). Obgleich in beiden Fällen der Übergang von Diktatur zu Demokratie friedlich verlief, war die Sicherheitssituation

in Südafrika bei weitem prekärer und die Gesellschaft – aufgrund von langjährig festgeschriebener »Rassenzugehörigkeit« – tiefer gespalten als in der ehemaligen DDR. Oberstes Gebot der Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika war somit nationale Aussöhnung, die als Notwendigkeit für den Transformationsprozess erachtet wurde. Gerade deshalb war es wesentlich, alle Bevölkerungsgruppen als Zeugen der Apartheid-Gewalttaten und als Zeugen der Aussagen vor der Kommission an Rundfunk- und Fernsehgeräten zu inkludieren und auf diese Weise zu versuchen, die Spaltung zu überwinden. Im Gegensatz dazu war der Enquete-Kommission nicht daran gelegen, eine versöhnliche ostdeutsche nationale Identität zu konstruieren, da die DDR Westdeutschland angeschlossen wurde und somit ein interner Transformationsprozess inklusive gemeinsamer öffentlicher Ost-West- oder Ost-Ost-Vergangenheitsbearbeitung nicht als notwendig angesehen wurde. Ziel dieser Art von Nationenbildung war vielmehr, ein demokratisches Bewusstsein zu schaffen und eine gemeinsame politische Kultur zu fördern (Andrews 2003: 53). Das so entstandene Narrativ über die SED-Verbrechen fiel daher anklagend und nicht versöhnlich aus.

Gemeinsam haben Südafrika und Deutschland jedoch den strukturellen Rahmen der Transition, in dem sich die Konfliktparteien weitgehend einig waren, dass sie in Zukunft friedlich zusammenleben möchten. Anders verhält es sich in politischen Kontexten, in denen nach der Transition nach wie vor Uneinigkeit über die Zukunft des Landes herrscht. Oft bleiben zum Beispiel nach gewaltsamen Konflikten, die durch einen Friedensvertrag beendet werden und aus denen keine der Parteien als klarer Sieger hervorgeht, viele Aspekte strittig. Hier drohen Wahrheitskommissionen zu Orten der Austragung dieser nach wie vor virulenten Konflikte zu werden, anstatt zur Versöhnung beizutragen. So blieb in Guatemala umstritten, wer die Verantwortung für die Gewalt trägt, wer den Konflikt verursacht hat und wer ihm ausgesetzt war (Ross 2006: 73). Das kann dazu führen, dass Teile der Bevölkerung versuchen, ihre Version der Wahrheit durchzusetzen und die Selektion der inkludierten Narrationen über Gräueltaten zu kontrollieren. Der Kampf wird von Schlachtfeld auf die Wahrheitskommission übertragen.

2.5 Formen der Wahrheit

Doch welche Wahrheit bringen Wahrheitskommissionen zu Tage? Obgleich sie den Anspruch hegen, »die Wahrheit« zu produzieren, sind sich viele Kommissionen der Ambivalenz von Wahrheit bewusst. Dies zeigt sich zum Beispiel in Bemühungen, Kommissionen paritätisch mit Repräsentanten aller Konfliktparteien zu besetzen, um zu gewährleisten, dass alle Stimmen gehört werden und eine ausbalancierte und gleichwertige Version der Vergangenheit gefunden wird (Leman-Langlois/Shearing 2004: 222). In diesem Sinne konstruieren Wahrheitskommissionen eine demokratisierende Wahrheit, also einen sozialen Konsensus, in dem nach Möglichkeit alle

Stimmen und Positionen gleichwertig vertreten sind (Teitel 2000). Die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission unterscheidet vier Dimensionen von Wahrheit (vgl. Truth and Reconciliation Commission of South Africa Report, Vol. 1, 1998): Zunächst bezieht sie sich auf forensische oder faktische Wahrheit, die sich auf erfasstes Beweismaterial stützt und auf individueller Ebene benennt, was wem wo widerfahren ist. Im kollektiven Kontext zeigt sie Zusammenhänge, Ursachen und Entwicklungsmuster von Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen auf. Daneben steht die persönliche oder narrative Wahrheit als Abbild der vielschichtigen Erfahrungen von Opfern und Tätern, deren Berichte als wichtiges Mittel zur Verarbeitung erlittener Traumata gelten. Die dritte Form, die soziale Wahrheit, entsteht in einem dialogischen Verfahren, das darauf abzielt, die Spaltungen der Vergangenheit durch aufmerksames Anhören von Beweggründen seitens aller Beteiligten zu überwinden. Hier kommen Wahrheit und Versöhnung zusammen. Heilende bzw. wiedergutmachende Wahrheit ordnet die Fakten über Rechtsbrüche schließlich in den Zusammenhang menschlicher Beziehungen ein, in der Hoffnung, so eine Wiederholung der Untaten in Zukunft zu verhindern. Die begriffliche Differenzierung der südafrikanischen Kommission macht deutlich, dass vor allem der interaktive Prozess der Wahrheitsfindung, und nicht alleine ihre Faktizität, zur Verbesserung von sozialen Beziehungen beitragen kann. Die Suche nach Wahrheit als Weg zur Aussöhnung kommt daher einem Prozess der narrativen Mediation individueller, oft verhärteter Standpunkte gleich (Buckley-Zistel/Moltmann 2006: 154).

3. Fazit

Um zur Korrelation von Narration und Transition zurückzukehren, so hat dieser Beitrag zum einen illustriert, in welcher Art und Weise die Erzählung der gewaltsamen Vergangenheiten im Rahmen von Wahrheitskommissionen von den in ihnen dominierenden Diskursen bedingt wird, und zum anderen (und damit eng verbunden), in welcher Weise die Diskurse der Kommissionen von den strukturellen und politischen Kontexten geformt werden, in denen sie eingebettet sind. Die »Wahrheitsregime« (Foucault) determinieren, was wo wie gesagt werden darf und sind daher grundlegend politisch. Wo der herrschende Diskurs im öffentlichen Raum noch nicht konsolidiert wurde – so zeigt das Beispiel Guatemala –, besteht das Risiko, dass sich die Austragung des Konflikts in das Forum der Wahrheitskommission hinein verlagert.

Selbst wenn Wahrheitskommissionen nur bedingt zu *Transitional Justice* und der Sicherung eines friedvollen Lebens beitragen können, wirken sie doch als Seismograph für den herrschenden Diskurs in der Bevölkerung und beeinflussen diesen gleichermaßen, wenn sie sich an eine breite Öffentlichkeit wenden. Neben der Aufdeckung von Wahrheit ist das unter Umständen ihre wichtigste Funktion. So argumentierte Pumla Gobodo-Madikizela, ehemaliges Kommissionsmitglied der

südafrikanischen TRC, der größte Verdienst der Kommission sei, dass Versöhnung für die Südafrikaner überhaupt denkbar wurde.⁴ Abgesehen davon haben die Enthüllungen von Wahrheitskommissionen nicht nur positive Effekte auf die ehemaligen Konfliktparteien, da sich das Bekanntwerden des tatsächlichen Ausmaßes der Gräueltaten oftmals negativ auf die Perzeption des Gegenübers auswirkt (Buckley-Zistel 2008). Sie sind also kein Allheilmittel für vergangenes Unrecht und künftiges Zusammenleben.

Dieser Beitrag konnte nur einen einführenden Überblick über das Verhältnis von Transition und Narration bieten und versteht sich daher als erster Versuch, Kategorien für die Analyse von Prozessen und Ergebnissen, also *performance* und *closure* (Humphrey 2003), zu finden. Zentral waren hierbei die Interpretationsmuster der Kommissionen, ihre Kategorisierung von Opfern, Tätern und Schuld, die anvisierten Adressaten und Zuhörer, ihre strukturellen und politischen Kontexte, sowie die Formen der Wahrheiten, die sie generieren. Über die untersuchten Wahrheitskommissionen hinaus könnten auch andere *Transitional Justice*-Mechanismen zum Gegenstand der Analyse entlang dieser Kategorien werden. Das Anliegen dieses Ansatzes ist, die *black box* der Mechanismen zu öffnen, um zu identifizieren, was in ihnen vorgeht, welche Narrative dominieren und welche Machtstrukturen zum Tragen kommen. Nur so kann ihre Wirkung – gemäß des Neologismus ihr potentieller Beitrag zur *Transition* – verstanden werden.

Literatur

- Andrews, Molly (2003): »Grand National Narratives and the Project of Truth Commissions: a Comparative Analysis«. In: *Media, Culture and Society* 25, S. 45–65.
- Antze, Paul/Lambek, Michael (1996): »Introduction. Forecasting Memory«. In: Dies. (Hg.), *Tense Past. Cultural Essays in Trauma and Memory*, New York, London: Routledge, S. xi–xxxviii.
- Assmann, Aleida (2007): *Last der Vergangenheit, Last der Erinnerung*. Vortrag bei der Tagung »Bürgerkriege. Gewalt. Trauma. Intervention«, Konstanz, 30.11.2007, <http://www.exc16.de/cms/buergerkriege-vortraege.html?&L=kssaxiincw> (letzter Zugriff: 5.5.2010).
- Buckley-Zistel, Susanne (2006): »In-Between War and Peace. Identities, Boundaries and Change after Violent Conflict«. In: *Millennium* 35 (1), S. 3–21.
- (2008): *Transitional Justice als Weg zu Frieden und Gerechtigkeit. Möglichkeiten und Grenzen*. SFB »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit«. Working Paper 15, Berlin.
- /Moltmann, Bernhard (2006): »Versöhnung: Balance zwischen Wahrheit und Gerechtigkeit«. In: Reinhard Mutz et al. (Hg.): *Friedensgutachten*. Berlin: Lit, S. 136–145.
- /Oettler, Anika (2011): »Was bedeutet: Transitional Justice?«. In: Dies., Thomas Kater (Hg.): *Nach Krieg, Gewalt und Repression. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit*. Baden-Baden: Nomos, i. Ersch.
- Derrida, Jacques (2001): *On Cosmopolitanism and Forgiveness*. London: Routledge.

⁴ Konferenz »Dealing with the Past, Reaching the Future«, Haus der Kulturen der Welt, Berlin, 29.–31.10.2009. Vielen Dank an Teresa Koloma Beck für diesen Hinweis.

- Feldman, Allen (2003): »Political Terror and the Technologies of Memory: Excuse, Sacrifice, Commodification, and Actuarial Moralities«. In: *Radical Historical Review* 85, S. 58–73.
- (2004): »Memory Theaters, Virtual Witnessing, and the Trauma-Aesthetic«. In: *Biography* 27 (1), S. 163–201.
- Foucault, Michel (1980): *Power/Knowledge. Selected Interviews and Other Things*. Hemel Hempstead: Harvester.
- Garcia-Godos, Jemima (2008): »Victim Reparations in the Peruvian Truth Commission and the Challenges to Historical Interpretation«. In: *International Journal of Transitional Justice* 2, S. 63–82.
- Giddens, Anthony (1984): *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*. Cambridge: Polity.
- Halbwachs, Maurice (1992): *On Collective Memory*. Chicago, London: University of Chicago Press.
- Hinchman, Lewis P./Hinchman Sandra K. (1997): »Introduction«. In: Lewis P. Hinchman, Sandra K. Hinchman (Hg.): *Memory, Identity, Community*. Albany: State University of New York Press, S. xiii–xxxii.
- Humphrey, Michael (2000): »From Terror to Trauma: Commissioning Truth for National Reconciliation«. In: *Social Identities* 6 (1), S. 7–27.
- (2003): »From Victim to Victimhood: Truth Commissions and Trials as Rituals of Political Transition and Individual Healing«. In: *Australian Journal of Anthropology* 14 (2), S. 171–187.
- Ignatieff, Michael (1996): »Articles of Faith«. In: *Index on Censorship* 25 (5), S. 110–122.
- Leman-Langlois, Stéphan/Shearing, Clifford D. (2004): »Repairing the Future: the South African Truth and Reconciliation Commission at Work«. In: George Gillian, John Pratt (Hg.): *Crime, Truth and Justice. Official Inquiry, Discourse, Knowledge*. Cullompton: Willan Publishing, S. 222–242.
- Moon, Claire (2004): »Prelapsarian State: Forgiveness and Reconciliation in Transitional Justice«. In: *International Journal for the Semiotics of Law* 17, S. 185–197.
- Motsemme, Nthabiseng (2004): »The Mute always Speak: On Women's Silence at the Truth and Reconciliation Commission«. In: *Current Sociology* 52 (5), S. 909–932.
- O'Neill, Kevin Lewis (2005): »Writing Guatemala's Genocide: Truth and Reconciliation Commission Reports and Christianity«. In: *Journal of Genocide Research* 7 (3), S. 331–349.
- Ross, Amy (2006): »The Creation and Conduct of the Guatemalan Commission for Historical Clarification«. In: *Geoforum* 37, S. 69–81.
- Schäfer, Rita (2011): »Gender in der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission«. In: Susanne Buckley-Zistel, Thomas Kater (Hg.): *Nach Krieg, Gewalt und Repression. Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit*. Baden-Baden: Nomos, i. Ersch.
- Teitel, Ruti G. (2000): *Transitional Justice*. Oxford: Oxford University Press.
- Verdoolaeghe, Annelies (2009): »Dealing with a Traumatic Past: the Victim Hearings of the South African Truth and Reconciliation Commission and their Reconciliation Discourse«. In: *Critical Discourse Studies* 6 (4), S. 297–309.
- White, Hayden (1987): *The Content of the Form: Narrative Discourse and Historical Representation*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Wilson, Richard (2001): *The Politics of Truth and Reconciliation in South Africa: Legitimizing the Post-Apartheid State*. Cambridge: Cambridge University Press.

Vergessen oder Erinnern? Wege aus einer gemeinsamen Gewaltgeschichte

ALEIDA ASSMANN

1. *Vergessen oder Erinnern?*

Seit den 1990er Jahren hat sich der neue Begriff »Erinnerungskultur« durchgesetzt. Unter diesen kulturellen Rahmenbedingungen gehen wir ganz selbstverständlich davon aus, dass Erinnern eine Pflicht und Leistung und damit eine wichtige soziale und kulturelle Ressource ist. Dieses Bild hat soeben der Althistoriker Christian Meier gründlich durcheinander gebracht, der in seinem neuesten Buch über *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns* den Nachweis geführt hat, dass Vergessen eher als das Erinnern als eine kulturelle Errungenschaft zu anzusehen und letzteres nur angesichts einer absoluten Ausnahmesituation wie Auschwitz zu empfehlen sei (Meier 2010). Meiers Studie, die von der Situation des Bürgerkriegs ausgeht, soll hier als Anstoß für die grundsätzliche Frage nach möglichen Wegen aus einer gemeinsamen Gewaltgeschichte dienen. Seine Grundthese lautet: Erinnern wird immer wieder als ein Mittel dargestellt, das die Wiederholung von Gewalttaten unterbindet. Tatsächlich aber ist es gerade die Erinnerung, die destruktive Energien in den Köpfen der Beteiligten schürt. Aus dieser Prämisse ergibt sich dann die notwendige Folgerung: Wenn Erinnern Hass und Rache in Gang hält, kann Vergessen die Konfliktparteien zur Ruhe bringen und die so überlebenswichtige Phase der Reintegration einleiten.

Natürlich kann ein Staat auf die persönlichen Erinnerungen seiner Bürger keinen Einfluss nehmen; er kann aber sehr wohl bei Strafe verbieten, im öffentlichen Diskurs an alte Wunden zu rühren, um mit der Erneuerung von altem Schmerz und Hass neue Ressentiments und Aggressionen zu mobilisieren. Diese Befriedungspraxis wurde nach dem Peleponnesischen Krieg erfolgreich in der athenischen Polis verordnet (Loraux 1997; Emrich/Smith 1996; Smith/Margalit 1997). Dort wurde für diese Norm des Vergessens sogar ein neues Wort gebildet. »Mnesikakein« heißt wörtlich: »das Schlimme erinnern« und entspricht innerhalb der athenischen Rechtssprache einem Erinnerungsverbot-als-Kommunikationsverbot und damit einem Akt der öffentlichen Zensur im Namen des Gemeinwohls. Diese Praxis galt auch nach dem Dreißigjährigen Krieg. Im Friedensvertrag von Münster-Osnabrück von 1648 hieß die entscheidende Formel: »perpetua oblivio et amnesia«. Die Devise »Vergessen und Vergeben« hat in der Geschichte nach Bürgerkriegen also wiederholt eine schnelle politische und soziale Integration befördert; durch

massenhafte Amnestien wurde der Konfliktstoff dabei zwischen den ehemaligen Fronten neutralisiert. Meiers schlagendes Beispiel ist der Erste Weltkrieg, den die Deutschen (anders als ihre europäischen Nachbarn) viel zu gut im Gedächtnis behalten haben. Durch systematisch geschürte Ressentiments wurde ein Unrechtsbewusstsein aufgebaut, das Aggressionen mobilisierte und die Deutschen in den Zweiten Weltkrieg trieb. Nach dem Zweiten Weltkrieg dagegen habe die heilsame Therapie des Vergessens die Grundlage eines neuen Europas gelegt. Mit seinen Beispielen aus der griechischen, römischen und neueren europäischen Geschichte untermauert Meier seine These, dass politische Gemeinwesen nach Gewaltexzessen und Bürgerkriegen nur durch das Heilmittel des Vergessens repariert und die Konfliktparteien wieder miteinander ausgesöhnt werden können.

Richtig an dieser Darstellung ist, dass eine gemeinsame Gewaltgeschichte für einen Staat und eine Gesellschaft eine Altlast darstellt, die wie ein gefährlicher Sprengstoff immer wieder zur Explosion gebracht werden kann. Da diese Altlast nicht leicht zu entsorgen ist und im Gegenteil anhaltende Nachwirkungen haben kann, wird nichts so dringend gebraucht wie ein Mittel, das diesen Sprengstoff zuverlässig entschärft. Die Frage ist nur, und hier öffnet sich ein weiterer Spielraum für widerstreitende Deutungen, welches Mittel dazu geeigneter ist: das Vergessen oder das Erinnern? Als der israelische Philosoph Avishai Margalit in seinem Buch *The Ethics of Memory* über dieses Problem nachdachte, formulierte er zwei mögliche Antworten, die er idealtypisch auf seine beiden Eltern verteilte:

Die Mutter:

»Die Juden wurden unwiederbringlich vernichtet. Was noch übrig ist, ist ein erbärmlicher Rest des großen jüdischen Volkes (sie meinte das europäische Judentum). Die einzig ehrenvolle Rolle, die den Juden verbleibt, ist die, Erinnerungsgemeinschaften zu bilden und sich zu ›Seelenkerzen‹ zu machen wie diejenigen, die man rituell zur Erinnerung an die Toten anzündet.«

Der Vater:

»Wir, die verbleibenden Juden, sind Menschen und keine Kerzen. Es ist eine schreckliche Bestimmung für einen Menschen, nur noch als Träger der Erinnerung an die Toten zu existieren. Für diese Option haben sich die Armenier entschieden und sie haben einen großen Fehler gemacht. Wir müssen ihn um jeden Preis vermeiden. Lieber eine Gemeinschaft gründen, die vorwiegend an die Zukunft denkt und auf die Gegenwart reagiert, als eine Gemeinschaft, die von Massengräbern regiert wird.« (Margalit 2003: vii-ix; Übersetzung A.A.).¹

¹ Margalit unterscheidet weiterhin zwischen zwei Formen des Vergessens: Abdecken (»covering up«) und Auslöschen (»blotting out«) und plädiert für die erste Form.

Im Falle Israels war es nach 1945 zunächst die Position des Vaters, die allgemein umgesetzt wurde. Obwohl das Land ja nicht aus einem Bürgerkrieg hervorgegangen ist, sondern aus dem Holocaust, war es auch hier zunächst die Option des Vergessens, der der Vorrang gegeben wurde. In Israel ging es damals um das kollektive Projekt einer neuen Staatsgründung, um einen Neubeginn für die Überlebenden und die Öffnung von Zukunft für nachfolgende Generationen. Nach zwei und verstärkt nach vier Jahrzehnten setzte sich allerdings die Position der Mutter immer klarer durch. Die Überlebenden wandten sich wieder ihrer Vergangenheit zu, die sie so lange von sich ferngehalten hatten. Nach Staatsgründung und Kriegen verwandelte sich die israelische Gesellschaft immer mehr in eine rituelle Erinnerungsgemeinschaft.

Die von Meier vorgegebene Zwangsalternative von Erinnern *oder* Vergessen wird durch das Beispiel von Margalit relativiert. Es zeigt, dass Vergessen und Erinnern nicht unbedingt einen absoluten Gegensatz bilden müssen, sondern sich auch in bestimmten Rhythmen abwechseln können. Wenn wir heute auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückblicken, bestätigt sich dieses Bild und wir müssen konstatieren, dass sich die Formen des Umgangs mit traumatischen Vergangenheiten mehrfach verändert haben. Bevor ich auf diese Verschiebungen nach 1945 und andere Formen des Konflikts und Zusammenspiels von Vergessen und Erinnern eingehe, möchte ich anhand eines literarischen Beispiels etwas von der Reichweite der Problematik andeuten, mit der wir es hier zu tun haben.

»Forget, forgive; conclude and be agreed« – in diesen vier Imperativen lässt sich der Kern jeder ›Schlussstrichpolitik‹ zusammenfassen. Der Satz stammt aus Shakespeares Historienstück *Richard II.* (Shakespeare 1959 [1597]: I, 1, 156); in diesem Fall geht der Appell zum Vergessen von König aus, der einen Streit zwischen zwei Parteien schlichten und dessen Voraussetzungen aus der Welt schaffen möchte. Obwohl mit der Autorität eines königlichen Machworts ausgestattet, fruchtet dieser Befehl jedoch nicht. Eine schwelende 18-jährige Vorgeschichte von Verrat, Komplott und Mord lässt sich durch ein verordnetes Vergessen nicht mehr bereinigen, im Gegenteil öffnet sich genau an diesem Punkt ein unüberwindlicher Spalt und mit ihm alsbald der Abgrund eines hundertjährigen Bürgerkriegs, der Richard II. selbst als sein erstes Opfer fordert. Bolingbroke, der als Ankläger der einen Partei auftritt, beruft sich für sein Recht auf Rache auf ein mythisches Vorbild: Das Blut seines gemordeten Verwandten schreie zum Himmel wie das des von Kain getöteten Abel:

»Which blood, like sacrificing Abel's, cries,
Even from the tongueless caverns of the earth,
To me for justice and rough chastisement;
And, by the glorious worth of my descent,
This arm shall do it, or this life be spent.«
(Ebd.: I, 1, 104–108)

Shakespeare hat den Rosenkriegen, die der Friedenszeit seiner eigenen Epoche, der Tudor-Dynastie, vorangegangen sind, nicht weniger als zehn Dramen gewidmet, in denen er den feudalen Gewaltzusammenhang von Familie, Ehre, Macht und Vergeltung anschaulich zur Schau gestellt hat. Er war selbst durchaus daran interessiert, dass dieser Teufelskreis einer nicht mehr abreißen selbstzerfleischenden Gewalt den Engländern im Gedächtnis blieb. Natürlich hatte er dabei nichts weniger im Sinn, als den Sprengstoff der Rache am Brennen zu halten. Er schrieb offenbar, anders als Christian Meier, nicht dem Vergessen, sondern dem Erinnern eine friedensstiftende und integrative Kraft zu. Die feudale Ethik, so zeigen die Historiendramen, verstellt mit ihrem destruktiven Erinnerungsgebot der Rache notwendig den Blick auf das große Ganze der Nation. Die feudale Erinnerung hat für die Person als Individuum ebenso wenig übrig wie für das übergreifende Gemeinwesen. Diese feudalen Identitäten der adligen potenten Familien mit ihrer Kampfbereitschaft zur Rettung ihrer Ehre und Erhaltung ihres guten Namens mussten mit dem Übergang in den frühneuzeitlichen absolutistischen Territorialstaat überwunden werden. Die Nation, die nach dem Ende des Bürgerkrieges mit der Ära der Tudor-Monarchie entstand, schuf einen neuen, die partikularen Interessen der Stände überwölbenden – aber nicht aufhebenden – Patriotismus, für den Shakespeare mit seinem Dramenzyklus wichtige Werte und Stichworte geliefert hat. Dabei wurde erstmals die nationale Geschichte – und hier ausgerechnet das Trauma des Bürgerkriegs – zu einem gemeinsamen Bezugspunkt, der die konfliktreichen und spaltenden Erinnerungen ersetzte. An die Stelle der feudalen Memoria trat damit die nationale Memoria mit der Geschichte als kollektiver Biographie der englischen Nation.

»Forget, forgive; conclude and be agreed« – die Schlussstrichpolitik Richards II. hat den Bürgerkrieg also nicht verhindern können, sondern selbst mit ausgelöst. Aber auch am Ende des Bürgerkriegs steht bei Shakespeare nicht das Vergeben und Vergessen der antagonistischen Parteien, sondern die gemeinsame Erinnerung der neu konstituierten Nation. Diese bildet sich als eine neue Gemeinschaft, die die alten Erinnerungen gerade dadurch entschärft, dass sie sie beerbt. Edward Hall, der Historiker Heinrichs VIII., schrieb ein Geschichtswerk über den Rosenkrieg, eine der Quellen, auf die Shakespeare später zurückgreifen konnte. In der Widmung zu seinem Werk schrieb der Chronist: »Welcher Adlige und welcher Edelmann ältester Abkunft, dessen Familiengeschichte nicht verseucht wäre von dieser unnatürlichen Trennung!« (Hall 1542) Wie Hall mit seinem Geschichtswerk hat Shakespeare mit seinen Bürgerkriegsdramen die gespaltene Erinnerung der Konfliktparteien zusammengeführt in der gemeinsamen Erinnerung der Nation. Die feudale Memoria wurde vom Historiker und Dramatiker in die nationale Memoria überführt, das feudale Ethos wurde überwunden, indem es als nationales fortlebte. Der Einzelne verstand sich damit als Teil einer neuen übergreifenden Identität. An die Stelle der feudalen Sakralisierung des Blutes und der Legitimation durch Herkunft und Name trat die Identifikation mit einer gemeinsamen Geschichte, die patriotische

Ehre und die Sakralisierung der Nation. Der Familienstolz wurde in Nationalstolz übersetzt.² Diese folgenreiche Verwandlung des Gemeinwesens geschah nicht durch Vergessen, sondern durch Erinnern. An diesem Beispiel wird deutlich, dass es nicht nur ein spaltendes, sondern auch ein transformierendes und integrierendes Erinnern gibt.

Diese Möglichkeit eines transformierenden Erinnerns ist in Christian Meiers Konzept nicht vorgesehen. So erklärt sich, warum er (fast) alles auf ein und dieselbe Karte des Vergessens setzt. Ich möchte im Folgenden die Begriffe Erinnern und Vergessen aus dieser starren Polarisierung herauslösen und zeigen, dass Vergessen ein Heilmittel sein kann, aber keineswegs ein Allheilmittel ist. Beide sozio-politischen Praktiken, das Erinnern wie das Vergessen, können sowohl schädliche als auch heilsame Wirkungen entfalten. Wann dem einen oder dem anderen der Vorzug zu geben ist, hängt von den historischen Kontexten und vor allem von den jeweils geltenden kulturellen Werten und Rahmenbedingungen ab. Einen radikalen Wandel der kulturellen Rahmenbedingung möchte ich am Beispiel der Erinnerungsgeschichte der deutschen Nachkriegszeit illustrieren.

2. Die Politik des Vergessens in Deutschland nach 1945

Das Heilmittel des Vergessens wurde, worauf Meier wiederholt hinweist, auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal eingesetzt, um die westdeutsche Gesellschaft wieder aufzubauen und den europäischen Frieden zu konsolidieren. Nach einer kurzen Phase der Strafverfolgung der prominenten NS-Täter durch das Nürnberger Gericht wurde der große Teil der NS-Funktionäre und Mitläufer rehabilitiert. Hermann Lübke (1983) prägte für diese Praxis nachträglich den Terminus des »kommunikativen Beschweigens«. Schweigen (bzw. Vergessen im Sinne von De-thematisieren) habe als eine Art Schutzzone oder Kokon funktioniert, innerhalb dessen sich die Verwandlung der Gesellschaft vollziehen konnte. Im geschützten Klima der Nicht-Thematisierung der braunen deutschen Biographien habe sich die Demokratisierung der Bürger viel schneller und effektiver vollziehen können als in einer Atmosphäre gegenseitiger Verdächtigungen und Anklagen. Tatsächlich wurde die braune Kontinuität der Funktionseliten von den Alliierten in Kauf genommen, um der westdeutschen Gesellschaft im Rahmen der Machtblöcke des Kalten Krieges zu einem schnellen Wiederaufbau zu verhelfen. Das kollektive Beschweigen galt nach dem Krieg aber nicht nur in Westdeutschland, sondern war auch eine internationale Praxis, wie der Politologe Tony Judt gezeigt hat. In der Phase des Kalten Krieges

² In diesem Sinne deutet Striubny (1964) den in Henry V. dargestellten Gegensatz von Frankreich und England: »the whole conflict between France and England is presented as an encounter between the surviving feudal order and the English nation-state as it developed in Shakespeare's own time.«

waren die nationalen Gedächtnisse Europas eingefroren, um die neuen west- bzw. osteuropäischen Allianzen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zu stützen. Indem »alle Verantwortung für den Krieg, seine Leiden und Verbrechen den Deutschen zufiel«, wurden zum Beispiel jene Verbrechen, die während des Krieges und danach von anderen verübt wurden, »passenderweise vergessen« (Judt 1992: 87, 89). Dieses Vergessen hat in West und Ost bis zum Ende des Kalten Krieges angehalten. Die Bereitschaft zum Vergessen ging aber noch sehr viel weiter und schloss auch die Deutschen mit ein. Besonders deutlich hat das Winston Churchill in einer Rede ausgesprochen, die er im September 1946 in Zürich gehalten hat. Diese Rede zeigt, dass man aus der Perspektive des neu zu gründenden Hauses Europa auf den Zweiten Weltkrieg als einen Bürgerkrieg zurückblickte, den man mit dem altbewährten Mittel des Vergessens zu überwinden hoffte. Churchill setzte sich dafür ein, den Deutschen und denen, die mit den Achsenmächten kollaboriert hatten, nicht länger ihre Vergangenheit vorzuhalten. Nachdem die Verantwortlichen in Nürnberg verurteilt worden waren, verlangte er »ein Ende der Abrechnungen« und erklärte:

»Wir alle müssen den Gräueln der Vergangenheit den Rücken zuwenden. Wir müssen in die Zukunft schauen. Wir können es uns nicht leisten, in die kommenden Jahre den Hass und die Rache hineinzuziehen, die aus dem Wunden der Vergangenheit entstanden sind. Wenn Europa von endlosem Unheil und endgültigem Untergang gerettet werden soll, müssen wir es auf einen Akt des Glaubens an die europäische Familie und einen Akt des Vergessens aller Verbrechen und Irrtümer der Vergangenheit gründen.«³

Diesen Konsens einer Politik des Vergessens praktizierten nach dem Krieg auch De Gaulle und Adenauer. Sie nahmen gemeinsame Paraden ab und zelebrierten 1962 das Hochamt in der Kathedrale von Reims. Damit signalisierten sie über nationale Grenzen hinweg Versöhnung und Vergebung in einem militärischen und religiösen Rahmen. Der historische Schauplatz war dabei hoch symbolisch gewählt: In der nordfranzösischen Stadt Reims war am 7. Mai 1945 die deutsche Kapitulation unterzeichnet worden, hier hatte General Eisenhower sein Hauptquartier aufgeschlagen. Das religiöse Reinigungsritual hatte eine wichtige politische Bedeutung: Durch symbolisches Vergessen wurde die Wiederaufnahme Westdeutschlands in das westeuropäische Bündnis beschleunigt. Die Gesellschaft der 50er und frühen 60er Jahre ist durch das charakterisiert, was man damals »Vergangenheitsbewältigung« genannt hat und heute eine »Politik des Schlussstrichs« nennt. Aus deutscher

³ »We must all turn our backs upon the horrors of the past. We must look to the future. We cannot afford to drag forward across the years that are to come the hatreds and revenges which have sprung from the injuries of the past. If Europe is to be saved from infinite misery, and indeed from final doom, there must be an act of faith in the European family and an *act of oblivion* against all the crimes and follies of the past.« (Churchill 1948: 200). Ich verdanke diesen Hinweis Marco Duranti.

Perspektive war Vergangenheit in den 50er und 60er Jahren gleichbedeutend mit einer Schuld, die durch unterschiedliche Maßnahmen wie Wiedergutmachung, diplomatische Beziehungen zu Israel, Aktion Sühnezeichen (und andere Aktivitäten) zu bearbeiten war in der Hoffnung und Erwartung, sie damit aus der Welt zu schaffen oder wenigstens hinter sich zu bringen. Es ist wichtig hier hinzuzufügen, dass Vergessen damals nicht mit »Verdrängen« gleichgesetzt wurde, sondern mit »Erneuerung« und einer Öffnung zugunsten der Zukunft. Von der Zukunft erhoffte man sich positive Veränderung und Erneuerung; das war eine zentrale Wert-Prämisse der Modernisierungstheorie, die nach 1945 in West und Ost von allen Ländern Europas geteilt wurde.

Das emphatische und anhaltende Bekenntnis zur Zukunft lässt sich noch an einer Episode vom Mai 1966 illustrieren. Adenauer befand sich auf einer Israelreise, in deren Verlauf er vom israelischen Ministerpräsidenten Levi Eshkol in Tel Aviv empfangen wurde. Eshkol hob bei dieser Gelegenheit das lange Erinnerungsvermögen des Volkes Israel hervor. Dies sei die Folge der langen Verfolgung. Sein Volk gedenke seiner Feinde ebenso wie seiner Freunde. Zu den Letzteren zähle der Gast, insbesondere wegen seines Wirkens als Architekt der Wiedergutmachungsverträge von 1952. Der Altkanzler erwiderte darauf, er sei mit der schlimmen Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten vertraut, zumal er selbst während der Schreckensherrschaft viel Leid habe ertragen müssen. Er selbst wurde in Schutzhaft genommen, wobei sein eigenes Leben gefährdet war. Während seiner Kanzlerschaft habe er sich für die »Versöhnung mit dem jüdischen Volk und den französischen Nachbarn« eingesetzt (Blasius 2009: L21).

Soweit so gut. Am Abend desselben Tages kam es aber im Hause des Ministerpräsidenten noch zu einem unerwarteten Eklat. Als der israelische Ministerpräsident in seinem *dinner speech* sagte: »Das israelische Volk wartet auf neue Zeichen und Beweise dafür, dass das deutsche Volk die schreckliche Last der Vergangenheit erkennt. Die Wiedergutmachung stellt nur eine symbolische Rückerstattung des blutigen Raubes dar. Es gibt keine Sühne für die Gräueltaten und keinen Trost für unsere Trauer«, war der Neunzigjährige entsetzt. Diese Sätze Eshkols verstand er als eine Beleidigung Deutschlands und reagierte darauf mit dem Appell,

»diese Zeit der Gräueltaten, die man nicht ungeschehen machen kann, zu überwinden. Wir sollten sie aber nun der Vergangenheit überlassen. Ich weiß, wie schwer es für das jüdische Volk ist, das zu akzeptieren. Aber wenn guter Wille nicht anerkannt wird, kann daraus nichts Gutes entstehen.«⁴

⁴ Folgende Worte hat der Journalist Hans Ulrich Kempfski festgehalten: »Die Nazi-Zeit hat ebenso viele Deutsche wie Juden getötet [...] Wir sollten diese Zeit nun in Vergessenheit geraten lassen.« (Vgl. Mensing 2009; Blasius 1997)

Adenauers Symbolpolitik des Vergebens und Vergessens stieß in den folgenden Jahren an viele Grenzen. Die letzte und eklatanteste war der gemeinsame Besuch von Helmut Kohl und Ronald Reagan im Rahmen der Kommemorationsfeierlichkeiten des Kriegsendes am 5. Mai 1985 auf einem Soldatenfriedhof in Bitburg, der auch Gräber von SS-Angehörigen einschloss. Diese politische Erinnerungszereemonie wurde zugleich als eine Vergessenszeremonie gegenüber den Holocaustopfern empfunden, was damals zu einem internationalen Eklat führte (Hartman 1986). Mit Bitburg, der Rede des Präsidenten Richard von Weizsäcker zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes, den wilden Grabungen auf dem nachmaligen Feld der »Topographie des Terrors« in Berlin und dem Historikerstreit sind weitere Ereignisse benannt, mit denen sich in Westdeutschland die Wende von einer öffentlichen Politik des Vergessens hin zu einer Politik des Erinnerns vollzog.

Freilich waren Leitbegriffe der Politik des Vergessens wie »Vergangenheitsbewältigung« und »Wiedergutmachung« in der Bundesrepublik bereits seit den 1960er Jahren als eine Form des sich selbst Vergebens und Vergessens kritisiert worden (Frei 1997; Wolfrum 1999). Mitte der 60er Jahre begann eine neue Ära des therapeutischen Diskurses (Alexander Mitscherlich, Gründung des Sigmund Freud Instituts) und des Diskurses der kritischen Theorie der Frankfurter Schule (Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, und die Walter Benjamin-Rezeption). Entscheidend war, dass nun radikal die Perspektive gewechselt wurde; es wurde nicht mehr aus dem Blickwinkel der Gesichtswahrung der Täter in der Mehrheitsgesellschaft, sondern aus der Perspektive der jüdischen Opfer gesprochen, eine Sicht, die sich die Nachkriegsgeneration der 68er gegen die Kriegsgeneration ihrer Eltern zu eigen machte. Die Konnotationen von »Erinnern« und »Vergessen« tauschten im Übergang zu diesem neuen kulturellen Rahmen ihre Bedeutung und Wertigkeit. Während im Rahmen der europäischen kulturellen Ausrichtung auf Modernisierung »Vergessen« positiv konnotiert gewesen war als eine Strategie der Erneuerung und Integration, wurde es nun negativ mit Verleugnung und Verdrängung assoziiert. »Erinnern« dagegen, das zuvor negativ bewertet und mit retrospektiver Fixierung, Hass, Rache, Ressentiment und Spaltungen verbunden war, wurde nun aufgewertet zu einer therapeutischen und ethischen Pflicht. Als Hermann Lübke im Jahre 1983 seine nachträgliche Rechtfertigung der Schlussstrich-Politik formulierte und dabei den Begriff des »kommunikativen Beschweigens« einführte, machte er sich damit, wie jetzt noch einmal Christian Meier, zum Anwalt jenes pragmatisch-funktionalistischen Paradigmas gegen das therapeutisch-kritisch-moralische Paradigma.

3. *Wahrheitskommissionen: Der Paradigmenwechsel vom Vergessen zum Erinnern*

Frieden, so die Grundthese von Christian Meier, ist ein ganz anderes Gut als Gerechtigkeit. Wer Gerechtigkeit durch Erinnern erreichen will, setzt damit notwendig den sozialen Frieden aufs Spiel, der, wie die Geschichte lehrt, mit Erfolg immer wieder auf Vergessen gegründet wurde (Meier 2010: 81). Dieses ältere Friedensmodell nach Bürgerkriegen ist seit den 1980er Jahren aber flächendeckend durch ein neues ersetzt worden, das die beiden Pole der Gerechtigkeit (oder des Erinnerns) und des Friedens (oder des Vergessens) aufs Engste miteinander versträngt. Ich denke dabei an die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen (*Truth and Reconciliation Commissions*), die als ersten Schritt zum sozialen Frieden die Aufarbeitung der Gewaltvergangenheit und Anerkennung ihrer Opfer vorsehen.

Erinnerung gewinnt in diesem Zusammenhang eine therapeutische, eine läuternde und reinigende Funktion. Sie ist kein Endziel und Zweck in sich selbst (wie im Falle der rituellen Erinnerung an den Holocaust), sondern ein wichtiger und unersetzlicher Zwischenschritt. Die Kulturen sind reich an Beispielen für solches transitorisch transformative Erinnern. Im Rahmen der christlichen Beichte zum Beispiel wird erinnert um zu vergessen: Die Schuld muss aufgelistet und ausgesprochen werden, bevor sie durch die Absolution des Priesters getilgt werden kann. Ähnliches gilt für den künstlerischen Prozess der Katharsis: Durch Reinszenierung eines schmerzlichen Ereignisses auf der Bühne des Theaters kann eine Last der Vergangenheit noch einmal durchlebt und dabei überwunden werden. Die Gruppe, die solches durchlebt, geht nach der Theorie des Aristoteles aus dieser Erfahrung kollektiv gereinigt hervor. Vergessen durch Erinnern ist im Grunde auch das Ziel der Freud'schen Psychoanalyse, die die belastende Vergangenheit ins Bewusstsein hebt, um sie danach umso besser hinter sich lassen zu können. Eine ähnlich therapeutische Funktion als Mittel zum Vergessen gewinnt die Erinnerung in neuen öffentlich-politischen Verfahren: Eine schmerzhaft Wahrheit muss ans Licht geholt und öffentlich gemacht werden, das Opfer muss seine Leiden erzählen dürfen und sie müssen mit Empathie angehört und anerkannt werden, damit sie anschließend aus dem sozialen oder politischen Bewusstsein (wenn auch nicht aus dem historischen Gedächtnis) getilgt werden können. Nach diesem Verfahren waren die Tribunale der »Truth and Reconciliation Commission« organisiert, die von 1996 bis 1998 in Südafrika unter der Ägide Bischof Tutus und Alex Boraines zu einer Mischung aus Tribunal, kathartischem Drama und christlichem Beichritual wurden.

Gegenwärtig sind auf der Welt fast dreißig Wahrheitskommissionen (TRCs) im Einsatz, wobei die Verfahrensregeln je nach Situation immer wieder neu erfunden werden müssen. Obwohl die Komponente J für »Justice« in diesen Übergangsprozessen des politischen Systemwandels keineswegs ausgespart ist, kommt der Komponente T für »Truth« eine besondere Bedeutung zu. Nicht das Abdecken und

Ruhenlassen, sondern das in einem sozialen Raum zur Sprache bringen, bekennen und öffentlich zur Kenntnis nehmen bestimmen diese Form der Erinnerungspolitik. Da sie auf Versöhnung und Integration ausgerichtet ist, können wir sie als eine neue Form der »Vergangenheitsbewältigung« ansprechen, die den Übergang von Diktaturen und anderen menschenrechtsverletzenden Regimes in Demokratien abstützen sollen.⁵ In traumatisch gespaltenen Gesellschaften führt der Weg zur Rechtsstaatlichkeit und Integration heute weithin durch das Nadelöhr der Erinnerung in Gestalt der Aufarbeitung von Massenverbrechen. Durch politische Rituale der Reue und die Anerkennung der Opfer soll die Last der Schuld erleichtert und die traumatische Geschichte Vergangenheit werden.

Das Modell der Wahrheitskommissionen entstand in Südamerika, wo Länder wie Chile, Uruguay, Argentinien und Brasilien in den 1980er und 1990er Jahren sich von Militärdiktaturen in Demokratien verwandelten. Die Opfer dieser Diktaturen beriefen sich auf das globale Paradigma der Menschenrechte und bildeten neue politische Begriffe wie »Menschenrechtsverletzung« und »Staatsterrorismus« (Jelin 2010). Auf der Basis dieser Werte und Begriffe wurden neue Untersuchungskommissionen eingerichtet, aus denen später die Wahrheitskommissionen hervorgingen. Sie bauten auf die transformierende Kraft der historischen Wahrheit und die Bedeutung aktiver Erinnerungsarbeit. »Erinnern um nicht zu wiederholen« wurde allgemein zu einem politischen und kulturellen Imperativ. Gleichzeitig ersetzte das Menschenrechtsparadigma als neuer und einflussreicher Opferdiskurs die internationalen politischen Narrative des Klassenkampfes, der nationalen Revolutionen und der politischen Antagonismen. Im Zentrum der Werte stand nunmehr der universale Wert der Menschenwürde im Sinne der körperlichen und sozialen Integrität der Person. Mit diesen universalistischen Werten entstand eine neue politische Agenda, in der auch andere Formen der Staatsgewalt kritisiert werden konnten, wie Rassen- und Geschlechts-Diskrimination, sowie die Unterdrückung indigener Bevölkerungen. Dieser Wertewandel wurde zu einer wichtigen symbolischen Ressource, um »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« ins globale Rechtsbewusstsein einzubringen. Was die transnationale Bewegung der Abschaffung der Sklaverei für das 19. Jahrhundert war, ist das weltweite Eintreten für Opfer von Gewalt für das späte 20. und frühe 21. Jahrhundert. Der wichtige Unterschied dabei ist allerdings, dass nun die Opfer für sich selber sprechen und ihr Recht auf Anerkennung und Erinnerung in einer globalisierten Welt einfordern. Die Ausbreitung ihrer Stimmen und ihre öffentliche Sicht- und Hörbarkeit hat ein neues Weltethos geschaffen, das es den nationalstaatlichen Autoritäten immer schwerer macht, eine repressive Politik des Vergessens und der Verdrängung aufrechtzuerhalten. In Post-Diktatur-Gesellschaften ist das Erinnern inzwischen zur Bedingung einer sozialen Umwandlung geworden, die auf den Sys-

⁵ Einen Überblick über diese Aktivitäten gibt Pierre Hazan (2007) in einem Themenheft der Zeitschrift *Der Überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit*, das der Gerechtigkeit nach Konflikten gewidmet ist.

temwandel folgen muss und ihn durch eine gesellschaftliche Transformation ergänzt und vertieft. Erinnern kann dann ins Vergessen münden, wobei »Vergessen« hier nicht mehr Verleugnen und Auslöschen bedeutet, sondern eine Form der Vergangenheitsbewältigung ist, deren Ziel darin besteht, die Gewaltgeschichte hinter sich zu bringen, um eine gemeinsame Zukunft zu gewinnen.

4. *Vergessen und Erinnern am Beispiel des Spanischen Bürgerkriegs*

Wenn wir uns diese aktuellen Beispiele der Nachgeschichte von Bürgerkriegen vor Augen führen, kommen wir mit einem klaren Entweder-Oder zwischen Erinnern oder Vergessen nicht mehr aus. Vor allem sind die Rahmenbedingungen genauer zu hinterfragen: Von wem geht der Imperativ zum Vergessen aus? Welche Selbstentlastung ist damit verbunden? Wie groß und nachhaltig ist die Akzeptanz des verordneten Vergessens? Wenden wir uns mit diesen Fragen einem Land Europas zu, das mittlerweile über siebzig Jahre lang mit der Nachgeschichte seines Bürgerkriegs beschäftigt ist. In Spanien, auf diesen Fall soll abschließend näher eingegangen werden, gab es durchaus einen »Pakt des Schweigens« bzw. Vergessens, ganz im Sinne von Christian Meier, doch kam dieser nicht am Ende des Bürgerkriegs (1936–1939), sondern erst zeitversetzt fast vier Jahrzehnte später nach dem Ende der Diktatur Francos, das mit dessen Tod im Jahre 1975 besiegelt war. Dieser Pakt von 1977 sollte den Übergang (*transición*) von der Autokratie in die Demokratie abstützen. Man hat diesen Übergang als »die Geburt der Demokratie aus dem Geiste der Diktatur« charakterisiert (Schüle 2003: 22). Das Gesetz des Schweigens amnestierte alle politisch motivierten Straftaten vor 1977. Indem es Strafflosigkeit für Verbrechen auf beiden Seiten zur Zeit des Bürgerkriegs und der Militärdiktatur garantierte, sollte es symbolisch die Gleichstellung von Siegern und Besiegten bewirken. Die Option des Vergessens entsprach damals einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Man war annähernd vier Jahrzehnte nach dem Ende des Bürgerkriegs bereit, die Altlasten der Vergangenheit ruhen zu lassen, um die neue fragile Demokratie nicht zu gefährden. Die Demokratie war nicht auf diskursive Selbstthematisierung und Selbstkritik gegründet, sondern stand noch lange im Banne der Angst vor dem Rückfall in den totalen Staat (Bernecker/Brinkmann 2006). Fragen der Schuld und Trauer angesichts einer belastenden Vergangenheit wurden deshalb von der zweiten Generation im Dienste der Konsolidierung einer gemeinsamen Zukunft bewusst zurückgestellt. Dieser Kompromiss hat jedoch keineswegs zu einem Ausgleich zwischen den Fronten des Bürgerkriegs geführt. »Die ideologische Trennung in Sieger und Verlierer, die das Regime unablässig betonte, hat die Spanier seitdem belastet wie ein Bleigewicht« (Ingendaay 2009).⁶ Anders als in den

⁶ In diesem Artikel in der FAZ beschreibt der Autor siebzig Jahre nach dem »Tag des Sieges« am 1. April 1939 die weiter bestehenden einseitigen Symbole der Memorialpolitik Francos.

von Meier zitierten Beispielen aus der Geschichte hat das verordnete Vergessen in Spanien keinen wirklichen Ausgleich geschaffen, sondern de facto die Macht der Franquisten gestützt und durch Institutionen wie den Verwaltungsapparat, die Streitkräfte und die Justiz in die Demokratie hinein verlängert. Das galt vor allem auch für die Geschichtspolitik des Landes, das nach 1977 weiter mit öffentlichen Denkmälern und Symbolsetzungen Francos überzogen war, während die Geschichtserfahrung der Republikaner keinen öffentlichen Ausdruck fand. Ein Ende des Bürgerkriegs im Sinne eines gemeinsamen Vergessens hatte hier also nicht stattgefunden; vielmehr hatte der Sieger des Bürgerkriegs, General Franco, mit seiner intensiven Geschichtspolitik die Erinnerung an den Bürgerkrieg ideologisch geformt durch konsequente Unterdrückung und Delegitimierung der Perspektive der besiegten Republikaner. Dieses einseitige Geschichtsbild war in Schulbüchern, Monumenten und Jahrestagen etabliert und propagiert worden; historische Untersuchungen und kritische Revisionen dieses Geschichtsbildes hatten angesichts der Schließung der Archive keine Chance. Durch diese eklatante Asymmetrie der Macht wurde der Bürgerkrieg in die Diktatur und die Diktatur in die Demokratie hinein mental und psychisch verlängert. Der Pakt des Schweigens schützte nicht nur die franquistischen Täter, er setzte auch das Feindbild der als »Antispanier« und »Rote« verfolgten und ermordeten Kommunisten, Anarchisten und Demokraten fort. Das Gedächtnis der Republikaner, das in der Gesellschaft keinen Platz hatte, verkapselte sich als inoffizielles und lokales Gegengedächtnis in marginalisierten Gruppierungen und letztlich in den Familien.

Bereits zu Beginn der Demokratie gab es im ländlichen Raum einzelne Erinnerungsaktivitäten in Gestalt von Exhumierungen von Bürgerkriegsopfern, die auf Äckern, Feldern und in Straßengräben hastig verscharrt worden waren. Durch den Pakt des Schweigens und die damit verbundene Tabuisierung der Schuldfrage erlangten diese privaten Erinnerungsaktivitäten aber kein öffentliches Interesse. Das änderte sich ab Mitte der 1990er Jahre und dann noch einmal seit 2000, als die Decke des Schweigens immer löchriger wurde und das republikanische Gegengedächtnis mit seinen Grabungsaktivitäten die tabuisierte Vergangenheit Skelett für Skelett freilegte. Dieser neue Erinnerungsimpuls ging von der dritten Generation aus, die nach ihren Großvätern suchte und sie im ganzen Land verstreut fand. Man rechnet damit, dass noch 30.000 Republikaner in Spaniens Erde verscharrt liegen (Schüle 2003). Die Enkel, die bereits in der Demokratie geboren sind, lösten sich vom Pakt des Schweigens; sie waren der Überzeugung, dass nicht Vergessen, sondern Erinnern das Fundament der spanischen Demokratie sein müsse und die Skelette und Namen der Toten ins Gedächtnis der Familien und der Gesellschaft zurückgeholt werden müssten. Zu diesem Zweck gründeten sie, wie Emilio Silva, »Vereine zur Wiedererlangung des historischen Gedächtnisses«. Sie haben bis heute auf eigene Faust die Überreste von mehr als 4000 Exekutionsopfern aus der blutigen Phase des Franco-Regimes exhumiert. Man kann die Arbeit dieser selbsternannten Anwälte des historischen Gedächtnisses, die als Archäologen, Anthropol-

logen und Genetiker an der Identifizierung von Francos Toten arbeiten, sehr gut mit den Aktivitäten der Nicht-Regierungs-Organisation »Memorial« vergleichen, deren Mitglieder derzeit in Russland ohne Unterstützung und Billigung des Staates die Opfer Stalins exhumieren und rehabilitieren (Etkind 2009). Im Gegensatz zur Gruppe »Memorial« haben diese Aktivitäten in Spanien jedoch einen regelrechten Erinnerungsboom ausgelöst, der sich in den Massenmedien, in Filmen, Literatur und historischer Forschung niederschlägt und auf eine große öffentliche Resonanz stößt.⁷

Aus der Sicht der dritten Generation stellt sich die Frage von Vergessen oder Erinnern neu; sie geht davon aus, dass sich auf Leichenbergen und einem repressiven Schweigen auf Dauer keine Demokratie aufbauen lässt. Der Pakt des Vergessens, den die erste und zweite Generation geschlossen hatten, hat zwar den Übergang zur Demokratie ermöglicht, aber die schlimme Vergangenheit gerade nicht aufgelöst, sondern die tiefe Spaltung des Landes befestigt. Heute zeigt sich, dass die traumatische Vergangenheit noch nicht vergangen, sondern im Boden und im Familiengedächtnis fest konserviert ist. Aus dieser Latenz kehrt sie nun nach sechzig und siebenzig Jahren wieder in die Gesellschaft zurück. Ende Oktober 2007, fast siebenzig Jahre nach Ende des Bürgerkriegs und drei Jahrzehnte nach dem Pakt des Schweigens, kam es zu einer weiteren Wende in der spanischen Geschichtspolitik. Der Ministerpräsident José Luis Zapatero, selbst Enkel eines ermordeten und verschwundenen republikanischen Großvaters, hob das Amnestiegesetz auf, indem er dreißig Jahre später ein »Gesetz der historischen Erinnerung« (*Ley de Memoria Histórica*) im Parlament verabschiedete, das die faschistische Diktatur zum ersten Mal öffentlich verurteilte und ihren Opfern Anerkennung und Restitution zusicherte. Zapatero gab damit nicht nur dem inneren Druck der republikanischen Familiengedächtnisse nach, er agierte auch im Rahmen einer erinnerungskulturellen Großwetterlage, in der vermehrt die Verbrechen von Staaten und Diktaturen nach langen Fristen aus der Perspektive der Opfer in die Erinnerung zurückgeholt wurden. Sein Bemühen um einen Ausgleich der Perspektiven in der Erinnerung, das auch die Demontage franquistischer Denkmäler einschloss, wurde nun von der Gegenseite scharf kritisiert; man warf ihm Überschreiten von Kompetenzen und das Rühren an alte Wunden vor, womit er den inneren Frieden seines Landes aufs Spiel setze. An eine justizielle Aufklärung der Verbrechen ist in Spanien vorerst nicht zu denken. Der spanische »Starrrichter« Baltasar Garzón, der 1998 einen viel beachteten internationalen Haftbefehl gegen den ehemaligen chilenischen Diktator Augusto Pinochet erließ, und der seit 2008 gegen die Verantwortlichen von Morden und Entführungen des Franco-Regimes ermittelt, sitzt inzwischen selbst auf der Anklagebank. Als Klägerin treten ultra-rechte Splittergruppen auf, die die Auf-

⁷ Siehe dazu auch den Beitrag von Bernd Stiegler in diesem Buch.

arbeitung der Diktatur diskreditieren und dafür volle Unterstützung durch den obersten Gerichtshof erhalten (Ingendaay 2010).⁸

An diesem Punkt stoßen wir noch einmal an die von Christian Meier mit seinem Buch gestellte Grundfrage: Stört der Anspruch auf Gerechtigkeit automatisch den sozialen Frieden? Sind beide Werte notwendig unvereinbar? Forderungen nach Strafverfolgung und Entschädigung können in der Tat zur Polarisierung und dem Aufreißen alter Wunden führen.⁹ Ob dies geschieht oder nicht, hängt allein von dem kulturellen Rahmen ab, in den diese Forderungen eingebettet sind. Damit die Erinnerung nicht ihr zerstörerisches Potential freisetzt, sondern ihr transformierend integratives Potential entfalten kann, muss dieser Rahmen von der gesamten spanischen Gesellschaft getragen sein. Er muss auf den Konsens gegründet sein, dass solche Erinnerungsarbeit eine notwendige Form zivilgesellschaftlicher, selbstkritischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist, die das Gemeinwesen nicht spaltet, sondern im Gegenteil entscheidend zur demokratischen Konsolidierung des Staates beiträgt.

In Spanien zeigt sich heute immer deutlicher, was den Drang zum Vergessen und zum Erinnern letztlich anstößt und in Gang hält. Der Drang zum Vergessen geht vordringlich von der Seite der Franquisten aus, die hoffen, dass der Status quo des etablierten Geschichtsbildes nicht revidiert wird und die Verbrechen dieser Seite getilgt sein mögen. Der Drang zum Erinnern kommt aus republikanischen Familien heraus und entspringt in der dritten Generation nach dem Bürgerkrieg keineswegs einem Wunsch nach Rache und Vergeltung, sondern dem Bedürfnis nach einem ausgeglichenen Geschichtsbild. In einer von franquistischen Symbolen überzogenen Gedächtnislandschaft sind die Begräbnisstätten der verscharrten Toten die wichtigsten »lieux de mémoire« der republikanischen Seite geworden (Hörstrup 2009¹⁰: 76). Das Bedürfnis der Familienmitglieder und Nachkommen nach Ausgleich schließt die Rehabilitation und Besänftigung der Toten ein. Sie haben ihre Toten zu betrauern und zu bestatten und diese primäre rituelle Erinnerungspflicht an ihren Angehörigen zu vollziehen. Deshalb exhumieren sie diese Angehörigen jetzt aus den anonymen Gräbern, in denen sie verscharrt wurden, und verhelfen ihnen mit inzwischen sieben Jahrzehnten Verspätung zu einem angemessenen Begräbnis. Mit dieser Form des sozial oder religiös motivierten rituellen Erinnerns

⁸ In diesem Artikel in der FAZ wird auch auf die ausländische Presse verwiesen: »Der ›International Herald Tribune‹ schrieb in einem Leitartikel, nicht Garzóns Ermittlungen, sondern die Taten des Franco-Regimes seien das Verbrechen, das zu Debatte stehe, und nannte den Prozess gegen Garzón eine ›Justizparodie‹.«

⁹ Vgl. die Situation im sozialistischen Jugoslawien der 1990er Jahre (siehe dazu die Beiträge von Daniel Šuber und Davor Beganović in diesem Band).

¹⁰ Dieser an der Universität Konstanz entstandenen Staatsexamensarbeit verdanke ich wichtige Einsichten. Ebenso danke ich meinem Kollegen Juan Pere i Tous für die Lektüre dieses Textes, Korrekturen und Hinweise.

wird ein unerträglicher seelischer Zustand beendet und den Toten – und damit auch ihren Nachkommen – Anerkennung und Ruhe zuteil.¹¹

Ein versöhnendes Vergessen kann also nur unter ganz bestimmten Bedingungen funktionieren: Es muss symmetrisch beide Parteien zusammenführen und als gegenseitige Entlastung erfahren werden. Das war in Spanien aufgrund der erheblichen Zeitverschiebung nie der Fall. Zum anderen waren, wie wir heute sehen, mit dem staatlich verordneten Vergessen Forderungen verbunden, die langfristig mit sozialen und religiösen Grundbedürfnissen kollidieren. Dabei geht es letztlich um die Befriedung der Toten, die einer angemessenen Bestattung bedürfen. Den Kernbereich jeder Kultur bilden elaborierte Verkehrsformen, die den Austausch zwischen Lebenden und Toten regeln. Genau diese zentrale menschliche Aufgabe, die darin besteht, die Toten zur Ruhe zu bringen, ist nach einer Geschichte exzessiver Gewalt aufs Schwerste gestört. Im Falle von Millionen jüdischen Opfern, die vergast, verbrannt und in Luft aufgelöst wurden, gibt es keine Gräber. Deshalb kann diese Wunde auch nicht geschlossen werden. In Spanien, wie in Diktaturen Südamerikas, ließ man die Opfer verschwinden; sie wurden erschossen und in anonymen Massengräbern versteckt. An vielen Orten auf der Welt werden heute solche Massengräber geöffnet. Man bemüht sich dabei um eine Identifizierung, Rehabilitierung und würdige Bestattung der anonymen Toten, die auf diese Weise in ihre Familien zurückkehren. Es bleibt die Verantwortung der Gesellschaft und der Familienmitglieder, den Toten diesen letzten Akt der Anerkennung und des Respekts zu erweisen. Wenn jedoch Familienangehörige verschollen bleiben, ihr Schicksal ungewiss ist, das ihnen zugefügte Unrecht nicht anerkannt wird und sie keinen Ort im Gedächtnis der Nachwelt erhalten, dann produziert solches Vergessen eine traumatisierte Gesellschaft, deren Leerstellen der Erinnerung von Gespenstern bevölkert werden. Eine Bereitschaft, sich gemeinsam der Zukunft zu öffnen, kann erst entstehen, wenn diese dringlichen Erinnerungsschulden an die Toten abgegolten sind. In Spanien, wo aufgrund der ideologisch weiterhin gespaltenen Gesellschaft keine gemeinsamen politischen Formen der Anerkennung und sozialen Rituale der Versöhnung in Aussicht stehen, ist die langfristige psychische Last des Bürgerkriegs zur Privatsache und zur persönlichen Angelegenheit der Nachfahren geworden, die ihre Toten bestatten und pietätvoll zur Ruhe bringen. Diese Form der Erinnerung ist eine rein individuelle und lokale. Der Staat und die Gesellschaft, die diese Trauerarbeit verweigern, lassen die betroffenen Familienangehörigen mit der Aufgabe allein, den traumatischen Bürgerkrieg zum Abschluss zu bringen.

¹¹ Welchen Stellenwert für die Betroffenen das Wissen um ihre im Krieg und Bürgerkrieg umgekommenen Familienangehörigen annimmt und welchen Wandel die Bedeutung dieser Information innerhalb der amerikanischen Gesellschaft durchlaufen hat, konnte Drew Gilpin Faust am Beispiel des Amerikanischen Bürgerkriegs eindrucksvoll belegen (siehe Faust 2008).

Christian Meier hat in seiner Studie Erfahrungen gesammelt, die das Vergessen nach Bürgerkriegen bis heute »als die einzig probate Lösung nahe legen«. Und er fährt fort: »es müssen starke neue Argumente oder Motive, vielleicht auch Hoffnungen auf Fortschritt aufkommen, um mit dieser Tradition zu brechen« (Meier 2010: 49). Die hier vorgestellten Beispiele lassen uns an dieser probaten Lösung zweifeln und das Argument aufkommen, dass die transformative Kraft des Vergessens inzwischen von der transformativen Kraft des Erinnerns abgelöst worden ist. Was aber heißt hier genau ›Transformation‹? Die Praktiken und Institutionen der ›neuen Erinnerungskultur‹ zielen auf nichts weniger als einen politischen und sozialen Identitätswandel. Ein neues Rechtssystem, ein ethischer Umkehrprozess, emotionale Trauerarbeit und politische Symbole können dazu beitragen, einen sicheren und sichtbaren Abstand zur schlimmen Vergangenheit zu schaffen und die destruktiven Langzeitfolgen des historischen Traumas zu überwinden.

Literatur

- Bernecker, Walther L./Brinkmann, Sören (2006): *Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2006*, Nettersheim: Verlag Graswurzelrevolution.
- Blasius, Rainer (1997): *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1966*. München: Oldenbourg.
- Blasius, Rainer (2009): »Der gute Wille muss auch anerkannt werden«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. März 2009, S. L21.
- Churchill Randolph S. (Hg.) (1948): *The Sineus of Peace. Post-War Speeches by Winston S. Churchill*. London: The Riverside Press.
- Emrich, Hinderk/Smith, Gary (Hg.) (1996): *Vom Nutzen des Vergessens*. Berlin: Akademie Verlag.
- Etkind, Alexander (2009): »Post-Soviet Hauntology: Cultural Memory of the Soviet Terror«. In: *Constellations: An International Journal of Critical and Democratic Theory* 16 (1), S. 182–200.
- Faust, Gilpin (2008): *This republic of suffering: death and the American Civil War*. New York: Knopf.
- Frei, Norbert (1997): *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. 2. Aufl., München: C.H. Beck.
- Hall, Edward (1542): »Dedication to the King«. In: *The Union of the Noble and Illustre Famelies of Lancastre and York*.
- Hartman, Geoffrey H. (Hg.) (1986): *Bitburg in Moral and Political Perspective*. Bloomington: Indiana University Press.
- Hazan, Pierre (2007): »Das neue Mantra der Gerechtigkeit«. In: *Der Überblick. Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit*, Heft 1-2, S. 10.
- Hörstrup, Pia (2009): *Hass und Rache in Die Stimmen des Flusses* (von Jaume Cabré). Unveröffentlichte Staatsexamensarbeit. Universität Konstanz.
- Ingendaay, Paul (2009): »Einen Nationalsalat, bitte!«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1. April 2009, S. 33.
- (2010): »Gerechtigkeit für Baltasar Garzón«. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. April 2010, S. 29.
- Jelin, Elizabeth (2010): »The Past in the Present: Memories of State Violence in Contemporary Latin America«. In: Aleida Assmann, Sebastian Conrad (Hg.): *Memory in a Global Age. Discourses, Practices, Trajectories*. Hampshire: Palgrave, S. 61–78.

- Judt, Tony (1992): »The Past is Another Country: Myth and Memory in Postwar Europe«. In: *Daedalus* 121, S. 83–118.
- Loroux, Nicole (1997): *La Cité divisée. L'oubli dans la Mémoire d'Athènes*. Paris: Payot.
- Lübbe, Hermann (1983): »Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Gegenwart«. In: Martin Broszat et al. (Hg.): *Deutschlands Weg in die Diktatur*. Berlin: Siedler, S. 329–349.
- Margalit, Avishai (2003): *The Ethics of Memory*. Cambridge (MA): Harvard University Press.
- Meier, Christian (2010): *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*. München: Siedler.
- Mensing, Hans Peter (Hg.) (2009): *Konrad Adenauer. Die letzten Lebensjahre 1963–1967. Briefe und Aufzeichnungen, Gespräche, Interviews und Reden. Band II: September 1965–April 1967*. Paderborn: Schöningh.
- Schüle, Christian (2003): »Die Toten kehren heim«. In: *DIE ZEIT*, 22. Mai 2003.
- Shakespeare, William (1959) [1597]: »The Tragedy of King Richard the Second.«. In: W.J. Craig (Hg.): *The Complete Works of William Shakespeare*. London: Oxford University Press, S. 381–408.
- Smith, Gary/Margalit, Avishai (Hg.) (1997): *Amnestie, oder Die Politik der Erinnerung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stribny, Zdenek (1964): »Henry V and History«. In: Arnold Kettle (Hg.): *Shakespeare in a changing world: 12 essays for the 400th Anniversary of his Birth*. London: Lawrence & Wishart, S. 844–901.
- Wolfrum, Edgar (1999): *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Unzivile Kriege Plädoyer für eine andere Kulturtheorie gewaltförmiger Dauerkonflikte

ETHEL MATALA DE MAZZA

1.

Dass die Kulturwissenschaft sich häufig bei unscharfen Begriffen aufhält – allen voran dem der »Kultur« selbst, dem Niklas Luhmann nachsagte, er sei einer der schlimmsten, die je gebildet worden seien (Luhmann 1997: 398) –, hat ihr zuweilen den Vorwurf fahrlässiger Undiszipliniertheit eingehandelt. Unschärfen lassen sich aber nicht immer vermeiden; sie werden mitunter gerade durch das Bedürfnis nach klarer Übersicht erzeugt. Das zeigt exemplarisch die politikwissenschaftliche, historische und soziologische Debatte, die seit gut zehn Jahren und sehr kontrovers um die gewalttätigen Auseinandersetzungen kreist, mit denen beträchtliche Teile des Globus – großenteils über Jahrzehnte – überzogen werden. Bei der genaueren Identifizierung dessen, was passiert, wenn mäßig besiedelte Landstriche und unwirtliche Gebirgszüge sich in »Krisenregionen« verwandeln, Wohngebiete »ethnisch gesäubert« oder belebte Stadtzentren durch dauernde Häuserkämpfe unsicher gemacht werden, sind sich die Autoren auffallend uneins. Die einen sprechen von »neuen Kriegen« (Kaldor 1999; Münkler 2002) – wohl wissend, dass die gemeinten Konflikte große Ähnlichkeit mit viel älteren haben. Andere reden von »Low Intensity Conflicts« (van Creveld 2001) – als ob die eingesetzten Guerillataktiken des Überfalls und hinterhältigen Angriffs nicht Teil eines erbitterten, mit Furor und Ausdauer geführten Gefechts wären, in dem Warlords und Milizen bis zum Äußersten gehen, um »Freunde« gegen angebliche »Feinde« zu verteidigen. Wieder andere verbuchen die Kämpfe als »wilde Kriege« (Sofsky 2002) und nehmen in Kauf, dass die Betonung der schieren Brutalität und Maßlosigkeit verübter Plünderungen, Vergewaltigungen und Massaker die verworrenen Konfliktlagen allenfalls oberflächlich erfasst.

In der streunenden Suchbewegung der heterogenen Kennzeichnungen macht sich eine begriffliche Verlegenheit bemerkbar, die – dem Urteil Christopher Daases zufolge – auf das Konto allzu lange versäumter theoretischer Überprüfungen zu schreiben ist. Daases Studie *Kleine Kriege – große Wirkung* zählt in Deutschland zu den ersten, die den strukturellen Verschiebungen im globalen Kriegsgeschehen eine systematische Analyse widmeten, und sie hebt sich von den übrigen vor allem dadurch ab, dass sie weniger auf das »Neue« der Konfliktszenarien hinaus will als auf eine Korrektur der bisher unterstellten Normalitätsannahmen (Daase 1999).

In der Tat sind Kriegsherren, Söldner und Marodeure, die sich weder um die Haager Landkriegsordnung noch die Genfer Konventionen scheren, inzwischen weltweit mit solcher Regelmäßigkeit anzutreffen, dass es müßig erscheint, die Regelwidrigkeit ihres Agierens als pathologische Fehlform der Kriegführung zu behandeln und unbeirrt am Vorbild symmetrischer Staatenkriege festzuhalten, das schon im Kalten Krieg – im Patt des atomaren Wettrüstens, mit dem sich die Supermächte wechselseitig zur Friedensliebe zwangen – dem Irrealis virtueller *War Games* anheim gegeben worden war (Horn 2004). Weil reguläre Kriege unter den gegenwärtigen Bedingungen dichtester internationaler Verflechtungen auch sonst eher die Ausnahme sein dürften, lässt sich schwer rechtfertigen, warum sie in der politischen Theorie – wie bisher – den Vorrang eines gültigen Musters behaupten sollten.

Dass »Bürgerkriege« übrig bleiben, wenn »Staatenkriege« selten werden, versteht sich dennoch nicht von selbst. Nach allem, was man über die Konflikte weiß, die in Somalia oder im früheren Jugoslawien, in Ruanda, im Sudan und in Ost-Timor ausbrachen, sind die Allianzen und Gegnerschaften der einander bekriegenden Lager im Lauf der Jahre und unter dem doppelten Druck von wechselnden lokalen Opportunitäten und globalen Außensteuerungen viel zu beweglich gewesen, um sich dem simplen Schema eines Parteienstreits unter Bürgern oder zwischen Bürgern und ihrem Staat zu fügen. Hinzu kommt, dass der Begriff des »Bürgerkriegs« durch seine historische Semantik eine Fülle von Konnotationen auf sich geladen hat, die sich nur schwer auf ein sachlich belastbares Substrat reduzieren lassen, weil in ihnen vor allem die mühsame, über lange Jahrhunderte betriebene Arbeit des Aufrichtens ethischer und politischer Hemmschwellen greifbar ist.

Seit in Europa über Kriege geschrieben und philosophisch nachgedacht wird, sind Bürgerkriege der Inbegriff eines Undings, das Synonym für Eskalationen sozialer Gewalt wider jede Natur und Vernunft. In der Buchführung der Geschichtsschreiber und politischen Theoretiker hat die blutige Beilegung von Machtrivalitäten darum – sieht man ab von dem Intermezzo im 19. und 20. Jahrhundert, als Aufstand, Generalstreik und Umsturz von Revolutionskämpfern als Motoren eines überfälligen historischen Fortschritts begrüßt wurden – immer dieselben zwei gegensätzlichen Gesichter (Münkler 2005). Nur Staatenkriege gelten als angemessene und unentbehrliche Mittel der Durchsetzung politischer Ziele, während Revolten, Ausschreitungen und Gefechte im Innern des Staats als Quelle bloßer Verheerungen diskreditiert sind. Wer auf dem Schlachtfeld fürs Vaterland stirbt, erntet Ruhm und Lorbeer. Wer dagegen die Textur des Sozialen zerreißt und durch Mord und Totschlag unter Mitbürgern umkommt, kann froh sein, wenn er der Schmach und der Schändung entgeht.

Der Rahmen, in dem Bürgerkriege – wenn überhaupt – zur Sprache gebracht werden können, ist in Anbetracht dieser historischen Vorgaben für geraume Zeit äußerst beschränkt. Den Autoren der einschlägigen Berichte aus Antike und Neuzeit liegt vor allem daran, ein Bild des Grauens zu malen von dem, was nicht sein

darf und soll, und mit darauf hinzuwirken, dass geschützte Räume des zivilen Verkehrs entstehen, aus denen das Blutvergießen auf Dauer herausgehalten werden kann. Im langwierigen Prozess der Konsolidierung tragfähiger politischer Ordnungen sind die Darstellungen exzessiver Gewalt unter Bürgern – so paradox das klingt – auf den Effekt der Gewalt*regulierung* berechnet. Als Genre ist dazu die Erzählung eher geeignet als der Traktat, der es auf eine systematische Einordnung und Abwägung des Für und Wider anlegt statt auf nachhaltige Abschreckung und Desavouierung.

Wie Sabina Ferhadbegović und Brigitte Weiffen eingangs des Bandes mit Recht hervorheben, gibt es keine Theorie des Bürgerkriegs, und sie wäre, solange um die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols gerungen wird und Herrscher sich ihres politischen Überlebens so wenig sicher sein können wie die von ihnen geschaffenen Institutionen, auch fehl am Platz gewesen.¹ Nicht diejenigen, die gegen die Machthaber ihre missachteten Partikularinteressen einklagen oder für erlittenes Leid kollektiv Rache üben, sind auf starke Argumente angewiesen – die haben sie bereits –, sondern diejenigen, die sich anmaßen möchten, *allein* und *verbindlich für alle* über Recht und Unrecht zu entscheiden. Im Rückblick mag man mit Unmut registrieren, dass die politische Philosophie – als lange Zeit einzige Instanz des theoretischen Diskurses – sich bis in die Moderne hinein stets auf die Seite der

¹ Thomas Hobbes' Schrift *Behemoth or The Long Parliament*, die 1679 veröffentlicht wurde, 28 Jahre nach dem *Leviathan*, zeigt das besonders eindrücklich auf. Anders als der systematisch argumentierende *Leviathan* ist der *Behemoth* ausdrücklich als historische Darstellung angelegt. Er rekapituliert die Geschichte des englischen Bürgerkriegs und endet bezeichnenderweise mit dem Jahr 1660, dem Datum der Restitution der Monarchie unter Karl II. Die Chronologie der Ereignisse wird in vier Dialogen zwischen »B.« – der den Part des Fragenden übernimmt – und »A.« – der als Zeitzeuge Rückschau hält – entwickelt. Dabei kommen die Kriegereignisse selbst in den Gesprächen vergleichsweise kurz. Im Zentrum stehen weniger die Details der Truppenbewegungen und wechselnden Erfolge beider Kriegsparteien – dem Monarchen und dem Parlament, mit denen ja in diesem besonderen Fall die beiden »Körper« des Königs einander bekämpften – als die Anmaßungen und Vorwürfe der Parlamentarier gegen den Souverän, an deren Haltlosigkeit der erzählende »A.« keinen Zweifel lässt. Die »relation of the actions« ist als Darlegung der »causes, pretensions, iustice, order, artifice, and euent« (Hobbes 2010 [1679]: 107) von vornherein ganz darauf angelegt, Karl I. trotz der erlittenen Kriegsniederlage die Oberhand behalten zu lassen und die spätere Krönung seines Sohnes als Schlusspunkt einer Geschichte zu verbuchen, die das Recht der Monarchie durch den Gang der Dinge ihrerseits affirmiert.

In diesem Sinn ist auch die Formulierung zu lesen, mit der »A.« gleich im ersten Dialog Charakter und Duktus seines Berichts klarstellt: »I am now in a narration, not in a disputation« (ebd.: 126). Über das Recht des Königs wird gar nicht disputiert. Die Illegitimität seiner Widersacher ist sachlich und performativ *unbestreitbar*. Die »narration« konzentriert sich mit ihrer »very short Epitome of the Warre« (ebd.: 106), die der Autor in der Widmungsepistel ankündigt, auch sonst auf das Nötigste. Um die namenlosen Toten des Bürgerkriegs wird so wenig Aufhebens gemacht wie um die ganz prominenten. Das skandalöseste Ereignis der gesamten Jahre, das die Monarchie vorübergehend um ihr Haupt brachte, nämlich die öffentliche Hinrichtung Karls I., wird nur zwischen den Zeilen erwähnt.

Mächtigen geschlagen hat, statt die politische Kreativität, den Eigensinn und den Selbstbehauptungsdrang sozialer Gruppen zu würdigen (Därman 2008: 11–36). Der Sache nach ist die bewiesene Staatstreue der Philosophie, das Übermaß ihres betriebenen Rechtfertigungsaufwands für die Prerogativen von Machthabern aber eher als Indiz für die Fragilität von Herrschaft und Staat zu werten denn als Ausweis serviler Demut gegenüber gefügten Hierarchien. In der parteiischen Behauptung staatlicher Belange und Privilegien – darunter das Monopol der Kriegführung – spiegelt sich die *Unselbstverständlichkeit* ihres allseitigen Respektiertwerdens. Die Theoriegeschichte der Staatsgewalt ist bis in die Neuzeit hinein eine Geschichte der konsequenten Delegitimierung von Ansprüchen anderer Sozialverbände – von Familien, Sippen, Kultgemeinden, Gilden, Genossenschaften usw. –, in deren Kontext es sich verbietet, den Niederlagen und neu sich formierenden Widerständen der Gegner mehr Aufmerksamkeit zu schenken als nötig.

2.

Für die eingehendere Verhandlung von Bürgerkriegen sind folglich zunächst jene Diskurse zuständig, die nicht mit generellen Prinzipien befasst sind, sondern sich an einzelnen Fallgeschichten abarbeiten: allen voran die Historiographie und die Literatur. Im narrativen Umgang mit der heiklen Materie bleiben ihnen unter dem Zugzwang politischer Imperative, wie sich bereits in der Antike abzeichnet, im Wesentlichen zwei Optionen. Die griechische – an die Aleida Assmanns Überlegungen in diesem Band anschließen – besteht im Gehorsam gegenüber dem staatlich verordneten, durch Strafandrohungen bewehrten Erzählverbot. Die römische – von Ulrich Gotter am Beispiel der *Pharsalia* Lukans markiert – besteht dagegen im epischen Ausbreiten abstoßender Details aus dem Bürgerkrieg, in der drastischen Darstellung von elenden Toden und brutalen Lynchmorden, deren Opfer der Nachwelt noch Jahrhunderte später vorgeführt werden, damit stets aufs Neue bezeugt werden kann, wieviel der Friede wert ist, den der Kaiser verbürgt. Während das griechische Erzählverbot sich seinerzeit durchaus pragmatisch bewährte, begleiteten den römischen Erzählexzess Risiken. Die Erinnerung an das Blutbad, dem die kaiserliche Macht entsprang, erhöhte nicht nur das Zutrauen in die *pax Augusta*, sondern weckte im Gegenzug auch das Ressentiment der Entmachteten.

Schon das römische Beispiel offenbart damit dasselbe Dilemma, in dem sich heutzutage bewaffnete Rebellengruppen bewegen. Die Gewalt verschafft ihnen Autorität und Respekt – einerseits. Andererseits ist sie jedoch auch der Grund dafür, dass die Gruppen das Stigma krimineller Usurpatoren schwer loswerden. Den wenigsten gelingt es – so das Fazit des Beitrags von Alex Veit und Klaus Schlichte –, sich auf Dauer zu legitimieren, da sie dazu eben unter Beweis stellen müssen, dass sie die Gewaltherrschaft überwunden haben und auch ohne sie imstande sind, stabile Verhältnisse zu garantieren.

Um die eigene Position nicht von vornherein zu schwächen, achten die Akteure gegenwärtiger Auseinandersetzungen sehr genau auf sprachliche Nuancen. Wer »Bürgerkrieg« sagt, verwendet keinen neutralen und unbelasteten, sondern einen polemischen Begriff, der die eigene Sache im Spiegel der Gegenseite aufwertet oder desavouiert. »Civil war often refuses to speak its name. [...] The very use of the term is part of the conflict itself, conferring or denying legitimacy (or status equality) to the parties in the conflict.« (Kalyvas 2006: 17) Der Jugoslawienkrieg, der von außen als Bürgerkrieg adressiert, von den Wortführern der verschiedenen Lager jedoch als Staatenkrieg aufgefasst wurde (Bayreuther 2005), bietet dafür nur eines von etlichen Beispielen.

Solche scheinbar geringfügigen Äußerlichkeiten der Dispute machen deutlich, dass es sich Konfliktparteien keineswegs leisten können, soziale, ökonomische und diskursive Gebote zu missachten. Sie müssen sich mit ihnen arrangieren, um ihre Aktionsspielräume auszuweiten und Tabubrüche durchzusetzen. Bürgerkriege sind – ihrer Fama zum Trotz – alles Andere als »unreguliert«. Sie gehorchen präzise angebbaren kulturellen Steuerungsgesetzen. Gerade weil ihre Akteure weder Völker- noch Menschenrecht anerkennen, sind sie auf die Kompetenz von Deutungsexperten und »Beziehungsvirtuosen« (Schlee 2006: 65) angewiesen, die sich darauf verstehen, ein Netz von anderweitigen kulturellen Bindungen zu knüpfen – von geistigen »Rückbindungen«, im Wortsinn von *religio*; von historischen Bündnisverpflichtungen oder von *cross-cutting ties* ethnischer Allianzen –, um die verweigerte Unterwerfung unter Normen mit allgemeiner Akzeptanz unter Verweis auf höhere, besondere Verbindlichkeiten zu rechtfertigen. Für ihre Unterstützergemeinden wären die Kriegstreiber – deren Opferdiskurse ja eben an alle möglichen Solidarleistungen appellieren: vom akklamierenden Zuspruch über finanzielle Subventionen und gewährten Unterschlupf bis zur Hingabe des eigenen Lebens – sonst nicht kreditwürdig.

Bürgerkriege werden, mit anderen Worten, *kultiviert*, und nur in diesem präzisen Sinn sind sie als »Kulturkonflikte« zu beschreiben. Ohne das kulturelle Wissen solcher Virtuosen könnten Antagonismen nicht so beherrschend werden, dass sie funktionierende soziale Gefüge sprengen. Ohne die kulturell bereit stehenden Kanäle von Wissensspeichern und populären Medien – die Bücher europäischer Forscher etwa, die an der Mär von der »hamitischen« Abstammung der Tutsi stricken (Stockhammer 2005); den Radiosender, der in Ruanda den Genozid herbei hetzt (Gourevich 1998; Melvern 2004); die Fernsehkanäle in Ex-Jugoslawien (Kaldor 1999: 31–68) oder die Videokassetten und polyglotten Internetbotschaften islamistischer Prediger – könnten Parolen weder verfangen noch breit zirkulieren. Ohne die anhaltende Bewirtschaftung kultureller Ressourcen, materieller wie ideeller, könnten Konflikte vor allem keine Dauerhaftigkeit entwickeln. Sie wären global und lokal nicht anschlussfähig, und es gelänge nirgends, sie zu verstetigen – mit welchen schwankenden Intensitäten auch immer.

»[T]he mechanism of alliance entails an exchange between local and supralocal actors, whereby the latter offer the former military muscle so that they can prevail

in former local conflicts«, schreibt Stathis Kalyvas in seiner Studie über die Logik von Bürgerkriegen; »in return, local actors supply central ones with essential local resources that help them wage the war. Myriads of local conflicts are thus linked to the overarching conflict of the civil war – its ›master cleavage«. Seen from this perspective, civil war is, at its core, a process of integration and state building.« (Kalyvas 2006: 14)

Das heißt nicht, dass die Plünderungen, Verwüstungen und Drangsalierungen der Zivilbevölkerung in Abrede gestellt würden, mit denen die Kampfgruppen die Infrastruktur in den Kriegsregionen so gründlich zerstören, dass diese sich davon auf absehbare Zeit schwer erholen (Münkler 2002: 134–136). Eine Gegenüberstellung von ›alten‹ und ›neuen‹ Kriegen, die den früheren Dualismus von Bürgerkriegen und Staatenkriegen zwar terminologisch hinter sich lässt, aber am dichotomischen Bewertungsraster von akzeptablen – da staatsbildenden – und inakzeptablen – da staatszerstörenden – Konflikten festhält, bleibt jedoch einseitig. So wenig man bestreiten möchte, dass »civil wars« als »war[s] *against* the civilian population and *against* civil society« (Kaldor 1999: 44) geführt werden, so sehr muss gleichzeitig in Rechnung gestellt werden, dass die Gewalt dieser Angriffe einer intelligiblen »Logik« gehorcht – im Sinne von Stathis Kalyvas –, dass sie aus der konsequenten Pflege bestimmter Semantiken erwächst – wie Albrecht Koschorke in seinem Beitrag betont – und dass sie kulturellen Grammatiken folgt, die nicht minder strukturbildende Kraft entwickeln wie ihre zivilen Äquivalente.

Bürgerkriege sind Konflikte mit desintegrativer *und* integrativer Wirkung. Ihr Zerstörungswerk wird mit beträchtlichem kulturellen *Know How* vollführt – unter teils freiwilliger, teils unfreiwilliger Mithilfe ziviler Akteure –, und es ist auf die grausamste Art kulturell produktiv, die man sich denken kann. Durch Bürgerkriege werden Tatsachen geschaffen, die deshalb so resistent gegen Umkehrungen sind, weil der Spielraum, der Verhandlungen und Kompromisse überhaupt zuließe, durch die Praxis der Kriegführung planvoll vernichtet wird. Bürgerkriege sind Kriege, deren Kommandeure sich zivile Medien, kulturelle Kapitalien und technische Infrastrukturen gezielt zunutze machen, um *andere als kriegerische Konfliktlösungen kategorisch auszuschließen*. Staatenkriege klassischen Typs erscheinen demgegenüber als Formen der Auseinandersetzung, die nicht nur klar zwischen Krieg und Frieden trennen, sondern auch von vornherein die *Vorläufigkeit* der kriegerischen Lösung mit einkalkulieren. Am Ende müssen Worte gefunden werden, die einvernehmlich regeln, zu welchen Konditionen Differenzen künftig wieder als Meinungsverschiedenheiten behandelt und auf dem Weg alternativer (politischer oder juristischer) Schlichtungen beigelegt werden können.

3.

Die Geschichte dieser zivilen Schlichtungen – auch das belegen die Beiträge des Bandes – ist dabei weniger unschuldig, als sie nach außen hin wirkt. Dasselbe Recht, das in Europa der Hegung des Kriegs den Weg ebnet, schafft anderswo rechtsfreie Räume, und dieselben Missionen, die mit dem Vorsatz begonnen werden, Frieden zu stiften oder Flüchtlingen Obdach, Nahrung und Asyl zu geben, tragen dazu bei, dass die Hindernisse auf dem Weg zum Ziel sich vermehren. Welchen Verlauf Bürgerkriege nehmen und welcher Schutz ihren Opfern bleibt, bestimmen die Kämpfer insofern nicht alleine. Die Entscheidung wird mittlerweile nicht minder vom humanitären Ethos suprastaatlicher Verwaltungsgremien und internationaler Hilfsorganisationen getragen, denen das Einrichten ziviler Zonen Auftrag und Selbstverpflichtung ist, wie von der Staatsraison westlicher Regierungen, die zwar die Nöte anderer im Blick haben, aber die politischen Nachteile ihres Engagements nüchtern dagegen rechnen. Kalküle wie diese sind historisch keineswegs neu. Sie standen schon im 17. Jahrhundert im Vordergrund. Durch die Vereinbarung der ersten völkerrechtlichen Regelungen schützten die europäischen Mächte vor allem ihr Eigeninteresse. Die Folge war nicht nur eine Neuvermessung der Welt, sondern auch eine strategische Ausdifferenzierung von Kriegsschauplätzen.

Als »warre, as is of every man, against every man« (Hobbes 1950 [1651]: 103) hat Thomas Hobbes 1651 in seinem *Leviathan* den Bürgerkrieg charakterisiert. In der politischen Einbildungskraft Europas hat dieser Krieg sich nicht zuletzt dank des berühmten Titelbilds, das den Souverän als künstlichen Menschen von kolossaler Größe zeigt, mit Vorstellungen eines anarchischen Naturzustands verknüpft, in dem das Leben roh, armselig und kurz ist, weil Menschen einander nicht menschlich behandeln, wenn kein Staat über sie wacht, sondern gleich »Wölfen« – an welche Hobbes dabei auch immer gedacht hat – übereinander herfallen.

Philip Manows Beitrag lehrt dagegen, dass man nur das historische Anschauungsmaterial zu studieren braucht, anhand dessen sich Hobbes ein genaueres Bild vom Naturzustand machte. Anstelle der mythischen Vergangenheit, die den Anschein erweckt, es handle sich um eine bare Fiktion, wird hier eine moderne Realität greifbar, die zu Lebzeiten Hobbes' die ›Wildnis‹ Amerikas beherrschte. Nicht der Bürgerkrieg, so lautet Manows These, sondern der Staatenkrieg, den sich die aufstrebenden europäischen Mächte jenseits des Atlantiks lieferten – und zwar *gegeneinander*, in wechselnden Koalitionen mit den einheimischen Indianern –, liegt dem Naturzustand als ursprüngliches Modell zugrunde. Als kruder Eroberungskrieg ist er dabei durch englische und holländische Juristen legitimiert, deren Rechtsformeln die überseeischen Gebiete zum Niemandsland erklären und denjenigen als Besitzer ausweisen, der sie erfolgreich besetzt. Während Europas Staaten sich zur selben Zeit auf heimischem Terrain als souveräne Akteure anerkennen und in einer Machtbalance einrichten, deren Aufrechterhaltung es rechtfertigt, die Politik nötigenfalls mit

anderen Mitteln fortzusetzen – im gehegten Krieg zwischen hochdisziplinierten Heeren, der förmlich erklärt und beendet werden muss (Bröckling 1997; Kaldor 1999: 13–30; Münkler 2002: 91–124) –, führen sie an der Peripherie ihrer expandierenden Kolonialreiche einen entfesselten, asymmetrischen »warre of every man against every man«, in dem die natürlichen Menschen der Neuen Welt neben den »künstlichen« Menschen der alten – nämlich den Leviathanen der Staaten, die ihre Konquistadoren und Händler logistisch begünstigen – auf verlorenem Posten stehen. Den Segen des *state-building*, den Hobbes' politische Theorie ihnen verheißt, erleben sie, wenn überhaupt, nur als aufgezwungene Unterwerfung.

Ähnliches ist aus der Zeit des Imperialismus bekannt, in dem Eroberungskriege dieser Art zwar nicht mehr auf dem nordamerikanischen Kontinent, aber überall sonst außerhalb Europas gang und gäbe waren und Kolonialherren mit derselben Kompromisslosigkeit zu Werke gingen, um ihre erworbenen Besitzstände zu wahren. Wie Herfried Münkler in seiner Studie über *Imperien* konstatiert, konnten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein

»die Kriege in Afrika, im Kaukasus, in der Karibik oder auf den Philippinen mit einer Brutalität gegen die Zivilbevölkerung geführt werden, die in Europa einen Aufschrei der Empörung ausgelöst hätte. Anders formuliert: In Europa tendierten alle Kriege zur Symmetrie; außerhalb Europas waren Formen asymmetrischer Kriegführung möglich, in denen die technologische wie organisatorische Überlegenheit der imperialen Mächte vollauf zur Geltung gebracht werden konnte« (Münkler 2005: 171 f.).

Zur Verfestigung des Unterschieds zwischen Europa und seinem Außen, der *erst* »durch die Expansion Europas« zu einer »konstitutiven Frage der Herausbildung eigener und fremder Identitäten« (Osterhammel 2003: 217) wurde, hat das Völkerrecht mit der Schützenhilfe der Waffentechnologie das Seine beigetragen, indem es den rechtlichen Schutz, den es innerhalb Europas garantierte, den Gebieten an der Peripherie seiner Kolonialreiche versagte und sie dadurch umso unerbittlicher dem Regime ökonomischer Gewinn- und Verwertungsinteressen aussetzte. Was in der Begriffssprache politischer Denker wie Hobbes als »Naturzustand« deklariert wurde, entsprang damit *de facto* einer Übereinkunft der Europäer, die Randgebiete des eigenen Herrschaftsbezirks – im Sinne Giorgio Agambens (Agamben 2002) – als Zonen der Ausnahme zu behandeln, in denen man Vergehen, die sonst nach strengster Ahndung verlangt hätten, straflos auf sich beruhen ließ. Die asymmetrische Kriegführung, als Kampfpraxis ohne zivile Formalitäten und Hemmungen, war unter diesen Voraussetzungen zunächst eine exklusive Domäne derjenigen, die die Zustellung der christlichen Heilsbotschaft und den Zivilisationsexport im Weltmaßstab mit aller Aggressivität organisierten.

Es ist nicht schwer, in den Bürgerkriegsregionen des 20. und 21. Jahrhunderts die Zerfallsgebiete der einstigen großen Reiche auszumachen – darunter auch jener, die ihr Imperium einst auf konventionelleren Wegen, durch Schlachtensiege und

geschickt gewählte Heiratsverbindungen, ausgebaut hatten (Münkler 2002: 16). Die Strategie der asymmetrischen Kriegführung wurde in Form des Guerillakriegs, der einem frontalen Kampf mit dem überlegenen Gegner ausweicht und vielmehr dessen schleichende Zermürbung und Demoralisierung betreibt (Daase 1999; Münkler 2005), vor allem seit dem Algerienkrieg für viele ehemaligen Kolonien zu einer wichtigen Waffe auf ihrem Weg in die politische Unabhängigkeit, auf dem ihnen außerdem die beiden neuen Supermächte Geleitschutz und Patronage zusicherten – je nach bezeugter ideologischer Sympathie. Angesichts dieser massiven Protektionen hat die internationale Öffentlichkeit das Gros der Bürgerkriege, die aus der Dekolonisierung hervorgingen, bis zum Kollaps des Ostblocks schlicht als »Stellvertreterkriege« wahrgenommen, in denen der Kalte Krieg unter falschem Namen und mit subalternen Ersatzsoldaten zum heißen entbrannte.

Diese Auffassung haben ethnologische und politikwissenschaftliche Forschungen inzwischen widerlegt. So wenig der Vietnamkrieg aus der Perspektive weiter Teile der einheimischen Bevölkerung primär ein Ost-West-Konflikt war, so wenig ging es im mosambikanischen Bürgerkrieg der 1980er Jahre, den Alex Veit und Klaus Schlichte in ihrem Beitrag als Beispiel unter vielen anführen, um einen Richtungskampf zwischen Sozialismus und Demokratie, sondern um ungelöste lokale Verwerfungen. Die großen Erzählungen der hegemonialen Konfrontationen sind erwiesenermaßen *nachträgliche* Erklärungen von Konflikten, denen anfangs ganz andere Auslöser zugrunde lagen: unübersichtlichere, die aus sich heraus womöglich gar nicht das Potential zu dramatischen Eskalationen gehabt hätten, weil sie zunächst nur wenige betrafen.

Eher als nach dem »Falschen« der Etikettierung und dem »Tatsächlichen« ursprünglicher Motive muss dabei allerdings nach der Dynamik der Resonanzverstärkung gefragt werden, die im jeweiligen Kontext dafür sorgt, dass latente Spannungen sich in offener Gewalt entladen und »Identitäten« existentieller werden als vertraute Umgangsroutinen mit langjährigen Nachbarn. Wie mehrere Aufsätze des Bandes nahe legen, liefern nicht einzelne, *per se* neuralgische Streitpunkte den Zündstoff für notorische Konfliktherde. Angemessener erschließen sich Kriegsverläufe über *Prozesse der Wechselwirkung*, in denen Erregungen sich soweit akkumulieren, dass sie schließlich hegemonial werden, weltumspannende Gemeinden erfassen und diese um eine und *nur eine* verbleibende Front herum polarisieren.

An der Mobilmachung dieser Erregungsenergien sind Narrative dadurch zentral beteiligt, dass sie durch das Ausbeuten kulturell verfügbarer Unterscheidungsoptionen kollektive Affektressourcen anzapfen und Solidarisierungsbewegungen lenken. Ob die Erzählungen Erfolg haben, hängt dabei offenbar weniger davon ab, wie sehr sie von den Koalitionären *gemeinsam* als *paradigmatische* Darstellung einer grundlegenden, *sie alle einenden* Überzeugung begriffen werden, sondern wie sehr sie *syntagmatische* Verknüpfungen zwischen *verstreuten*, an sich unzusammenhängenden Konkurrenzen, Ressentiments und Gegnerschaften herzustellen vermögen, so dass diese aufeinander Bezug nehmen, statt einander aktiv werden und sich

ineinander transformieren können. Pointiert gesagt, besteht die Leistung von Narrativen in Bürgerkriegen nur *dem Inhalt nach* im Feststellen von Identitäten. *Der Funktionsweise nach* gewährleisten sie durch das Eröffnen von Identifikationsmöglichkeiten, dass lokale und globale Konflikte *nichts miteinander zu tun haben müssen*, solange jeder, der sich einschaltet, mit der Unterstützung anderer seine eigenen Gegner bekämpfen und umgekehrt dazu bewogen werden kann, den Kampf seines Verbündeten gegen dessen jeweilige Kontrahenten mitzuführen – und sei es nur durch den Verzicht auf Protest gegen eine zu weit gehende Radikalität.

Das Verhältnis von Zentrum und Peripherie, das bereits die Forschung über Imperien – als klassischen Musterbeispielen hegemonialer Ordnungen – intensiv beleuchtet hat (Osterhammel 2004, 2006; Münkler 2005), wird dadurch um Einiges komplizierter. Lassen Imperien sich darüber definieren, dass ein »staatlich organisiertes Zentrum systematisch in den politischen Prozess schwächerer Peripherien eingreift« (Osterhammel 2006: 60), so sind die in den Bürgerkriegsregionen sich herausbildenden Hegemonialordnungen – genau umgekehrt – dadurch gekennzeichnet, dass Zentrum und Peripherie auf verquere Weise miteinander interagieren. Diejenigen Narrative, die am Ende die Auseinandersetzungen beherrschen, kommen *gerade nicht* aus der Mitte der Bürgerkriegsgesellschaften, sondern von ihren Rändern. Und diese *Ränder* wiederum müssen sich nicht zwangsläufig in den entlegenen Regionen befinden, sondern sind häufig genug *in urbanen Zentren* angesiedelt, die für den Rest der Länder wenig repräsentativ sind, aber die Außenwahrnehmung dadurch dominieren, dass sie den Zugang zu überregionalen Finanz-, Diskurs- und Mediennetzwerken unterhalten.

4.

Die Verzerrungen, die sich daraus im Blick auf Kriegsszenarien ergeben, bilden den Ausgangspunkt für Stathis Kalyvas' bereits erwähnte wichtige Studie über die Logik der Gewalt in Bürgerkriegen. Aus Voreingenommenheit durch bequem erhältliche Informationen – so Kalyvas' Diagnose – habe sich nicht nur die Weltöffentlichkeit über die Funktionsmechanismen der jeweiligen Konflikte täuschen lassen, sondern auch die Wissenschaft. Mangels anderer Quellen genießen schriftliche Proklamationen hier größten Kredit; Orte mit hohem Entwicklungsstandard, deren Infrastruktur durch den Bürgerkrieg einigermaßen intakt geblieben ist, kommen der Feldforschung weit besser entgegen als abgeschiedene und völlig verelendete Krisengebiete in der Hand kaltblütiger Warlords; die fehlende Kenntnis lokaler Sprachen tut ein Übriges, um empirische Erhebungen zu behindern.

»Not coincidentally, one of the most intensely studied conflicts is Northern Ireland: an English-speaking country with good hotels, very pleasant scenery, temperate climate, tasty local cuisine, and most important, not a high level of danger, thus provi-

ding the excitement of being in a ›war zone‹ with a probability of being the victim of a battle that is far lower than of being killed in a traffic accident in most places« (Kalyvas 2006: 42).

Auf der Basis eingehender Studien zum griechischen Bürgerkrieg zwischen 1946 und 1949, die ihr wesentliches Material aus dörflichen Regionen beziehen und das vielfach beobachtete Phänomen zum Ausgangspunkt nehmen, dass benachbarte, sozial und kulturell völlig gleichartige Orte während des Kriegs verschiedene Schicksale erleiden, kann Kalyvas sowohl die Annahme einer zwangsläufig linearen Gewalteskalation im Konfliktverlauf widerlegen als auch das Vorurteil eines notwendigen ideologischen Konsenses zwischen den Gewaltakteuren und der ihnen ergebenden Bevölkerung. Stattdessen kommt er zu einem ähnlichen Ergebnis wie der Afrika-Ethnologe Günter Schlee angesichts anderer Fälle aus Äthiopien, dem Sudan, Nordkenia und Somalia (Schlee 2006). Bürgerkriege zeugen in ihrer Brutalität nicht so sehr von einer *Politisierung des privaten Lebens*, sondern eher von einer *Privatisierung der Politik*. Sie werden nicht deshalb blutig, weil Leute *von sich aus* gewaltsam wären, sondern weil sie es mehrheitlich *nicht sind*, aber unter massivem Druck um so bereitwilliger die Chance zur Schädigung privater Widersacher ergreifen, wenn Skrupelloosere kommen, die ihnen das Lösen eines lange schwelenden Zwistes, das Sichern eines nützlichen Privilegs oder gar die Beseitigung unliebsamer Rivalen abnehmen, ohne für diesen Dienst mehr als billige Gegenleistungen zu fordern: die Preisgabe intimer Details über das Treiben des Nachbarn etwa oder – banaler – die passive Duldung der neuen Herren.

»Insofar as it reflects local conflicts and personal disputes, the intimate nature of violence in civil war can be seen as the dark face of social capital«, schreibt Kalyvas.

»From a more general perspective, this account suggests that civil wars are bloody not so much because people are inherently violent, but because they are not: most are repelled by the prospect of acting violently, and so they will not, unless someone else handles the gory details while shielding them. Hence civil war is so violent partly because it provides opportunities for indirect violence.« (Kalyvas 2006, 14)²

² Eine ähnliche Dynamik konstatiert Mark Juergensmeyer in seiner Studie *Terror in the Mind of God* bei radikalen islamistischen Gruppen, die Terroranschläge und Selbstmordattentate verüben: »Yet violence alone does not allow marginal religious groups to enjoy positions of prominence, at least not for very long. The groups that have made a long-term impact, such as Hamas, the Khalistan movement, Christian Identity, and the Jewish right wing, have used violence not only to draw attention to themselves but also to articulate the concerns of those within their wider cultures. Within these circles they have not been marginal at all. Radical though they may be, they have represented widely held feelings of alienation and oppression, and for this reason their strident language and violent acts have been considered by their cohorts as perhaps intemperate but understandable. This point was brought home to me in Gaza when a young man who worked as a waiter at a seaside café and attended business school told me that although he was not a member

Sicherheitsgarantien, von denen Begünstigte mehr Vorteile als Nachteile davon tragen, so dass ihnen Loyalitätserweise leicht fallen, sind in Bürgerkriegssituationen für bewaffnete Gruppen ein nicht minder wichtiges Instrument zur Festigung ihrer lokalen Kontrollhoheit wie – in ganz anderem Maßstab – für Machthaber großer Imperien, die damit den Kreis ihrer Rivalen klein halten (Münkler 2005: 184).

Gleichwohl ist die Position der Kampfgruppen viel fragiler. Um sich Autorität zu verschaffen, steht ihnen allein die brutale Gewalt zu Gebote. Ein Mindestmaß an Duldung durch die Bevölkerung setzt bereits voraus, dass die Gewaltakteure ihren Status weit genug konsolidiert haben, um einerseits Zwang ausüben und andererseits Konzessionen an diejenigen machen zu können, die willens sind, sich als »Untermieter der Macht« (Popitz 1992: 227) in die neuen Verhältnisse zu fügen, wenn dadurch Aussicht besteht, möglichst rasch wieder zum *business as usual* übergehen zu können. Alex Veit und Klaus Schlichte haben das in ihrem Beitrag genauestens beschrieben und dabei zugleich unterstrichen, dass Konflikt narrative – anders als Kalyvas dies nahe legt – in solchen Konstellationen zwei um so essentiellere Aufgaben erfüllen.

Erzählungen knüpfen – erstens – das entscheidende soziale Band innerhalb der Kampfgruppen selbst, indem sie diese auf eine geteilte Passionsgeschichte der Repression und Marginalisierung einchwören und so als Leidensgenossenschaft begründen, die den Todesmut jedes einzelnen braucht, um überleben zu können, vor allem aber: die alles tut, um die Hoffnung nicht sterben zu lassen, dass die Zukunft – wie fern auch immer – für sämtliche erbrachten Opfer Entschädigungen bieten wird.

Erzählungen sind – zweitens – das einzige Mittel, um diejenigen als Unterstützer zu mobilisieren, die *nur* auf dem Weg der Fernkommunikation erreichbar sind. Während die lokale Bevölkerung mit schierer Gewalt zur Kapitulation vor den Stärkeren gezwungen werden kann, braucht die internationale Öffentlichkeit – auch weil sie sehr heterogene Wunschatressaten umfasst: verstreut lebende Exilanten etwa, aber genauso die Chefs mächtiger Einzelstaaten, engagierte NGOs, die Vereinten Nationen – gute Gründe, um sich zur Anteilnahme und zum aktiven Eingreifen bewegen zu lassen.

Hier vor allem müssen Kriege, deren Kommandeure um die Labilität ihrer regionalen Macht wissen, *erklärt* werden – was angesichts der unklaren Situation in den umkämpften Gebieten im doppelten Sinn heißt: den Kampf *als* Krieg gegen dieses oder jenes *deklarieren*; und den Krieg auf dem Weg der Erklärung zugleich

of Hamas, he was glad it existed. He supported the movement, he told me, because he thought that it kept Yasir Arafat ›more Islamic and more aggressive towards Israel.‹ Even Aum Shinrikyo had a kind of tacit support within Japan. Though few Japanese outside the movement would publicly support it, the members of Aum were not unlike those of Japan's many other new religious movements. They shared the same dedication to a cause, the same disaffection toward society, and the same sense of alienation that many young Japanese felt toward the bureaucracy and competition of modern urban life.« (Jurgensmeyer 2000: 221)

so zu *deuten*, dass die Narrative die globalen Plausibilitätskonjunkturen bedienen. Nicht umsonst sind Universitäten für die Zirkulation politischer Ideen wichtige Umschlagplätze, weil an dieser Börse kulturellen Wissens die aktuellen Kurswerte von Diskursen notiert werden und sich hier zugleich am schnellsten herumsprechen.

In seinen Überlegungen zur Konfliktsemantik analysiert Albrecht Koschorke die Rückkoppelungseffekte zwischen den international begünstigten Konflikt Narrativen und den Selbst-Erzählungen der lokalen Konfliktakteure sehr eingehend, und er macht auf die Fliehkräfte aufmerksam, die diese narrativen Explizierungen entfalten, indem sie marginalen bewaffneten Gruppen die Macht verleihen, ganze Weltbewegungen in Gang zu setzen. Es sind diese Transmissionen, durch die sich die Konflikte zugleich von ihren schwächeren Anfangstriebkräften emanzipieren und über die sie unversehens in globale Auseinandersetzungen hinein gezogen werden, deren Frontlinien am Ende auf lokaler Ebene alle autochthonen sozialen Beziehungen durchschneiden.

Anders als förmliche Kriegserklärungen von Staatenkriegen, die mit einem einzigen Sprechakt verfügen, dass nun Kampfhandlungen den Konflikt austragen, die auf Siege und Niederlagen hinaus laufen, erfolgen Erklärungen von Bürgerkriegen stets im Nachhinein, und sie sind *per definitionem* informell. Sie füllen die Lücke, die das Fehlen fixer Reglements reißt, aus dem Vorrat des politischen Imaginären auf, um das, was als anfänglicher Kriegsgrund gelten soll, *ex post* für die Adressaten zu legitimieren. Solange der Krieg immer neu erklärt wird, kommt ein Ende nicht in Sicht. Kriegserklärungen dieser Art finden ihren Weg zum Gegner meist nur indirekt: über mediale Vermittlungskanäle, in denen sich die Lager sowohl untereinander als auch mit der Restwelt verständigen. Mit Blick auf die fundamentalistischen religiösen Gruppierungen, die in der globalen Diaspora überhaupt nur dank der Vernetzungstechnologien derselben säkularen Moderne zusammen finden, zu der sie als Extremisten des antimodernen Ressentiments so vehement auf Distanz gehen, hat Mark Juergensmeyer von »e-mail ethnicities« (Juergensmeyer 2000: 194) gesprochen.³

Dem bleibt anzufügen, dass die Form der strategischen Mediennutzung auch von den Reizschwellen der adressierten internationalen Öffentlichkeit diktiert wird. Da Aufmerksamkeit eine notorisch knappe Ressource ist, legen es radikale Gruppen schon seit geraumer Zeit darauf an, mit spektakulären Anschlägen Eindruck zu machen, deren Bilder über Fernsehen und Internet zirkulieren und das politische Weltklima mit einer Nervosität anstecken, in der zustimmende und ablehnende Haltungen von einem Moment auf den anderen schwankend werden. Wie zivile Verkehrsflugzeuge zu Lenkraketen umfunktioniert werden können, so

³ Im Anschluss an solche Beobachtungen hat der Soziologe Rogers Brubaker dafür plädiert, »Ethnizität« und »Gruppe« konsequenter auseinanderzuhalten und »Ethnizität« stattdessen als Kategorie zu begreifen, die benutzt wird, um soziale Gruppen zu konstituieren (Brubaker 2006: 12).

lassen sich auch Nachrichtenbilder als Granaten verwenden, die dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie ins Ökosystem des Sozialen einschlagen und das offene, strukturell unterbestimmte Milieu vernichten, in dem Vertrauen, Toleranz oder auch nur Indifferenz gedeihen (Sloterdijk 2002). Der Stellenwert, der Bildern in solchen Konfliktsszenarien zukommt – gerade als *stummen* Zeugen der Anklage, als *Nicht-Texten*, deren exponierte Ruinen die Kommentatoren drängen, sie mit Sinn zu füllen und als Allegorien mit historischer, zivilisationsmythischer oder schlicht appellativer Bedeutung zum Sprechen zu bringen⁴ – kann darum kaum überschätzt werden.

»Auf jeden Fall aber stellt die Nutzung der Bilder vom Krieg als ein Mittel zu seiner Führung, die Verwandlung der Kriegsberichterstattung in den Berichterstattungskrieg, einen gewaltigen Schritt bei der weiteren Asymmetrisierung des Krieges dar. Und weil Bilder längst dazu eingesetzt werden, die Unterstützungs- und Folgebereitschaft einer Bevölkerung gegenüber den politischen Entscheidungen ihrer Regierung zu schwächen, ist die Kontrolle und Zensur der Bilder inzwischen auch zu einem Instrument bei der Abwehr und Verteidigung gegen solche Angriffe geworden.« (Münkler 2002: 52 f.)

Wie Bernd Stiegler in seinem Beitrag zeigt, gilt das noch nicht für die Photographien Alexander Gardners aus dem Amerikanischen Bürgerkrieg, die zu den frühesten systematischen Bilddokumentationen eines Krieges gehören, aber mangels technischer Reproduktionsmöglichkeiten der damaligen Presse erst Jahrzehnte später, zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns in den USA, patriotisch angeeignet wurden – also ziemlich exakt an der Schwelle, an der das kommunikative Gedächtnis von überlebenden Zeitzeugen und deren Verwandten nachlässt und Schriften, Museen, Denkmäler und Jubiläumskataloge als Erinnerung aktiv rekonstruieren müssen, was niemand mehr als Teil der eigenen Biographie erzählen kann (Assmann 1992: 50 f.). Die Photographien aus dem Spanischen Bürgerkrieg dagegen partizipieren in den 1930er Jahren bereits an der Zirkulation von Bildern auf dem globalen Zeitungsmarkt, dem die scheinbare Authentizität von Aufnahmen wie Robert Capas berühmtem *Falling Soldier* zupass kommt. Die Bilder liefern Journalisten die entscheidende Munition, um ihre Neutralität preiszugeben und sich mit dezidierten Parteinahmen in den Kampf zwischen Faschismus und Kommunismus einzuschalten, der die Lager auch außerhalb Spaniens entzweit. Durch die Weltpresse werden aus Photos Legenden.

⁴ Was Manfred Schneider am Beispiel der einstürzenden Twin Towers in New York erläutert hat, lässt sich insofern für verschiedene Typen von Bildern der Zerstörung verallgemeinern. »Was das intakte hochragende Bauwerk in sich verschließt, kommt aus dem zerstörten Monument in Fülle. Die Ruine spricht mit lauter vernehmlicher Stimme, was ihr zuvor lediglich zu sein und zu zeigen aufgegeben war. [...] Ruinen sind reiche, gedankenreiche Sprachen.« (Schneider 2006: 121)

Ohne solche Legenden – das folgt aus Bernd Stieglers Beitrag auch – sind Bilder *unlesbar*. Die Erläuterungen, die sie herausfordern, kommen von außen hinzu. Sie beschreiben die Bilder in dem Sinn, dass sie den Betrachtern vorschreiben, was auf den Bildern und vermittelt durch sie erkannt werden soll. Bildkommentare kolportieren auf diese Weise eigene Meta-Erzählungen, die gängige Narrative bestätigen – oder diese eben mithilfe der Bildevidenz, die sie als unwiderlegliches Zeugnis anführen, erschüttern.

Das erklärt, warum Bildberichte in der internationalen Politik inzwischen zur hochsensiblen Materie geworden sind. Je schockierender die Kriegszustände sind, die Photographien und Fernsehbilder aufdecken, desto weniger erscheint es den Regierungen gefestigter Staaten opportun, sie der Weltöffentlichkeit überhaupt vorzuführen. Von der Politik des Nicht-Wissens, die meistens weniger der Vorsicht entspringt, sensible Bürgernerven zu schonen, sondern eher das halbherzige humanitäre Engagement vieler Staatschefs bemäntelt, handelt Wolfgang Seibels Beitrag, und er belegt anhand zahlreicher Fälle, dass Bürgerkriege damit von sehr disparaten internationalen Verbündeten leben. Neben offenen Sympathisanten aus dem radikalen Lager spielen ihnen auch kühl kalkulierende Staatsmänner und Staatsfrauen in die Hände, deren Länder sich als UN-Mitglieder zwar *de iure* verpflichtet haben, Bürger nötigenfalls vor der Gewalttätigkeit ihrer eigenen Regierungen zu schützen, *de facto* allerdings eher Zurückhaltung üben und aus den verschiedensten eigennützigen Gründen – weil sie militärisch gerne weiter über ihre Verhältnisse leben möchten und dazu die UN-Gelder brauchen, die ihnen die Kriseneinsätze ihrer Soldaten bescheren; weil ihnen kriminelle Machthaber als strategische Partner im Zweifelsfall lieber sind als gar keine; weil sie den Widerstand ihrer Wähler gegen riskante Truppendeinsätze fürchten – kaum Initiative entwickeln, den Erfolg von UN-Maßnahmen voranzutreiben.

Der Kreis der »Untermieter der Macht«, die Usurpatoren gewähren lassen, weil Anderes sie nur Vorteile kosten würde, reicht nach Seibels Befund weit über die lokale Zivilbevölkerung hinaus. Er schließt auf globaler Ebene die große Mehrzahl von Regierungen ein, die ihr Tun – bzw. in diesem Fall: ihr Lassen – mit nüchterner Staatsraison abwägen. Der einfachste Weg, sich lästige Erklärungsnot zu ersparen und öffentlichen Debatten auszuweichen, ist die strenge Überwachung der zirkulierenden Bilder. Wo Friedensmissionen von solchen Eigeninteressen zumeist schon im Ansatz aufgehalten werden, bleibt dem Narrativ der *responsibility to protect*, an das die Vereinten Nationen ihre institutionelle Glaubwürdigkeit knüpfen, kaum eine andere Authentifizierung als die fragile Bestätigung durch Medienberichte, die so tun, als liefe alles nach Wunsch, und durch die Delegitimierung anderer Bilder, die unter Verschluss gehalten werden, damit diese Illusion nicht auffliegt.

5.

Wenn Stathis Kalyvas in seiner Studie zu dem Schluss kommt, dass die Realität der Bürgerkriegsgewalt nichts mit ihrer öffentlichen Darstellung zu tun hat – »the game of record is not the game on the ground« (Kalyvas 2006: 5) –, so muss dem vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse entgegen gehalten werden, dass in der globalisierten Moderne erst recht gilt, was für Alteuropas Juristen seit jeher Prinzip war: *Quod non est in actis, non est in mundo*. Was nicht in den Akten steht, ist nicht in der Welt.

Erzählungen und Erklärungen, gezeigte und zensierte Bilder sind den Konflikten nicht äußerlich, sondern fechten mit aus, wo unüberwindliche Gräben sich auftun sollen und worauf Selbstverständnisse beruhen, die als angeblich alte neue soziale Verbindlichkeit beanspruchen wollen: für die Außenwelt wie für die direkten Opfer der Kämpfe, die sich um der blutigen Markierung dieser Identitäten und Differenzen willen schlimmsten Peinigungen ausgesetzt sehen.

In den Bürgerkriegen der letzten Jahrzehnte sind ethnische und religiöse Polarisierungen zu vorherrschenden Narrativen geworden. Dass die auslösenden Konfliktursachen damit nicht erfasst sind, hat Sozial- und Politikwissenschaftler häufig pauschal dazu verleitet, Erklärungen dieser Art als politische Romantik abzutun (Münkler 2002: 159) und ihnen als »kulturalistischen« Missverständnissen ökonomischer, sozialer und politischer Prämissen jede Triftigkeit abzusprechen (Elwert 1997). Der dabei vorausgesetzte Kulturbegriff lässt ironischerweise aber selbst nur gelten, was die dominanten Konfliktparteien unter »Kultur« verstehen wollen, und ignoriert schlichtweg alles, was Ethnologen, aber auch andere an nötigen Vorbehalten längst vorgebracht haben. Wem »Kulturalismen« suspekt sind, unterstellt, wie Günther Schlee moniert, »dass mit Kultur als unabhängiger Variable anderes, zum Beispiel Gewalt, erklärt werden soll. In ›kulturalistischen‹ Erklärungen taucht eine überpersönlich gedachte Kultur als Explanans auf, und dies wird von denjenigen, die den Terminus verwenden, kritisch hervorgehoben, denn genau wie ›biologisch‹, ›essentialistisch‹, ›reduktionistisch‹ usw. ist die Wertung, die in diesem Adjektiv mitschwingt, immer negativ.« Solchen Essentialismen redet die kritisierte Forschung aber gar nicht das Wort. »Nichts ist der jüngeren Ethnizitätstheorie [...] fremder.« Auch bei Kulturwissenschaftlern lässt sich über Identitäten – ob religiöser, politischer, ethnischer oder sexueller Art – durchweg Anderes lesen. »Man weiß daher nicht, welche imaginären Ignoranten hier des Kulturalismus bezichtigt werden sollen« (Schlee 2006: 70). Unterstellungen wie diese tragen nur dazu bei, dass die Bürgerkriegsforschung von denselben verqueren Rückkoppelungseffekten infiziert wird wie das von ihr untersuchte Phänomen. Weil Soziologen und Politologen – zumal solche, die quantitativ arbeiten – es oft für unnötig erachten, ihr disziplinäres Misstrauen gegenüber Kulturwissenschaftlern auszuräumen, behaupten sie Frontlinien, die gar keine sein müssten.

Wenn kulturelle Abgründe nie hinreichende Gründe bieten, um Spannungen in Gewalttaten ausarten zu lassen, so sind sie doch unbestreitbar wichtige Einsätze,

um Exklusivansprüche zu erheben und politisch durchzusetzen. Was kulturelle von anderen Legitimationen abhebt, ist der Umstand, dass sie *per definitionem* auf Besonderheiten zielen, die für unverhandelbar erklärt werden. Sie schließen diejenigen, denen sie eine und *nur eine* maßgebliche Identität zuschreiben, durch Ausschlüsse ein – durch Ausschlüsse anderer Individuen wie anderer sozialer Relevanzkriterien –, und sie nehmen dieses identitätsstiftende Etwas aus der Reihe der Posten aus, die für die Betroffenen Gegenstand von Abstrichen, Kompromissen oder auch nur Vernachlässigungen sein dürfen, weil sonst die Ränder der Gruppe ausfransen und Vorrechte sofort fragwürdig werden. Gerade weil der Kulturbegriff nur als Differenzbegriff Sinn macht – präziser gesagt, gestattet er die kommunikative Bearbeitung von kontingenten, aber individuell unverfügbaren Unterschieden (Baecker 2000) –, ist er für asymmetrische Kriege als Waffe so prädestiniert. Während die Kolonialkriege – im Zuge deren der moderne Kulturbegriff überhaupt in die Welt kam – sich auf die Legitimation der zivilisatorischen Überlegenheit stützten, um Unterwerfungen und Ausbeutungen als Preis für segensreiche Transferleistungen zu rechtfertigen, wird in den Bürgerkriegen unserer Tage die Besonderheit von Kulturen – eher umgekehrt – in der Absicht beschworen, die globale Unausweichlichkeit eben dieser Zivilisation als Zumutung dezidiert abzuweisen.

Um politische Wirksamkeit zu entfalten, kann diese Abwehr allerdings, weil sie von sich aus keine Mehrheit hinter sich hat, erst recht nicht auf die technologischen Dispositive der säkularen Moderne verzichten. Ihre Narrative müssen, um in einer bestimmten Region das soziale Feld nach neuen, vormals wenig erheblichen Maßgaben aufzuteilen, an Konjunktoren teilhaben, die ihnen durch weltweite Resonanz überhaupt Nachdruck verleihen. Am besten verfangen jene Erzählungen, die das Zeug haben, von selbst die Runde zu machen und andere Fürsprecher zu finden – was eben impliziert, dass sie indifferent werden gegenüber denjenigen, *von* denen sie berichten. Selbst nach erreichtem Waffenstillstand sind die Geschichten vor Ort dann meistens nur noch durch jene Realität einzuholen, die sie auf Biegen und Brechen erzwingen wollen.

Die Journalistin Carolin Emcke erinnert sich in ihrem vor einigen Jahren erschienenen Buch *Von den Kriegen* – einer Sammlung von sehr persönlichen, an Freunde adressierten Briefen, in denen sie ihre Eindrücke aus gerade besuchten Bürgerkriegsgebieten schildert, darunter auch dem inzwischen befriedeten Kosovo – an eine beobachtete Szene in Priština. Vor dem Regierungsgebäude demonstrierten Frauen aus Velika Kruša (Krushë e Madhe), die während des Kriegs vergewaltigt worden waren und nicht wussten, wo sie die anderen Mitglieder ihrer Familien suchen sollten, für ihre verschwundenen Ehemänner. Beim Abzug nach Kriegsende hatten Serben sie noch als Geiseln genommen; seither war ihr Schicksal völlig unbekannt. An den Frauen eilten Passanten vorbei und vermieden es, sie auch nur eines Blickes zu würdigen. »Die Frauen wirken wie aus einer vergangenen Zeit mit ihren Kopftüchern, ihren grauen und braunen Mänteln – sie passen nicht mehr in diese lebhaft, glitzernde Stadt mit ihren anpassungsfähigen, jungen Leuten«, bemerkt Carolin Emcke.

»Dicht nebeneinander stehen die Frauen auf dem Bürgersteig wie eine verängstigte Schafherde, suchen den Schutz der anderen, umarmen gegenseitig ihre Ängste und Trauer. Niemand beachtet sie, keiner empfängt sie. Aber all jene Politiker, die nicht bereit sind, mit den verzagten Frauen zu sprechen, erwähnen nur allzu gern ihr Schicksal, wenn sie es in ihren Reden über Unabhängigkeit und die Unmöglichkeit einer Aussöhnung mit serbischen Zivilisten instrumentalisieren können. Die Geschichte der Frauen ist von allgemeiner politischer Bedeutung – die Frauen selber dagegen sind es nicht.« (Emcke 2004: 122 f.)

Geschichten sind das, was übrig bleibt, wenn Bürgerkriege soweit zur Ruhe gekommen sind, dass ein ziviles Alltagsleben halbwegs möglich ist. Das unentwegte Neuzählen dieser Geschichten trägt jedoch auch dazu bei, dass der erwirkte Frieden nicht über einen »kalten Frieden« (Moltmann 2002) hinaus gelangt. Der Vorzug des kalten Friedens gegenüber dem heißen Krieg besteht dann vor allem darin, dass das Morden beendet ist und Narrative fortan die *einzig* Waffen sind, mit denen an nach wie vor verhärteten Fronten weiter gekämpft wird. In Nordirland etwa – diesem Beispiel widmet sich der Beitrag von Marcel Baumann – kennen die beiden Lager das symbolische Universum des Feindes so genau, dass sie alle möglichen Register der kulturellen Provokation zu ziehen wissen, um die Gegenseite zur Weißglut zu bringen: vom ostentativen Flaggezeigen bis hin zu Märschen durch das Revier der jeweils Anderen an historischen Gedenktagen. Der wechselseitige Schlagabtausch zwischen den Konfliktparteien geht trotz formaler Abkommen mit unverminderter Aggression weiter und sorgt dafür, dass die Erinnerung an das Leid, das Leute sich zufügten, die einst in nächster Nachbarschaft lebten, auch weiterhin aufwühlend bleibt.

Die politische Philosophin Wendy Brown hat dieses quälende Wiederholen unverarbeiteter Erinnerungen, die darin sich erneuernde Verletzung, an die sich das Kollektivselbst identifikatorisch heftet, als »wounded attachment« (Brown 1993) beschrieben und dabei vor allem auf Nietzsches Abhandlung über »Schuld«, »schlechtes Gewissen« und Verwandtes« aus der *Genealogie der Moral* Bezug genommen, derzufolge nur das im Gedächtnis bleibt, was nicht aufhört, weh zu tun. Browns Begriff der »schmerzhaften Bindung« umschreibt damit in anderer Form, was die psychoanalytische Theorie – im Rückgriff auf das griechische Wort für »Wunde« – als »Trauma« charakterisiert.

Schon in der Theoriegeschichte des Traumabegriffs sind Kriegserfahrung und systematische Bestimmung eng miteinander verbunden. Genauer konturiert wurde er zur Zeit des Ersten Weltkriegs, als massenhaft auftretende neurotische und hysterische Symptome bei heimkehrenden Frontsoldaten neben medizinischen auch versicherungstechnische Probleme aufwarfen und nach therapeutischer Behandlung verlangten. Sigmund Freud zufolge (Freud 1940: 9–34) ist es für das Trauma kennzeichnend, dass die Symptome dieser psychischen Verletzung sich – im Gegensatz zu Wunden, die von physischen Versehrungen herrühren – erst im Nachhinein ausprägen, so dass die eigentliche Ursache des Schmerzes dem Leidenden entzogen

bleibt, während ihm die Folgen umso größere Pein bereiten und in *flashbacks* und Wiederholungsträumen »terroristisch präsent« (Mülder-Bach 2000: 10) halten, was als Auslöser sonst gar nicht verfügbar ist. Traumata sind im Sinne dieser Analyse das Produkt einer zeitversetzt virulent werdenden psychischen Arbeit, die *rückwirkend* die Herkunft eines Schmerzes nachvollziehen muss, welcher in der Erinnerung insistiert und das Vergangene durch Alpträume und Krisen gegenwärtig macht, d.h. durch Vorstellungen, die sich *anstatt* des entzogenen Leids einstellen, an einem anderem Ort und in zwangsläufig entstellter Form. Leidenserfahrung und retrospektive, kulturelle Konstruktion hängen dabei auf das Engste zusammen. Die alte Wunde bedarf der Erneuerung durch die erinnernde Rekonstruktion; gleichzeitig bleibt unentscheidbar, wie Ursache und Effekt sich zueinander verhalten: ob der Schmerz die Erinnerung weckt oder ob die Erinnerung selbst den Schmerz hervorruft, den sie einer alten Wunde zuschreibt, aber damit vor allem das *aktuelle* Akutsein dieses Schmerzes motiviert.

Freud hat seine Analyse zunächst auf individuelle Traumatisierungen bezogen, aber genauso können kollektive Erinnerungen – im Sinne Wendy Browns – an kollektiv erlebtes Leid gefesselt bleiben, und sind leidvolle Ereignisse, die dem sozialen Gedächtnis durch beständige Wiederholungen eingeschärft werden, imstande, auch nach Jahrzehnten und Jahrhunderten einen kollektiven Leidensdruck zu erzeugen, der Solidarierungen freisetzt und sich in unvermittelten Gewaltaktionen gegenüber den Beschuldigten entlädt (Alexander 2004). Was Albrecht Koschorke als strukturelle Leistung von Narrativen erläutert – die Statuierung eines Anfangs, der die Quelle aller Übel benennt und mit dem die erzählte Geschichte zugleich eine Interpretation der erlebten Geschichte liefert –, erschließt sich so noch einmal anders: nämlich in seiner pathogenen Produktivität. Erzählungen erweisen sich als kulturelle Bindemittel, die affektive Anhänglichkeiten an eine gemeinsame Wunde herstellen, unter deren Folgen ein ganzes Kollektiv leidet, das sich über dieses geteilte Leid jedoch zugleich *als* Schicksalsgemeinschaft identifiziert und schon deshalb von der Wunde nicht lassen kann.

Stefan Zahlmanns Beitrag zeigt am Beispiel von Lynchmorden, die vor allem in den Jahren 1917 und 1918 in den Vereinigten Staaten an Deutsch-Amerikanern verübt wurden, dass es manchmal erst bestimmter Eskalationen im Zuge von neuen Konflikten – in diesem Fall des Ersten Weltkriegs – bedarf, um Traumata aus vergangenen Bürgerkriegen, die lange Zeit nur in der populären Literatur präsent waren, in breiten Bevölkerungskreisen aus der Latenz zu heben. Für Daniel Šuber wiederum erklärt sich über die Funktion der kulturellen Traumatisierung die spezifische Wirksamkeit von Narrativen wie dem der Schlacht auf dem Amselfeld, dem sich im Vorfeld des Jugoslawienkriegs selbst jene Serben schwer entziehen konnten, die für die nationalistische Propaganda Miloševićs ansonsten eher unempfänglich waren. Šubers Beitrag macht darauf aufmerksam, dass kulturelle Traumata nicht nur durch Kriegserlebnisse entstehen, sondern auch von Erzählungen herbei geredet werden können, die allererst die affektiven Dispositi-

onen dafür schaffen, dass es zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen überhaupt kommt.

Opferdiskurse pflegen aber nicht nur alte Wunden. Sie präsentieren zugleich offene Rechnungen. Indem sie das kulturelle Gedächtnis narrativ und affektiv ausbeuten, halten sie den Konflikt durch eine Ressource lebendig, die deshalb billig genutzt werden kann, weil sie unbegrenzt und folglich unerschöpflich ist: nämlich die Zeit. Für Kriege, die ohne milliardenteure *Hightech*-Waffensysteme auskommen müssen, ist das ein weiterer unschätzbare Vorzug, der erklärt, warum das Kalkül mit kulturellen Narrativen sich in solchen Konstellationen auch ökonomisch bezahlt macht.

Mit den wirtschaftlichen Faktoren, die begünstigen, dass Bürgerkriege selten rasch entschieden werden, sondern sich – im Gegenteil – in langen Dauern einrichten, befasst sich der Großteil der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung. In diesem Zusammenhang wird oft auf die multiplen Erwerbsquellen verwiesen, über die sich die bewaffneten Gruppen so versorgen können, dass sie auf direkt aus den umkämpften Regionen abzuschöpfende Profite gar nicht oder nur teilweise angewiesen sind. Bürgerkriege machen ihre diversen Kriegsunternehmer vor allem dank der Schattenglobalisierung reich – durch den Schwarzmarkt von Waffen, Menschen, Drogen und erpressten Schutz- und Lösegeldern –, doch selbst in den Krisengebieten kennen die Kämpfer Mittel und Wege, um sich ihren Teil an jenen Ressourcen zu sichern, die eigentlich der Aufrechterhaltung ziviler Restfunktionen dienen. Die Flüchtlingscamps und Hilfslieferungen internationaler Organisationen sind dafür, wie inzwischen nur allzu bekannt ist, eine wichtige Anlaufstelle.

Zu den *materiellen Kapitalien*, die auf diese Weise ohne großen Aufwand mobilisiert werden können, kommen weitere Erträge hinzu. An das *Sozialkapital* (Bourdieu 1983; Coleman 1988; Putnam 1993), das allein im täglichen Miteinander aufgehäuft wird und sich in jenem Wissen über alle möglichen Details ausmünzt, das für Rebellenführer bei der Festigung ihrer lokalen Machtpositionen Gold wert sein kann – Lebensgewohnheiten der Nachbarn, Familienverhältnisse, Freundschaften, politische Sympathien, heimliche Kontakte –, hat Stathis Kalyvas bereits erinnert. Die Analysen, die der vorliegende Band versammelt, legen den Akzent daneben auf das immense *kulturelle Kapital*, das die Konfliktparteien investieren müssen, um Unterstützer weltweit zum Beisteuern reicher Solidarleistungen und zur Hinnahme neuer Opfer zu bringen. Ein breites historisches und politisches Wissen gehört dazu genauso wie die Kenntnis der Adressen, Rituale und medialen Kanäle, über die dieses Wissen erlangt, in Narrative transformiert und global verbreitet werden kann.

Dank dieses kulturellen Kapitals können Erblasten aus der Vergangenheit reklamiert werden; und gleichzeitig macht diese Reserve die Bürgerkriege zukunftssicher, weil es für deren pragmatische Effizienz gar nicht nötig ist, dass die semantischen Werte stabil bleiben. Anders als pazifizierte Gemeinwesen, die darauf ange-

wiesen sind, dass sich langlebige Metaphern des Sozialen im kollektiven Imaginären festsetzen und Institutionen ausbilden (Koschorke/Lüdemann/Frank/Matala de Mazza 2007), genügt es für die Fortsetzung von Kriegen, dass die Narrative immer neue Metamorphosen durchlaufen und Konfliktlinien sich metonymisch verschieben können, so dass beispielsweise ein ökonomischer Disput sich in eine soziale Rivalität und in einen militärischen Kampf transformieren und dabei sogar die Grenze zwischen Staaten und Nationen passieren kann. Um sich für die jeweiligen Kriegsparteien in Loyalitäten und Zuspruch auszuzahlen, genügt ein *Dass* des Zirkulierens nach Maßgabe jeweils aktueller Konjunkturen.

Andererseits macht genau das es so schwierig, Bürgerkriege zu pazifizieren. Ein Rückgang zum *Status Quo ante* erscheint vielen Betroffenen gerade deshalb undenkbar, weil das eigene Selbstverständnis nach allem, was passiert ist, viel zu sehr mit der Leidenserfahrung verknüpft ist, um sich ohne Weiteres von ihr lösen zu können. Eine Versöhnung mit der verhassten Gegenseite bedeutet unter diesen Umständen ja lediglich, die soziale Textur an ein dünnes, für neue Zerreißproben anfälliges Band zu knüpfen und ein starkes, durch schmerzhafte Bindungen gefestigtes Band dafür zu lockern.⁵ Dass es angesichts dieser offenen Wunden kein Ausweg sein kann, die Praxis, die sich in der griechischen Antike bewährt haben soll, zum Vorbild zu nehmen und einstigen Bürgerkriegsregionen ein kategorisches Erinnerungsverbot zu verordnen, macht Aleida Assmann in ihrem Beitrag deutlich, und sie verweist auf die Erfolge, die *Truth and Reconciliation Commissions* in

⁵ Auf die Prominenz von Metaphern des Bindens und Lösens, die sich bereits im politischen Vokabular der Griechen findet, hat die Altphilologin Nicole Loraux aufmerksam gemacht. Dabei ist ihr auch die Merkwürdigkeit aufgefallen, dass die einzigen Wörter, die im Griechischen die Versöhnung der feindlichen Parteien nach einem Rechtsstreit oder einem Bürgerkrieg bezeichnen, Worte der Auflösung sind: *dialyô* und *dialysis*. Loraux schreibt: »*Dialyô*: ich löse oder binde auf / *dialyô*: ich versöhne. Ich trenne / verweben wieder. Man kann natürlich versuchen, die Anomalie zu reduzieren, indem man ihre Genese nachzeichnet. Zu diesem Zweck wird man *dialyô*: ich versöhne die Gegner, eilig zurückführen auf *dialyô*: ich löse den Konflikt. Aber möglicherweise stoßen hier zwei Interpretationen aufeinander. Für *die einen* ist das Moment der Auflösung ein nur latentes, zumindest wird es von den Sprechern kaum wahrgenommen, für die nur eines zählt: die gesellschaftlich positive Botschaft. Denn wenn die Versöhnung der Parteien, wie Reden und Inschriften nahelegen, das typische Mittel war, um die Polis zu retten, dann werden die Gegner von einst aus *dialysis* höchstwahrscheinlich nur die wiederhergestellte Kommunikation herausgehört haben. Für *die anderen* aber – zu denen ich gehöre – ist es ein höchst nachdenkenswertes Faktum, daß die Bürger von Auflösung oder »Aufbindung« sprachen, um das neu geknüpfte Band zu bezeichnen, so als könnte man sich nur versöhnen, indem man auflöst oder abbricht (ich versöhne mich: ich breche ab, höre auf und verzichte). Oder eher so, als wäre das, was man um jeden Preis auflösen muß – so sehr, daß man fast schon vergißt, daß es ein spezifisches Vokabular für die Versöhnung gibt –, gerade das, was nicht genannt wird: der Haß und die Teilung. Mit anderen Worten, das stärkste Band, das so sehr bindet, daß man es nicht einmal mehr beim Namen nennen muß, wäre identisch mit demjenigen, das die Polis teilt und zerstört, wäre das Band der Teilung. Um die Gemeinschaft zu retten, muß man sich also bemühen, von dem was auflöst, zu entbinden, zu erlösen.« (Loraux 1994: 33; Hervorh. i. Orig.)

Lateinamerika und Südafrika dadurch erzielten, dass sie das öffentliche Bekennen und Erinnern gerade stimulierten.

Auch Wahrheitskommissionen sind diskursive Regimes mit Redeordnungen, deren Reglements auf das Offenbarte rückwirken – das stellt der Beitrag von Susanne Buckley-Zistel heraus. Die Menschenrechtsverletzungen, die dabei zutage kommen, enthüllen nur einen Teil der kriminellen Machtsysteme, und die schlagseitige Aufmerksamkeit für Berichte von Folter, Vergewaltigung und Mord, die etwa die Kommission in Südafrika prägte, tut den Betroffenen auch neue Gewalt an, indem sie die Vielfalt der Torturen, die diese durchmachen mussten, auf körperliche Übergriffe verengt (Ross 2003). Dennoch leisten Wahrheitskommissionen mit ihrer Aufklärungsarbeit einen erheblichen rezivilisierenden Dienst. Nachdem die Bürgerkriege ihren Opfern die Herrschaft *hegemonialer Narrative* aufgezwungen haben, richten die Kommissionen Orte für eine Rede ein, die der *Stimme der Einzelnen* erstmals öffentliches Gehör verschafft: ihren persönlichen Schilderungen von Quälereien, von individuellen Verlusten und von familiärem Leid.⁶ So können narrative Übergangsriten greifen, die den Betroffenen die Möglichkeit geben, sich die Geschichte des Krieges über die eigene, anderen mitgeteilte und dadurch mit anderen geteilte Leidensgeschichte anzueignen und den Krieg dadurch zugleich zu reterritorialisieren. Gerade weil über Jahre hinweg so viele große Erzählungen im Umlauf waren, die den einzigen Zweck erfüllten, den Konflikt zu *erklären*, kann die Erfahrung heilsam sein, dass in der Öffentlichkeit endlich jene kleinen Erzählungen Vorrang bekommen, für die es schon genügend Überwindung kostet, sie überhaupt zu *berichten* und zu den Akten zu geben (Hayner 2001: 16). Damit ist gewiss noch kein Frieden geschlossen. Aber wohl ein notwendiger Schritt getan, um einen Konflikt, der nicht zuletzt mithilfe von Narrativen global – d.h. ortlos – geworden ist, auf dem Weg des Erzählens ein Stück weit zu hegen.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Alexander, Jeffrey C. (2004): »Toward a Theory of Cultural Trauma«. In: *Cultural Trauma and Collective Identity*. Berkeley: University Press, S. 1–30.
- Assmann, Jan (1992): *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München: C.H. Beck.
- Baecker, Dirk (2000): »Globalisierung und kulturelle Kompetenz«. In: Ders.: *Wozu Kultur?* Berlin, S. 11–32.

⁶ Eine ähnliche Funktion schreibt Paul Michael Lützeler im übrigen der Literatur zu, die von den individuellen Geschichten erzählt, um ihnen auch andernorts zu breiterer Resonanz zu verhelfen (Lützeler 2009).

- Bayreuther, Rainer (2005) »Umriss eines Forschungsfelds ›Bürgerkrieg und Musik: am Beispiel des Jugoslawien-Konflikts«. In: Isabella von Treskow, Albrecht Buschmann, Anja Bandau (Hg.): *Bürgerkrieg. Erfahrung und Repräsentation*. Berlin: Trafo, S. 173–208.
- Bourdieu, Pierre (1983): »Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital«. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
- Bröckling, Ulrich (1997): *Disziplin. Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion*. München: Fink.
- Brown, Wendy (1993): »Wounded attachments«. In: *Political Theory* 21 (3), S. 390–410.
- Brubaker, Rogers (2006): *Ethnicity without groups*. Cambridge (MA): Harvard University Press.
- Coleman, James Samuel (1988): »Social Capital in the Creation of Human Capital«. In: *American Journal of Sociology* 94 (Supplement), S. 95–120.
- Crevelde, Martin van (1998): *Die Zukunft des Krieges*. München: Gerling Akademie Verlag.
- Daase, Christopher (1999): *Kleine Kriege – große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert*. Baden-Baden: Nomos.
- Därman, Iris (2008): *Figuren des Politischen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Elwert, Georg (1995): »Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt.« In: Trutz von Trotha (Hg.): *Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Special Issue* 37, S. 86–101.
- Emcke, Carolin (2004): *Von den Kriegen. Briefe an Freunde*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Freud, Sigmund (1940) [1920]: *Jenseits des Lustprinzips*. In: Ders.: *Gesammelte Werke chronologisch geordnet*. Hg. von Anna Freud. Frankfurt am Main: S. Fischer, S. 1–70.
- Gourevitch, Philip (1998): *We Wish to Inform You that Tomorrow We Will be Killed With Our Families. Stories from Rwanda*. New York: Picador.
- Hayner, Priscilla B. (2001): *Unspeakable Truths. Facing the Challenge of Truth Commissions*. New York, London: Routledge.
- Hobbes, Thomas (1950) [1651]: *Leviathan, or The matter, forme, & power of a common-wealth both ecclesiasticall and civill*. London: Dent and Sons.
- (2010) [1679]: *Behemoth or The Long Parliament*. Edited by Paul Seward. Oxford: University Press.
- Horn, Eva (2004): »War Games. Der Kalte Krieg als Gedankenexperiment«. In: Annette Wunschel, Thomas Macho (Hg.): *Science & Fiction. Über Gedankenexperimente in Wissenschaft, Philosophie und Literatur*. Frankfurt am Main: Fischer, S. 310–328.
- Juergensmeyer, Mark (2000): *Terror in the Mind of God. The Global Rise of Religious Violence*. Berkeley: University Press.
- Kaldor, Mary (1999): *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*. Cambridge: Polity Press.
- Kalyvas, Stathis (2006): *The Logic of Violence in Civil War*. Cambridge: University Press.
- Koschorke, Albrecht/Lüdemann, Susanne/Frank, Thomas/Matala de Mazza, Ethel (2007): *Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Lorau, Nicole (1994): »Das Band der Teilung«. In: Joseph Vogl (Hg.): *Gemeinschaften. Positionen zu einer Philosophie des Politischen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 31–64.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Kunst der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lützeler, Paul Michael (2009): *Bürgerkrieg global. Menschenrechtsethos und deutschsprachiger Gegenwartsroman*. München: Fink.
- Melvorn, Linda (2004): *Conspiracy to Murder. The Rwandan Genocide*. New York: Verso.
- Moltmann, Bernhard (2002): »Es kann der Frömmste nicht im Frieden bleiben«. *Nordirland und sein kalter Frieden*. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- Mülder-Bach, Inka (2000): »Einleitung«. In: *Modernität und Trauma. Beiträge zum Zeitenbruch des Ersten Weltkriegs*. Wien: WUV Universitätsverlag, S. 7–18.
- Münkler, Herfried (2005): »Geleitwort«. In: Isabella von Treskow, Albrecht Buschmann, Anja Bandau (Hg.): *Bürgerkrieg. Erfahrung und Repräsentation*. Berlin: Trafo, S. 7–12.
- (2002): *Die neuen Kriege*. Reinbek: Rowohlt.

- (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*. Berlin: Rowohlt.
- Osterhammel, Jürgen (2003): »Kulturelle Grenzen in der Expansion Europas«. In: Ders. (Hg.): *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 203–239.
- (2004): »Europamodelle und imperiale Kontexte«. In: *Journal of Modern European History* 2, S. 157–181.
- (2006): »Imperien«. In: Gunilla-Friederike Budde, Sebastian Conrad, Oliver Janz (Hg.): *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 56–67.
- Popitz, Heinrich (1992): *Phänomene der Macht*. 2. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: University Press.
- Ross, Fiona C. (2003): *Bearing Witness. Women and the Truth and Reconciliation Commission in South Africa*. London: Pluto Press.
- Schlee, Günter (2006): *Wie Feindbilder entstehen. Eine Theorie religiöser und ethnischer Konflikte*. München: C.H. Beck.
- Schneider, Manfred (2006): »Die Botschaft der Türme«. In: *Kursbuch* 164, S. 117–125.
- Sloterdijk, Peter (2002): *Luftbeben. An den Quellen des Terrors*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Sofsky, Wolfgang (2002): *Zeiten des Schreckens. Amok, Terror, Krieg*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Stockhammer, Robert (2005): *Ruanda. Über einen anderen Genozid schreiben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Abbildungsnachweise

- Abb. S. 75 Das Titelbild des *De Cive* (1642). Das Bild findet sich in: Quentin Skinner, *Hobbes and republican liberty*, Cambridge: Cambridge University Press 2008, S. 100.
- Abb. S. 78 Das Titelbild des *True report on the new found land of Virginia* (de Bry, 1588). Das Bild findet sich in: Thomas Harriot, *A briefe and true report of the new found land of Virginia. The complete 1590 engravings by Theodor de Bry after the drawings of John White and other illustrations*, New York: Dover Publications, S. 1.
- Abb. S. 79 *A weroan of great Lorde of Virginia*. Das Bild findet sich in: Thomas Harriot, *A briefe and true report of the new found land of Virginia. The complete 1590 engravings by Theodor de Bry after the drawings of John White and other illustrations*, New York: Dover Publications, S. 46.
- Abb. S. 81 Vespuccis Entdeckung Amerikas – Stich nach einem Bild von Jan van der Straet. Das Bild findet sich in: Louis Montrose: »The Work of Gender in the Discourse of Discovery«. In: Stephen Greenblatt (Hg.): *New World Encounters*. Berkely, Los Angeles: University of California Press 1993, S. 178.
- Abb. S. 117 *Soldiers' Photographs Received at Dead Letter Office, 1861–65*. Das Bild findet sich in: Martha A. Sandweiss (Hg.): *Photography in Nineteenth-Century America*, Fort Worth 1991, S. 130.
- Abb. S. 118 Timothy O'Sullivan, *Alfred R. Waud Sketching at Gettysburg*. Das Bild findet sich in: Martha A. Sandweiss (Hg.): *Photography in Nineteenth-Century America*, Fort Worth 1991, S. 150.
- Abb. S. 119 Alexander Gardner, *Confederate Dead Gathered for Burial, 1862*. Das Bild findet sich in: Martha A. Sandweiss (Hg.): *Photography in Nineteenth-Century America*, Fort Worth 1991, S. 151.
- Abb. S. 119 Anon., *Zeichnung nach einer Photographie von Alexander Gardner, 1862*. Das Bild findet sich in: Martha A. Sandweiss (Hg.): *Photography in Nineteenth-Century America*, Fort Worth 1991, S. 151.

- Abb. S. 121 *Kamerawagen von Matthew Brady bei der zweiten Schlacht von Bull Run*, 1862. Das Bild findet sich in: Dorothy M. Kunhardt: *Mathew Brady and His World*. Alexandria, Va. 1977, S. 201.
- Abb. S. 122 Alexander Gardner, *Antietam Bridge*, 1862. Das Bild findet sich in: Alexander Gardner: *Gardner's Photographic Sketch Book of the Civil War*, Reprint. New York 1959, Tafel 19.
- Abb. S. 123 Alexander Gardner, *Burnside Bridge*, 1862. Das Bild findet sich in: Alexander Gardner: *Gardner's Photographic Sketch Book of the Civil War*, Reprint. New York 1959, Tafel 20.
- Abb. S. 124 Francis Bedford, *Buckland Bridge on the Webburn*, ca. 1865. Sammlung Stiegler.
- Abb. S. 125 Francis Frith (zugeschrieben), *Ivy bridge*, ca. 1870. Sammlung Stiegler.
- Abb. S. 126 Edwin Forbes, *The Charge across the Burnside Bridge at the Battle of Antietam, September 17, 1862*. Das Bild findet sich in: Anthony W. Lee/Elizabeth Young: *On Alexander Gardner's Photographic Sketch Book of the Civil War*, Berkeley/Los Angeles/London 2007, S. 25.
- Abb. S. 127 Anon., *Battle of Antietam*, 1862. Das Bild findet sich in: Anthony W. Lee/Elizabeth Young: *On Alexander Gardner's Photographic Sketch Book of the Civil War*, Berkeley/Los Angeles/London 2007, S. 27.
- Abb. S. 128 Kurz und Allison, *Battle of Antietam*, 1887. Das Bild findet sich in: Mark E. Neely Jr./Harold Holzer: *The Union Image. Popular Prints of the Civil War North*, Chapel Hill/London 2000, S. 219.
- Abb. S. 130 Alexander Gardner, *Home of a Rebel Sharpshooter*, 1963. Das Bild findet sich in: Alexander Gardner: *Gardner's Photographic Sketch Book of the Civil War*, Reprint. New York 1959, Tafel 41.
- Abb. S. 130 Alexander Gardner, *A Sharpshooter's last sleep*, 1963. Das Bild findet sich in: Alexander Gardner: *Gardner's Photographic Sketch Book of the Civil War*, Reprint. New York 1959, Tafel 40.

- Abb. S. 131 *Burnside Bridge*, damals und heute. Das Bild findet sich in: William A. Frassanito: *Antietam. The Photographic Legacy of Americas Bloodiest Day*, Gettysburg 1978, S. 238 f.
- Abb. S. 137 William Eggleston, *Untitled*, 1976, aus: *Election Eve*. Das Bild findet sich in: Elisabeth Sussman/Thomas Weski: *William Eggleston. Democratic Camera. Photographs and Video, 1961–2008*, New York 2008, S. 191.
- Abb. S. 137 »Eggleston bei Facebook«. Screenshot von www.facebook.com/pages/William-Eggleston/23981767448?v=info [zuletzt gesehen am 21.09.2008]
- Abb. S. 139 Robert Capa, *Falling Soldier*, in der Ausgabe von *Vu* vom 23.09.1936. Das Bild findet sich auf: www.photographers.it/articoli/foto1/vu.jpg [zuletzt gesehen am 21.09.2008]
- Abb. S. 146 Robert Capa, *Falling Soldier*, in der Ausgabe von *Life* vom 12.07.1937. Das Bild findet sich auf: www.photographers.it/articoli/foto1/vu.jpg [zuletzt gesehen am 21.09.2008]
- Abb. S. 146 Robert Capa, *Falling Soldier*, auf dem Umschlag von *Death in the Making*. Das Bild findet sich auf: http://farm3.static.flickr.com/2522/3732629784_f97462af8c_o.jpg [zuletzt gesehen am 21.09.2008]
- Abb. S. 147 Robert Capa, *Falling Soldier*, in der Ausgabe von *Life* vom 16.08.1937. Das Bild findet sich in: Irme Schaber/Richard Whelan/Kirsten Lubben: *Gerda Taro*, New York 2007, S. 32.

Über die Autorinnen und Autoren

PROF. DR. DR. H.C. ALEIDA ASSMANN ist seit 1993 Inhaberin des Lehrstuhls für Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz. Sie ist Mitglied im Vorstand des Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration« an der Universität Konstanz und arbeitet innerhalb des Clusters an dem Forschungsprojekt »The Past in the Present. Dimensions and Dynamics of Cultural Memory«. Sie forscht u.a. zur kulturwissenschaftlichen Gedächtnisforschung und Gedächtnistheorie.

DR. MARCEL M. BAUMANN ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg sowie freier Mitarbeiter des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedens- und Konfliktforschung, Internationale Beziehungen, Politische Theorie und Ideengeschichte sowie Gewaltsoziologie.

DR. DAVOR BEGANOVIĆ ist seit 2010 Universitätsassistent für südslawische Literatur an der Universität Wien. Von 2007 bis 2010 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt »Sprache und Politik. Literatur, Film und Philosophie im Jugoslawien der 60er und 70er Jahre« am Exzellenzcluster »Kulturelle Grundlagen von Integration« der Universität Konstanz. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der südslawistischen Literaturwissenschaft, Medienwissenschaft und Literaturtheorie.

PROF. DR. SUSANNE BUCKLEY-ZISTEL ist seit 2009 Professorin für Friedens- und Konfliktforschung am Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg. Zuvor war sie Projektleiterin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsinteressen sind *Transitional Justice* und Vergangenheitsarbeit, Friedenskonsolidierung, innerstaatliche Konflikte, Entwicklungszusammenarbeit sowie Gender und post-positivistische Theorien.

DR. ALEXANDER DE JUAN arbeitet seit 2008 bei der KfW Entwicklungsbank in Frankfurt. Zuvor promovierte er als Stipendiat des Graduiertenkollegs »Globale Herausforderungen – transnationale und transkulturelle Lösungswege« am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen und befasste sich im Rahmen seiner wissenschaftlichen Arbeit mit dem Thema Religion und Konflikt.

DR. SABINA FERHADBEGOVIĆ ist seit 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Imre-Kertész-Kolleg »Europas Osten im 20. Jahrhundert« an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dort zuständig für den Themenbereich »Ausprägungen von Staatlichkeit«. Von 2007 bis 2010 war sie wissenschaftliche Koordinatorin des Themenfelds »Bürgerkriege« am Exzellenzcluster »Kulturelle Grundlagen von Integration« der Universität Konstanz. Sie forscht zur Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas, den bosnischen Muslimen und Jugoslawien im 20. Jahrhundert.

PROF. DR. ULRICH GOTTER ist seit 2004 Inhaber des Lehrstuhls für Alte Geschichte an der Universität Konstanz. Er ist seit 2010 Mitglied im Vorstand des Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration« an der Universität Konstanz und leitet dort das Forschungsprojekt »Zwischen Tyrannis und Gottesgnadentum. Antike Alleinherrschaften im interkulturellen Vergleich«. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Römische Republik und die römische Geschichtsschreibung, Akkulturationsprozesse im östlichen Mittelmeerraum sowie religiöse Konflikte.

PROF. DR. ANDREAS HASENCLEVER ist seit 2004 Professor für Friedens- und Konfliktforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. Zuvor war er wissenschaftlicher Projektleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt. Er forscht über internationale Institutionen und Regime, militärische Interventionen, die Theorie des Demokratischen Friedens und die Rolle von Religion in politischen Konflikten.

PROF. DR. ALBRECHT KOSCHORKE ist seit 2001 Professor für Neuere Deutsche Literatur und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Konstanz. Er ist Mitglied im Vorstand des Konstanzer Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration«. In seiner wissenschaftlichen Arbeit befasst er sich mit der deutschen Literaturgeschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts, Erzähltheorie, Medien- und Kulturtheorie, Kultursemiotik, Anthropologie sowie Politischer Theorie.

PROF. DR. PHILIP MANOW hat seit 2010 eine Professur für Vergleichende Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen inne. Von 2007 bis 2009 war er Professor für Politik und Verwaltung am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz. In dieser Zeit war er außerdem im Exzellenzcluster »Kulturelle Grundlagen von Integration« mit dem Forschungsprojekt »Religiöse Spaltungslinien und der Klassenkompromiss in westlichen Demokratien« beteiligt.

PROF. DR. ETHEL MATALA DE MAZZA ist seit 2010 Professorin für Neuere Deutsche Literatur an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war sie von 2007 bis 2010 Professorin für Kulturtheorie und kulturwissenschaftliche Methoden und Leiterin des Forschungsprojekts »Gesetze der Gattung, Institutionen kultureller Genealogien« am Exzellenzcluster »Kulturelle Grundlagen von Integration« der Universität Konstanz. Neben Kulturtheorie und -anthropologie richtet sich ihr Forschungsinteresse auf die Literaturgeschichte des 17. bis 20. Jahrhunderts, Literatur- und Theoriegeschichte des politischen Imaginären sowie Wechselbeziehungen zwischen Recht und Literatur.

PROF. DR. KLAUS SCHLICHTE ist seit 2010 Inhaber des Lehrstuhls »Internationale Beziehungen: Politik in der Weltgesellschaft« an der Universität Bremen. Zuvor war er von 2007 bis 2010 Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Magdeburg und von 2001 bis 2007 Leiter der Nachwuchsforschergruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er forscht u.a. zur Soziologie und Geschichte internationaler Beziehungen und zu den Methoden der Konfliktforschung.

PROF. DR. WOLFGANG SEIBEL ist seit 1990 Inhaber des Lehrstuhls für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung an der Universität Konstanz. Daneben hat er seit 2005 eine außerordentliche Professur an der Hertie School of Governance in Berlin inne. Er ist seit 2007 Mitglied im Vorstand des Exzellenzclusters »Kulturelle Grundlagen von Integration« an der Universität Konstanz und verfolgt dort diverse Projekte im Forschungsfeld »Transkulturelle Hierarchien«.

PROF. DR. BERND STIEGLER ist seit 2007 Professor für Neuere Deutsche Literatur mit Schwerpunkt Literatur des 20. Jahrhunderts im medialen Kontext an der Universität Konstanz. Zuvor arbeitete er als Programmleiter Wissenschaft im Suhrkamp Verlag. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der Theorie und Geschichte der Photographie, deutscher und französischer Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts sowie Literatur und Medien.

DR. DANIEL ŠUBER ist seit 2010 Oberassistent am Soziologischen Seminar der Universität Luzern. Zuvor war er Leiter des Projekts »Kultur der Wunde. Zur visuellen Veralltäglichung des kulturellen Traumas in Serbien« im Exzellenzcluster »Kulturelle Grundlagen von Integration« an der Universität Konstanz. Seine Forschungsschwerpunkte sind soziologische Theorie, Kulturosoziologie, Soziologie Südosteuropas, Alltagssoziologie und visuelle Soziologie.

DR. ALEX VEIT ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien an der Universität Bremen. Zuvor forschte er im Rahmen der Nachwuchsgruppe »Mikropolitik bewaffneter Gruppen« an der Humboldt-Universität Berlin sowie am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld über Bürgerkriege und Staatsbildungsprozesse. Er befasst sich außerdem mit Geschichte und Politik Afrikas sowie der Soziologie der Internationalen Beziehungen.

DR. BRIGITTE WEIFFEN ist seit 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung an der Universität Konstanz. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Demokratisierungsprozesse im internationalen Vergleich, Friedenskonsolidierung und *Transitional Justice*, sowie regionale Sicherheitsorganisationen und regionale Integration mit Schwerpunkt Lateinamerika.

PROF. DR. STEFAN ZAHLMANN ist seit 2010 Professor für Geschichte und Theorie von Medienkulturen (18.–20. Jahrhundert) an der Universität Wien. Zwischen 2004 und 2007 habilitierte er sich zum Thema »Erinnerungskulturen in Deutschland und den USA« an der Universität Konstanz und leitete anschließend im Exzellenzcluster »Kulturelle Grundlagen von Integration« das Forschungsprojekt »Krieg und Integration. Deutsch-Amerikaner und die Kriege der USA von 1861–1865, 1898 und 1917–1918«.

Index

- Adenauer, Konrad, 308–310
Akteur: 16 f., 23, 26, 36, 38, 40–42, 44 f., 52 f., 88, 97, 154, 172 f., 178 f., 182, 184, 232, 265, 273, 280, 290, 296–298, 325–327; Gewaltakteur, 11, 154, 331 f.; internationaler A., 168; Konfliktakteur, 41, 53, 92, 154, 333; politischer A., 105, 153 f., 160, 168 f., 171 f., 241, 261
Afrika: 42, 48, 169, 229, 271, 275, 280, 295, 331; Angola, 161, 166, 169, 271; Demokratische Republik Kongo, 156, 158 f., 171, 229; Liberia, 156 f., 161, 170, 225, 274, 280; Mosambik, 157, 173, 226, 233, 329; Nigeria, 226, 229, 231, 238; Ruanda, 39, 184, 226, 228, 241, 275–280, 325; Senegal, 163, 170; Somalia, 42, 275–278; Sierra Leone, 157, 225, 228, 274, 280, 293; Südafrika, 159, 225, 228, 240, 262 f., 292, 294–301, 311, 342; Sudan, 157, 169, 239, 241, 281 f., 285, (Darfur), 156, 170, 281 f., 284 f.; Uganda, 157, 162 f., 169, 225 f., 228 f.
Amerika: 71–73, 76, 80–82, 84–87, 94 f., 97, 99, 102 f., 106 f., 132–134, 327 f.; Deutsch-Amerikaner, 100–106, 110, 339; Deutsch-Amerikanischer Nationalbund, 95–97, 102 f., 105, 109; Deutsche Gesellschaft von Pennsylvania, 94–96; Unabhängigkeitskrieg, 93 f., 107, 109–111
Amsfeld, 46, 180, 339. *Siehe auch* Kosovo
Annan, Kofi, 276–279
Apartheid: 240, 262 f., 295 f., 299; freiwillige A., 251–266
Asien: 183, 271; Irak, 35 f., 53, 110, 154, 171 f., 240, Indien, 39, 180, 228, 233, 240 f.; Indonesien, 158, 166, 183 f., 239, 242; Kambodscha, 227–230, 233, 274; Sri Lanka, 166, 169, 179, 226, 228, 233 f., 241, 271
Boutros-Ghali, Boutros, 275, 277
Brady, Mathew, 113, 121, 131–133, 135, 141
Bürgerkrieg: Amerikanischer B., 93 f., 101, 103, 107, 110 f., 115 f., 118, 122, 133, 136, 140 f., 144, 317, 334; Beendigung des B., 15, 19–21, 23, 26, 88, 221, 285; Definition des B., 10–14, 18 f., 22; Römischer B., 55 f., 61, 63; Spanischer B., 21 f., 113, 115, 138, 140–142, 149, 313, 334; Ursachen des B., 14–18, 39, 42, 49, 180, 183, 231, 235, 249, 271, 296 f., 336; Verlauf des B., 18–20, 26 f., 43, 47 f., 116, 153, 184, 230 f., 237, 239, 243, 327, 329, 331. *Siehe auch* Krieg
Caesar, Gaius Iulius, 55, 57, 59–62, 64–67
Capa, Robert, 113, 115, 138–149, 334
Carter, Jimmy, 136
Clinton, William, 275 f.
Cato, Marcus Porcius, 55, 67
Churchill, Winston, 308

- Darstellung, 24–27, 38, 45, 57–61, 67, 73–84, 87f., 99–105, 107, 113–149, 162, 189f., 218f., 221, 223, 280, 323f., 329, 336
- Demokratie: 17f., 50, 105, 138, 158, 169f., 284, 312–316, 329; Demokratisierung, 16f., 179, 188, 264, 274, 298f., 307, 312–316; westliche D., 173, 281f., 350
- Desintegration, 9, 23–26, 45–47, 202, 253f.
- Diktatur, 14, 17, 188, 192, 227, 290f., 298, 312–317
- Diskurs: 18, 40, 51, 61, 63, 80, 82–84, 88, 93, 104, 108, 144, 158, 160f., 166, 168, 170, 178, 188, 190f., 201f., 208f., 211, 213–215, 219, 221–223, 233, 238, 244, 280, 292–295, 298, 300, 303, 310, 312, 323f., 330, 333; Opferdiskurs, 312, 325, 340
- Eggleston, William, 136–138
- Elite, 39, 41, 50, 65, 99, 162, 166, 230f., 235, 239–242, 244, 250, 307
- Erinnerung: 25–27, 62–68, 99–109, 124–126, 259–264, 289–293, 303–318, 334, 338–342; Erinnerungskultur, 108, 113, 201–223, 303–318. *Siehe auch* Gedächtnis; Vergessen
- Erleben, 7, 26f.
- Erzählung: 14, 25, 35, 39–41, 51, 56f., 61, 64, 89f., 153–155, 158–161, 164, 166, 168–170, 173, 192, 211f., 214, 289, 291f., 297, 300, 323, 329, 332f., 335–337, 339, 342; Erzähltheorie, 39, 290. *Siehe auch* Narrativ
- Eshkol, Levi, 309
- Ethnizität, 15–17, 43, 333, 336
- Europa: 41, 51f., 85, 87, 94–96, 99, 106, 172, 197, 201, 210, 304, 308f., 313, 322, 327f., 336; Bosnien-Herzegowina, 201, 206f., 209f., 212–215, 219f., 223, 227f., 231, 233, 235–238, (Srebrenica), 221, 277–280; Deutsche Demokratische Republik (DDR), 298f.; Jugoslawien, 15, 42, 156, 178, 180, 186–188, 193–195, 201, 203f., 206–209, 212, 215, 316, 322, 325, 339; Kosovo, 170, 190f., 193, 207–209, 283, 337, (Kosovo-Mythos), 9, 180, 191, 193; Nordirland, 241, 250, 254f., 257f., 263, 265f., 338; Serbien, 177–181, 183, 185–189, 191–195, 202, 205, 208f., 218f., 228, 241; Spanien, 18, 82, 84, 98, 141f., 144, 149, 313–317, 334
- Exklusion, 44–47, 156, 202, 256
- Flüchtling, 194, 281, 327, 340
- Franco, Francisco, 149, 313–316
- Frieden: 23, 26–28, 43, 60, 63, 225–227, 229f., 234, 240–243, 252, 257, 265, 267, 307, 311, 315f., 326f., 338, 342; Friedenskonsolidierung, 21, 27, 264f.; Friedenslinien, 257f.; Friedensmission, 21, 172, 274–285, 335
- Gardner, Alexander, 113, 116, 119–123, 125f., 128–131, 133, 135, 138–140, 148
- Gedächtnis, 9, 38, 66, 110, 134, 259–263, 275, 293, 304, 306, 311, 314, 317, 334, 338–340. *Siehe auch* Erinnerung; Vergessen
- Gerechtigkeit, 77, 134, 267, 290, 311f., 316

- Gesellschaft: 9, 15, 25, 39f., 43f., 53, 73, 85, 89, 93, 102, 104, 108, 114f., 161, 180, 184f., 188, 192, 194f., 201, 208, 211, 222, 240, 253, 256f., 261f., 265, 297, 304f., 307f., 314–317; gespaltene G., 231, 253, 257, 299; Nachbürgerkriegsgesellschaft, 250f., 255, 264
- Gewalt, 10, 12–13, 17, 19, 21f., 24–26, 35, 37f., 52, 61, 67, 82, 84, 92, 108f., 133, 153–173, 177, 180, 183–185, 188, 190, 193–196, 203, 225f., 228, 231, 233, 236f., 240–243, 252, 262, 274, 277f., 289, 295, 297, 299, 306, 312, 317, 321–324, 326, 329–332, 336, 342
- Globalisierung, 170, 235f., 244, 340
- Grant, Ulysses S., 103f.
- Grenze: 7, 10, 18, 24, 27, 37, 41, 43f., 51, 85, 159, 169, 208, 225, 227–230, 232f., 242, 251f., 308, 310; Grenzstabilisierung, 7, 9, 23–26; Grenzüberschreitung, 7, 23–26, 85, 225
- Hegemonie: 24, 36, 38, 50–53, 94, 292, 329f., 342; Hegemon, 50–53
- Herrschaft, 66f., 72f., 77, 86f., 153, 155, 158–173, 177, 218, 234, 298, 324, 342
- Hexamer, Charles John, 99, 102, 105f., 109
- Hobbes, Thomas, 13, 71–89, 323, 327f.
- Holmes, Oliver Wendell, 116, 132–134, 144
- Huntington, Samuel, 16, 37f., 41, 44, 230–232
- Identität: 7, 9, 11, 14–16, 19, 22, 35–38, 41, 44f., 51f., 94–97, 102, 104f., 110, 129, 147, 192, 210, 215, 219, 222f., 225, 227, 231, 238, 252, 261, 266, 291, 295, 299, 306, 337; Identitätskonstruktion, 9, 129, 194, 258f.
- Institution, 14, 17f., 21, 23, 26, 40, 48f., 51, 89, 95, 97, 100, 110, 153, 155, 160, 164f., 172, 191, 193–195, 210, 217, 236, 250, 253f., 272f., 280, 284, 292f., 296, 314, 318, 323, 335, 341
- Instrumentalisierung, 16, 24f., 47, 241f., 260–264, 338
- Integration, 9, 23–25, 43–45, 100, 111, 202, 225–244, 253f., 303, 310, 312, 326
- Intervention, 7, 13, 18, 21f., 39, 126, 171, 275–278
- Karadžić, Radovan, 202, 216–219
- Kolonialismus: 39f., 51, 53, 80–88, 158; Kolonialkrieg, 20, 72; Kolonialmacht, 51, 72, 80–85, 234, 327f.; Kolonie, 94–97, 102, 107
- Kommunikation, 23, 50, 100, 120, 226, 237, 290, 303, 332, 341
- Krieg: Erster Weltkrieg, 92–94, 96f., 104, 107, 110, 117, 170, 304, 338f.; Kalter Krieg/ Ost-West-Konflikt, 9, 11f., 40, 154, 169, 173, 231, 274, 299, 307f., 322, 329; Kriegserklärung, 59, 333; Kriegsökonomie, 15, 17, 19; Kriegsursachen, 19, 26, 231; Neuer Krieg, 10–14; Kleiner Krieg, 11, 321; Staatenkrieg, 11, 13f., 71–73, 86, 88f., 322, 325–327, 333; Zweiter Weltkrieg, 117, 158, 206–208, 218, 237, 254, 304, 307f. *Siehe auch* Bürgerkrieg
- Kultur: 16, 21–24, 36, 40–42, 45–47, 50, 80, 92, 100, 108, 110, 134, 177, 188, 205f., 219, 221, 223,

- 226, 255, 295, 299, 311, 317, 321, 336 f.; Kampf der Kulturen, 36 f., 230, 232; Kulturalisierung, 16, 23, 25, 51; Kulturkritik, 201–223
- Landnahme, 80–83, 85
- Lateinamerika: 156, 312, 317, 342; Argentinien, 297, 312; Guatemala, 293 f., 299 f.; Peru, 296
- Legitimität: 11, 18, 63, 153–172, 178, 234, 241, 296; Delegitimierung, 153, 155, 160, 252, 314, 324, 335; Legitimierung, 26, 153, 155, 157, 160 f., 172, 211, 216, 228
- Lukan, Marcus Annaeus, 57–60, 64–67, 324
- Macht: 11, 16, 23 f., 36, 40, 45 f., 51 f., 63, 66, 77, 88, 97–99, 153, 155, 157, 160–173, 177 f., 180, 186, 201, 209, 218, 250, 260 f., 272 f., 292, 301, 306, 314, 322, 324, 327, 332 f., 335, 340, 342; europäische Mächte, 88, 126, 327; Machthaber, 26, 62, 65, 196, 283, 323 f., 332, 335; Supermacht, 274 f., 322, 329
- Medien, 23–25, 40, 42, 114, 168 f., 171, 178, 188, 192, 249, 271, 315, 325 f., 330, 333, 335
- Menschenrechte: 50, 158, 170, 274–282, 285, 312, 325; Menschenrechtsverletzungen, 170, 275–282, 289–301, 312, 342
- Milošević, Slobodan, 178 f., 186 f., 190–194
- Moderne, 50 f., 181, 185, 323, 333, 336 f.
- Modernisierung, 106, 120, 159, 161, 235–237, 244, 279, 309, 310
- 108, 173, 180, 211, 213, 217, 259, 272–274, 276, 280 f., 290–292, 296–301, 312, 324, 329, 330, 332 f., 335–342. *Siehe auch* Erzählung
- Nation, 50, 86, 93 f., 97 f., 100, 102, 106, 108, 158, 170, 193, 204, 208 f., 215, 217, 221, 252, 293 f., 297 f., 306 f.
- Nationalismus, 40, 105, 111, 187 f., 190, 213
- Naturzustand, 71–74, 83–85, 87–89, 327 f.
- Nicht-Wissen, 271–273, 283–286, 335
- Peripherie, 16, 50–52, 64, 183, 328, 330
- Photographie, 9, 113–149, 334 f.
- Religion: 15–18, 27, 35–53, 61, 72, 75–77, 82, 89, 103, 161 f., 169, 183, 201–223, 225–244, 249–267, 293 f.; Buddhismus, 227, 232 f., 241; Christentum, 103, 170, 183, 214, 231, 239, 311, 328; Islam, 9, 36, 46, 51 f., 158, 169 f., 183, 207, 210 f., 213, 222, 227, 231–234, 236, 238–242, 277, 326, 331 f.; Judentum, 103, 220–222, 304; Sikh-Religion, 240
- Responsibility to Protect*, 274–282, 335
- Ressourcen, 14 f., 19 f., 41, 45, 47–49, 51 f., 161, 237, 325, 329, 340
- Revolution, 14, 16, 20, 96, 100 f., 141, 158, 204, 227, 312, 322
- Ritual, 214, 227, 229, 233, 259 f., 295, 308, 311 f., 317, 340
- Sectarianism*, 253–255, 257
- Seidensticker, Oswald, 99–101, 104

- Separation, 249, 251, 257, 260, 264
- Sicherheit, 12, 18, 64, 96, 264, 298, 332
- Staat: 10–18, 25, 35, 42, 53, 63, 71 f., 85–89, 92–94, 109, 158–160, 168, 170, 172, 208, 220, 234, 239, 241, 278, 281, 283 f., 303 f., 313, 315–317, 322, 324, 327; *failed state*, 14, 17 f., 275, 277
- Symbol, 9, 11, 92, 111, 126, 159, 162, 166, 168, 192, 212, 258–261, 276, 282, 308, 310–314, 316, 318, 338
- Taro, Gerda, 142 f., 145, 147–149
- Terrorismus, 12, 18, 53, 169, 274, 282 f.
- Transitional Justice*, 289–301, 311.
Siehe auch Vergangenheitsbewältigung
- Trauma, 25, 56, 62, 93, 160, 168, 185, 189–192, 194–196, 259–264, 275, 297, 300, 305 f., 312, 315, 317 f., 338 f.
- Tutu, Desmond, 240, 294 f., 311
- Vereinte Nationen (UN), 26, 169, 171 f., 193, 271–286, 294, 332, 335
- Vergangenheit: 25, 27, 36, 38, 57, 64, 98, 104, 173, 194, 206, 214, 217 f., 231 f., 247, 259–262, 268, 289–292, 298–300, 305, 308–316, 318, 327, 340; Vergangenheitsbewältigung, 21, 25, 27, 289, 308, 310, 312 f.
- Vergessen, 108, 135, 138, 157, 196, 205, 293, 303–318. *Siehe auch* Erinnerung
- Versöhnung, 21, 27, 220, 225 f., 229, 240, 265, 294, 299–301, 308 f., 312, 317, 341
- Vidovdan, 206. *Siehe auch* Kosovo-Mythos
- Völkerrecht, 11, 13, 85, 88, 327 f.
- Völkermord/ Genozid, 39, 182–184, 191, 221–223, 228, 241, 274–279, 285, 325
- Wahrheitskommission, 289–301, 311–313, 342
- Wiedergutmachung, 27, 293, 296, 309 f., 315 f.
- Wilson, Woodrow, 91, 109, 170

